KIRCHLICHES JAHRBUCH 2018

KIRCHLICHES JAHRBUCH

für die Evangelische Kirche in Deutschland

2018

Begründet von Johannes Schneider

Herausgegeben von
Horst Gorski, Klaus-Dieter Kaiser,
Claudia Lepp und Harry Oelke

145. Jahrgang

GÜTERSLOHER VERLAGSHAUS

DOKUMENTE ZUM KIRCHLICHEN ZEITGESCHEHEN

BEARBEITET

VON KARL-HEINZ FIX

GÜTERSLOHER VERLAGSHAUS

Sollte diese Publikation Links auf Webseiten Dritter enthalten, so übernehmen wir für deren Inhalte keine Haftung, da wir uns diese nicht zu eigen machen, sondern lediglich auf deren Stand zum Zeitpunkt der Erstveröffentlichung verweisen.



Evangelische Kirche in Deutschland





Penguin Random House Verlagsgruppe FSC® N001967

1. Auflage
Copyright © 2021 Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh,
in der Penguin Random House Verlagsgruppe GmbH,
Neumarkter Str. 28, 81673 München

Druck und Bindung: PB Tisk, a.s., Pribram
Printed in Czech Republic
ISBN 978-3-579-01582-8
ISSN 0075-6210
www.gtvh.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort IX

Abkürzungsverzeichnis XIII

I. Kirchliche und theologische Grundsatzfragen. 3

1. Ein Zeichen der »christlich-abendländischen« Prägung und Symbol der regionalen Identität? Juristische und theologische Aspekte einer neuen bayerischen Kreuzdebatte 3

Von Renate Penßel

1. Einleitung und Überblick 3
2. Der Gang der Ereignisse und rechtliche Bedeutung des »Kreuzbeschlusses« 7
3. Theologische Bewertungen 10
   - 3. 1 Evangelische Perspektiven 10
     - 3. 1. 1 Stellungnahmen aus der verfassten Kirche 10
     - 3. 1. 2 Stellungnahmen aus der wissenschaftlichen Theologie 16
   - 3. 2 Katholische Perspektiven 20
     - 3. 2. 1 Stellungnahmen kirchlicher Amtsträger 20
     - 3. 2. 2 Stellungnahmen aus der wissenschaftlichen Theologie 22
4. Verfassungsrechtliche Bewertungen 30
   - 4. 1 Formelle Verfassungsmäßigkeit: Wahrung des Vorbehalts des Gesetzes 31
   - 4. 2 Materielle Verfassungsmäßigkeit: Vereinbarkeit mit der Religionsfreiheit und mit dem Grundsatz der religiös-weltanschaulichen Neutralität des Staates 32
     - 4. 2. 1 Vereinbarkeit mit der Religionsfreiheit, Art. 4 I, II GG 33
     - 4. 2. 2 Vereinbarkeit mit dem »Grundsatz der religiös-weltanschaulichen Neutralität des Staates« 35
       - 4. 2. 2. 1 Verfassungsrechtliche Fundierung und Inhalt des »Neutralitätsgrundsatzes« 35
       - 4. 2. 2. 2 Verstoß gegen den »Grundsatz der Nicht-Identifikation« 37
5. Zusammenfassende Stellungnahme 43

2. Evangelische Stimmen zu »Mit Christus gehen – Der Einheit auf der Spur. Konfessionsverbindende Ehen und gemeinsame Teilhabe an der Eucharistie« 45
Von Oliver Schuegraf
1. »Mit Christus gehen – Der Einheit auf der Spur« 45
2. Evangelische Reaktionen 47
2. 1 Erste Reaktionen nach der Ankündigung einer pastoralen Handreichung 47
2. 2 Reaktionen nach dem Bekanntwerden des Briefes von Kardinal Ladaria 50
2. 3 Reaktionen nach der Veröffentlichung der Orientierungshilfe am 27. Juni 2018 53
3. Fazit 62
3. Neujustierungen im Verhältnis zum Islam 65
Von Martin Affolderbach
1. Der zeitliche Kontext 65
2. Positionspapier und Umfrage der EKD 66
3. Langfristige Beschäftigung 67
4. Theologische Positionsbestimmung der Evangelischen Kirche im Rheinland 69
5. Das Gesprächspapier der badischen Landeskirche 70
6. Zusammenfassende Gesichtspunkte 73
Dokumente 74
4. Die Evangelische Kirche in der Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus. Eine Sichtung der Themen und exemplarischer Verlautbarungen im protestantisch-kirchlichen Raum 85
Von Christian Staffa
1. Die Informationsbroschüre »Antisemitismus – Vorurteile, Ausgrenzungen, Projektionen und was wir dagegen tun können« 85
2. Antisemitismus und Protestantismus. Verstrickungen, Beiträge, Lernprozesse 90
3. Ausbildung 95

II. Öffentliche Verantwortung der Kirche 99

1. »Konditionierte Zustimmung«. Der Beitrag der Kammer für Öffentliche.Verantwortung zu Nichtinvasiver Pränataldiagnostik aus dem Jahr 2018 99
Von Roger Mielke
1. Kontext und Bedeutung der Debatte um genetische Diagnostik 99
1. 1 Orientierung zur Sache 100

1. 2 Zum Ort des Textes der Kammer 105
1. 3 Debatten um Umfeld 108
2. Zum Beratungsprozess in der Kammer für Öffentliche Verantwortung 113
3. Der Text vom Oktober/November 2018 115
4. Zur Rezeption des Textes 125
5. Bilanz 130
2. Die Partei »Alternative für Deutschland (AfD)« und die Evangelische Kirche. Auf der Suche nach einer theologischen und politischen Standortbestimmung 133
Von Klaus-Dieter Kaiser
1. Die evangelische Kirche als Akteurin im öffentlichen Raum und der besondere Charakter der Partei »Alternative für Deutschland (AfD)« 133
1. 1 Die Evangelische Kirche und die Demokratie 134
1. 2 Populismus 136
1. 3 Der besondere Charakter der Partei »Alternative für Deutschland (AfD)« 139
1. 4 Berührungspunkte und Konfrontationslinien zwischen der AfD und den Kirchen 143
2. Die biblisch-theologische Positionierung: Ein Streit um Klarheit im Menschenbild 145
3. Reden mit der »AfD« 147
3. 1 Gesprächspartner, Anlässe und Interessen 147
3. 2 Beispiel: Deutscher Evangelischer Kirchentag 151
3. 3 Angriffe der AfD auf die Kirchen und deren Reaktion 153
4. Zum Umgang mit den Anhängern der »Alternative für Deutschland (AfD)« 159
4. 1 Handreichungen 159
4. 2 Stellungnahmen der Kirchen vor Wahlen 160
5. Völkischer Populismus mitten in der Gesellschaft und mitten in der Kirche 165
6. Aktuelle Entwicklungen 172
3. Der Bürgerkrieg in Syrien – Kirchliche Stellungnahmen und Hilfsmaßnahmen 175
Von Sabine Dreßler
1. Zur Situation in Syrien 175
2. Flucht aus Syrien 176
3. Christen in Syrien 177
4. Kirchliche Stellungnahmen und Reaktionen angesichts der Lage in Syrien 178

4. 1 Der »Urgent Appeal« syrischer Kirchen von 2014 und Reaktionen von Kirchen in Deutschland. 178
4. 2 Kirchen in Deutschland antworten auf den »Urgent Appeal« 181
4. 3 Stellungnahmen der Evangelischen Mittelost-Kommission der EKD (EMOK). 186
4. 4 Abstimmungsrunde Syrien 189
5. Kirchliche Stellungnahmen zu Krieg und Waffengewalt 191
6. Kirchliche Beschlüsse und Stellungnahmen zur rechtlichen Situation von syrischen Flüchtlingen in Deutschland, insbesondere zum Familiennachzug. 193
7. Schluss 195

III. Kirchliche Ereignisse und Entwicklungen 197

1. Eine Nachlese zum Reformationsjubiläum 2017 197
Von Thomas Martin Schneider
1. Luther-»Hype«. 197
2. Politische und kirchenpolitische Ziele der Kirche 198
3. Kontroverse zwischen Kirche und theologischer Wissenschaft 202
4. Wissenschaftlich-theologische Akzente und Kontroversen. 206
4. 1 Thesenanschlag – ja oder nein?. 206
4. 2 »Reformationsdeutungs-Streit«: Transformation oder Umbruch?. 206
4. 3 Luther und der eliminatorische Rassenantisemitismus 208
4. 4 Weitere Aspekte 212

IV. Nachrufe 215

Siegfried Bräuer (2. September 1930 bis 19. März 2018). 215
Hermann Kalinna (26. Juni 1929 bis 28. März 2018) 221
Karl Heinz Neukamm (19. April 1929 bis 7. August 2018) 225

V. Bibliographie zur Kirchlichen Zeitgeschichte 2018 231

VI. Im Jahr 2018 verstorbene Personen aus Kirche und Theologie. . . 243

VII. Wichtige kirchliche Ereignisse des Jahres 2018 247

Personenregister 261

Vorwort

Ein weites Feld immer wieder neu zu bedenkender kirchlicher und theologischer Grundsatzfragen wird im ersten Abschnitt des Kirchlichen Jahrbuchs behandelt. Die umstrittene Frage, wofür das Kreuz steht und wie man politischerseits das Kreuz deuten könne und dürfe entstand aus einer Entscheidung der bayerischen Staatsregierung vom April 2018. Darin wurden die Behörden des Freistaates angewiesen, im Eingangsbereich ihrer Gebäude gut sichtbar ein Kreuz anzubringen und ihm damit im staatlichen Kontext gezielt eine Präsenz zu geben, die über das Hergebrachte hinausgeht. Die Juristin Dr. Renate Penßel, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Hans-Liermann-Institut für Kirchenrecht der Universität Erlangen-Nürnberg dokumentiert den verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Kontext in europäischer Perspektive und diskutiert im Anschluss daran differenziert die juristischen und theologischen Dimensionen der aktuellen Debatte.

Penßels Urteil aus juristischer Sicht geht dahin, dass das sog. Behördenkreuz nicht gegen die Religionsfreiheit, aber gegen das »Neutralitätsgebot« des Grundgesetzes verstoße und allenfalls als »Zeichen für säkulare Gemeinschaftswerte« verfassungsrechtlich zulässig sei. Eine Zusammenschau von juristischer und theologischer Perspektive zeige, dass die Deutung des Kreuzes durch die bayerische Staatsregierung von Kirche und Theologie mehrheitlich nicht geteilt werde. Der Theologie sei aber die Aufgabe gestellt zu klären, ob eine solche nur säkulare Verwendung des Kreuzes theologisch befürwortet werden könne.

OKR Dr. Oliver Schuegraf ist Referent für ökumenische Grundsatzfragen und die LWB-Regionen Nordamerika, Lateinamerika und Karibik des DNK/LWB. Er dokumentiert ausführlich die evangelischen Reaktionen auf die als Handreichung geplante Veröffentlichung der katholischen Deutschen Bischofskonferenz »Mit Christus gehen – Der Einheit auf der Spur. Konfessionsverbindende Ehen und gemeinsame Teilhabe an der Eucharistie«, die die Bischöfe auf ihrer Frühjahrs-Vollversammlung mit einer ¾-Mehrheit beschlossen hatten. Auf päpstliche Weisung hin wurde der Text aber nicht veröffentlicht. Erst nach schwierigen Verhandlungen konnte er als Orientierungshilfe veröffentlicht werden, die den Ortsbischöfen Anregungen für eigenverantwortliche Regelungen an die Hand gebe. Schuegraf stellte hierzu landeskirchliche Synodalberichte und -beschlüsse, Synodentexte von EKD, VELKD und UEK, Pressemitteilungen der Landeskirchen und Texte der kirchenleitenden Persönlichkeiten in den Landeskirchen (Bischofsberichte) zusammen.

Er kommt zu dem Ergebnis, dass die Orientierungshilfe auf landeskirchlicher Ebene kaum Reaktionen hervorrief und von der Universitätstheologie »so gut wie nicht erörtert wurde«. Von den gliedkirchlichen Zusammenschlüssen innerhalb der EKD wurde das Thema hingegen aufgegriffen und analysiert. Der Catholica-Beauftragten der VELKD äußerte sich am häufigsten und ausführlichsten. Inhaltlich könne man »von einem kleinen Schritt in der Ökumene, aber einem großen Schritt für die katholische Kirche zu sprechen.«

OKR i. R. Dr. Martin Affolderbach war bis Ende 2012 Referent für Islam und Weltreligionen im Kirchenamt der EKD. Er skizziert anhand eines Positionspapiers

der EKD zum christlich-islamischen Dialog vom September 2018 und landeskirchlicher Voten »Neujustierungen im Verhältnis zum Islam« vor dem Hintergrund dessen, dass das Verhältnis zum Islam ein in der Öffentlichkeit – und auch in der Kirche – kontrovers diskutiertes Thema war.

Das Positionspapier der EKD, in dem betont wurde, dass der bisherige Weg des interreligiösen Dialogs weitergeführt und intensiviert werden müsse, wurde ergänzt durch die Studie »Islam und Muslim*innen in Deutschland: Die Sicht der Bevölkerung. Ergebnisse einer bundesweiten Umfrage« des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD sowie von Ausarbeitungen der Landeskirchen und zahlreicher Gremien. Exemplarisch diskutiert und dokumentiert Affolderbach zwei Texte aus der badischen und der rheinischen Landeskirche.

Dr. Christian Staffa, Studienleiter für Demokratische Kultur und Kirche/Bildung an der Ev. Akademie zu Berlin und Beauftragter des Rates der EKD für den Kampf gegen Antisemitismus sichtet in seinem Beitrag über die Auseinandersetzung der evangelische Kirche mit dem Antisemitismus Themen und exemplarische Verlautbarungen aus dem evangelischen Raum. Ausgangspunkt hierzu ist die zum Gedenken an den 9. November 1938 veröffentliche Broschüre der EKD, der UEK und der VELKD »Antisemitismus – Vorurteile Ausgrenzungen, Projektionen und was wir dagegen tun können«. Staffa konstatiert hierbei kritisch eine gewisse kirchliche Selbstzufriedenheit seit den grundlegenden Texten der 1980er Jahre, die zu Lasten der Aufmerksamkeit bei diesem stets virulenten Thema ging. Im Anschluss an seinen kritischen Durchgang durch den Text stellt Staffa das Projekt der Evangelischen Akademien »Antisemitismus und Protestantismus. Impulse zur Selbstreflexion« vor, mit dem das Personal der Akademien dazu befähigt werden soll, »Antisemitismus auch dort zum Thema zu machen, wo es eigentlich um Anderes geht«. Stark macht er auch das Ziel, dass die üblicherweise auf Kirchenleitungsebene entstandenen Stellungnahmen auch bei den Gemeinden ankommen und Einsichten aus dem christlich-jüdischen Gespräch in der theologischen Aus-, Weiter- und Fortbildung zu Gehör kommen.

Wie vielfältig die Rubrik Öffentliche Verantwortung der Kirche ist, wird auch in diesem Jahr wieder deutlich. Neben einem medizinethisch-gesundheitsökonomischen Thema stehen die Frage nach dem kirchlichen Verhalten gegenüber der AfD und der Bürgerkrieg in Syrien als Aufgabe und Herausforderung für Kirche und Diakonie.

Der Militärdekan am Zentrum Innere Führung der Bundeswehr in Koblenz Dr. Roger Mielke war als OKR im Kirchenamt der EKD als Geschäftsführer der Kammer für Öffentliche Verantwortung auch an der Entstehung der orientierenden Stellungnahme der Kammer »Nichtinvasive Pränataldiagnostik. Ein evangelischer Beitrag zur ethischen Urteilsbildung und zur politischen Gestaltung« beteiligt. Politikwissenschaftlich gesprochen geht es um die Positionierung der EKD in einem medizinpolitischen Governance-Prozess, nämlich bei der Frage, ob vorgeburtliche genetische Blutuntersuchungen in den Leistungskatalog und damit in die Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassen aufgenommen werden sollten.

Mielke zeichnet die in dem Votum ausgedrückte »konditionierte Zustimmung« der EKD zunächst in den medizinischen Kontext ein, er beleuchtet dann den Auftrag des Rates der EKD an die Kammer und deren Beratungsprozess. Auf eine Vorstellung des Textes folgen zunächst die Dokumentation der Rezeption des

Textes und schließlich eine Verortung innerhalb der medizin- und bioethischen Stellungnahmen der EKD vor dem Hintergrund des Postulats des Schutzes des ungeborenen Lebens.

Akademiedirektor Klaus-Dieter Kaiser, Rostock, befasst sich mit dem Verhältnis der Alternative für Deutschland (AfD) und der Evangelischen Kirche. Er fragt zunächst danach, wie sich Kirche in Wahrnehmung ihrer öffentlichen Verantwortung gegenüber der AfD positionieren müsse. Dazu skizziert Kaiser die Argumentationslinien kirchlicher Voten zur Politik seit der Demokratiedenkschrift von 1985 (Landeskirchen, EKD-Synode) und beschäftigt sich dann mit dem Phänomen des Populismus und dem besonderen Charakter der AfD. Im Folgenden geht Kaiser auf die notwendige biblisch-theologische Positionierung in der Auseinandersetzung mit der AfD ein, um dann auf die medienwirksame Debatte einzugehen, ob man als Kirche öffentlich mit der AfD reden solle – dies spielte besonders im Kontext der Kirchentage in Berlin und Dortmund 2017 und 2019 eine wichtige Rolle. Weitere Themen der Darstellung sind das polemische Papier der Thüringer AfD-Landtagsfraktion und kirchliche Handreichungen zum Umgang mit AfD-Anhängern und -mitgliedern. Zuletzt geht Kaiser auf die Frage ein, wo Kirche und Theologie eine spezifische Anschlussfähigkeit für rechtsextremistische oder -populistische Haltungen aufweisen und ob Menschen mit rechtsextremen bzw. völkischen Einstellungen Leitungsämter in der Kirche wahrnehmen können.

Oberkirchenrätin Sabine Dreßler aus dem Kirchenamt der EKD berichtet über kirchliche Stellungnahmen und Hilfsmaßnahmen zum seit 2011 tobenden Bürgerkrieg in Syrien, der sich 2015 zu einem der komplexesten und grausamsten internationalen Konflikte ausweitete. Syrien wurde in der Folge dieser Entwicklung zum weltweit größten Herkunftsland von Flüchtlingen. Dreßler stellt die deutschen Reaktionen auf den Hilferuf des Supreme Council of the Evangelical Community in Syria and Lebanon aus dem Jahr 2014 an die Ökumene dar und beschreibt die Stellungnahmen der Evangelischen Mittelost-Kommission der EKD seit 2012 sowie der 2016 entstandenen sog. Abstimmungsrunde Syrien. Des Weiteren skizziert sie die Arbeit kirchlicher Werke und Landeskirchen Syrien sowie die Reaktion in der EKD auf den Appell des ÖRK vom April 2018, in dem eine sofortige Waffenruhe gefordert wurde. Abschließend geht die Autorin auf kirchliche Beschlüsse und Stellungnahmen ein, die die Situation syrischer Flüchtlinge in Deutschland, insbesondere den Familiennachzug, zum Gegenstand haben.

In der Rubrik Kirchliche Ereignisse und Entwicklungen nimmt Prof. Dr. Thomas Martin Schneider, der an der Universität Koblenz Kirchengeschichte lehrt, in einer »Nachlese zum Reformationsjubiläum 2017« alltagskulturelle, politische, kirchenpolitische und theologisch-wissenschaftliche Aspekte, Konfliktfelder und Ergebnisse des Jubiläumsjahrzehnts in den Blick. Ohne Vollständigkeit erreichen zu wollen oder zu können, betont Schneider die auch beim jetzigen Reformationsjubiläum zu Tage tretende Differenz zwischen der – keineswegs einheitlichen – Sichtwese der (Kirchen)Historiker und der Kirchen(Politiker) auf Martin Luther und sein Werk.

Drei Nachrufe – auf Prof. Dr. Siegfried Bräuer (1930–2018), Oberkirchenrat Hermann Kalinna (1929–2018) und Diakoniepräsident Karl Heinz Neukamm (1929–2018) leiten in den Chronikteil über. Die Autoren Dr. Armin Kohnle, Dr. Hartmut Löwe und Dr. Thomas Greif zeichnen aus persönlicher Kenntnis und

dennoch mit kritischer Distanz ein plastisches Bild der Verstorbenen und ihrer Verdienste für Kirche, Wissenschaft, Politik und Diakonie.

Für den Dienstleistungscharakter des Kirchlichen Jahrbuchs für Kirche und Wissenschaft stehen die Bibliographie zur Kirchlichen Zeitgeschichte, die Nekrologe auf Personen aus Kirche und Theologie sowie eine Chronologie wichtiger kirchlicher Ereignisse des Jahres 2018.

Dass das Kirchliche Jahrbuch einmal mehr als bewährtes Arbeits- und Rechercheinstrument zur Verfügung steht, ist den genannten Autorinnen und Autoren zu danken, denen an dieser Stelle ein besonderes Wort der Anerkennung gebührt. Darin einbezogen ist auch der geschäftsführende Redakteur und Schriftleiter, Herr Dr. Karl-Heinz Fix von der Forschungsstelle der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte in München

Hannover, im Oktober 2020 Dr. Horst Gorski

Abkürzungsverzeichnis

a. D.	außer Dienst
A. und H. B.	Augsburgischen und Helvetischen Bekenntnisses
Abs.	Absatz
AfD	Alternative für Deutschland
AG	Arbeitsgemeinschaft
AKiZ	Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte
AMD	Arbeitsgemeinschaft Missionarische Dienste
apl. Professor	außerplanmäßiger Professor
Art.	Artikel
AT	Altes Testament
BA	Bachelor of Arts
BayAGO	Allgemeine Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaates Bayern
BayEUG	Bayerisches Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
BayVGH	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
BeB	Bundesverband evangelische Behindertenhilfe
BEKDDR	Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR
BMG	Bundesministerium für Gesundheit
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
CBP	Bundesverband Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e. V.
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CFK	Christliche Friedenskonferenz
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e. V.
d. h.	das heißt
DAS	Deutsche Afrika-Stiftung
DCV	Deutscher Caritasverband e. V.
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DEA	Deutsche Evangelische Allianz
DEKT	Deutscher Evangelischer Kirchentag
DEKV	Deutscher Evangelischer Krankenhausverband
DFDR	Demokratisches Forum der Deutschen in Rumänien
DITIB	Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V.
DNA	Desoxyribonukleinsäure
DNK/LWB	Deutsches Nationalkomitee des Lutherischen Weltbundes
DÖSTA	Deutscher Ökumenischer Studienausschuss
dpa	Deutschen Presse-Agentur
Dr. h. c.	Doktor honoris causa
Dtn	Deuteronomium
DVD	Digital Versatile Disc
EAD	Evangelische Allianz in Deutschland
ECRL	European Council of Religious Leaders
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EKBO	Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
EKFuL	Evangelische Konferenz für Familien- und Lebensberatung e. V.
EKHN	Evangelische Kirche in Hessen und Nassau
EKiR	Evangelische Kirche im Rheinland

EKKW	Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck
ELKB	Evangelisch-lutherische Kirche in Bayern
ELKI	Evangelisch-Lutherische Kirche in Italien
EMOK	Evangelische Mittelost-Kommission der EKD
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EMW	Evangelisches Missionswerk in Deutschland
epd	evangelischer Pressedienst
ErK	Evangelisch-reformierte Kirche
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EVA	Evangelische Verlagsanstalt
EVS	Evangelischer Verein für die Schneller-Schulen
EWDE	Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung
Ez	Ezechiel
EZW	Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
FMEEC	Fellowship of Middle East Evangelical Churches
FU	Freie Universität
GAW	Gustaf-Adolf-Werk
G-BA	Gemeinsamen Bundesausschusses
GEKE	Gemeinschaft evangelischer Kirchen in Europa
Gen DG	Gesetz über genetische Untersuchungen bei Menschen
Gen	Genesis
GEP	Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik
GFK	Genfer Flüchtlingskonvention
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GKV	Gesetzlichen Krankenversicherung
GVBl	Gesetzes- und Verordnungsblatt
H.	Heft
hg.	herausgegeben
Hg.	Herausgeber
i. V. m.	in Verbindung mit
i. R.	im Ruhestand
IMEW	Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft
IQWiG	Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen
IS	Islamischer Staat
Jg.	Jahrgang
Joh	Johannesevangelium
JZ	Juristenzeitung
KEK	Konferenz Europäischer Kirchen
KG	Kirchengeschichte
KGRBG	Kirchengemeinderatsbildungsgesetz
KIKA	Kinderkanal
KJ	Kirchliches Jahrbuch
KNA	Katholische Nachrichten-Agentur
KoGe	Konfession und Gesellschaft
Kor	Korintherbrief
KZ	Konzentrationslager
LAELKB	Landeskirchliches Archiv der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern
LG	Landgericht
M. A./MA	Magister Artium
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen

MdB	Mitglied des Bundestages
MdL	Mitglied des Landtages
MECC	Middle East Council of Churches
Mk	Markusevangelium
MKiZ	Mitteilungen zur Kirchlichen Zeitgeschichte
Mt	Matthäusevangelium
NDR	Norddeutscher Rundfunk
NESSL	National Evangelical Synod of Syria and Lebanon
NIPD	Nichtinvasive Pränataldiagnostik
NIPT	Nichtinvasiver Pränataltest
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NL	Nachlass
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NS	Nationalsozialismus
NSU	Nationalsozialistischer Untergrund
NT	Neues Testament
NVwZ	Neue Juristische Wochenschrift
NWVerfGH	Nordrhein-Westfälischer Verfassungsgerichtshof
o. Ä.	oder Ähnliche/s
o. Prof.	ordentlicher Professor
OBKD	Orthodoxe Bischofskonferenz in Deutschland
OKR	Oberkirchenrat
ÖRK	Ökumenischer Rat der Kirchen
OVG	Oberverwaltungsgericht
Pegida	Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes
PND	Pränataldiagnostik
Ps	Psalm
PT	Praktische Theologie
Ri	Richter
Rn	Randnote
Röm	Römerbrief
RP	Rheinische Post
RWTH	Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen
s.	siehe
SchKG	Gesetz zur Vermeidung und Bewältigung von Schwangerschaftskonflikten
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SGB V	Sozialgesetzbuch, V. Buch
SkF	Sozialdienst katholischer Frauen Gesamtverein e. V.
sog.	so genannt
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
St. Rspr.	Ständige Rechtsprechung
StGB	Strafgesetzbuch
SVRKG	Schriftenreihe des Vereins für Rheinische Kirchengeschichte
Syst	Systematische Theologie
taz	die tageszeitung
ThLZ	Theologische Literaturzeitung
TOP	Tagesordnungspunkt
Tx.	Texas
u. a.	und andere/unter anderem
u. U.	unter Umständen
UEK	Union Evangelischer Kirchen in der Evangelischen Kirche in Deutschland
UN-BRK	UN-Behindertenrechtskonvention
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees

UNO	United Nations Organisation
UR	Unitas Redintegratio (1964)
Urt.	Urteil
UUS	Ut unum sint (1995)
VELKD	Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands
VEM	Vereinte Evangelische Mission
VerfGHE BY	Entscheidungen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs
VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
WA	Weimarer Ausgabe
WDR	Westdeutscher Rundfunk
Weish	(Buch der) Weisheit
WRV	Weimarer Reichsverfassung
z. B.	zum Beispiel
z. T.	zum Teil
ZBKG	Zeitschrift für bayerische Kirchengeschichte
ZevKR	Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht
ZThK	Zeitschrift für Theologie und Kirche

DOKUMENTE ZUM KIRCHLICHEN ZEITGESCHEHEN

Bearbeitet
Von Karl-Heinz Fix

I. Kirchliche und theologische Grundsatzfragen

1. Ein Zeichen der »christlich-abendländischen« Prägung und Symbol der regionalen Identität? Juristische und theologische Aspekte einer neuen bayerischen Kreuzdebatte

Von Renate Penßel

1. Einleitung und Überblick

Man kann darin einen Ausdruck der »Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen«[1] sehen oder schlicht einen Begleiteffekt des Anwachsens gesellschaftlicher Pluralität: Fakt ist, dass neben einem in Statistiken dokumentierten quantitativen Rückgang religiöser Bindungen der Gebrauch religiöser Symbole an Bedeutung gewonnen hat, womöglich, weil ihr Einsatz heute größere Aufmerksamkeit hervorruft, als dies früher der Fall war, und größeres Bedürfnis nach Vergewisserung und Dokumentation der eigenen Identität besteht. In der jüngsten Zeit häufen sich politische und juristischen Auseinandersetzungen über das Kopftuch und andere Kleidungsstücke mit religiöser Konnotation[2] und auch über das Kreuz im öffentlichen Raum: Während das Kreuz in der Öffentlichkeit, auch an und in öffentlichen Gebäuden, unter volkskirchlichen Bedingungen (in Gestalt von Weg- oder Gipfelkreuzen, in Gerichtssälen, in Schulen oder in Krankenhäusern) noch eine Selbstverständlichkeit war und nur punktuell Aufmerksamkeit hervorrief (z. B. in der Entscheidung des

1. Näher zu Geschichte, Bedeutung und Problematik dieses bildhaften und daher beliebten Begriffs Landwehr, Achim: Von der ›Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen‹, in: Historische Zeitschrift 295 (2012), 1–34.

2. Vgl. dazu nur die beiden Leitentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zum Kopftuch im Schuldienst, BVerfGE 108, 282 und 138, 296, die jüngere, noch unabgeschlossene Debatte um das Kopftuch im Justizdienst, (s. dazu u. a. BVerfG, NJW 2017, 2333; BayVGH, BayVBl. 2018, 672 – nicht rechtskräftig; BayVerfGH, NVwZ 2019, 721), die Diskussion um Burkaverbote oder um ein Verbot des Kopftuchs bei Kindern. Verbote religiöser Kleidungsstücke (Kopftuch, Burka oder Kreuz) waren auch wiederholt Gegenstand von Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR), vgl. nur EGMR Urt. vom 26. November 2015 – 64846/11 (Ebrahimian/Frankreich) – zum Kopftuch im öffentlichen Dienst; EGMR, Urt. vom 15. Januar 2013 – 48420/10, 59842/10, 51671/10, 36516/10 (Eweida u. a./United Kingdom) – religiöse Bekenntnisse am Arbeitsplatz, u. a. durch Tragen des Kreuzes). Auch der EuGH musste sich bereits damit befassen, s. EuGH, Urteil vom 14. März 2017 – C-188/15 – Kopftuchverbote durch private Arbeitgeber.

BVerfG von 1973 über das Kreuz im Gerichtssaal[3]), ist seine Präsenz heute immer wieder Gegenstand einer kontroversen Debatte, in der sich unvereinbare Gegenpositionen gegenübertreten.[4]

Eindrücklich dokumentieren dies die Reaktionen auf die Entscheidung der Bayerischen Staatsregierung aus dem April 2018, die Behörden des Freistaates dazu zu verpflichten, im Eingangsbereich gut sichtbar ein Kreuz anzubringen[5] und damit dem Kreuz im staatlichen Kontext gezielt eine Präsenz zu geben, die über das Hergebrachte noch hinausgeht.

Diese besondere Form der Präsentation des Kreuzes im öffentlichen Raum kann nicht unreflektiert mit seiner traditionellen Anbringung in öffentlichen Krankenhäusern oder auch in Gerichtssälen oder Schulen gleichgesetzt werden. Alle diese Situationen verlangen nach einer jeweils eigenständigen Interpretation des Aussagegehalts des Kreuzes im jeweiligen Verwendungskontext.[6] Daher muss auch für

3. BVerfGE 35, 366.

4. Diese Entwicklung zeigte sich bereits anlässlich der sog. Kruzifix-Entscheidung des BVerfG von 1995 (s. BVerfGE 93, 1), die große mediale Aufmerksamkeit erfuhr und scharfe, einander entgegengesetzte Reaktionen hervorrief. Sie setzte sich fort anlässlich der beiden, zu einem konträren Ergebnis gelangenden Entscheidungen des EGMR über die Vereinbarkeit des Kreuzes in italienischen Klassenzimmern mit der EMRK (s. EGMR [Kammer], Urteil vom 3. November 2009 – 30814/06; EGMR [Große Kammer], Urteil vom 18. März 2011 – 30814/06 [Lautsi u. a./Italien]) (dt. Übersetzung in: EuGRZ 2011, 677; NVwZ 2011, 737), die eine vergleichbar kontroverse Diskussion auf europäischer Ebene auslösten. Ein Beispiel aus der jüngeren Vergangenheit ist die Debatte über die Wiedererrichtung eines Kreuzes auf dem rekonstruierten Berliner Stadtschloss, dokumentiert u. a. in den konträren Beiträgen von Vahlland, Kia: Symbol der Unterdrückung, in: Süddeutsche Zeitung vom 7. Juni 2017 (www.sueddeutsche.de/kultur/diskussion-um-kreuz-auf-berliner-stadtschloss-symbol-der-unterdrueckung-1.3535836) und Jessen, Jens: Wider die Heiden in den Palästen, in: Zeit online vom 23. Juni 2017, www.zeit.de/2017/26/stadtschloss-berlin-kreuz-kuppel-debatte. Umgekehrt schlug auch die Entscheidung der Bischöfe Marx und Bedford-Strohm, bei einer gemeinsamen Reise in das Heilige Land die Klagemauer und den Tempelberg ohne Amtskreuz zu besuchen, hohe Wogen, und rief dabei überwiegend heftigen Widerspruch hervor, s. nur www.n-tv.de/panorama/EKD-Chef-bereut-Besuch-auf-dem-Tempelberg-article19334321.html.

5. Näher zu dieser Maßnahme und ihrer rechtlichen Bedeutung unter 2.

6. Jedenfalls in Krankenhäusern, aber – richtig betrachtet – auch in Gerichtssälen muss das Kreuz keineswegs zwingend als staatliche Identifikation bzw. Selbstpräsentation mit diesem Zeichen gedeutet werden. Sondern es kann (zumindest unter volkskirchlichen Bedingungen, unter denen es angebracht wurde, und die auch heute noch zwar nicht mehr im gesamtdeutschen statistischen Mittel, aber doch in einzelnen Regionen, z. B. im ländlichen Bayern, vorliegen können) auch als Unterstützung der individuellen Religionsfreiheit derjenigen begriffen werden, die im Zeichen des Kreuzes und seiner Botschaft (der Rettung aus Tod und Schuld) in Grenzsituationen des Lebens Halt finden. Auch in der Schule darf und soll dem Grundgesetz zufolge das spezifisch Religiöse seinen Ort haben (vgl. nur Art. 7 III GG), weil die Schule nicht im selben Sinn ein »staatlicher Innenraum« ist wie Verwaltungsgebäude oder Gerichte, sondern ein Raum sein soll, in dem ein Hineinwachsen in das Leben und in die Gesellschaft mit ihren vielfältigen, auch religiösen Fragestellungen ermöglicht wird. Auch in der öffentlichen Schule muss das Kreuz damit nicht als Zeichen der »Christlichkeit« des Staates (als solchem) verstanden werden, sondern kann als Hilfe zur religiösen Sozialisation derjenigen Schüler begriffen werden, die bzw. deren Eltern eine solche Sozialisation wünschen (die lange in den Klassen eine

das verpflichtende Kreuz im Eingangsbereich aller bayerischen Behörden zunächst ermittelt werden, was es gerade in diesem Kontext aussagt, bevor man sich anschließend zu diesem Aussagegehalt (positiv oder negativ) in Beziehung setzen kann.

Eine solche Position zum »Kreuz in bayerischen Behörden« kann man aus unterschiedlichen Perspektiven beziehen: Politisch betrachtet stellt sich die Frage, ob diese Maßnahme dem Gemeinwohl (z. B. der politischen Stabilität und dem Zusammenhalt des Gemeinwesens) dienlich oder abträglich ist. Für Juristen ist klärungsbedürftig, ob diese Form der Präsentation des Kreuzes mit den Vorgaben des Grundgesetzes für das Verhältnis von Staat und Religion bzw. Religionsgemeinschaften im Einklang steht. Aus theologischer Perspektive stellt sich die Frage, ob das Kreuz dabei eine Bedeutung hat, die sich mit seiner theologischen Bedeutung in Einklang bringen lässt oder eine Bedeutung, die neben seiner theologischen Bedeutung steht, und – unabhängig davon – ob seine Bedeutung in diesem Kontext theologisch befürwortet werden kann oder abzulehnen ist.

Der »Kreuzbeschluss« der bayerischen Staatsregierung rief großes Echo hervor[7]: Neben Politikern verschiedener Parteien und Stimmen aus der Publizistik nahmen Vertreter mehrerer Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften Stellung.[8] Auch und vor allem Vertreter der beiden großen Kirchen sahen sich

---

eindeutige Mehrheit bildeten und dies in manchen Regionen immer noch tun). Mit diesem Argument und diesem Verständnis des Kreuzes im Klassenzimmer, dass das eigentliche historische Anliegen hinter seiner Anbringung wohl am besten trifft, hat auch der BayVerfGH seine grundsätzliche Zulässigkeit gerechtfertigt (vgl. VerfGHE BY 50, 156, wo die Entscheidung über Anbringung und Entfernung des Kreuzes im Klassenzimmer als Entscheidung über den Ausgleich zwischen verschiedenen Grundrechtspositionen eingeordnet wird).

7. Einen Überblick über verschiedene Stellungnahmen und Initiativen im Zeitraum vom 25. April bis 9. Mai gibt das Dokument des Evangelischen Pressedienstes »Meldungen zu [sic] ›Kreuzerlass‹, Meldungen – eine Zusammenschau […]«, online unter: www.mlk-er.de/sites/default/files/content/documents/kreuzdiskussion.pdf (mit Schwerpunkt auf Äußerungen aus dem kirchlichen Spektrum).

8. Neben den unter 3. näher referierten Stellungnahmen aus den beiden großen Kirchen waren dies z. B. die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern Charlotte Knobloch, deren Äußerungen allgemein als grundsätzliche Zustimmung gewertet wurden (Der »Welt« zufolge sagte sie: »Gerade vor dem Hintergrund der Mammutaufgabe Integration halte ich es für wichtig und richtig, die Normen und Werte zu definieren und deren Anerkennung einzufordern, die für das Miteinander in unserem Land indisponibel sind«. Dazu gehöre auch eine gewisse Symbolik, »um Identität und Prägung zu demonstrieren«. Über einzelne Maßnahmen könne man unterschiedlicher Meinung sein (Charlotte Knobloch begrüßt Kruzifix-Verordnung, in: Die Welt vom 25. April 2018: www.welt.de/regionales/bayern/article175815310/Charlotte-Knobloch-begruesst-Kruzifix-Verordnung.html) und der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland Aiman Mazyek, der in einem Interview mit der Deutschen Presse-Agentur (dpa) die Vereinbarkeit mit dem Neutralitätsgrundsatz und dem Anspruch der Religionsgemeinschaften auf Gleichbehandlung problematisierte: »Wir Muslime haben kein Problem mit dem Kreuz, überhaupt mit der Wertschätzung der Religion im gesellschaftlichen Leben. Die staatliche Neutralität sollte dabei aber stets gewahrt bleiben. Was nicht geht, ist die Doppelmoral, christliche Symbole zu akzeptieren, aber muslimische, jüdische oder andere aus der Öffentlichkeit zu verbannen.« (zitiert nach: Kritik an Söders Kruzifix-Offensive hält an, in: Augsburger Allgemeine vom 25. April 2018, www.augsburger-

veranlasst, die Entscheidung zu kommentieren. Ihre Äußerungen wurden begleitet von Stellungnahmen in der kirchlichen Publizistik und von Seiten der wissenschaftlichen Theologie. Dabei zeigte sich – jedenfalls auf den ersten Blick – ein beträchtliches Meinungsspektrum, weniger entlang der Konfessionsgrenzen, sondern mehr noch innerhalb der Kirchen und konfessionellen Milieus. Daneben traten rechtswissenschaftliche Bewertungen, die ebenfalls zu konträren Ergebnissen gelangten.[9] Diese Vielfalt der Meinungen fordert geradezu dazu heraus, sie ordnend miteinander in Verbindung zu bringen, um zu ermitteln, an welchen konkreten Stellen sich Dissense verbergen, und wie diese Dissense u. U. aufgelöst werden können.

Auch wenn in manchen dieser Stellungnahmen die politische, rechtliche und theologische Perspektive nebeneinander zur Sprache kommen und zusammenspielen, müssen sie doch analytisch voneinander getrennt werden, weil die unterschiedlichen Fragen nur jeweils für sich mit Hilfe der unterschiedlichen Werkzeuge und Methoden der einschlägigen Disziplinen beantwortet werden können. Trotzdem kann es sich lohnen, mehr als eine dieser Perspektiven in den Blick zu nehmen, weil dadurch deutlich wird, wie sie sich trotz ihrer Verschiedenheit und ihrer jeweiligen Eigenlogik wechselseitig bedingen und beeinflussen.

Dieser Beitrag will deshalb sowohl der juristischen, als auch – so eingeschränkt, wie dies einer Juristin möglich ist – der theologischen Dimension des »Kreuzbeschlusses« der bayerischen Staatsregierung nachspüren. Seine politische Dimension soll dagegen ausgeblendet bleiben.

Nach einer knappen Einführung in den Entstehungszusammenhang und die rechtliche Bedeutung der Entscheidung (2.) soll dabei ein Überblick über die unterschiedlichen Deutungen und Bewertungen des Kreuzes in bayerischen Behörden zunächst aus theologischer Sicht (3.), anschließend aus juristischer Sicht (4.) gegeben werden. Die theologischen Bewertungen werden dabei größtenteils im Originalwortlaut wiedergegeben, weil dieser Wortlaut für ihre Interpretation entscheidend ist, und es sich überwiegend um Äußerungen in den Medien handelt, deren dauerhafte Verfügbarkeit nicht sichergestellt ist. Eine inhaltliche Bewertung findet dabei (mangels Fachkompetenz der Autorin) nicht statt. Die Auswertung der bisherigen juristischen Bewertungen ist dagegen eingebettet in eine eigene Auseinandersetzung mit den maßgeblichen Rechtsfragen, die in eine eigenständige Beantwortung dieser Rechtsfragen mündet. Im Rahmen dieser Auseinandersetzung wird herausgearbeitet, welche Bedeutung die unter 3. referierten theologischen Deutungen für

---

allgemeine.de/bayern/Kritik-an-Soeders-Kruzifix-Offensive-haelt-an-id50957281.html). Ablehnend äußerte sich auch der »Bund für Geistesfreiheit«, der zusammen mit anderen im Oktober 2018 Klage gegen das Anbringen der Kreuze vor dem VG München erhoben hat.

Nicht mehr berücksichtigt werden konnten: Honecker, Martin: Für Instrumentalisierungen ungeeignet. Das Kreuz als Symbol zwischen Politik und Glaube, in: Deutsches Pfarrerblatt 119 (2019), H. 1, 7–12, und Seidel, Thomas A.: In hoc signo vinces. Kulturgeschichtliche und theologische Anmerkungen zur Bedeutung des Kreuzes, in: ders./Schacht, Ulrich (Hg.): Würde oder Willkür. Theologische und philosophische Voraussetzungen des Grundgesetzes (Georgiana. Neue theologische Perspektiven, 3), Leipzig 2019, 130–182.

9. Näher dazu unter 3.

die rechtliche Bewertung haben, und werden die theologischen Stellungnahmen insoweit ausgewertet und zusammengefasst, als es aufgrund ihrer Relevanz für die juristische Beurteilung nötig ist.

In einem abschließenden Fazit (5.) wird der Blick schließlich noch einmal auf die Theologie gewendet. Weil hier die aufgeworfenen Fragen nicht wie unter 4. die rechtlichen Fragen einer eigenen Lösung zugeführt werden können, wird zumindest versucht, zusammenzufassen, über welche Punkte die bisherige Diskussion bereits Klarheit hergestellt hat, und an welchen (für das Urteil über die Maßnahme relevanten) Punkten noch Klärungsbedarf besteht. Diese Klärung selbst kann hier nicht erfolgen. Es kann aber festgehalten werden, was die Zusammenschau von Theologie und Rechtswissenschaft leisten kann, um solche Klarheit herbeizuführen.

2. Der Gang der Ereignisse und rechtliche Bedeutung des »Kreuzbeschlusses«

In seiner ersten Regierungserklärung vom 18. April 2018 entwarf der neue bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) ein »10-Punkte-Programm für Bayern«. Im zehnten dieser Punkte machte er sich die »Bewahrung der bayerischen Identität« zur Aufgabe. Zur Erläuterung hielt er u. a. fest:

> Wir sind weltoffen, aber jeder, der bei uns leben möchte, muss sich an unsere Werte, Sitten und Gebräuche anpassen und nicht umgekehrt. Dabei ist das Kreuz das grundlegende Zeichen unserer kulturellen Identität. Es ist das Symbol für Menschenwürde, Nächstenliebe und Toleranz. Unter Beachtung der Rechtsprechung werden wir ein Zeichen setzen und in allen Behörden des Freistaates ein sichtbares Kreuz anbringen.[10]

In ihrer Sitzung vom 24. April 2018 fasste die Staatsregierung den zur Umsetzung erforderlichen Beschluss, in die »Allgemeine Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaates Bayern« (im Folgenden: BayAGO)[11] die Verpflichtung zur Anbringung eines Kreuzes aufzunehmen[12]: Ihr § 28 erhielt den folgenden Wortlaut:

---

10. Regierungserklärung vom 18. April 2018, 17. Online unter: www.bayern.de/wp-content/uploads/2018/04/ das_beste_fuer_bayern.pdf.

11. GVBl. 2000, 873; GVBl. 2001, 28, zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 24. April 2018, GVBl. 281.

12. Vgl. dazu die Pressemitteilung der Bayerischen Staatskanzlei vom 24. April 2018 »Bericht aus der Kabinettssitzung« (online unter: www.bayern.de/wp-content/uploads/2018/04/180424-ministerrat.pdf), 2: »Gleichzeitig wurde beschlossen, dass ab 1. Juni im Eingangsbereich jedes bayerischen Dienstgebäudes ein Kreuz hängen soll. ›Das Kreuz ist grundlegendes Symbol unserer bayerischen Identität und Lebensart. Es steht für elementare Werte wie Nächstenliebe, Menschenwürde und Toleranz‹, so Söder. Im Anschluss an die Kabinettssitzung brachte Söder ein Kreuz im Eingangsbereich der Bayerischen Staatskanzlei an«. 3f.: »Im Eingangsbereich eines jeden Dienstgebäudes im Freistaat ist als Ausdruck der geschichtlichen und kulturellen Prägung Bayerns deutlich wahrnehmbar ein Kreuz als sichtbares Bekenntnis zu den Grundwerten der Rechts- und Gesellschaftsordnung in Bayern und Deutschland anzubringen. Der Ministerrat hat heute eine entsprechende Änderung der Allgemeinen Geschäftsordnung für die Behörden des

Im Eingangsbereich eines jeden Dienstgebäudes ist als Ausdruck der geschichtlichen und kulturellen Prägung Bayerns gut sichtbar ein Kreuz anzubringen.

Der Wortlaut dieser – aus juristischer Sicht maßgeblichen – Bestimmung und die Äußerungen, die ihre Einführung begleiteten, sprechen im Hinblick auf den Bedeutungsgehalt des Kreuzes keine eindeutige Sprache:

Wenn im Wortlaut von § 28 BayAGO davon die Rede ist, dass es als Ausdruck der »geschichtlichen Prägung« Bayerns verwendet wird, ist klar, dass das Kreuz symbolisieren soll, dass das Christentum die Geschichte des bayerischen Staatswesens maßgeblich beeinflusst hat. Das Kreuz soll jedoch außerdem die »kulturelle Prägung« Bayerns veranschaulichen. Angesichts der Vielschichtigkeit des Begriffes »Kultur« stellt sich die Frage, welche Aspekte der »Kultur Bayerns« hier gemeint sein sollen: Im engstmöglichen Sinn kann »Kultur« im Sinne von »Kunstschaffen« und »kulturellen Traditionen« (d. h. im Sinne von »Brauchtum«) verstanden werden. In diesem Verständnis würde das Kreuz hier neben dem historischen Werdegangs Bayerns die in Bayern vorherrschenden (im Christentum wurzelnden) Traditionen und diejenigen Aspekte des bayerischen Kunstschaffens symbolisieren, die mit dem Christentum in Zusammenhang stehen.

In den Äußerungen, die die Einführung von § 28 BayAGO begleiteten, klingt allerdings noch etwas Anderes, davon Unterscheidbares an, nämlich dass das Kreuz für bestimmte Wertentscheidungen und für nicht rechtsverbindliche, aber gesellschaftlich anerkannte Verhaltensnormen (»Sitten«) stehen soll, die entweder das zwischenmenschliche Miteinander in der Gesellschaft betreffen (»Nächstenliebe«, »Toleranz«) oder auch für die Gestaltung des staatlichen Ordnung relevant sind (Achtung vor der »Menschenwürde«).[13] Da auch solche Wertentscheidungen und »ungeschriebenen« Verhaltensnormen dem vielschichten Begriff der »Kultur« zugeordnet werden können[14], muss davon ausgegangen werden, dass sie mitgemeint sind, wenn § 28 BayAGO

Freistaats Bayern beschlossen. Das Kreuz ist das grundlegende Symbol der kulturellen Identität christlich-abendländischer Prägung. Die Verpflichtung gilt für alle Behörden des Freistaats Bayern ab dem 1. Juni 2018. Gemeinden, Landkreisen und Bezirken wird empfohlen, entsprechend zu verfahren.«

13. S. dazu den Dreiklang aus »Werten«, »Sitten« und »Gebräuchen« aus der Erläuterung zu Punkt 10 der Regierungserklärung vom 18. April 2018. S. außerdem die Pressemitteilung der Bayerischen Staatskanzlei vom 24. April 2018 »Bericht aus der Kabinettssitzung«, die das Kreuz als »Bekenntnis zu den Grundwerten der Rechts- und Gesellschaftsordnung« einordnet. Die drei genannten, unterschiedlichen Elemente finden sich auch in der Umschreibung der »Leitkultur« in der Präambel des Bayerischen Integrationsgesetzes (vom 13. Dezember 2016, GVBl. 335): bei der Beschreibung des »Grundkonsenses«, den Seite 13 der Präambel als »Leitkultur« bezeichnet, findet sich sowohl der Verweis auf dominierende Traditionen und Brauchtum (s. z. B. 9), als auch auf Grundentscheidungen der staatlichen Rechtsordnung (s. z. B. 3–6), als auch auf Grundwerte des zwischenmenschlichen Zusammenlebens jenseits der Rechtsordnung (s. z. B. 7).

14. Vgl. dazu z. B. die weite Kultur-Definition der UNESCO: »Die Kultur kann in ihrem weitesten Sinne als die Gesamtheit der einzigartigen geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Aspekte angesehen werden, die eine Gesellschaft oder eine soziale Gruppe kennzeichnen. Dies schließt nicht nur Kunst und Literatur ein, sondern auch Lebensformen, die Grundrechte des Menschen, Wertsysteme, Traditionen und Glaubensrichtungen.« (Weltkonferenz über Kulturpolitik. Schlussbericht der von der UNESCO

vom Kreuz als Symbol der »kulturellen Prägung« Bayerns spricht. Das Kreuz soll hier also neben dem geschichtlichen Werdegang Bayerns und dem christlichen geprägten Brauchtum und Kunstschaffen auch bestimmte (im Ursprung »christliche«) Wertentscheidungen und Verhaltensnormen symbolisieren.

Da unzweifelhaft auch religiöse Überzeugungen »Kulturerscheinungen« sind, würde es der Wortlaut außerdem ohne Weiteres tragen, dass das Kreuz für die besondere Bedeutung des Christentums als Religion in Bayern stehen soll. Jedoch spricht dagegen die Entstehungsgeschichte von § 28 BayAGO: Nach Punkt 10 der Regierungserklärung vom 18. April 2018 soll das Kreuz in den Behörden einer Vergewisserung und Bekräftigung der vorherrschenden »Werte«, »Sitten« und »Gebräuche« dienen, an die man »Anpassung« von Zugewanderten erwartet und – jedenfalls aus Sicht des Sprechers – erwarten kann, und damit gerade keine religiöse Botschaft (über das Wesen des in Jesus Christus Mensch gewordenen Gottes und die Bedeutung des Kreuzestodes Jesu für die Beziehung zwischen Gott und Mensch) transportieren. Der Ministerpräsident unterstrich dies in der auf den Beschluss der Staatsregierung folgenden Presseerklärung mit der heftig kritisierten, später relativierten bzw. klargestellten Aussage, »das Kreuz (sei) nicht« (wohl gemeint: in diesem Kontext) »ein Zeichen einer Religion«.[15]

§ 28 BayAGO stellt eine Verwaltungsvorschrift, also »Innenrecht« des Staates dar[16]: Sie ist für die Behörden des Freistaates Bayern verpflichtend, nach »außen«, d. h. gegenüber dem Bürger, entfaltet sie dagegen keine rechtliche Wirkung. Ihre Befolgung wirkt sich lediglich faktisch aus – in Form der Konfrontation mit dem Zeichen des Kreuzes bei Behördengängen.[17] Sie gilt für »alle Behörden des Freistaates Bayern« (§ 1 Abs. 1, 1), d. h. für alle Stellen, die Aufgaben der unmittelbaren Staatsverwaltung wahrnehmen. Ihnen wird das Anbringen des Kreuzes verbindlich vorgegeben; Entscheidungsspielräume sieht die BayAGO nicht vor. Für Stellen der mittelbaren Staatsverwaltung (z. B. Träger der kommunalen Selbstverwaltung, Universitäten oder rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts) gilt sie unmittelbar nicht, jedoch wird »Gemeinden, Landkreisen, Bezirken und sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts […] empfohlen, nach dieser Geschäftsordnung zu verfahren« (§ 36 BayAGO).[18] In manchen Kommunen und Universitäten wurde

---

vom 26. Juli bis 6. August 1982 in Mexiko-Stadt veranstalteten internationalen Konferenz, hg von der Deutschen UNESCO-Kommission [UNESCO-Konferenzberichte, Nr. 5], München 1983, 121.

15. Presseerklärung vom 24. April 2018, online unter: www.youtube.com/watch?v=990C6zZFO6I.

16. Vgl. nur Maurer, Hartmut/Waldhoff, Christian: Allgemeines Verwaltungsrecht, 19. Aufl. München 2017, § 24 Rn. 3. Näher zur Rechtsnatur von Verwaltungsvorschriften ebd. Rn. 21–48 m. w. N.

17. S. auch Friedrich, Lutz: Über Kreuz mit der Verfassung?, in: NVwZ 2018, 1007–1013, 1008, der gleichzeitig zu Recht darauf hinweist, dass der Umstand, dass eine Verwaltungsvorschrift dem Bürger gegenüber keine Rechtswirkung entfaltet, nichts daran ändert, dass sie selbst vollumfänglich an das Recht gebunden ist.

18. Juristisch problematisch ist dabei insbesondere, ob Landratsämter und Universitätsgebäude, die sowohl der staatlichen Verwaltung als auch der kommunalen bzw. akademischen Selbstverwaltung dienen, in den Anwendungsbereich von § 28 oder von § 36 BayAGO fallen. Näher dazu u. a. Ipsen, Jörn: Das Kreuz in der Behörde, in: Recht und Politik 2018, 265–270, 269.

daraufhin erörtert, ob dem Vorbild der BayAGO zu folgen sei. Viele gelangten zu einem negativen Ergebnis.[19]

Diese Entwicklung und die öffentliche Kritik an seiner Entscheidung (auch und besonders von Seiten der Kirchen)[20] veranlasste den Ministerpräsidenten zu der Ankündigung, einen runden Tisch zum Thema »Werte, Kultur und Identität des Landes« einberufen zu wollen, und daran u. a. verschiedene Vertreter der Kirchen zu beteiligen. Dieser Vorstoß stieß auf zurückhaltendes Echo[21] und wurde bisher nicht weiterverfolgt. Zum ersten Jahrestages des Beschlusses erklärte der Ministerpräsident, dass er »liberal gehandhabt« werde.[22]

3. Theologische Bewertungen

Im Folgenden wird ein Überblick über die verschiedenen Bewertungen von Seiten der christlichen – zunächst der evangelischen, anschließend der katholischen – Theologie gegeben. Dabei werden jeweils zuerst Äußerungen von Vertretern der verfassten Kirchen, anschließend solche von Vertretern der wissenschaftlichen Theologie wiedergegeben. Angesichts der großen Resonanz, auf die der »Kreuzbeschluss« stieß, sind die ausgewählten Äußerungen bei Weitem nicht abschließend. Die Auswahl bemüht sich aber darum, unterschiedliche Gruppen im Umfeld der jeweiligen Kirche zu Wort kommen zu lassen und die maßgeblichen Gegenpositionen einander gegenüberzustellen.

3. 1 Evangelische Perspektiven

3. 1. 1 Stellungnahmen aus der verfassten Kirche

Zum »Kreuzbeschluss« nahmen mehrere Repräsentanten der Evangelisch-lutherischen Kirche in Bayern (ELKB) und auch Vertreter anderer evangelischer Kir-

19. Vgl. dazu z. B. den Bericht der Augsburger Allgemeinen über die Reaktionen in ihrem Verbreitungsgebiet vom 31. Mai 2018, online unter: www.augsburger-allgemeine.de/bayern/So-halten-es-unsere-Staedte-und-Behoerden-jetzt-mit-dem-Kreuz-id51247986.html.

20. Überblick über kritische und zustimmende Reaktionen aus kirchlicher bzw. theologischer und juristischer Perspektive unter 3. und 4.

21. Näher www.welt.de/regionales/bayern/article176437804/Nach-Streit-um-Kreuz-Erlass-Soeder-kuendigt-runden-Tisch-an.html.

22. Vgl. dazu v. a. Augsburger Allgemeine vom 18. April 2019: Ein Jahr nach Söders Erlass: Hängen Kreuze in Behörden? Von Sarah Ritschel, Uli Bachmeier, Daniel Wirsching und Philipp Wehrmann: www.augsburger-allgemeine.de/bayern/Ein-Jahr-nach-Soeders-Erlass-Haengen-Kreuze-in-Behoerden-id54096541.html. S. dazu auch www.evangelisch.de/inhalte/155939/18-04-2019/soeder-zeigt-sich-offen-fuer-kritik-am-kreuz-erlass. Näher zu neuen Entwicklungen s. außerdem www.br.de/nachrichten/bayern/ein-jahr-kreuz-erlass-warten-auf-den-runden-tisch,RNvWvyr (Stand: April 2019).

chen Stellung: Kritisch äußerten sich z. B. der Landesbischof der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck (EKKW), Prof. Dr. Martin Hein[23] und Prof. Dr. Wolfgang Huber, ehem. Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) und ehem. Vorsitzender des Rates des EKD.[24] Als Stimme für die Entscheidung der Staatsregierung wurden z. T. die Aussagen der Regionalbischöfin im Kirchenkreis München und Oberbayern Susanne Breit-Keßler gewertet.[25] Zustimmend äußerste sich außerdem der Regionalbischof im Kirchenkreis Regensburg Dr. Hans-Martin Weiss in einer zusammen mit dem Katholischen Bischof Dr. Rudolf Voderholzer herausgegebenen Ökumenischen Erklärung vom 3. Mai 2018[26], und die oberfränkische Regionalbischöfin Dorothea Greiner.[27] Die größte Aufmerksamkeit fanden dabei die ausführlichen Äuße-

23. Er erläuterte in einem Interview vom 26. April 2018 am Rande der Landessynode der EKKW, dass er den Beschluss für einen falschen Schritt halte, weil damit »eine Grenze zwischen Staat und Kirche überschritten« werde. Das Aufhängen des Kreuzes erfolge auch seines Erachtens »mit einer falschen Begründung«. Denn »das Kreuz [sei] mitnichten ein Symbol der Identität unserer Bevölkerung, sondern explizit ein religiöses Symbol.« »Man muss eindeutig sagen: Das Kreuz ist ein religiöses Symbol und es ist Ausdruck einer Religionsgemeinschaft, des Christentums.« »Es geht nicht um eine Verkirchlichung des Staates, wie auch der Staat seinerseits nicht auf die kirchlichen Belange Einfluss nimmt.«

24. In der Phoenix-Runde »Kreuzpflicht in Bayern – Wie weit darf der Staat gehen?« vom 3. Mai 2018 sagte er: »Aus der Sicht eines Christen, eines Theologen, eines ehemaligen Bischofs, sage ich: Richtig ist, dass das Kreuz im öffentlichen Raum seinen Ort hat. Richtig ist, dass das Christentum mit seinem zentralen Element öffentlich wahrnehmbar ist. […] Die Bedeutung des Kreuzes ist eine eigenständige. Wir müssen als Christen dafür eintreten, dass seine religiöse Bedeutung nicht zugedeckt wird hinter kulturellen Identitätsspielen.«

25. Sie hielt in einem Ökumenischen Gottesdienst anlässlich der Eröffnung der Bayerischen Landesausstellung am 2. Mai 2018 dem epd (Meldung vom 3. Mai 2018) zufolge fest, dass »Kreuze auch in ›öffentlichen Räumen‹ hängen [sollten]. Das Kreuz habe seinen Platz nämlich nicht nur im privaten Kämmerlein oder in Kirchenraum, sondern ›gehöre hinaus in die Welt‹, […] Jenseits der aktuellen Diskussion über das Kreuz in staatlichen Behörden freue sie sich darüber, ›wenn politische Verantwortliche sich bewusst unter das Kreuz stellen‹, […]. Das Kreuz sei ein ›inklusives Symbol‹, das alle Politiker an ihre eigene Fehlbarkeit, an ihre eigenen Grenzen und das Grundprinzip der Vergebung erinnere. Außerdem stehe das Kreuz dafür, dem Mitmenschen in allem Leid und Unrecht beizustehen«.

26. Sie wird eingeleitet mit den Worten: »wir […] begrüßen und unterstützen, wenn das Kreuz im öffentlichen Raum präsent ist – auch und erst recht dort, wo politische und/oder administrative Verantwortung für unser Gemeinwesen wahrgenommen wird«. Zur Begründung wird ausgeführt: »Das Kreuz steht stellvertretend und symbolisch für das vor-staatliche Fundament der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Das Kreuz bewahrt den Staat vor der Versuchung, sich totalitär des Menschen zu bemächtigen. Das Kreuz erinnert alle Frauen und Männer, die im Dienst des Staates stehen, an ihre Verantwortung, der Würde und Freiheit der Menschen zu dienen. Am Kreuz hängt der Grund unserer Menschenrechte.« Der Volltext der Erklärung ist abrufbar unter: www.regionalbischof-regensburg.de/sites/kirchenkreis-regensburg.de/files/Presseinformation% 20%C3%96kumenisches%20Ja%20zum%20Kreuz.pdf.

27. Dem epd zufolge (wie Anm. 7, 14) betonte sie in einer Predigt vom 6. Mai 2018, »Christlicher Glaube sei nicht Privatsache, sondern öffentlich und wolle die Welt gestalten, indem er Liebe und Hoffnung hineintrage für alle Menschen. Sie sagte, dass das Kreuz

rungen von Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm, Landesbischof der ELKB und Vorsitzender des Rates der EKD, die hier deshalb (auszugsweise) im Wortlaut wiedergegebenen werden:

Heinrich Bedford-Strohm äußerte sich zunächst in einem Interview mit der Deutschen Presse-Agentur (dpa), hier zitiert nach: Sächsische Zeitung vom 25. Mai 2018.[28]

Das Kabinett hat beschlossen, dass in allen bayerischen Landesbehörden künftig Kreuze im Eingangsbereich hängen. Diese sollen laut Ministerpräsident Markus Söder (CSU) ein »Bekenntnis zur Identität« und zur »kulturellen Prägung« Bayerns sein. Wie beurteilen Sie das?

Ich freue mich natürlich immer, wenn das Kreuz, das für unseren Glauben steht, auch wirklich ernst genommen wird. Das Entscheidende ist, dass das Kreuz nicht nur an der Wand hängt, sondern auch vom Inhalt her mit Leben erfüllt wird. Das Kreuz an den Wänden bedeutet daher immer auch eine Selbstverpflichtung für uns alle, auch für die Politik, das, wofür das Kreuz steht, auch im politischen Handeln ernst zu nehmen.

Das heißt konkret?

Das heißt Feindesliebe, Einsatz für die Schwachen, universales Liebesgebot, also nicht die Benutzung des Kreuzes zur Abwehr gegen andere, sondern als Grundlage dafür, dass wir eine Verantwortung für alle Menschen haben. Das alles sind Inhalte, die mit dem Kreuz verbunden sind. Und jetzt kommt's darauf an, dass die auch ernst genommen werden.

Verantwortung für alle – damit meinen Sie: auch für Flüchtlinge, oder?

Selbstverständlich. Das Kreuz steht für Jesus Christus, der gesagt hat: »Was Ihr dem Geringsten meiner Brüder und Schwestern getan habt, das habt ihr mir getan.« Er hat gesagt: »Ich bin ein Fremdling gewesen und ihr habt mich aufgenommen.« Das ist natürlich noch kein politisches Rezept. Man muss dann immer die Frage stellen, wie diese starken Worte dann in den schwierigen Problemen der Politik Niederschlag finden können. Aber der Anspruch, manchmal auch die kritische Provokation, die muss ganz genau so auf den Tisch, wenn wir vom Kreuz sprechen und der Bedeutung für unser Land.

Sehen Sie einen Widerspruch zwischen dem Aufhängen des Kreuzes in Behörden und der Flüchtlingspolitik der CSU-Staatsregierung?

Das sind Dinge, über die diskutiert werden muss und über die wir auch immer wieder diskutieren. Das Kreuz ist genau die Grundlage dafür, dass wir immer wieder auch unbequeme Fragen an die Staatsregierung stellen.

Befürchten Sie, dass das Kreuz zu einem bloßen Folklore-Symbol wird, wenn Ministerpräsident Söder sagt »Das Kreuz ist nicht ein Zeichen einer Religion«?

Wir als Christen und wir als Kirchen werden natürlich immer wieder darauf hinweisen, dass das Kreuz zuallererst ein religiöses Symbol ist. Und wir werden auch immer wieder auf den Inhalt des Kreuzes hinweisen. Es ist gut, wenn ein Land sich selbst verpflichtet, indem es dieses Symbol auch öffentlich zeigt, also sich selbst verpflichtet, die Inhalte auch wirklich als kritische Anfragen ans eigene Handeln gelten zu lassen.

---

in christlichem Verständnis das Symbol sei für Freiheit, Erlösung, wachsende Liebe und nie endende Hoffnung. Es sei jedoch nötig, sensibel zu sein in Bezug auf den Umgang damit: ›Wir schreien zu Recht auf, wenn es missbraucht wird bei Pegida-Demonstrationen.‹ Das Kreuz als christliches Grundsymbol sei ›kein exkludierendes, sondern ein integrierendes, alle Menschen willkommen heißendes Symbol‹«.

28. Online unter: www.saechsische.de/landesbischof-widerspricht-soeder-3924475.html.

Es kommt also auf Handeln an?

Am Ende ist es eine Frage der Praxis. Die Reduzierung auf ein Kultursymbol, die geht natürlich nicht, denn das sogenannte christliche Abendland ist ein Raum, in dem viel Unrecht passiert ist. Wer das Christentum vereinnahmt, um nur die eigenen Ziele zu legitimieren, der hat das Kreuz nicht verstanden. Diesen Vorwurf will ich jetzt niemandem konkret machen, sondern ich will ihn als Hintergrund nehmen für die Aufgabe, sich selbst immer wieder kritisch zu hinterfragen im Lichte des Kreuzes.

Auf kritische Bewertungen dieser knappen Einordnung regierte Heinrich Bedford-Strohm mit einer umfassenderen Stellungnahme in einem Gastbeitrag in der FAZ vom 10. Mai 2018.

Identitätsdebatte der Kirche: Den Sinn des Kreuzes öffentlich machen

[…]

»Den Bruder Martin Augustiner Ordens grüßt Albrecht, Erzbischof von Mainz und Magdeburg, Administrator von Halberstadt, Verehrungswürdiger Vater, hochgelehrter Doktor, deine erleuchteten Thesen über den Ablass, welche du mir am Vortag von Allerheiligen zugesandt hast, habe ich gelesen und danke für deine Liebe zur Wahrheit. Auch Seiner Heiligkeit, dem Bischof von Rom, Leo dem Zehnten, gefallen sie sehr wohl. Gnädig hat er erwogen, dich als Lehrer an seine Universität in der Stadt Rom zu berufen. Zu diesem Zweck bittet und ermahnt er dich, eilends zu ihm zu kommen ...«

Was wäre aus dem reformatorischen Impuls geworden, wenn die Kirche so auf Martin Luther reagiert hätte? […]

Wir wissen jedenfalls: So ist es nicht gekommen. Schon wenige Monate nach den 95 Thesen, die noch durchaus im Rahmen der damalig gültigen Theologie gelesen werden konnten und nicht zwingend zu einem Bruch mit seiner Kirche hätten führen müssen, legte er kräftig nach. Von seinem Ordensgeneral Johann von Staupitz wurde Mönch Martin eingeladen, auf dem in Heidelberg stattfindenden Generalkapitel der Augustinereremiten seine Theologie zur Diskussion zu stellen.

In diesen Wochen vor 500 Jahren nutzte er dann die Chance der Disputation und entfaltete seine Theologie in zugespitzten Thesen – und fand Freunde und Feinde für das ganze Leben. Nicht nur viele spätere Weggefährten hörten zu und diskutierten mit, sondern auch zahlreiche empörte Gegner. Dieses als »Heidelberger Disputation« benannte Ereignis gilt als »ein theologischer Meilenstein auf dem Weg zur Reformation« (Thomas Kaufmann).

Die reformatorische Theologie, die 1518 noch in den Kinderschuhen stak, fand hier ihren ersten radikalen Ausdruck, der sie faktisch schwer verdaulich machte für die Theologie und Kirche ihrer Zeit. Und man muss sie sich in Erinnerung rufen, um noch 500 Jahre später verstehen zu können, warum vermutlich auch keine andere Kirche oder Theologie diesen jungen Mönch ertragen konnte: »Wenn auch menschliche Werke schön aussehen und gut erscheinen mögen, so gilt dennoch, dass sie Todsünden sind« (These 3).

Luther trieb einen groben Keil in die religiöse Praxis seiner Zeit. Im Grunde trifft dieser Satz jeden Menschen, der irgendwie etwas Gutes tut, ganz zu schweigen von den Lebensentscheidungen ungezählter Mönche und Nonnen, die ja im Idealfall von Herzen glaubten, dass sie ein gutes Werk taten, wenn sie den evangelischen Räten Armut, Gehorsam und Enthaltsamkeit folgten. Aber mit dieser radikalen Verneinung aller guten Werke der Menschen war Luther noch nicht am Ziel.

Denn in seinen Heidelberger Thesen ist es Gott selbst, der vom Kopf auf die Füße gestellt und vom Himmel auf die Erde geholt wird: »Der ist es nicht wert, ein Theologe zu heißen, der Gottes unsichtbares Wesen durch das geschaffene erkennt und erblickt' […]. (Röm 1, 20)«, »sondern nur der, der Gottes sichtbares und (den Menschen) zugewandtes Wesen durch Leiden und Kreuz erblickt.« (Thesen 19 und 20). Nicht nur der Mensch, auch Gott bekommt ein neues Standbein in der Welt, nämlich das Kreuz Jesu Christi. Denn auch Gott zeigt sich nicht in erster Linie in der Macht und Schönheit seiner Schöpfungswerke, sondern im Elend und in der Verzweiflung seines Sohnes. Das ist der Beginn der sogenannten »theologia crucis«, der Kreuzestheologie, die für Luther kennzeichnend und prägend werden sollte für alles, was er später an Themen und Konflikten zu bestehen hatte. Und die Folge dieser Kreuzestheologie ist so revolutionär, dass wir auch heute noch guten Grund haben, genau hinzuhören:

»Der Theologe, der Gottes unverborgene Herrlichkeit sucht, nennt das Übel gut und Gutes übel, der Theologe des Kreuzes nennt die Dinge beim rechten Namen« (These 21). Die »theologia crucis« macht sich keine Illusionen, sie erträumt sich nicht den Glauben und phantasiert sich nicht den Himmel zurecht, wie es ihre Gegenspielerin, die »theologia gloriae«, tut, sondern ist nüchtern und realistisch.

Der Glaube an die Dreieinigkeit

Dass Taten, die die Zehn Gebote übertreten, den Sünder sichtbar machen, ist bis heute unstrittig. Dass aber auch die guten Werke abgrundtief böse sein sollen, das ist schon starker Tobak – bis heute. Aber Luther zauderte nicht, weil es ihm um den inneren Kern dieser guten Taten ging. Solange der Mensch versucht, durch gute Taten sich bei Gott beliebt zu machen, wendet er sich mit seinem Tun weder dem Nächsten zu noch gar Gott, sondern meint allein sich selbst und seine Verdienste.

Luther hielt dagegen: Erst wenn man nicht mehr berechnend auf sein Heil schielt, kann man wirklich von einer guten Tat sprechen. Diese aber geschieht nur im Glauben daran, dass Gott alle guten Werke selbst ermöglicht. Kein Mensch kann von sich aus Gutes tun. Weshalb die letzte der theologischen Thesen der Heidelberger Disputation so endete: »Die Liebe Gottes findet ihren Gegenstand nicht vor, sondern schafft ihn sich erst, menschliche Liebe entsteht an ihrem Gegenstand« (These 28).

Luthers Thesen enthielten weitere Zumutungen: Wer sonntags in der Kirche fromm ist, für den kann es ab Montag nicht nur business as usual geben. Die guten Werke sind als Frucht des Glaubens nicht auf die fromme Nische zu begrenzen. Davon war Luther überzeugt. Aber das Prinzip von Ursache und Wirkung verhält sich genau umgekehrt zu der damals und auch heute noch vorherrschenden Vorstellung: Nicht die guten Werke schaffen Erlösung und Freiheit. Es ist die Freude und die Dankbarkeit über die von Gott geschenkte Erlösung und Freiheit, die den Menschen zur Nächstenliebe befähigt. Dass Gottes- und Nächstenliebe zusammengehören, sollte sich vor 500 Jahren als Keimzelle für so manchen gesellschaftlichen Fortschritt in Bildung, Sozialfürsorge und Berufsethos erweisen.

Der Kern der geistlichen Revolution Luthers war der Glaube an den gekreuzigten Gott, der Erlösung von der Selbsterlösung und von der Sünde der Berechnung verheißt, weil er demütig und dankbar macht. Es ist der Glaube an den dreieinigen Gott, der in Christus ganz und gar Mensch wurde, der ein gelungenes, heilendes Leben eröffnet, weil er die Grenzen des Machbaren kennt und Gott gerade an diesen Grenzen alles zutraut.

Luther durchschaute die falsche »theologia gloriae«, die Gott in erster Linie dort erkennen will, wo es schön, gut und stark zugeht. Der christliche Gott aber ist vor allem im Kreuz zu erkennen, seine Schönheit ist die Dornenkrone, seine Güte seine Tränen, seine Stärke sein Todesschrei. Gott selbst wird Opfer der Gewalt. Gott ist »der gekreuzigte Gott«, wie es der große evangelische Theologe Jürgen Moltmann in einem berühmten Buchtitel zugespitzt formuliert hat.

Eine leidenschaftliche Debatte über das Kreuz

Es ist ein bemerkenswertes Zusammentreffen, dass wir ausgerechnet in den Tagen, in denen sich die Heidelberger Disputation zum 500. Male jährt, in der Öffentlichkeit eine leidenschaftliche Debatte über das Kreuz führen. Vom 1. Juni an soll im Eingangsbereich jeder staatlichen Behörde Bayerns ein Kreuz hängen. Das Kreuz sei ein grundlegendes Symbol der kulturellen Identität christlich-abendländischer Prägung, sagte der bayerische Ministerpräsident Markus Söder. Der CSU-Politiker ergänzte: »Das Kreuz ist nicht ein Zeichen einer Religion.« Dass es angesichts einer solchen einseitigen Okkupation des zentralen christlichen Symbols durch die Politik gerade aus kirchlichen Kreisen Kritik hagelte, ist nicht überraschend. Der Ministerpräsident reagierte: Das Kreuz sei in allererster Linie ein religiöses Symbol, es gehöre aber auch zu den Grundfesten des Staates.

Offensichtlich gibt es Klärungsbedarf im Hinblick auf den Zusammenhang zwischen religiöser und öffentlicher Bedeutung des Kreuzes. Dass das Kreuz zuallererst eine religiöse Bedeutung hat, darüber scheint jetzt Konsens zu bestehen. Nur indem dies auch wirklich ernst genommen wird, kann es ja überhaupt eine öffentliche Bedeutung geben. Das Kreuz steht für einen Gott, der sich in einem Gekreuzigten zeigt und darin gerade an der Seite der Schwachen und Verletzlichen steht. Es ist genau die religiöse Bedeutung des Kreuzes, die zum kritischen Hinhören nötigt, wenn das Kreuz zum Gegenstand von Politik wird.

Das Kreuz hat man so nur verstanden, wenn es Anlass gibt zur kritischen Selbstreflexion. Diese Einsicht gründet sich nicht nur auf die Wahrnehmung der Sperrigkeit des Kreuzes, wie wir sie in Luthers Heidelberger Disputation finden. Sie gründet sich hierzulande auch auf bittere historische Erfahrung. Es waren vor allem »christliche Nationen«, die in zwei Weltkriegen gegeneinanderstanden. Zig Millionen haben ihr Leben verloren. Und auf dem Boden des »christlichen Abendlandes« wurden ganze Menschengruppen ausgegrenzt und die Ermordung von sechs Millionen Juden organisiert, weil die Widerstandskräfte gegenüber der ideologischen Instrumentalisierung des Christentums viel zu schwach waren. Spätestens seitdem verbietet sich jeder triumphalistische Gebrauch dieses Wortes.

Vier Positionen

Es ist von entscheidender Bedeutung für einen produktiven Fortgang der neuen Kreuzdebatte, dass wir die unterschiedlichen Positionen zum öffentlichen Umgang mit dem Kreuz wahrnehmen, voneinander unterscheiden und dann mit guten Argumenten zu einem Urteil kommen. Ich sehe vier solche Positionen, die hinter den Beiträgen zu der aktuellen Debatte stehen.

Die erste steht für einen triumphalistisch-ausgrenzenden Gebrauch, der das Kreuz als ideologisches Kampfmittel einsetzt. Die schwarzrotgoldenen Kreuze bei Pegida-Demonstrationen sind nur ein Beispiel für einen solchen Gebrauch oder – besser gesagt – Missbrauch.

Die zweite ist ein zivilreligiöser Gebrauch, der das Kreuz als Kitt einer auseinandertreibenden Gesellschaft sieht. Dieser Gebrauch scheitert daran, dass unsere Gesellschaft religiös und weltanschaulich pluralistisch geworden ist. Entweder grenzt man damit einen Teil der Gesellschaft aus und verfehlt gerade die Zusammenhalt stiftende Funktion, oder man verstümmelt die religiöse Bedeutung so zur Unkenntlichkeit, dass das Kreuz nur noch eine kulturelle Bedeutung ohne Orientierungskraft hat. Damit eng verbunden ist die Frage nach der Vereinbarkeit mit der weltanschaulichen Neutralität des Staates. Wer sie ignoriert, muss damit rechnen, dass am Ende das Gegenteil herauskommt und als Konsequenz verfassungsrechtlicher Klärungen die säkularistischen Kräfte sogar gestärkt werden.

Die dritte Umgangsweise mit dem Kreuz in der Öffentlichkeit ist die laizistische. Sie verbannt das Kreuz überhaupt aus der Öffentlichkeit. Unter Berufung auf die Trennung

von Staat und Kirche ordnet sie Religion dem Bereich des Privaten zu. Sie bleibt indessen ein schlüssiges Argument dafür schuldig, warum säkulare Weltanschauungen öffentlichen Raum einnehmen können sollen, religiöse aber nicht.

Die aus meiner Sicht einzig wirklich tragfähige Handlungsoption nenne ich den öffentlich orientierenden Umgang. Eine Demokratie lebt davon, dass von der Glaubens- und Gewissenfreiheit Gebrauch gemacht wird und in den schwierigen gesellschaftlichen Orientierungsfragen die starke Stimme religiösen Orientierungswissens in den öffentlichen Diskurs eingebracht wird. Dass in Deutschland, und vielleicht auf besondere Weise in Bayern, die Kirchen dabei eine zentrale Rolle spielen und auch das Kreuz als ihr Symbol für das Lebensgefühl der Menschen besonders wichtig ist, steht dazu nicht im Widerspruch. Wo aber eine Kultur sich durch Menschen mit zunehmend unterschiedlichen Hintergründen weiterentwickelt, müssen natürlich auch andere mit dem Grundgesetz verträgliche Ausdrucksformen von Religion in der Öffentlichkeit einbezogen werden.

Die Kirchen haben die Aufgabe, den Sinn des Kreuzes öffentlich deutlich zu machen. Es kann im Lichte von Luthers Heidelberger Disputation gerade nicht auf ein Zeichen einer erfolgreichen Kultur- und Beheimatungsleistung reduziert werden, sondern es ist mindestens genauso das Zeichen einer zum Nachdenken bringenden Infragestellung aller weltlichen Werte. Nur aus dieser theologischen Tiefe heraus kann es Zeichen einer Heimat sein, die sich im Glauben erschließt. Wenn das Kreuz in öffentlichen Gebäuden hängt, sollte es an das Geheimnis der Erlösung durch Jesus Christus erinnern, auch an die im Glauben gewonnene Freiheit, dem Nächsten zu dienen, an die Humanität, die darin ihre größte Würdigung erhält, dass Christus für alle Menschen gestorben ist. Indem es uns an die Humanität erinnert, konfrontiert es uns auch immer wieder mit allem Leid und Unrecht, das im Namen des Kreuzes begangen wurde. Es lehrt uns eine kulturelle Demut, die von den Irrwegen der eigenen Kultur weiß und daraus die Konsequenzen zieht. […][29]

3. 1. 2 Stellungnahmen aus der wissenschaftlichen Theologie

Auch mit diesem Text stieß der Landesbischof auf Kritik, z. B. aus der wissenschaftlichen Theologie. Hierfür sei beispielhaft die Erwiderung von Friedrich Wilhelm Graf (Haltung unklar – Der bayerische Kreuzerlass und die Reaktion der Kirchen, in: zeitzeichen 19 [2018], H. 6, 12–15), aufgeführt, der den Gang der Debatte und die vertretenen unterschiedlichen Positionen seinerseits zusammenfasst:

Der Erlass des bayerischen Kabinetts, dass ab 1. Juni in allen Amtsstuben des Landes ein Kreuz zu hängen habe, hat die großen Kirchen in Deutschland kalt erwischt. Der bekannte Münchner Theologe Friedrich Wilhelm Graf findet besonders die Reaktion der Evangelischen Kirche nicht überzeugend, weil sie die Brisanz der Verordnung nicht zu bemerken scheint.

Im März 2017 beschloss die Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern eine Erweiterung der Kirchenverfassung. Mit der historisch unsinnigen Behauptung, die Barmer Theologische Erklärung habe im Mai 1934 »eine biblisch begründete Gegenposition zur NS-Ideologie« formuliert, wurden ihre sechs Thesen in die Kirchenverfassung inkorporiert. […] Auf der Homepage der Landeskirche heißt es zur Barmer Erklärung: »In Schriftzitaten und eindrücklichen, klaren Formulierungen wird das Wesen der Kirche und ihres Auftrages entfaltet und die staatliche Vereinnahmung der Kirche zurückgewiesen. ... Die Barmer Theologische Erklärung … entwirft eine Leitlinie christlichen Handelns, die auch heute noch aktuell ist.«

29. Vom Abdruck des 2., thematisch nicht einschlägigen Teils des Interviews wurde abgesehen.

Große Orientierungskraft scheint die Verfassungserweiterung nicht entfaltet zu haben. Jedenfalls lässt sich nicht erkennen, dass die führenden Vertreter und Vertreterinnen der bayerischen Landeskirche den entschiedenen Christuszentrismus von »Barmen« wirklich ernst nehmen. Im Streit um den sogenannten »Kreuz-Beschluss« der Bayerischen Staatsregierung äußert sich das leitende geistliche Personal der Landeskirche gerade nicht im Sinne von Barmen. Der Ministerrat des Freistaates Bayern hatte am 24. April beschlossen: »Im Eingangsbereich eines jeden Dienstgebäudes im Freistaat ist als Ausdruck der geschichtlichen und kulturellen Prägung Bayerns deutlich wahrnehmbar ein Kreuz als sichtbares Bekenntnis zu den Grundwerten der Rechts- und Gesellschaftsordnung in Bayern anzubringen. […] Das Kreuz ist das grundlegende Symbol der kulturellen Identität christlich-abendländischer Prägung.« Als der neue Ministerpräsident Markus Söder in der Eingangshalle der Staatskanzlei demonstrativ ein Kreuz aufhängte, erklärte er gar: »Das Kreuz ist nicht das Zeichen einer Religion« – eine steile Behauptung, die er angesichts vielfältiger Kritik auch aus den Kirchen später relativierte.

Ausweichende Reaktion

Der bayerische Landesbischof und Ratsvorsitzende der EKD allerdings reagierte auf den Kreuzbefehl der Staatsregierung nur ausweichend und widersprüchlich. »Wir als Christen und wir als Kirchen werden natürlich immer wieder darauf hinweisen, dass das Kreuz zuallererst ein religiöses Symbol ist«, erklärte Heinrich Bedford-Strohm, ohne zu sagen, was es denn sonst noch symbolisieren können soll.

Darf man an die erste Barmer These erinnern? Seine Aussage, es sei gar nicht entscheidend, ob das Kreuz an der Wand hänge oder nicht, sondern ob es auch mit Leben erfüllt wird«, verschleiert nur das Problem. Gewiss darf man eine sich ausdrücklich »christlich-sozial« nennende Partei etwa in Sachen Flüchtlingspolitik an moralische Normen erinnern. Aber was soll es bedeuten, das Kreuz »vom Inhalt her mit Leben« zu erfüllen? Der landesbischöfliche Verweis auf »Menschenwürde und Humanität« trägt zur Lösung des Problems nicht bei, dass die bayerische Staatsregierung sich Deutungskompetenz für das Zentralsymbol des christlichen Glaubens anmaßt. »Wird der Bischof dafür beten, dass die Kreuze herunterfallen, wenn die Politik der CSU diese Botschaft/von Menschenwürde und Humanität/malträtiert? Wird er in die Eingangshallen der Ämter gehen, und die Kreuze dann abhängen?« fragte daraufhin Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung.

Deutlich anders die Reaktion einiger katholischer Bischöfe Bayerns. Der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick erklärte mit Nachdruck, dass das Kreuz »kein Identitätszeichen irgendeines Landes oder eines Staates« sei. Nach einigen Tagen des Schweigens legte der Erzbischof von München und Freising, Reinhard Kardinal Marx, in einem Interview in der Süddeutschen Zeitung nach. Der Kabinettsbeschluss habe nur »Spaltung«, »Unruhe, Gegeneinander« provoziert. »Der Staat kann nicht von sich aus das Zeichen des Kreuzes definieren. Das geschieht durch die Botschaft des Evangeliums und das Zeugnis der Christen«. Der Kardinal warnte davor, das Kreuz zu »verharmlosen«, und bezichtigte die Staatsregierung einer übergriffigen Symbolpolitik: »Wenn das Kreuz nur als kulturelles Symbol gesehen wird, hat man es nicht verstanden. Dann würde das Kreuz im Namen des Staates enteignet. … es steht doch dem Staat nicht zu, zu erklären, was das Kreuz bedeutet. Er kann und muss dafür sorgen, dass sich religiöse Überzeugungen artikulieren können. Aber er kann nicht bestimmen, was der Inhalt dieser religiösen Überzeugung ist.« Gegen die politische Verzweckung des Kreuzes erklärte er: »Das Kreuz bringt nicht einfach ein bestimmtes politisches Programm mit sich. … Ich werde immer misstrauisch, wenn einer behauptet, das Evangelium ließe sich eins zu eins in praktische Politik umsetzen.« Die Frage, ob der Ministerpräsident vor dem Beschluss mit ihm darüber gesprochen habe, beantwortete Marx mit Nein. Ob dies auch für den Landesbischof gilt? Man wüsste gern, ob Markus Söder als berufenes Mitglied der Landessynode – erst kurz vor der Wahl zum Ministerpräsidenten legte er sein Mandat nieder – 2017 für die Erweiterung der Kirchenverfassung um die Barmer Theologische Erklärung gestimmt hat. Wie auch immer – die

diskursive religiöse Lage im Freistaat ist derzeit paradox. Waren lutherische Protestanten lange der Ansicht, dass eine theologica crucis »das Spezifikum der reformatorischen gegen die römisch-katholische Theologie« bezeichne – so das Evangelische Kirchenlexikon – erleben sie nun einen Kardinal, der den religiösen Eigensinn des Kreuzes ungleich entschiedener verteidigt als ihre eigene Kirchenführung. Denn auch der große Text in der Frankfurter Allgemeinen, mit dem Heinrich Bedford-Strohm nach ihm widerfahrener Kritik noch einmal in die Debatte eingriff, lässt keine klare theologische Haltung erkennen. Zwar geht der Ratsvorsitzende mit ausdrücklichem Bezug auf den bayerischen Ministerpräsidenten nun zur »einseitigen Okkupation des zentralen christlichen Symbols durch die Politik« auf Distanz. Wohl kein christlicher Theologe wird ihm darin widersprechen, dass die Kirchen »den Sinn des Kreuzes öffentlich deutlich zu machen« haben. Aber es kommt gerade darauf an, wie dies geschieht. Der »öffentliche Theologe« Bedford-Strohm will mit Luther die »Dinge … beim rechten Namen genannt« wissen. Doch auf trennscharfe theologische Begriffe scheint er in Sachen »Kreuz« verzichten zu wollen. »Es kann im Lichte von Luthers Heidelberger Disputation gerade nicht auf ein Zeichen einer erfolgreichen Kultur- und Beheimatungsleistung reduziert werden, sondern es ist mindestens genauso das Zeichen einer zum Nachdenken bringenden Infragestellung aller weltlichen Werte. Nur aus dieser theologischen Tiefe heraus kann es Zeichen einer Heimat sein, die sich im Glauben erschließt.« Das ist eine irritierend unklare theologische Explikation des »Wortes vom Kreuz«. Der Landesbischof bestreitet nicht, dass das Kreuz das »Zeichen einer erfolgreichen Kultur- und Beheimatungsleistung« ist – man soll es nur nicht darauf »reduzieren« dürfen. Denn »mindestens genauso« – wirklich: »genauso«? – soll es Symbol kritischer Selbstreflexion »aller weltlichen Werte sein«.

Jerusalem oder Provinz?

Abgesehen von der heillosen »Werte«-Semantik überrascht es zu sehen, dass der religiöse Gehalt des christlichen Zentralsymbols mit einer behaupteten kulturellen Funktion parallelisiert und nicht einmal entschieden vorgeordnet wird. Das sah man in »Barmen« anders. Darf man nach dem theologischen Gehalt des Begriffs der »Heimat« fragen, der hier, politisch sehr zeitgeistkonform, aus christologischer »Tiefe heraus« geadelt wird? Weshalb dient der Glaube dazu, »Heimat« zu erschließen? Bedeutende lutherische Theologen identifizierten Heimat einst mit der Bindung ans eigene Volk. »Barmen« war die entscheidende Absage an diese gerade im bayerischen Protestantismus vielfältig gefeierten »Volksnomos«-Theologien. Nur politisch naiv und hilflos ist der Versuch, das regierungsamtlich verordnete Aufhängen von Kreuzen in Staatsgebäuden mit einem volksmissionarischen Programm zu verknüpfen. »Wenn das Kreuz in öffentlichen Gebäuden hängt, sollte es an das Geheimnis der Erlösung durch Jesus Christus erinnern, auch an die im Glauben gewonnene Freiheit, dem Nächsten zu dienen, an die Humanität, die darin ihre größte Würdigung erhält, dass Christus für alle Menschen gestorben ist.«

Zunächst zum »Wenn«: Es wird ab 1. Juni in bayerischen Finanzämtern und Justizpalästen hängen. Sodann zum »sollte«: Wie will der Landesbischof denn sicherstellen, dass Vorbeieilende es als Zeichen der »Erlösung« deuten? Wie passt »Geheimnis« zum staatlichen Behördenraum? Der dogmatische Jargon macht nur den Mangel an theologischer Klarheit sichtbar. Auf Golgotha gestorben ist der aus politischen Gründen verurteilte Jude Jesus von Nazareth. Dass er »Christus« sei, ist Interpretament der nach seinem Tod an ihn Glaubenden. Und dass sein Tod für »alle Menschen« heilsbedeutsam sei, ist ebenfalls ein christliches Glaubenszeugnis, wird also von vielen Menschen und auch bayerischen Staatsbürgern nicht geteilt.

Bei Paulus kann man zum Kreuz lesen, dass es den Griechen eine »Torheit« und den Juden ein »Ärgernis« sei. So überrascht es, dass die Regionalbischöfin für München und Oberbayern und Ständige Stellvertreterin des Landesbischofs das Kreuz als ein »inklusives Symbol« bezeichnet hat – in der Predigt eines Ökumenischen Gottesdienstes aus

Anlass der Eröffnung der Landesausstellung »Wald, Gebirg und Königstraum – Mythos Bayern« in Kloster Ettal. Das Kreuz erinnere daran, sagte Breit-Keßler, »dass der wahre Gott sich als wahrer Mensch offenbart.«

Nun mag dies für Glaube und Hoffnung der Christen entscheidend sein. Aber es bedeutet nicht, dass sich jeder Bürger des Freistaates Bayern durch das Kreuz positiv angesprochen fühlen muss. Michael Brenner, der weltweit hoch renommierte Inhaber des Lehrstuhls für jüdische Geschichte der Münchner Universität, hat in der Süddeutschen Zeitung die vielfältigen Diskriminierungserfahrungen geschildert, die seine Kindheit und Jugend als junger Jude in der Oberpfalz prägten. In seiner berechtigten Kritik der verlogenen »Konstruktion vom christlich-jüdischen Abendland« erinnert er daran, dass das Kreuz für Juden immer »auch ein Symbol« war, »das während vieler Jahrhunderte für Intoleranz, Verfolgung und Bekehrungseifer stand«. Weil es »doch einzig und allein das Symbol der christlichen Glaubensgemeinschaften« sei, wirke es auch heute noch exkludierend. Alle anderen, egal ob sie unter dem Kreuz gelitten haben oder nicht, können sich von diesem Symbol nicht miteingeschlossen fühlen.

Autoritäre Bevormundung

Eine »identitätsstiftende, prägende Wirkung«, wie Markus Söder sie sieht, hat das Kreuz für Juden, Muslime und Atheisten nun einmal nicht. Es macht sie zu Außenseitern. Vielleicht gehören sie ja auch ein bisschen dazu, aber eben nicht ganz. Die von dem evangelischen Regensburger Regionalbischof Hans-Martin Weiss gemeinsam mit dem katholischen Bischof Rudolf Voderholzer vertretene Ansicht, dass das Kreuz »auch für jene« »hilfreich« sei, »die diesen Glauben nicht teilen«, ist nur arrogante, autoritäre Bevormundung. »Ich freue mich darüber, wenn politisch Verantwortliche sich bewusst unter das Kreuz stellen«, erklärte die Regionalbischöfin, seit 2009 Trägerin der Bayerischen Verfassungsmedaille in Silber. Doch ob ein Politiker ein frommer Protestant sein will und andere Politikerinnen ihr Leben als gute Katholikinnen führen wollen, steht nicht zur Debatte. Es geht um vier ganz andere Fragen:

Traditionell staatsfromm?

Erstens: Darf der freiheitliche Verfassungsstaat, der sich ob seiner religiös-weltanschaulichen Neutralität mit keiner Religion und Weltanschauung identifizieren darf, in Bayern aus welchen Gründen auch immer die Mehrheitsreligion symbolpolitisch privilegieren?

Zweitens: Sehen die Vertreter der christlichen Kirchen nicht, dass Staatskreuze die Exklusion und Diskriminierung von Juden, Muslimen, Agnostikern und sonst wie viel oder wenig Gläubigen symbolisieren?

Drittens: Ist das Kreuz für die Kirchen ausschließlich ein religiöses Symbol, oder wollen sie es zulassen, dass alle möglichen anderen gesellschaftlichen Akteure es für ihre je partikularen Zwecke zu eigen machen?

Viertens: tut es dem Christentum im Landes gut, wenn sich der Staat seines Zentralsymbols bedient? Oder wird durch inflationäre Aufhängung das Kreuz nur entwertet?

Eine Nachbemerkung noch: Markus Blume, der als intellektuell differenzierungsfähig geltende neue Generalsekretär der CSU, hat die Kritiker des Kreuzbeschlusses entweder als »Religionsfeinde« oder als »Selbstverleugner« beschimpft. Kardinal Marx hat diese Feindrhetorik à la Carl Schmitt klar kritisiert. Aus dem bayerischen Landeskirchenrat war – ob der traditionell lutherischen Staatsfrömmigkeit der entscheidenden Akteure? – dazu nichts zu hören.

3. 2 Katholische Perspektiven

3. 2. 1 Stellungnahmen kirchlicher Amtsträger

Unter verschiedenen – inhaltlich zumindest auf den ersten Blick unterschiedlichen – Äußerungen katholischer Bischöfe[30] stieß ein Interview von Kardinal Reinhard Marx mit der Süddeutschen Zeitung vom 29. April 2018 auf besondere Resonanz.[31]

Kardinal Marx regt Debatte über Botschaft des Kreuzes an

München, 30. April 2018 Kardinal Reinhard Marx hat im Interview mit der »Süddeutschen Zeitung« gesagt, dass er sich »grundsätzlich über das Zeichen des Kreuzes im öffentlichen Raum« freue. Insbesondere erinnerte er in diesem Zusammenhang an einen Antrittsbesuch im Landratsamt in München vor zehn Jahren, als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für diesen Anlass ein Kreuz gestaltet und aufgehängt hätten. »Ich habe es gesegnet. Das hat mich sehr berührt«, so der Erzbischof von München und Freising in dem Interview. Damals sei das Kreuz aufgehängt worden, weil es »offensichtlich ein gemeinsamer Wunsch« der Mitarbeiter gewesen sei.

Im Gegensatz dazu sei durch die aktuelle Diskussion über einen Erlass der Bayerischen Staatsregierung »jetzt aber eher Spaltung entstanden, Unruhe, Gegeneinander«, sagte der Kardinal der »Süddeutschen Zeitung«: »Ich spüre das bis in die Familien hinein, in die Pfarreien. Die einen sind dafür, die anderen sind dagegen. Da bringt eine vielleicht gut gemeinte Aktion nicht das, was womöglich gewollt war: sich der christlichen Prägung unseres Landes zu vergewissern und sie zu stärken.«

Der Kardinal bestätigte auf Nachfrage der »Süddeutschen Zeitung«, dass es vor der fraglichen Anordnung der Staatsregierung keine Gespräche mit der katholischen Kirche gegeben hätte und mahnte an, dass man »vor einem solchen Schritt eine Debatte mit Kirchen und gesellschaftlichen Gruppen führen« sollte, insbesondere »auch mit denen, die

30. Vgl. z. B. die Äußerung des Bamberger Erzbischofs Prof. Dr. Ludwig Schick gegenüber dem Kölner Domradio: »Das Kreuz ist kein Identitätszeichen irgendeines Landes oder eines Staates. Es ist Zeichen Gottes für uns [...]. Das Kreuz grenzt nicht aus, es schließt ein« (zitiert nach Augsburger Allgemeine vom 25. April 2918, Kritik an Söders Kruzifix-Offensive hält an, www.augsburger-allgemeine.de/bayern/Kritik-an-Soeders-Kruzifix-Offensive-haelt-an-id50957281.html. Oder die uneingeschränkte Befürwortung durch den Regensburger Bischof Dr. Rudolf Voderholzer: »Ausdrücklich begrüße ich es, wenn in öffentlichen Einrichtungen sichtbar ein Kreuz angebracht ist, schließlich gehe davon Segen aus und niemand müsse davor Angst haben. […] Es gehe nicht darum das Kreuz zu instrumentalisieren, sondern ihm in Ehrfurcht zu begegnen. »Die Bayerische Verfassung verweist mit Recht auf das Kreuz als Fundament für das öffentliche Zusammenleben in Freiheit, Toleranz und Rechtsstaatlichkeit. Unser Werteverständnis und der gelebte Glaube begründen diese unsere Gesellschaft in seiner [sic] freiheitlichen Grundordnung« (zitiert nach der Pressemitteilung des Bistums Regensburg vom 2. Mai 2018, »Das Kreuz gehört in den öffentlichen Raum«: Bischof Dr. Rudolf Voderholzer äußert sich zur Kreuzdiskussion. Online unter: www.bistum-regensburg.de/news/das-kreuz-gehoert-in-den-oeffentlichen-raum-bischof-dr-rudolf-voderholzer-aeussert-sich-zur-kreuz-diskussion-6024/. Bischof Voderholzer ist außerdem Mitunterzeichner der unter Anm. 26 referierten Ökumenischen Erklärung.

31. Online unter: www.erzbistum-muenchen.de/news/bistum/Kardinal-Marx-regt-Debatte-ueber-Botschaft-des-Kreuzes-an-32591.news. Aus urheberrechtlichen Gründen wird das Interview hier in der Zusammenfassung widergegeben, die es in der Pressemitteilung der Erzdiözese München-Freising vom 30. April 2018 fand.

keine Christen sind«. Dabei müsse es etwa darum gehen, was »uns die Botschaft dieses Mannes am Kreuz« bedeute, was davon wie umgesetzt werden solle und was es bedeute, »wenn wir von christlichen Werten sprechen«. Eine solche Debatte wäre anspruchsvoll aber notwendig für den Zusammenhalt des Landes, betonte Marx. Die Kirchen würden sich gerne an einer solchen Debatte beteiligen, die eine große Chance sein könne und in die man alle einbeziehen müsse: die Christen, Muslime, Juden, jene, die gar nicht gläubig seien.

Marx stellte klar, dass der Staat nicht von sich aus das Zeichen des Kreuzes definieren könne. »Das geschieht durch die Botschaft des Evangeliums und das lebendige Zeugnis der Christen.« Keine Partei, kein Staat, auch er als Kardinal könne einfach selbst bestimmen, was christlich sei. »Das ist vorgegeben durch den, der an diesem Kreuz gestorben ist. Das Evangelium kann man nicht einfach für sich uminterpretieren.«

Das Kreuz indessen nur als ein kulturelles Symbol zu begreifen, finde er problematisch, stellte Marx klar. »Das Kreuz kann man nicht haben ohne den Mann, der daran gehangen hat. Es ist ein Zeichen des Widerspruchs gegen Gewalt, Ungerechtigkeit, Sünde und Tod, aber kein Zeichen gegen andere Menschen. Ein Kreuz aufhängen, heißt: Ich möchte mich an den Worten dessen orientieren, der am Kreuz für die ganze Welt gestorben ist. Das ist eine Provokation, für jeden Christen, für die Kirche, aber auch für den Staat, der sich auf dieses Zeichen beziehen will«, so der Kardinal in dem Interview. »Wenn das Kreuz nur als kulturelles Symbol gesehen wird, hat man es nicht verstanden. Dann würde das Kreuz im Namen des Staates enteignet.« Es stehe dem Staat auch nicht zu, zu erklären, was das Kreuz bedeute. Aufgabe des Staates sei es vielmehr, dafür zu sorgen, »dass sich religiöse Überzeugungen artikulieren können. Aber er kann nicht bestimmen, was der Inhalt dieser religiösen Überzeugung ist. Er kann etwas dafür tun, dass diese Werte dann gelebt werden. Und das tut der Staat bei uns auch«.

Für ihn persönlich bleibe das Kreuz »eine heilsame Provokation«, im Kreuz schaue man auf einen Gott, der sage: Wenn ihr etwas von mir wissen wollt, schaut auf Jesus von Nazareth. Schaut, wie er lebte und wie er gestorben ist! »Gott gibt alles, auch sich selbst – weil keine Träne, keine Gewalt, kein Krieg, kein Sterben, kein Leiden ihm gleichgültig ist. Mir bleibt da immer wieder der Atem stocken. Deswegen darf man das Kreuz nicht verharmlosen«, so Marx.

Das Kreuz bringe nicht einfach ein bestimmtes politisches Programm mit sich, sondern es bedeute, dass Gott auf alle Menschen schaue. »Es ist nie ein Symbol für irgendein Land oder irgendeine Kultur, sondern ein Zeichen des Heils, der Rettung der Welt, der Hoffnung besonders für die Kranken, Schwachen und Sünder.« Er werde immer misstrauisch, wenn einer behauptet, das Evangelium ließe sich eins zu eins in praktische Politik umsetzen. »Aus christlicher Sicht sollte es aber ein Leitbild für die Politik sein, die Würde jedes Menschen, besonders der Schwachen, zu achten. Wer ein Kreuz aufhängt, bekennt sich zu Jesus und muss sich an dessen Maßstäben messen lassen«, führte der Kardinal in der »Süddeutschen Zeitung« aus. (kel)

Unterschiedliche Bewertungen waren auch aus dem Umfeld der Kurie zu vernehmen: Klar positiv äußerte sich z. B. der Päpstliche Sekretär Erzbischof Dr. Georg Gänswein im Gespräch mit der Zeitschrift »Stern« vom 27. Mai 2018[32]:

Bayerns Ministerpräsident Söder hat angeordnet, dass künftig in allen Behörden Kreuze hängen sollen. Wie finden Sie das?

32. Online unter: https://www.stern.de/panorama/weltgeschehen/georg-gaensweinueber-seine-rolle-als-vertrauter-gleich-zweier-paepste-7996754.html (hier nur auszugsweise abgedruckt).

Ich begrüße die Entscheidung, das Kruzifix auch im öffentlichen Raum präsent zu halten, auch und gerade dort, wo politische und administrative Verantwortung für das Gemeinwesen wahrgenommen wird. Sichtbar an die Botschaft des Kreuzes erinnert zu werden ist nicht nur zumutbar, sondern auch hilfreich – auch für jene, die diesen Glauben nicht teilen. Das Kreuz erinnert alle Frauen und Männer, die im Dienst des Staates stehen, an ihre Verantwortung, der Würde und Freiheit der Menschen zu dienen. Am Kreuz hängt der Grund unserer Menschenrechte, und es bewahrt den Staat vor der Versuchung, sich totalitär des Menschen zu bemächtigen.

Kardinal Marx, der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, befürchtet nun »Spaltung, Unruhe, Gegeneinander«.

Das hat der Erzbischof von München und Freising in einer ersten wenig erleuchteten Wortmeldung von sich gegeben. Inzwischen ist er mächtig zurückgerudert, wenn man seinen Äußerungen anlässlich der Grundsteinlegung für ein neues Gebäude der Katholischen Stiftungshochschule in München Glauben schenken darf.

Kritisch äußerte sich dagegen Kurienkardinal Gianfranco Ravasi, Präsident des Päpstlichen Kulturrats, gegenüber der römischen Tageszeitung Il Messaggero. Er wandte sich gegen eine Instrumentalisierung des Kreuzes. Dieses »christliche Symbol dürfe nicht politisch verzweckt werden«.[33]

3. 2. 2 Stellungnahmen aus der wissenschaftlichen Theologie

In unterschiedliche Richtungen zielten auch die Stellungnahmen aus der wissenschaftlichen Theologie: Entschiedenen Widerspruch erhob u. a. Dr. Hans Joachim Sander, Professor für katholische Dogmatik an der Universität Salzburg (Österreich), in einem Interview mit dem Kölner Stadtanzeiger vom 29. April 2018[34]:

Interview mit Theologen »Söder haut mit dem Kreuz anderen auf die Nase«

Herr Professor Sander, im Streit über Kreuze in bayerischen Amtsgebäuden hat Ministerpräsident Markus Söder jetzt zugestanden, dass das Kreuz doch »in erster Linie ein religiöses Symbol« sei, aber eben auch »identitätsstiftende, prägende Kraft für die Gesellschaft« habe. Ist damit nicht die Luft heraus aus der Kontroverse?

Der Clou ist: Das Kreuz ist in der Tat beides, religiöses Kernsymbol und politisches Herrschaftszeichen. Seiner Herkunft nach stammt es ja sogar aus der Politik. Als Hinrichtungsinstrument war das Kreuz bei den Römern Ausdruck imperialer Macht. Durch den christlichen Glauben an den Gekreuzigten ist es in den Bereich der Religion hinübergewechselt, dann aber auch sehr bald wieder von einer »christlichen Politik« beansprucht worden. »In diesem Zeichen wirst du siegen …« Man kann also sagen: Im Kreuz treffen Religion und Politik aufeinander. Sie sind nicht voneinander zu trennen, müssen jedoch sehr wohl unterschieden werden. Das aber hat Söder nicht getan. Das ist sein großer Fehler.

33. Online unter www.katholisch.de/artikel/19842-kurienkardinal-kritisiert-soeder-erlass.

34. Online unter: www.ksta.de/politik/interview-mit-theologen-soeder-haut-mit-dem-kreuz-anderen-auf-die-nase--30094692.

Worin genau liegt der Fehler?

Der Widerstand der Ohnmacht gegen die Macht will sehr genau beachtet sein. Söder aber benutzt das Symbol menschlicher Ohnmacht als Zeichen staatlicher Macht, ja sogar als persönlichen Macht-Gestus, indem er sich vor die Kameras gestellt, das Kreuz aufgehängt und der Öffentlichkeit erklärt hat, wie es zu verstehen sei.

Das schadet ja vielleicht gar nicht, wenn Sie bedenken, wer so alles mit Kreuzen am Hals oder auf dem T-Shirt herumläuft, ohne sich irgendwelche Gedanken darüber zu machen.

Täuschen Sie sich nicht! Beim Schmuckstück ist der religiöse Gehalt gewiss verblasst, aber doch oftmals noch entfernt vorhanden, etwa wenn das Kreuz wie eine Art Amulett getragen wird – in der Hoffnung, dass es einen im eigenen verwundbaren Körper beschützt.

Ein Stück christlicher Tradition …

Ja. Aber Söder münzt die kulturelle Prägung des »christlichen Abendlands« in eine politische Aussage nicht für, sondern gegen andere um. Mit dem Kreuz-Symbol als Ausdruck einer angeblich christlichen Macht drängt er andere Religionsgemeinschaften und deren Gläubige, aber auch Nicht-Gläubige an den Rand.

Und das darf er nicht?

Er tut es ja. Aber er darf sich dann nicht wundern, wenn sich das religiöse Symbol gegen die politische Vereinnahmung wehrt. Denn nun wendet sich das Kreuz in seiner Symbolik gegen ihn.

Das Kreuz wehrt sich?

Ja, indem Christen sich auf das besinnen, wofür das religiöse Symbol steht, für Menschen nämlich, die von selbstgerechten Mächten ohnmächtig gemacht werden. Und indem sie sich gegen Söders Polit-Performance verwahren. Als ich ihn da mit dem Kreuz vor der Brust stehen sah, fühlte ich mich an ein spektakuläres Happening von Joseph Beuys mit Kreuz erinnert.

Wie das?

Beuys wurde während einer Kunstaktion im Juli 1964 an der RWTH Aachen von einem Studenten verprügelt, der ihm die Nase blutig schlug. So zugerichtet, stellte Beuys sich hin, hielt ein Kreuz vor sich und reckte demonstrativ den Arm in die Höhe. Besser lässt sich Söders Missbrauch des Kreuzes eigentlich gar nicht illustrieren. Im Gegensatz zu Beuys riskiert Söder nichts, gar nichts, wenn er mit dem Kreuz hantiert. Mit der Ohnmacht des Gekreuzigten hat Söders präpotente Kreuzdemonstration nichts zu tun. Er holt sich keine blutige Nase. Im Gegenteil: Er haut mit dem Kreuz noch anderen auf die Nase.

Aber wirkt es am Ende nicht doch schräg, wenn ausgerechnet Bischöfe oder Theologen wie Sie dagegen sind, dass das Kreuz einen Platz im öffentlichen Raum hat?

Diesen Schulterschluss herzustellen, hat Söder ja versucht, als er sagte, er finde die Distanzierung der Kirchen vom Kreuz-Beschluss seines Kabinetts »sehr, sehr schade«. Statt die öffentliche Präsenz des Kreuzes kritisch zu hinterfragen, sollten die Kirchen sich lieber zum Symbol ihrer Religion »dazustellen«. Zu solchen Aufforderungen besteht aber überhaupt kein Anlass. Gläubige Christen identifizieren sich sehr wohl mit dem Kreuz, indem sie nämlich in Solidarität zu den Schwachen und Ohnmächtigen stehen. Und es ist geradezu Ausdruck dieser Identifikation, sich gegen einen Herrn Söder zu verwahren. Der täte seinerseits als Ministerpräsident gut daran, von seiner eigenen Aktion Abstand zu nehmen.

Warum sollte er?

Weil er einen politischen Preis zahlen wird. Er hat den inneren Widerspruch des Kreuzes zur Politik seiner Partei – etwa in der Asyl- und Flüchtlingspolitik – jetzt symbol-

trächtig offen gelegt. Überzeugte Christen werden mit sich und ihrem Glauben so nicht umspringen lassen. Und bei ihnen wird die CSU mehr an Boden verlieren, als sie bei den populistischen Abendlands-Rettern gewinnt. Die notwendige Differenz zwischen einer für Ohnmacht sensiblen Religion und von Arroganz getriebenen Politik der Macht, die Söder verwischen und verschwinden lassen wollte, ist jetzt umso klarer geworden. Die Auseinandersetzung darüber muss weiter geführt werden.

Als kritische Antwort auf diese und vergleichbare Deutungen des Kreuzes als »Symbol der Ohnmacht«[35] kann der Beitrag von Dr. Ludger Schwienhorst-Schönberger, Professor für Alttestamentliche Bibelwissenschaft an der Universität Wien, verstanden werden, in dem er im Ergebnis die Entscheidung der Staatsregierung verteidigt:[36]

Zur Debatte um das Kreuz in Bayern: **Kreuz, Macht und Ohnmacht**

Die moderne Theologie hat ein gebrochenes Verhältnis zur Macht. Doch wer im Kreuz nur ein Symbol der Ohnmacht sieht und dem Staat das Recht abspricht, sich darauf zu berufen, treibt damit letztlich das Spiel radikaler Säkularisten.

Das Kreuz ist nicht nur ein Zeichen der Ohnmacht. Es ist auch ein Zeichen der Macht, der »Macht Gottes« (1 Kor 1, 18), ein Zeichen des Sieges über die Mächte des Todes und der Finsternis. »Christus König, Christus Sieger, Christus Herr in Ewigkeit«, sind die Kirche am Christkönigsfest. Das Fest wurde von Papst *Pius XI.* eingeführt, um den Irrtum des Laizismus zu bekämpfen und dem Versagen der Katholiken entgegenzusteuern.

Wer über das Verhältnis von Christentum und staatlicher Macht nachdenkt, darf diese Dialektik von Macht und Ohnmacht nicht einseitig auflösen. Andernfalls landet er in einem Dilemma. Das wurde jüngst in der Diskussion über den von der Bayerischen Staatsregierung erlassenen Beschluss, im Eingangsbereich von Dienstgebäuden das Kreuz aufzuhängen, erneut deutlich. In diese Falle tappen viele Statements, wenn sie das Kreuz ausschließlich als Zeichen der Ohnmacht verstehen.

Wer das Kreuz ausschließlich als ein Zeichen der Ohnmacht versteht, muss dem Christentum letztlich jedes Recht auf Weltgestaltung absprechen. Er betreibt damit das Spiel der radikalen Säkularisten, die das Christentum in den rein privaten Raum abdrängen oder ihm bestenfalls noch zugestehen wollen, sich im sozial-karitativen Bereich zu betätigen. Die Errichtung einer staatlichen Ordnung »auf der Grundlage des christlichen Welt- und Menschenbildes«, wie es beispielsweise die CSU und andere christlich-demokratische Parteien in Europa anstreben, wäre damit zutiefst unchristlich, da das Christentum eine Religion der Ohnmacht und nicht der Macht sei. Ein Staat ohne Macht (*potestas*) ist jedoch kein Staat. Nachdem sich unter den Söhnen *Karl Martells Pippin der Jüngere* im Kampf um die Nachfolge durchgesetzt hatte, richtete er an Papst *Zacharias* die Anfrage, ob es gut sei, dass diejenigen Könige seien, die keinerlei königliche Gewalt hätten. Der Papst gab die gewünschte Antwort: Es sei besser, wenn diejenigen Könige wären, die auch die Macht besäßen, und nicht diejenigen, die keine Macht innehätten, damit die Ordnung nicht gestört würde. Ist der Papst mit dieser Auskunft in die Irre gegangen?

Halbierte Christologie

Es gibt zwei Gründe für das gebrochene Verhältnis zur Macht, das in vielen theologisch-politischen Statements zum Ausdruck kommt. Der eine ist berechtigt, der andere unberechtigt. Berechtigt ist die in theologischen und kirchlichen Kreisen inzwischen selbstver-

35. Diese Formel verwendet u. a. auch Wolfgang Huber in der Phoenix-Runde »Kreuzpflicht in Bayern – Wie weit darf der Staat gehen?« vom 3. Mai 2018.

36. Zur Debatte um das Kreuz in Bayern: Kreuz, Macht und Ohnmacht, in: Herder Korrespondenz 72 (2018), H. 6, 13–16.

ständliche hohe Sensibilität gegenüber einem triumphalistischen Missbrauch des Kreuzes und des christlichen Glaubens im Sinne einer durch Gewalt abgestützten »christlichen Politik«, die auf die Durchsetzung partikularer Interessen im Namen des Christentums setzt oder gar zur gewaltsamen Missionierung der Ungläubigen aufruft. Unbeschadet einer differenzierten historischen Forschung, die manches Pauschalurteil zurechtrücken kann, gibt es in der Tat diese dunkle Seite in der Geschichte des Christentums, die zur Vorsicht mahnt.

Der selbstkritische Blick auf die eigene Geschichte kann nun allerdings auch dazu führen, das Kind mit dem Bade auszuschütten und jede Verbindung von christlichem Glauben und politischer Macht als Sündenfall, als Häresie und Blasphemie zu deklarieren. Eine solche Position, die heute vor allem in westlich liberalen Kreisen anzutreffen ist, wird jedoch dem Selbstverständnis des christlichen Glaubens auch nicht gerecht. Es lohnt sich, hier noch einmal genauer hinzuschauen.

Die theologische Ursache für die grundsätzliche Verwerfung jeder Form von Macht liegt in einer halbierten Christologie. Das Kreuz steht nicht nur für den Tod Jesu (»der Mann, der am Kreuz hin«), sondern für das ganze Heilsmysterium von der Inkarnation bis zu Tod, Auferstehung und Himmelfahrt. Mehr noch, Christus ist das *verbum abbreviatum*, das Wort, das die gesamte Heilige Schrift in sich zusammenfasst. Und dazu gehört auch das Alte Testament.

Das Alte Testament wirft einen sehr realistischen Blick auf die Welt. In der Schöpfungserzählung erhält der Mensch den Auftrag, durch Herrschaft (!) die Ordnung der Schöpfung aufrechtzuerhalten (Gen 1, 26). Doch schon beim ersten Bruderpaar kommt es zum Totschlag. Kain erschlägt seinen Bruder Abel (Gen 4, 1–16). Die Gewalt ist eine Realität in der Schöpfung. »Die Erde war voller Gewalt«, heißt es in Gen. 6, 11. In der Sintflut droht sie die ganze Welt in den Untergang zu reißen. Offensichtlich fehlte dem Menschen ein Ordnungsprinzip, an dem er sich orientieren konnte und das der Ausbreitung der Gewalt entgegenwirkte. In der an Noach gerichteten Rede nach der Flut erlässt Gott Gebote zum Schutz des menschlichen Lebens.

Darin präzisiert er den an den Menschen gerichteten Herrschaftsauftrag aus Gen 1, 26: »Wenn euer Blut vergossen wird, fordere ich Rechenschaft für jedes eurer Leben. […] Wer Blut eines Menschen vergießt, um dieses Menschen willen wird auch sein Blut vergossen. Denn als Bild Gottes hat er den Menschen gemacht« (Gen 9, 5f.). Bereits vor Dekalog und Sinaigesetzgebung wird ein an die ganze Menschheit gerichtetes Gebot zum Schutz des menschlichen Lebens erlassen. Damit soll die Gewalt auf Erden in Grenzen gehalten und der Bestand der Welt gesichert werden (Gen. 9, 11). Erstmals in der Geschichte der Menschheit wird die Anwendung von Gewalt zur Eindämmung von Gewalt durch Gott legitimiert. Dies ist eine bedeutende zivilisatorische Errungenschaft. Sie wird auch von Jesus und vom Neuen Testament nicht außer Kraft gesetzt.

Oft ist zu hören, das Christentum sei absolut gewaltlos. Diese Aussage ist schlichtweg falsch. Sie kann nur aufkommen, wenn man das Neue Testament wie die Botschaft Jesu vom Alten Testament abtrennt. Das aber ist eine Häresie, welche die frühe Kirche verworfen hat. Jesus wie das Neue Testament setzten selbstverständlich die Anwendung rechtmäßiger Gewalt zur Eindämmung unrechtmäßiger Gewalt als gottgewollte Ordnung voraus.

Paulus sieht darin die vorrangige Aufgabe des Staates: »Jeder ordne sich den Trägern der staatlichen Gewalt unter. Denn es gibt keine staatliche Gewalt außer von Gott; die jetzt bestehen, sind von Gott eingesetzt. Wer sich daher der staatlichen Gewalt widersetzt, stellt sich gegen die Ordnung Gottes, und wer sich ihm entgegenstellt, wird dem Gericht verfallen« (Röm 13, 1–2). Um nicht dem Missverständnis aufzusitzen, hier werde jede Form staatlicher Gewalt gerechtfertigt, fährt der Apostel fort: »Vor den Trägern der Macht hat sich nicht die gute, sondern die böse Tat zu fürchten; willst du also ohne Furcht vor der staatlichen Gewalt leben, dann tute das Gute, sodass du ihre Anerkennung

findest! Denn sie steht im Dienst Gottes für dich zum Guten. Wenn du aber Böses tust, fürchte dich! Denn nicht ohne Grund trägt sie das Schwert. Sie steht nämlich im Dienst Gottes und vollstreckt das Urteil an dem, der das Böse tut. Deshalb ist es notwendig, sich unterzuordnen, nicht allein um der Strafe, sondern auch um des Gewissens willen« (Röm 13, 3–7). Paulus setzt damit implizit voraus, dass das staatliche Gewaltmonopol nur dann legitim ist, wenn es sich an das Recht hält. Die Botschaft Jesu zielt auf die Lösung eines Problems, das die Urgeschichte noch offengelassen hat: die Bosheit des menschlichen Herzens. »Das Trachten des menschlichen Herzens ist böse von Jugend an«, konstatiert Gott nach dem Ende der Flut (Gen 8, 22). Und damit dürfte er wohl Recht haben. Die Bosheit des menschlichen Herzens kann jedoch nicht durch Gewalt, sondern nur durch Gewaltlosigkeit geheilt werden.

Das Problem der Gewalt wird also in der Bibel in zwei großen Schritten einer Lösung zugeführt: im Alten Testament durch die Einführung des Rechts und die Legitimation der an das Recht gebundenen Gewalt (potestas) zur Eingrenzung unrechtmäßiger Gewalt (violentia) und im neuen Testament durch die dem Menschen entgegenkommende göttliche Liebe, die keine Gewalt anwendet. Der zweite Schritt hebt den ersten nicht auf, sondern setzt ihn als bleibend gültig voraus. Bereits im Alten Testament artikuliert sich das Bewusstsein, dass die Eingrenzung der Gewalt durch Gewalt das Schlimmste verhindert, das Übel jedoch noch nicht an der Wurzel packt. Das böse Herz, das auf Reichtum, Ehre und Macht ausgerichtet ist, bleibt, solange es nicht geheilt wird, eine Quelle der unrechtmäßigen Gewalt.

In einer Reihe bedeutender Texte richtet sich bereits im Alten Testament die Hoffnung auf die göttliche Gabe eines neuen Herzens und eines neuen Geistes: »Ich beseitige das Herz von Stein aus eurem Fleisch und gebe euch ein Herz von Fleisch« (Ez 36, 26). Gott kündigt an, die Versprengten Israels zu sammeln, die gebrochenen Herzens sind, zu heilen und ihre Wunden zu verbinden (Ps 147, 2–3). Damit wird aber das gegen die Bösen gerichtete machtvolle Handeln Gottes nicht aufgehoben. Der Psalm nennt in einem Atemzug beide Seiten göttlichen Handelns: »Der Herr hilft auf den Gebeugten, er drückt die Frevler zu Boden« (Ps. 147, 6). Es ist also verfehlt, dem alttestamentlichen Gesetz die neutestamentliche Liebe und Barmherzigkeit entgegenzustellen, wie es leider immer wieder geschieht. Auch das Gesetz ist Ausdruck der göttlichen Liebe. Nach christlichem Verständnis ist dieses heilende und versöhnende Handeln Gottes in Jesus Christus leibhaftig in der Welt Wirklichkeit geworden. In ihm wird die gefallene Schöpfung erneuert (Mk 7, 37).

Jesus verwirft den Staat nicht

Mit der im ersten Teil der zweigeteilten christlichen Bibel präsentierten Lösung der Legitimation rechtmäßiger Gewalt soll die Welt vor dem Rückfall ins Chaos bewahrt werden. Diese Aufgabe wird in späterer Zeit dem König und damit letztlich dem Staat zugewiesen. Ohne eine solche Instanz stürzt ein Gemeinwesen ins Chaos. Der dritte Teil des Richterbuches aus dem Alten Testament vermittelt davon ein anschauliches Bild (Ri 17–21). Mord und Massenvergewaltigung sind an der Tagesordnung. Der Erzähler kommentiert: »In jenen Tagen gab es noch keinen König in Israel. Jeder tat, was in seinen eigenen Augen recht war« (Ri 17, 6; 21, 25). David hinterlässt seinem Sohn Salomo das Programm einer gerechten Herrschaft: Der König »schaffe Recht den Elenden des Volks, er rette die Kinder der Armen, er zermalme die Unterdrücker« (Ps. 72, 4). Die zum Teil martialischen Aussagen, die im Kontext altorientalischer politischer Theologie durchaus üblich waren, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass es hier in der Sache um die normativen Grundlagen politischer Herrschaft geht. Sie legitimiert sich dadurch, dass sie sich an das Recht hält (vgl. Dtn 17, 14–20) und zugleich in der Lage und bereit ist, dem Recht Anerkennung zu verschaffen.

Sollen Gesetz und Freiheit »auch von Wirkung und nicht nur leere Anpreisung« sein, so muss nach Immanuel Kant noch »ein Mittleres hinzukommen, nämlich Gewalt, wel-

che, mit jenen verbunden, diesen Prinzipien Erfolg verschafft.« Denn Gesetz und Freiheit ohne Gewalt führen zur Anarchie, so Kant. Damit steht er in gut biblischer Tradition. Dieser Anspruch richtet sich in der Bibel nicht nur nach innen, an die Könige Israels, sondern auch nach außen, an die »Herrscher der Erde«. Das im hellenistischen Alexandrien entstandene Buch der Weisheit entfaltet den implizit universalen Geltungsanspruch einer normativ grundierten politischen Herrschaft, wenn es mit dem programmatischen Satz eröffnet wird: »Liebt Gerechtigkeit, ihr Herrscher (Richter) der Erde, denkt an den Herrn in Güte, in der Einfachheit des Herzens sucht ihn« (Weish 2, 11).

Jesu Botschaft zielt nicht auf die Gründung eines Staates, sie verwirft den Staat aber auch nicht als ein prinzipiell gottloses Gebilde. Nirgends ruft er zum Aufstand gegen die römische Besatzungsmacht auf (vgl. Mk 12, 13–17). Jesus ist nicht »aus politischen Gründen« verurteilt worden, wie jüngst wieder in der Stellungnahme eines Theologen im Rahmen der Kreuz-Debatte zu lesen war (Süddeutsche Zeitung, 26. April 2018). Aufgrund seines messianischen Anspruchs wurde er vom jüdischen Hohen Rat wegen Gotteslästerung zum Tode verurteilt (Mk 14, 64). Die Durchführung des Todesurteils oblag der staatlichen Gewalt, den Römern. Dabei gelang es der jüdischen Führung, den messianischen Anspruch Jesu ins Politische zu verdrehen und so den römischen Statthalter umzustimmen, der zunächst keinen Grund sah, den von den jüdischen Autoritäten vorgeführten Angeklagten zu verurteilen.

Die Botschaft des Alten Testaments wird übersehen

In einer Reihe von Stellungnahmen in jüngster Zeit zum Verhältnis von Christentum und Politik werden die hier genannten Ebenen miteinander vermischt. Es kommt zu einer verhängnisvollen Verzerrung. Die genuin politische Botschaft des Alten Testaments wird nicht mehr zur Kenntnis genommen und die im Kern unpolitische Botschaft Jesu wird politisiert. Das Alte Testament, das aufgrund einer jahrhundertelangen Erfahrung Grundlegendes zu den Aufgaben und Grenzen staatlicher Macht zu sagen hat, fällt in der Diskussion komplett aus. *Markion* lässt grüßen.

Im politisch-theologischen Diskurs entsteht damit eine fatale Asymmetrie. Die Gestalt Jesu wird mit der »Ohnmacht am Kreuz« identifiziert und der Macht des Staates entgegengestellt. Jesus wird als politischer Rebell gezeichnet, der sich gegen die Macht des römischen Staates erhoben habe und ihr letztlich zum Opfer gefallen sei. Folglich sei die Berufung des Staates auf das Kreuz ein absurder Selbstwiderspruch. Vor diesem Hintergrund erscheint jede christliche Legitimation staatlicher Macht prinzipiell als unchristlich und damit letztlich als illegitim. Keine staatliche Macht dürfe sich auf den »ohnmächtigen Mann am Kreuz« berufen. Das, so ist zu hören, sei eine Instrumentalisierung des Kreuzes für staatspolitische Zwecke, die einer Häresie und Blasphemie gleichkomme. In dieser in jüngster Zeit häufig anzutreffenden Argumentationsfigur liegt ein schwerer Kategorienfehler vor.

Es gibt nicht nur eine machtpolitische, sondern auch eine ohnmachtspolitische Instrumentalisierung des Kreuzes. Selbst einige Bischöfe und Kardinäle sind ihr vorübergehend zum Opfer gefallen. Wenn sie Recht hätten, müsste Paulus in seiner Argumentation in Röm 13, 1–7 die ihm zuteilgewordene Erkenntnis des Gekreuzigten öffensichtlich völlig missverstanden haben. Der theologische Grund für das Fehlurteil liegt in einer dekontextualisierten Christologie und einer Abspaltung des Neuen vom Alten Testament.

Die absolute Gewaltlosigkeit Jesu bedeutet gerade nicht, dass dem Staat die Aufgabe abgesprochen wird, eine rechtmäßige Ordnung zu schaffen und aufrechtzuerhalten. Die Eingrenzung unrechtmäßiger Gewalt durch rechtmäßige Gewalt und die damit verbundene Aufrechterhaltung einer rechtstaatlichen Ordnung gehören nach Auskunft der Bibel zu den normativen Grundlagen eines Rechtsstaates (vgl. Gen 9, 5–6; Ri 17–21). Wenn sich nun ein Staat dazu bekennt, seine normativen Grundlagen vom christlichen Glauben her prägen und diese Bereitschaft auch öffentlich symbolisch sichtbar werden zu lassen, dann

ist dagegen weder aus christlicher noch aus demokratiepolitischer Sicht grundsätzlich etwas einzuwenden.

Es geht ihm dabei gerade nicht um eine durch staatliche Gewalt abgestützte Verbreitung des christlichen Glaubens. Das wäre in der Tat ein eklatanter Verstoß gegen die Botschaft Jesu. Denn Jesu Verkündigung zielt auf freiwillige Annahme durch Überzeugung. Nirgendwo in den Evangelien kommt dabei die Anwendung von Gewalt in den Blick. Als Jesus mit seiner Botschaft in seiner Heimat Nazareth auf Ablehnung stieß, verließ er die Stadt. Nirgends gibt es Hinweise darauf, dass er auch nur in Erwägung gezogen hätte, in Form eines Rachefeldzugs die Ungläubigen zur Räson zu bringen. »Er wunderte sich über ihren Unglauben« und zog weiter in die benachbarten Dörfer (Mk 6, 6f.).

Wer meint, Christen müssten auf die aktive Gestaltung staatlicher Macht verzichten, weil das Kreuz allein ein Zeichen der Ohnmacht sei, und dürften sich lediglich mit Nichtregierungsorganisationen verbünden, degradiert das Christentum letztlich zu einem ohnmächtigen Beobachter und Kommentator des Zeitgeschehens, der die Gestaltung der staatlichen Ordnung anderen überlassen muss. Genau diese Erfahrung hat bekanntlich nach dem Zweiten Weltkrieg zur Gründung christlich-demokratischer Parteien geführt. Man hatte auf schmerzliche Weise erfahren, wohin es führt, wenn man die Macht denen überlässt, die nicht die Absicht haben, eine staatliche Ordnung »auf der Grundlage des christlichen Welt- und Menschenbildes« zu errichten. Die Eröffnungsworte der Präambel der Verfassung des Freistaates Bayern erinnern daran: »Angesichts des Trümmerfeldes, zu dem eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen die Überlebenden des Zweiten Weltkrieges geführt hat …«

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass ausgerechnet die Präsidentin der israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern und ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, den Beschluss der bayerischen Staatsregierung nicht verurteilt, sondern vorsichtig begrüßt hat, wenn sie sagt: »Gerade vor dem Hintergrund der Mammutaufgabe Integration halte ich es für wichtig und richtig, die Normen und Werte zu definieren und deren Anerkennung einzufordern, die für das Miteinander in unserem Land indisponibel sind.« Dazu gehöre auch eine gewisse Symbolpolitik, »um Identität und Prägung zu demonstrieren«.

Das Kreuz als Bekenntnis zu Christus, dem Gekreuzigten, »Gottes Kraft und Gottes Weisheit« (1 Kor 1,24), bedeutet also nicht, auf die Gestaltung und angemessene Ausübung staatlicher Macht zu verzichten. Im Gegenteil, wer sich dem Zeichen des Kreuzes verpflichtet weiß, erklärt sich grundsätzlich bereit, alle Bereiche der Welt, und dazu gehört nun einmal auch der Staat, im Geiste jener Weisheit zu gestalten, die in der Heiligen Schrift, bestehend aus Altem und Neuem Testament, bezeugt wird.

Noch entschiedener befürwortete den »Kreuzbeschluss« die sog. Ökumenische Erklärung von Theologie-Professoren pro Kreuzerlass in Bayern[37], die zwar auch von evangelischen Theologen unterzeichnet, aber maßgeblich von katholischer Seite, insbesondere Prof. Wolfgang Vogl (Prof. für Theologie des geistlichen Lebens, Augsburg), iniziiert und auch unterstützt wurde, und deshalb hier unter »Katholische Perspektiven« verortet wird:

Wir erklären, dass wir für jedes in öffentlichen Räumen sichtbare Kreuz dankbar sind. Denn das Kreuz steht für die in Gott gründende Würde des Menschen (vgl. Gen 1, 26–27),

37. Online unter: charismatismus.wordpress.com/2018/05/08/oekumenische-erklaerung-von-theologie-professoren-pro-kreuzerlass-in-bayern/ sowie unter: https://www.kreuzerlass.de/.

die eines der wesentlichen Würdefundamente ist und die unsere Demokratie nicht aus sich selbst hervorzubringen vermag.

Im Christentum und damit im Symbol des Kreuzes vereinen sich göttliche Offenbarung und philosophische Humanität bzw. Aufklärung. Auch Kants Vernunftreligion kommt nicht ohne Gott aus.

Diese beiden Grundpfeiler mit ihrem sicheren Anker der unantastbaren Menschenwürde hatten auch die Gründerväter der deutschen und bayerischen Verfassung vor allem vor Augen, auch wenn selbstverständlich andere Quellen mit einfließen, wie das Judentum oder im Blick auf die christlich-scholastische Aristoteles-Rezeption des 13. Jahrhunderts der humanistische Islam.

Ganz in der Tradition unserer Verfassung ist der Blick auf das Kreuz zweifellos der Blick auf ein Wertefundament unserer pluralistischen Gesellschaft, da es für den menschlichen Zusammenhalt aus einem Geist des Miteinanders auch gegenüber dem vermeintlich Fremden steht.

Dieses Fundament freiheitlicher Toleranz ist sowohl im Grundgesetz als auch in der Bayerischen Verfassung gerade nicht auf einen gottlosen Humanismus reduziert. Es gründet im Heilswerk und in der Botschaft Jesu Christi, die er selbst auf vollkommene Weise vorgelebt hat.

Für uns unverständlich ist die jetzt öffentlich zur Schau gestellte Solidarisierung einiger kirchlicher Stimmen oder Organisationen mit den Laizisten, die die Kreuze schon lange zumindest aus öffentlichen Gebäuden verbannen wollen. Eine solche Haltung grenzt an Selbstaufgabe, was gerade die Menschen anderer Religionen nicht schätzen und viele Christgläubige befremdet.

Wir hingegen freuen uns über die in öffentlichen und staatlichen Räumen anzutreffenden Kreuze. Das öffentlich sichtbare Kreuz hat nämlich auch dem säkularen Menschen Wichtiges zu sagen.

Wer auf das Kreuz blickt, sieht sich dabei gleichermaßen konfrontiert mit einem wesentlichen Werteanker unserer humanistischen Toleranzkultur wie mit Jesus Christus als dem Sohn Gottes. Auch wenn dies manche als anstößig empfinden, so dürfen dennoch Christen niemals Kreuze entfernen oder abhängen.

Dem Vorwurf, hier werde unsere Religion instrumentalisiert, halten wir entgegen, dass der Einsatz von Symbolen ein legitimes Mittel demokratischer Politik ist. Wenn sich beispielsweise die Linkspartei am 1. Mai in Demonstrationen einreiht oder Grüne sich gegen Lebensschützer solidarisieren, wittert keiner die Instrumentalisierung der Arbeiter oder der Genderisten. Man glaubt ihnen, dass das ihrer ehrlichen Überzeugung entspricht.

Wenn aber christliche Politiker sich mit dem Kreuz solidarisieren, wird suggeriert, es müsse selbstverständlich reine Parteitaktik sein. Wir sagen nein dazu, dass hier offenbar mit zweierlei Maß gemessen wird. Wir sagen JA zum Kreuz.

Im christlich geprägten Bayern besteht seit langen Zeiten der Brauch, dass nicht nur auf öffentlichen Plätzen und Berggipfeln, sondern ganz selbstverständlich auch in staatlich-öffentlichen Amtsräumen Kreuze angebracht sind. Auf diese Weise bringt der bayerische Staat seit jeher sein Selbstverständnis zum Ausdruck, dass er zutiefst in der christlichen Tradition verwurzelt ist und sich diesem Erbe verpflichtet weiß.

Demnach sehen wir in dem zum 1. Juni 2018 in Kraft tretenden Kreuzerlass keine Neuerung mit irgendeinem gesellschaftsspaltendem Potential, sondern nur eine Ergänzung, wodurch die höchst sinnvolle und bereits hinlänglich vertraute Präsenz der Kreuze in den Amtsräumen nun flächendeckend sein wird.

Auf diese Weise werden künftig auch in jenen Amtsräumen Kreuze anzutreffen sein, wo man deren Anbringung bislang noch nicht beachtet hat oder wo im Einzelfall tatsächlich das Kreuz eigenmächtig abgenommen wurde.

Im Blick auf den inneren gesellschaftlichen Frieden wird der ergänzende Kreuzerlass bewirken, dass künftig nicht mehr der Eindruck entstehen kann, als sei das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein von Kreuzen in Amtsräumen eine rein private oder gar willkürliche Angelegenheit von Bürgermeistern, Schulleitern oder Amtsgerichtsdirektoren etc.

So bedeutet der Kreuzerlass eine sinnvolle Anknüpfung an eine bereits lange bestehende und bewährte Tradition. Zudem sind wir dankbar für die durch den Kreuzerlass zum Ausdruck kommende Transparenz der bayerischen Staatsregierung, dass sie sich auch künftig wie schon bisher der christlichen Tradition Bayerns verpflichtet weiß, wie es auch dem Geist der nach Kriegsende 1946 verabschiedeten Präambel der Bayerischen Verfassung entspricht, wonach es in Bayern nie mehr eine »Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott« und damit ohne Achtung des Gewissens und der Menschenwürde geben darf.

4. Verfassungsrechtliche Bewertungen

Bevor die unter 3. gesammelten theologischen Stellungnahmen zusammenfassend ausgewertet werden (s. dazu 5.), wird nun die Perspektive gewechselt, und die Auseinandersetzung um die juristische Bewertung nachvollzogen und entschieden:

Auch über die verfassungsrechtliche Zulässigkeit des »Kreuzbeschlusses« wurde zunächst in den Medien diskutiert, und auch hier traten sich unterschiedliche Auffassungen gegenüber. So sprach sich z. B. Prof. Dr. Udo di Fabio in einem Gastbeitrag in »Die Zeit« (Nr. 19/2018)[38] für die Verfassungskonformität aus, und argumentierte dabei sowohl mit der Lautsi-Entscheidung der Großen Kammer des EGMR[39] (die einen Verstoß des Kreuzes in italienischen Schulen gegen die Verpflichtung zur Achtung des religiösen Erziehungsrechts der Eltern bei staatlichen Bildungs- und Erziehungsaktivitäten gem. Art. 2, 1 Erstes Zusatzprotokoll zur EMRK verneinte), als auch mit dem Gottes-Bezug in der Präambel des Grundgesetzes. Prof. Dr. Hans Michael Heinig (Leiter des Kirchenrechtlichen Instituts der EKD, Göttingen) dagegen ordnete den »Kreuzbeschluss« in einem Interview mit dem Evangelischen Pressedienst (epd)[40] als »heiklen Grenzfall« ein. Gegen eine Verletzung des Neutralitätsgrundsatzes spreche zwar, dass das Kreuz nach der zum Ausdruck gebrachten Intention nicht der Identifikation mit einer Religion diene, sondern als Bekenntnis zu bestimmten Grundwerten der Rechts- und Gesellschaftsordnung verstanden werden solle. Zu bedenken sei aber, dass das Kreuz von Dritten als Bekenntnis zu einer Religion verstanden werden könne.

Später kamen ausführlichere Untersuchungen in juristischen Fachzeitschriften

38. Online unter: www.zeit.de/2018/19/religioese-symbole-kreuz-markus-soeder-saekularismus-debatte.

39. EGMR (Große Kammer), Urteil vom 18. März 2011 (s. o., Anm. 4).

40. Hier zitiert nach Frankfurter Rundschau vom 25. April 2018, www.fr.de/politik/kirchenrechtler-haelt-kreuz-pflicht-heiklen-grenzfall-10978275.html.

hinzu.[41] Diese Stellungnahmen sollen hier in einer eigenen Bewertung zusammengeführt werden:

Bei der verfassungsrechtlichen Bewertung des »Kreuzerlasses« stellen sich drei Fragen:

4. 1 Formelle Verfassungsmäßigkeit: Wahrung des Vorbehalts des Gesetzes

Die erste Frage betrifft die Wahrung der formellen Vorgaben der Verfassung: Denn es könnte einen Verstoß gegen den Grundsatz des »Vorbehalts des Gesetzes« bedeuten, dass das Kreuz in bayerischen Landesbehörden nicht aufgrund einer Entscheidung des Bayerischen Landtages in der Form eines Parlamentsgesetzes, sondern nur aufgrund einer Entscheidung der Exekutive (der bayerischen Staatsregierung) eingeführt wurde. Der Grundsatz des »Vorbehalts des Gesetzes«, der sich nach einhelliger Auffassung aus dem Rechtsstaats- und Demokratieprinzip sowie aus den Grundrechten ableitet[42], wird durch das BVerfG dahingehend erläutert und konkretisiert: »dass der Gesetzgeber verpflichtet [sei], – losgelöst vom Merkmal des »Eingriffs« [in Grundrechte, R. P.] – in grundlegenden normativen Bereichen, zumal im Bereich der Grundrechtsausübung, soweit diese staatlicher Regelung zugänglich ist, alle wesentlichen Entscheidungen selbst zu treffen.[43] Danach wäre eine Entscheidung des parlamentarischen Gesetzgebers erforderlich, wenn das Anbringen des Kreuzes im Eingangsbereich von Behörden entweder einen Eingriff in Grundrechte, oder sonst eine »wesentliche Entscheidung« in einem »grundlegenden normativen Bereich« darstellen würde. Die Frage, ob das Behördenkreuz die Schwelle eines Grundrechtseingriffs überschreitet, wird unter 4. 2. 1 erörtert. Die Frage danach,

41. Vgl. J. Ipsen, Kreuz (wie Anm. 18), 265–270 (der im Ergebnis einen Verfassungsverstoß in Gestalt einer Verletzung des »Neutralitätsgebots« bejaht). L. Friedrich, Kreuz (wie Anm. 17), der sowohl eine Verletzung der Religionsfreiheit – mangels Eingriffs in dieselbe – als auch des »Neutralitätsgebots« verneint, weil das Kreuz zwar nach Maßgabe des »objektiven Empfängerhorizonts« als »religiöses Symbol« auszulegen sei, der Freistaat mit seiner Aufhängung im Eingangsbereich seiner Behörden aber nicht erkennen lasse »dass er das Christentum anderen Religionen vorzieht«; Herbolsheimer, Volker/Kukuczka, Christian: Der bayerische Kreuzbeschluss im Neutralitätskonflikt, in: ZevKR 63 (2018), 367–389 (die einen Verstoß gegen das Neutralitätsgebot mit dem Argument verneinen, dass das Kreuz im konkreten Kontext – anders als in der Schule – nicht die Funktion der »Wertevermittlung« habe, und zwar einen Eingriff in die Religionsfreiheit bejahen, diesen aber wegen seiner geringen Intensität und wegen seiner »Neutralitätskompatibilität« für gerechtfertigt ansehen); s. außerdem zur Bewertung aus juristischer Sicht: Zappel, Christian: Das Kreuz in Dienstgebäuden, in: Die neue Ordnung 73 (2019), 215–224 (der die Verfassungsmäßigkeit des Kreuzes als »Versinnbildlichung unserer gemeinsamen Grundlagen und Werte« bejaht).

42. Näher zu Fundament, Bedeutung und Reichweite des Vorbehalts des Gesetzes s. nur Schulze-Fielitz, Helmuth in: Dreier, Horst (Hg.), Grundgesetz – Kommentar, Bd. II, Tübingen 32015, Art. 20 (Rechtsstaat), Rn. 105ff.; Sommermann, Karl-Peter, in: von Mangoldt, Hermann/Klein, Friedrich/Starck, Christian, Grundgesetz, Bd. 2, München [7]2018, Art. 20 Rn. 273ff.

43. St. Rspr., vgl. nur BVerfGE 49, 89 (126) – Kalkar I.

wann eine Entscheidung jenseits davon, d. h. in Fällen, in denen Grundrechte oder andere subjektive Rechte aus der Verfassung nicht betroffen sind, eine »wesentliche Entscheidung« in einem grundlegenden normativen Bereich darstellt, ist in der Rechtsprechung bisher weitgehend ungeklärt.[44] Im vorliegenden Fall lässt sich die »Wesentlichkeit« der Entscheidung, auch wenn man ihre Grundrechtsrelevanz verneint, mit ihrer Relevanz für die »Neutralität des Staates« gegenüber Religionen oder Religionsgemeinschaften (s. dazu unter 4. 2. 2) begründen. Aus Platzgründen soll eine tiefere Erörterung dieser (nur formellen) Frage zugunsten der materiellen Streitfragen zurückgestellt und lediglich festgehalten werden, dass die Tatsache, dass die »staatliche Neutralität« hier als absolute Schranke für staatliches Handeln und nicht als ein mit anderen Verfassungsgütern abzuwägendes und zum Ausgleich zu bringendes Rechtsgut einschlägig ist, dagegen spricht, alleine aus dieser seiner Einschlägigkeit das Gebot der Befassung der Legislative zu folgern (denn die Legislative ist zwar vor dem Hintergrund von Rechtsstaats- und Demokratieprinzip das Organ, das dazu berufen ist, die Grundentscheidungen beim Ausgleich zwischen widerstreitenden Rechtsgütern zu treffen, auf die Wahrung absoluter Schranken für das staatliche Handeln sind dagegen Exekutive und Legislative in gleicher Weise verpflichtet).

4. 2 Materielle Verfassungsmäßigkeit: Vereinbarkeit mit der Religionsfreiheit und mit dem Grundsatz der religiös-weltanschaulichen Neutralität des Staates

Die beiden übrigen Fragen betreffen die Übereinstimmung mit den inhaltlichen Vorgaben der Verfassung: Solchen könnte der Beschluss zum einen widersprechen, weil er die (negative) Religionsfreiheit aus Art. 4 I, II GG nicht hinreichend achtet, zum anderen deshalb, weil er dem der Rechtsprechung des BVerfGE zufolge aus Art. 4 I, II, Art. 3 III, Art. 33 III und Art. 140 GG i. V. m. Art. 136 I, IV und Art. 137 I WRV ableitbaren »Grundsatz der religiös-weltanschaulichen Neutralität des Staates«[45] widerspricht. Beide Fragen sind – trotz gewisser Berührpunkte – nicht ohne Weiteres gleichzusetzen: Es ist jedenfalls grundsätzlich denkbar, dass der Staat in religiösen Fragen eine dem »Neutralitätsgrundsatz« widersprechende Position bezieht, ohne dadurch die individuelle Entscheidungsfreiheit von Bürgern zu beeinträchtigen.

44. Bisher wurde die »Wesentlichkeit« von Entscheidungen regelmäßig mit deren Relevanz für die Verwirklichung subjektiver Rechte, insbesondere der Grundrechte, begründet. Nur vereinzelt wurde die »Wesentlichkeit« durch Bezugnahme auf andere Grundentscheidungen der Verfassung bejaht, etwa das Demokratieprinzip (vgl. dazu OVG Berlin-Brandenburg, NVwZ 2012, 1265–1272) oder das Rechtsstaatsprinzip und den Gewaltenteilungsgrundsatz (s. dazu NWVerfGH, Urteil vom 9. Februar 1999, NJW 1999, 1243).

45. Vgl. dazu nur BVerfGE 138, 296, Rn. 109ff.; 108, 282, Rn. 42f.; 93, 1 (16f.); 19, 206 (216) (st. Rspr.).

4. 2. 1 Vereinbarkeit mit der Religionsfreiheit, Art. 4 I, II GG

Hinsichtlich der Frage nach einer Verletzung der (negativen) Religionsfreiheit, d. h. des Rechts, selbst über das Haben und Leben religiöser Überzeugungen zu entscheiden, liegt die entscheidende Weichenstellung darin, ob das Behördenkreuz einen Eingriff in diese Freiheit darstellt.[46] Wenn das BVerfG im Schulkreuzfall einen Eingriff mit dem Argument bejahte, dass das »Schulkreuz«, das (jedenfalls aus der objektiv nachvollziehbaren Sicht einzelner Empfänger) einen religiösen Aussagegehalt besitze, gegenüber Schülern als »Personen, die aufgrund ihrer Jugend in ihren Anschauungen noch nicht gefestigt sind«, einen »appellativen Charakter« habe[47], lässt sich dies auf das »Behördenkreuz« nicht problemlos übertragen: Zum einen ist es, anders als das Schulkreuz, nicht strukturell an Personen adressiert, die in ihren Anschauungen noch ungefestigt sind. Zum anderen bleibt die Konfrontation mit dem Kreuz im Eingangsbereich einer Behörde nach Dauer und Intensität deutlich hinter dem Kreuz in Schulräumen und auch hinter dem Kreuz im Gerichtssaal[48] zurück. Sie hat wesentlich »flüchtigeren« Charakter.[49] Ob es die »Eingriffsschwelle« überschreitet, ist damit zumindest hochgradig zweifelhaft, sofern man nicht jede »Nicht-Neutralität«, d. h. jede dem Einzelnen unausweichlich entgegengehaltene Parteinahme des Staates für eine Religion[50] (unabhängig von ihrer konkreten steu-

46. Ein für das »Behördenkreuz« streitendes »Rechtsgut von Verfassungsrang«, mit dem sich ein Eingriff in die Religionsfreiheit als »vorbehaltlos gewährleistetes Grundrecht« rechtfertigen ließe (allgemein zur Dogmatik der Rechtsfertigung von Eingriffen in die Religionsfreiheit s. nur BVerfGE 91, 1 (21), Germann, Michael, in: Epping, Volker/Hillgruber, Christian (Hg.), Beck'scher Online-Kommentar zum Grundgesetz, Art. 4 Rn. 47–59.3 (41. Edition, 15.5.2019)), dürfte sich schwerlich finden lassen. Auch V. Herbolsheimer/C. Kukuczka, Kreuzbeschluss (wie Anm. 41), die wegen der geringen Eingriffsintensität und der »Neutralitätskompatibilität« in aller Kürze die Rechtfertigung eines solchen Eingriffs bejahen (s. S. 389), benennen kein solches Rechtsgut.

47. BVerfGE 93,1 (20).

48. Näher zur Begründung von dessen Eingriffscharakter BVerfGE 35, 366 (375f.): »Dennoch muss anerkannt werden, dass sich einzelne Prozessbeteiligte durch den für sie unausweichlichen Zwang, entgegen eigenen religiösen oder weltanschaulichen Überzeugungen ›unter dem Kreuz‹ einen Rechtsstreit führen und die als Identifikation empfundene Ausstattung in einem rein weltlichen Lebensbereich tolerieren zu müssen, in ihrem Grundrecht aus Art. 4 Abs. 1 GG verletzt fühlen können. Das als unverletzlich gewährleistete Grundrecht der Glaubens- und Bekenntnisfreiheit steht (…) in enger Beziehung zur Menschenwürde als dem obersten Wert im System der Grundrechte und muss wegen seines Ranges extensiv ausgelegt werden (…). Das in ihm verkörperte Freiheitsrecht, von staatlichen Zwängen in weltanschaulich-religiösen Fragen unbehelligt zu bleiben, kann einen Minderheitenschutz selbst vor verhältnismäßig geringfügigen Beeinträchtigungen jedenfalls dort rechtfertigen, wo – wie im Bereich der staatlichen Gerichtsbarkeit – die Inanspruchnahme dieses Schutzes nicht mit Rechten einer Bevölkerungsmehrheit zur Ausübung ihrer Glaubensfreiheit kollidiert«.

49. S. dazu Geiger, Klaus: Kommentierung zu § 28 AGO Ziff. 3, in: Praxis der Kommunalverwaltung (PdK) Bayern C-9, Stand: Oktober 2018: »Die Beschränkung auf den Eingangsbereich dient mithin auch dazu, die ›Konfrontation‹ mit dem Kreuz auf ein ›flüchtiges Zusammentreffen‹ zu beschränken und so weder für Beschäftigte noch für Besucher eine ihre Religionsfreiheit beeinträchtigende Zwangssituation zu schaffen.«

50. Näher zu der Frage, wann ein Verstoß gegen den »Neutralitätsgrundsatz« vorliegt und ob die Anbringung des Kreuzes in Behördenräumen einen solchen darstellt, s. so-

ernden bzw. beeinflussenden Wirkung), mit einem Eingriff in die Religionsfreiheit gleichsetzt[51], weil sich der Staat mit seiner besonderen Autorität dabei »auf eine Seite schlägt«.[52] Die bisherigen Stellungnahmen sprechen sich überwiegend gegen eine Eingriffswirkung aus.[53] Auch hier wird davon ausgegangen, dass die Schwelle eines Grundrechtseingriffs auch dann nicht erreicht wäre, wenn das Kreuz im vorliegenden Kontext nicht – wie von der Staatsregierung intendiert – (allein) als Bekenntnis zu innerweltlichen Traditionen, Sitten und Wertentscheidungen verstanden werden könnte, sondern (darüber hinaus zumindest auch) einen religiösen Aussagegehalt hätte. Denn selbst dann, wenn das Kreuz im Behördenraum als Ausdruck der besonderen Wertschätzung des Christentums als Religion, und damit als Parteinahme für eine Religion auszulegen wäre (zur juristisch zugrunde zu legenden Deutung des Kreuzes s. unten 4. 2. 2), geht die Einwirkung auf den Einzelnen, obwohl sie in bestimmten Fällen unausweichlich ist, z. B. für Behördenmitarbeiter, aber auch für andere Personen, weil Behördengänge teilweise unvermeidbar sind, in keiner Weise über die alltägliche Konfrontation mit fremden Glaubensüberzeugung in der Öffentlichkeit hinaus, und kann deshalb von einem mündigen Bürger erwartet werden, dass er auch angesichts einer solchen Konfrontation zu einer freien, selbstverantworteten Entscheidung fähig bleibt[54]. In Ermangelung eines »Eingriffs« in die (individuelle) Religionsfreiheit wird diese durch das »Behördenkreuz« nicht verletzt.

---

gleich unter 4.2.2.

51. So allerdings wohl Unruh, Peter: Religionsverfassungsrecht, 4. Aufl. Baden-Baden 2018, Rn. 90. Ebenso V. Herbolsheimer/C. Kukuczka, Kreuzbeschluss (wie Anm. 41), 383–389; Huster, Stefan: Die ethische Neutralität des Staates. Eine liberale Interpretation der Verfassung (Jus Publicum, 90), Tübingen 2002, 134.

52. Die Ausführungen in BVerfGE 93, 1, 16f., könnten in diese Richtung gedeutet werden. Allerdings verzichtet die Entscheidung bezeichnenderweise nicht auf eine darüberhinausgehende Begründung des »Eingriffs«.

53. S. J. Ipsen, Kreuz (wie Anm. 18), 269; L. Friedrich, Kreuz (wie Anm. 17), 1008f.; Haydn-Quindeau, Sina: Religious symbols in public space – the German way, in: Stato, Chiese e pluralismo confessionale, n. 3 del 2019, 110–115, 113 (/www.statoechiese.it); für Eingriff dagegen V. Herbolsheimer/C. Kukuczka, Kreuzbeschluss (wie Anm. 41), 383–389.

54. Jedenfalls mit der besonderen Intensität der Konfrontation (sei es wegen ihrer Dauer oder ihres besonderen Kontextes) lässt sich hier nur schwer argumentieren. Schwieriger ist allerdings in der Tat zu beantworten, ob nicht bereits mit der staatlichen Anordnung, d. h. mit der Parteinahme des Gemeinwesens als solchem, eine die Eingriffsschwelle überschreitende »Lenkungswirkung« verbunden ist. Dagegen spricht jedoch, dass dem Bürger, d. h. dem Souverän des demokratischen Gemeinwesens, in anderem Zusammenhang durchaus zugetraut und zugemutet wird, sich kritisch zu staatlichen Entscheidungen in Beziehung zu setzen und auf deren Änderung hinzuwirken (und er insofern – zu Recht – nicht als fremdgesteuert durch staatliche Entscheidungen verstanden wird). Andernfalls müsste konsequenterweise z. B. auch jede Meinungsäußerung von Staatsorganen, die mit abweichenden Meinungen von Bürgern kollidiert, als Eingriff in deren Meinungsfreiheit gewertet werden.

4. 2. 2 Vereinbarkeit mit dem »Grundsatz der religiös-weltanschaulichen Neutralität des Staates«

4. 2. 2. 1 Verfassungsrechtliche Fundierung und Inhalt des »Neutralitätsgrundsatzes«

Schwieriger ist die Vereinbarkeit mit dem Grundsatz der sog. »religiös-weltanschaulichen Neutralität des Staates« zu beurteilen. Dies rührt zum einen daher, dass ein solcher Grundsatz unmittelbar im Verfassungstext keine Erwähnung findet. Deshalb ist schon die Ableitbarkeit dieses Grundsatzes aus dem Grundgesetz (aus einer Zusammenschau verschiedener Normen, wie sie durch das BVerfG erfolgt ist und in der Literatur überwiegend bejaht wird) nicht gänzlich unumstritten. Noch strittiger ist die Frage, ob sich aus ihm Rechtsfolgen ableiten lassen, die sich aus der Anwendung der Einzelnormen, auf die er sich stützt, nicht ergeben würden, ob er also als Rechtsregel oder -prinzip neben diesen Einzelnormen steht, oder ob er nur für deren Auslegung bedeutsam ist, so dass die Verfassungswidrigkeit einer Maßnahme nicht allein mit der »Verletzung des Neutralitätsgrundsatzes« begründet werden kann, sondern immer auch an einer einzelnen, diesem zugrundeliegenden Verfassungsbestimmung festzumachen ist. Vor allem aber divergieren die Auffassungen darüber, was dieser Grundsatz (entweder als eigenständige Rechtsnorm oder als Auslegungshilfe bei der Anwendung einzelner, im Grundgesetz enthaltener Normen) konkret beinhaltet.[55] Diese umfangreiche und tiefgehende Diskussion kann hier aus Raumgründen nicht nachvollzogen werden. Es ist genügt jedoch, festzuhalten, dass dem BVerfG darin zu folgen ist, dass das Grundgesetz das als Teilaspekt des »Neutralitätsgebots« begreifbare »Verbot der Identifikation« des Staates mit einer bestimmten oder auch mit einer bestimmten Gruppe von Religionsgemeinschaften oder auch mit einer »Religion« beinhaltet, und ihm »Äquidistanz« zu solchen Gruppen und Überzeugungen gebietet[56]: Zwar lässt sich auch

55. Überblick über die Entwicklung und Bedeutung des »Neutralitätsgrundsatzes« in der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung und seine Diskussion in der Literatur bei de Wall, Heinrich: Religionsneutralität. Ideengeschichtliche und verfassungsrechtliche Aspekte aus deutscher Sicht, in: Schlag, Thomas/Roggenkamp, Antje/Büttgen, Philippe (Hg.), Religion und Philosophie in schulischen Kontexten. Rahmenbedingungen, Profile und Pfadabhängigkeiten des Religions- und Philosophieunterrichts in Deutschland, Frankreich, der Schweiz und Griechenland (Studien zur religiösen Bildung, 19), Leipzig 2020, 23–34. Konzentrierte Darstellung wesentlicher Fragen zum »Neutralitätsgrundsatz« außerdem bei P. Unruh, Religionsverfassungsrecht (wie Anm. 51), Rn. 90; Heinig, Hans Michael: Verschärfung der oder Abschied von der Neutralität, in: JZ 2009, 1136–140, jeweils m. w. N. zum kontroversen Meinungsstand.

56. Siehe dazu die klassische, auch in der Literatur regelmäßig wiederholte Formulierung des Bundesverfassungsgerichts (hier zitiert nach BVerfGE 108, 282, Rn. 42, 43): »Das Grundgesetz begründet für den Staat als Heimstatt aller Staatsbürger in Art. 4 Abs. 1, Art. 3 Abs. 3 Satz 1, Art. 33 Abs. 3 sowie durch Art. 136 Abs. 1 und 4 und Art. 137 Abs. 1 WRV in Verbindung mit Art. 140 GG die Pflicht zu weltanschaulich-religiöser Neutralität. Es verwehrt die Einführung staatskirchlicher Rechtsformen und untersagt die Privilegierung bestimmter Bekenntnisse ebenso wie die Ausgrenzung Andersgläubiger (vgl. BVerfGE 19, 206 (216); 24, 236 (24); 33, 23 (28); 93, 1 (17)). Der Staat hat auf eine am Gleichheitssatz orientierte Behandlung der verschiedenen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften zu achten (vgl. BVerfGE 19, 1 (8); 19, 206 (216); 24, 236 (246); 93, 1

dies keiner Norm des Grundgesetzes ausdrücklich und eindeutig entnehmen. Auch Art. 140 GG i. V. m. Art. 137 I WRV formuliert nur das Verbot einer »Staatskirche« und könnte deshalb unter strenger Bezugnahme auf den Wortlaut auch dahingehend verstanden werden, dass er nur Verbindungen zwischen dem Staat und einer bestimmten (als solcher verfassten) Religionsgemeinschaft untersagt. Gegen eine solche eingeschränkte Auslegung von Art. 137 I WRV spricht jedoch neben seiner Entstehungsgeschichte[57] vor allem seine systematische Einbettung in den Gesamtkontext des Grundgesetzes, das an verschiedenen Stellen die Unparteilichkeit des Staates in Fragen der Religion, nicht nur im Verhältnis zu einzelnen Religionsgemeinschaften zum Ausdruck bringt (s. z. B. Art. 3 III GG, Art. 33 III GG, Art. 140 GG i. V. m. Art. 136 I, II WRV, oder auch Art. 140 GG i. V. m. Art. 137 V 2 WRV, der den Zugang zum privilegierten Status einer »Körperschaft des öffentlichen Rechts« an das neutrale Kriterium der »Gewähr der Dauer« bindet).[58] Rich-

(17)) und darf sich nicht mit einer bestimmten Religionsgemeinschaft identifizieren (vgl. BVerfGE 30, 415 (422); 93, 1 (17)). Der freiheitliche Staat des Grundgesetzes ist gekennzeichnet von Offenheit gegenüber der Vielfalt weltanschaulich-religiöser Überzeugungen und gründet dies auf ein Menschenbild, das von der Würde des Menschen und der freien Entfaltung der Persönlichkeit in Selbstbestimmung und Eigenverantwortung geprägt ist (vgl. BVerfGE 41, 29 [50]). […] Der Staat darf […] keine gezielte Beeinflussung im Dienste einer bestimmten politischen, ideologischen oder weltanschaulichen Richtung betreiben oder sich durch von ihm ausgehende oder ihm zuzurechnende Maßnahmen ausdrücklich oder konkludent mit einem bestimmten Glauben oder einer bestimmten Weltanschauung identifizieren und dadurch den religiösen Frieden in einer Gesellschaft von sich aus gefährden (vgl. BVerfGE 93, 1 [16f.]). Auch verwehrt es der Grundsatz religiös-weltanschaulicher Neutralität dem Staat, Glauben und Lehre einer Religionsgemeinschaft als solche zu bewerten (vgl. BVerfGE 33, 23 [29])«.

57. Näher Schlaich, Klaus: Neutralität als verfassungsrechtliches Prinzip: vornehmlich im Kulturverfassungs- und Staatskirchenrecht (Tübinger rechtswissenschaftliche Abhandlungen, 34), Tübingen 1972, 170ff. S. auch Heinig, Hans Michael, Öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften. Studien zur Rechtsstellung der nach Art. 137 Abs. 5 WRV korporierten Religionsgesellschaften in Deutschland und in der Europäischen Union (Schriften zum Öffentlichen Recht, 921), Berlin 2003, 177, sowie die frühe Auslegung des »religionspolitischen Systems« der WRV – vor dem Hintergrund seiner Entstehungsgeschichte – durch Ebers, Godehard Josef: Staat und Kirche im neuen Deutschland, München 1930, 123: »Der Staat will nicht mehr christlich-paritätisch, sondern religiös-neutral und allen Religionsgesellschaften und Weltanschauungsgruppen gegenüber paritätisch sein. Wie keine Staatskirche, so auch keine Staatsreligion mehr.«; 132: »darin liegt die Eigenart des Systems der Reichsverfassung: Trennung von Staat und Kirche unter Aufhebung des christlichen Charakters des Staates.«

58. Außerdem wäre Art. 137 I WRV im Wesentlichen bedeutungslos, wenn man in ihm nur das Verbot der instititutionellen Verbindung zwischen dem Staat und einer bestimmten Religionsgemeinschaft, d. h. v. a. die Beendigung des »Landesherrlichen Kirchenregiments«, sehen würde. Zwar war im juristischen Diskurs von 1919 keineswegs geklärt, ob dieses flächendeckend spätestens durch die Abdankung der Landesherren sein Ende gefunden hatte oder in manchen Ländern als »Staatskirchenregiment« darüber hinaus fortbestand. Daher ist verständlich, dass in den Verhandlungen der Nationalversammlung in Äußerungen zu dem soweit ersichtlich allgemein gutgeheißenen Wortlaut des (späteren) Art. 137 I hervorgehoben wurde, dass dieser das Landesherrliche Kirchenregiment definitiv beenden würde. Dies bedeutet aber nicht, dass man darin den einzigen oder auch nur maßgeblichen Inhalt dieser Bestimmung sehen muss, zumal das Ende des

tigerweise ist deshalb Art. 140 GG i. V. m. Art. 137 I WRV (i. V. m. den weiteren genannten Vorschriften) das Gebot der »Nichtidentifikation« bzw. die Verpflichtung zur »Äquidistanz«, nicht nur gegenüber bestimmten Religionsgemeinschaften, sondern auch gegenüber einer bestimmten Religion zu entnehmen.[59]

4. 2. 2. 2 Verstoß gegen den »Grundsatz der Nicht-Identifikation«

Unter dieser Prämisse würde der »Kreuzbeschluss« dann gegen das Grundgesetz verstoßen, wenn er dem Grundsatz der Nichtidentifikation bzw. dem Gebot der Äquidistanz des Staates gegenüber unterschiedlichen Religionen und Religionsgemeinschaften widersprechen, mithin eine Parteinahme für das Christentum als Religion bedeuten würde.

Für die Beantwortung dieser Frage kommt es entscheidend darauf an, was der – für die rechtliche Bewertung ausschlaggebende – Bedeutungsgehalt des Kreuzes in diesem Kontext ist. Könnte der Deutung des Ministerpräsidenten und der Staatsregierung gefolgt werden, dass das Kreuz hier lediglich als Symbol für die geschichtliche Entwicklung des bayerischen Staatswesens, seine kulturellen Traditionen, und für bestimmte, das gesellschaftliche Leben und die Rechtsgemeinschaft prägende Grundwerte (Verpflichtung zu Nächstenliebe, Toleranz usw.) stünde, kommt zumindest in Betracht, dies zu verneinen.[60] Denn trotz eines Zusammenhangs verschiedener dieser Elemente mit dem Christentum können sie doch auch ohne Rücksicht auf die spezifisch religiösen Glaubensaussagen des Christentums bejaht und gelebt werden.

Würde dagegen das Kreuz »immer auch« – und damit auch hier – als religiöses Symbol zu verstehen sein, kann darin nichts Anderes als der Ausdruck einer besonderen Nähe des bayerischen Staates zum Christentum gesehen werden, die dem Grundsatz der Nichtidentifikation bzw. dem Gebot der Äquidistanz zu verschiedenen religiös-weltanschaulichen Bekenntnissen widerspricht.[61] Eine andere wäre.

Landesherrlichen Kirchenregiments auch ohne Art. 137 I durch Art. 137 III WRV besiegelt gewesen.

59. S. u. a. auch K. Schlaich, Neutralität (wie Anm. 57), 172; H. M. Heinig, Religionsgesellschaften (wie Anm. 57), 177; ders., Verschärfung (wie Anm. 55), 1140. Nach hier vertretener Auffassung kann dieser Konkretisierung des »Neutralitätsgrundsatzes« somit nicht entgegengehalten werden, dass sie in keiner geschriebenen Norm des Grundgesetzes enthalten ist, weil sie in v. a. systematischer Auslegung Art. 140 GG i. V. m. Art. 137 I WRV zu entnehmen ist.

60. Allerdings ist auch dies nicht unproblematisch, weil die Verwendung des Kreuzes nicht anders verstanden werden kann, als dass es die christlichen Elemente der bayerischen Geschichte, die im Christentum gründenden kulturellen Schöpfungen und Traditionen und die im Christentum wurzelnden Sitten und Wertentscheidungen symbolisiert, und schon insofern eine bestimmte Religion heraushebt und bevorzugt, auch wenn es zu deren im engsten Sinne religiösen Aussagen nicht Position bezieht.

61. Anderer Auffassung ist offenbar L. Friedrich, Kreuz (wie Anm.17), 1011, der zwar das Kreuz aus der Perspektive des »objektiven Empfängerhorizonts« (zwingend) als »religiöses Symbol« deutet, dann aber annimmt, dass seine Anbringung im Behördenfoyer, d. h. die konkreten Verwendungsumstände, aus »objektiver Perspektive« nicht

Ausdeutung, nämlich z. B. die Deutung als Förderung der positiven Religionsfreiheit des überwiegenden christlichen Teils der Bevölkerung (jenseits einer eigenen Stellungnahme des Staates zum Christentum), kann dem staatlich angeordneten Kreuz bei Vorliegen einer eindeutigen christlichen Bevölkerungsmehrheit zwar in anderen Zusammenhängen, besonders in Krankenhäusern oder Gefängnissen, gegeben werden.[62] Sie kommt im vorliegenden Zusammenhang jedoch nicht in Betracht, weil es § 28 BayAGO nach Wortlaut, Entstehungsgeschichte und Regelungsgehalt (Vorgabe zur Einrichtung sämtlicher Staatsbehörden) eindeutig nicht um Förderung der grundrechtlichen Religionsfreiheit, sondern um die Repräsentation des (in bestimmter Weise verstandenen) bayerischen Gemeinwesens geht.

Aus juristischer Sicht stellt sich deshalb die Frage, ob eine Deutung des Kreuzes als »Symbol für die geschichtliche Entwicklung des bayerischen Staatswesens, seine kulturellen Traditionen, sowie für bestimmte, das gesellschaftliche Leben und die Rechtsgemeinschaft prägende Sitten und Grundwerte« der rechtlichen Bewertung zugrunde zu legen ist. Dabei ist zuerst festzuhalten, dass der Freistaat Bayern als Verwender des Symbols (bzw. die für ihn handelnden Akteure), jedenfalls bei Berücksichtigung der »Entstehungsgeschichte« von § 28 BayAGO, recht eindeutig diese Deutung vorgibt (s. dazu oben 2.). Nur wenn dieser Horizont des »Senders« maßgeblich wäre, kommt in Betracht, die Verfassungsmäßigkeit zu bejahen. Zu bedenken ist jedoch, dass dem Senderhorizont immer auch der »Empfängerhorizont« gegenübertritt: die Perspektive derjenigen, die das Symbol wahrnehmen. Die Frage, auf wessen Horizont bei der Ausdeutung eines Symbols abzustellen ist, spielt in vielen praktischen Streitfällen eine entscheidende Rolle. Sie kann deshalb letztlich als die große, ungelöste Frage im Umgang mit diesem Problem bezeichnet werden – weil sich bisher weder in der Rechtsprechung noch in der Literatur dazu ein Konsens abzeichnet. Zwar nehmen alle einschlägigen Gerichtsentscheidungen letztlich eine der in Betracht kommenden Perspektiven ein, keine von ihnen setzt sich aber fundiert mit der Frage auseinander, weshalb und für welche Teilfrage seine konkrete Perspektive die maßgebliche ist. Z. T. kommen auch verschiedene dieser Perspektiven nebeneinander zur Sprache, ohne dass eindeutig zwischen ihnen gewählt wird.[63]

An dieser Stelle muss deshalb eine Entscheidung darüber fallen, welche Perspektive in welchen Fallkonstellationen heranzuziehen ist. Dabei wird hier die These aufgestellt, dass jedenfalls bei Maßnahmen, die gerade nach »außen« – auf einen

---

auf eine Identifikation schließen ließen (weil dem z. B. der Wortlaut von § 28 BayAGO eindeutig entgegenstehe). Der Freistaat lasse mit dieser Maßnahme »nicht erkennen, dass er das Christentum anderen Religionen vorzieht«.

62. S. dazu oben Anm. 6. Auch das Schulkreuz wird durch den BayVerfGH soweit ersichtlich trotz der Anerkennung seines Charakters als »religiöses Symbol« deshalb nicht als staatliche Identifikation mit dem Christentum eingeordnet, weil es nicht zur Selbstrepräsentation des Staates, sondern im Interesse von Teilen der Gesellschaft, nämlich im Interesse der (zahlenmäßig auch zum damaligen Zeitpunkt noch deutlich überwiegenden) Eltern und Schüler, die eine christliche Erziehung wünschen, in der Schule angebracht wird (s. VerfGHE BY 50, 156, s. auch NJW 1997, 3157).

63. Ein Beispiel dafür ist die Lautsi-II Entscheidung des EGMR (s. o. Fn 38), wo einerseits festgehalten wird, dass das Kreuz »vor allem ein religiöses Symbol« sei, andererseits das Bestreben der Regierung akzeptiert, es als »Identitäts- und »Kultursymbol« zu verwenden.

»Empfänger« – zielen und bei ihm eine Wirkung eintreten lassen sollen (und insofern empfangsbedürftigen Willenserklärungen vergleichbar sind), im Grundsatz der »Empfängerhorizont« nicht der »Senderhorizont« die maßgebliche Perspektive zu sein hat[64]: Denn ob der Staat die ihm auferlegten verfassungsrechtlichen Bindungen wahrt, muss sich bei auf »Außenwirkung« gerichteten Maßnahmen dort entscheiden, wo die Wirkungen des Handelns eintreten. Wird er in plausibler Weise von den Empfängern der Maßnahme als »nicht-neutral« bzw. als sich mit einer bestimmten Religion identifizierend wahrgenommen, ist der Zustand eingetreten, gegen den sich das Verfassungsrecht richtet, auch wenn der Staat dies nicht »beabsichtigt« haben mag.

Bereits damit steht fest, dass die unter 3. vorgestellten theologischen Stellungnahmen, die sich alle in irgendeiner Form mit der Frage auseinandersetzen, wie sich ihre Deutung des Kreuzes zu der geschilderten Deutung des Kreuzes durch den »Sender« verhält, auch für die juristische Bewertung relevant sind. Denn diese Deutungen sind jedenfalls Teil des Empfängerhorizonts, auch wenn sie diesen nicht alleine ausmachen.

Letzteres, nämlich dass neben Kirche und Theologie noch weitere Empfängerperspektiven treten, und außerdem die zur Bedeutung des Kreuzes Position beziehenden Kirchen und Theologen schon unter sich nicht übereinstimmen müssen, zeigt uns, dass die Frage nach der maßgeblichen Perspektive mit der grundsätzlichen Entscheidung für den »Empfängerhorizont« noch nicht abschließend beantwortet ist: Weil staatliche Symbole nicht an einen konkreten Empfänger, sondern an eine Vielzahl von Empfängern gerichtet sind, die das Symbol für sich jeweils unterschiedlich ausdeuten (können), stellt sich die Frage, ob die Perspektive einzelner Empfänger, d. h. deren – objektiv nachvollziehbare – Ausdeutung des Symbols, maßgeblich ist, oder ob eine objektivierte Deutung aus Sicht der Gesamtheit der Empfänger vorzunehmen, d.h. zu fragen ist, wie das Symbol »gemeinhin« auf Empfängerseite verstanden wird. Bei der Prüfung der Grundrechtsrelevanz von Symbolhandlungen spricht sich der überwiegende Teil der Literatur – mit Recht – dafür aus, die Perspektive des einzelnen, subjektiven Empfängers heranzuziehen und von einer »verobjektivierten« Betrachtung des Empfängerhorizonts (z. B. nach dem Verständnis des Symbols durch eine »Mehrheit«) abzusehen.[65] Denn nur diese Perspektive wird der (mithilfe der Grundrechte zu schützenden) Freiheit des Einzelnen hinreichend gerecht. Insofern ist die Frage danach, ob ein (dem Staat zurechenbares) Symbol Grundrechte verletzt, nicht pauschal, sondern von Einzelfall zu Einzelfall zu beurteilen, und hängt dabei maßgeblich davon ab, welchen Aussagegehalt es für den einzelnen Empfänger in objektiv nachvollziehbarer Weise hat[66]. Da sich die bisherigen Entscheidungen des BVerfG zum Kreuz im Gerichts-

64. Zu der Frage, aus welcher Perspektive ein Symbol auszudeuten ist, s. u. a. Borowski, Martin: Die Glaubens- und Gewissensfreiheit des Grundgesetzes (Jus Publicum, Band 144), Tübingen 2006, 473–481; Röhrig, Sarah: Religiöse Symbole in staatlichen Einrichtungen als Grundrechtseingriffe (Studien und Beiträge zum Öffentlichen Recht, 30), Tübingen 2017, 84; Steinberg, Rudolf: Religiöse Symbole im säkularen Staat, in: Der Staat 56 (2017), 157–192, 185ff.; S. Huster, Neutralität (wie Anm. 51), 153–158.

65. Vgl. nur M. Borowski, Glaubens- und Gewissensfreiheit (wie Anm. 64), 476–481; Vollrath, Benjamin: Religiöse Symbole, Baden-Baden 2006, 46ff.; S. Röhrig, Symbole (wie Anm. 64), 84ff.

66. Auch für die Frage, wann ein Symbol dem Staat zurechenbar ist, stellt sich die Fra-

saal und zum Kreuz in der Schule auf die Entscheidung darüber beschränkten, ob das im staatlichen Kontext angebrachte Kreuz die grundrechtliche Religionsfreiheit verletzt[67], konnten sie dahingehend interpretiert werden, dass allenfalls dort das Bedürfnis zum Abhängen des Kreuzes besteht, wo sich ein einzelner Adressat auf dessen grundrechtsverletzende Wirkung beruft.[68]

Wäre dem auch für die Frage nach der Wahrung des Neutralitätsgebots – in seiner Gestalt als Gebot der Nichtidentifikation – zu folgen, das gerade jenseits der Frage Bedeutung hat, ob im Einzelfall eine Grundrechtsverletzung vorliegt oder nicht, würde dies bedeuten, dass immer dann von fehlender »Neutralität« bzw. einem Verstoß gegen den Grundsatz der »Nichtidentifikation« auszugehen wäre, wenn ein einzelner Empfänger in objektiv nachvollziehbarer Weise das Symbol in dieser Weise deuten würde.[69] In diesem Fall wäre nicht nur eine Gesamtschau der oben angeführten theologischen Deutungen des Kreuzes juristisch relevant, sondern unmittelbar jede einzelne von ihnen. Jedoch spricht gegen eine Heran-

---

ge nach der maßgeblichen Perspektive. Sie muss hier jedoch nicht weiter erörtert werden, weil ein auf staatliche Anordnung hin in allen staatlichen Behörden angebrachtes Kreuz aus allen in Betracht kommenden Perspektiven dem Staat zurechenbar ist.

67. Die Entscheidung des BVerfG über das Kreuz im Gerichtssaal (E 35, 366) klammert die Entscheidung über die Wahrung des – von der grundrechtlichen Religionsfreiheit unterscheidbaren – »Grundsatzes der Nichtidentifikation« ausdrücklich aus. Dort heißt es: »Die Verfassungsbeschwerde nötigt auch nicht zu einer Auseinandersetzung mit der von den Beschwerdeführern vertretenen Auffassung, die Ausstattung von Gerichtssälen mit Kreuzen schaffe bereits als solche objektivrechtlich einen verfassungswidrigen Zustand, weil sie im Widerspruch zur Pflicht des Staates zu religiös-weltanschaulicher Neutralität stehe und unvereinbar mit der Forderung sei, dass der Staat sich mit bestimmten religiösen oder weltanschaulichen Vereinigungen oder Auffassungen nicht ›identifizieren‹ dürfe. Eine Erörterung dieses Fragenkreises würde neben rechts- und justizgeschichtlichen Untersuchungen ein Eingehen auf die verschiedenen Verhältnisse und Anschauungen in den einzelnen Landesteilen der Bundesrepublik erfordern und insbesondere eine rechtsgrundsätzliche Würdigung des neuerdings in die staatskirchenrechtliche Diskussion aufgenommenen Prinzips der ›Nicht-Identifikation‹. Umfang und Tragweite einer solchen Prüfung stünden aber in keinem vertretbaren Verhältnis zu der Bedeutung des hier zu entscheidenden Falles, der sich unter Berücksichtigung seiner besonderen Gestaltung auch ohne eine solche Erörterung lösen lässt.« Auch die »Kruzifix-Entscheidung« des BVerfG (E 93,1) stützt sich – obwohl sie den Neutralitätsgrundsatz erwähnt und umschreibt – auf eine Verletzung der grundrechtlichen Religionsfreiheit und lässt die »Verletzung des Neutralitätsgrundsatzes« als solchem offen. Dasselbe gilt für die Lautsi-II-Entscheidung des EGMR (s. o. FN 38), die eingangs klarstellt, dass nur über die Achtung der Menschenrechte aus Art. 2 des Erstens Zusatzprotokolls zur EMRK und Art. 9 EMRK, nicht jedoch über die Wahrung des Grundsatzes der »Laizität« nach italienischem Verfassungsrecht entschieden würde und werden könne.

68. Auf dieser Grundlage ruht z. B. die aktuell geltende Regelung zum Schulkreuz in Art. 7 IV BayEUG.

69. Für die bisher in der Rechtsprechung entschiedenen Fälle zum Kreuz im Gerichtssaal und in der Schule hätte dies zur Folge, dass die Tatsache, dass ein Einzelner das Kreuz nachvollziehbar als religiöses Symbol deutet – und in ihm daher in nachvollziehbarer Weise eine Identifikation mit dem Christentum erblickt, bereits dazu führt, dass nicht nur ein Verstoß gegen seine Religionsfreiheit, sondern auch gegen das »Neutralitätsgebot« vorliegt, mit der Folge, dass das Kreuz nicht nur im individuellen Konfliktfall, sondern generell abgehängt werden muss.

ziehung des subjektiven Empfängerhorizonts für die Überprüfung der Wahrung hinreichender staatlicher Neutralität bzw. des Gebots der Nichtidentifikation, dass dieser Grundsatz – im Unterschied zur Religionsfreiheit – gerade nicht die persönliche Rechtssphäre des Einzelnen schützt. Dies spricht dafür, für die Wahrung dieses Grundsatzes tatsächlich nicht auf den einzelnen Empfänger (d. h. den »individuellen Empfängerhorizont«), sondern auf die Gesamtheit der Empfänger (d. h. einen »allgemeinen« oder »kollektiven Empfängerhorizont«) abzustellen[70], und nur dort einen Neutralitätsverstoß zu erblicken, wo aus dieser »allgemeinen« Perspektive der Gesamtheit der Empfänger ein Neutralitätsverstoß bejaht werden kann. Sofern die Empfängersicht jedoch nennenswert differiert, so dass maßgebliche Teile der Empfänger in nachvollziehbarer Weise keinen Neutralitätsverstoß bzw. einen Verstoß gegen den Grundsatz der Nichtidentifikation sehen (weshalb sich ein »allgemeiner Empfängerhorizont« schlechterdings nicht annehmen lässt), darf es dem Staat erlaubt sein, sich für die »Neutralitätskonformität« des Symbols auf seine »Senderdeutung« zu stützen, die dann gerade nicht pauschal durch die Empfängersicht in Frage steht, und dadurch heranziehbar wird.

Zur Bedeutung der oben referierten Stellungnahmen aus Theologie und Kirche für die rechtswissenschaftliche Entscheidung über die Vereinbarkeit des »Kreuzbeschlusses« mit dem »Neutralitätsgebot« folgt daraus Folgendes: Nicht jede einzelne von ihnen für sich ist fallentscheidend. Relevant wäre jedoch, wenn diese Deutungen hinsichtlich der »religiösen Bedeutung« des Kreuzes übereinstimmten, und diese Deutung durch Kirche und Theologie auch in wesentlichen Teilen der übrigen Gesellschaft geteilt würde.

Befragt man deshalb die oben unter 3. referierten kirchlichen Stellungnahme darauf, welche Bedeutungen sie dem Kreuz zuschreiben, zeigen sich an vielen Stellen Gemeinsamkeiten und nur an einzelnen Punkten Unterschiede: Keiner der oben aufgeführten Theologen sieht das Kreuz als Symbol für ein bestimmtes Gemeinwesen oder einen bestimmten Traditionsbestand.

Nahezu alle sehen im Kreuz allerdings zwar nicht nur, aber auch ein Bekenntnis zu bestimmten Wertentscheidungen für das Zusammenleben von Menschen, sei es nun in der Gesellschaft (»Nächstenliebe«) oder auch für die Gestaltung des Staatswesens (z. B. Verpflichtung auf die Achtung der Würde jedes Menschen wg. seiner »Gottesebenbildlichkeit«; Verneinung jedes »totalen Staates« im Hinblick auf die »Zwei-Reiche-Lehre« usw.).[71] Davon weichen nur einzelne Stimmen ab, die im Sinne einer strengen Auslegung der 2-Reiche-Konzeption davon ausgehen, dass wegen der Eigengesetzlichkeit von Staat und Kirche das Kreuz in und für Ersteren keine

70. Ähnlich auch L. Friedrich, Kreuz (wie Anm. 17), 1010, der für die Betrachtung aus Sicht eines »durchschnittlichen Empfängers« plädiert, und S. Haydn-Quindeau, Symbols (wie Anm. 53), 113, die klarstellt, dass nicht auf den Horizont des subjektiven, sondern auf den eines »objektiven Empfängers« abzustellen ist.

71. Dafür steht unter den ausgewählten Texten v. a. der Beitrag von Ludger Schwienhorst-Schönberger. Aber auch in nahezu allen weiteren wiedergegebenen Aussagen wird dem Kreuz ein solcher Aussagegehalt nicht abgesprochen, sondern zumindest implizit bejaht. Vgl. dazu z. B. Heinrich Bedford-Strohm, der zwischen »religiöser und öffentlicher Bedeutung« des Kreuzes differenziert und ihm die letztere nicht abspricht (auch wenn er sie als durch die religiöse Bedeutung begründet begreift).

Aussagegehalt habe, sondern dessen Natur und Struktur gerade entgegengesetzt sei.[72].

Alle betonen hingegen ausnahmslos, dass das Kreuz neben diesem Gehalt (sofern er überhaupt gesehen wird) »immer auch ein religiöses Symbol« sei, d. h. niemals nur die innerweltliche Dimension des Lebens betreffe, die (nach theologischem und verfassungsrechtlichem Verständnis) dem Staat zur Ordnung anvertraut ist, sondern über diese in die transzendente Dimension hinausweise[73].

Sofern man unterstellt, dass die unter 3. referierten Äußerungen für die kirchlich-theologische Position repräsentativ sind, kann damit festgehalten werden, dass jedenfalls für Adressaten aus dem kirchlich-theologischen Spektrum das Kreuz immer auch als Glaubenssymbol fungiert. Die oben referierten Äußerungen aus anderen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften indizieren, dass sich auch sie – jedenfalls mehrheitlich – dieser Deutung des Kreuzes als »immer auch christlichen« Symbols anschließen. Auch in anderen Reaktionen auf den »Kreuzbeschluss«, sei es aus politischen Parteien oder aus der Publizistik, spiegelte sich, dass das Kreuz als – zumindest – »auch religiöses Symbol« wahrgenommen wird. Deshalb wird man festhalten können, dass ein »allgemeiner« bzw. »kollektiver Empfängerhorizont« existiert, nach dem das Kreuz diese, und nicht die durch den Sender intendierte reduzierte Bedeutung hat – auch wenn über weitere Aspekte der genuin religiösen Bedeutung des Kreuzes schon innerhalb der Theologie und mehr noch in der Gesamtgesellschaft Uneinigkeit herrschen mag.[74]

Folglich ist davon auszugehen, dass das Behördenkreuz, zwar nicht gegen die Religionsfreiheit, aber gegen das »Neutralitätsgebot« des Grundgesetzes in seinem Verständnis als »Verbot der Identifikation mit einer bestimmten Religion oder Religionsgemeinschaft« verstößt.[75]

---

72. Für dieses Verständnis dürfte wohl das oben wiedergegebene Interview mit Prof. Hans Joachim Sander stehen. Es ist v. a. aus evangelischer Perspektive nicht unnachvollziehbar.

73. So betonen alle oben referierten Beiträge, dass das Kreuz immer zumindest »auch« und »vor allem« ein »religiöses Symbol« sei.

74. Insofern bestätigt die hier unternommene Untersuchung das sowohl in der Schulkreuz-Entscheidung des BVerfG, als auch in der Lautsi-II-Entscheidung festgehaltene, ebenfalls die Perspektive eines solchen »allgemeinen Empfängerhorizonts« einnehmende Ergebnis, das »Kruzifix (sei) vor allem ein religiöses Symbol« (EGMR, wie FN 38, Rn. 66) bzw. »das Kreuz (sei) Symbol einer bestimmten religiösen Überzeugung und nicht etwa nur Ausdruck der vom Christentum mitgeprägten abendländischen Kultur.« »Das Kreuz gehör(e) nach wie vor zu den spezifischen Glaubenssymbolen des Christentums. Es (sei) geradezu sein Glaubenssymbol schlechthin. Es versinnbildlich(e) die im Opfertod Christi vollzogene Erlösung des Menschen von der Erbschuld, zugleich aber auch den Sieg Christi über Satan und Tod und seine Herrschaft über die Welt, Leiden und Triumph in einem« (BVerfGE 91, 1 Rn. 42 ff.). Zwar ist gerade anlässlich der Kruzifix-Entscheidung des BVerfG in zahlreichen Beiträgen vertreten worden, dass der Kreuz sowohl eine (nur) säkulare als auch eine religiöse Bedeutung habe und sich eine Entscheidung zwischen diesen beiden in gleicher Weise richtigen Interpretationen nicht treffen lasse (s. nur S. Huster, Ethische Neutralität (wie Anm. 51), 159 m. w. N.). Die Reaktionen auf den »Kreuzbeschluss« der bayerischen Staatsregierung sprechen allerdings nicht dafür, dass die Interpretation des Kreuzes als »nur säkulares Symbol« in der Gesellschaft nennenswert verankert ist.

75. Auch im Ergebnis wie hier J. Ipsen, Kreuz (wie Anm. 18), 265–270; S. Haydn-

Zu einem anderen Ergebnis gelangen (jedenfalls in nachvollziehbarer Weise) nur diejenigen juristischen Autoren, die u. U. aufgrund der Wahl einer anderen Deutungsperspektive das Kreuz im konkreten Kontext als »Zeichen für (bestimmte) Grundwerte und Normen der Gesellschaft und Rechtsordnung« auslegen.[76] Man kann daher konstatieren, dass von Seiten der Rechtswissenschaft weitgehend Einigkeit dahingehend besteht, dass das »Behördenkreuz« allenfalls als »Zeichen für säkulare Gemeinschaftswerte« verfassungsrechtlich zulässig ist.

5. Zusammenfassende Stellungnahme

Die zusammenfassende Analyse der theologischen Aussagen über den Aussagegehalt des Kreuzes an sich (4. 2. 2. 2), und zu der Frage, welche Aspekte der staatlichen Deutung des Kreuzes mit seiner theologischen Deutung in Einklang zu bringen sind, zeigt, dass sich die Aussagen ganz überwiegend und im Wesentlichen gleichen. Betrachtet man dagegen die theologischen Äußerungen zur staatlichen Verwendung des Kreuzes, zeigen sich auf den ersten Blick signifikante Unterschiede, die nicht mit der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Konfession korrelieren: Obwohl eine Mehrheit der Theologen davon ausgeht, dass das Kreuz zumindest einen Teil der Aussage transportiert, die sich der Staat bei seiner Anbringung zu eigen machen möchte (nämlich eine Stellungnahme zu bestimmten Gemeinschaftswerten), sprechen sich manche entschieden gegen diese Anbringung aus, während sie andere mit Nachdruck befürworten. Näher besehen dürften die unterschiedlichen Ergebnisse v. a. darauf beruhen, wie die Äußernden den Aussagegehalt des Kreuzes im staatlichen Kontext interpretieren.

Es fällt auf, dass auch aus dem Kreis derer, die dem Kabinettsbeschluss zustimmen, Stimmen laut werden, die es nicht befürworten (würden), dass das Kreuz als nur »säkulares Symbol« zum Einsatz kommt. Viele von ihnen gehen vielmehr davon aus, dass das Kreuz auch in diesem Kontext ein – auch – religiöses Symbol bleibt.[77]

Quindeau, Symbols (wie Anm. 53), 114.

76. Anders wohl nur V. Herbolsheimer/C. Kukuczka, Kreuzbeschluss (wie Anm. 41), 380–382, die das Kreuz zwar als »religiöses Symbol« verstehen, aber eine Verletzung des Neutralitätsgrundsatzes mit dem Argument verneinen, dass seine Funktion in der konkreten Konstellation nicht in einer »Wertevermittlung« bestehe. Dagegen dürfte jedoch sprechen, dass das Behördenkreuz ausweislich seiner Entstehungsgeschichte gerade dazu dienen soll, tragende Gemeinschaftswerte zu symbolisieren und präsent zu halten.

77. Dafür dürften z. B. die Äußerungen von Heinrich Bedford-Strohm stehen, wenn er sich gegen einen »zivilreligiösen Gebrauch« des Kreuzes ausspricht und ausführt: »Die aus meiner Sicht einzig wirklich tragfähige Handlungsoption nenne ich den öffentlich orientierenden Umgang. Eine Demokratie lebt davon, dass von der Glaubens- und Gewissenfreiheit Gebrauch gemacht wird und in den schwierigen gesellschaftlichen Orientierungsfragen die starke Stimme religiösen Orientierungswissens in den öffentlichen Diskurs eingebracht wird. Dass in Deutschland, und vielleicht auf besondere Weise in Bayern, die Kirchen dabei eine zentrale Rolle spielen und auch das Kreuz als ihr Symbol für das Lebensgefühl der Menschen besonders wichtig ist, steht dazu nicht im Widerspruch.« Er befürwortet also, dass das Kreuz (auch in der Öffentlichkeit) religiöse Orientierung ver-

Sie ruhen also auf einer Prämisse, die entfällt, wenn man die rechtswissenschaftliche Betrachtung einbezieht, deren Ergebnis ist, dass das Kreuz allenfalls dann verfassungskonform zum Einsatz kommt, wenn es als »neutrales«, d. h. nicht auf eine bestimmte religiöse Überzeugung weisendes Symbol fungiert.

Insofern führt eine Zusammenschau der juristischen und der theologischen Perspektive zu dem Ergebnis, dass scheinbar kontroverse Positionen dann einer größeren Einheitlichkeit zugeführt werden können und scheinbar Unvereinbares miteinander versöhnt werden kann, wenn man auch die jeweils andere Perspektive in den Blick nimmt: Zur Lösung der entscheidenden juristischen Streitfragen, nämlich der nach der Maßgeblichkeit der Ausdeutung durch die bayerische Staatsregierung, ist die Erkenntnis hilfreich, dass diese Deutung aus der – auch gesamtgesellschaftlich als bedeutsam wahrgenommenen – kirchlich-theologischen Perspektive eindeutig nicht geteilt wird. Zur Weiterbearbeitung des theologischen Dissenses über die Begrüßenswürdigkeit der Entscheidung kann die Erkenntnis beitragen, dass nach geltendem Verfassungsrecht das Kreuz in diesem Kontext nur als nur »säkulares Symbol« (mit Bedeutung für das innerweltliche zwischenmenschliche Zusammenleben) fungieren kann. Der Theologie ist damit die Klärung der Frage aufgegeben, ob gerade eine solche nur säkulare Verwendung theologisch befürwortet werden kann oder nicht.[78]

Nachtrag: Das Manuskript wurde am 21. Januar 2020 abgeschlossen. Spätere Entwicklungen, v. a. in der Rechtsprechung, konnten nicht mehr berücksichtigt werden.

Auf die nachträglich ergangenen Entscheidungen des BayVerfGH (Entscheidung vom 3. April 2020, Az. Vf. 8-VII-18, BayVBl. 2020, 412: Abweisung einer Popularklage als unzulässig, da § 28 AGO keinen Rechtsnormcharakter hat) und des VG München (Beschluss vom 27. Mai 2020, Az. M 30 K 18.4955 -juris, in dem dieses entgegen der hier vertretenen Auffassung einen Eingriff in die Religionsfreiheit bejaht und daraus den Rechtsnormcharakter von § 28 AGO im Sinne von § 47 VwGO herleitet) wird hingewiesen. Die durch den Verweisungsbeschluss des VG München in die Wege geleitete Entscheidung des BayVerfGH steht bisher noch aus.

---

mitteln kann (auch weil sich darin die grundgesetzlich geschützte Religionsfreiheit entfaltet).

78. Eine Entscheidung darüber dürfte nur in manchen der oben aufgeführten Beiträgen getroffen sein, etwa in dem Beitrag von Graf, der eine solche »säkulare« Verwendung (als Übergriff in die kirchliche Zuständigkeitssphäre) verurteilt, weil sich der Staat dadurch bestimmte christliche Aussagen zu eigen macht, über die er nicht verfügen könne, oder in den Interview-Äußerungen von Kardinal Marx, wenn er ausführt: »Das Kreuz kann man nicht haben ohne den Mann, der daran gehangen hat. Es ist ein Zeichen des Widerspruchs gegen Gewalt, Ungerechtigkeit, Sünde und Tod, aber kein Zeichen gegen andere Menschen. Ein Kreuz aufhängen, heißt: Ich möchte mich an den Worten dessen orientieren, der am Kreuz für die ganze Welt gestorben ist. Das ist eine Provokation, für jeden Christen, für die Kirche, aber auch für den Staat, der sich auf dieses Zeichen beziehen will«, und damit gegen eine Auftrennbarkeit des Aussagegehalts des Kreuzes argumentiert. Demgegenüber könnte z. B. der Beitrag von Schwienhorst-Schönberger so verstanden werden, dass er eine solche »säkulare Verwendung« (als Aussage des Staates über sich selbst in seinem notwendig begrenzten Bereich) befürwortet.

2. Evangelische Stimmen zu »Mit Christus gehen – Der Einheit auf der Spur.

Von Oliver Schuegraf

Konfessionsverbindende Ehen und gemeinsame Teilhabe an der Eucharistie«

Viele Mitglieder unserer Gemeinschaften sehnen sich danach, die Eucharistie an einem Tisch zu empfangen als konkreten Ausdruck der vollen Einheit. Wir erfahren den Schmerz all derer, die ihr ganzes Leben teilen, aber Gottes erlösende Gegenwart am eucharistischen Tisch nicht teilen können. Wir erkennen unsere gemeinsame pastorale Verantwortung, dem geistlichen Hunger und Durst unserer Menschen, eins zu sein in Christus, zu begegnen. Wir sehnen uns danach, dass diese Wunde im Leib Christi geheilt wird. Dies ist das Ziel unserer ökumenischen Bemühungen.[1]

Mit diesen Worten beschreibt die »Gemeinsame Erklärung anlässlich des katholisch-lutherischen Reformationsgedenkens«, die am 31. Oktober 2016 in Lund von Papst Franziskus und dem Präsidenten des Lutherischen Weltbundes Bischof Munib Younan unterzeichnete wurde[2], eine der zentralen pastoralen Herausforderungen und ökumenischen Hoffnungen in den evangelisch-katholischen Beziehungen.

Es ist zunächst eine innerkatholische Angelegenheit, wenn die deutschen Bischöfe neue Regelungen beim Zugang von evangelischen Ehepartnern an der katholischen Eucharistie diskutieren. Doch angesichts der oben beschriebenen zentralen ökumenischen Bedeutung dieses Themas lohnt es sich, die evangelischen Reaktionen auf die entsprechende katholische Initiative festzuhalten und wahrzunehmen. Hierzu soll die folgende Dokumentation beitragen.

1. »Mit Christus gehen – Der Einheit auf der Spur«

Zunächst jedoch seien einige kurze Hintergrundinformationen zu dem Text »Mit Christus gehen – Der Einheit auf der Spur« genannt:

Auf ihrer Frühjahrs-Vollversammlung im Februar 2018 beschlossen die deutschen Bischöfe mit einer ¾-Mehrheit, eine Handreichung zur Eucharistiegemeinschaft in konfessionsverbindenden Ehen zu veröffentlichen. Mit dem Dokument

1. Gemeinsame Erklärung anlässlich des gemeinsamen katholisch-lutherischen Reformationsgedenkens. Lund, 31. Oktober 2016, abrufbar unter: https://de.lutheranworld.org/de/content/gemeinsame-erklaerung-anlaesslich-des-gemeinsamen-katholisch-lutherischen (diese und alle weiteren Webseiten wurden zuletzt eingesehen am 20. Oktober 2019).
2. Vgl. hierzu den Beitrag von Bräuer, Martin: 2017 – Das Jahr des interkonfessionellen Versöhnens?, in: KJ 143/144 Jg., 2016/17, Gütersloh 2020, 147–169.

sollte ein langer und intensiver Diskussionsprozess innerhalb der deutschen Bischofskonferenz zu einem positiven Abschluss gebracht werden. Die Überlegungen wollten zum einem den ökumenisch-theologischen Fortschritten und zum anderen die durch das Reformationsjubiläum vertieften Beziehungen beider Kirchen Rechnung tragen. Ziel des Textes sollte es sein, Wege aufzuzeigen, wie in ganz bestimmten Ausnahmefällen evangelische Ehepartner von Katholikinnen und Katholiken zur katholischen Eucharistie zugelassen werden können.

Doch bald nach der Ankündigung des Dokumentes und vor dem Abschluss seiner Endredaktion wurden gravierende innerkatholische Widerstände deutlich: Sieben Ortsbischöfe, die dem Papier nicht zugestimmt hatten, wandten sich im März 2018 in einem Brief an Rom und baten um Überprüfung der deutschen Vorschläge. Nach weiteren Briefwechseln und mehreren Gesprächsrunden deutscher Bischöfe in Rom erreichte dann den Vorsitzenden der Deutschen Bischofkonferenz, Reinhard Kardinal Marx, eine auf den 25. Mai datierte formale Antwort des Präfekten der Glaubenskongregation. Luis Kardinal Ladaria würdigte darin zwar das Bemühen der deutschen Bischöfe, doch sehe er Fragen von universalkirchlicher Relevanz angesprochen. Auch seien die Auswirkungen auf die Beziehungen zu anderen Kirchen nicht zu unterschätzen.

> Der Heilige Vater ist deshalb zur Auffassung gekommen, dass das Dokument nicht zur Veröffentlichung reif ist.[3]

Es folgte eine intensive Krisendiplomatie, darunter auch eine Begegnung von Kardinal Marx mit Papst Franziskus. Schließlich beschäftigte sich der Ständige Rat der Deutschen Bischofskonferenz am 27. Juni 2018 erneut mit dem Text und konnte anschließend folgendes Ergebnis bekannt geben: Der Text werde nicht als Handreichung der Bischofskonferenz erscheinen, da es auch um weltkirchliche Dimensionen gehe. Vielmehr solle er als Orientierungshilfe veröffentlicht werden, die den Ortsbischöfen Anregungen für eigenverantwortliche Regelungen an die Hand gebe.

So konnte schließlich Ende Juni 2018 die Veröffentlichung der ursprünglichen Textfassung – nun mit neuem Status und ohne Herausgeberangabe – erfolgen. »Mit Christus gehen« erinnert in seinem ersten Absatz explizit an die Gemeinsame Erklärung von Lund. Anschließend werden die katholischen Grundprinzipien der Ökumene, die relevanten dogmatischen Grundlagen und die bestehenden kirchenrechtlichen Regelungen auf die Personengruppe der konfessionsverbindenden Ehen angewandt. Das pastoral weitherzige Anliegen des Textes wird dabei folgendermaßen zusammengefasst:

> Die Handreichung gibt eine Orientierung für einen persönlich verantworteten und kirchlich anerkannten Weg, wie evangelischen Ehefrauen und Ehemännern, die in einer konfessionsverbindenden Ehe leben, im Einzelfall eine volle Mitfeier der Eucharistie eröffnet wird. Wir wollen den Ehepaaren helfen, im seelsorgerlichen Gespräch, zu dem wir einladen, ihre Entscheidung zu treffen und zu klären.[4]

3. Der Brief ist einsehbar unter: https://dbk.de/themen/oekumene.

4. Mit Christus gehen – Der Einheit auf der Spur. Konfessionsverbindende Ehen und gemeinsame Teilnahme an der Eucharistie. Orientierungshilfe (20. Februar 2018), Nr. 9; abrufbar unter: www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/dossiers_2018/08-

Entsprechend dieses Anliegens schließt sich dem eigentlichen Text eine »Hilfe zum Gespräch« an.

Eine große Mehrheit der deutschen Diözesanbischöfe reagierte mittlerweile auf die Orientierungshilfe. Einige empfahlen das Papier zur Anwendung, andere baten die Pfarrer ihres Bistums, betroffene Ehepaare entsprechend der Orientierungshilfe zu begleiten. In einigen Diözesen wurden Gesprächs- und Beratungsprozesse zum Thema angestoßen. Bischof Feige (Magdeburg) ließ den Text im Amtsblatt des Bistums veröffentlichen.[5]

Ein Sammelband, der von Thomas Söding und Wolfgang Thönissen unter dem Titel »Eucharistie – Kirche – Ökumene« in der Reihe Questiones Disputatae herausgegeben wurde[6], sowie ein Heft der Zeitschrift Catholica[7] begleiteten die Diskussion von Seiten der akademischen Theologie.

2. Evangelische Reaktionen

Für die folgende Dokumentation wurde Berichte und Beschlüsse der Landessynoden, der Synode der EKD, der Generalsynode der VELKD und der Vollkonferenz der UEK ebenso ausgewertet wie Pressemitteilungen der Landeskirchen und Texte der kirchenleitenden Persönlichkeiten in den Landeskirchen. Hier sind vor allem die Bischofsberichte vor den Synoden o. Ä. zu nennen. Außerdem wurden die gängigen theologischen Zeitschriften durchgesehen sowie nach relevanten Monographien gesucht. Die Texte werden in chronologischer Reihenfolge dargeboten.

2. 1 Erste Reaktionen nach der Ankündigung einer pastoralen Handreichung

Landesbischof Dr. Karl-Hinrich Manzke (Catholica-Beauftragter der VELKD), Pressestatement, 23. Februar 2018:

Jede Stellungnahme steht unter dem Vorbehalt, dass das von der Deutschen Bischofskonferenz angekündigte Dokument in der Frage einer gemeinsamen Teilnahme am Abendmahl für konfessionsverbindende Ehepaare noch aussteht. Insofern empfiehlt es sich, zu-

---

Orientierungshilfe-Kommunion.pdf. Auffällig ist, dass der Text zwar auf dem Titelblatt die Überschrift »Orientierungshilfe« bekam, im Textkorpus selbst jedoch dieses Wort nicht auftaucht, sondern viermal von »Handreichung« gesprochen wird.

5. Eine Übersicht mit den relevanten Auszügen aus den Reaktionen der deutschen Bistümer (mit Quellenangaben für die vollständige Texte) findet sich unter: https://netzwerk-oekumene.de/de/eucharistie_regelungen.

6. Söding, Thomas/Thönissen, Wolfgang (Hg.): Eucharistie – Kirche – Ökumene. Aspekte und Hintergründe des Kommunionsstreits (Questiones Disputatae, 298), Freiburg/Basel/Wien 2019.

7. Siehe die drei Beiträge im 4. Heft von Catholica 72 (2018).

rückhaltend zu urteilen, weil die angekündigte Handreichung noch nicht vorliegt.

Zunächst begrüße ich es, dass die Deutsche Bischofskonferenz offensichtlich zu einem Ergebnis in den wohl durchaus kontroversen Debatten in dieser Frage gekommen ist. Es wäre ein sehr ermutigendes Zeichen, wenn es den konfessionsverbundenen Paaren erleichtert wird, ihren christlichen Glauben gemeinsam zu leben – auch durch die gemeinsame Teilnahme am Abendmahl – nicht nur in Todesgefahr. Wenn das angekündigte Dokument darüber Klarheit herstellen wird, dann ist die Entwicklung ein großartiger Schritt. […]

Es wird sich zeigen müssen, ob das über die bisherigen, schon seit 1993 geltenden Regelungen, die der Päpstliche Rat zur Förderung der Einheit der Christen seinerzeit erlassen hat, hinausgeht. Es könnte auch sein, dass die Deutsche Bischofskonferenz nun lediglich die Regelungen und Empfehlungen aus Rom von 1993 in dieser Frage ausdrücklich anerkennt und für die deutschen Diözesen übernimmt und zur Anwendung bringt.

Das wäre in der Tat ein Schritt, allerdings ein denkbar kleiner auf dem Weg zu der in Hildesheim im Jahre 2017 geäußerten Verpflichtung, das Zeugnis der konfessionsverbindenden Ehen als eine sichtbare Verpflichtung für das Voranschreiten zu noch größerer Gemeinschaft der getrennten Kirchen zu nehmen. Vielleicht gibt es deshalb auch schon erste Reaktionen aus dem Katholizismus in Deutschland, die sich über das Ergebnis des angekündigten Dokumentes enttäuscht zeigen.

Gleichwohl: es ist erfreulich und zu begrüßen, dass die Deutsche Bischofskonferenz sich auf ein Weitergehen in dieser wichtigen Frage nach dem – ökumenisch gesehen – bedeutsamen Jahr 2017 verständigt hat. Es bleibt aber auch abzuwarten, wie der genaue Text des angekündigten Dokumentes ausfallen wird. Noch ist nicht gänzlich sichtbar, ob dieser Schritt deutlich über schon jetzt bestehende Möglichkeiten eines gemeinsamen Abendmahls für konfessionsverbindende Ehepaare hinausgehen wird. Zu hoffen ist es![8]

Landesbischof Dr. h. c. Frank Otfried July (Evangelische Landeskirche in Württemberg), Bischofsbericht, 8. März 2018:

Ich vertraue darauf, dass wir im Rahmen der regionalen Zusammenarbeit gerade hier im Südwesten beziehungsweise in Baden-Württemberg ökumenisch noch einmal neu Schwung nehmen können und weiter Kraft und Energie einsetzen, um das zu gestalten, was derzeit gestaltbar ist. Bischof Fürst und ich haben im Rahmen des Reformationsjubiläums nach dem Gottesdienst »Healing of Memories« im März 2017 in Biberach eine entsprechende Selbstverpflichtung ausgesprochen. Umso mehr freue ich mich, dass in Meldungen nach der Sitzung der diesjährigen (katholischen) Deutschen Bischofskonferenz von einer größeren Beweglichkeit in Fragen des gemeinsamen Abendmahls von konfessionsverbindenden Ehen ausgegangen werden kann. Schon in vielen Gesprächen zwischen dem Lutherischen Weltbund und dem Vatikan wurde dieses Anliegen aufgenommen. Eine solche größere Beweglichkeit wäre ein ermutigendes Zeichen, gerade auch in der konfessionellen Situation Baden-Württembergs, und auch im Hinblick auf die Familien ein großer Schritt.

Ich weiß, dass diese Überlegungen mit vielen Einschränken versehen sind und auch nicht alle Diözesen den Vorschlägen folgen werden. Umso mehr freue ich mich, dass die

8. Landesbischof Dr. Karl-Hinrich Manzke (Bückeburg), Catholica-Beauftragter der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) zu der Pressemitteilung der Deutschen Bischofskonferenz zum Abschluss der Frühjahrstagung am 22. Februar 2018 – insbesondere zu der Frage »Konfessionsverschiedene Ehen und gemeinsame Teilnahme an der Eucharistie« (abrufbar unter: www.velkd.de/downloads/20180223 VELKD-Catholika_Manzke_Stellungnahme_PM4.pdf).

südwestdeutschen katholischen Bischöfe hierbei immer Vordenker waren. Danke![9]

Landesbischof Jochen Cornelius Bundschuh (Evangelische Landeskirche in Baden), Lagebericht, 18. April 2018:

Ich bin dankbar für die Entscheidung der Deutschen Bischofskonferenz vom Februar 2018 zum gemeinsamen Kommunionempfang für konfessionsverschiedene Ehepaare. Im ökumenischen Gottesdienst zum Reformationsjahr in Offenburg haben wir einander wechselseitig um Vergebung für das gebeten […], was wir uns in der Geschichte angetan und zugemutet haben. Viele haben uns anschließend darauf angesprochen, wie sehr es ihre Ehen und Familien belastet, dass sie nicht gemeinsam am Abendmahl in ihren beiden Kirchen teilnehmen können. Wahrscheinlich hat diese Erfahrung, als konfessionsverschiedene Paare und Familien in unseren Kirchen nicht gemeinsam willkommen zu sein, auch mit dazu beigetragen, dass sich die Bindung von Menschen an unsere Kirchen gelockert hat. Nun öffnet sich, mit dem Beschluss ein Weg, der unsere pastorale ökumenische badische Praxis weiter entwickelt und stärkt.[10]

Landesbischof Gerhard Ulrich (Vorsitzender des DNK/LWB), Ansprache anlässlich einer Papstaudienz, 4. Juni 2018:

In der Gemeinsamen Erklärung von Lund wird dies offen angesprochen: Viele sehnen sich danach, die Eucharistie zusammen zu empfangen als konkreten Ausdruck der vollen Einheit. Gerade konfessionsverbindende Ehepaare schmerzt es, dass sie ihr ganzes Leben miteinander teilen, aber Gottes erlösende Gegenwart im eucharistischen Mahl nicht gemeinsam erfahren können. Wir haben die gemeinsame pastorale Verantwortung, dem geistlichen Hunger und Durst der Menschen zu begegnen, eins zu sein in Christus.

Wir verfolgen daher die aktuelle Initiative der deutschen Bischöfe, pastorale Lösungen für konfessionsverbindende Ehen zu finden, aufmerksam und hoffnungsvoll. Wir vertrauen darauf, dass die deutsche Ortskirche einmütig eine seelsorgerlich umsichtige sowie vor der katholischen Lehre verantwortbare Lösung findet. Eine Lösung, die jenen Menschen den Zugang zum Heilsmittel der Eucharistie erleichtert, die täglich Segen und Schmerz der Ökumene am eigenen Leib erleben.[11]

Bischof Dr. Martin Hein (Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck), antwortete in einem Sommerinterview am 5. Juni 2018 auf die Frage, wie seine katholischen Kollegen sich im Hinblick auf den nächsten Ökumenischen Kirchentag in der Frage zum gemeinsamen Abendmahl positionieren:

---

9. Von Gott angesehen. Einander sehen in Kirche und Gesellschaft. Bischofsbericht 2018 von Landesbischof Dr. h. c. Frank Otfried July vor der 15. Württembergischen Evangelischen Landessynode am 8. März 2018, 17 (abrufbar unter: www.elk-wue.de/fileadmin/Downloads/Wir/Landesbischof/Bischofsberichte/Bischofsbericht_2018_-_Von_Gott_angesehen_-_einander_sehen_in_Kirche_und_Gesellschaft.pdf).

10. Weidet die Herde Gottes, die euch anbefohlen ist. Bericht des Landesbischofs auf der Frühjahrstagung der Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden im April 2018, 8 (abrufbar unter: www.ekiba.de/html/aktuell/aktuell_u.html?&m=31&artikel=15778&cataktuell=283).

11. Grußwort. Der Vorsitzende des Deutschen Nationalkomitees des Lutherischen Weltbundes, Landesbischof Gerhard Ulrich, an Seine Heiligkeit, Papst Franziskus, 4. Juni 2018 (abrufbar unter: www.dnk-lwb.de/sites/default/files/documents/2018-06-04_ansprache_vorsitzender_papstaudienz.pdf).

Also, die Mehrheit in der Deutschen Katholischen Bischofskonferenz hatte sich ja für den Weg ausgesprochen, im Einzelfall evangelische Gemeindeglieder an der Eucharistie teilnehmen zu lassen. Ich glaube, die überwiegende Mehrheit der katholischen Bischöfe befindet sich da auf einem sehr bedachten Weg der Öffnung. Aber es gibt natürlich die Stimmen, die diesen Weg nicht wollen. Die gibt es nicht nur in Deutschland, die gibt es in der katholischen Weltkirche in anderen Erdteilen, wo vor einem deutschen Sonderweg gewarnt wird. Trotzdem, ich finde, es lohnt sich, zumindest für die Regelung, die man jetzt gefunden hat, einzutreten.[12]

2. 2 Reaktionen nach dem Bekanntwerden des Briefes von Kardinal Ladaria

Kirchenpräsident Christian Schad (Vorsitzender der UEK), Pressemeldung, 6. Juni 2018:

Dem ökumenischen Dialog mit dem Ziel eines gemeinsamen Abendmahls sieht der pfälzische Kirchenpräsident Christian Schad weiterhin hoffnungsvoll entgegen. Daran ändere auch die Entscheidung der päpstlichen Glaubenskongregation nichts, die Handreichung der Deutschen Bischof[s]konferenz zum Kommunionsempfang evangelischer Ehepartner noch nicht zur Veröffentlichung freizugeben.

Das Schreiben der Glaubenskongregation verweise zudem auf das jetzt schon bestehende Recht jedes Diözesanbischofs, in Einzelfällen den Eucharistieempfang evangelischer Christen zu erlauben, sagte Schad bei einem Pressegespräch in Speyer. Schad berichtete dabei vom Treffen von Vertretern des Lutherischen Weltbundes im Vatikan, an dem er als Repräsentant der Union Evangelischer Kirchen in Deutschland teilgenommen hatte. […]

Auch wenn Papst Franziskus in seiner Haltung zur Mehrheitsentscheidung der [D]eutschen Bischofskonferenz eine Wendung vollzogen habe, sei er an einer baldigen Klärung der Frage des Kommunionsempfangs nicht-katholischer Ehepartner interessiert, erläuterte Schad. Die zuständigen Vatikanbehörden seien bereits damit beauftragt. Für den Vertreter der Union Evangelischer Kirchen in Deutschland verbindet sich mit den Äußerungen des Papstes die Hoffnung, dass über die kirchenrechtliche Frage der Zulassung evangelischer Ehepartner zur Eucharistie hinaus die grundsätzlichen theologischen Aspekte in den Mittelpunkt rücken. Wenn nach katholischem Verständnis die Ehe ein Sakrament sei und Ehe und Familie die kleinste Zelle der Kirche bilde, »dann verlangt auch die konfessionsverbindende Ehe die kirchliche Gemeinschaft im Abendmahl«, erklärte Schad. »Denn in ihr«, der konfessionsverbindenden Ehe, so der Kirchenpräsident, »verwirklicht sich Kirche, nicht Kirchenspaltung!«[13]

Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm (Ratsvorsitzender der EKD), Zeitungsinterview, 6. Juni 2019:

Herr Ratsvorsitzender, am Montag hat Papst Franziskus im Vatikan eine Delegation von Lutheranern zu mutigen Schritten in der Ökumene ermuntert, und auch am Montag wurde ein Brief bekannt, in dem der Papst eine »Handreichung« zugunsten des Kommunions-

12. Medio-Sommerinterview mit Bischof Hein, 5. Juni 2018 (abrufbar unter: www.ekkw.de/ aktuell/archiv_24749.htm).

13. Weiter nach sichtbarer Einheit suchen. Pressemeldung der Evangelischen Kirche der Pfalz vom 6. Juni 2018 (abrufbar unter: www.evkirchepfalz.de/aktuelles-und-presse/pressemeldungen/detail/?tx_news_pi1%5Bnews%5D=2738&tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=9add37176f4885e9ad5c9ac8888203b1).

empfangs von nichtkatholischen Ehepartnern, die von drei Vierteln der deutschen Bischöfe gutgeheißen wurde, als »nicht veröffentlichungsfähig« zurückgewiesen hat. Spricht der Papst mit gespaltener Zunge?

Das glaube ich nicht, auch wenn ich zunächst mit einer gewissen Enttäuschung reagiert habe. Viel wichtiger ist, dass aus dem Brief des Präfekten der Glaubenskongregation nicht hervorgeht, dass das Anliegen in der Sache als illegitim zurückgewiesen wird. Daher ist jedes Triumphgeheul über das Ende der Ökumene gleich von welcher Seite auch immer vollkommen unangebracht. Wenn es ein Bremsen in der Ökumene gäbe, wäre das ein Grund zur Trauer, nicht zur Genugtuung.

Allerdings hatte der Papst Anfang Mai eine Delegation der Deutschen Bischofskonferenz wissen lassen, sie sollten ihre Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage unter sich regeln und eine »einmütige« Entscheidung treffen. Jetzt heißt es, die deutschen Bischöfe könnten sich in der Frage des Kommunionempfangs nichtkatholischer Ehepartner nicht aus eigenem Recht äußern. Wie erklären Sie sich diese Kehrtwende um 180 Grad?

Ich kann mir die Intervention des Papstes nur so erklären, dass einem zunächst nationalen Anliegen nun doch eine weltkirchliche Bedeutung zugemessen wird und mehr als vorher auch als relevant für die Ökumene mit anderen Kirchen gesehen wird. Diese Einsicht ist im Verlauf der Meinungsbildung offensichtlich erst spät erfolgt.

Macht sich damit der Papst nicht die Argumente der deutschen Bischöfe zu eigen, die im Februar gegen die »Handreichung« gestimmt haben?

Das bleibt abzuwarten [...] Womöglich will man in Rom darüber nachdenken, wie das Anliegen der deutschen Bischöfe auf eine theologische und kirchenrechtliche Basis gestellt werden kann, die breiter und stärker ist als die, die bislang erarbeitet wurde. [...]

Nach dieser Lesart haben die deutschen Bischöfe mehrheitlich nicht sorgfältig genug gearbeitet, und der Vatikan ist erst nach wiederholten Interventionen aus Deutschland und womöglich aus anderen Regionen aufgewacht. Das wäre nicht wirklich professionell, sondern auf allen Ebenen dilettantisch.

Natürlich geht die Grundfrage nach der Teilnahme von Nichtkatholiken an der Eucharistie weit über einen spezifisch nationalen wie einen spezifischen konfessionellen Kontext wie den in Deutschland [...] hinaus. Aber der Papst hat die Bischofskonferenzen weltweit ausdrücklich ermuntert, seelsorgliche Lösungen für ihren jeweiligen Kontext zu finden. Nichts anderes haben die Bischöfe in Deutschland getan. Wenn sich in einem solchen Prozess herausstellt, dass die Sehnsucht nach ökumenischen Schritten auch in anderen Ländern groß ist, dann könnte man die Verlagerung der Debatte auf die weltkirchliche Ebene auch als Fortschritt sehen.

Wenn es aber nicht nur eine Sehnsucht gibt nach ökumenischen Schritten, sondern auch eine Furcht davor, und das vielleicht nicht nur im Vatikan? Sollen etwa Emotionen wichtiger sein als theologische Argumente?

Lehre und Leben müssen in einem atmenden Zusammenhang stehen. In diesem Zusammenhang ist meine Dankbarkeit ungebrochen, dass drei Viertel der deutschen Bischöfe die Zeit für reif halten, dass sie Eheleuten und Seelsorgern Kriterien an die Hand geben können, wie der Wunsch nach dem Empfang der Eucharistie geprüft und auch erfüllt werden kann. Das darf keine Frage allein der Kirchenpolitik sein und auch keine Frage der beteiligten Personen. Im vergangenen Reformationsjahr haben wir uns wechselseitig versprochen, den Weg der Ökumene unbeirrt weiterzugehen. In dem Willen dazu sind und bleiben Kardinal Marx als Vorsitzender der Bischofskonferenz und ich als Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland uns absolut einig. […][14]

14. Bedford-Strohm im Gespräch. »Diesen Schwung wollen wir mitnehmen«, in:

Benjamin Lassiwe (freier Journalist), Zeitungsbeitrag, 6. Juni 2018:

»Roma locuta, causa finita.« »Rom hat gesprochen, die Angelegenheit ist erledigt.« So war es früher, wenn ein Streit aus der katholischen Kirche den Weg nach Rom fand und der Papst ein Machtwort sprach. Und ein bisschen scheint es auch am Montag so gewesen zu sein: Denn in der Debatte um die konfessionsverschiedenen Ehepaare und ihre Zulassung zur katholischen Eucharistie hat der Präfekt der Glaubenskongregation, Luis Ladaria, ein Machtwort gesprochen. In einem Brief an den Vorsitzenden der Katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Reinhard Kardinal Marx, schreibt er, dass die von den deutschen Bischöfen vorbereitete Handreichung zum Kommunionempfang von konfessionsverschiedenen Paaren »noch nicht reif zur Veröffentlichung sei«. […]

Doch die Aussage, das Urteil über »das Vorliegen einer drängenden, schweren Notlage« dem Diözesanbischof überlassen zu wollen, zeigt eben auch: [...] Es ist der Versuch, Tempo aus der Angelegenheit zu nehmen. Kronzeuge dafür ist der Landesbischof der evangelischen Nordkirche, Gerhard Ulrich. Als Präsident des Deutschen Nationalkomitees des Lutherischen Weltbundes hatte er am Montag eine Audienz bei Papst Franziskus und sprach auch das Thema der konfessionsverschiedenen Paare deutlich an. »Wir wünschen uns, dass die katholische Ortskirche in Deutschland vom Vatikan ermutigt wird, hier Schritte nach vorn zu gehen.« Franziskus indes äußerte sich dazu nicht. Doch er forderte Fortschritte in der Ökumene. »Wir sollen weitergehen und so viele Menschen wie möglich mitnehmen«, zitiert Ulrich den Papst. »Natürlich forderte Franziskus auch, dass wir nicht ungestüm vorpreschen sollen – dieser Satz war aber nicht auf die deutsche Situation der konfessionsverschiedenen Ehen bezogen und bedeutet kein Stoppsignal.«

Einer allerdings hat aus Rom ein deutliches Stoppsignal erhalten: Kardinal Marx [...] Als etwa in Ingolstadt die Entscheidung der Bischöfe zu der geplanten Handreichung fiel, war Marx alleine vor die Presse getreten. In anderen Organisationen hätte ein Vertreter der Minderheit eine Möglichkeit erhalten, neben Marx auch sein Votum zum Ausdruck zu bringen. In [...] der Deutschen Bischofskonferenz ist das freilich ganz und gar undenkbar. Stattdessen werden Briefe nach Rom geschrieben, Dokumente durchgestochen und Intrigen gesponnen. Und spätestens seit Montag ist klar: Rom gefällt das ganz und gar nicht. Auch hier wird Ladarias Brief deutlich: »Es ist dem Heiligen Vater ein großes Anliegen, dass in der Deutschen Bischofskonferenz der Geist bischöflicher Kollegialität lebendig bleibt.« Marx, dessen Amtszeit 2020 endet, muss sich zügig etwas einfallen lassen, sollte er nennenswertes Interesse an einer Wiederwahl haben.

Landesbischof Dr. Karl-Hinrich Manzke (Catholica-Beauftragter der VELKD), Pressestatement, 7. Juni 2018:

In dem Gespräch mit der Glaubenskongregation und ihrem Präfekten, Erzbischof Ladaria, kam am 5. Juni natürlich auch der am Tag zuvor veröffentlichte Brief der Glaubenskongregation an die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) zur Sprache. In diesem Brief ist unter anderem die zur Veröffentlichung vorgesehene Handreichung der DBK als »nicht reif zur Veröffentlichung« bezeichnet und insofern gestoppt worden. Nachdrücklich hat die Delegation ihrer großen Sorge Ausdruck verliehen, dass diese Intervention aus Rom den ökumenisch für Deutschland äußerst wichtigen Schritt, evangelischen Ehepartnern den Kommunionempfang unter beschriebenen Bedingungen zu ermöglichen, langfristig verhindert.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. Juni 2018 (abrufbar unter: www.faz.net/aktuell/politik/im-gespraech-der-ekd-ratsvorsitzende-heinrich-bedford-strohm-15626282.html?service=printPreview).

Es gilt aber unbedingt festzuhalten, dass die Deutsche Bischofskonferenz nun am Zug ist. Sie muss den öffentlich gewordenen Brief interpretieren und darauf reagieren. Ihr obliegt es, im Gespräch mit Rom für eine Weiterführung dieses ökumenischen Anliegens zu sorgen – um der Menschen willen, die in konfessionsverbindender Ehe leben und die Gemeinschaft im Abendmahl nicht nur in Notlagen suchen.

Man wird Erzbischof Ladaria und seinen Brief möglicherweise so deuten können – so scheint mir – dass das Thema damit eben nicht erledigt ist. Die Hinweise, auf Ebene der Weltkirche eine konsistente Lösung finden zu wollen, liegen auf dieser Linie. Ebenso könnte die Bemerkung, dass die Uneinigkeit im deutschen Episkopat diesen Schritt des Vatikan erzwungen hat, so gedeutet werden, dass mit der Entscheidung des Papstes, diese Thematik nach Rom zu ziehen, eine Sackgasse verhindert werden sollte. Auch der Hinweis auf die Möglichkeit jedes Diözesanbischofs, für die Menschen seiner Diözese pastorale, d. h. barmherzige und verantwortliche Regelungen zu finden und Handreichungen zu geben, könnten so gedeutet werden, dass das Gespräch über diese wichtige Frage in der katholischen Kirche nicht beendet ist. Dieses sind Möglichkeiten, den Brief von Erzbischof Ladaria zu interpretieren. Allerdings ist der Brief darin in sich nicht konsistent und eindeutig.

Dies aber muss die römisch-katholische Kirche und Christenheit nun für sich klären. Die evangelischen Kirchen in Deutschland und andernorts hoffen in aller Nüchternheit und in allem Respekt darauf, dass die Aussagen des Papstes, nicht stehen bleiben zu wollen in der erreichten Gemeinschaft auf dem Weg zu einer sichtbaren Einheit, auch in dieser Frage eingelöst werden. Dazu lohnt es sich, daran zu erinnern, was Papst Franziskus bei seinem Besuch in der deutschen lutherischen Gemeinde in Rom im Herbst 2015 bei der Übergabe des Abendmahlskelches auf die Frage einer Frau nach Kommuniongemeinschaft mit ihrem katholischen Mann zum Ausdruck gebracht hat: »Vergewissert euch der Lehre, prüft eure Gewissen – und dann geht weiter!« Ich füge hinzu auf dem Hintergrund der Ansprache des Papstes vom 4. Juni: Geht weiter im Geist der Einheit![15]

2. 3 Reaktionen nach der Veröffentlichung der Orientierungshilfe am 27. Juni 2018

Evangelische Kirche in Deutschland; Stellungnahme, 27. Juni 2018:

Als Evangelische Kirche in Deutschland begrüßen wir sehr, dass nach manchen Wirren und Wegen nun der im Februar 2018 mit großer Mehrheit beschlossene Text der Deutschen Bischofskonferenz »Mit Christus gehen – Der Einheit auf der Spur. Konfessionsverbindende Ehen und gemeinsame Teilnahme an der Eucharistie« veröffentlicht wurde. Denn wir sehen darin nicht nur eine Fortsetzung des ökumenischen Geistes im Jubiläumsjahr 2017, sondern auch eine Konkretion der Selbstverpflichtungen, die beide Kirchen anlässlich des Buß- und Versöhnungsgottesdienstes im März 2017 eingegangen sind. Dass dabei die Orientierungen, die im Text gegeben werden, von jedem Ortsbischof noch einmal für seine Diözese angewandt werden müssen, und dass es dabei möglicherweise unterschiedliche Anwendungsformate geben wird, überrascht nicht wirklich, waren doch entsprechende Hinweise schon in den kirchenrechtlichen Regelungen zu lesen. Als evangelischer Christ wird man sich auch an die eigene Kirchenpluralität erinnern. […]

15. Landesbischof Dr. Karl-Hinrich Manzke, Delegationsreise nach Rom: Bestärkung auf dem Weg zur sichtbaren Einheit der Kirche, Irritationen und notwendige Klärungen. Beobachtungen zu den Konsultationen zwischen dem DNK/LWB, der VELKD und Vertretern der römisch-katholischen Kirche, 7. Juni 2019, 2f. (abrufbar unter: www.velkd.de/velkd/catholica-berichte-vortraege-texte.php).

Man ist geneigt, von einem kleinen Schritt in der Ökumene, aber einem großen Schritt für die katholische Kirche zu sprechen. Denn tatsächlich müssen wir als evangelische Kirche daran erinnern, dass dies erst die eine Hälfte des Weges ist. Die Einladung zur evangelischen Abendmahlsfeier ergeht an alle Getauften, die in ihren Kirchen zum Tisch des Herrn zugelassen sind, also auch an die katholischen Geschwister. Aber diese Einladung kann von den katholischen Geschwistern (noch) nicht angenommen werden (vgl. Nr. 8), was angesichts der intensiven Debatte über jenen ersten Teilschritt die Ahnung freisetzt, dass diese gegenseitige Freigabe noch ein Stück des Weges vor sich hat.

Das schmälert aber keineswegs den jetzt formulierten Grundsatz: Evangelische Christen in konfessionsverbindenden Ehen werden nach entsprechender Vorbereitung bei der Eucharistie willkommen sein. Damit hat die Deutsche Bischofskonferenz einen Weg gefunden, wie sie die faktisch weithin etablierte Realität an der Basis aus dem Licht der Unrechtmäßigkeit holen kann.

Und sie hat deutlich gemacht, welche Erwartungen sie mit einem solchen gemeinsamen Kommunionsempfang verbindet:

Nach einem Durchgang durch die entsprechenden Lehrtexte und der Erinnerung an die Ermutigungen zur Ökumene, die von Papst Franziskus ausgeht, wird herausgestellt, dass es vor allem drei Aspekte sind, die in einem geistlichen Gespräch vor einer Teilnahme an der Eucharistie geklärt werden sollten – wobei es wohl auch für den katholischen Ehepartner hilfreich sein dürfte, diese Art seelsorgerlicher Katechese mit zu bedenken. Sonst kann schnell der Eindruck entstehen, dass vom evangelischen Ehepartner mehr Kenntnis und Einsicht hinsichtlich der katholischen Eucharistiefrömmigkeit erwartet wird als vom katholischen.

Der katholischen Kirche sind anlässlich der Feier der Eucharistie besonders wichtig »die Verbundenheit mit Jesus Christus, die Verbundenheit untereinander in der ganzen Kirche und die Verbundenheit mit der Welt« (vgl. Nr. 36). Versucht man als evangelischer Christ, die folgenden Ausführungen einmal nicht auf bestimmte umstrittene Themen hin zu lesen (wie z. B. Opfer-Begriff; Nennung Marias und/oder der Heiligen u. a.), sondern Glaube und Frömmigkeit der Ausführungen zu verstehen, dann werden die Aussagen des Textes weithin auch aus einem evangelischen Abendmahls-Glauben heraus nachvollziehbar: Dass wir im Abendmahl die Verbundenheit mit Jesus Christus dankbar feiern, indem wir seine Lebenshingabe in Brot und Wein als seinen Leib und sein Blut vergegenwärtigen, muss heute nicht mehr als konfessioneller Gegensatz gelten, zumal die katholische Kirche die Selbstvergegenwärtigung Jesus Christi in diesem Geschehen besonders betont (vgl. Nr. 39). Freilich: Die reformatorischen Kirchen haben sich 1973 in der Leuenberger Konkordie auf Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft geeinigt, weil es ihnen angemessen und ausreichend erschien, Jesus Christus als Geber und Gabe in den Elementen zu erkennen, während die Art und Weise, wie er in den Elementen gegenwärtig ist, nicht definiert werden muss. Diese Zurückhaltung lässt evangelische Christen einerseits recht zurückhaltend sein im Blick auf die Tradition der eucharistischen Anbetung (obwohl der würdige Umgang mit den Elementen auch jenseits der Feier immer bewusster gehandhabt wird), eröffnet andererseits aber die Möglichkeit, dogmatische Definitionen von Christi Gegenwart in den Elementen nicht zu schnell abzuweisen. Im Grundsatz lehrt die evangelische Kirche, dass sich in der Eucharistiefeier Jesus Christus selbst vergegenwärtigt und eine Teilnahme an dieser Feier versöhnende, heilende und rettende Kraft hat. Und auch die beiden anderen im Text ausgeführten Verbundenheiten – untereinander mit der weltweiten (auch unsichtbaren, ewigen) Kirche und mit der ganzen Welt – benennen keineswegs Dimensionen, die dem evangelischen Abendmahlsglauben fremd sind. Daher bleibt es wohl doch dem einzelnen Seelsorgegespräch vorbehalten, das spezifische Verständnis der Eucharistie so zu erläutern, dass es dem konfessionsverbindenden Ehepaar erlaubt, »ihrer eigenen Gewissensentscheidung zu folgen« (Nr. 54). Denn darin besteht die Weisheit dieser seelsorglichen Handreichung: Ganz auf der Linie von Papst Franziskus steht der

Einzelfall und nicht eine dogmatisch abstrakte Regel im Zentrum. Darüber können wir uns als evangelische Kirche nur freuen, denn es geht uns allen jenseits jeder Konfession um den Menschen und um sein Heil, nicht aber um unseren Bestand oder unser Rechthaben.[16]

Kirchenleitung der Evangelischen Kirche im Rheinland, Pressemitteilung, 28. Juni 2018:

Angesichts der Auseinandersetzungen in der römisch-katholischen Kirche über die Zulassung von evangelischen Partnerinnen oder Partnern in konfessionsverbindenden Ehen zur Eucharistie hat die Evangelische Kirche im Rheinland ihre Kirchengemeinden aufgerufen, die eigene Position zum Abendmahl und zur Kirchengemeinschaft selbstbewusst ins Gespräch zu bringen. In einem Brief der Kirchenleitung an die Leitungen der 694 Gemeinden heißt es: »Für die Evangelische Kirche in Rheinland steht fest: Alle Getauften sind Gäste am Tisch des Herrn. Er lädt uns ein, und dankbar erleben und feiern wir in unseren Gottesdiensten die Abendmahlsgemeinschaft aller Getauften. Die Überwindung aller Lehrunterschiede ist nach evangelischem Verständnis keine Voraussetzung für die Gemeinschaft im Abendmahl. Vielmehr ist die Gastfreundschaft beim Abendmahl eine wichtige Station auf dem Weg zur sichtbaren Einheit der Kirche Jesu Christi. Wir werden nicht müde, immer weiter daran zu erinnern, dass aus protestantischer Sicht Gottes Gastfreundschaft beim Abendmahl durch nichts und niemanden in Frage gestellt werden kann.«

Zugleich bittet die Kirchenleitung die Kirchengemeinden, trotz aller Enttäuschungen und Rückschläge »die positiven Erfahrungen und Fortschritte gelebter Ökumene gerade in den vergangenen Monaten nicht (zu) vergessen: von den Vereinbarungen zum konfessionell-kooperativen Religionsunterricht über gemeinsam genutzte Gemeindezentren, Initiativen zur gemeinsamen Fortbildung Ehrenamtlicher in der Seelsorge bis hin zur ökumenischen Notfallseelsorge.«

Die Kirchengemeinden werden ermutigt, angesichts manchen Unmuts über die aktuelle Entwicklung in der Ökumene weitergehende Schritte mit den römisch-katholischen Geschwistern zu gehen und so Zeichen der Hoffnung und Versöhnung zu setzen, wo Unfrieden und Bitterkeit Raum gewönnen. Die wachsende Meinungsvielfalt in der katholischen Schwesterkirche zeige, »dass – gegen manche Widerstände – viele neue Aufbrüche in ihr wahrzunehmen sind«. Zu einer evangelischen Haltung gehöre es dabei allerdings auch, fair miteinander umzugehen und Kontroversen im direkten Gespräch anzusprechen.[17]

Landesbischof Dr. Karl-Hinrich Manzke (Catholica-Beauftragter der VELKD), Stellungnahme, 29. Juni 2019:

Der Beschluss des Ständigen Rates der Deutschen Bischofskonferenz, die pastorale Handreichung »Mit Christus gehen – Der Einheit auf der Spur. Konfessionsverbindende Ehe und gemeinsame Teilnahme an der Eucharistie« jetzt zu veröffentlichen, ist sehr zu begrüßen. War doch zu befürchten, dass dieser Text, der ursprünglich als gemeinsamer Text der Deutschen Bischofskonferenz als Handreichung für die Diözesen veröffentlicht werden

16. Pressestelle der EKD, Stellungnahme zur pastoralen Handreichung der DBK »Mit Christus gehen – Der Einheit auf der Spur. Konfessionsverbindende Ehen und gemeinsame Teilnahme an der Eucharistie«, 27. Juni 2018 (abrufbar unter: www.ekd.de/stellungnahme-zur-pastoralen-handreichung-der-dbk-35939.htm).

17. EKiR-Pressestelle, Gastfreundschaft beim Mahl ist wichtige Station auf dem Weg der Einheit. Pressemitteilung Nr. 103/2018 vom 28. Juni 2018 (abrufbar unter: www.ekir.de/www/mobile/service/pm-rheinische-kirchenleitung-ruft-gemeinden-zu-weiteren-30402.php).

sollte, nach dem Brief Ende Mai aus Rom keine weitere Beachtung mehr finden würde. Nun aber liegt dieser Text als Diskussionsbeitrag auf dem Tisch. Der Ständige Rat der Deutschen Bischofskonferenz verbindet mit der Veröffentlichung dieses Textes den Wunsch, ihn »als Orientierungshilfe in die Hand der Bischöfe« zu legen. […]

Ein erster Blick auf die Handreichung zeigt, dass sie den Fokus auf den jeweiligen Einzelfall legt, der eine pastorale und seelsorgerliche verantwortete Lösung erfordert. Die Bischöfe nehmen in dieser Handreichung ganz offensichtlich auf das Gewissen des einzelnen Gläubigen sehr viel Rücksicht, sie trauen den Gläubigen einen verantwortungsvollen Umgang in Sakramentsfragen zu. […]

Die pastorale Handreichung nennt nun konkrete Kriterien, nach denen diese Prüfung der Gewissen sich ausrichten sollte. Wer als evangelischer Christ, als evangelische Christin an dem eucharistischen Mahl teilnimmt, muss das Eucharistieverständnis der römisch-katholischen Kirche teilen können. Dieses soll in einem pastoral verantworteten Gespräch mit einem katholischen Geistlichen erörtert werden. Die weiteren Kriterien, die benannt werden, sind so formuliert, dass evangelisch-lutherische Christinnen und Christen ihnen nach meiner Einschätzung durchaus zustimmen können. Sie lauten zum einen: die Verbundenheit mit Christus zu bejahen, die in der Eucharistie geglaubt und gelebt wird. Dazu: die Verbundenheit untereinander und mit der ganzen Kirche sowie die Verbundenheit mit der ganzen Welt zu teilen. Diese Kriterien sind, um es zuzuspitzen, in der lutherischen Abendmahlsfrömmigkeit konstitutiv und insofern anschlussfähig. Diesen Kriterien können evangelische Christenmenschen von ihrem Glaubensverständnis und von ihrem geistlichen Verständnis des Abendmahls her freimütig und gut zustimmen.

Die Veröffentlichung der Handreichung bedeutet noch keine allgemeine Freigabe der Kommunion von evangelischen und katholischen Christinnen und Christen. Auch die Frage der Gegenseitigkeit der Einladung ist in dieser Handreichung leider nicht besprochen. Ebenso macht die Handreichung nicht ausreichend klar, ob es sich um eine wirkliche Einladung handelt, da die Dimension der Gewissensprüfung den Einladungscharakter überlagert.

Diese erste Stellungnahme aber sollte würdigen, dass die Veröffentlichung der Handreichung als Diskussionsbeitrag ein wichtiger Schritt ist, um den vielen konfessionsverbindenden Ehepaaren in Deutschland, die in ihrer persönlichen Ehegemeinschaft und in ihrer Familie den Wunsch haben, gemeinsam an den Tisch des Herrn treten zu können, eine hoffnungsvolle Perspektive zu geben.

Dass sie nun einen Weg aufgezeigt bekommen, ihrem geistlichen Bedürfnis nicht im Verborgenen nachzukommen, sondern dies im erklärten Einverständnis mit ihrer Kirche tun können, wird für viele eine Bekräftigung auf dem Weg sein, den sie gemeinsam gehen möchten. Insofern ist es gut, dass das Ringen in dieser Frage ganz offensichtlich nicht beendet ist, sondern in ökumenischer Leidenschaft weiter geht.[18]

Prof. Dr. Ulrich Körtner (Evangelisch-Theologische Fakultät der Universität Wien), zeitzeichen, August 2018

Körtner plädiert dafür, die seiner Meinung nach bestehenden Grunddifferenzen zwischen den beiden Konfessionen ernst zu nehmen. Sie könnten ökumenische Gemeinschaft sogar bereichern. In dem Aufsatz kommt er auch auf den Abend-

18. Stellungnahme zur pastoralen Handreichung der Deutschen Bischofskonferenz »Mit Christus gehen – Der Einheit auf der Spur. Konfessionsverbindende Ehe und die gemeinsame Teilnahme an der Eucharistie« von Landesbischof Dr. Karl-Hinrich Manzke, Catholica-Beauftragter der VELKD, 29. Juni 2018 (abrufbar unter www.velkd.de/velkd/catholica-berichte-vortraege-texte.php).

mahlsstreit in der katholischen Kirche zu sprechen, der für die Ökumene sehr zwiespältig beendet worden sei:

Der Zickzackkurs, den der Präfekt der Glaubenskongregation und der Papst in dieser Frage fahren, sorgt nicht nur in der katholischen Kirche für Verwirrung, sondern schadet auch der Ökumene. Sah es zunächst nach einem Gesichtsverlust für Kardinal Marx aus, so ist anschließend der Präfekt der Glaubenskongregation bloßgestellt worden. Das ist kein guter Führungsstil. Auch zeigt sich Franziskus theologisch und kirchenrechtlich nicht besonders sattelfest. Zu den heiklen dogmatischen und kirchenrechtliche Fragen bezog er etwas hemdsärmelig per Interview Stellung und rechtfertigte das Chaos öffentlich damit, er sei anfangs nicht ausreichend informiert gewesen. Unter seinem Vorgänger wäre so etwas wohl nicht passiert. Anhänger des Papstes mögen seine Vorgangsweise als Kabinettsstück jesuitischer Taktik rühmen. Auf die Dauer kann dergleichen aber nicht gutgehen. […]

In einer ersten Stellungnahme sprach die EKD von einem kleinen Schritt für die Ökumene, aber einem großen Schritt für die katholische Kirche. Doch so groß ist der vollzogene Schritt innerkatholisch gar nicht. Das vorläufige Ergebnis der Streitigkeiten ist ein Kompromiss, der substantiell nicht über das hinausgeht, was auf der Basis des Zweiten Vatikanischen Konzils und des geltenden Kirchenrechts auch jetzt schon möglich ist. Kardinal Marx und die Mehrheit der Bischöfe können für sich als Erfolg verbuchen, dass ihre Linie von Rom toleriert wird.

Die Minderheit um Kardinal Woelki darf sich bestätigt sehen, dass eine generelle Regelung, wie sie die Orientierungshilfe vorsieht, keineswegs eine rein pastorale Angelegenheit wäre, sondern Fragen der kirchlichen Lehre auf Weltebene berührt. Am Grundsatz, dass Eucharistiegemeinschaft und Kirchengemeinschaft zusammengehören, soll nicht gerüttelt werden.

Was das alles für die Praxis bedeutet, wird sich erweisen. Die Bischöfe können nun Partikularnormen erlassen, die aber erst von Rom abgesegnet werden müssen. Jeder Bischof kann es halten, wie er es für richtig hält. Die Folge ist ein kirchenrechtlicher Flickenteppich. […]

Überhaupt ist Franziskus längst nicht so progressiv, wie viele glauben. Gleichgeschlechtliche Ehen, wie sie jetzt in Deutschland möglich sind, lehnt er entschieden ab. Sie dürften von den Ausnahmeregelungen bei der Kommunion ausgeschlossen bleiben, während die EKD die Ehe für alle begrüßt und damit dem katholischen Eheverständnis widerspricht, das in der Orientierungshilfe der Deutschen Bischofskonferenz eine tragende Rolle spielt. So verfängt man sich in Widersprüche.

Vielleicht kehrt nach der anfänglichen Franziskus-Begeisterung, die es auch unter evangelischen Christen gab, endlich wieder die Nüchternheit ein, welche die Ökumene braucht. Verbesserungen des ökumenischen Klimas sind Anlass zur Dankbarkeit und weiterer Anstrengungen wert. Sie dürfen aber nicht zu Lasten theologischer Klarheit gehen, an der es in Zusammenhang mit dem Reformationsjubiläum bisweilen gefehlt hat.[19]

Landesbischof Dr. Karl-Hinrich Manzke (Catholica-Beauftragter der VELKD), Catholica-Bericht vor der VELKD-Generalsynode und UEK-Vollkonferenz, 10. November 2018.

Der Catholica-Bericht zeichnet zunächst ausführlich die Ergebnisse von Februar 2018 bis 27. Juni nach und stellt dann die Orientierungshilfe inhaltlich vor. Schließlich thematisiert der Catholica-Beauftragte ihre Möglichkeiten und Grenzen:

19. Körtner, Ulrich: Realitätssinn ist nun gefragt. Die Anerkennung der evangelischen Kirche durch die katholische ist fern, in: zeitzeichen 19 (2018), H. 8, 8–11.

Die von der Deutschen Bischofskonferenz veröffentlichte Orientierungshilfe »Mit Christus gehen – Der Einheit auf der Spur. Konfessionsverbindende Ehen und gemeinsame Teilnahme an der Eucharistie« bearbeitet das Thema des gemeinsamen Kommunionsempfangs von konfessionsverbindenden Ehepaaren mit zwei Argumentationslinien. Die erste Argumentationslinie zielt darauf ab, eine Regelung zu finden, die mit den Bestimmungen des kanonischen Rechtes kompatibel ist und die dem Gewissen des einzelnen Gläubigen, der sich mit seiner Kirche verbunden fühlt, etwas zutraut. Die zweite Argumentationslinie greift auf die im Kanon 844 des Codex Iuris Canonici genannte Bedingung einer schweren Notlage (gravis necessitas) zurück und nimmt eine Weitung im Verständnis vor, wie eine solche Notlage beschrieben werden kann. Dabei greift sie auf bereits bestehende Auslegungen des katholischen Lehramtes zurück. […]

Allerdings sollen aus evangelischer Sicht auch die Schwächen des vorgelegten Textes nicht verschwiegen werden. Dass die erwartete Zustimmung zum Eucharistieverständnis der katholischen Kirche auf der Basis des eucharistischen Hochgebetes eingefordert wird, ist problematisch, wenn man sich vor Augen führt, dass dieses im gottesdienstlichen Vollzug verschiedene Gestalt haben kann. In der ökumenischen Diskussion ist mehrfach darauf hingewiesen worden, dass insbesondere das dritte eucharistische Hochgebet Aussagen enthält, die z. B. hinsichtlich des Verständnisses der Eucharistie als Opfer kontroverstheologisch sehr fragwürdig sind.

Besonders schmerzlich wird es für die Paare in konfessionsverbindender Ehe sein, dass eine Gegenseitigkeit der ausgesprochenen Einladung in der Orientierungshilfe ausdrücklich ausgeschlossen wird. Wenn die Situation der betroffenen Ehepaare, die Eucharistie bzw. das Abendmahl nicht gemeinsam empfangen zu können, als »schwere geistliche Notlage« anerkannt wird, dann ist das zu begrüßen. Man wird jedoch vermuten dürfen, dass es für sie ein ebenso dringender Wunsch ist, auch in der evangelischen Kirche des Ehepartners das Abendmahl gemeinsam empfangen zu können.

Und dennoch ist mit dem vorliegenden Text m. E. ein wichtiger Schritt nach vorne gemacht worden. Auch wenn die Schrift nicht als gemeinsamer Text der Deutschen Bischofskonferenz veröffentlicht werden konnte, ist sie nun in der Welt; und sie wird Wege und Möglichkeiten eröffnen, wie Menschen, die in einer vertrauensvollen Gemeinschaft, in der Ehe, zusammenleben, gemeinsam zum Tisch des Herrn treten können. Insofern ist die Orientierungshilfe, so scheint mir, einen entscheidenden Schritt vorangegangen. Ich würde es deshalb wagen, von einem Paradigmenwechsel im seelsorgerlichen Umgang mit den Gläubigen in der katholischen Kirche zu sprechen – jenen Gläubigen, denen es am Herzen liegt, dass die Kirchen ihren Weg positiv begleiten und nicht mit Reglementierungen behindern. […]

Trotz aller Würdigung des Textes bleibt abzuwarten, inwieweit der mit der Veröffentlichung der Orientierungshilfe gemachte Schritt tatsächlich zu einer wesentlichen Erleichterung für die konfessionsverbindenden Paare in Deutschland führt. Da es sich eben nicht um eine allgemeingültige Regelung für alle Diözesen handelt, sondern um einen Text, der den Bischöfen zur Orientierung in die Hand gegeben wird, liegt die Entscheidungskompetenz bei den einzelnen Bischöfen in ihren Bistümern. Auch dies steht in ausdrücklicher Übereinstimmung mit dem römischen Kirchenrecht, das dem einzelnen Ortsbischof eben diese Entscheidungskompetenz in pastoralen Fragen zubilligt.[20]

Generalsynode der VELKD, Entschließung zum Catholica-Bericht, 10. November 2018:

20. Wertvolle Impulse aufnehmen, notwendige Debatten führen, mögliche Wege in die Zukunft erkennen. Bericht des Catholica-Beauftragten der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands, Landesbischof Dr. Karl-Hinrich Manzke, Bückeburg, vor der 12. Generalsynode auf ihrer 5. Tagung in Würzburg am Samstag, 10. November 2018 vorgelegt, 8, 10f. (abrufbar unter: www.velkd.de/velkd/12-generalsynode.php).

Die Generalsynode dankt dem Catholica-Beauftragten für die detaillierte Analyse der Orientierungshilfe »Mit Christus gehen – Der Einheit auf der Spur. Konfessionsverbindende Ehen und gemeinsame Teilnahme an der Eucharistie«. Sie schließt sich der Einschätzung des Catholica-Beauftragten an, dass »mit dem vorliegenden Text ein wichtiger Schritt nach vorne gemacht worden« ist. »Damit liegt nun in dieser Frage, die im deutschen Kontext, aber auch international über mehr als zwei Jahrzehnte diskutiert wird, erstmals ein längerer Text aus dem Bereich des Katholizismus vor, auf den man sich beziehen kann und der Argumentationslinien deutlich macht.« Die Generalsynode ist gespannt auf die praktischen Auswirkungen der Orientierungshilfe auf die Bistümer und Pfarreien in Deutschland. Sie ist zugleich interessiert, die Auswirkungen der Orientierungshilfe auf das ökumenische Miteinander und besonders auf die Situation der Paare in konfessionsverbindender Ehe zu erfahren und zu begleiten. Die Generalsynode bittet deshalb den Amtsbereich der VELKD, die weitere Entwicklung zu beobachten, Eindrücke der Landeskirchen zu sammeln und auszuwerten. Die Generalsynode möchte über die Entwicklung weiter informiert werden.[21]

Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm (Ratsvorsitzender der EKD), Ratsbericht – mündlicher Teil für die EKD-Synode, 11. November 2018:

Ich bin froh, dass der Streit um die gemeinsame Eucharistie konfessionsverbindender Ehepaare in der Deutschen Katholischen Bischofskonferenz am Ende so ausgegangen ist, dass das Dokument veröffentlicht wurde und die Diözesen damit ermutigt wurden, die Hindernisse für die gemeinsame Teilnahme an der Eucharistie zu senken. Und einige Diözesen haben diese Ermutigung sofort in konkrete Schritte umgesetzt. Natürlich kann das nur ein erster Schritt sein. Ein wichtiges Zeichen nach dem Ende eines in vieler Hinsicht ökumenisch beglückenden Reformationsjubiläumsjahres war es in jedem Falle. Das Mahl am Tisch des Herrn jenseits konfessioneller Grenzen gemeinsam feiern zu können, ist und bleibt das große Ziel. Dass es nicht allein in und durch Deutschland zu erreichen ist, liegt auf der Hand. Für uns als EKD wird der nun gerade in Basel vereinbarte neue Dialog des Vatikans mit der Gemeinschaft evangelischer Kirchen in Europa eine ganz besonders wichtige Rolle spielen. Denn hier sind zum ersten Mal alle innerevangelischen Traditionen gemeinsam mit Rom im Gespräch, die auch in der EKD vertreten sind. Kirchenpräsident Christian Schad, der am Zustandekommen dieses Dialogs maßgeblich beteiligt war, ist in seinem Catholica-Bericht näher darauf eingegangen.[22]

Prof. Dr. Friederike Nüssel (Ökumenisches Institut der Universität Heidelberg), setzte sich in dem Sammelband »Eucharistie – Kirche – Ökumene. Aspekte und Hintergründe des Kommunionsstreit« unter der Überschrift »Hoffnung auf mehr« mit der Orientierungshilfe aus evangelischer Perspektive auseinander. Nach einer Beschreibung der Ausgangslage und der Analyse von Ziel und Argumentation

21. Entschließung der Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands zu Drucksache 7, Bericht des Catholica-Beauftragten der VELKD, 10. Juni 2018 (abrufbar unter: www.velkd.de/velkd/12-generalsynode.php). Manzke hielt die Überlegungen seines Catholica-Berichtes auch nochmals fest in: »Die Tür ist aufgeschlossen«. Evangelische Perspektiven, in: Bremer, Jörg (Hg.): Ein Kelch für Zwei. Zur ökumenischen Debatte um die Kommunion bei konfessionsverbindenden Paaren, Ostfildern 2019, 144–154.

22. Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm, Mündlicher Bericht des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (Drucksache II/Teil A der 5. Tagung der 12. Synode der EKD, 11. bis 14. November 2018 in Würzburg), 9 (abrufbar unter: www.ekd.de/bericht-rat-synode-2018-muendlich-40041.htm).

des Papiers fragte die Autorin nach der ökumenischen Bedeutung des Textes. Ihre abschließenden Überlegungen seien hier dokumentiert:

Die Orientierungshilfe lädt die Eheleute in konfessionsverbindenden Ehen ausdrücklich ein, sich auf den Weg der Gewissensentscheidung im pastoralen Gespräch zu machen (vgl. 54).

»Alle, die in einer konfessionsverbindenden Ehe nach einer reiflichen Prüfung in einem geistlichen Gespräch mit dem Pfarrer oder einer mit der Seelsorge beauftragten Person zu dem Gewissensurteil gelangt sind, den Glauben der katholischen Kirche zu bejahen, eine ›schwere geistliche Notlage‹ beenden und die Sehnsucht nach der Eucharistie stillen müssen, dürfen zum Tisch des Herrn hinzutreten, um die Kommunion zu empfangen.« (55)

Ihnen die Sakramente zu spenden, ist der katholischen Kirche »Grund zur Freude« (58, mit Zitat aus UUS 46). Dabei ist nicht mehr die ausnahmsweise Teilnahme, sondern die regelmäßige Mitfeier im Blick (vgl. 53).

Wie die Orientierungshilfe eingangs festhält, ist mit dieser Möglichkeit nicht […] verbunden, »dass die katholische Ehepartnerin oder der katholische Ehepartner zum evangelischen Abendmahl hinzutreten kann« (8). Ein[e] solche Erlaubnis der wechselseitigen Teilnahme an Eucharistie und Abendmahl würde für die katholische Kirche gemäß der Bestimmung im Ökumenismusdekret (UR 22) »ein gemeinsames Verständnis des Abendmahles und der Eucharistie, der Sakramentalität der Kirche und des Amtes« (8) voraussetzen. Die Übereinstimmung in diesen drei Themenbereichen ist nach katholischem Verständnis nötige Bedingung von Kirchengemeinschaft, die wiederum Voraussetzung für Eucharistiegemeinschaft ist. An dieser Stelle müsse der ökumenische Dialog weitergehen, wie die Orientierungshilfe anmahnt.

Es ist klar, dass mit der einseitigen Möglichkeit der Teilnahme evangelischer Eheleute in konfessionsverbindenden Ehen an der katholischen Eucharistie das aus evangelischer Sicht nötige Ziel einer wechselseitigen Teilnahme nicht erreicht ist. Die Orientierungshilfe ist darum, wie in einer Stellungnahme der EKD festgehalten wird, nur ein erster Teilschritt bzw. »die eine Hälfte des Weges ist«. […] Aber darüber sollte Zweierlei nicht übersehen werden. Zum einen eröffnet die Orientierungshilfe Eheleuten in einer konfessionsverbindenden Ehe die geregelte Teilnahme an der Eucharistie und holt »die faktisch weithin etablierte Realität an der Basis aus dem Licht der Unrechtmäßigkeit« [ebenfalls Zitat aus der EKD-Stellungnahme]. Ob dies dazu beitragen kann, die Enttäuschung, die viele Eheleute in konfessionsverbindenden Ehen im Verhältnis zur Kirche verspüren, zu lindern, wird sich in der Praxis zeigen müssen. Für viele kommt die Orientierungshilfe auch einfach zu spät. Und doch wird die Situation der konfessionsverbindenden Ehen durch die Orientierungshilfe verbessert, weil nun ein Weg für eine geregelte und regelmäßige Teilnahme an der Eucharistie beschrieben wird und die Notlage in ihrer ekklesiologischen Tiefe herausgestellt wird.

Zum Zweiten ist es für den ökumenischen Prozess insgesamt wichtig, dass dieser Schritt, der in ökumenischen Dialogen lange gedanklich vorbereitet und für möglich erklärt wurde, nun im Anschluss an das gemeinsame Reformationsgedenken getan werden konnte. Auch in der Sache trägt die Orientierungshilfe dabei selbst zum ökumenischen Prozess bei. Denn in der Orientierungshilfe wird herausgestellt, dass »die konfessionsverbindenden Ehepaare, die gemeinsam an der Kommunion teilnehmen und die Sehnsucht nach der Einheit der Kirche nicht aufgeben, auch zum Zeichen und Motor für das ökumenische Vorankommen in der Suche nach der vollen Einheit aller Christen« (32) werden. Die Orientierungshilfe sagt den Eheleuten in konfessionsverschiedenen Ehen, dass sie mit ihrer Gewissensentscheidung nicht nur für sich selbst einen Weg zur eucharistischen Gemeinschaft gehen, sondern ein Zeichen in der Kirche und für die Ökumene setzen.

Denn in der Teilnahme am pastoralen Gespräch und in der öffentlichen Bekundung ihrer Gewissensentscheidung durch die Mitfeier der Eucharistie bezeugen sie die elementare Bedeutung der Eucharistie für das Kirchesein der Kirche und werden Zeichen und Motoren des ökumenischen Prozesses selbst. Diese Rolle verdeutlicht die Orientierungshilfe den Paaren in konfessionsverschiedenen Ehen und legt sie ihnen nahe. Fast meint man zwischen den Zeilen der Bischöfe die Botschaft an die Eheleute zu vernehmen: drängt uns weiter und mehrt das ekklesiologische Potential, das in der konfessionsverbindenden Ehe als Hauskirche und in der spezifischen Notlage solcher Ehen für die Ökumene liegt. Die Orientierungshilfe macht in ihrer Auslegung der schweren geistlichen Notlage der Eheleute in konfessionsverbindenden Ehen klar, dass diese Notlage nicht nur in einer ungestillten Sehnsucht nach der gemeinsamen Teilnahme an der Eucharistie und/oder dem Fehlen eines Spenders aus der eigenen Tradition besteht. Sie besteht in der Gefahr für Glaube, Ehe und Kirche. In pastoraler und ökumenischer Absicht hat die Orientierungshilfe die Auslegungsspielräume der kirchenrechtlichen Bestimmungen mit Bedacht ausgefüllt. Sie ist eine Frucht des gemeinsamen Reformationsgedenkens und ein Beitrag zur Ökumene.[23]

Landesbischof Dr. Karl-Hinrich Manzke (Catholica-Beauftragter der VELKD), Catholica-Bericht vor der VELKD-Generalsynode und UEK-Vollkonferenz, 9. November 2019. Der Catholica-Bericht 2019 nimmt in einem eigenen Kapitel nochmals rückblickend einige wesentliche Entwicklungen in Sachen Orientierungshilfe seit dem Catholica-Bericht des Vorjahres auf. Zunächst wird anhand von zwei Beispielen die praktische Umsetzung in den deutschen Bistümern vorgestellt. Anschließend werden zwei sehr gegensätzliche Fachbeiträge von Wolfgang Klausnitzer und Johanna Rahner referiert, um Ansätze zur theologischen Weiterarbeit aufzuzeigen. Landesbischof Manzke kommt zu der Einschätzung:

Mit Recht macht [Wolfgang Klausnitzers] Beitrag aber auf einen Zusammenhang aufmerksam, der für die ökumenische Einordnung des Textes zu beachten ist: Wenn es um die Möglichkeit geht, dass katholische Priester die Kommunion auch nichtkatholischen Christinnen und Christen erlaubt spenden, muss nämlich zwischen pastoraltheologischen Argumenten, die die besonderen Erfordernisse einer konkreten Situation in den Blick nehmen, und fundamentaltheologischen Argumenten unterschieden werden. Diese Unterscheidung macht zugleich die Grenzen der Orientierungshilfe deutlich: Auf der Basis des Kirchenrechts und grundlegender Aspekte des katholischen Eucharistieverständnisses bietet sie eine Lösung für eine pastoraltheologische Fragestellung an. Diese erfordert es, dass die fundamentaltheologischen Fragen zur Ekklesiologie und zum Amtsverständnis weiter erörtert werden müssen, wenn die Frage von Kirchengemeinschaft und Gemeinschaft im Abendmahl nicht nur auf besondere Ausnahmefälle beschränkt bleiben soll. […]

Mit Recht verweist [Johanna] Rahner darauf, dass die nachkonziliaren ökumenischen Dialoge weit vorangeschritten sind und einen weitreichenden Konsens im Bekenntnis zu Grundwahrheiten des Eucharistie- und Amtsverständnisses erarbeitet haben. Das jüngste Dokument des Gemeinsamen Arbeitskreises evangelischer und katholischer Theologen

23. Nüssel, Friederike: Hoffnung auf mehr. Die Orientierungshilfe zur Kommunionsteilnahme aus evangelischer Perspektive, in: T. Söding/W. Thönissen, Eucharistie (wie Anm. 6), 211–223, hier: 220–223. In demselben Band bietet Uwe Swarat zudem eine Einschätzung aus baptistischer Perspektive (Gemeinschaft mit Christus und untereinander. Abendmahl und Abendmahlsgemeinschaft in der baptistischen Tradition, ebda., S. 224–253).

»Gemeinsam am Tisch des Herrn« […] macht dies noch einmal in großartiger Weise deutlich. Die Konsequenzen aus dieser wachsenden Übereinstimmung müssten noch gründlich bedacht und dann ggf. ebenso mutig gezogen werden.[24]

3. Fazit

Die Zusammenstellung der evangelischen Äußerungen zeigt zum einen, dass die römisch-katholische Handreichung / Orientierungshilfe zur Eucharistiegemeinschaft in konfessionsverbindenden Ehen auf der Ebene der Landeskirchen kaum zu greifbaren Reaktionen führte. Lediglich drei Leitende Geistliche kommen in ihren Berichten vor der Synode bzw. in einem Interview auf das Thema zu sprechen. Hinzu kommt ein Statement der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche im Rheinland.

Auffällig ist des Weiteren, dass die Schrift »Mit Christus gehen – Der Einheit auf der Spur« von Seiten der evangelischen Theologie so gut wie nicht erörtert wurde. In den einschlägigen ökumenischen und theologischen Fachzeitschriften wurde das Thema von evangelischen – im Gegensatz zu katholischen – Theologinnen und Theologen nicht in eigenen Aufsätzen erörtert. Eine Ausnahme bilden bislang der Sammelbandbeitrag von Friederike Nüssel und der Artikel von Ulrich Körtner in den »zeitzeichen«.

Es ist festzustellen, dass das Thema v. a. von den gliedkirchlichen Zusammenschlüssen wiederholt aufgegriffen und analysiert wurde: von Vertretern der Evangelischen Kirche in Deutschland, der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands und der Union Evangelischer Kirchen. Hier meldete sich gemäß seiner besonderen Rolle im Gegenüber zur römisch-katholischen Kirche der Catholica-Beauftragten der VELKD öffentlich am häufigsten und ausführlichsten zu Wort. Seine Texte sind – neben den Aufsätzen von Nüssel und Körtner – auch die einzigen, die sich intensiver mit den kanonistischen und lehramtlichen Argumentationslinien der Handreichung auseinandersetzen.

Die ersten evangelischen Reaktionen nach der Ankündigung einer pastoralen Handreichung stellen alle eine positive Verbindung zum Reformationsjahr 2017 her, so wie es »Mit Christus gehen – Der Einheit auf der Spur« auch selbst tut. Ulrich Körtner hingegen forderte statt einer 2017-Euphorie einen neuen Realitätssinn in der Ökumene.

---

24. Mut zur Theologie! Gute Theologie als Grundlage einer entwicklungsfähigen Ökumene. Bericht des Catholica-Beauftragten der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands, Landesbischof Dr. Karl-Hinrich Manzke, Bückeburg, vor der 12. Generalsynode auf ihrer 7. Tagung in Dresden am Samstag, 9. November 2019 vorgelegt, 8f. (abrufbar unter: www.velkd.de/velkd/12-generalsynode.php). Im Anschluss an Landesbischof Manzke berichtete Kirchenpräsident Christian Schad als evangelischer Vorsitzender des Kontaktgesprächskreises zwischen Deutscher Bischofskonferenz und EKD. Dabei ging er nicht auf die Orientierungshilfe ein, sondern wendete sich allgemein der Frage nach der eucharistischen Gastfreundschaft zu, indem er das Studiendokument »Gemeinsam am Tisch des Herrn. Votum des Ökumenischen Arbeitskreises evangelischer und katholischer Theologien« vorstellte (KNA-ÖKI 46 vom 12. November 2019, Dokumentation, S. XV–XVII).

In den vier landeskirchlichen Äußerungen wurde naturgemäß die Bedeutung des Prozesses für die regionale Zusammenarbeit und die Hoffnung auf weiteren Schwung für die ökumenischen Beziehungen vor Ort hervorgehoben. Die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche im Rheinland wendete sich dabei direkt an ihre Gemeinden, um das evangelische Abendmahlsverständnis zu charakterisieren und für mehr ökumenisches Miteinander zu werben.

Als mit der Zeit die innerkatholischen Spannungen deutlicher zu Tage treten, thematisierten die evangelischen Reaktionen die Uneinigkeit im deutschen Episkopat und die Intervention aus Rom. In einigen Texten wurde die Sorge ausgedrückt, was dies für die ökumenische Handlungsfähigkeit der deutschen Bischöfe bedeute. Schließlich wurde in vielen der evangelischen Äußerungen darauf hingewiesen, dass nach evangelischer Überzeugung katholische Christinnen und Christen bereits an Abendmahlsfeiern in evangelischen Gottesdiensten teilnehmen können. Zugleich wurde bedauert, dass nach katholischer Lehre dieses Angebot (noch) nicht angenommen werden kann und daher die wechselseitige eucharistische Gastfreundschaft für konfessionsverbindende Ehepaare nicht möglich ist.

Insgesamt lässt sich der Tenor der evangelischen Stimmen vielleicht mit einem Satz aus der EKD-Stellungnahme zusammenfassen: »Man ist geneigt, von einem kleinen Schritt in der Ökumene, aber einem großen Schritt für die katholische Kirche zu sprechen.« Denn fast ausnahmslos begrüßen die Texte, dass die Deutsche Bischofskonferenz mit der pastoralen Handreichung den Diözesen einen Weg bereitstellt, wie die faktisch gelebte Realität in vielen Gemeinden vom Ruch des Unerlaubten befreit, zumindest aber aus einer Grauzone herausgeholt wird. Es wurde gewürdigt, dass eine pastorale Möglichkeit der regelmäßigen und geregelten Teilnahme evangelischer Ehepartner an der Eucharistiefeier in katholischen Gemeinden beschrieben wird, die von kirchenrechtlichen und lehramtlichen Vorgaben gedeckt ist.

3. Neujustierungen im Verhältnis zum Islam[1]

Von Martin Affolderbach

1. Der zeitliche Kontext

Die Evangelische Kirche in Deutschland veröffentlichte im September 2018 ein Positionspapier zum christlich-islamischen Dialog. Der Zeitpunkt war bemerkenswert, da im selben Monat ein Ereignis stattfand, das die aktuelle Brisanz der Beziehungen zu islamischen Verbänden und Gruppierungen in Deutschland und darüber hinaus überaus anschaulich machte. Denn am 29. September jenes Jahres fand die offizielle Eröffnung der DITIB-Zentralmoschee in Köln statt, zu der der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan angereist war. Der deutsche Bundespräsident und ranghohe Vertreter der Bundes- oder Landespolitik, darunter auch die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker, blieben der Feierlichkeit fern.

Dieses Ereignis veranschaulicht eine deutliche Entfremdung zwischen der türkischen und der deutschen Seite, die sich seit der Präsidentschaft von Staatschef Erdogan, besonders aber nach dem Putschversuch vom Juli 2016 und dem darauf folgenden Ausnahmezustand, verschlechtert hatte. Die Entlassung von Tausenden von staatlichen Mitarbeitenden, die Verfolgung von (angeblichen) Sympathisantinnen und Sympathisanten der Gülen-Bewegung, die Einschränkung der Pressefreiheit, die konservative Re-Islamisierung von weiten Teilen des Bildungssystems und Öffentlichkeit und eine aggressive Sprache gegenüber Repräsentantinnen und Repräsentanten europäischer Staaten machten offenkundig, dass sich die Türkei auf dem Weg zu einer diktatorischen Gesellschaft befand.

Dies hatte auch Auswirkungen auf das Zusammenleben mit der türkischen Minderheit als der mit Abstand größten muslimischen Gruppe in Deutschland, da die DITIB in zunehmendem Maße durch die politische Einflussnahme der türkischen Regierung gesteuert wurde. Der unmittelbare Zugriff der türkischen Religionsbehörde auf die DITIB-Moscheen und Gemeindegruppen in Deutschland ist gegenläufig zu der von der deutschen Seite angestrebten Integration und Verankerung muslimischer Gemeinschaften in der deutschen Gesellschaft. Die Ankündigungen von Seiten der DITIB, eine eigene Ausbildung von Imamen im Herbst 2019 in der Eifel zu beginnen, unterläuft die Bemühungen um die Etablierung von islamischen Studiengängen an deutschen Universitäten, die bewusst als Angebot zur stärkeren sozialen Integration der muslimischen Minderheit konzipiert wurden. Es ist zwar die Absicht, die rund 1000 Imame, die in den etwa 900 DITIB-Gemeinden in Deutschland tätig sind, nach und nach durch in Deutschland aufgewachsene Personen zu ersetzen, jedoch wird die Ausbildung an deutschen Universitäten von Seiten der türkischen Religionsbehörde als »nicht hinreichend qualifizierend« angesehen. Die Verfolgung von Anhängern der Gülen-Bewegung und der Anfang 2017 geäußerte

1. Ich danke Elisabeth Hartlieb, Karlsruhe, und Detlef Görrig, Hannover, für einige hilfreiche Informationen und Hinweise.

Verdacht, dass DITIB-Imame Mitglieder ihrer Gemeinden im Hinblick auf mögliche Kritik an der türkischen Regierung bespitzeln und Informationen an die türkische Regierung weitergeben, schaffte eine Atmosphäre des Misstrauens und der Angst, die zur Folge hatte, dass die Zusammenarbeit mit DITIB-Gemeinden zunehmend schwieriger wurde und sich deren Repräsentantinnen und Repräsentanten oftmals aus Gesprächen und Kontakten zurückzogen. Von staatlicher Seite – wie beispielsweise im Bundesland Niedersachsen – wurden Zuwendungen für Projekte in DITIB-Gemeinden storniert und Verträge mit DITIB zur Seelsorge in Gefängnissen gekündigt.

Dieses Schlaglicht beleuchtet eine gesellschaftliche Situation, in der das Verhältnis zum Islam weiterhin ein in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiertes Thema war. Rechtsgerichtete Gruppierungen wie PEGIDA als auch die Partei »Alternative für Deutschland« nehmen immer wieder Gelegenheiten wahr, gegen den Islam und Muslime in Deutschland zu polemisieren. Gleichzeitig gab es auch zahlreiche Stimmen, zu denen auch die Kirchen zählten, die ein differenziertes Bild des Islam und der muslimischen Minderheit in Deutschland zu zeichnen bemüht waren und auf zahlreiche und langjährige Kontakte und produktive Zusammenarbeit mit islamischen Partnern verweisen konnten. Dennoch ist auch innerhalb der Kirchen die Einschätzung des Verhältnisses zum Islam teilweise kontrovers. Die weiter bestehenden politischen Konfliktkonstellationen, vor allem im Nahen Osten, geben zudem Anlass, dieses Thema mit den Fragen von Zuwanderung und Migration zu verknüpfen. Auch diese Themen sorgten nicht nur 2018 für eine öffentliche Debatte, die zu einem geraumen Anteil mit Emotionen verbunden war und ist.

2. Positionspapier und Umfrage der EKD

Liest man vor diesem zeitgeschichtlichen Hintergrund das »Positionspapier zum christlich-islamischen Dialog«, das die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) am 24. September 2018 der Öffentlichkeit vorstellte (siehe unten Dokument 1), werden dort zunächst sehr grundsätzliche Positionen beschrieben. Die Anerkennung der religiösen Vielfalt wird betont. Der interreligiöse Dialog gehöre zutiefst zum Wesen der Kirche, da nicht ausgeschlossen werden könne, »dass Gott auch von außerhalb der Kirche zu Menschen spricht« (Präambel). Es wird eingeräumt, dass sich die evangelische Kirche lange Zeit schwer getan habe, eine religiöse Pluralität anzuerkennen, sie diese aber heute bewusst bejahe (Abschnitt I). Das erfordere jedoch »eine Einübung in die eigene Pluralitätsfähigkeit« (Abschnitt II). Eine verbreitete Ablehnung gegenüber dem Islam und Anfeindungen bis hin zu Anschlägen auf Moscheen werden nachdrücklich verurteilt. Auch wird einem Religionsverständnis, das Hass und Gewalt duldet, klar widersprochen. Gleichzeitig wird auch Position bezogen gegen eine Verdrängung von Religion aus dem öffentlichen Raum. Im dritten Abschnitt werden Lernschritte und Gemeinsamkeiten im christlich-islamischen Dialog gewürdigt, aber auch gleichzeitig und explizit die Probleme und Schwierigkeiten benannt, zu denen auch die eingangs beschriebenen Entwicklungen auf türkischer Seite gehören. »Enttäuschte Erwartungen und verlorengegangenes Vertrauen sind eine Bewährungsprobe für den Dialog.« (Abschnitt IV) Es werden die Bedingungen in Erinnerung gerufen, die für die Rolle der Religionen in einer

freiheitlichen Demokratie grundlegend sind und eingefordert werden müssen. Extremistische und fundamentalistische Bewegungen im Islam würden Verständigung erschweren. Dennoch wird festgehalten:

> Der durch den interreligiösen Dialog der letzten Jahre und Jahrzehnte eingeschlagene Weg der respektvollen Verständigung und Begegnung muss weitergeführt und intensiviert werden. (Abschnitt IV)

Zugleich mit diesem Dokument der EKD wurde eine Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD unter dem Titel »Islam und Muslim*innen in Deutschland: Die Sicht der Bevölkerung. Ergebnisse einer bundesweiten Umfrage«[2] veröffentlicht, in der ein recht ambivalentes Verhältnis belegt wird. Wenn 69 % die Meinung äußern, dass Muslime zum deutschen Alltagsleben gehören, jedoch 35 % meinen, dass der Islam nicht in die deutsche Gesellschaft passe, ist dies ein recht widersprüchliches Bild. Offensichtlich hat religiöser Fanatismus einen starken Einfluss auf die Einschätzungen, da 72 % der nicht religiös Gebundenen »viele religiöse Fanatiker« sehen. Eine Zustimmung zum islamischen Religionsunterricht findet sich nur bei 33 % der Interviewten, 56 % sind dagegen ablehnend. Insgesamt hat der formale Bildungsstand und das Wissen über den Islam Auswirkung auf die subjektive Bewertung. Bessere Bildung verstärkt tendenziell positive Meinungen. 24 % der Befragten geben an, zu wenig über den Islam zu wissen. Die Reaktionen sind in Ostdeutschland abweisender gegenüber dem Islam als in Westdeutschland. Im Hinblick auf Ziele des Dialogs wird der gesellschaftliche Zusammenhalt an erster Stelle genannt, bei den Inhalten des Dialogs soziale Themen vor religiösen und theologischen. Im Hinblick auf die Bemühungen der Kirche überwiegt die Zustimmung zu weiteren Dialogbemühungen, wobei bei kirchennahen Personen meist etwas höhere Werte zu verzeichnen sind als bei Kirchenfernen.

Obwohl das Positionspapier und die Umfrage unabhängig voneinander entstanden sind, gehen sie in ihrer Aussage jedoch in eine ähnliche Richtung. In beiden Dokumenten findet sich eine grundsätzliche Offenheit für Akzeptanz und Dialog bei gleichzeitiger kritischer Einschätzung im Hinblick auf soziale und kulturelle Aspekte des Islam als Religion und größerer Offenheit für die Bedeutung zwischenmenschlicher Kontakte. In den Pressereaktionen und Kommentaren auf die beiden Veröffentlichungen wird das ambivalente Verhältnis gegenüber dem Islam einerseits und zu Muslimen andererseits herausgestrichen. Es wird aber auch das Bekenntnis zur religiösen Vielfalt anerkennend hervorgehoben, aber auch die Mahnung an die Islamverbände wahrgenommen.

3. Langfristige Beschäftigung

Diese beiden Ausarbeitungen sind nicht nur in ihrer besonderen Aktualität zu verstehen, sondern auch im Kontext einer sehr langfristigen Beschäftigung mit diesem

2. Ahrens, Petra-Angela: Islam und Muslim*innen in Deutschland: Die Sicht der Bevölkerung. Ergebnisse einer bundesweiten Umfrage, Hannover 2018.

Themenbereich, der nicht nur in der EKD, also auf Bundesebene, sondern auch in den Landeskirchen und zahlreichen Gremien, Arbeitsgruppen und Einrichtungen Stellungnahmen, Handreichungen und Grundsatzerklärungen hervorgebracht hat. Dies ist insofern erwähnenswert, da solche Texte einen kollektiven Lern- und Klärungsprozess widerspiegeln, bei dem erarbeitete Positionen aufgenommen und verstärkt, aber teilweise auch verändert und weiterentwickelt wurden.

Auf EKD-Ebene gehen solche Dokumente bis in die frühen 1970er Jahre zurück und umfassen in den Jahren vor 2018 unter anderem den Text »Reformation und Islam. Ein Impulspapier der Konferenz für Islamfragen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)« von 2016[3], einen zusammen mit dem Koordinationsrat der Muslime herausgegebenen »Dialogratgeber zur Förderung der Begegnung zwischen Christen und Muslimen in Deutschland«[4], die von der Kammer für Theologie der EKD erarbeitete Stellungnahme »Christlicher Glaube und religiöse Vielfalt in evangelischer Perspektive. Ein Grundlagentext des Rates der EKD«[5], den zusammen mit der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) in 8. und gänzlich überarbeiteter Auflage veröffentlichten Band »Was jeder vom Islam wissen muss«[6], die Handreichung des Rates der EKD »Klarheit und gute Nachbarschaft, Christen und Muslime in Deutschland«[7] sowie den Text »Christlicher Glaube und nichtchristliche Religionen. Theologische Leitlinien«[8].

Vergleichbare Diskussions- und Beratungsprozesse mit entsprechenden Dokumenten finden sich in den meisten evangelischen Landeskirchen. Für das Jahr 2018 werden in diesem Beitrag zwei Texte dokumentiert, nämlich der Beschluss der Synode der Evangelischen Kirche im Rheinland zur theologischen Positionsbestimmung in Sachen Islam unter dem Titel »Für die Begegnung mit Muslimen.

---

3. Evangelische Kirche in Deutschland (EKD): Reformation und Islam. Ein Impulspapier der Konferenz für Islamfragen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Hannover 2016.

4. Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) / Koordinationsrat der Muslime: Dialogratgeber zur Förderung der Begegnung zwischen Christen und Muslimen in Deutschland, Hannover/Köln 2015.

5. Evangelische Kirche in Deutschland (EKD): Christlicher Glaube und religiöse Vielfalt in evangelischer Perspektive. Ein Grundlagentext des Rates der EKD, Gütersloh 2015.

6. Affolderbach, Martin/Wöhlbrand, Inken (Hg.) im Auftrag des Amtes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) und des Kirchenamtes der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD): Was jeder vom Islam wissen muss, Gütersloh [8]2011.

7. Evangelische Kirche in Deutschland (EKD): Klarheit und gute Nachbarschaft, Christen und Muslime in Deutschland. Eine Handreichung des Rates der EKD (EKD Texte 86), Hannover 2006.

8. Evangelische Kirche in Deutschland (EKD): Christlicher Glaube und nichtchristliche Religionen. Theologische Leitlinien (EKD-Text 77), Hannover 2003. Vgl. zu den Texten von 2003 und 2006: von Bülow, Vicco: Von »Christlicher Glaube und nichtchristliche Religionen« (2003) zu »Klarheit und gute Nachbarschaft« (2006). Die EKD-Texte 77 und 86, in: Hauschildt, Friedrich (Hg.): Dialog der Religionen. Grundlegende theologische Aspekte, praktische Erfahrungen und offene Fragen (KJ 131/132 Jg., 2004/5), Gütersloh 2011, 124–168.

Theologische Positionsbestimmung«[9] und das Dokument aus der Badischen Landeskirche »Christen und Muslime«.[10]

4. Theologische Positionsbestimmung der Evangelischen Kirche im Rheinland

Auch in der Evangelischen Kirche im Rheinland fügt sich der genannte Text von 2018[11] in eine jahrelange, sehr intensive Beschäftigung mit der Thematik ein. Einer Ausarbeitung zur Frage des gemeinsamen Betens im Jahr 1997[12] folgte 2001 die Arbeitshilfe »Mission und Dialog in der Begegnung mit Muslimen«.[13] Diese wurde zur Überarbeitung in Auftrag gegeben, als die Synode der Evangelischen Kirche im Rheinland 2009 das Dokument »Abraham und der Glaube an den einen Gott«[14] verabschiedete. Die Neufassung des Textes von 2001 wurde dann sechs Jahre später unter dem Titel »Weggemeinschaft und Zeugnis in Dialog mit Muslimen. Arbeitshilfe«[15] veröffentlicht. In diesem Text wiederum findet sich die Bitte und Anregung an die Kirchengemeinden und die kirchlichen Einrichtungen, sich mit den Positionen und Anfragen der Arbeitshilfe zu beschäftigen und praktische Erfahrungen wie theologischen Positionen bis zum September 2016 einzusenden. Auch die Möglichkeiten, sich per Internet online zu beteiligen und mitzudiskutieren, wurde angeboten. Für die Landessynode 2018, die sich mit dem Verhältnis zum Islam und dem Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland beschäftigen würde, sollten die Ergebnisse aufbereitet werden.

Die Evangelische Kirche im Rheinland umfasst auf ihrem Territorium zweifellos eine der größten muslimischen Bevölkerungsanteile in Deutschland, einige zentrale Einrichtungen der islamischen Verbände und verfügt von daher über große Erfahrung in der Zusammenarbeit mit islamischen Partnern. Über Ideen, Projekte und Erfahrungen in der rheinischen Kirche gibt unter anderem der Band »Es geht doch!«[16] informative Auskunft.

---

9. Evangelischen Kirche im Rheinland: Für die Begegnung mit Muslimen. Theologische Positionsbestimmung, Düsseldorf 2018
10. Evangelische Landeskirche in Baden: Christen und Muslime. Gesprächspapier zu einer theologischen Wegbestimmung der Evangelischen Landeskirche in Baden, herausgegeben vom Kollegium des Evangelische Oberkirchenrats Karlsruhe, Karlsruhe 2018
11. Siehe unten Dokument 2
12. Evangelische Kirche im Rheinland: Christen und Muslime nebeneinander vor dem einen Gott. Zur Frage gemeinsamen Betens, Düsseldorf 1997.
13. Evangelische Kirche im Rheinland: Mission und Dialog in der Begegnung mit Muslimen, Düsseldorf 2001.
14. Evangelische Kirche im Rheinland: Abraham und der Glaube an den einen Gott, Düsseldorf 2009.
15. Evangelischen Kirche im Rheinland: Weggemeinschaft und Zeugnis in Dialog mit Muslimen. Arbeitshilfe, Düsseldorf 2015.
16. Schulz, Doris/Siedler, Dirk Chr. (Hg.): Es geht doch! Erfahrungen – Projekte – Ideen aus christlich-islamischen Begegnungen in der Evangelischen Kirche im Rheinland, Rheinbach 2011.

Die rheinische Landessynode verstand ihren Beschluss von 2018 ausdrücklich als ein »theologisches Positionspapier«, was die Aussagen von der Tagesaktualität abheben und ihnen eine größere Grundsätzlichkeit und Verbindlichkeit verleihen soll. Die Beschäftigung mit diesem Thema stehe in einer jahrzehntelangen Tradition. In der ersten These wird formuliert, dass die Kirche »den Glauben muslimischer Menschen als Bindung an den einen Gott« wahrnehme, betont aber in These 2, dass das Verhältnis zum Islam sich von dem engeren Verhältnis der Kirche zum Judentum unterscheide. Nach These 3 ziele der christlich-islamische Dialog nicht auf eine Bekehrung zur jeweils anderen Religion, sondern

> auf das gegenseitige Kennenlernen, das gemeinsame Handeln, das Aushalten von Differenzen sowie eine vertiefte Wahrnehmung der je eigenen Traditionen,

eine Aussage, die am stärksten für Diskussion auch während der Synodalberatungen sorgte. In gemeinsamer gesellschaftlicher Verantwortung solle die Zusammenarbeit

> gegen alle Formen von Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, religiösem Extremismus und Fundamentalismus

trotz bestehender Schwierigkeiten intensiviert werden (These 4). In These 5 wird für eine weitere Ausgestaltung der rechtlichen Möglichkeiten im Rahmen der Religionsfreiheit plädiert. Im Hinblick auf das kirchliche Arbeitsrecht wurde eine Lockerung für die Bereiche beschlossen, in denen zahlreiche Menschen anderen Glaubens betreut werden. In der den Thesen angefügten Begründungen (siehe die Dokumentation unten) werden zentrale Aussagen, wie beispielsweise das Verständnis des Einen Gottes, ausführlich begründet. Dabei wird öfter auf bereits bestehende Dokumente und Beschlüsse Bezug genommen. Gleichzeitig wird angeregt, dass die Gespräche über diese Frage innerhalb der Landeskirche weitergeführt werden sollen.

In den Reaktionen auf den Synodenbeschluss, der mit großer Mehrheit angenommen wurde, wurde die Frage nach dem Einen Gott erneut angesprochen, bei der die Position von islamischer Seite deutlicher bewertet und gewichtet werde müsse. Auch der Verzicht auf Konversion würde nicht ausreichend berücksichtigen, dass beide, Christentum wie der Islam, ein Missionsverständnis haben, mit dem sich ein Anspruch auf Offenbarung und Wahrheit verbinde. Wenn man davon ausgehe, dass Mission von Gott ausgehe und es Gott selbst sei, der Glauben schaffe[17], bedürfe die getroffene Aussage einer tiefer greifenden ekklesiologischen Fundierung.

5. Das Gesprächspapier der badischen Landeskirche

Auch in der badischen Landeskirche stellt das Dokument von 2018 ausdrücklich eine Wegmarke in einem längeren Beratungsprozess dar. Es steht in der Reihe mit

17. Hempelmann, Reinhard: Selbstzurücknahme ist kein verheißungsvoller Weg. Zum Synodalbeschluss der EkiR zur Begegnung von Christen und Muslimen, in: EZW-Materialdienst 81 (2018), H. 3, 99f, 100.

anderen Ausarbeitungen der Jahre zuvor. Dazu gehören unter anderem die Broschüre »Von Nachbarschaft zu Partnerschaft. Christen und Muslime in Baden. Ein Arbeitsbuch für Gemeinden und Dialoggruppen«[18], die Handreichung »Als Frauen und Männer geschaffen – Zur Rolle der Geschlechter im interreligiösen Dialog. Eine Handreichung für Gemeinden und Dialoggruppen«[19] und die Erklärung des Evangelischen Oberkirchenrates vom 3. Mai 2005 unter dem Titel »Einander mit Wertschätzung begegnen. Zum Zusammenleben von Christen und Muslimen in Baden«.[20]

Zudem weist die Bezeichnung »Gesprächspapier« darauf hin, dass bewusst ein partizipativer Diskussionsprozess vorgesehen wurde. Ein erster Entwurf des Textes wurde bei einem Studientag zum christlich-islamischen Dialog mit Landessynodalen und anderen Verantwortlichen in der Landeskirche diskutiert und revidiert. Aus diesem entstand die Vorlage zur Landessynode 2018 unter dem Titel »Christen und Muslime. Gesprächspapier zur theologischen Wegbestimmung der Evangelischen Landeskirche in Baden«[21], das den Gemeinden und Kirchenbezirken zur Diskussion übermittelt wurde mit der Bitte um Stellungnahmen und Rückmeldungen an den Oberkirchenrat, der daraus für die Landessynode im Frühjahr 2020 einen Beschlusstext für dieses Gremium mit theologischen Leitaussagen über das Verhältnis zum Islam entwickeln soll.

Es ist offenkundig, dass dieser längerfristig angelegte Prozess nicht nur im Kontext der eigenen Landeskirche, sondern in einem weiteren kirchlichen Rahmen gesehen wird. Neben den bereits erwähnten Dokumenten aus der EKD und der Evangelischen Kirche im Rheinland wird für die über das Jahr 2018 hinausgehenden Beratungen in den Gemeinde und landeskirchlichen Einrichtungen vor allem auf den Entwurf einer theologischen Verhältnisbestimmung des Zentrums für Ökumene der Evangelischen Kirche von Hessen und Nassau vom Juni 2019[22] hingewiesen als auch auf die theologische Überlegungen zum Verhältnis von Christen und Muslimen im Diskussionspapier der Theologischen Kammer der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck vom Juli 2019[23] (Theologische Kammer 2019).

---

18. Guthmann, Andreas/Stepputat, Annette (Hg.): Von Nachbarschaft zu Partnerschaft. Christen und Muslime in Baden. Ein Arbeitsbuch für Gemeinden und Dialoggruppen, Karlsruhe 2014.

19. Evangelische Landeskirche in Baden / Evangelische Frauen in Baden / Referat Diakonie und Interreligiöses Gespräch (Hg.): Als Frauen und Männer geschaffen – Zur Rolle der Geschlechter im interreligiösen Dialog. Eine Handreichung für Gemeinden und Dialoggruppen, Karlsruhe 2013.

20. Evangelischer Oberkirchenrat der Evangelischen Landeskirche in Baden: Einander mit Wertschätzung begegnen. Zum Zusammenleben von Christen und Muslimen in Baden, Karlsruhe 2005.

21. Kollegium des Evangelischen Oberkirchenrats der Evangelischen Landeskirche in Baden (Hg.): Christen und Muslime. Gesprächspapier zu einer theologischen Wegbestimmung der Evangelischen Landeskirche in Baden, Karlsruhe 2018

22. Zentrum für Ökumene der Evangelischen Kirche von Hessen und Nassau und der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck: Das Verhältnis des Christentums zum Islam. Entwurf einer theologischen Positionsbestimmung, Frankfurt 2019.

23. Theologische Überlegungen zum Verhältnis von Christen und Muslimen. Ein Diskussionspapier der Theologischen Kammer der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, Kassel 2019.

Auch die sehr umfangreiche Orientierungshilfe der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) unter dem Titel »Dialog wagen — Zusammenleben gestalten«.[24]

Das badische Gesprächspapier (siehe unten Dokument 3), das etwa 60 Seiten umfasst, beginnt in dem Abschnitt »Überblick« mit der Benennung von neun Punkten, die im Hinblick auf das Gespräch mit Muslimen christliche Glaubensüberzeugungen beschreiben. Im darauf folgenden Einleitungsteil werden die aktuelle gesellschaftliche Situation skizziert, der Kontext des christlich-jüdischen Verhältnisses benannt und der Bezug zu anderen vorliegenden kirchlichen Dokumenten hergestellt. Im zweiten Teil des Gesprächspapiers werden unter der Überschrift »Wegmarken im christlich-islamischen Gespräch« zunächst – im Abschnitt »einander Wahrheit zutrauen: von der Dialogfähigkeit der christlichen Glaubensüberzeugung« – die Stichworte Wahrheitsverständnis, Zeugnis, Gottesverständnis, Wechselseitigkeit, Mission und Religionsfreiheit entfaltet, an was sich »Themenfelder des christlich-islamischen Dialogs« anschließen. Diese umfassen jeweils mit vorangestellten Leitsätzen zunächst unter der Überschrift »Gottes Kundgabe« die Themen »Offenbarung: Gott spricht«, »Bibel im Koran: Gotteswort und Menschenwort«, »Gott und allah: von der Einzigkeit Gottes« und »Jesus im Koran: Gottes Barmherzigkeit in Person«. Unter der Überschrift »Herkunft und Zukunft des Menschen« folgen die Themen »Schöpfung und Würde des Menschen« und »Tod, Gericht und ewiges Leben«, sodann unter der Überschrift »Vom rechten Weg« die Themen »Gerechtigkeit und Barmherzigkeit als Summe der Gebote«, »Vom Umgang mit der Gewalt« und »Religionsfreiheit im Kontext des säkularen Rechtsstaates«. Nach einer Zusammenfassung dieser Ausführungen im dritten Teil unter der Überschrift »Zwischenstand und Ausblick« werden im vierten Teil »Blick auf die wichtigsten Handlungsfelder« für die folgenden Bereiche sowohl Positionen benannt, als auch Modelle vorgestellt und Fragen formuliert: »Gottesdienst und religiöse Feiern«, »Seelsorge in öffentlichen Einrichtungen«, »Christen und Muslime im Religionsunterricht und in der außerschulischen Bildungsarbeit«, Sozialdiakonische Arbeit und Beratung« und »Religiöse Präsenz in der Zivilgesellschaft«. Das »Schlusswort«, das den Ort dieses Dokumentes im gesamten Beratungsprozess benennt, ist ergänzt um einige didaktische Hinweise, Kontaktanschriften und weitere Materialien und Literatur.

Scharfe Kritik an einigen Aussagen des »Gesprächspapiers« wurde von Henning Wrogemann, Professor für Religionswissenschaft und Interkulturelle Theologie an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal / Bethel, vorgetragen[25], der unter anderem in der Aussage über das Verhältnis zu dem Einen Gott eine faktische Aufgabe der christlichen Lehre von der Dreieinigkeit Gottes sieht. Auch würden die anerkennenden Aussagen über Jesus im Koran eine »reine Anbiederung« an die islamische Seite darstellen. Von einer synodalen Erklärung der badischen Landeskirche erhofft sich Wrogemann, dass diese

24. Dialog wagen – Zusammenleben gestalten. Eine Orientierungshilfe für die Zusammenarbeit mit Muslim*innen und islamischen Organisationen, Berlin 2019.

25. Wrogemann, Henning: Ist Gott in Christentum und Islam derselbe? Kritische Bemerkungen zu einem Gesprächspapier der Evangelischen Landeskirche von Baden (www.gemeindenetzwerk.de/?p=16148); ders.: Wir glauben doch alle an denselben Gott ...« – wirklich? Zur Kritik einer Floskel am Beispiel Liebe Gottes in Koran und Neuem Testament«, in: Theologische Beiträge 49 (2018), 332–347.

nicht auf einem Ansatz basieren wird wie dem, der hier in einem Papier aus dem Oberkirchenrat der Badischen Kirche vorgeschlagen wurde.[26]

Dem widersprachen unter anderem Werner Kahl[27] und Patrick Brooks[28] in ausführlichen Stellungnahmen, wobei Kahl den Begriff der jüdisch-christlich-muslimischen Glaubensverwandtschaft vorschlägt und begründet.

6. Zusammenfassende Gesichtspunkte

Der Blick auf evangelische Stellungnahmen, die im Jahr 2018 veröffentlicht wurden, macht deutlich, dass dieser nur eine Momentaufnahme von zeitlich längeren Diskussions- und Meinungsbildungsprozessen wiedergibt. Bemerkenswert daran ist nicht nur, dass solche Prozesse in einer Mehrzahl von Landeskirchen wie auch auf EKD-Ebene nahezu gleichzeitig stattfinden, was auf ein offenkundig längerfristig bestehendes Interesse an einer Klärung der mit der Präsenz des Islam in Zusammenhang stehenden Fragen hinweist. Zudem sind solche Klärungsprozesse in den beiden hier vorgestellten Landeskirchen in der Weise angelegt, dass möglichst viele Akteure beteiligt sind und damit sowohl die Basis der Kirchengemeinde wie auch Fachbereiche und Leitungsgremien eingebunden werden. Die in Baden wie im Rheinland verwendeten Begriff wie »Wegbestimmung«, »Weggemeinschaft«, »Wegmarken« und »Roadmap« signalisieren diesen bewusst prozesshaften Charakter der Meinungsbildung.

Was die inhaltlichen Kernpunkte anbetrifft, ist festzuhalten, dass sich derzeit offenkundig mehrere Stränge verflechten. Auf der einen Seite ist deutlich, dass in einigen Dokumenten eine grundsätzliche theologische Bestimmung des Verhältnisses zum Islam beabsichtigt ist. Dabei wird die Parallele zum Prozess um die theologische Bestimmung des Verhältnisses zum Judentum hervorgehoben. Dies ist in dem badischen wie dem rheinischen Papier offenkundig und explizit benannt. Die badische Beauftragte für den christlich-islamischen Dialog, Elisabeth Hartlieb, formulierte dazu:

> Eine allein pragmatisch-interessenspolitische Ebene genügt auf Dauer für die kirchliche Dialog- und Begegnungsarbeit nicht. Wir brauchen als Kirche langfristige, theologisch orientierte Perspektiven. Denn notwendige die Unterscheidung von Religion und Macht, von Theologie und Kirchenpolitik braucht eine Reflexion über theologische Standpunkte und nicht nur über kirchliche Interessen.[29]

26. Ebda., 346.
27. Kahl, Werner: Das Narrativ von der jüdisch-christlich-muslimischen Glaubensverwandtschaft, in: ders. (Hg.): Christen und Muslime als Glaubensverwandte. Erkundungen auf dem gemeinsamen Weg von Kirchen und Moscheegemeinden, Hamburg 2019, 25–51.
28. Brooks, Patrick: Aufruf zur Fairness im Umgang mit dem Islam und seinen Quellen. Eine muslimische Replik auf Beiträge von Henning Wrogemann, Manuskript 2019, 1–24.
29. Hartlieb, Elisabeth: »Wegbestimmung« im christlich-muslimischen Verhältnis:

In diesem Bereich haben sich wie oben angedeutet auch Widersprüche und Diskussionen entzündet. Eine Darstellung oder Bewertung dieser Debatte überschreitet jedoch den Rahmen der chronistischen Darstellung dieses Beitrags.

Ein weiterer Bereich ist die Kommentierung der aktuellen Situation, insbesondere die Krise in der Zusammenarbeit mit dem staatlich-türkisch repräsentierten Islam. Dies dürfte der Anlass für den EKD-Text gewesen sein. So werden vor allem auch dort die Kriterien benannt, die für eine Zusammenarbeit unverzichtbar sind.

Gleichzeitig wird aber über die aktuelle Situation hinaus bei allen Dokumenten ein bleibendes Interesse an einer vertrauensvollen und konstruktiven Zusammenarbeit mit islamischen Partnern betont und dabei wie bereits ausgeführt auf eine langjährige Erfahrung von Kontakten in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und Handlungsfeldern Bezug genommen. Die Formulierung eigener christlicher Standpunkten ist ohne Zweifel durchdachter und differenzierter geworden, was ohne Zweifel auch ein Ertrag der jahrzehntelangen Beschäftigung mit diesen Fragen ist.

In der Verbindung von grundsätzlichen Klärungen, tagesaktuellen Positionen und der Neujustierung von Möglichkeiten von interreligiöser Zusammenarbeit in einer religiös und weltanschaulich pluraler gewordenen Gesellschaft bieten die Kirchen in einer zeitgeschichtlichen Phase, in der in der deutschen Öffentlichkeit auf das Thema Islam weiterhin mit starken Emotionen und Abwehr reagiert wird, einen sehr konstruktiven Beitrag zu Sachlichkeit, fairem Umgang und tiefgreifender theologischer Klärung. Es wäre zu wünschen, dass diese Bemühungen in der Öffentlichkeit noch stärker wahrgenommen und als Beitrag zu einem sachorientierten gesellschaftlichen Diskurs wertgeschätzt werden.

Dokumente

1. Evangelische Kirche in Deutschland: Positionspapier der EKD zum christlich-islamischen Dialog (www.ekd.de/positionspapier-der-ekd-zum-christlich-islamischen-dialog-37797.htm)

Präambel

Die Evangelische Kirche in Deutschland sucht und fördert den Dialog mit Menschen muslimischen Glaubens. Sie ist davon überzeugt, dass nur durch Begegnung und Kontakt das friedliche Miteinander unterschiedlicher Glaubensüberzeugungen Gestalt gewinnen kann. Darüber hinaus kann die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden, dass Gott auch von außerhalb der Kirche zu Menschen spricht. Die Bibel nennt viele Beispiele, wie sich im Nächsten, im Anderen und im Fremden Gott den Menschen zeigt. Weil Gott »das Wort von der Versöhnung« in Jesus Christus aufgerichtet hat (2. Kor. 5, 19), setzt sie sich auch im Dialog mit Andersglaubenden in Wort und Tat für Versöhnung ein. So gehört der interreligiöse Dialog zutiefst zum Wesen der Kirche. Ihre grundlegende Glaubensperspektive auf die vorhandene religiöse Vielfalt hat die Evangelische Kirche in Deutschland in der Publikation »Christlicher Glaube und religiöse Vielfalt in evangelischer Perspektive« dargelegt.

Der Diskussionsprozess um eine theologische Beziehungsbestimmung zum Islam und das badische Gesprächspapier, Vortragsmanuskript 2019, 2.

I.

Musliminnen und Muslime sind Teil der pluralen Gesellschaft Deutschlands. Insbesondere seit dem Anwerbeabkommen mit der Türkei (1961) sind viele Menschen muslimischen Glaubens in Deutschland heimisch geworden. Etwa die Hälfte von ihnen hat heute eine deutsche Staatsbürgerschaft.

Das Grundgesetz garantiert die freie Religionsausübung (Art. 4). Die mit der Weimarer Reichsverfassung (1919) erfolgte Trennung von Staat und Kirche verpflichtet den Staat zur weltanschaulichen Neutralität gegenüber religiösen Bekenntnissen und Weltanschauungen. Jede Religion und Weltanschauung darf sich im Rahmen der geltenden Gesetze frei entfalten. Diese Freiheit zu stärken und zu schützen sieht die Evangelische Kirche in Deutschland als zentrale Aufgabe. Der religionsfördernde Charakter des vorhandenen Religionsverfassungsrechts wird dabei ausdrücklich begrüßt. Noch nie in der deutschen Geschichte konnten Religionen sich so frei entwickeln wie unter diesen Rahmenbedingungen.

Die Evangelische Kirche tat sich lange Zeit schwer mit der Anerkennung religiöser Pluralität. Heute hat sie als christliche Überzeugung erkannt, dass der christliche Glaube nur vertreten werden kann, wenn das Recht anderer Überzeugungen anerkannt wird. Denn der Glaube ist ein Geschenk des Heiligen Geistes und eine individuelle Gewissheit. Die Möglichkeiten Gottes, sich den Menschen bekannt zu machen, haben keine Grenzen. Alle Menschen sind seine Ebenbilder.

Die Evangelische Kirche in Deutschland bekräftigt ihr Ja zur religiösen Vielfalt in Deutschland ausdrücklich auch im Blick auf Musliminnen und Muslime und ihre Religion, den Islam. Ungeachtet der verschiedenen Offenbarungs- und Wahrheitsansprüche zwischen Christentum und Islam begegnet sie Musliminnen und Muslimen mit Respekt und Wertschätzung.

II.

Ein klares theologisch und rechtlich gegründetes Ja zur Religionsfreiheit und Religionsvielfalt auf der einen Seite erfordert auf der anderen Seite von Religionsgemeinschaften, Weltanschauungen und der Gesellschaft insgesamt die Einübung in die eigene Pluralitätsfähigkeit. Das bedeutet auch, mit den Erfahrungen von Verunsicherung, Überforderung oder Relativierung umzugehen, die durch das Vorhandensein verschiedener, sich widersprechender Anschauungen ausgelöst werden können. Vielfalt kann zu übertriebenen Profilierungsbestrebungen gegenüber anderen führen. Die evangelische Kirche sieht hier Gefährdungen und Herausforderungen, denen es zu begegnen gilt:

In der Bevölkerung in Deutschland gibt es derzeit eine verbreitete Ablehnung der Religion des Islam, die bis hin zu massiver Anfeindung und Bedrohung muslimischer Menschen reicht. Allein im letzten Jahr gab es zahlreiche Anschläge auf Moscheen und islamische Einrichtungen, unter den Opfern des NSU waren auch acht Muslime. Dabei zeigen sich sowohl rassistische Motive als auch Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Die evangelische Kirche verurteilt diese Gewaltakte auf das Schärfste und ist sehr besorgt über die Missachtung zivilisatorischer Werte, die darin zum Ausdruck kommt. Sie widerspricht allen Bestrebungen, die sich gegen die vorhandene religiöse Vielfalt richten und versuchen, eine religiös oder kulturell homogene Gesellschaft zu schaffen. Gerade weil auch die christliche Geschichte und die des Protestantismus nicht frei von Gewalt gegenüber Andersglaubenden ist, sieht die evangelische Kirche hier eine besondere Verantwortung und Aufgabe. Der Beginn des dreißigjährigen Krieges vor 400 Jahren mit seinen konfessionellen Fronten, aber auch ein jahrhundertelang theologisch gestützter Antijudaismus sind Anlass und Mahnung zu bleibender Wachsamkeit und Demut.

Vor diesem Hintergrund wird die Verbindung von Religion und Gewalt, die sich derzeit im religiösen Fundamentalismus bis hin zum sog. islamistischen Extremismus und Terrorismus findet, mit großer Sorge wahrgenommen. Die Anschläge vom September 2001 in den USA sowie viele weitere haben vor Augen geführt, zu welcher Verachtung des

eigenen Lebens und des Lebens anderer Menschen diejenigen fähig sein können, die sich selbst religiös verstehen. Einem solchen Religionsverständnis ist einhellig und unmissverständlich zu widersprechen. Die Achtung vor dem Leben anderer Menschen muss demgegenüber nicht nur als anerkanntes Menschenrecht, sondern auch als religiöser Wert wieder in Erinnerung gerufen werden. Dazu braucht es religiöse Bildung und eine grundlegende Kompetenz in Glaubensangelegenheiten. Das ist nicht nur eine Aufgabe für Musliminnen und Muslime – egal ob konservativ, traditionell, orthodox oder liberal –, sondern für die Gesellschaft insgesamt, die sich mit religiös extremistischen Ideologien, aber auch mit politischem und weltanschaulichem Extremismus in ihren Reihen auseinandersetzen muss. Im Wissen um die Geschichte der Christenheit gibt es dabei für die evangelische Kirche keinen Anlass zu Überheblichkeit oder Besserwisserei. Die gewaltsame Bekämpfung oder Verdrängung anderer Bekenntnisse und Glaubensanhänger darf in einer offenen und pluralen Gesellschaft keinen Platz haben.

Eine weitere Herausforderung für den religiösen Pluralismus erwächst derzeit nicht zuletzt auch infolge der zuvor genannten Herausforderungen dadurch, dass Religiosität in Deutschland insgesamt kritisch beurteilt und aus dem Bereich des öffentlichen Lebens zurückgedrängt wird. Diese mit dem Stichwort des »Laizismus« verbundene Position setzt die verfassungsmäßige Trennung von Staat und Religion sowie die religiöse Neutralität des Staates einseitig mit dem weitgehenden Schutz der Öffentlichkeit vor jeglicher Religion gleich. Das widerspricht aber dem Selbstverständnis der evangelischen Kirche und anderer Glaubensgemeinschaften, die nicht nur im privaten, sondern auch im öffentlichen Bereich wirken und sich dabei auch zum gesellschaftlichen und staatlichen Nutzen entfalten möchten. Zum Schutz der Religionsfreiheit gehört die Freiheit zur Religion im öffentlichen Raum, auch und gerade dann, wenn das in der Praxis einer religions- und weltanschaulich pluralen Gesellschaft bisweilen zu komplexen Aushandlungs- und Abstimmungsprozessen führt und nicht immer konfliktfrei verläuft.

III.

Die evangelische Kirche blickt mit Dankbarkeit auf die Erfahrungen, die seit einigen Jahrzehnten in Deutschland im interreligiösen Dialog mit Musliminnen und Muslimen gemacht werden. Im Raum der Evangelischen Kirche in Deutschland und ihren Gliedkirchen gibt es eine Fülle von kontinuierlichen Dialogprozessen und Initiativen, aus denen intensive Kontakte, vielfältige Kooperationen und nachhaltiges zwischenmenschliches Vertrauen erwachsen sind. Sie betrachtet den Dialog der Religionen vor allem auch mit dem Islam als Teil der offenen Lerngeschichte der Reformation, was zugleich verdeutlicht, dass er nicht zu allen Zeiten dieser inzwischen 500-jährigen Geschichte des Protestantismus vorhanden, möglich oder überhaupt erwünscht war. Der Dialog zwischen Menschen unterschiedlicher Glaubensüberzeugungen ist für die friedliche und konstruktive Gestaltung des Zusammenlebens in einer pluralen Gesellschaft unverzichtbar. Zwar kann niemand zum Dialog gezwungen werden, doch ist eine aktive Beteiligung an diesem Dialog auch Ausweis der Verständigungsbereitschaft und Friedensfähigkeit, die wiederum zu einer erhöhten gesellschaftlichen Akzeptanz der Religionen führen kann.

Die kontinuierliche Fortsetzung und Vertiefung des Dialogs mit Musliminnen und Muslimen und den von ihnen gegründeten Gemeinschaften in Deutschland ist daher für die evangelische Kirche ein selbstverständliches Anliegen, das sie auch in Zukunft weiter voranbringen möchte. Sie freut sich über alle positiven Erfahrungen, die in unterschiedlichen Bereichen gemacht werden, sei es im schulischen Bereich beim interreligiösen Lernen zwischen evangelischen und muslimischen Schülerinnen und Schülern, sei es auf universitärer Ebene durch die neu gegründeten Zentren für islamische Studien und Theologie an deutschen Universitäten oder sei es durch die beginnende Zusammenarbeit in den Bereichen Diakonie und Wohlfahrtspflege, der Flüchtlingsarbeit oder der Seelsorge in Einrichtungen und Institutionen.

Daneben gibt es auch Schwierigkeiten und negative Erfahrungen, die den Dialogprozess erschweren. Die aktuellen politischen Entwicklungen in der Türkei sowie in anderen

Ländern haben einen zum Teil negativen Einfluss auf die Dialogsituation in Deutschland, Fragen nach der strukturellen Nähe deutscher Islamverbände zu ausländischen Regierungen stehen im Raum. Die von vielen geteilte Hoffnung, dass der Grundsatz der Gleichbehandlung der Religionen als Ausgangspunkt der vorhandenen Rechtsordnung auch zeitnah vergleichbare Organisationsformen auf muslimischer Seite eröffnen würde, erfüllte sich bisher nicht. Verhandlungen zwischen einzelnen Bundesländern und den dort vorhandenen islamischen Religionsgemeinschaften sind zum Teil ins Stocken geraten. Die evangelische Kirche ist besorgt über die in diesem Zusammenhang entstandenen Polarisierungen in Politik und Gesellschaft, aber auch über Formen der Verbindung von Religion und Nation oder von Religion und Ethnie, die sie als nicht hilfreich für das Zusammenleben in einer pluralen Gesellschaft ansieht.

IV.

Enttäuschte Erwartungen und verlorengegangenes Vertrauen sind eine Bewährungsprobe für den Dialog. Zugleich geben sie Anlass, die Grundstandards der gegenseitigen Verlässlichkeit in Erinnerung zu rufen. Dazu zählen die grundsätzliche Akzeptanz des religionsverfassungsrechtlichen Rahmens ebenso wie die faktische Toleranz gegenüber Andersglaubenden. Letztere ist auch Grundvoraussetzung für einen konstruktiv geführten Dialog.

In der Frage, wie sich die vorhandenen islamischen Verbände und Gemeinschaften in gleichheitswahrender Weise im öffentlichen Raum entfalten können, versteht sich die evangelische Kirche als mehr als nur Beobachterin, weil sie sich von ihrer Botschaft her für ein friedliches und gerechtes Zusammenleben einsetzt. Zwar muss letztlich der Staat die religionsrechtlichen Rahmenbedingungen mit allen Rechten und Pflichten für die einzelnen Gemeinschaften setzen und einfordern; die evangelische Kirche kann aber dort, wo es möglich ist, Hilfestellung anbieten und partnerschaftliche Kooperationen eingehen. Im derzeitigen Ringen um die rechtliche Stellung islamischer Verbände in Deutschland sieht sie im Blick auf die gesellschaftliche Akzeptanz eine Bewährungsprobe für das bestehende Religionsrecht und für die Religionsgemeinschaften gleichermaßen.

Sie ist sich dessen bewusst, dass die rechtliche Gestalt der Evangelischen Kirche in Deutschland selbst das Ergebnis eines allmählichen Loslösungs- und Emanzipationsprozesses zwischen Thron und Altar darstellt. Die jetzige Ordnung ist nicht vom Himmel gefallen oder unveränderbar, sie bietet aber die Garantie für eine größtmögliche religiöse Freiheit unter gleichzeitiger Wahrung anderer Rechtsgüter und der Persönlichkeitsrechte aller.

Musliminnen und Muslimen wie Vertreterinnen und Vertreter anderer Religionsgemeinschaften müssen sich nicht kirchenförmig strukturieren oder organisieren, um die Rechte des Religionsverfassungsrechts in Anspruch nehmen zu können. Den religiös begründeten Besonderheiten muslimischer Verbände kann sehr wohl Rechnung getragen werden. Andererseits müssen qualitative und quantitative Maßstäbe angelegt werden, um den gleichheits- und freiheitswahrenden Vorgaben des Religionsrechtes zu entsprechen. Der evangelischen Kirche ist vor diesem Hintergrund sehr daran gelegen, dass den Musliminnen und Muslimen und ihren Organisationsformen in Deutschland ein freies Wirken und die Teilhabe an den Entfaltungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum gewährleistet wird.

Gleichzeitig sieht sie, dass extremistische und fundamentalistische Strömungen innerhalb des Islam in Deutschland die Vorbehalte erhöhen, die es gegenüber deren Rechtstreue z. B. im Blick auf die Trennung von Staat und Religion, die Gleichberechtigung der Geschlechter oder die Friedensfähigkeit und Toleranz gegenüber anderen Religionen und Weltanschauungen gibt. Sie warnt allerdings davor, hier voreilig zu pauschalen und verallgemeinernden Schlüssen zu kommen, wo Differenzierung und Unterscheidung geboten sind. Der durch den interreligiösen Dialog der letzten Jahre und Jahrzehnte eingeschlagene Weg der respektvollen Verständigung und Begegnung muss weitergeführt und

intensiviert werden. Es wäre wünschenswert, dass er in Zukunft eine noch stärkere gesellschaftliche Durchdringung erfährt und weitere Menschen aus Religionsgemeinschaften und Zivilgesellschaft einbindet, die sich bisher noch nicht eingebracht haben. Denn die Freiheit zur Religion wie auch die Freiheit von Religion kann in einer pluralen Gesellschaft nur gemeinsam vertreten und gestaltet werden

Hannover, 24. September 2018

2. Evangelische Kirche im Rheinland. Für die Begegnung mit Muslimen. Theologische Positionsbestimmung

Seit mehr als vierzig Jahren engagiert sich die Evangelische Kirche im Rheinland im Dialog mit Muslimen und Musliminnen. Zu zahlreichen Aspekten des Zusammenlebens, des Dialogs und der Theologie hat sie schon Stellung bezogen. In Fortführung dieses Weges formulieren wir heute folgende wichtige Einsichten und Impulse für die Weiterarbeit:

1. Im Hören auf die Heiligen Schriften Alten und Neuen Testaments und in der Antwort ihres Glaubens weiß sich die Evangelische Kirche im Rheinland gebunden an das Bekenntnis zu Jesus Christus, dem gekreuzigten und auferstandenen Sohn Gottes, der in der Bundesgeschichte Gottes mit seinem Volk steht. Diese Bindung verdankt sie dem heilvollen Wirken der Gnade Gottes. Sie nimmt den Glauben muslimischer Menschen als Bindung an den einen Gott wahr.

2. Die Evangelische Kirche im Rheinland sieht im jeweils eigenen Bezug von Christentum und Islam auf die biblischen Traditionen, in der Wertschätzung der Muslime und Musliminnen für Jesus als besonderen Propheten und im Leben vor Gottes Gerechtigkeit und Barmherzigkeit eine Beziehung zwischen beiden Religionen begründet. Hieraus ergeben sich Ansatzpunkte für das theologische Gespräch, in dem sowohl Gemeinsamkeiten als auch grundlegende Differenzen offen zur Sprache kommen. Die Landessynode betont, dass die Beziehung zwischen Christentum und Islam anders ist als die wesentliche, bleibende Bezogenheit des Christentums auf das Judentum.

3. Jesus Christus selbst wendet sich unterschiedlichsten Menschen in Liebe zu und ist Christen und Christinnen darin ein Vorbild auch in der Begegnung mit Muslimen und Musliminnen. Die Landessynode ermutigt die Mitglieder der Evangelischen Kirche im Rheinland dazu, ihren eigenen Glauben im Dialog zu erklären und freimütig zur Sprache zu bringen. Der Dialog zielt auf das gegenseitige Kennenlernen, das gemeinsame Handeln, das Aushalten von Differenzen sowie eine vertiefte Wahrnehmung der je eigenen Traditionen, nicht aber auf eine Konversion zur jeweils anderen Religion.

4. Die Landessynode beschließt, den christlich-muslimischen Dialog in der Evangelischen Kirche im Rheinland zu vertiefen und auch in schwierigen Situationen daran festzuhalten. Sie hält diesen Dialog für einen kirchlichen Auftrag und ermutigt alle, die sich in Gemeinden, Kirchenkreisen und Einrichtungen in der Dialogarbeit engagieren, diese bereichernden Gespräche, Kooperationen und Modelle gemeinsamen Lebens und Arbeitens weiter zu entwickeln. Die Landessynode wendet sich gegen Ausgrenzung und Verunglimpfung von Menschen aufgrund ihrer religiösen Zugehörigkeit. In unserer säkularen und demokratischen Gesellschaft stehen Christen und Christinnen und Muslime und Musliminnen in der Verantwortung für eine positive Gestaltung des Gemeinwesens. Hierzu gehört der Einsatz gegen alle Formen von Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, religiösem Extremismus und Fundamentalismus.

5. Die Landessynode bekräftigt: Als Christen und Christinnen treten wir ein für Religionsfreiheit als ein universales Menschenrecht. Die Religionsfreiheit beinhaltet zu glau-

ben, nicht zu glauben und seinen Glauben zu wechseln sowie ihn öffentlich zu leben und zu bekennen.

Die Evangelische Kirche im Rheinland begrüßt das Bestreben muslimischer Organisationen in Deutschland, ihr Verhältnis zum Staat rechtlich weiter auszugestalten. Sie befürwortet den Islamischen Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach und die Lehre Islamischer Theologie an den Universitäten. Die Evangelische Kirche im Rheinland ermutigt zu Kooperationen von Christen und Christinnen mit Muslimen und Musliminnen z. B. in der Seelsorge in Krankenhäusern, Justizvollzugsanstalten und in der Notfallseelsorge, in der diakonischen Praxis und im Bildungsbereich. Sie verstetigt die Möglichkeiten zur interkulturellen Öffnung im eigenen Arbeitsrecht.

6. Die Landessynode bittet die Kirchenleitung, die vielfältigen Vorschläge aus den Rückmeldungen der Kirchengemeinden, Kirchenkreise und Einrichtungen im Diskussionsprozess zur Weiterarbeit auszuwerten und auf der Grundlage dieses Beschlusses Vorschläge zu unterbreiten und umzusetzen, wie die Begegnung mit Muslimen und Musliminnen auf allen Ebenen der Kirche weiter gestärkt werden kann.

BEGRÜNDUNG

1. Christinnen und Christen, die an ihrem Bekenntnis zu Jesus Christus festhalten, können auch innerhalb der islamischen Religion eine Geschichte Gottes mit den Menschen sehen.

Für Muslime und Musliminnen ist es selbstverständlich, dass sie wie Juden und Jüdinnen und Christen und Christinnen an den einen Gott glauben. Das römisch-katholische zweite vatikanische Konzil spricht im Dokument »Nostra aetate« von der Hochachtung gegenüber den Musliminnen und Muslimen, »die den alleinigen Gott anbeten«.

In der Orientierungshilfe der Evangelische Kirche im Rheinland »Christen und Muslime nebeneinander vor dem einen Gott« von 1998 heißt es (Seite 23): »Zwischen Gott und Gottesbildern ist zu unterscheiden. Auch wenn Menschen und Religionen verschieden von Gott reden, schafft die Vielzahl von Gottesbildern und Religionen keine Vielzahl von Göttern. Gott ist auch nach christlichem Bekenntnis einer und einzig (Dtn 6, 4.5; Mk 12, 28). Neben ihm gibt es keine anderen Götter. Es ist ein Gott, der an Christinnen und Christen und Musliminnen und Muslimen, ja an allen Menschen handelt, auch wenn sie ihn verschieden verstehen und verehren, ihn ignorieren oder ablehnen«.

Wir als Christinnen und Christen verfügen nicht endgültig über die Wahrheit unseres Glaubens. Sie erschließt sich, indem wir sie uns immer wieder durch die Heilige Schrift sagen lassen. Unser Hören führt zu dem Bekenntnis zu Jesus als dem Christus, der den Menschen frei von Berührungsängsten und mit einer Haltung der Zuwendung begegnet. Diese Haltung ist uns als Nachfolgenden ein Maßstab.

Deutlich wird: Wir können als Christinnen und Christen über den Glauben der Musliminnen und Muslime nicht urteilen, denn wir stehen nicht an der Stelle Gottes. Niemand kann einen Standpunkt über den Religionen einnehmen.

In ihrer Handreichung »Religionsfreiheit gestalten« hat die EKiR 2013 formuliert (Seite 42): »Die religiöse Überzeugung steht nicht zur Disposition des Subjekts, sie ist nicht Gegenstand völlig freier Wahl, sondern reagiert auf Erwählung. Sie ist Gnade. Und diese Erfahrung (…) können wir auch bei Anhängern anderer Religionen für möglich halten. Mit anderen Worten: Das Wissen um den Antwortcharakter des eigenen Glaubens sollte zu Achtung vor dem fremden Glauben, dem ein ähnlicher Charakter zugute gehalten wird, führen.«

So sehr uns als Christinnen und Christen die Treue und Liebe Gottes durch Jesus Christus offenbart und zugesprochen ist (z. B. Joh 14, 9), so lesen wir doch in der heiligen Schrift auch von der Unerforschlichkeit und Verborgenheit der Wege Gottes (Röm

11, 33–36). Spannung und Widerspruch zwischen Gottes Liebe in Jesus Christus und den unbegrenzbaren Möglichkeiten der göttlichen Freiheit können wir theologisch nicht auflösen, sondern nur anerkennen und preisen. Die 10. Weltmissionskonferenz in San Antonio 1989 formuliert so als ökumenischen Konsens: »Wir kennen keinen anderen Weg zum Heil als Jesus Christus, zugleich können wir dem Heilswirken Gottes keine Grenzen setzen.«(vgl. ausführlicher Lesebuch, 6.2)

2. Zwischen Christentum und Islam besteht durch den unterschiedlichen Bezug auf gemeinsame biblische Traditionen eine besondere Beziehung.

Während das Judentum als Wurzel und als bleibendes Gegenüber des christlichen Glaubens für uns als Kirche konstitutiv ist, lässt sich dies für den Islam so nicht feststellen. Trotzdem ist es deutlich, dass der Islam sich auf jüdische und christliche Traditionen wie auf beide Teile der Bibel bezieht. Ein bleibender Unterschied, wie zum Judentum auch, liegt allerdings in der christlichen Deutung der Person Jesu Christi und im trinitarischen Bekenntnis. Im Jahr 2009 hat die Landessynode mit der Arbeitshilfe »Abraham und der Glaube an den einen Gott« sowohl Trennendes als auch Gemeinsames bedacht und theologische Zugänge eröffnet, mit beidem umzugehen. Besonders am trinitarischen Bekenntnis zeigt sich, dass der Dialog unsere theologische Sprachfähigkeit erfordert und befördert. Die Beschreibung unserer theologischen Beziehung zum Islam hat die Unterschiede ebenso wie das Verbindende zu berücksichtigen. Dabei wird es nicht alleine um theologische Positionierungen gehen können, sondern in gleicher Weise um menschliche und spirituelle Begegnung mit dem Glauben des anderen.

3. Interreligiöser Dialog ist weder Selbstverleugnung noch Überzeugungsversuch. Zu ihm gehört bei allen Beteiligten das Bezeugen des eigenen Glaubens ebenso wie die Bereitschaft, sich verändern zu lassen.

Bedingung für einen Dialog ist, dass der oder die Gesprächspartner nicht als »defizitär« oder »verloren« wahrgenommen werden und so nur als jemand, der oder die sich ändern müsse, in den Blick kommen. Vielmehr geht es hier um die Entwicklung einer wertschätzenden und respektvollen Haltung im Umgang mit dem religiös Anderen und seinem Glauben. In den Diskussionen seit der Veröffentlichung von »Weggemeinschaft und Zeugnis« wurde verschiedentlich angemahnt, der Dialog mit den Musliminnen und Muslimen sei vielen Orts ein »Kuscheldialog«, der nur funktioniere, wenn Christinnen und Christen von ihrem christologischen Bekenntnis absehen. Ein solcher Dialog ist in dieser Vorlage nicht gemeint. Wertschätzung und Akzeptanz meinen nicht das Verschweigen der eigenen Glaubensüberzeugungen. Sie verwirklichen sich im Reden und Zuhören, im Fragen und in dem Bemühen zu verstehen und sich selbst verständlich zu machen.

Andererseits wird ins Gespräch gebracht, dass Christinnen und Christen Musliminnen und Muslime um ihres Seelenheils willen für Christus gewinnen müssten. Demgegenüber sei festgehalten: Die Bekehrung eines Menschen liegt nicht in unserer, sondern in Gottes Hand. Unsere Sache ist das Zeugnis über unseren eigenen Glauben. Wenn Menschen muslimischen Glaubens sich taufen lassen wollen, so ist das, wie bei anderen Taufen auch, Grund zur Freude.

4. Der christlich-muslimische Dialog ist ein kirchlicher Auftrag.

Christinnen und Christen sind dazu aufgerufen, die Gute Botschaft auch darin weiterzugeben, dass sie sich für ein friedliches Zusammenleben und Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft einsetzen. Dies beinhaltet auch den entschiedenen Widerspruch, wenn Menschen aufgrund ihrer Religion pauschal verunglimpft werden oder ihnen eine gleichberechtigte Teilhabe an dieser Gesellschaft verwehrt werden soll.

Die praktischen Schwierigkeiten und kulturellen Hindernisse im Dialog, gerade in Zeiten, in denen die politischen Zusammenhänge den menschlichen Kontakt belasten, sollen und können nicht in Abrede gestellt werden.

Ebenso muss deutlich sein, dass der Dialog nicht das Verschweigen von eigenen Glaubensüberzeugungen erfordert oder das Hinwegsehen über unverständliche oder problematische Einstellungen bei den Partnern und Partnerinnen bedeuten kann und soll. Am Dialog festzuhalten soll zweierlei erreichen: erstens, die menschlichen wie institutionellen Kontakte nicht abreißen zu lassen, weil miteinander reden immer besser ist als einander aus dem Weg zu gehen und hilft, Ängste aufzulösen und Irritationen zu beseitigen. Und zweitens, immer wieder Gelegenheiten für das Gespräch über unseren Glauben und unsere daraus folgende Ethik herbeizuführen. Das interreligiöse Gespräch reizt dazu, sich intensiv theologisch mit den eigenen Überzeugungen zu beschäftigen. So kann der Dialog zu einer »Sprachschule des Glaubens« werden und in eine Weggemeinschaft mit Musliminnen und Muslimen führen.

5. Religionsfreiheit gestalten: den eigenen Glauben friedlich und ohne Diskriminierung leben.

Das universale Menschenrecht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit umfasst »die Freiheit […], seine Religion oder seine Weltanschauung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder seine Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Kulthandlungen zu bekennen.« (Art. 18 Allgemeine Erklärung der Menschenrechte)

Die Glaubwürdigkeit kirchlicher Positionen bemisst sich auch am kirchlichen Handeln. Ein kirchlicher Beitrag zum Ziel der Akzeptanz kann darin liegen, in den Bereichen, in denen die Kirchen bisher weitgehend dominierten, muslimische Akteure wahrzunehmen. Hier geht es um konstruktive Kooperation angesichts der weltanschaulichen Vielfalt in unserer Gesellschaft. Betroffen sind hier vor allem die Arbeitsfelder, die durch staatliche Mittel im Sinne des Subsidiaritätsprinzips refinanziert werden oder verfassungsrechtlich geregelt sind.

Um den Islam auf gute Weise in das staatliche Religionsrecht einzubinden, sind die islamischen Organisationen, aber auch der Staat und die Kirchen gefordert. Geeignete Formen müssen gefunden werden, die der religiösen Pluralität und anderen Organisationsformen als denen der Kirchen Rechnung tragen. Dies erfordert allein schon das Gebot der staatlichen Neutralität, das sich im Prinzip der Gleichbehandlung von Religionsgemeinschaften und der Garantie von Religionsfreiheit verwirklicht. Dabei dürfen Errungenschaften des Staatskirchenrechts, wie theologische Lehre an staatlichen Fakultäten und Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach an den öffentlichen Schulen, Selbstorganisation und die Möglichkeit zur öffentlichen Wirksamkeit zwar verändert, aber nicht preisgegeben werden.

6. Begegnungen stärken und Weggemeinschaft intensivieren

Der mit der Veröffentlichung von »Weggemeinschaft und Zeugnis in der Begegnung mit Muslimen« (2015) initiierte Diskussionsprozess zielte auf die theologische Positionsbestimmung auf der Landessynode. Damit ist eine Etappe auf dem Weg der Intensivierung der Begegnung mit Musliminnen und Muslimen in unserer Gesellschaft beschritten. In vielen Rückmeldungen während des landeskirchlichen Diskussionsprozesses wurden Vorschläge, Empfehlungen und Wünsche zur Weiterarbeit gemacht. Diese sollen auf der Basis des Synodenbeschlusses ausgewertet werden und für die zukünftige Begegnung mit Musliminnen und Muslimen in der rheinischen Kirche fruchtbar gemacht werden.

3. Kollegium des Evangelischen Oberkirchenrats Karlsruhe: Christen und Muslime Gesprächspapier zur theologischen Wegbestimmung der Evangelischen Landeskirche in Baden[30]

Überblick

Vielfalt und Verschiedenheit prägen unsere Welt. Das Zusammenleben in unserer Gesellschaft und Kirche wird nur gelingen, wenn sich die Religionen miteinander verständigen.

In vielen Gemeinden der evangelischen Landeskirche gibt es Begegnungen und Gespräche zwischen christlichen und muslimischen Gläubigen; das bereichert unser Zusammenleben – gleichzeitig fordern uns die Ähnlichkeiten und Unterschiede auch heraus und können verunsichern. Eine sorgfältige Auseinandersetzung mit dem Islam ist notwendig, und sie ermutigt, uns gründlich mit unserem eigenen Glauben zu beschäftigen und zu klären, auf welcher Grundlage wir Christinnen und Christen mit Musliminnen und Muslimen leben und reden.

Aufgrund der Charta Oecumenica (Art. 11) hat sich die Evangelische Landeskirche in Baden in ökumenischer Gemeinschaft mit anderen europäischen Kirchen verpflichtet, »den Muslimen mit Wertschätzung zu begegnen und bei gemeinsamen anliegen mit Muslimen zusammenzuarbeiten.«

Dass wir uns um eine gute Beziehung zu muslimischen Gläubigen bemühen, lässt die einzigartige und grundlegende Gemeinschaft der Kirche mit dem Judentum unangetastet. Vielmehr fällt von der Beziehung der Kirche zum Judentum auch Licht auf das Verhältnis zum Islam.

Unsere biblischen Glaubensüberlieferungen zeigen uns: religiöser Verschiedenheit können wir offen und gesprächsbereit begegnen. Dabei geht es nicht um Beliebigkeit oder Relativismus. Wir haben gute theologische Gründe, auch anderen Wahrheit zuzutrauen. Das ist die Haltung, in der wir das Gespräch mit Muslimen führen. Denn in der christlichen Glaubensüberzeugung ist die innere Bereitschaft angelegt, voller Vertrauen und Hoffnung Gottes Geschichte mit Menschen nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb der Kirche anzuerkennen. Das begründen und entfalten wir im Blick auf die muslimischen Gläubigen in den folgenden neun Punkten:

Gott und Wort

(1) Als Christen und Christinnen glauben wir: Gott hat seit Anbeginn der Welt zu den Menschen geredet, insbesondere durch die Botschaft der Propheten. Der Islam versteht sich grundsätzlich in der Linie der biblischen Prophetie. Aus dem christlichen Glauben heraus begegnen wir diesem Anspruch mit Offenheit und Respekt, sehen aber auch die Unterschiede: Für den christlichen Glauben ist Jesus Christus das fleischgewordene Wort Gottes.

Vom Verstehen der Heiligen Schriften

(2) Christen und Christinnen glauben: Gottes Wort ergeht im Menschenwort. Genauso halten Muslime und Musliminnen daran fest: Die von Ewigkeit her gültige Gottesbotschaft geschieht im Medium der begrenzten menschlichen Einsichten. Gottes Wort hat unbedingte Geltung, und es kann doch nicht anders als zeit- und situationsbedingt verstanden werden. Um das rechte Verhältnis zwischen diesen beiden Polen ringen christliche und muslimische Gläubige, wenn sie ihre heiligen Schriften auslegen.

Von der Dreieinigkeit

(3) Christinnen und Christen sprechen von ihrem Vertrauen in den dreieinigen Gott und meinen damit den einen Schöpfer von Himmel und Erde. Von Ewigkeit her spricht er sein

30. Angesichts des Umfangs des Dokuments von 63 Textseiten kann hier nur der Überblick (S. 4 und 5) wiedergegeben werden.

Wort zur Erlösung und Vollendung aller. Als christliche und als muslimische Gläubige verehren wir den einen Gott, den wir Christen als dreieinig bekennen und im Geheimnis der Dreifaltigkeit loben. Hierin liegen zugleich Nähe und Differenz zum jüdischen und muslimischen Glauben. Muslime und Musliminnen fragen, wie Christen die Einzigkeit Gottes im Bekenntnis zur Dreieinigkeit wahren — das fordert uns heraus, dieses Bekenntnis noch deutlicher und tiefer zum Ausdruck zu bringen. Bei alledem wird die Verehrung des einen Gottes im Glauben der drei Religionen nicht aufgehoben durch die jeweils unterschiedlichen Weisen von ihm zu reden.

Jesus

(4) Im Koran gilt Jesus als Bote Gottes im Auftrag des höchsten, begabt mit seinem Geist; als Person steht er für Gottes Segen und Barmherzigkeit für die Menschen. Diese Überzeugung öffnet christlichen und muslimischen Gläubigen Wege des Verständnisses, die wir weiter erkunden möchten. Weil Jesus Christus der Gekreuzigte und Auferstandene für uns Christinnen und Christen im Zentrum unseres Glaubens steht, sehen wir auch Grenzen des Gesprächsfeldes und offene Fragen. Bereit, uns selbst und die anderen tiefer und besser zu verstehen, möchten wir sie gemeinsam ausloten.

Schöpfung

(5) Das eigene Leben in Verbindung mit Gott dem Schöpfer zu verstehen, verbindet christliche und muslimische Gläubige als festes Fundament und ist eine gute Basis, um über Unterschiede im Verständnis des Menschseins nachzudenken.

Rechtfertigung und Gerechtigkeit

(6) Christen und Muslime erwarten, dass Gott in Gerechtigkeit und zugleich in Barmherzigkeit das Leben der Menschen beurteilt und nach ihren Taten fragt – das ist Teil der biblischen Botschaft und des Korans. Als evangelische Christinnen und Christen sind wir dankbar für die befreiende Botschaft der Rechtfertigung des Sünders allein durch Gottes Gnade, wie sie die reformatorische Theologie besonders zum Leuchten gebracht hat; zugleich achten wir die Ernsthaftigkeit, mit der Muslime auf die Pflicht zur Rechenschaft für unser Handeln vor Gott hinweisen.

Ethik

(7) Die koranische Beschreibung des »rechten Weges« folgt auf weiten Strecken der ethischen Tradition, die wir vor allem aus der hebräischen Bibel kennen. Der Islam gründet sich auf Recht und Gerechtigkeit; für das Verhältnis zu Gott und das zwischenmenschliche Handeln ist Gerechtigkeit bestimmend. Ebenso deutlich ist auch Gottes Barmherzigkeit. Uns ist aus der Bibel beides vertraut: dass Menschen in Gerechtigkeit recht geleitet werden und Barmherzigkeit üben, weil Gott barmherzig ist.

Gewalt

(8) Die Frage der Gewalt in den heiligen Texten stellt sich für die christliche Bibel und den Koran, für beide Religionen und ihre Praxis in Geschichte und Gegenwart. In beiden Religionen gibt es Züge einer gewalthaltigen Theologie, die sich auf Gott und die heiligen Schriften beruft. Das wollen und dürfen wir im Gespräch weder ausklammern noch verharmlosen. Pauschalisierungen und Verkürzungen helfen hier nicht, sondern ein selbstkritischer Umgang mit den eigenen Überlieferungen. Aus christlicher Sicht muss das menschliche Verhältnis zur Gewalt gemessen werden an Jesu Forderung des Gewaltverzichts und seiner Botschaft vom Frieden ohne Gewalt.

Religionsfreiheit

(9) Die eigene Religion frei und öffentlich ausüben zu können, die Religion zu wechseln oder auch religionslos zu leben: dieses Menschenrecht der Religionsfreiheit ist eine Voraussetzung für unser Zusammenleben in einer pluralen Gesellschaft. Christliche und

muslimische Gläubige haben eine Verantwortung für ein friedliches und gerechtes Zusammenleben: darum ist es ihre Aufgabe, Religionsfreiheit im modernen Sinn mit den jeweiligen religiösen Überzeugungen und den christlichen und muslimischen Konzepten von Freiheit und Toleranz zu vereinbaren.

Im Glauben an Gottes grenzüberschreitende Liebe reicht die evangelische Landeskirche in Baden muslimischen Gläubigen die Hand zum gemeinsamen achtungsvollen Unterwegssein. als Christinnen und Christen können wir im Glaubensleben muslimischer Menschen heilvolle Spuren Gottes wahrnehmen und darauf vertrauen, dass Gottes Wirken in der Kraft des heiligen Geistes stets größer ist, als wir begreifen können. Darum ermutigen wir unsere Gemeinden, Werke und Dienste, konkrete Möglichkeiten und Formen einer christlich-islamischen Weggemeinschaft zu erkunden, weiter auszubauen und zu pflegen. Wir verstehen das christlich-islamische Gespräch als kirchlichen Auftrag, ebenso mutig wie umsichtig weitere Schritte zu gehen in einer freien und offenen Gesellschaft, in der wir gemeinsam mit Menschen muslimischen Glaubens Verantwortung für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung wahrnehmen.

Dies gilt ganz konkret: für Gottesdienste und religiöse Feiern, im Religionsunterricht und der außerschulischen Bildung, in der Seelsorge in Krankenhäusern, Gefängnissen und anderen öffentlichen Einrichtungen, im Miteinander der Familien, in diakonischer Arbeit und Beratung und nicht zuletzt in der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit.

4. Die Evangelische Kirche in der Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus Eine Sichtung der Themen und exemplarischer Verlautbarungen im protestantisch-kirchlichen Raum

Von Christian Staffa

Es ist in diesen Tagen kirchlicher, theologischer und religionspädagogischer Reflexion immer noch aufgegeben, darüber nachzudenken, was in der Theologie selbst und nicht ihr äußerlich an judenfeindlicher Gewalt, Ablehnung und Ignoranz beigegeben ist. Das im Vorwort der Informationsbroschüre »Antisemitismus – Vorurteile, Ausgrenzungen, Projektionen und was wir dagegen tun können«, die vom Gemeinsamen Ausschuss »Kirche und Judentum« der EKD, der VELKD und der UEK erarbeitet wurde (Im Folgenden »Broschüre« genannt), benutzte »immer noch« widerspricht einer gegenwärtig weit verbreiteten Annahme, als habe es einmal eine Phase gegeben, in der dies der Kirche oder der Gesamtgesellschaft weniger aufgegeben worden sei.

1. Die Informationsbroschüre »Antisemitismus – Vorurteile, Ausgrenzungen, Projektionen und was wir dagegen tun können«

Zur Reichspogromnacht am 9. November 1938 veröffentlichen die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), die Union Evangelischer Kirchen in der EKD (UEK) und die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands (VELKD) gemeinsam die Broschüre »Antisemitismus – Vorurteile Ausgrenzungen, Projektionen und was wir dagegen tun können«. In der Pressemeldung zur Veröffentlichung hieß es dazu: »Die Bilder von zerstörten Synagogen und verwüsteten jüdischen Geschäfte haben sich in das kollektive Gedächtnis unseres Landes eingebrannt. Die Reichspogromnacht gehört für immer zur Erinnerungskultur unseres Landes. Antisemitismus ist kein Phänomen von gestern. Der Anschlag in Pittsburgh[1], antisemitische Vorfälle in Deutschland sowie die unverminderte Hetze gegen Jüdinnen und Juden im Netz zeigen: Es ist heute weiterhin nötig, allen Formen von Judenfeindschaft und Antisemitismus entgegen zu treten. Christlicher Glaube und Judenfeindschaft schließen einander aus. Antisemitismus ist Gotteslästerung.«[2]

1. Am 27. Oktober 2018 waren beim bis dahin schwersten antisemitischen Gewaltakt gegen Juden, dem Angriff auf die Tree-of-Life-Synagoge in Pittsburgh im US-Bundesstaat Pennsylvania elf Menschen erschossen und sechs Menschen verletzt worden.
2. www.ekd.de/ekd-mit-gemeinsamer-erklaerung-zu-80-jahren-reichspogromnacht-39769.htm. Zitate werden im Folgenden in Klammern nachgewiesen.

Das Thema »Antisemitismus« ist aktuell – wieder oder immer noch. Leider. Antijüdische Ressentiments und Parolen begleiteten in den zurückliegenden Jahren die Debatten um Beschneidung und die Proteste gegen den Gaza-Krieg 2014. Sie mischen sich häufig in die Beurteilung der Politik des Staates Israel und prägen die Haltung vieler Zuwanderer, die nach Deutschland kommen. (2)





Vielleicht waren weite Teile unserer Kirche nach dem großen Veränderungen in der Haltung gegenüber dem Judentum, die sich in zahlreichen sehr grundlegenden Texten in Grundordnungen und Verlautbarungen seit dem Rheinischen Synodalbeschluss 1980[3] niederschlugen, der romantischen Meinung, dass damit ein Großteil der Arbeit getan sei. Sie markierte nur den Anfang und die nüchterne Wahrnehmung dieses Umstandes mag sich ansehen, wie eine verstärkt notwendige Aufmerksamkeit. Doch diese Notwendigkeit war nie geringer, sie wurde vielleicht weniger gesehen.

Als spezifisch theologische Aufgabe ist uns einerseits das Heben der verborgenen Schätze einer biblischen Theologie gestellt, die das biblische wie das zeitgenössische Judentum nicht diskreditiert, sondern als lebendigen und verlebendigenden Teil des »Anderen« und genau darin als Teil des eigenen Lebens, Lernens, Glaubens und der Praxis versteht. Angedeutet ist diese Aufgabe in der Broschüre im letzten Abschnitt »Was Christen und Juden verbindet« (20f.):

Jesus, den Christen als den Sohn Gottes bekennen, war Jude. Er lebte in der jüdischen Tradition und hat sich nie von seinem Volk losgesagt. Er kannte die heiligen Schriften des Judentums und legte sie aus, wie es jüdische Lehrer tun.

Christinnen und Christen sind durch ihr Bekenntnis zu Jesus Christus mit dem Judentum in einer Weise verbunden, die sich von ihrem Verhältnis zu allen anderen Religionen grundlegend unterscheidet:

»Wir bekennen beide Gott als den Schöpfer des Himmels und der Erde und wissen, dass wir als von demselben Gott durch den aaronitischen Segen Ausgezeichnete im Alltag der Welt leben. Wir bekennen die gemeinsame Hoffnung eines neuen Himmels und einer neuen Erde und die Kraft dieser messianischen Hoffnung für das Zeugnis und das Handeln von Christen und Juden für Gerechtigkeit und Frieden in der Welt.« (Synodalbeschluss zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden, Evangelische Kirche im Rheinland, 1980)

Wenn Christinnen und Christen das Vaterunser beten, wie es nach der Überlieferung Jesus mit seinen Jüngern getan hat, treten sie in eine Beziehung zu dem Gott, der sich zuerst dem Volk Israel offenbart hat.

Wenn Christinnen und Christen ihre Bibel lesen, begegnen sie im Alten Testament auch der Heiligen Schrift von Jüdinnen und Juden. Die Erzählungen von der Schöpfung, von Abraham und Sara, Mose, David, den Propheten, Hiob … all diese Schriften teilt das Christentum mit dem Judentum. Aber auch das Neue Testament ist nur im Kontext des zeitgenössischen Judentums zu verstehen.

Der christliche Gottesdienst weist viele Verbindungen zum Gottesdienst in der Synagoge auf. Christinnen und Christen beten seit dem 1. Jahrhundert die Psalmen Israels. Sie singen auf Hebräisch »Halleluja«, »Hosianna« und »Amen«. Mit dem priesterlichen Segen, der auch in der Synagoge gesprochen wird, beschließen sie jeden Sonntag ihren Gottesdienst: »Der HERR segne dich und behüte dich. Der HERR lasse leuchten sein Angesicht über dir und sei dir gnädig. Der HERR erhebe sein Angesicht auf dich und gebe dir Frieden.« (4 Mose 6, 24–26)

Christinnen und Christen bekennen heute, dass sich in ihrem Verbundensein mit dem jüdischen Volk Gottes Verheißung an Abraham erfüllt: »Ich will dich segnen … und du sollst ein Segen sein. Ich will segnen, die dich segnen, und verfluchen, die dich verfluchen; und in dir sollen gesegnet werden alle Geschlechter auf Erden.« (1 Mose 12, 1–3)

3. Synodalbeschluss »Zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden« vom 11. Januar 1980; in: Die Kirchen und das Judentum. Dokumente von 1945 bis 1985, hg. von Rolf Rendtorf und Hans Hermann Henrix, Paderborn/München 1988, 593–596.

Leider gibt die Broschüre die produktive Struktur der ersten Hälfte auf, wo die Autor*innen unter Rubriken wie »Gegen Ausgrenzung hilft« (7) oder »Was hilft?« (10) sozusagen Praxis- oder Nachdenkanregungen geben. Hier wäre z. B. auf diverse Predigthilfen von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, der Landeskirche Hannover oder der bayrischen Landeskirche zum 9. November oder 27. Januar, wie auch auf das sehr inspirierende Buch von Jürgen Ebach[4] zu verweisen. Ebach gibt Hinweise, wie denn im gottesdienstlichen Handeln auf die Verbindung zum Judentum explizit hingewiesen und sie liturgisch vergegenwärtigt werden kann. Diese werden aufgenommen in der für die Broschüre zu spät, nämlich 2018, erschienene Arbeitshilfe der Landeskirche Hannover »Mit Israel preisen wir. Gottesdienst feiern im Klangraum des Alten Testamentes«.[5] Die Fragen der Vergegenwärtigung im gottesdienstlichen Handeln wären an dieser Stelle in der Broschüre sehr hilfreich gewesen, denn nicht selten werden Verantwortliche des Christlich-Jüdischen Gesprächs gefragt, was denn in und mit der Gemeinde zu tun sei.

Neben den Verbindungen zum Judentum muss auch das historisch gewaltsam Trennende bearbeitet sein. So muss sich ein verantwortungsvoller Blick auf die christliche antijüdische Verstrickung richten.

Judenfeindschaft hat durch alle Jahrhunderte Lehre und Praxis der Kirchen begleitet. Die christliche Kirche sah sich lange als Alleinerbin der Verheißungen an, die Gott einst Israel geschenkt hatte. Ihre eigene Identität vermochte sie nur in feindlicher Abgrenzung vom Judentum, das an Gottes Bund mit Israel festhielt, zu beschreiben.

Ein typischer Ausdruck christlicher Überheblichkeit ist die bildliche Darstellung von »Kirche« und »Synagoge«, die im Mittelalter weit verbreitet war. Die »Kirche« posiert als Siegerin mit gekröntem Haupt, in den Händen trägt sie Kreuz und Abendmahlskelch. Die »Synagoge« steht da in gedemütigter Haltung mit gebrochener Lanze und verbundenen Augen. Blind und verstockt wird hier das Judentum dargestellt, triumphierend die christliche Religion.

Solche Darstellungen haben die Einstellung von Christinnen und Christen über Jahrhunderte geprägt. Sie bereiteten den Boden, auf dem Vorurteile und hasserfüllte Vorwürfe gegen »die Juden« gedeihen konnten. So wurde u. a. behauptet, die Juden seien Brunnenvergifter und Gottesmörder, würden Christenkinder schlachten und Hostien schänden. Ausgrenzung und Entrechtung von Jüdinnen und Juden, Vertreibung aus den christlichen Städten und tödliche Pogrome waren die Folge.

Auch die nationalsozialistische Propaganda knüpfte an die verbreiteten antijüdischen Einstellungen an und nutzte sie für ihre mörderischen Zwecke.

Die Erschütterung über den millionenfachen Mord an den Juden und Jüdinnen Europas in der Zeit des Nationalsozialismus und die Scham über das Versagen der christlichen

4. Ebach, Jürgen: Das Alte Testament als Klangraum des evangelischen Gottesdienstes, Gütersloh 2016. Zusätzlich könnte als beispielhaft angeführt werden: Amen. Impulse aus dem jüdisch-christlichen Gespräch für evangelische Gottesdienste, Berlin 2019, herausgegeben von der Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, der Evangelischen Akademie zu Berlin und dem Institut Kirche und Judentum (www.kirchliche-dienste.de/damfiles/default/haus_kirchlicher_dienste/arbeitsfelder/judentum/Amen-Impuls-aus-dem-j-uuml-d-christl.-Gespr-auml-ch-f-uuml-r-evang.-Gottesdienste-Brosch-uuml-re-der-EKBO-2019.pdf-e6e88c2570eebdc82e319343603de97b.pdf).

5. Hannover 2018. https://www.kirchliche-dienste.de/damfiles/default/haus_kirchlicher_dienste/arbeitsfelder/judentum/Mit-Israel-preisen-wir_Internet_RZ.pdf-cdea941cd228d84c4b5acd37dfd65c9a.pdf

Kirchen in Deutschland gaben Mitte der sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts den Anstoß zu einem Prozess der Umkehr und theologischen Neuorientierung im Verhältnis der Kirchen zum Judentum.

So sehr hier Verstrickung in den Blick genommen wird, so sehr bleibt leider der Mechanismus, der dieser Feindschaft zugrunde liegt, unbeachtet. Geht es doch um einen mörderischen Projektions- und Delegationsmechanismus, der unbarmherzig »dem Juden« das gesammelte eigene Negative, Unsichere und den eigenen Unglauben »andichtet« und an Juden und Jüdinnen »straft« und im wahrsten Sinne exekutiert. Diesen Mechanismus gilt es zu verstehen, wenn Abwehrmaßnahmen gegen Antisemitismus sinnhaft sein sollen. Die für christliche Theologie provozierendste und mich seit vielen Jahren umtreibende Beschreibung dieses Mechanismus sei hier in ihrer inhaltlichen Spitze zitiert:

Im Bild des Juden, das die Völkischen vor der Welt aufrichten, drücken sie ihr eigenes Wesen aus. Ihr Gelüste ist ausschließlicher Besitz, Aneignung, Macht ohne Grenzen, um jeden Preis. Den Juden mit dieser Schuld beladen, als Herrscher verhöhnt, schlagen sie ans Kreuz, endlos das Opfer wiederholend, an dessen Kraft sie nicht glauben können.[6]

Neben vielem anderen Bemerkenswerten an diesem Befund soll es hier nur darum gehen zu unterstreichen, dass Antisemitismus eine fundamentale Projektions- und Delegationsfigur ist, die sich um die Sicherung des Selbstbildes dreht und in keinem Falle beschreibt, was und wie Juden sind. Nun ist es sicher nicht leicht, in seiner solchen Broschüre, Antijudaismus und Antisemitismus als komplexe und projektive Form der Selbstidealisierung zu adressieren. Dennoch wäre ein Hinweis hilfreich gewesen, denn die emphatischen Aussagen

Heute bekennt die Evangelische Kirche in Deutschland klar und unmissverständlich: Christlicher Glaube und Judenfeindschaft schließen einander aus.

Die christliche Kirche ist ihrem Wesen nach eine Gemeinschaft, die die Grenzen von Nationalität und Kultur überschreitet. In ihrem Dienst an der Welt lassen sich Christen und Christinnen leiten von biblischen Geboten, die sie mit der jüdischen Tradition teilen: Barmherzigkeit, Nächstenliebe, Gastfreundschaft, Gerechtigkeit und Frieden. Zusammen mit allen Menschen guten Willens setzen sie sich für die Überwindung von Fremdenfeindlichkeit und von rassistischen und antisemitischen Einstellungen innerhalb und außerhalb der Kirchen ein. (14)

verlangen ja geradezu nach einer Erklärung, warum denn das Gegenteil historisch gegenüber der jüdischen Bevölkerung so wirksam wurde und warum auch heute noch die christliche Bevölkerung sich in Sachen antisemitischer Einstellungen nicht vom Rest der Bevölkerung unterscheidet.

Die tendenzielle Aufklärungsresistenz gegenüber Antisemitismus erklärt sich aus diesem komplexen von Adorno beschriebenen Mechanismus und aus dem Weltanschauungscharakter antisemitischer Einstellungen, wie die Broschüre zu Recht vermerkt. (8)

6. Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W.: Elemente des Antisemitismus, in: dies.: Dialektik der Aufklärung, Frankfurt/M. 1971, 151–186, 151.

Antisemitismus entwirft ein fiktives Bild von »den Juden« und benutzt es, um die Welt zu erklären. Komplizierte gesellschaftliche Zusammenhänge werden auf ein stark vereinfachendes Gut-Böse-Schema reduziert. Dieser Charakter der »Weltanschauung« unterscheidet den Antisemitismus von anderen Formen »gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit«.

Insgesamt ist diese Broschüre ein wichtiger kirchlicher Beitrag zur Diskussion, der bei der einzig konstatierten »Schwäche« nach einem Durchgang durch klassische antijüdische Stereotypen und Feindbilder – wobei sie nicht dem heute so gängigen Modell anheim fällt, den Islam zum Hauptprotagonisten des Antisemitismus zu machen, aber ihn gleichzeitig nicht unerwähnt lässt – auch die kirchliche Verantwortung für den gegenwärtigen Antisemitismus feststellt und die Kirchen so in eine verändernde Praxis ruft (14).

Weil antijüdische Lehren der Kirche seit nahezu zweitausend Jahren Hass und Vorurteile gegenüber Jüdinnen und Juden mitbegründet, verbreitet und verstärkt haben, tragen Christen eine besondere Verantwortung für die Überwindung des Antisemitismus.

2. Antisemitismus und Protestantismus. Verstrickungen, Beiträge, Lernprozesse

Komplex in Anlage und Ausführung mit Zeit zur Bearbeitung und in der dreijährigen Laufzeit auf Veranstaltungen aufwendig durch eine Steuerungsgruppe verantwortet wurde dieses Projekt von den Evangelischen Akademien in Deutschland von 2017 bis 2019 durchgeführt. Abgeschlossen wurde es mit einem Bericht[7], aus dem hier fortlaufend zitiert wird. Mit dem Projekt sollte eine Qualifizierung der Hauptamtlichen der Evangelischen Akademien in Deutschland erreicht und darauf oder parallel erfolgende Veranstaltungsformate der beteiligten Akademien zum Thema Antisemitismus und Protestantismus umgesetzt werden. Das Projektprofil wird von der EAD so beschrieben.

Wir wollen die Bildungsreferent*innen und Studienleiter*innen der Evangelischen Akademien in Deutschland dazu befähigen, antisemitische Haltungen und Äußerungen zu erkennen und darauf offen und bestimmt reagieren zu können. Das heißt, Antisemitismus auch dort zum Thema zu machen, wo es eigentlich um Anderes geht.

Wir wollen verstehen lernen, was Antisemitismus so zählebig macht. In welchen Gewändern er daherkommt. Wozu er dient in ganz unterschiedlichen Welterklärungen. Warum Antisemitismus geeignet scheint, politische Lager zu vereinen, die ansonsten nichts miteinander zu tun haben wollen.

Wir wollen der Frage nachgehen, welche religiösen, christlichen, protestantischen Anteile im modernen Antisemitismus vorhanden sind, der viel zu oft als rein säkular verstanden wird. Und wir wollen uns der Frage stellen, wo wir selbst eher Teil des Problems sind als bereits Teil der Lösung.[8]

7. Antisemitismus und Protestantismus. Impulse zur Selbstreflexion, Berlin 2019.
8. https://www.evangelische-akademien.de/projekt/antisemitismus-und-protestantismus/.

Aus dem Projekt gingen Tagungen wie »Antisemitismus als politische Theologie. Typologien und Welterklärungsmuster«[9] (Evangelische Akademie zu Berlin, 24. bis 26. Januar 2017), »In Stein gemeißelt. Zum Umgang mit eingefurchten antisemitischen Bildern«[10] (Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt in Kooperation mit der Ev. Akademie zu Berlin, dem Zentrum für Antisemitismusforschung und den Ev. Akademien in Deutschland, 26. bis 28. Mai 2019), »Herausforderung Antisemitismus. Antisemitismus erkennen und eine gute Auseinandersetzung führen« (Evangelische Akademie Loccum, 29. November bis 1. Dezember 2019), »Antisemitismuskritik muss gelernt werden. Handlungsfeld Jugendbildung« (Evangelische Akademie Frankfurt, 15. November 2019) hervor.

Dabei verfolgte das Projekt zwei Aufklärungsrichtungen. (7)

Es ist unabdingbar, traditionell christliche antijüdische Stereotype zu identifizieren und sich von ihnen abzugrenzen; damit wird aber nur ein Teil der theologisch fundamentalen Fragen christlicher Identität in Abgrenzung zum Judentum erfasst. Die gesellschaftsgeschichtliche Bedeutung des Protestantismus für die Formierung des modernen säkularen Antisemitismus bleibt unterbelichtet.

In der Ausrichtung ist dieses Projekt also eine Wahrnehmung der oben erwähnten besonderen Verantwortung der Kirchen auch für den säkularen Antisemitismus, die die Autor*innen des Heftes deutlich stärker wahrnehmen wollen, als es üblicherweise getan wird. Im Kapitel »Deutsche Religion« wird dieser Zusammenhang wie auch das Defizit seiner Bearbeitung markiert. (12)

Im Hinblick auf die Verantwortung des Protestantismus für den Antisemitismus ist insofern nicht die Frage zentral, ob Luther für Hitler verantwortlich ist. Vielmehr ist zu fragen, welche Fundamente protestantischer Weltdeutung und Identität dazu geführt haben, dass der Protestantismus zum tragenden Milieu des modern werdenden Antisemitismus im 19. Jahrhundert werden konnte. Die Unterscheidung zwischen religiös und säkular ist also für das Verstehen von Antisemitismus grundsätzlich unzureichend. Eine protestantische Selbstreflexion muss einerseits die Theologie des Protestantismus, andererseits seine sozialgeschichtliche Bedeutung einbeziehen. Das heißt im Kern: Protestantische Selbstreflexion bezieht sich auf die Jahrhunderte der christlichen wie der deutsch-nationalen Formierung eines »Wir« gegen die Juden. Letzteres aber wird bislang in den kirchenoffiziellen Analysen des protestantischen Antisemitismus und Stellungnahmen gegen Judenfeindschaft sehr unzureichend wahrgenommen.

Im weiteren Verlauf dieser Broschüre werden Beispiele genannt, wie die Negativzuschreibung an die Juden zur Selbstidealisierung der Christenmenschen konstruiert ist. Taufe gegen Beschneidung, Neu gegen Alt, Liebe gegen Gewalt und Rache, neue Erwählung gegen alte Erwählung alle diese Dualismen dienen dazu, das Judentum abzuwerten und als Negativfolie für die eigene (in Wirklichkeit unsichere bis hin zu ungläubige) positiv zu wertende Existenz zu sichern. (7–8)

Weitere Überschriften wie »Warum Selbstreflexion« (16), »Bei sich selbst beginnen« (18), »Mit anderen weitermachen« (23) zeigen die Linienführung der hier eingeschlagenen Denkrichtung an. Es geht um die Einlösung des Satzes,

9. epd-Dokumentation Nr. 17/2017.
10. epd-Dokumentation Nr. 4/2020.

nur wenn wir verstehen, dass wir Teil des Problems sind, können wir Teil der Lösung sein.

Die Schlusssequenz ist mit Lernprozessen überschrieben (31). Sie versucht die Komplexität des Vorhabens und das notwendig offen gebliebene zu formulieren. Da gerade der Zusammenhang von christlichem und säkularem Antisemitismus und seinen grenzüberschreitenden Typologien und Funktionen für das jeweilige Selbstbild noch so »unterforscht« ist, bleibt natürlich mehr offen, als schon durchdrungen. Aber die Richtung ist angezeigt und wird Folgeprojekte und -diskussionen hoffentlich nicht nur der Ev. Akademien inspirieren.

Antisemitismus ist die Konstruktion des jüdischen Anderen als Negativfolie zum eigenen idealisierten Selbstbild. Wir haben in diesem Projekt gelernt, dass ein solches Verständnis und ein reflektierter Begriff von Antisemitismus nicht vorausgesetzt werden kann, sondern erarbeitet werden muss. Auch der Zusammenhang von christlichem und säkularem Antisemitismus ist in säkularen wie kirchlichen Kontexten selten bewusst und wenig auf den Begriff gebracht. Unser Bemühen darum, diesen Zusammenhang begrifflich so zu fassen, dass er gesellschaftlich relevant werden kann, ist noch lange nicht auf einen befriedigenden Stand gebracht. Nicht zuletzt fehlt es wohl auch deshalb an analytischen, theologisch reflektierten und pädagogisch erprobten Materialien, die sich dezidiert mit christlicher Judenfeindschaft oder dem Verhältnis zwischen dieser und dem säkularen Antisemitismus auseinandersetzen. Zwar ist Antisemitismus in den Grundordnungen der evangelischen Landeskirchen als eigene zu verantwortende Geschichte benannt, wird aber selten auch als gegenwärtiges und gesamtgesellschaftlich zu verantwortendes Problem verstanden. Wie sieht das Selbstbild von Kirchen und Christenmenschen aus? Wie sehr werden noch heute Negativbezüge als »das Andere« konstruiert, um das idealisierte Selbstbild behaupten zu können? Diese am christlichen wie säkularen Antisemitismus zu lernende Frage gilt es in unseren Diskursen und unseren gesellschaftspolitischen und Bildungsangeboten offenzulegen und zu bearbeiten.

Exkurs: deutsche Nahostkonflikte

Weil das Jahr 2018 auch das Jahr war, in dem sich die Gründung des Staates Israel zum 70. Mal jährte, aber auch weil das Thema Israel nicht nur den deutschen Protestantismus überdimensional beschäftigt, muss hier kurz »der« Nahostkonflikt anklingen. Schon in der Broschüre der EKD/UEK/VELKD ist unter dem Titel »Nahostkonflikt« folgendes zu lesen.

Besonders im Blick auf den Staat Israel und den Nahostkonflikt tauchen die altbekannten antisemitischen Stereotype und Vorurteile wieder auf.

Die in der politischen Auseinandersetzung verwendeten Bilder zielen bewusst auf die Gefühle der Betrachter. Der Stärkere wird intuitiv als der »Böse« wahrgenommen. Besonders oft werden in Aufrufen zur Solidarität mit den Palästinensern Kinder als Opfer abgebildet. Herkunft, Echtheit und Intention der benutzten Bilder werden selten hinterfragt. Sie kursieren in den sozialen Netzwerken in großer Zahl. Plakate mit der Aufschrift »Israel Kindermörder«, die auf antiisraelischen Kundgebungen häufig zu sehen sind, und ähnliche Parolen in Zeitungen und Pamphleten knüpfen –~~u~~nbewusst oder gezielt –~~a~~n Legenden früherer Jahrhunderte an. Bereits im Mittelalter wurden den Juden rituelle Kindsmorde und Kannibalismus unterstellt.

Im klassischen Antisemitismus galten die Juden als »Weltbrandstifter«. Heute wird dem Staat Israel vorgeworfen, den Weltfrieden zu bedrohen. Verschwörungstheorien kursieren im Internet in großer Zahl. Das Wort »Juden« wird dabei oft einfach durch »Zionisten« ersetzt.

Antisemitisch ist es auch, wenn Demonstrationen gegen die Politik der israelischen Regierung in Deutschland gezielt vor einer Synagoge stattfinden.

Während offen antijüdische Äußerungen noch weithin tabu sind, findet der Antizionismus immer mehr Zustimmung. Teilweise gilt er sogar als Beweis für eine mutige und kritische Haltung, die sich keinen »moralischen Maulkorb« im Sinne politischer Korrektheit verpassen lässt.

Wie bei allen anderen Staaten darf auch die israelische Regierung selbstverständlich in sachlicher Weise kritisiert werden. Antisemitisch ist die Kritik an der Regierungspolitik Israels dann, wenn sie mit unterschiedlichen Maßstäben misst. Antisemitisch ist sie auch, wenn sie dem Staat Israel das Existenzrecht abspricht oder den Staat dämonisiert. Antisemitisch ist auch die Gleichsetzung von palästinensischen Flüchtlingslagern mit KZs. Dieser Vergleich verharmlost den systematisch geplanten und industriell durchgeführten Massenmord an europäischen Jüdinnen und Juden. Er dient oft dem Zweck, sich der Auseinandersetzung mit der Shoah und der Übernahme historischer Verantwortung zu verweigern.

Antisemitische Klischees mischen sich gelegentlich auch mit der Kritik des kapitalistischen Wirtschaftssystems und der Globalisierung. In diesem Zusammenhang wird »der Zionismus« gern als wirtschaftsimperialistische und rassistische Ideologie diffamiert.

Zudem sei hier kurz auf das bisher ausgesparte Kapitel mit dem ein wenig provozieren wollenden Titel *Deutscher Nahostkonflikt* der Broschüre der EAD Antisemitismus und Protestantismus hingewiesen und auch wegen der dort dringlich gemachten oft fehlenden und so notwendigen Selbstreflexion in diesem Segment von politischer und theologischer Positionierung ausführlich zitiert. (25–27)

Eine ganz besondere Herausforderung stellt sich den Evangelischen Akademien hinsichtlich des Nahost-Konfliktes in der deutschen Diskussion. Hierzu wurden in den letzten Jahrzehnten immer wieder Diskurstagungen angeboten, die konkurrierende Perspektiven auf die Konflikte im Nahen Osten miteinander ins Gespräch bringen sollten. Dieser Ansatz entspringt dem basalen Selbstverständnis der Evangelischen Akademien, gesellschaftliche Probleme durch Einbeziehung aller Interessierten öffentlich zu erörtern. Die Arbeit der Evangelischen Akademien zielt darauf, eine zivilisierte Diskurskultur zu etablieren, in der widerstreitende Interessen und Überzeugungen gesprächsfähig werden. Dieser Ansatz stößt bei Fragestellungen, die Israel und Palästina betreffen, immer wieder an seine Grenze. Wie jeder Konflikt lässt sich auch der israelisch-palästinensische Konflikt auf eine Dichotomie zuzuspitzen. Bei diesem Konflikt – realiter nur ein Ausschnitt aus den zahlreichen Konflikten im Nahen Osten und in sich deutlich komplexer, als dass es nur zwei Seiten gäbe – stellt sich aber die Frage, was zu den ausgesprochen verhärteten Positionierungen für und Identifizierungen mit entweder der einen oder der anderen Seite führt: propalästinensisch oder proisraelisch, wobei propalästinensisch automatisch als contraisraelisch verstanden wird und umgekehrt. Letztlich stellt sich also die Frage, um welchen Konflikt es eigentlich geht, wenn in Deutschland um den Nahost-Konflikt gekämpft wird. Es geht um einen Streit über Antisemitismus, der in der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Geschichte Deutschland eine bleibende Herausforderung für das Selbstverständnis darstellt. »Israelkritische« Positionen stehen nolens volens im Horizont jahrhundertelanger, tief verwurzelter Judenfeindschaft. Nach Auschwitz müsste sich jede gegen Juden und Jüdinnen und gegen Israel gerichtete Position ausdrücklich versichern, keine Judenfeindschaft zu bedienen oder gar Judenfeindschaft zu sein. Israel ist nicht irgendein Staat, sondern der Staat, der in Konsequenz aus dem millionenfachen Mord an Jüdinnen und Juden durch das nationalsozialistische Deutschland gegründet wurde. Diese Reflexion propalästinensischer Akteure auf judenfeindliche Implikationen ihrer »Israel-Kritik« einerseits und auf Antisemitismus bei palästinensischen Akteuren andererseits aber wird regelmäßig verweigert. Aus antisemitismuskritischer Perspektive

erwecken deshalb propalästinensische Positionen einen Generalverdacht. Diese Diskurslage hat sich längst verhärtet: Die Positionen prallen aufeinander, die Vorwürfe sind fundamental. Beides, Antisemitismus und die Staatsgründung Israels, berühren das postnationalsozialistische, deutsche Selbstverständnis. Es ist deshalb damit zu rechnen, dass die damit aufgeworfenen Fragen und Verunsicherungen »unseren« Blick auf Antisemitismus wie auf Israel und den Nahostkonflikt (mit)bestimmen. Hieraus speist sich das besondere Interesse an diesem Nahostkonflikt: Anhand Israels reden wir über »uns« und »unsere« Lehre aus Auschwitz. Das erste Problem des Nahostdiskurses ist deshalb weder die Frage israelischer Menschen- und Völkerrechtsverletzungen noch die Frage des arabischen resp. islamistischen Antisemitismus« sondern »unser deutscher« Blick auf den jüdischen Staat. Und dieser wird bestimmt von der Frage, wie wir uns nach der millionenfachen Ermordung der Jüdinnen und Juden als heutige Deutsche definieren. Der verhärtete Streit um Israel in Deutschland erwächst aus der fundamentalen Bedeutung, die Israel für das deutsche Selbstverständnis hat. Diese Selbstreflexion aber wird im deutschen Konflikt über den Nahostkonflikt weithin verweigert, er präsentiert sich stattdessen als Nahost-Diskurs.

Diese Verweigerung , die sich in der Regel in objektivierender Rede von diesem Nahostkonflikt – unter den vielen, die es sonst noch gibt in Syrien, im Libanon, innerhalb der palästinensischen Gruppierungen – zeigt, wird auch oft von gegenüber israelischer Politik sehr kritischen israelischen Stimmen als Aggression wahrgenommen.[11] Die Tatsache, dass es gemessen an der Schwere des Konfliktes und der Weltbedeutung desselben oder auch etwas brutal gesagt der Zahl der Todesopfer, die dieser Nahostkonflikt im Vergleich zu anderen fordert, ein disproportional hohes Engagement evangelischer Christ*innen in Sachen Israel, Kairos oder gar Boykottforderungen zumindest aber Meinungsstärke in Sachen »Lösungen des Nahostkonfliktes« gibt, mit oft wenig Wissen von der intensiven und diversen Diskussion in Israel, verweist nach beiden Broschüren auf Verstrickung aufgrund von unbearbeiteter deutscher Geschichte.

Ein Beispiel sei dazu noch aus anderer Quelle paradigmatisch genannt. Paradigmatisch, weil es sicher nicht zu den besonders und explizit israelfeindlichen Voten gehört und auch nicht antisemitisch ist. Dennoch zeigt sich an der hier zitierten Quelle, der Gottesdienst-Arbeitshilfe »70 Jahre Staat Israel. Ein Termin im christlichen Kalender?«, dass etwas »nicht in Ordnung ist« mit unserem Verhältnis zu Israel.

In diesem Jahr wird der Staat Israel Siebzig. Ist das auch ein Datum im christlichen Kalender? Es gibt sie, die Christen, für die das keine Frage ist. Sie rechnen mit dem baldigen Ende der Welt. Und auf dem Weg dahin war die Gründung des Staates Israel für sie ein wichtiges Datum. Sie lesen die Bibel nämlich so, als könne man in ihr den Verlauf der Weltgeschichte ablesen. Zu ihrem apokalyptischen Fahrplan gehören die Rückkehr der Juden ins Gelobte Land und ihre Bekehrung zum Christentum, bevor Jesus wiederkommt und das Ende der Welt eintrifft. Solche religiösen Theorien wären der Rede nicht wert, wenn sie nicht eine enorme politische Wirkung hätten. In Amerika beeinflussen diese Christen die Politik der USA nicht unerheblich. Und die Regierung Israels schätzt diese Gruppierung des Christentums sehr. Denn sie kann sich deren Zustimmung sicher sein, was immer sie tut. Diese Christen begrüßen die Besatzungs- wie die Siedlungspolitik Israels.

[…]

11. S. https://richard-c-schneider.com/schneiders-blog-die-selbsternannten-retter-israels/.

Juden in Deutschland, in unserer Nachbarschaft, sind so wichtig wie Juden im Staat Israel für christliche Theologie und Kirche. Und darum ist der siebzigste Geburtstag des Staates Israel auch ein wichtiges Datum im christlichen Kalender.

Was für Juden ein Grund zum Feiern ist, das ist für andere ein Grund zur Trauer. Den einen hat die Staatsgründung Schutz, Sicherheit, Gerechtigkeit und Freiheit gebracht, den anderen Vertreibung, Zerstörung, Zwang und Unrecht.

Die von den Vereinten Nationen beschlossene Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat hat zu einem grausamen Krieg geführt, in dem es auf allen Seiten Opfer gegeben hat. Am Ende des Krieges hatten die Juden ihren Staat, der weit größer war, als es der Teilungsplan vorsah. Und die Palästinenser nichts. Das nennen sie mit Recht »Katastrophe«, arabisch: »Nakba«. Bis heute haben sie nicht den ihnen versprochenen Staat. Daran ist nicht nur Israel schuld und nicht nur sie selbst.

In diesen siebzig Jahren hat es mindestens acht Kriege und zwei blutige Aufstände gegeben. Immer war Israel trotz schmerzlicher Verluste siegreich und die Palästinenser die Verlierer. Seit mehr als fünfzig Jahren leben sie unter einer Menschen verachtenden Besatzung, konfrontieren Israel aber auch mit Menschen verachtendem Terror. Dreißig Jahre dauerte es, bis Israel als Gesprächs- und Verhandlungspartner gewürdigt wurde. Zuerst von Ägypten und später von Jordanien und der Palästinensischen Befreiungsorganisation. Und doch steht die Anerkennung eines palästinensischen Staates immer noch aus – auch durch unsere Regierung.

Warum wird die Frage nach der Bedeutung der Staatsgründung Israels im christlichen Kalender zunächst mit der Antwort der Evangelikalen in den USA gleichsam mit negativer Perspektive bejaht, um dann doch selbst auch zu einem sehr fundamentalen »Ja« zu kommen, dass nämlich die Juden in Deutschland und in Israel für uns Christ*innen wichtig sind? Dann aber erfolgt das klassische Muster des 1948-Narrativs, das von dem Überfall der arabischen Staaten auf den neuen Staat nichts weiß und bezogen auf die Gewaltfrage bis auf den Terror – von Kriegen und Angriffen aus dem Gaza keine Spur – fast alle Verantwortung bei Israel sieht. Der Landesverband der jüdischen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen zog daraufhin seine Zusage zu einer gemeinsamen Israelreise anlässlich des 70. Jahrestages zurück. Die Diskussion allerdings führte dann mit dem Antisemitismusvorwurf an den Autor dieses ersten Teils der Gottesdiensthilfe auch in die Irre. Sie verstellte die Frage nach dem Grund für diese Form der Israelkritik und damit für einen wirklich reflexiven Denkprozess.

3. Ausbildung

Eine wichtige Frage, die auch die eingesetzten Expert*innenkommissionen Antisemitismus der Bundesregierung in ihren Berichten 2011 und 2017 beschäftigte, ist, wie denn die grundsätzlich auf der Ebene von kirchenleitenden Gremien entstandenen Stellungnahmen, Synodalerklärungen und Kirchenverfassungen sich auf der Gemeindeebene auswirken. Da die empirischen Untersuchungen zu Rassismus und Antisemitismus immer die Christen in der Nähe der Gesamtbevölkerung sehen, scheinen diese grundsätzlich positiven Positionierungen der Kirchen die verschiedenen kirchlichen Handlungs- und Gestaltungsebenen nicht zu durchdringen.

Sowohl für die Evangelische als auch für die Katholische Kirche in Deutschland gilt, dass es auf Leitungs- bzw. offizieller Ebene ein Bewusstsein für antijudaistische und antisemitische Traditionen gibt. Im Rahmen unterschiedlicher Initiativen werden zudem Bestrebungen unterstützt, sich kritisch mit durch alte Liturgien tradiertem Antijudaismus und aktuellem Antisemitismus auseinanderzusetzen. Dennoch bleibt nach wie vor offen, inwieweit diese Initiativen auf Gemeindeebene, in der Theologieausbildung oder im schulischen Religionsunterricht ankommen. Angesichts der Befunde zu schulischem Religionsunterricht (Prävention), den inzwischen Generationen von Schülerinnen und Schülern durchlaufen haben und der deswegen sowohl Jugendliche als auch Erwachsene betrifft, ist zu befürchten, dass es keine hinreichende Wissens- und Bewusstseinsbasis gibt, um sich produktiv mit den genannten Phänomenen auseinanderzusetzen.[12]

Eine Erklärung für das fehlende »Durchsickern« besser vielleicht Durcharbeiten von antisemitismuskritischen theologischen Inhalten könnte in der Ausbildung der dafür Zuständigen liegen. Pfarrer*innen und Religionspädagog*innen sind ein gewichtiger Teil dieser Zuständigen. Deren Ausbildung in Sachen jüdische-christlichen Gesprächs, das ja viel um antisemitismuskritische Inhalte kreist und um Theologie oder Religionspädagogik, die nicht angewiesen ist auf die Abwertung des Judentums, ist mehr als verbesserungswürdig. So beschreibt eine Studie, die der Vorstand der AG Juden und Christen beim DEKT in Kooperation mit der Universität Göttingen durchgeführt haben.[13]

Im hier dokumentierenden Forschungsprojekt war eine Analyse der Theolog*innen und Religionspädgog*innen Ausbildung angestrebt. Damit wollen wir im Jahr des Reformationsjubiläums ein gemeinsames Nachdenken initiieren, das Früchte tragen soll. Dabei war es zunächst darum zu tun, die Lage präziser in den Blick zu bekommen und die gefühlte Lage bestätigte sich recht deutlich. Es gibt fast keine obligatorischen Lehreinheiten zum Thema Judentum oder Theorie und Geschichte des jüdisch-christlichen Gespräches und wenig fakultative.

Die Präses der Synode, Dr. Irmgard Schwaetzer, analysierte:

In der Vorbereitung dieser beiden Erklärungen stellten wir mit einiger Verblüffung fest, dass es in Deutschland möglich ist, ein Theologiestudium abzuschließen, ohne sich auch nur in einem Semester mit dem christlich-jüdischen Verhältnis oder mit jüdischer Theologie beschäftigt zu haben. Das halten wir für nicht tragbar. Die Synode wird sich deshalb mit Fragen der theologischen Ausbildung nicht direkt im Jahr 2017 aber kurz darauf beschäftigen. Wir halten das für ein zentrales Thema.[14]

Diese Interventionen trugen Frucht. Der gemeinsame Ausschuss Kirche und Judentum von UEK und VELKD nahm diesen Impuls 2019 auf und nun wird es darauf ankommen, wie er umgesetzt werden kann angesichts von vielen formalen Vorgaben für das Studium.

12. Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, Drucksache 18/11970, 2017. http://dip21. bundestag.de/dip21/btd/18/119/1811970.pdf, 201.
13. Reform der Reformation. Zum Stand und Stellenwert jüdisch-christlicher Lehrinhalte in der theologischen Ausbildung (epd-Dokumentation 21/2017, 2).
14. Antisemitismus als politische Theologie. Typologien und Welterklärungsmuster (epd-Dokumentation 17/2017, 67).

Die Universität Göttingen hat in Zusammenarbeit mit dem Vorstand der AG Juden und Christen beim Deutschen Evangelischen Kirchentag in den Jahren 2016 und 2017 eine Studie zum Stand und zum Stellenwert jüdisch-christlicher Lehrinhalte in der theologischen Ausbildung an deutschen Hochschulen durchgeführt. Dabei wurden Vorlesungsverzeichnisse und Prüfungsordnungen ausgewertet.

Zusammenfassend heißt es in einem Bericht zu den Ergebnissen der Studie: »wenig Pflicht, viel Kür« (epd-Dokumentation 21/2017, S. 16). Die Studie stellt fest, dass es neben großen quantitativen Unterschieden im Lehrangebot einen Mangel an Begegnungen mit dem Judentum gibt. Nahezu alle Gliedkirchen der EKD hätten in ihren Verfassungen bzw. Grundordnungen die Beziehung zum Judentum als grundlegend für das eigene Selbstverständnisaufgenommen. Dem widerspreche die geringe Bedeutung, die das Thema in der theologischen Ausbildung habe.

Das Präsidium der Union Evangelischer Kirchen (UEK) beauftragte daher den Gemeinsamen Ausschuss »Kirche und Judentum« von EKD, UEK und VELKD, einen Bericht zu Themen des christlich-jüdischen Dialogs in Ausbildungsplänen und in der Ausbildungspraxis von Theologinnen und Theologen zu erarbeiten. Darin sollten Vorschläge unterbreitet werden, wie sich die Situation nachhaltig verbessern lasse.

Aus diesem Auftrag ist ein Papier mit acht Thesen entstanden, das in den für Ausbildungsfragen zuständigen kirchlichen Gremien weiter diskutiert werden soll. Es betont, dass die Selbstverpflichtung der Kirchen gegenüber dem christlich-jüdischen Dialog auch für die theologische Ausbildung Folgen habe. Gefordert wird daher, dass Theologinnen und Theologen sich in allen Phasen der Aus-, Fort- und Weiterbildung verbindlicher und differenzierter als bisher mit der Geschichte und Gegenwart des Judentums auseinandersetzen sollen.

Dazu müsse die Vermittlung von Grundkenntnissen über Geschichte und Gegenwart des Judentums sowie die Beschäftigung mit zentralen Inhalten und Einsichten des christlich-jüdischen Dialogs besser als bisher in der theologischen Ausbildung verankert werden.

Für eine verbindliche nachhaltige Aufnahme der Einsichten aus dem christlich-jüdischen Gespräch in die Aus-, Weiter- und Fortbildung Evangelischer Theologinnen und Theologen

[…]

- Konsequenzen für die Ausbildung ergeben sich auch aus der Kundgebung »Martin Luther und die Juden – Notwendige Erinnerungen zum Reformationsjubilaum« der EKD-Synode von 2015. Diese fordert, »zentrale Lehren der Reformation neu zu bedenken«, und bekräftigt die Einsicht, dass »die jüdische Auslegung des Tenach ›eine auch für die christliche Auslegung nicht nur legitime, sondern sogar notwendige Perspektive‹« enthalt.
- Einen Niederschlag in der Ausbildung muss auch die Selbstverpflichtung der Synode der EKD aus dem Jahr 2016 finden, Ursachen und bis heute lebendige Nachwirkungen christlicher Judenfeindschaft weiter zu bearbeiten und einer Wahrnehmung den Boden zu entziehen, die »in Verkündigung und Unterricht, Seelsorge und Diakonie das Judentum verzerrt oder verzeichnet«.

2. Zwischen den kirchlichen Aussagen und Forderungen im Blick auf das Verhältnis der Kirchen zum Judentum einerseits und der Praxis theologischer und kirchlicher Aus-, Fort- und Weiterbildung andererseits besteht gleichwohl eine tiefgreifende Spannung.

Einerseits wird behauptet, das Thema Judentum sei zwischenzeitlich in der Mitte der Theologie angekommen und somit allen theologischen Disziplinen in einer Weise inhärent, die einen Pflichtenkatalog oder entsprechende Pflichtveranstaltungen in den verschiedenen theologischen Studiengängen überflüssig mache. Andererseits ist es immer noch möglich, dass Studierende sich an keiner Stelle ihres Studiums (einschließlich der

Examina) eingehender mit Fragen des christlich-jüdischen Verhältnisses befassen müssen. […]

Die »Übersicht über die Gegenstände des theologischen Studiums« z. B. sieht das Themengebiet »Christentum und Judentum« als eine von insgesamt drei Querschnittsdimensionen vor. […] Es bleibt aber offen, in welcher Weise und in welchem Umfang dieser Grundentscheidung Rechnung getragen werden soll. So liegt es vor allem am Engagement der Lehrenden, ob und inwieweit sie diesen Themenschwerpunkt in ihren Lehrveranstaltungen aufgreifen. Verpflichtende Lehrveranstaltungen bzw. Module in diesem Bereich sind nicht vorgesehen […].[15]

Diese Erklärung, die das Jahr 2018 gleichsam rahmt, weil sie den Impuls von 2017, der natürlich schon Vorfahren hatte, im Jahr 2019 aufnimmt, mag den Schluss dieses Artikels bilden, der damit auch gleich signalisiert, dass es ein Anfang ist.

15. https://www.ekd.de/christlich-juedische-lehrinhalte-in-der-theologischen-ausbildung-46792.htm

II. Öffentliche Verantwortung der Kirche

1. »Konditionierte Zustimmung« Der Beitrag der Kammer für Öffentliche Verantwortung zu Nichtinvasiver Pränataldiagnostik aus dem Jahr 2018

Von Roger Mielke

1. Kontext und Bedeutung der Debatte um genetische Diagnostik

In einem 2012 veröffentlichten umfangreichen Beitrag zu einer »Genealogie jüngerer bioethischer Stellungnahmen der EKD« markiert der Erlanger Ethiker Peter Dabrock, seit 2014 selbst Mitglied der Kammer für öffentliche Verantwortung und von 2016 bis 2020 Vorsitzender des Deutschen Ethikrates, ein Spezifikum bioethischer Debatten: Sie seien, so Dabrock, symbolpolitisch bedeutsam, weil es in ihnen »gleichzeitig um alles und um fast nichts« gehe.[1] Um »alles«, das heißt: im Spiegel medizinpolitische Auseinandersetzungen geht es um die große Münze der normativen Makrokonzepte und ethischen Reflexionsbegriffe, mit deren Hilfe gesellschaftliche Selbstverständnisse verhandelt werden. Um »fast nichts«, das heißt: die engagiert geführten Auseinandersetzungen bleiben trotz ihrer Schärfe abstrakt, es mangelt nicht selten an Anschauung und persönlicher Betroffenheit, aber auch an der Kenntnis der unendlich vielen medizinischen und technischen Details, die im Hintergrund der Debatten mitzuführen sind. Dabrocks treffende Einschätzung, getroffen von einer Person, die an maßgeblicher Stelle diskursive Verantwortung trug, soll auch als Frage gestellt werden an die verzweigte Debatte um genetische Blutuntersuchungen und Pränataldiagnostik, die hier zu verfolgen ist. Am Ende unserer Überlegungen wird darauf zurückzukommen sein, ob und welchem Sinne es auch in dieser Debatte »um alles und um fast nichts« ging.

Die Evangelische Kirche in Deutschland veröffentlichte am 2. November 2018 eine Stellungnahme der Kammer für Öffentliche Verantwortung mit dem Titel *»Nichtinvasive Pränataldiagnostik. Ein evangelischer Beitrag zur ethischen Urteilsbildung und zur politischen Gestaltung«*.[2] Mit diesem Text beteiligte sich die Kammer – und mit ihr der Rat der EKD, der sich die Vorlage der Kammer zu eigen machte – an einer seit 2012 geführten Debatte um neue, nichtinvasive

1. Dabrock, Peter: »… nur in wenigen Fragen Eindeutigkeit oder gar Einstimmigkeit«. Zur Genealogie jüngerer bioethischer Stellungnahmen der EKD, in: ZThK 109 (2012), 360–391.

2. Evangelische Kirche in Deutschland: Orientierung für eine ethische Urteilsbildung. EKD veröffentlicht Beitrag zur Debatte um Nichtinvasive Pränataldiagnostik. Online verfügbar unter https://www.ekd.de/ekd-veroeffentlicht-beitrag-nichtinvasive-praenataldiagnostik-39514.htm, zuletzt geprüft am 20. April 2020.

Methoden der Pränataldiagnostik.[3] Die doppelte Zielrichtung des Papiers wird im Untertitel formuliert: Es geht zum einen um ethische Orientierung. Und es geht zum anderen um die Positionierung in einem medizinpolitischen Governance-Prozess, nämlich um eine Handlungsempfehlung für die Frage, ob vorgeburtliche genetische Blutuntersuchungen in den Leistungskatalog und damit in die Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassen aufgenommen werden sollten. Die im Papier formulierte Position der EKD lautet knapp ausgedrückt: »konditionierte Zustimmung«[4] Die Konditionierung markiert ein »Ja, aber«. »Ja«, das heißt: Der medizinisch schonendste Weg vorgeburtlicher Diagnostik soll gesetzlich versicherten Frauen nicht vorenthalten werden. »Aber« meint: Um diese Diagnostik in einem gesellschaftlichen Verantwortungsrahmen zu halten, soll sie eingebettet sein in ein umfassendes Beratungskonzept, zum dem auch ein neues Angebot psychosozialer Beratung gehören soll.

Im hier vorgelegten Beitrag soll das Papier der Kammer vorgestellt und erläutert werden. Dazu wird im Folgenden erstens der Kontext skizziert, in dem der Text verfasst wurde; es wird zweitens ein Blick auf den Auftrag des Rates der EKD an die Kammer für Öffentliche Verantwortung und auf den Beratungsprozess gerichtet; drittens wird der Text selbst inhaltlich skizziert; in einem vierten Schritt wird die Rezeption des Textes behandelt und fünftens abschließend ein Versuch unternommen, den Text im Rahmen der medizin- und bioethischen Stellungnahmen der EKD zu verorten und ihn als einen Text öffentlicher Theologie zu lesen.

1. 1 Orientierung zur Sache

Verdeutlichen wir uns zunächst, worum geht es in der Frage der NIPD geht.[5]

Die NIPD gelangte in den Fokus öffentlicher Aufmerksamkeit, als im Jahr 2012 der sog. »PraenaTest« der Firma Lifecodexx in Deutschland auf den Markt kam. Seitdem kann NIPD in Gestalt der Tests im Rahmen von Vorsorgeuntersuchungen während der Schwangerschaft genutzt und privat finanziert werden. Ein

3. Nichtinvasive Pränataldiagnostik wird im Folgenden als NIPD abgekürzt. PND steht für Pränataldiagnostik, NIPT für Nichtinvasiver Pränataltest.

4. Evangelische Kirche in Deutschland (Hg.): Nichtinvasive Pränataldiagnostik Ein evangelischer Beitrag zur ethischen Urteilsbildung und zur politischen Gestaltung. Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD, Hannover 2018, online verfügbar unter https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/NIPD-2018.pdf, zuletzt geprüft am 2. Mai 2020.

5. Zum Folgenden vgl. als Zusammenfassungen: Deutscher Ethikrat: Die Zukunft der genetischen Diagnostik – von der Forschung in die klinische Anwendung. Stellungnahme; 30. April 2013, online verfügbar unter http://www.ethikrat.org/publikationen/stellungnahmen/die-zukunft-der-genetischen-diagnostik, zuletzt geprüft am 20. April 2020, und Deutscher Bundestag: Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss) gemäß § 56a der Geschäftsordnung. Aktueller Stand und Entwicklungen der Pränataldiagnostik (Drucksache 19/9059), online verfügbar unter https://www.g-ba.de/downloads/17-98-4847/2019-09-19-PA-JHecken_an-BT-Abgesordnete_NIPT.pdf, zuletzt geprüft am 20. April 2020.

Direct-to-Consumer Vertrieb der Tests ist in Deutschland selbst gesetzlich nicht gestattet, allerdings hat sich in den letzten Jahren ein grauer Markt entwickelt: Die Tests können im digitalen Vertrieb aus dem europäischen Ausland bezogen oder dort durchgeführt werden und auch die Auswertungen werden als Dienstleistungen angeboten.

Nach einem öffentlichkeitswirksamen Kongress mit medizinischen Experten aus dem deutschsprachigen Bereich stellte die Firma Lifecodexx im Jahr 2013 den Antrag, ein Prüfverfahren des »Gemeinsamen Bundesausschusses« (G-BA), des »oberste(n) Gremium(s) der gemeinsamen Selbstverwaltung von Ärzten, Zahnärzten, Psychotherapeuten, Krankenhäusern und Krankenkassen in Deutschland«[6], zu eröffnen mit dem Ziel, die NIPTs in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkasse aufzunehmen.[7] Dieser Schritt wurde schon im Jahr 2013 kritisch kommentiert. Der Firma wurde vorgeworfen, für die Entwicklung der Tests einerseits schon öffentliche Gelder in Anspruch genommen, andererseits aber aufgrund von wirtschaftlichen Interessen an der Vermarktung nicht angemessen über die Risiken der Tests informiert zu haben.[8] Am 17. April

6. »Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) ist das oberste Beschlussgremium der gemeinsamen Selbstverwaltung der Ärztinnen und Ärzte, Zahnärztinnen und Zahnärzte, Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, Krankenhäuser und Krankenkassen in Deutschland. Er bestimmt in Form von Richtlinien den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) für etwa 70 Millionen Versicherte. Der G-BA legt fest, welche Leistungen der medizinischen Versorgung von der GKV übernommen werden. Rechtsgrundlage für die Arbeit des G-BA ist das Fünfte Buch des Sozialgesetzbuches (SGB V). Entsprechend der Patientenbeteiligungsverordnung nehmen Patientenvertreterinnen und Patientenvertreter an den Beratungen des G-BA mitberatend teil und haben ein Antragsrecht. Den gesundheitspolitischen Rahmen der medizinischen Versorgung in Deutschland gibt das Parlament durch Gesetze vor. Aufgabe des G-BA ist es, innerhalb dieses Rahmens einheitliche Vorgaben für die konkrete Umsetzung in der Praxis zu beschließen. Die von ihm beschlossenen Richtlinien haben den Charakter untergesetzlicher Normen und sind für alle Akteure der GKV bindend. Bei seinen Entscheidungen berücksichtigt der G-BA den allgemein anerkannten Stand der medizinischen Erkenntnisse und untersucht den diagnostischen oder therapeutischen Nutzen, die medizinische Notwendigkeit und die Wirtschaftlichkeit einer Leistung aus dem Pflichtkatalog der Krankenkassen. Zudem hat der G-BA weitere wichtige Aufgaben im Bereich des Qualitätsmanagements und der Qualitätssicherung in der ambulanten und stationären Versorgung.« (Der Gemeinsame Bundesausschuss. Infoflyer, online verfügbar unter https://www.g-ba.de/downloads/17-98-2803/2018-12-04_G-BA_Flyer_Der_Gemeinsame_Bundesausschuss_DE_bf.pdf, zuletzt geprüft am 1. Mai 2020).

7. Lifecodexx: Erste Konsensusempfehlung zum Einsatz nicht invasiver Pränataltests aus mütterlichem Blut (NIPT). LifeCodexx initiiert Konferenz mit zwanzig Experten aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, zuletzt geprüft am 2. Mai 2020.

8. Evangelische Konferenz für Familien- und Lebensberatung e. V. (Hg.): Pränataldiagnostik und Schwangerschaftskonflikt aus ethischer Sicht. Positionspapier der evangelischen Verbände EKFuL, BeB und DEKV als Grundlage für die Kooperation bei der Beratung und Begleitung schwangerer Frauen und ihrer Partner, 2013. Mit ähnlicher Stoßrichtung: pro familia Bundesverband: Nicht-invasive molekulargenetische Pränataldiagnostik (NIPD). Fachgespräch zur Bewertung der wissenschaftlichen Datenlage und Konsequenzen für die KlientInnenaufklärung (2012), Online verfügbar unter https://www.fachdialognetz.de/fileadmin/pfm/formUploads/files/nicht_invasive_molekulargenetische_praenataldiagnostik.pdf.

2014 beschloss der G-BA die Einleitung eines »Beratungsverfahren(s) für eine Richtlinie zur Erprobung der Nichtinvasiven Pränataldiagnostik«.[9]

Um die Dynamik der Debatte nachvollziehen zu können, muss die NIPD in den Kontext der vorgeburtlichen Diagnostik insgesamt gestellt werden.[10] Diese umfasst 1. die in der Schwangerschaft vorgenommenen Standard-Untersuchungen, die im Rahmen der »Mutterschafts-Richtlinien« von der Gesetzlichen Krankenversicherung übernommen werden: Abtasten des Bauches, Blutentnahmen und Ultraschalluntersuchungen.[11] Darüber hinaus gehen privat zu zahlende Untersuchungen, die spezifische genetische Testungen beinhalten: 2. Das »Ersttrimesterscreening« zwischen der 10. und 14. Schwangerschaftswoche mit Ultraschall und Blutentnahme, 3. die Fruchtwasseruntersuchung, oder seltener 4. die Chorionzottenbiopsie, bei der Gewebe des Mutterkuchens entnommen wird – die beiden letzteren Verfahren sind *invasive* Diagnostiken. Dazu kommt nun 5. die NIPD. Hier dient die im Blut der Mutter enthaltene zellfreie DNA des ungeborenen Kindes als Grundlage einer Untersuchung, die mit hoher Genauigkeit einige genetische Abweichungen identifizieren kann, besonders und relativ am häufigsten Trisomie 21, mit statistisch geringerer bzw. noch nicht ausreichend überprüfter Wahrscheinlichkeit die Trisomien 13 und 18. Ein Test (NIPT) kann ab der 10. Schwangerschaftswoche eingesetzt werden. Er liefert also Ergebnisse, die Schwangerschaftsabbrüche vor der 12. Schwangerschaftswoche und damit vor der verpflichtenden Inanspruchnahme einer psychosozialen Beratung nach § 219 StGB ermöglichen.[12] Das am Lebensschutz orientierte Beratungsverfahren kann so unterlaufen werden. Der Test wird in erster Linie bei Risikoschwangerschaften durchgeführt, bei denen Ultraschalluntersuchung oder das Ersttrimesterscreening auffällige Befunde ergaben, insbesondere dann, wenn ein erhöhtes Risiko für eine Trisomie 21 festgestellt wurde. Allerdings muss der Einsatz, vor allem wenn er per Internet aus dem Ausland bezogen wird, nicht auf Risikoschwangerschaften beschränkt bleiben. Die Kategorie der »Risikoschwangerschaft« ist überhaupt sehr offen und obliegt ganz der Einschätzung der behandelnden Ärztinnen und Ärzte. Der Test wird nach deutschem Recht durch das Gendiagnostikgesetz geregelt und darf daher nur von eigens dafür qualifizierten Medizinerinnen und Medizinern nach einer eingehenden genetischen Beratung

9. Gemeinsamer Bundesausschuss: Nicht-invasive Pränataldiagnostik bei Risikoschwangerschaften – G-BA beginnt Verfahren zur Methodenbewertung – Beratungen zur Erprobung ruhend gestellt. Pressemitteilung 32/2016, online verfügbar unter https://www.g-ba.de/presse/pressemitteilungen/635/, zuletzt geprüft am 2. Mai 2020.

10. Zum Folgenden: Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG): Versicherteninformation zur Pränataldiagnostik. Vorbericht. Köln. Online verfügbar unter https://www.iqwig.de/de/projekte-ergebnisse/projekte/gesundheitsinformation/p17-01-versicherteninformation-zur-praenataldiagnostik.7783.html, zuletzt geprüft am 10. Mai 2020.

11. Gemeinsamer Bundesausschuss: Mutterschafts-Richtlinien – Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses über die ärztliche Betreuung während der Schwangerschaft und nach der Entbindung, 2020, online verfügbar unter https://www.g-ba.de/downloads/62-492-2130/Mu-RL_2020-02-20_iK_2020-04-28.pdf, zuletzt geprüft am 2. Mai 2020.

12. § 2a SchKG regelt ausdrücklich die Einbeziehung psychosozialer Aspekt in einer pränataldiagnostischen Beratung, ggf. auch unter Vermittlung in eine entsprechende Beratungsstelle.

vorgenommen werden.[13] Der große Vorteil: Die nichtinvasive Diagnostik ist mit medizinischer Evidenz schonender und mit einer geringeren Gefährdung für die Mutter und das ungeborene Kind verbunden als die invasiven Untersuchungen, die allerdings genauer sind und bei einem in der NIPD erhobenen auffälligen Befund zur Überprüfung zusätzlich durchgeführt werden müssen.

Mit diesen unbestreitbaren und durch alle Studien belegten medizinischen Vorteilen sind allerdings gravierende Risiken verbunden, die die möglichen gesellschaftlichen Folgen einer Routinisierung der NIPD betreffen.[14] In der Tat zeigt sich, dass dort, wo sich die neuen Möglichkeiten vorgeburtlicher Diagnostik durchsetzen, kaum noch Kinder mit Trisomie 21 geboren werden.[15] Damit stellt sich eine Reihe von dringenden Fragen. Wir führen hier nur einige an:

- Führt die Regelanwendung der NIPT auf eine schiefe Ebene hin zu einer vorgeburtlichen Selektion von Kindern mit Trisomie 21?
- Ist dies eine individuell nachvollziehbare und sozial erwünschte Verhinderung eines vermeidbaren Leidens? Erspart man einem Kind ein leiderfülltes, vielleicht nicht menschenwürdiges Leben – und einer Familie die unter Umständen extreme und gefährdende Belastung durch ein schwer beeinträchtigtes Kind?
- Oder ist Pränataldiagnostik gleichbedeutend mit einer »Selektion« beeinträchtigten Lebens, mit einer Form von »liberaler Eugenik«[16], die im Namen liberaler Kernwerte wie Autonomie und Selbstverwirklichung die Würde und den Schutz des ungeborenen Lebens zur Disposition stellt?
- Oder ist es nur konsequent, alle medizinischen Mittel auszuschöpfen, um reproduktive Selbstbestimmung zu ermöglichen, wie sie im Selbstverständnis einer liberalen Gesellschaft, die konsequent und in allen Lebensbereichen auf Autonomie setzt, der einzig angemessene Umgang mit dem Wunsch nach einem gesunden und glücklichen Kind ist?

---

13. Vgl. pro familia Nordrhein-Westfalen: Der neue PraenaTest® – die vorgeburtliche Bestimmung der Trisomie 21 aus mütterlichem Blut. Stellungnahme Juni 2012. Wuppertal, online verfügbar unter https://docplayer.org/6690000-Der-neue-praenatest-die-vorgeburtliche-bestimmung-der-trisomie-21-aus-muetterlichem-blut.html. Dort finden sich die gesetzlichen Grundlagen: § 7 Abs. 3 und § 23 Abs. 2 Nr2a i. V. m. § 27 Abs. 4 Gen DG. §15: »Eine genetische Untersuchung darf vorgeburtlich nur zu medizinischen Zwecken und nur vorgenommen werden, soweit die Untersuchung auf bestimmte genetische Eigenschaften des Embryos oder Fötus abzielt, die nach dem allgemein anerkannten Stand der Wissenschaft und Technik seine Gesundheit während der Schwangerschaft oder nach der Geburt beeinträchtigen …«.

14. Zusammenfassend dazu: Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG): Versicherteninformation (wie Anm. 10).

15. Zusammenfassend: Trisomie-21-Diagnose führt meist zur Abtreibung (https://www.aerztezeitung.de/Politik/Trisomie-21-Diagnose-fuehrt-meist-zur-Abtreibung-295904.html, zuletzt geprüft am 10. Mai 2020); Bundestagsdrucksache 18/4574. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage Drucksache 18/4406. Vorgeburtliche Blutuntersuchung zur Feststellung des Down-Syndroms.

16. So die schneidende Wortprägung von Jürgen Habermas (Die Zukunft der menschlichen Natur. Auf dem Weg zu einer liberalen Eugenik? (Suhrkamp Taschenbuch, 1744), 4. erw. Ausg. Frankfurt/M. 2013).

Aus einer medizinpolitischen Detailfrage ist damit für die politischen Entscheiderinnen und Entscheider eine Frage nach dem Selbstverständnis der freiheitlichen an Menschenwürde und Grundrechten orientierten Gesellschaft geworden. Es steht eine fatale Alternative im Raum: Kommt man zu einer Freigabe der Regelanwendung der NIPT – mit der Folge einer weitreichenden Verschiebung im Gefüge der Werte und Normen des Zusammenlebens? Oder beschränkt man den zumindest öffentlich finanzierten Zugang zu NIPD – mit der entgegengesetzten Folge, einer weitgehenden Privatisierung und Vermarktlichung der vorgeburtlichen Diagnostik, die damit zu einem Feld würde, auf dem soziale und wirtschaftliche Privilegien bestimmen. für die Nutzung wären?

Im August 2016 war das Richtlinienberatungsverfahren des G-BA so weit gediehen, dass ein Prüfverfahren zur Methodenbewertung in Gang gesetzt werden konnte.[17] Der Text der Kammer wurde im Kontext dieses Methodenbewertungsverfahrens geschrieben.

Das Prüfverfahren kam im September 2019 zu einem vorläufigen Abschluss. In einer Pressemitteilung des G-BA liest sich das Ergebnis so:

> Berlin, 19. September 2019 – Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) hat in seiner öffentlichen Sitzung am Donnerstag in Berlin die Anwendungsmöglichkeiten und -grenzen nicht-invasiver molekulargenetischer Tests (NIPT) zulasten der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) abschließend beraten. Der Beschluss sieht vor, dass ein NIPT in begründeten Einzelfällen und nach ärztlicher Beratung unter Verwendung einer Versicherteninformation eingesetzt werden kann. Ziel ist es, die zur Klärung der Frage des Vorliegens einer Trisomie 13, 18 oder 21 erforderlichen invasiven Untersuchungen – Chorionzottenbiopsie (Biopsie der Plazenta) oder Amniozentese (Fruchtwasseruntersuchung) – und das damit verbundene Risiko einer Fehlgeburt nach Möglichkeit zu vermeiden. Die Inanspruchnahme eines NIPT zulasten der GKV ist erst möglich, wenn die verpflichtend vorgesehene Versicherteninformation entwickelt und vom G-BA beschlossen wurde. Der Beschluss wird dazu voraussichtlich Ende 2020 gefasst. Voraussetzung ist zudem, dass das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) die Beschlüsse nicht beanstandet.«[18]

Der nahezu dreijährige, von 2016 bis 2019 währende, Prozess des Methodenbewertungsverfahren sollte schon nach Einschätzung des Vorsitzenden des G-BA, Josef Hecken, anders als sonst in der Arbeitsweise des G-BA üblich, nicht nur eine evidenzbasierte medizinische Einschätzung der Wirksamkeit des zu überprüfenden

17. Gemeinsamer Bundesausschuss (18. August 2016): Nicht-invasive Pränataldiagnostik bei Risikoschwangerschaften – G-BA beginnt Verfahren zur Methodenbewertung – Beratungen zur Erprobung ruhend gestellt. Pressemitteilung 32/2016. Online verfügbar unter https://www.g-ba.de/presse/pressemitteilungen/635/, zuletzt geprüft am 2. Mai 2020: Die Zulassungsverfahren des G-BA sind folgendermaßen geregelt: 1. Eröffnung eines Erprobungsverfahren, 2. Methodenbewertungsverfahren: Untersuchung der neu in die Gesetzlich Krankenversicherung aufzunehmenden Methoden auf medizinische Wirksamkeit hin, durchgeführt vom Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen, 3. Stellungnahmeverfahren, 4. Erstellung von Versicherteninformationen. Erst nach Durchlaufen aller Verfahrensschritte und entsprechenden Beschlussfassungen ist die Übernahme in den Leistungskatalog der GKV zu vollziehen.

18. Methodenbewertung. Nicht-invasiver Test zum Vorliegen von Trisomien als mögliche Alternative zu invasivem Eingriff. Online verfügbar unter https://www.g-ba.de/presse/pressemitteilungen/810/, zuletzt geprüft am 20. April 2020.

diagnostischen Verfahrens liefern. Der Vorsitzende des G-BA mahnte schon 2016 mit dem Beginn des Methodenbewertungsverfahrens um der besonderen Brisanz des Gegenstandes willen eine gesellschaftliche Debatte um die ethischen Implikationen einer ausgeweiteten Praxis nichtinvasiver Pränataltests an:

»In dem hiermit beantragten Prüfverfahren werden die Gremienmitglieder des G-BA in ihren Beratungen zur evidenzbasierten medizinischen Bewertung der NIPD die in zahlreichen gesellschaftlichen Gruppen diskutierten Befürchtungen einer möglichen Indikationsausweitung der Pränataldiagnostik und einer damit einhergehenden potenziellen Gefahr der selektiven Verhinderung von Schwangerschaften, insbesondere mit fetaler Trisomie 21, besonders im Blick behalten. Bereits mit Einleitung des Erprobungsverfahrens auf Antrag des Herstellers eines molekulargenetischen Tests war man sich der Tatsache bewusst, dass dieses Verfahren neben den standardmäßig zu prüfenden medizinischen Gesichtspunkten in besonderer Weise fundamentale ethische Fragestellungen berührt, die mitbedacht werden müssen«, sagte Prof. Josef Hecken. »Um diese Perspektive zu stärken ist es vorgesehen, auch im weiteren Beratungsverfahren, etwa im Rahmen der regelhaft vorgesehenen Einholung von ersten Einschätzungen oder auch im abschließenden Stellungnahmeverfahren neben den wissenschaftlichen Fachgesellschaften weitere gesellschaftliche Organisationen, beispielsweise den Deutschen Ethikrat einzubeziehen.«[19]

1. 2 Zum Ort des Textes der Kammer

Versuchen wir noch in einem knappen Gedankengang Klarheit zu gewinnen, über den Ort des Kammertextes im Horizont der bioethischen und medizinethischen Stellungnahmen der EKD. Im eingangs angesprochenen Aufsatz von 2012 konstatiert Peter Dabrock in materialethischer Hinsicht eine Umformung evangelischer Bioethik. Es sei über mehr als ein Jahrzehnt ein Übergang festzustellen von einer im ökumenischen Verbund mit dem römischen Katholizismus gemeinsam eingenommenen Position des kategorischen Lebensschutzes hin zu einem neuen Paradigma, in dem es darum geht, ambivalenzsensible und verantwortliche Entscheidungen zu ermöglichen. Dabrock spricht für das neue Leitbild von einer »moralkriteriale(n) Trias: Selbstbestimmung – Fürsorge – Lebensschutz«, der als Haltungen und Praktiken komplementär »Verantwortung, Gewissensbildung und menschliche Begleitung« entsprechen.[20] Die Frage ist: Folgt der Text von 2018 der von Dabrock skizzierten Genealogie? Nicht trivial ist der Umstand, dass mit dem Münchner Ethiker Reiner Anselm seit 2016 einer der Protagonisten der von Dabrock angesprochenen Umformung evangelischer Medizinethik Vorsitzender der Kammer für Öffentliche Verantwortung ist.[21]

19. Wie Anm. 17.

20. P. Dabrock, Fragen (wie Anm. 1)

21. Reiner Anselm war im Jahr 2002 einer der evangelischen Ethiker, die in einer in der FAZ publizierten und viel beachteten Stellungnahme in der Frage der Embryonenforschung eine gegenüber römisch-katholischen Positionen stärkere Profilierung evangelischer Ethik einforderten. Vgl. Anselm, Reiner/Fischer, Johannes/Frey, Christofer/Körtner, Ulrich H. J./Kress, Hartmut/Rendtorff, Trutz et al.: Pluralismus als Markenzeichen. Eine Stellungnahme evangelischer Ethiker zur Debatte um die Embryonenforschung, in:

Die Stellungnahme zu NIPD steht so in einem größeren Horizont einer Neubestimmung evangelischer Ethik, die eng verbunden ist mit einer veränderten Rolle der Kirchen im öffentlichen Leben und in politischen Prozessen. Die Debatten um Anfang und Ende Lebens sind, so auch die Beobachtung von Dabrock, Spiegel dieser Veränderungen. Die Debatten um Anfang und Ende des Lebens nehmen, eben weil sie Grundfragen gesellschaftlicher Selbstverständnisse adressieren, einen besonderen Rang ein und genießen auch besondere Öffentlichkeit. Kirchliche Stellungnahmen können trotz allen sozialen Wandels in diesen Debatten bis heute mit einer besonderen Aufmerksamkeit rechnen. Prominente Themen waren im vergangenen Jahrzehnt: Der moralische Status von Embryonen und die Problematik einer rechtlichen Regelung des assistierten Suizids. Die bioethischen Fragstellungen betreffen in besonderer Weise die Grundlagen der politischen Ordnung und der Identität des Gemeinwesens. Für die Analyse kann die politikwissenschaftliche Trias eines dreifach differenzierten Politikbegriffes hilfreich sein. Wenn man Differenzierung in Polity (Grundfragen der politischen Form), Policy (inhaltlich bestimmte Politiken) und Politics (Prozesse des politischen Wettbewerbs) folgt[22], betreffen die bioethischen Fragen die normativen Grundlagen des Gemeinwesens (Polity). Zugleich aber, wo medizinpolitische Regelungen berührt sind, geht es um Policy-Fragen, und schließlich, wo sich die Polity- und Policyfragen, mit parteipolitischen und positionellen Konstellationen der politischen Auseinandersetzung überschneiden, geht es um die »Politics«. Die Besonderheit der bioethischen Debatten liegt allerdings häufiger darin, dass die inhaltlichen Positionen in parlamentarischen Debatten und den Abstimmungen quer zu den Fraktionsgrenzen liegen. Abstimmungen über gesetzliche Regelungen werden dann von den Fraktionsleitungen »frei gegeben«, so etwa in der Abstimmung über das Verbot geschäftsmäßiger Beihilfe zum Suizid aus dem Jahr 2015. Auch in der Frage der NIPD kam es im Deutschen Bundestag zu fraktionsübergreifenden Anträgen. Die Rolle der Kirchen in Polity-Fragen kann unterschiedlich sein, gerade wenn es um Prozesse eines tiefgehenden Wandels von Wertvorstellungen geht. Die Kirchen können Beschleuniger von Wandlungsprozessen sein oder sich dem Wandel kritisch entgegenstellen. Wenn man verschiedene Politikfelder betrachtet, ist dies etwa im Feld der Fragen von Flucht und Asyl durchaus unterschieden von Positionen im Umgang mit avancierter Technik oder in Fragen, die mit dem Erhalt »natürlicher« Lebensbedingungen verknüpft sind. Kirchen sind im ersten Feld Beschleuniger des Wandels, in den anderen Feldern sind sie eher beharrende oder retardierende Kräfte. Die Leitdifferenzen, an denen entlang Positionen bezogen werden, sind etwa: Die Spannung von Individuum und Gesellschaft, von Autonomie und Freiheit einerseits und Verantwortung andererseits. Diese Spannung zeigt sich konkret für die Embryonenforschung und auch für die NIPD am umstrittenen Schutzstatus ungeborenen Lebens, neuerdings auch an Fragen des Diskriminierungsverbots, anderseits an einem emphatischen Verständnis der Selbstbestimmung in Form einer postulierten »reproduktiven Autonomie«.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. Januar 2002, 8, jetzt in: Anselm, Reiner/Körtner, Ulrich H. J./Rendtorff, Trutz (Hg.): Streitfall Biomedizin. Urteilsfindung in christlicher Verantwortung, Göttingen 2003, 197–208.

22. Alemann, Ulrich von: Grundlagen der Politikwissenschaft. Ein Wegweiser (Grundwissen Politik, 9), Wiesbaden 21995.

Die deutsche Auseinandersetzung um die NIPD bezieht sich zwar auf Spezifika nationaler politischer Gestaltung und Rechtssetzung, dies aber in einem Umfeld, in dem in globalem Maßstab neue technische Möglichkeiten die ethische Orientierung herausfordern. Die Divergenz zwischen unterschiedlichen normativen Kulturen ist erheblich. Ein Blick vor allem in die erheblich technikaffineren asiatischen Gesellschaften lehrt dies. Aber auch im Bereich des europäischen Christentums ist die Bandbreite groß, wie etwa ein Text der Gemeinschaft evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) lehrt, der im Juni 2017, also noch während des Arbeitsprozesses der Kammer für Öffentliche Verantwortung, publiziert wurde. Sein Titel: »›Bevor ich dich im Mutterleib gebildet habe…‹ Eine Orientierungshilfe zu ethischen Fragen der Reproduktionsmedizin des Rates der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa«.[23] Nur sehr knapp und mit dem Interesse, die Profilierung des EKD-Textes aufzuzeigen, kann auf diese Stellungnahme eingegangen werden.

Der GEKE-Text entwickelt ein theologisches Rahmenkonzept, das an den Leitbegriffen von Liebe und Gerechtigkeit, von Freiheit und Verantwortung ausgerichtet ist und innerhalb dieses Rahmens biblische Sprachformen und Orientierungsmuster zur Geltung zu bringen versucht. Im GEKE-Text spielt die Reflexion naturrechtlicher Fragestellungen bzw. derjenigen der evaluativen und normativen Qualität des »Natürlichen« eine größere Rolle als in den deutschen Diskursen. Neben dieser Behandlung eines ethiktheoretischen Rahmens identifiziert das Papier auch eine Reihe von Fragen, die von verschiedenen reproduktionsmedizinischen Praktiken aufgeworfen werden. Instruktiv ist die Diskussion des für liberale Gesellschafts- und Politikmodelle wichtigen Begriffes der »reproduktiven Autonomie«, der im EKD-Text und überhaupt in der deutschen evangelischen Medizinethik kaum eine Rolle spielt.[24] Der GEKE-Text entfaltet die Auseinandersetzung darüber, ob »reproduktive Autonomie« als Abwehrrecht gegen staatliche und gesellschaftliche Eingriffe, so eine engere Lesart, konzipiert werden sollte, oder als Anspruchsrecht, das dem Individuum staatliche und gesellschaftliche Unterstützung zur Realisierung seines Rechts gewährleisten müsse. Jedenfalls aber wird eine individualistische Verkürzung »reproduktiver Autonomie« vermieden. Im Abschnitt zur Pränataldiagnostik[25] (S. 134–139) ist die Diskussion der Problematik »wrongful birth« wichtig. Die Frage hat auch in Deutschland in Schadenersatzforderungen gegen Ärzte eine Rolle gespielt. Hier insbesondere lassen sich die dilemmatischen Konstellationen in der Spannung zwischen Le-

23. Gemeinschaft evangelischer Kirchen in Europa (Hg.): »Bevor ich Dich im Mutterleib gebildet habe …«. Eine Orientierungshilfe zu ethischen Fragen der Reproduktionsmedizin des Rates der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE), Wien 2017, online verfügbar unter http://cpce-repro-ethics.eu/?lang=de, zuletzt geprüft am 20. April 2020. Bedeutsam ist die Tatsache, dass die rechtliche Regelung dieses Politikfeldes in nationaler, nicht europäischer, Kompetenz liegt und sich daher besonders gut die Kontextualität und die Pfadabhängigkeiten auch der ethischen Diskurse aufzeigen lassen. Der GEKE-Text greift zur Selbstauslegung die Metapher eines »›Korridor(s)‹ protestantischer Positionen« in bioethischen Fragen auf (ebda., 60).

24. Vgl. dazu grundsätzlich: Beier, Katharina/Wiesemann, Claudia: Reproduktive Autonomie in der liberalen Demokratie – eine ethische Analyse, in: Claudia Wiesemann, Alfred Simon und Linda Hüllbrock (Hg.): Patientenautonomie. Theoretische Grundlagen, praktische Anwendungen, Münster 2013, 205–221.

25. Gemeinschaft evangelischer Kirchen in Europa, Bevor (wie Anm. 23, 134–139).

bensrecht und Autonomie aufweisen, wenn ein beeinträchtigt geborenes Kind als Schadensfall bewertet wird.

1. 3 Debatten um Umfeld

An dieser Stelle kann nur ein sehr knapper orientierender Blick auf die deutschen Debatten stehen, die seit dem Markteintritt der NIPT im Jahr 2012 geführt wurden. Der EKD-Text nimmt manches aus diesen Debatten auf.

Besonderes Gewicht kommt dabei der 2013 vorgelegten ausführlichen Stellungnahme des Deutschen Ethikrat zu: »Die Zukunft der genetischen Diagnostik – von der Forschung in die klinische Anwendung«. Fragen der Nichtinvasiven Pränataldiagnostik sind in diesem Text als nur ein Bereich eines umfassenderen Wandels aufgeführt. Der Ethikrat spricht vor allem die mit den NIPTs gegebene Tendenz zur Vermarktlichung an und resümiert:

> Die genannten Entwicklungen bringen ethische Herausforderungen mit sich: für das Krankheits- und Gesundheitsverständnis, für die Ausübung von Selbstbestimmung und Verantwortung sowie für gesellschaftliche Entwicklungen, die insbesondere Gerechtigkeit und Solidarität betreffen. Die Fragen sind nicht alle neu, sie stellen mitunter auch Varianten bereits diskutierter Herausforderungen dar, die sich allerdings durch die Kombination aus steigender Komplexität und sinkenden Zugangsschranken verschärfen.[26]

Die Handlungsempfehlungen für die Politik gehen dahin, dass die NIPD dem Einsatz in Risikoschwangerschaften vorbehalten sein und in ein umfassendes Beratungskonzept eingebettet sein sollte:

> Die Mehrheit der Mitglieder des Ethikrates hält wegen der hier aufgeworfenen rundlegenden Probleme im Hinblick auf die Anerkennung und Inklusion von Menschen mit Behinderung und die grundsätzliche Bedeutung für das Eltern-Kind-Verhältnis die Einführung eines über die Pflichtberatung nach § 218a Abs. 1 StGB hinausgehenden Schutzkonzepts für erforderlich.[27]

Diese Empfehlung des Ethikrates findet sich dann auch im EKD-Text wieder.

Ebenfalls im Jahr 2013 wurde ein für unseren Zusammenhang wichtiges Positionspapier der evangelischen Verbände »Evangelische Konferenz für Familien- und Lebensberatung« (EKFuL), »Bundesverband evangelische Behindertenhilfe« (BeB) und »Deutscher Evangelischer Krankenhausverband« (DEKV) mit dem Titel »Pränataldiagnostik und Schwangerschaftskonflikt aus ethischer Sicht« publiziert.[28] Besonders interessant sind hier die durchaus unterschiedlichen Sichtweisen der einzelnen Verbände, die sich gleichwohl zu einer professionellen Kooperation ver-

26. Deutscher Ethikrat, Zukunft (wie Anm. 5), 169.
27. Ebda., 180. Beide Empfehlungen fanden allerdings auch innerhalb des Ethikrates Widerspruch, der in Minderheitsvoten eigens festgehalten wurde.
28. Evangelische Konferenz für Familien- und Lebensberatung e. V., Pränataldiagnostik (wie Anm. 8).

pflichtet haben und an den Beginn ihres Papieres auch eine gemeinsam formulierte ethische Reflexion gestellt haben.[29] Genetische Pränataldiagnostik wird auch hier einerseits als etwas durch medizinischen Fortschritt Gegebenes betrachtet, andererseits aber auch in ihren problematischen gesellschaftlichen Folgen bewertet: Das diagnostische Verfahren werde aus dem therapeutischen Kontext gelöst, mit seiner prinzipiellen Zugänglichkeit werde es zum Normalfall und könne dem werdenden Leben gegenüber zu einer Grundhaltung von Planbarkeit und Optimierbarkeit führen.[30] Die Rechtfertigungspflicht drohe sich umzukehren: es entstehe ein gesellschaftlicher Druck, ein Kind mit Behinderung abzutreiben, dieses Kind als etwas Vermeidbares zu sehen.[31] Als Proprium der evangelischen Träger wird die doppelte Aufgabe medizinischer und psychosozialer Beratung in professioneller Kooperation der verschiedenen Berufsgruppen gesehen, in Bindung an fachliche wie ethische Standards und unter Begleitung der Mitarbeitenden.[32] Die EKFuL betont als »verbandspolitische Position«, »dass sie auf die ›Janusköpfigkeit‹ von Pränataldiagnostik aufmerksam macht und nach den individuellen und gesellschaftlichen Folgen von Angebot und Nutzung einer Diagnostik fragt, einer Diagnostik, die nach nicht behandelbaren Krankheiten und Behinderungen sucht und die werdenden Eltern vor kaum erträgliche Entscheidungen stellt, nämlich über Leben oder Tod ihres erwünschten Kindes zu entscheiden.« Der BeB plädiert sehr eindeutig für die »Eingrenzung der pränatalen Diagnostik« und weist auf »die Unterscheidung zwischen vorsorglicher Diagnostik und selektiver Diagnostik« hin.[33]

Mit dem Voranschreiten des 2014 eingeleiteten Erprobungsverfahrens wurde die NIPD auch zum politischen Thema und ist seitdem Gegenstand einer Reihe von Interventionen von Abgeordneten des deutschen Bundestages gewesen. Diese Interventionen sind hier nur knapp zu referieren.

Im März 2015 stellten fraktionsübergreifend 157 Abgeordnete des deutschen Bundestages eine »Kleine Anfrage« zur »Vorgeburtliche(n) Blutuntersuchung zur Feststellung des Down-Syndroms« an die Bundesregierung.[34] Im Kern ging es um eine Auskunft, welche voraussichtlichen Folgen eine ausgreifende Praxis von NIPD auf die Geburt von Kindern mit Down-Syndrom hätte. Die Antwort der Bundesregierung hält fest:

> Ethische Implikationen und gesellschaftliche Auswirkungen der Verwendung dieser Produkte gehören nicht zu den unionsrechtlich festgelegten, einheitlichen Anforderungen an deren Verkehrsfähigkeit.[35]

29. Evangelische Konferenz für Familien- und Lebensberatung e. V. (Hg.): Abschlussbericht über das EKFuL-Modellprojekt Interprofessionelle Kooperation bei Pränataldiagnostik (2015), online verfügbar unter https://www.ekful.de/fileadmin/user_upload/PDFs/Projekte/Abschlussbericht_InterprofessionelleKooperationPND.pdf, zuletzt geprüft am 20. April 2020.
30. Wie Anm. 8.
31. Ebda.
32. Ebda., 14.
33. Ebda.
34. Bundestagsdrucksache 18/4406 (2015). Kleine Anfrage Vorgeburtliche Blutuntersuchung zur Feststellung des Down-Syndroms. Online verfügbar unter http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/044/1804406.pdf, zuletzt geprüft am 2. Mai 2020.
35. Bundestagsdrucksache 18/4574 (2015). Antwort der Bundesregierung auf die

Auf eben diesen Vorwurf, einer weitgehenden ethischen Unterbestimmtheit des G-BA-Verfahrens ging auch dessen Vorsitzender Josef Hecken anlässlich der schon angesprochenen Eröffnung des Methodenbewertungsverfahrens im August 2016 ein.[36] Unmittelbar vor Eröffnung des Bewertungsverfahrens meldeten sich am 17. August 2016 fraktionsübergreifend vier Abgeordnete, die Protagonisten der Kleinen Anfrage, mit einem auch in den Medien veröffentlichten Brief an den Vorsitzenden des G-BA zu Wort. Corinna Rüffer (Grüne), Hubert Hüppe (CDU), Dagmar Schmidt (SPD) und Kathrin Vogler (Linke) äußerten den Verdacht, dass der G-BA mitten in der Sommerpause unterhalb der Wahrnehmungsschwelle einer kritischen Öffentlichkeit vollendete Tatsachen hinsichtlich des Methodenbewertungsverfahrens schaffen wolle. Sie schrieben:

> Wir bitten Sie deshalb nachdrücklich, im weiteren Verfahren und bei allen Entscheidungen, insbesondere bei der Bewertung des »Nutzens« eines solchen Tests, die ethischen und gesellschaftlichen Konsequenzen zu berücksichtigen […]. Das sollte im Rahmen einer ernsthaften, intensiven und öffentlichen Debatte geschehen, bei der insbesondere auch Verbände und Selbstorganisationen von Menschen mit Behinderung einbezogen werden.[37]

Für das Bewertungsverfahren spielte diese Intervention eine Rolle, insofern der Vorsitzende des G-BA, abweichend von der sonstigen Arbeitsweise des G-BA, in der Pressemitteilung zur Eröffnung des Methodenbewertungsverfahrens selbst darauf hinwies, dass »dieses Verfahren neben den standardmäßig zu prüfenden medizinischen Gesichtspunkten in besonderer Weise fundamentale ethische Fragestellungen berührt, die mitbedacht werden müssen«.[38]

Nach einem nahezu zwei Jahre dauernden Prüfverfahren legte das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) am 27. Juni 2018 eine abschließende Bewertung der genetischen Bluttests vor.[39] Die Pressemitteilung hält das Ergebnis knapp fest:

> Sensitivität und Spezifität der Tests auf die seltenen Trisomien 13 und 18 lassen sich nicht robust schätzen. Für Trisomie 21 sind die Tests mit über 99 Prozent ähnlich sensitiv und spezifisch wie die invasiven Methoden. Würde schwangeren Frauen mit erhöhtem Risiko für eine fetale Trisomie 21 eine NIPD angeboten, ließe sich vermutlich ein Teil der Fehlgeburten vermeiden, die die invasive Diagnostik auslösen kann.[40]

Kleine Anfrage Drucksache 18/4406. Vorgeburtliche Blutuntersuchung zur Feststellung des Down-Syndroms.

36. Wie Anm. 17.

37. Hüppe, Hubert/Rüffer, Corinna/Schmidt, Dagmar/Vogler, Katrin: Brief zu TOP 8.2.1 der 91. Öffentlichen G-BA Sitzung am 18. August 2016. Online verfügbar unter http://www.netzwerk-praenataldiagnostik.de/ fileadmin/praenatal-diagnostik/pdf/Brief_MdBs_zur_91_G-BA-Sitzung.pdf, zuletzt geprüft am 2. Mai 2020.

38. Wie Anm. 17.

39. Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG): Nicht invasive Pränataldiagnostik (NIPD) zur Bestimmung des Risikos autosomaler Trisomien 13, 18 und 21 bei Risikoschwangerschaften. Abschlussbericht (IQWiG-Berichte, Nr. 623) (2018). Online verfügbar unter https://www.iqwig.de/download/S16-06_Nicht-invasive-Praenataldiagnostik-NIPD_Abschlussbericht_V1-0.pdf, zuletzt geprüft am 2. Mai 2020.

40. Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG):

Damit war der Weg zum Abschluss des Erprobungsverfahrens im Prinzip gebahnt.

Zehn Abgeordnete des deutschen Bundestages reagierten am 12. Oktober 2018 mit einem interfraktionellen Positionspapier »Vorgeburtliche Tests – wie weit wollen wir gehen?«[41] Mit Bezug auf die UN-Behindertenrechtskonvention formuliert das Papier eine Reihe von Fragen:

> Wie könnte ein Verfahren aussehen, mit dem die Einführung ethisch umstrittener Diagnostik und Therapieverfahren künftig bewertet wird? Durch welche Instanz und in welchen Rahmen sollen diese ethischen Fragestellungen behandelt werden? Wie kann die Beratung werdender Eltern verbessert werden? Was können wir tun, um Vorurteilen über das Leben mit Behinderungen wirksam entgegen zu treten, und wie können wir die Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen und ihren Familien weiter verbessern?

Der immer wiederkehrende Vorwurf mangelnder Partizipativität der medizinpolitischen Entscheidungen war von kritischen Beobachtern schon vorher auf ein Regime »fragmentierter Verantwortung« zurückgeführt worden.[42]

Am 22. März 2019 leitete der G-BA mit seinem Beschlussentwurf zur Aufnahme der NIPD in die Regelleistung der GKV für Risikoschwangerschaften das Stellungnahmeverfahren ein: »Wissenschaftliche Fachgesellschaften, die Bundesärztekammer, der Deutsche Ethikrat, die Gendiagnostik-Kommission und zahlreiche weitere Organisationen sind nun aufgefordert, die vorgesehenen Änderungen der Mutterschafts-Richtlinien fachlich zu prüfen.«[43]

Die Intervention der Abgeordneten konnte nur noch eine weitere Plenarbefassung des deutschen Bundestages erreichen. Zur Vorbereitung dieser Befassung wurde am 4. April 2019 ein umfangreicher Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung publiziert, in dem das bisherige Verfah-

---

Nicht invasive Pränataldiagnostik kann Trisomie 21 zuverlässig bestimmen. Köln. Online verfügbar unter https://www.iqwig.de/de/presse/pressemitteilungen/2018/nicht-invasive-praenataldiagnostik-kann-trisomie-21-zuverlaessig-bestimmen.9472.html, zuletzt geprüft am 2. Mai 2020.

41. Von den vier Abgeordneten, die am 17. August 2016 die Eröffnung des Methodenbewertungsverfahrens kritisch kommentiert hatte, war Hubert Hüppe (2016) inzwischen aus dem Bundestag ausgeschieden.

42. Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft (IMEW): Partizipation in technisch gesellschaftlichen Innovationsprozessen mit fragmentierter Verantwortung am Beispiel der nicht-invasiven Pränataldiagnostik, Berlin 2018, online verfügbar unter https://www.imew.de/fileadmin/Dokumente/Volltexte/Tagungen_2018/IMEW-Projekt-NIPD-Kurzfassung_2018.pdf, zuletzt geprüft am 2. Mai 2020, 1: »Dass sich die Debatte erst spät entzündet hat, ist dagegen auf ein System ›fragmentierter Verantwortung‹ zurückzuführen. Einerseits wird die Entscheidungslast auf die betroffenen Frauen bzw. Paare verlagert und damit individualisiert. Andererseits begünstigte eine Politik der »kleinen Schritte« und der Verantwortungsabwehr, dass der gesellschaftliche Diskussionsprozess nur verzögert und über Umwege entfaltet werden konnte.«

43. Gemeinsamer Bundesausschuss eröffnet Stellungnahmeverfahren zu nicht-invasiven Pränataltests (NIPT) (22. März 2019). Online verfügbar unter https://www.g-ba.de/presse/pressemitteilungen/789/, zuletzt geprüft am 20. April 2020.

ren und die Argumente noch einmal gebündelt wurden.[44] Im Bericht wurde der Eindruck bekräftigt, dass »im Rahmen des G-BA-Verfahrens der Raum (fehlte) für die als notwendig erachtete begleitende gesellschaftliche Diskussion, etwa dazu, ob die Verfügbarkeit von frühen und risikoarmen Testverfahren wie NIPT den gesellschaftlichen Druck erhöht, (ausschließlich) gesunde Kinder zur Welt zu bringen.«[45] Die Orientierungsdebatte im Deutschen Bundestag, ein Format, in dem es noch nicht um Gesetzesvorlagen, sondern zunächst um Information und Artikulation verschiedener Positionen geht, fand am 11. April 2019 statt. Die kritischen Positionen gegenüber einer Aufnahme der NIPD in den Katalog der Regelleistungen für Risikoschwangerschaften kamen ausführlich zu Wort, allerdings fand der Vorschlag des G-BA fand überwiegend Zustimmung.[46] Das Methodenbewertungsverfahren wurde dann am 19. September 2019 mit der Empfehlung abgeschlossen, NIPT für Risikoschwangerschaften in den Leistungskatalog der GKV aufzunehmen. Das von der Abgeordneten Corinna Rüffer (Grüne), der maßgeblichen kritischen Kraft im Bundestag, im Verein mit zivilgesellschaftlichen Initiativen noch kurz zuvor geforderte Moratorium[47] wurde vom Vorsitzenden des G-BA abgelehnt.[48] Derzeit (Frühjahr 2020) werden Versicherteninformationen entwickelt.[49] Der mit Vorliegen der Versicherteninformationen erreichte Abschluss des gesamten Verfahrens wird für Ende 2020 erwartet.

---

44. Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss) gemäß § 56a der Geschäftsordnung. Aktueller Stand und Entwicklungen der Pränataldiagnostik (Drucksache 19/9059). Online verfügbar unter https://www.g-ba.de/downloads/17-98-4847/2019-09-19-PA-JHecken_an-BT-Abgesordnete_NIPT.pdf, zuletzt geprüft am 20. April 2020; Kolleck, Alma/Sauter, Arnold: Aktueller Stand und Entwicklungen der Pränataldiagnostik. Endbericht zum Monitoring. Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag, Berlin 2019, online verfügbar unter https://www.tab-beim-bundestag.de/de/pdf/publikationen/berichte/TAB-Arbeitsbericht-ab184.pdf, zuletzt geprüft am 20. April 2020.

45. Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (wie Anm. 44).

46. Orientierungsdebatte über vorgeburtliche genetische Bluttests. Online verfügbar unter https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2019/kw15-de-genetische-bluttests-633704, zuletzt geprüft am 2. Mai 2020.

47. Trisomie-Test: Diskussion um Methodenbewertung entbrannt, online verfügbar unter https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/70079/Trisomie-Test-Diskussion-um-Methodenbewertung-entbrannt, zuletzt geprüft am 2. Mai 2020; Evangelische Konferenz für Familien- und Lebensberatung e. V. (Hg.): Aufnahme der NIPD in den Leistungskatalog der Krankenkassen. Ein Diskussionsbeitrag der EKFuL, 2019; online verfügbar unter https://www.ekful.de/fileadmin/user_upload/PDFs/Stellungnahmen/2019_NIPD_als_Kassenleistung _EKFuL-Diskussionsbeitrag.pdf, zuletzt geprüft am 20. April 2020.

48. Methodenbewertung (wie Anm. 18).

49. Vgl. den Entwurf des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG): Versicherteninformation zur Pränataldiagnostik. Vorbericht, Köln 2020, online verfügbar unter https://www.iqwig.de/de/projekte-ergebnisse/projekte/gesundheitsinformation/p17-01-versicherteninformation-zur-praenataldiagnostik.7783.html, zuletzt geprüft am 10. Mai 2020.

2. Zum Beratungsprozess in der Kammer für Öffentliche Verantwortung

Der Rat der EKD beauftragte die Kammer für Öffentliche Verantwortung in seiner Sitzung am 9./10. Dezember 2016 zum Thema der NIPT zu arbeiten.[50] Das Ratsprotokoll spricht von einer knappen, orientierenden ethischen Stellungnahme, die als Vorarbeit zu einer Informationsbroschüre für Betroffene dienen sollte. Für diese Broschüre sollte, so die Erwartung des Rates, eine Kooperation mit den fachärztlichen Vereinigungen und den Beratungsstellen, vor allem der Diakonie, gesucht werden, um Ratsuchende möglichst am Ort der ärztlichen Begleitung und Untersuchung zu erreichen.

Ein formelles Verfahren der Vergabe von Aufträgen an die ratsbegleitenden Gremien und besonders die Kammern war mit dem Beginn der Amtszeit des von der 12. Synode der EKD im November 2015 gewählten Rates eingeführt worden. Ziel war es, eine engere Abstimmung zu erreichen. Dieses Verfahren sieht vor, dass nach einer Beauftragung zunächst eine Anfangsberatung erfolgt, die in Zusammenarbeit des Vorsitzenden der Kammer mit dem Kirchenamt zu einer »Auftragsskizze« führt, in der grundlegende Richtungsangaben zum Projekt ausgeführt und im Rat der EKD zur Diskussion gestellt werden.

Der Auftragserteilung im Dezember 2016 waren mehrere informatorische Befassungen des Rates mit den »PraenaTest« vorausgegangen: Zunächst, am 27. März 2015, im zeitlichen Umfeld der o. a. »Kleinen Anfrage« der 157 Abgeordneten, die dem Thema neue öffentliche Aufmerksamkeit gebracht hatte, in Form einer ausführlichen Vorlage des Fachreferats (OKRin Dr. Renate Knüppel). In der Ratssitzung vom September 2016 kam es, nach Eröffnung des Methodenprüfverfahrens durch den G-BA, zu einem Austausch über die aktuelle Entwicklung. Tenor dieses Austauschs war, die weitere Entwicklung aufmerksam zu verfolgen und eigenständig dazu zu arbeiten. Im Ergebnis kam es dann zu einem Auftrag im Dezember 2016. In der ersten Hälfte des Jahres 2017 legte die Kammer den Schwerpunkt auf einen Arbeitsprozess zu Populismus und Polarisierung, der mit der Publikation des Textes »Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung. Zehn Impulse der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD zu aktuellen Herausforderungen der Demokratie in Deutschland« im August 2017 beendet war.[51] Die Kam-

50. Mitglieder der Kammer waren für die 2015 beginnende Ratsperiode: Prof. Dr. Reiner Anselm, München (Vorsitzender); Dr. Anthea Bethge, Neuwied; Michael Brand MdB, Berlin; Regionalbischöfin Susanne Breit-Keßler, München (Stellvertretende Vorsitzende); Prof. Dr. Peter Dabrock, Erlangen – seit 2016 Vorsitzender des Deutschen Ethikrates; Prof. Dr. Angelika Dörfler-Dierken, Hamburg; Dr. Andrea Dörries, Hannover; Prof. Dr. Christine Gerber, Hamburg; Prof. Dr. Hans-Michael Heinig, Göttingen; Dr. Georg Kalinna, Köln; Steffen Kern, Stuttgart; Prof. Dr. Rebekka Klein, Bochum; Dr. Christiane Kohler-Weiß, Stuttgart; Brigitte Lösch MdL, Stuttgart; Prof. Dr. Hans-Richard Reuter, Münster; Prof. Dr. Cornelia Richter, Bonn; Prof. Dr. Gerhard Robbers, Trier; Prof. Dr. Matthias Rogg, Hamburg; Staatsminister Michael Roth MdB, Berlin; Prof. Dr. Eva Senghaas-Knobloch, Bremen; Staatsrat a. D. Hans-Peter Strenge, Hamburg; Ständige Gäste: Vizepräsident Dr. Horst Gorski, Hannover; Prälat Dr. Martin Dutzmann, Berlin; Dr. Klára Tarr Cselovszky, Budapest; Präsident Ulrich Lilie, Berlin; Geschäftsführung: OKR Dr. Roger Mielke, Hannover.

51. Vgl. hierzu Christophersen, Alf: Konsens und Konflikt: Politik braucht Ausein-

mer nahm den Faden der NIPD in ihrer Sitzung im November 2017 wieder auf. Für diese Sitzung wurde ein erster Entwurf vorgelegt und diskutiert, der von den Kammermitgliedern Andrea Dörries und Christiane Kohler-Weiß erarbeitet worden war. Im November und Dezember entstand in Zusammenarbeit von Rebekka Klein mit dem Vorsitzenden Reiner Anselm ein überarbeiteter Text, der im Januar 2018 in den Rat ging und Grundlage für die Auftragsskizze war. Der Rat stand der Aufnahme der NIPD in den Leistungskatalog der GKV grundsätzlich positiv gegenüber, bekräftigte aber, dass eine Beratungspflicht eingeführt werden sollte. Neben der individualethischen Ausrichtung des Textes seien, so die Ratsbefassung im Januar 2018, auch die sozialethisch zu reflektierenden gesellschaftlichen Folgen zu berücksichtigen. Der Text sollte weniger fachlich-ethisch geprägt als vielmehr allgemeinverständlich geschrieben sein.

Mit diesen Leitlinien ging die Kammer in ihre nächste Sitzung am 23./24. Februar 2018. War die Textfassung vom November 2017 noch von einem mehr kritischen Ton gegenüber der NIPD geprägt, so hatte die Ratsbefassung nun die Richtung hin zu einer grundsätzlich positiveren Einschätzung eingeschlagen. Intensive Diskussionen ergaben sich darüber, ob Begriff wie »Eugenik« oder »Selektion« Eingang in den Text finden sollten. Ein Teil der Kammer (Christiane Kohler-Weiß, Andrea Dörries, Angelika Dörfler-Dierken) argumentierte eher mit Begriffen des Lebensschutzes und der Behindertenrechte, ein anderer Teil der Kammer (Reiner Anselm als Vorsitzender und Peter Dabrock, auch mit dem Gewicht seiner Rolle als Vorsitzender des deutschen Ethikrates) urteilte vorrangig von individuellen Entscheidungsmöglichkeiten und medizinischen Chancen her. Im Laufe dieser Kammersitzung nun wurde der bis dahin vorliegende Text unter Federführung des Vorsitzenden grundlegend überarbeitet und nahm die Gestalt an, die nur noch wenig überarbeitet dann im November 2018 publiziert wurde. Zur Ratssitzung am 25./26. Mai 2018 wurde dem Rat der EKD dieser neue Entwurf vorgelegt. Der Text hatte seine Form im Vergleich zum ursprünglichen Auftrag grundlegend verändert. Er war weder knapp noch einfach, am Ende sollte er im Druck 44 Seiten umfassen. Im Arbeitsprozess hatte sich herausgestellt, dass der Orientierungsbedarf auch innerhalb des Rates der EKD so grundsätzlich und die Problemstellung so komplex war, dass dem nur mit einer ausführlichen Argumentation begegnet werden konnte, in der die individuelle Entscheidungsmöglichkeiten und -zwänge ebenso wie gesellschaftlich-politische Kontext zu berücksichtigen waren. Der Text changiert nun zwischen ethischem Traktat und Policy-Paper. Zusätzlich musste der Text, wie die Debatten in der Kammer gezeigt hatten, der Aufgabe genügen, einen tragfähigen Kompromiss zu formulieren zwischen den eher kritischen, am Lebensschutz orientierten Positionen, und denen, die individuelle Entscheidungen und die Chancen der neuen Diagnostiken betonten. Im Anschluss an die Ratssitzung vom Mai 2018 wurde der Text behutsam weiterbearbeitet. Präzisiert wurde das Konzept von Beratung: Für die schwangere Frau soll Beratung als Angebot bestehen, für die Kostenträger solle eine Verpflichtung definiert werden, das Angebot bereitzustellen und zu finanzieren. Die dem Lebensschutz verpflichtete psychosoziale Beratung sollte nicht im Zusammenhang von § 218f. StGB verankert

andersetzung. Zehn Impulse der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD zu aktuellen Herausforderungen der Demokratie in Deutschland, in: KJ 143./144. Jg., 2016/17, Gütersloh 2020, 110–134.

werden und damit rechtlich bindend verpflichten. Das Papier fordert vielmehr, die Kostenträger zu verpflichten, eine Beratung anzubieten und nach § 24c SGB V zu finanzieren. Mit dieser Forderung sollte ein Eingriff in die Architektur von § 218f. vermieden werden. Der Rat hatte sich für eine Lösung ausgesprochen, die einerseits eine Aufnahme von NIPD in die Regelleistung der GKV befürwortet, andererseits aber eine Beratung einfordert, die mehr über Anreize als über Sanktionsdrohungen wirksam werden soll.

Hier wird deutlich, dass im Beratungszeitraum eine intensive gesellschaftliche Debatte um die §§ 218 und 219 StGB geführt wurde, nachdem am 24. November 2017 ein Urteil des LG Gießen gegen die Gießener Ärztin Kristina Hänel gefällt worden war, das der Ärztin verbotene Werbung für den Schwangerschaftsabbruch attestierte und diese Werbung, von der Ärztin und den meisten Medien als sachliche Information verstanden, untersagte.

Die Fertigstellung des Textes im Sommer 2018 wurde noch von einem Redaktionsausschuss von Ratsmitgliedern begleitet. Vor allem die Frage der Kohärenz des Textes mit der UN-Behindertenrechtskonvention spielte dabei eine Rolle. Durch den Redaktionsausschuss wurde der Text dann zur Veröffentlichung frei gegeben. Über die Publikationsform wurde noch weiter beraten. Sie sollte zunächst im Zusammenhang einer für den Frühherbst 2018 erwarteten parlamentarischen Befassung erfolgen. Schließlich wurde der Text dann im Anschluss an das interfraktionelle Positionspapier vom 12. Oktober 2018 publiziert.[52]

3. Der Text vom Oktober/November 2018

Im Folgenden soll nun der im November 2018 publizierte Text der EKD vorgestellt werden. Dazu werden ausführliche Auszüge des Textes wiedergegeben und mit besonderem Augenmerk auf die theologischen und ethischen Argumentationsmuster kommentiert. Dazu folgen wir der Gliederung des Textes: 1. Vorwort des Ratsvorsitzenden, 2. eine mit »Aufgabe und Zielrichtung des Beitrags« überschriebene Executive Summary, 3. folgen zehn Leitsätze und 4. abschließend ein Glossar.

Vorwort (6–8)

Das Vorwort des Ratsvorsitzenden pointiert und kontextualisiert den Text. Es setzt ein mit der Spannung von Chancen und Gefährdungen:

> Mit den Möglichkeiten aber wächst auch der Sinn für die Ambivalenzen: Ist eigentlich alles, was möglich ist, auch gut und förderlich? (6)

Als Kontext der medizinpolitischen Einzelfrage wird eine grundsätzliche gesellschaftliche Frage markiert:

52. Vgl. Anm. 41.

Dabei geht es niemals nur um fachliche oder technische Fragen. So wichtig eine nüchterne, faktenbasierte Bewertung neuer Methoden oder Medikamente ist – hinter diesen Fragen melden sich immer auch die moralischen Grundfragen der persönlichen Lebensführung und des gesellschaftlichen Zusammenlebens. (6)

Das Vorwort nimmt dann den Beratungsprozess der Kammer auf und skizziert die politische Empfehlung:

Der Rat der EKD hat sich in seiner Sitzung am 26. Mai 2018 diese Empfehlung der Kammer und ihre ethische Reflexion zu eigen gemacht. Die Kammer empfiehlt grundsätzlich, die Nichtinvasiven Pränataltests (NIPT) aufgrund ihres für die schwangere Frau und das ungeborene Kind erheblich schonenderen Charakters in den Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung aufzunehmen. Diese zustimmende Empfehlung ist allerdings daran geknüpft, dass eine neue psychosoziale, dem Lebensschutz verpflichtete Beratung eingeführt wird, die schwangere Frauen und Paare darin begleitet, eine individuell verantwortete Entscheidung darüber zu fällen, ob sie den genetischen Bluttest durchführen wollen und in der Lage sind, die sich daraus etwa ergebenden Folgen zu tragen. Ohne eine solche Beratung erscheint die Einführung der NIPT als Regelleistung der Gesetzlichen Krankenversicherung der Kammer und dem Rat der EKD nicht als zustimmungsfähig. (7)

Auch wird die grundsätzliche ethische Spannung und die Aufgabe der argumentativen Balance zwischen Selbstbestimmung und Lebensschutz betont:

Die verantwortliche **Selbstbestimmung** der betroffenen Menschen wird für die evangelische Kirche immer besonderes Gewicht haben – ebenso aber auch der **Blick auf die Würde des ungeborenen Kindes**, das geliebtes **Geschöpf** des gnädigen Gottes ist. (7)

Schließlich reflektiert das Vorwort auf den öffentlichen Charakter der kirchlichen Stellungnahme, der eine mehr als bloß partikulare Bedeutung zukomme:

Diese besondere Perspektive des christlichen Glaubens ist auch, so unsere Überzeugung, tief verankert in den moralischen und rechtlichen Grundlagen unseres Gemeinwesens und reicht damit in ihrer Bedeutsamkeit über den Kreis der Christinnen und Christen hinaus. (7f.)

»Aufgabe und Zielrichtung des Beitrags« (9–14)

Dieser Abschnitt setzt die rechtspolitische Pointe des Textes:

Nichtinvasive Pränataldiagnostik sollte nur in einem verlässlichen Rahmen psychosozialer und ethischer Beratung angeboten und durchgeführt werden. (9)

Er mahnt auch, wie viele der oben angeführten Beiträge aus der Zeit seit 2012 eine »breitere gesellschaftliche Debatte« an und verweist auf die möglichen gesellschaftlichen Konsequenzen:

Denn der damit verbundene Übergang von einer ausschließlich individuell verantworteten und finanzierten zu einer durch die Solidargemeinschaft getragenen Praxis könnte deutliche Veränderungen im Umgang mit dem ungeborenen Kind mit sich bringen. (9)

Eine durchgehende Normalisierung des Einsatzes von NIPT könnte, so die Befürchtung, »zu weitreichenden Verschiebungen im gesellschaftlichen Wertegefüge führen«, so dass Entscheidungen für einen Schwangerschaftsabbruch »zunehmend unter äußerem Druck« (10) fallen könnten. Im Konjunktiv wird auf die Kohärenz einer an den Grundrechten orientierten Rechtsordnung verwiesen:

Unvereinbar mit unserer liberalen Rechtsordnung und den mit ihr verbundenen Werten wäre es auch, wenn der verbreitete Einsatz der NIPD schrittweise dazu führte, dass einer ganzen Gruppe von ungeborenen Menschen mit bestimmten Eigenschaften (z. B. mit Trisomie 21) das Recht auf Leben verwehrt würde. (10)

Daher geht es dem Text darum

Orientierung für die ethische Urteilsbildung und die politische Gestaltung angesichts der Möglichkeiten pränataler Diagnostik zu geben. Sie thematisiert aber auch den gesellschaftlichen und nicht zuletzt den politischen und rechtlichen Rahmen, innerhalb dessen eine solche Entscheidungsfindung erfolgt. Zugleich fragt sie nach den Bedingungen, die für eine freie und verantwortliche Entscheidung notwendig sind. (10)

Die Metaphern der »Orientierung« und des »Rahmens« beschreiben ethische Urteilsbildung als eigenverantwortlichen Vorgang, der durch die Informationen und Argumente des Textes ermöglicht werden soll.

Für die politischen Entscheiderinnen und Entscheider wird die konkrete Forderung des Textes formuliert:

Rechtspolitisch zielt diese Stellungnahme der EKD darauf, zusätzlich zur ärztlichen Aufklärung und Beratung im Rahmen der Pränataldiagnostik eine eigenständige ethisch und psychosozial orientierte Beratung zu etablieren. (11)

Ähnlich wie in den Empfehlungen des Deutschen Ethikrates von 2013 geht es um eine die Regelungen des Schwangerschaftskonfliktgesetzes und des Gendiagnostikgesetzes ergänzende psychosoziale Beratung.[53]

Der Vermarktlichung des NIPT durch den Direct-to-Consumer-Vertrieb steht das Papier der Kammer ausgesprochen kritisch gegenüber und fordert klare rechtliche Regulierungen.

Insbesondere sollte vermieden werden, die Pränataldiagnostik der ökonomischen Logik und den Regularien des Marktes auszuliefern, wie es derzeit bereits in der durchaus verharmlosenden Werbung für die privat zu finanzierenden NIPTs geschieht. Demgegenüber plädiert diese Stellungnahme dafür, den Einsatz der NIPTs strikt an einen medizinisch und ethisch beschriebenen Rahmen zu binden und die Tests in die gesellschaftlich verantwortete Schwangerschaftsvorsorge einzubinden – in ihre Finanzierung, ihre Durchführung und auch ihre Regulierung. Die Kombination von Kostenübernahme durch die GKV und dem Angebot einer umfassenden qualifizierten ethischen Beratung im Rahmen der

53. Deutscher Ethikrat: Die Zukunft der genetischen Diagnostik – von der Forschung in die klinische Anwendung. Stellungnahme; 30. April 2013, online verfügbar unter http://www.ethikrat.org/publikationen/stellungnahmen/die-zukunft-der-genetischen-diagnostik, zuletzt geprüft am 20. April 2020.

Schwangerenvorsorge soll schwangere Frauen dazu motivieren, die entsprechenden Beratungsangebote auch tatsächlich in Anspruch zu nehmen und nicht nach finanziell günstigeren Angeboten zu suchen – sei es über Angebote im Direct-to-Consumer-Vertrieb im Internet oder im Ausland. (13)

1. Freiheit und Verantwortung (15–16)

Der Hauptteil des Textes beginnt mit einer Verortung der Fragestellung im Horizont einer theologischen Ethik – ebenso wie der Text mit einer theologisch-ethischen Schlusspointe endet. Diese Architektur des Textes macht deutlich, dass er insgesamt als eine »inclusio« zu denken ist, also bei aller betonten Anschlussfähigkeit an den öffentlichen Vernunftgebrauch im säkularen Staat, doch als ein kirchlicher Text verstanden werden will, mit dem sich die evangelische Kirche aus ihrer Bindung an das Evangelium heraus im säkularen Staat zu Gehör bringt. Es geht dabei nicht in erster Linie darum, dogmatische Überlieferung zur Geltung zu bringen, es geht um »Lebensführung« als durch das Evangelium ermöglichte Aufgabe:

Christliche Lebensführung ist durch das Zusammenspiel von Freiheit und Verantwortung gekennzeichnet: Christinnen und Christen sehen in der Freiheit eine Gabe, die sie mit Gott und den Mitmenschen verbindet und beiden gegenüber in die Verantwortung ruft. (15)

Die ethische Orientierung wird so in einen schöpfungstheologischen Rahmen eingezeichnet, in dem Schöpfung als Ermöglichungsraum humaner Freiheit und Gestaltung verstanden wird.[54] Die unverlierbare Würde des Humanum wird in der schöpferischen Liebe Gottes als dem primären Anerkennungsverhältnis fundiert. Dabei ist diese Bestimmung der Würde nicht nur Vorgabe, sondern auch Telos personalen Lebens. Der Mensch als Person ist auf im Glauben realisierte Gnade hin geschaffen. Dem entspricht Freiheit der Lebensführung zur selbstverantworteten Entscheidung, die aber immer in Gemeinschaft eingefügt bleibt.

2. Nichtinvasive Pränataltests – Chancen und Risiken (17–19)

Der Leitsatz dieses Abschnittes stellt fest

Die Entwicklung der NIPD birgt das Potenzial zu einer grundsätzlichen Verschiebung in der Inanspruchnahme der pränatalen genetischen Diagnostik. (17)

Der Text stellt mit Anschluss an das Methodenbewertungsverfahren des G-BA die medizinischen Informationen zu den NIPT zusammen. Das »Potenzial« für weitreichende Veränderungen durch NIPD wird kritisch skizziert, ohne doch dem »Dammbruchsargument« Raum zu geben:

Aus der Möglichkeit, ohne Fehlgeburtsrisiko und ohne ärztliche Untersuchung auf prä-

54. Hier insbesondere ist die theologische Handschrift des Vorsitzenden zu erkennen, vgl. Anselm, Reiner: Schöpfung als Deutung der Lebenswirklichkeit, in: Konrad Schmid (Hg.): Schöpfung (UTB Evangelische Theologie, 3514), Stuttgart 2012, 225–294.

natale Diagnostik zugreifen zu können, sowie der damit einhergehenden Privatisierung der Testung und Befundmitteilung ergibt sich das besondere Potenzial der NIPTs, das zu einer grundlegenden Verschiebung im Umgang mit dem Wissen über das Ungeborene führen könnte: Erst einmal etabliert, könnte sich das Portfolio der über die NIPTs erhobenen Informationen schnell erweitern und die Möglichkeit früher Selektion eröffnen. (19)

Eine besondere Spannung zur geltenden Rechtslage mit Blick auf den Schwangerschaftsabbruch ergibt sich, weil die NIPT ggf. Ergebnisse schon vor Ablauf der zwölften Schwangerschaftswoche liefern können:

Die Sensitivität der Tests ist so hoch, dass Ergebnisse bereits vor Ablauf der Zwölf-Wochen-Frist für einen Schwangerschaftsabbruch bei psychosozialer Notlage vorliegen können und die schwangere Frau Selektionsgründe wie etwa das Geschlecht des ungeborenen Kindes nicht offenlegen müsste. (19)

3. Grundlagen der ethischen Urteilsbildung (20–21)

Der dritte Abschnitt adressiert Möglichkeiten und Grenzen normativer Argumentation.

Die Verschiebungen, die mit der NIPD einhergehen könnten, lösen einen intuitiven sittlichen Widerspruch aus, der als solcher Anerkennung finden muss. (20)

Die an Hegels Rechtsphilosophie anschließende Semantik der »Sittlichkeit« mag überraschen und war im Arbeitsprozess nicht unumstritten, ist jedoch gleichwohl angemessen. Die »Intuition« des Widerspruchs gegen den technischen Zugriff auf das werdende Leben verdankt sich einem Impuls, der nicht ohne Verluste in die universalistische auf »Rechte« und korrespondierende Pflichten bezogene Sprache der »Moralität« übersetzbar ist. Der Widerspruch ist in der Sittlichkeit, also in der »historisch konkreten Praxis«[55] der am Christentum orientierten Lebensformen verankert, die nicht einfach »partikular« sind, sondern vielmehr den unhintergehbaren Resonanzraum ethischer Deliberation darstellen. Aus diesem Grund verdient der Widerspruch »Anerkennung«, muss andererseits aber auch in seinen Grenzen gesehen werden, die darin liegen,

dass der angesprochene intuitive Widerspruch zwar eine gesellschaftliche Debatte anstoßen kann, es aber schwerfallen dürfte, auf der Grundlage dieser sittlichen Intuition allgemeinverbindliche normative Konsequenzen anzustreben. (20)

Die angenommene Partikularität konkreter sittlicher Überzeugungen und die prätendierte Universalität einer normativen Orientierung liegen in einem Widerstreit, der seinerseits stets mit einer Faktenlage abgeglichen werden muss, die in evidenzbasierter Medizin und statistisch beschreibbaren Mustern vorliegt. Nicht weniges daran ist eben kontraintuitiv. Grundsätzlich meldet sich auch der Zweifel an der Steuerungsfunktion von starken Normen:

55. Bubner, Rüdiger: Moralität und Sittlichkeit – die Herkunft eines Gegensatzes, in: Wolfgang Kuhlmann (Hg.): Moralität und Sittlichkeit. Das Problem Hegels und die Diskursethik (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 595), Frankfurt/M. 1986, 64–84.

Zum anderen lassen sich gesellschaftliche Verschiebungen zwar analysieren und auch diskutieren, sie aber über normative Vorgaben steuern zu wollen, erscheint nur in höchst eingeschränktem Maße möglich, wenn gesellschaftliche Trends und ein tief greifender Mentalitätswandel dem entgegenstehen. Und schließlich gilt auch hier, dass wohl abgewogen sein will, wo durch die Sorge vor einer Zwang ausübenden Verschiebung der gesellschaftlichen Grundüberzeugungen und dem Versuch diesem Zwang gegenzusteuern selbst ein gesellschaftliches Klima moralischer Bevormundung erzeugt wird. (21)

Gleichwohl plädiert der Text dafür,

werdenden Eltern die, unter Umständen auch als Zumutung erfahrene, Konfrontation nicht (zu) ersparen […], über ein Beratungsangebot die eigene Entscheidung zu überprüfen. (21)

4. Individuelle Entscheidungen und normativer Rahmen (22)

Der Leitsatz hält fest:

Bei der Diskussion über die Auswirkungen der NIPD sowie auch allgemein der pränatalen genetischen Diagnostik auf die Gesellschaft darf nicht übersehen werden, dass die konkreten ethischen Konflikte unmittelbar bei den Handlungsoptionen der betroffenen Paare und insbesondere der schwangeren Frauen auftreten und sich auch mögliche normative Regelungen genau auf diese Optionen auswirken. Der Umgang mit pränataler genetischer Diagnostik und NIPD muss zwischen dem Respekt vor Optionen des Handelns und normativen Regelungen eine angemessene Balance wahren. (22)

Damit ruft der Text dazu auf, nicht in eine moralisch aufgeladene Abstraktionsfalle tappen, sondern die konkreten, und das heißt unausweichlich individuellen, Handlungssituationen beachten: »Konflikte im Rahmen der pränatalen Diagnostik haben existenziellen Charakter«. (22) Der vielfach beschrieben Güterkonflikt zwischen Lebensschutz und Autonomie kehrt auch hier wieder*:*

Die derzeit gültige Rechtslage zum Schwangerschaftsabbruch sieht vor, dass die Rechtsgemeinschaft am Schutz des ungeborenen Kindes festhält. Sie setzt sich über die Konfliktberatung und sozialpolitische Unterstützungsmaßnahmen auch selbst für diesen Schutz ein. Gleichzeitig aber wird der schwangeren Frau nicht die Pflicht auferlegt, ein Kind auch dann auszutragen, wenn ihr das in Blick auf ihre gegenwärtige und zukünftige Situation unzumutbar erscheint. (22)

5. Auswirkungen der NIPD auf das Handeln werdender Eltern (23–24)

Der Entscheidungszwang wird im Leitsatz formuliert:

Die Inanspruchnahme pränataler genetischer Diagnostik kann werdende Mütter und Väter in die Lage bringen, sich angesichts eines auffälligen Ergebnisses dieser Diagnostik für oder gegen das Leben mit einem behinderten Kind entscheiden zu müssen. (23)

Eine besondere Schwierigkeit dieser Entscheidung liegt darin, dass das Zumutbarkeitskriterium kaum operationalisierbar und zu vereindeutigen ist. Es ist festzustellen,

dass das subjektiv empfundene und das objektiv feststellbare Risiko bei einer Schwangerschaft nicht deckungsgleich sein müssen, möglicherweise auch nicht deckungsgleich sein können. (23)

Mit dieser nicht auszuleuchtenden Ambiguität ist auch die grundlegende Gefährdung einer Normalisierung der NIPTs verbunden:

Wird die genetische Diagnostik durch die NIPTs zum Regelbestandteil der Schwangerenvorsorge bei Risikoschwangerschaften, so ist angesichts des derzeitigen Umgangs mit der pränatalen Diagnostik zu erwarten, dass auch der Schwangerschaftsabbruch beim Vorliegen eines auffälligen genetischen Untersuchungsbefunds zur Regel wird. (24)

Die mit der Vermarktlichung der NIPTs durch die Direct-to-Consumer Tests gegebene Anreizstruktur verschärft diese Ambiguität, die Paare und schwangere Frauen »in schwere innere Konflikte« (24) führen kann:

Die im Internet angebotenen Tests lassen die mögliche Konsequenz eines Schwangerschaftskonflikts grundsätzlich unerwähnt, ja, sie verschleiern diese Konsequenz mit Beschreibungen der Test als ›ungefährlich‹, ›risikolos‹, ›schonend‹ und ›sicher‹. Zudem wird verdeckt, dass die Ratio einer möglichst frühen Testung im Rahmen der NIPD darauf zielt, eventuelle Abbrüche unter den für die ersten zwölf Wochen geltenden Regeln durchzuführen und dadurch einer möglichen rechtlichen Regulierung für Schwangerschaftsabbrüche nach einem auffälligen pränataldiagnostischen Befund zu entgehen. (24)

6. Einbindung der NIPD in einen gesellschaftlichen Ordnungsrahmen (25–26)

Dieser Ambiguität ist am ehesten durch eine von ökonomischen Verwertungsinteressen unabhängige Information und Beratung zu begegnen:

Aufgrund der weitreichenden Auswirkungen, die mit der Inanspruchnahme pränataler genetischer Diagnostik verbunden sind, ist ein gesellschaftlicher Ordnungsrahmen zu schaffen, der fundierte, reflektierte und verantwortliche Entscheidungen ermöglicht. (25).

Zu beachten ist dabei allerdings, dass nicht zu hohe regulatorische Hürden für die Nutzung von NIPTs errichtet werden, die den direkten Rückgriff auf am Markt zugänglichen NIPTs eher wahrscheinlich machen:

Dabei gilt es auch zu berücksichtigen, dass der Zusammenhang von Aufklärung und Inanspruchnahme durch die Verfügbarkeit der NIPTs im Direct-to-Consumer-Verfahren über das Internet aufgebrochen werden könnte, insbesondere dann, wenn entsprechende Tests im Ausland durchgeführt werden. (26)

7. Die Freiheit zum Nicht-Wissen (27–28)

Mit der Normalisierung der neuen Diagnostiken wächst auch der zumindest implizite Zwang, sich ihrer bedienen zu sollen oder zu müssen, will man als betroffenes Paar oder schwangere Frau nicht die Unterstützung der Solidargemeinschaft verlie-

ren. Gegen einen derart sich möglicherweise entwickelnden Zwang ist das »Recht auf Nicht-Wissen« und Nichtanwendung der NIPTs zu verteidigen:

Die Möglichkeit, sich auch gegen die Inanspruchnahme von pränataler genetischer Diagnostik entscheiden zu können, ohne negative gesellschaftliche Konsequenzen fürchten zu müssen, ist als eine gleichberechtigte Option zur Geltung zu bringen. (27)

Allerdings entbindet auch ein bewusst in Anspruch genommenes Nicht-Wissen nicht von einer so oder so zu treffenden eigenverantwortlichen Entscheidung:

Freiheit und das Recht auf Selbstbestimmung begründen aber auch eine Verpflichtung zur Entscheidung. (27)

Umso wichtiger ist daher eine umfassende Vorleistung des Gemeinwesens:

Es ist eine Bringschuld seitens der Gesellschaft, Bedingungen zu schaffen, unter denen die schwangere Frau ihre Freiheit realisieren kann, pränatale genetische Diagnostik ohne negative Konsequenzen ablehnen zu können. (28)

8. Einbettung in einen gesellschaftlich verantworteten Beratungskontext (29–32)

Die informierte und begründete eigenverantwortliche Entscheidung wird durch eine Privatisierung dieser Entscheidung eher erschwert. Der ökonomisch induzierten Entbettung ist am ehesten durch eine wohlverstandene Einbettung von Entscheidungen zu begegnen. In dieser Weise wird das Gleichgewicht von Freiheit und Verantwortung gewahrt:

Die effektive und verlässliche Einbettung der pränatalen genetischen Diagnostik in einen öffentlich garantierten und gesellschaftlich verantworteten Beratungskontext wird am besten durch das Angebot von NIPD für Frauen mit einer Risikoschwangerschaft im Rahmen der Schwangerenvorsorge sichergestellt. (29)

Der Text versucht noch einmal das prekäre Verhältnis von Beratungspflicht und Angebotscharakter der Beratung zu justieren:

Dabei sollte vorrangig auf Anreize auf der Angebotsseite, nicht aber auf Verbote gesetzt werden – auch deswegen, weil es nicht möglich und auch nicht vertretbar erscheint, Schwangeren das diagnostische Potenzial der NIPD vorzuenthalten. (29)

Einem gesellschaftlichen Trend zu den immer weiter sich ausweitenden diagnostischen Möglichkeiten, die über Geschlechtsbestimmungen bis hin zu Bestimmungen einzelner körperlicher Möglichkeiten gehen und sich damit die Planbarkeit eines Wunschkindes immer weiter annähern, wiedersetzt sich der Text*:*

Die Möglichkeit von NIPD sollte jedoch auf den Ausschluss autosomaler Trisomien bei Risikoschwangerschaften begrenzt bleiben, also auf den Anwendungsbereich, der durch das Prüfungsverfahren des G-BA untersucht wurde. (30)

Besonderes Augenmerk ist von diesem Ansatz her auf die tatsächliche Ausgestaltung und »Weiterentwicklung« (31) des Beratungsangebotes zu legen. Dies bedarf erheblich ausgeweiteter Ressourcen, auch solcher der Kirchen und der Diakonie selbst, in deren Trägerschaft schon bestehende Beratungsstellen stehen. In einer Schlusswendung nimmt der Text hier die auch im Rat der EKD diskutierte Frage danach auf, ob die NIPD als Regelleistung für Risikoschwangerschaften im Einklang mit der UN-Behindertenrechtskonvention steht:

> Aus christlicher Sicht – und entsprechend der Vorgaben der §§ 5ff SchKG12 – sollte diese den Lebensschutz thematisieren, aber auch die existenzielle Situation der Schwangeren und ihrer Partner im Blick haben. Eine solche, auf den Schutz des Lebens zielende Beratung könnte zugleich als ein der deutschen Rechtslage zum Schwangerschaftsabbruch entsprechender Weg zur Umsetzung der Verpflichtungen aus der UN-Behindertenrechtskonvention fungieren. (32)

9. Lebensschutz und Menschenwürde (33–34)

Im Leitsatz wird noch einmal dem Eindruck widersprochen, dass mit der Zulassung von NIPD verbunden sei, einer Praxis der Selektion zuzustimmen. Der von Betroffenenverbänden erhobene, in der politischen Debatte aufgenommene und auch in Kammer und Rat diskutierte Vorwurf, mit der NIPD sei eine grundsätzliche Diskriminierung behinderter Menschen verbunden, wird ernst genommen, aber auch abgewiesen.

> Durch die Verbindung von psychosozialer, auf den Schutz des Lebens abzielender Beratung und dem Angebot der NIPD als Bestandteil der Regelversorgung soll und muss dem Eindruck entgegengetreten werden, bei der Pränataldiagnostik handele es sich um eine nicht nur erlaubte, sondern sogar sozial erwünschte Praxis, mit dem Ziel, die Geburt von Kindern mit bestimmten Merkmalen, in der Regel autosomalen Trisomien, zu verhindern. (33)

Der sich ausweitende technische Zugriff auf menschliche Fortpflanzung hat zu Veränderungen im Blick auf Elternschaft überhaupt geführt:

> Es ist nicht zu leugnen, dass es in der Folge medizinischer Entwicklungen in den letzten Jahren und Jahrzehnten zu einer allmählichen Verschiebung im Umgang mit Geburt und Elternschaft gekommen ist: Elternschaft ist in einem so bislang noch nicht gekannten Umfang zum Gegenstand der Planung geworden. (33)

Dieser Ambivalenz allerdings müsse man sich stellen, ihr sei nicht durch Verbote zu begegnen, die letztlich nur die Tendenz zur Privatisierung verstärkten:

> Dennoch ist fraglich, ob es sich nicht letztlich kontraproduktiv auswirken würde, wenn die Entscheidung gegen eine Aufnahme der NIPD in den Leistungskatalog der GKV fallen würde und der Einsatz dieser für die betroffenen Frauen bzw. Paare schonenderen Diagnostik damit gänzlich in den Bereich des Privaten verlagert werden würde. (33)

Gerade der im Papier skizzierte Kompromiss einer konditionierten, nämlich an

Beratung gebundenen Zustimmung zu NIPD macht die dilemmatische Struktur des Entscheidungsproblems sichtbar:

Diese Einbettung hebt die mit der Pränataldiagnostik verbundenen Dilemmata nicht auf, macht sie aber sichtbar und drängt sie nicht ins Private ab. Kontraproduktiv würde sich aber sicher auch der Versuch auswirken, eine ethische Beratung rechtlich zu erzwingen. (34)

10. Elternschaft im Beziehungsgefüge von Gesellschaft, Glauben und ungeborenem Leben (35–36)

Mit dem Abschnitt 10 nimmt der Text den explizit theologischen Ansatz des Abschnitts 1 wieder auf und zeichnet das Thema der NIPD in das Koordinatensystem einer relationalen Anthropologie ein, die Leitbild besonders auch für das umfangreiche Angebot kirchlicher Beratungsstellen sein müsse:

Verantwortliche Elternschaft steht in evangelischer Perspektive in einem Beziehungsgefüge zwischen den Eltern, dem Ungeborenen, der Gesellschaft und dem Glauben an Gott. Eine Beratung in kirchlicher Verantwortung wird dazu ermutigen, alle Bezugspunkte in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. (35)

In einer nochmaligen Variation wird die Frage der gesellschaftlichen Auswirkungen angesprochen, die mit einer Normalisierung von NIPD verbunden sein können und sich aus einer Summe von Präferenzentscheidungen ergeben kann, der keine zentrale Steuerungslogik zugrunde liegt:

Insbesondere ist hier darauf hinzuweisen, dass aus der Summe individueller Entscheidungen, die jeweils aus nachvollziehbaren und zumindest subjektiv empfundenen guten Gründen getroffen wurden, eine Tendenz entstehen kann, die insgesamt grundlegende gesellschaftliche Überzeugungen infrage stellt. (35)

Wie der Text mit einer schöpfungstheologischen Verortung des Problems begann, so endet er mit einer kreuzestheologischen und einer eschatologischen Pointe.

Der Blick auf die Vulnerabilität menschlichen Lebens macht deutlich, dass das grundlegende normative Kriterium der Menschenwürde gerade als »Schutzwürdigkeit« profiliert werden muss. in diesem Zusammenhang kommt eine an der Menschenwürde orientierte Rechtsordnung mit dem Grundbekenntnis des christlichen Glaubens zu dem leidenden, gekreuzigten und zu neuem Leben erweckten Christus überein. Beide Vorstellungen, in unterschiedlichen normativen und symbolischen Sprachen kodiert, sind dennoch konvertibel und evozieren Universalität:

Diese – auch in unserer Rechtsordnung verankerte – Überzeugung von der unbedingten Schutzwürdigkeit gerade des auf besondere Fürsorge angewiesenen und besonders verwundbaren ungeborenen Menschen ist tief im christlichen Glauben verankert. Das gesellschaftliche Allgemeine und der universale Horizont des Glaubens kommen in diesem Respekt vor der Würde des Lebens überein. (36)

Und:

Das Bekenntnis zu Jesus Christus, dem Gekreuzigten und Auferstandenen, lehrt eine besondere Achtsamkeit für die Zerbrechlichkeit und Verletzlichkeit des menschlichen Lebens, dessen Würde auch durch Krankheit und Behinderung nicht beeinträchtigt wird. (36)

Der eschatologische Schlussakkord des Textes markiert dann allerdings einen Horizont des Unbedingten, der in säkularen Sprachmustern nicht mehr auszudrücken ist:

Die Zerbrechlichkeit des Lebens wird erst durch das rettende und vollendende Handeln Gottes überwunden werden. (36)

4. Zur Rezeption des Textes

Nur knapp und in Auswahl ist an dieser Stelle auf die Rezeption des Kammertextes einzugehen. Zum Verfahren des G-BA wurde oben das Nötige gesagt. Festzuhalten ist zunächst, dass die Kernforderung des Textes vom G-BA nicht aufgenommen wurde: eine zusätzliche psychosoziale Beratung ist nicht Gegenstand der Beschlüsse des G-BA. Weder der Beschluss vom 22. März 2019 zur Eröffnung des Stellungnahmeverfahrens noch der politisch entscheidende Beschluss vom 19. September 2019 zum formellen Abschluss des Methodenbewertungsverfahren sehen eine eigenständige psychosoziale Beratung zusätzlich zur und unabhängig von der verpflichtenden ärztlichen Beratung vor. Im Beschluss des G-BA vom 19. September 2019 heißt es:

Frauen sollen dabei unterstützt werden, eine eigenständige, informierte Entscheidung darüber zu treffen, ob sie diese vorgeburtliche genetische Untersuchung für erforderlich halten. Die ärztliche Aufklärung und Beratung über das Wesen, die Bedeutung und Tragweite der genetischen Untersuchung und deren mögliche Befunde hat ausdrücklich ergebnisoffen und in verständlicher Form stattzufinden. Insbesondere ist von Seiten der Ärztin oder des Arztes auch das jederzeitige Recht der Schwangeren auf Nichtwissen, auch für Teilergebnisse des NIPT, zu betonen. Im Zusammenhang mit der Fragestellung Trisomie ist von der Ärztin oder dem Arzt auf Kontaktmöglichkeiten mit betroffenen Familien hinzuweisen. Ärztinnen und Ärzte, die Schwangere vor und nach Durchführung des Tests aufklären und beraten, müssen über eine Qualifikation gemäß dem Gendiagnostikgesetz und den Richtlinien der Gendiagnostik-Kommission verfügen.[56]

Gleichwohl hat die für die Arbeit des G-BA außergewöhnliche Öffentlichkeit der Auseinandersetzungen um NIPD die Brisanz des Themas vor Augen geführt und deutlich gemacht, dass eingehende Beratung unumgänglich ist. Der EKD-Text reihte sich mit diesem Tenor in eine Vielzahl weiterer zivilgesellschaftlicher und fachlicher Stimmen ein.

Der Journalist Daniel Deckers urteilte schon am 3. November 2018, einen Tag nach Veröffentlichung des EKD-Textes, in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung:

56. Wie Anm. 18.

Mit diesem Dokument bietet die Kirche dem Bundestag eine in ihrer Breite und Tiefe Maßstäbe setzende argumentative Plattform, auf der im kommenden Jahr die von mehr als hundert Abgeordneten verlangte Orientierungsdebatte geführt werden kann. So löst man den Auftrag ein, Politik nicht zu machen, sondern möglich zu machen.[57]

Erheblich kritischer urteilte die Bundestagsabgeordnete Corinna Rüffer (Grüne), die maßgebliche Initiatorin der parlamentarischen Befassung mit NIPD gewesen war: Sie warf der EKD schon am Tag der Veröffentlichung des Textes, am 2. November 2018, »Naivität« vor:

Die EKD leistet einen Offenbarungseid, wenn sie glaubt, einen gesellschaftlichen »Mentalitätswandel« – auch im Umgang mit Behinderung – nicht über normative Vorgaben beeinflussen zu können. Von einer Kirche erwarte ich eigentlich klare gesellschaftliche Werte und eine wertschätzende Haltung zu menschlichem Leben in all seinen Ausprägungen.[58]

Der Präsident der Diakonie Deutschland, Ulrich Lilie, als ständiger Gast der Kammer selbst an der Ausarbeitung des Textes maßgeblich beteiligt, wandte sich in einem Blog am 8. November 2018 gegen die Einschätzung der langjährigen Verbündeten in bioethischen Fragen: Er konzedierte, dass mit den NIPT die Vorstellung einer »Falsche(n) Wunschkinderwelt«, in der Kinder mit Down-Syndrom keinen Platz mehr haben, an Boden gewinne, dass es der EKD aber gerade deswegen um Gestaltung gehen müsse:

Genau hier setzt das EKD-Papier an, das fordert, die pränatale genetische Diagnostik in einen gesellschaftlich verantworteten und garantierten, qualifizierten Beratungskontext einzubetten. Denn es stimmt, es geht um die Werte, um das Menschenbild, die das Leben in unserer Gesellschaft prägen. Es geht auch um Grundrechte und Menschenwürde. Wir werden dieses Diagnoseverfahren nicht einfach verhindern können, und ich unterstütze das auch nicht (unter anderem wegen der unbestreitbar geringeren Risiken dieses Tests). Aber den Wertekontext und den gesellschaftlichen Kontext, in dem sie zum Einsatz kommen, können wir mitprägen. Gerade die Krankenhäuser in konfessioneller Trägerschaft und die evangelischen Beratungsstellen sind hier gefordert, kooperative Beratungsmodelle zu entwickeln, die den Grundsatz Lebensschutz thematisieren, aber genauso auch die existenzielle Situation der Schwangeren und ihrer Partner im Blick haben. Eine solche Beratung ist eingebettet in die Überzeugung und in die Gestaltungsaufgabe, dass die Rechtsgemeinschaft, in der wir leben, nicht nur abstrakt für den Schutz des Lebens einsteht, sondern sich gemäß der UN-BRK dazu verpflichtet hat, den vorurteilsfreien, nichtdiskriminierenden Umgang mit Behinderten zu fördern. Ist das naiv? Ich sage nein, aber wir werden das weiter diskutieren.[59]

---

57. Deckers, Daniel: Pränataldiagnostik. Bemerkenswert und hilfreich, in: FAZ, 3. November 2018, online verfügbar unter https://www.faz.net/aktuell/politik/praenataldiagnostik-so-macht-die-ekd-debatte-moeglich-15871155.html, zuletzt geprüft am 20. April 2020.

58. Rüffer, Corinna: Bluttest auf Down-Syndrom: Kritik an der Positionierung der EKD. 2.11.2018, online verfügbar unter https://www.corinna-rueffer.de/pm-bluttest-ekd/, zuletzt geprüft am 2. Mai 2020.

59. Lilie, Ulrich: Naiv und behindertenfeindlich? Online verfügbar unter https://praesident.diakonie.de/2018/11/08/naiv-und-behindertenfeindlich/, zuletzt geprüft am 2. Mai 2020.

Keine Überraschung war es, dass die römisch-katholische Deutsche Bischofskonferenz ihre schon früher geäußerte[60] ablehnende Haltung gegenüber genetischen Bluttests bekräftigte. Matthias Kopp, der Sprecher der Deutschen Bischofskonferenz, erläuterte für die Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA):

> Die Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD liefert dazu (scil. zur aktuellen Debatte um NIPD) einen Diskussionsbeitrag. Wir teilen jedoch nicht die dort erhobene Forderung, Maßnahmen der nicht-invasiven Pränataldiagnostik in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen aufzunehmen.

Dieser Schritt begegne »erheblichen ethischen Bedenken mit Blick auf den Schutz des ungeborenen Lebens«.[61]

Eine gemeinsame Stellungnahme der katholischen Verbände »Sozialdienst katholischer Frauen Gesamtverein e. V.« (SkF), »Bundesverband Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e. V.« (CBP), und »Deutscher Caritasverband e. V.« (DCV) sprach sich ebenfalls »ausdrücklich gegen die Einführung einer gesetzlich geregelten Pflichtberatung im Kontext des NIPT aus.«[62] Neben den am Lebensschutz und an Behindertenrechten orientierten Argumenten begegnet hier auch wieder der Vorwurf, dass das politische Verfahren, der »Governance-Prozess«, zur Zulassung der NIPD ökonomisiert sei und vernachlässige, dass die Firma Lifecodexx schon öffentliche Fördermittel erhalten habe, dies im Erprobungs- und Bewertungsverfahren des G-BA aber nicht hinreichend transparent dargelegt habe.

Aus dem Raum evangelischer Verbände legte die Evangelische Konferenz für Familien- und Lebensberatung e. V. (EKFuL) im Mai 2019 eine Stellungnahme vor, in der einerseits der Beratungsansatz des EKD-Textes gewürdigt und unterstützt wird. Es sei aber kein neuartiges Beratungsangebot nötig, vielmehr solle das Angebot in den schon bestehenden Beratungsstellen ausgebaut und auch hinsichtlich der Refinanzierung gesichert werden. Genau diese ausgebaute Finanzierung zulasten der GKV hatte der Beschluss des G-BA für das Stellungnahmeverfahren allerdings nicht umfasst. Das Papier formulierte eine Reihe weiterer Arbeitsschritte:

> Die zivilgesellschaftliche Debatte um PND / NIPD sollte auch folgende Fragen aufgreifen:

60. Lebensgefahr für ungeborene Kinder, online verfügbar unter https://www.katholisch.de/artikel/7692-lebensgefahr-fuer-ungeborene-kinder; Bischöfe gegen neuen Down-Syndrom-Test (2016), online verfügbar unter https://www.katholisch.de/artikel/10243-bischoefe-gegen-neuen-down-syndrom-test, jeweils zuletzt geprüft am 20. April 2020.

61. Pränataldiagnostik: Kirchen nicht einig bei Bluttests (2018), online verfügbar unter https://www.katholisch.de/artikel/19500-praenataldiagnostik-kirchen-nicht-einig-bei-bluttests, zuletzt geprüft am 20. April 2020.

62. Sozialdienst katholischer Frauen Gesamtverein e. V. (SKF), Bundesverband Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e. V. (CBP), Deutscher Caritasverband e. V. (DCV) (Hg.): Gemeinsame Stellungnahme zur geplanten Zulassung der nichtinvasiven Pränataltests als Regelleistung der gesetzlichen Krankenversicherung (2019), online verfügbar unter https://www.cbp.caritas.de/cms/contents/cbp.caritas.de/medien/dokumente/publikationen/stellungnahmen/gemeinsame-stellungn/19-01-17_dcvskfcbp-stellungnahme_praenataltests_2019-1-17.pdf?d= a&f=pdf, zuletzt geprüft am 2. Mai 2020.

- Es ist ein politisches Problem, dass Medizinprodukte-Hersteller den Einfluss haben, ein Methodenbewertungsverfahren wie nun für die Nichtinvasiven Pränataltests (NIPT) zu veranlassen, wobei der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) die gesetzlich festgelegten Schritte – von der Antragstellung über das Stellungnahmeverfahren bis hin zur Beschlussfassung – einzuhalten hat.
- Politik und Gesellschaft müssen die Frage beantworten, in welche Richtung die Forschungsförderung im Kontext von PND gehen soll (Stichwort: Derzeit geht es um Trisomie 21 – was kommt danach – wo führt das hin?).
- Es ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die Verpflichtungen aus der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) umzusetzen, d.h. wirksame und geeignete Mittel zu ergreifen, um das Bewusstsein für Menschen mit Behinderung zu schärfen. Dazu gehört, dass die Förderung behinderter Menschen und ihrer Familien immer mitreflektiert werden muss.[63]

Das Papier forderte im Mai 2019 ein Moratorium des Erprobungs- und Bewertungsverfahrens des G-BA, hatte damit aber, wie beschrieben, keinen Erfolg.[64]

Innerhalb des Stellungnahmeverfahrens des G-BA hatte sich die Diakonie Württemberg, obwohl nicht ausdrücklich stellungnahmeberechtigt[65], mit einem eigenen Beitrag beteiligt. Ein im April 2019 gemeinschaftlich mit einem Verbund von Behindertenverbänden veröffentlichtes Papier markiert bündig die Position: »Wir sprechen uns gegen die geplante Kassenzulassung dieses Tests auf die Trisomien 13, 18 und 21 bei sogenannten Risikoschwangerschaften aus.«[66]

Die Argumente stehen in ihrer knappen Zusammenfassung exemplarisch für den kritischen Diskurs zu NIPD, in dem die herkömmlichen am Lebensschutz orientierten Argumente mehr und mehr in der Semantik des Diskriminierungsverbots reformuliert werden. Diese Position war über den Präsidenten der württembergischen Diakonie, Dieter Kaufmann, auch im Rat der EKD einflussreich und soll deswegen hier ausführlicher dokumentiert werden.

I Die beabsichtigte Kassenzulassung des NIPT »in den engen Grenzen einer Risikoschwangerschaft« ist nicht realistisch: Der Begriff der Risikoschwangerschaft ist nicht

63. Evangelische Konferenz für Familien- und Lebensberatung e. V.: Aufnahme der NIPD in den Leistungskatalog der Krankenkassen. Ein Diskussionsbeitrag der EKFuL (2019), online verfügbar unter https://www.ekful.de/fileadmin/user_upload/PDFs/Stellungnahmen/2019_NIPD_als_Kassenleistung_EKFuL-Diskussionsbeitrag.pdf, zuletzt geprüft am 20. April 2020.

64. Evangelische Konferenz für Familien- und Lebensberatung e. V., Aufnahme (wie Anm. 47).

65. Gemeinsamer Bundesausschuss: Beratungsverfahren Methodenbewertung Mutterschafts-Richtlinien (Mu-RL): Nicht-invasive Pränataldiagnostik zur Bestimmung des Risikos autosomaler Trisomien 13, 18 und 21 mittels eines molekulargenetischen Tests (NIPT) für die Anwendung bei Schwangerschaften mit besonderen Risiken (2019), online verfügbar unter https://www.g-ba.de/downloads/40-268-6008/2019-09-19_Mu-RL_NIPT_ZD.pdf, zuletzt geprüft am 2. Mai 2020.

66. Diakonie Württemberg: Warum wir uns gegen eine Kassenzulassung des nichtinvasiven Pränataltests auf Trisomie 21 und weitere Trisomien aussprechen! (2919). Online verfügbar unter https://www.diakonie-wuerttemberg.de/fileadmin/Diakonie/Aktuelles_Aktu/Positionen_Pos/Pos_Argumentationspapier-gegen-NIPT-als-Kassenleistung.pdf, zuletzt geprüft am 2. Mai 2020.

abschließend definiert. Die Geschichte der Fruchtwasseruntersuchung als Kassenleistung zeigt, dass eine Begrenzung auf eine kleine Gruppe sogenannter Hochrisikofamilien selbst bei einer Untersuchung mit einem Eingriffsrisiko nicht möglich war. Eine individuelle statistische Wahrscheinlichkeit für ein Kind mit Trisomie 21 macht dieses werdende Kind noch nicht zum Risiko, das vermieden werden muss.

II Der NIPT hat ein hohes Diskriminierungspotential: Er kann zwar mit höherer Aussagekraft als andere nichtinvasive Untersuchungen berechnen, ob das werdende Kind bspw. eine Trisomie 21 hat. Mit diesem Untersuchungsergebnis ist jedoch keine therapeutische Handlungsoption verbunden. Der Test kann nur den Träger dieses Merkmals identifizieren. Die einzige Handlungsalternative zur Geburt des Kindes mit Behinderung ist der Schwangerschaftsabbruch. Mit der Kassenfinanzierung dieses Tests verbindet sich die Botschaft der Solidar-gemeinschaft an die werdenden Eltern: Die pränatale Suche nach Trisomie 21 und anderen Trisomien ist medizinisch sinnvoll, verantwortlich und sozial er-wünscht. Damit sagen wir ihnen zugleich: Ein Kind bspw. mit Trisomie 21 ist ein vermeidbares und frühzeitig zu vermeidendes Risiko. Eine solche Botschaft steht in Widerspruch zu den Zielen der UN-Behindertenrechtskonvention und zu unserem gesellschaftlichen Konsens, dass jeder Mensch eine unverlierbare Würde hat.

III Der NIPT als Kassenleistung wird das Recht der Frauen, sich selbstbestimmt für oder gegen pränataldiagnostische Untersuchungen zu entscheiden, nicht stärken. Er wird die Erklärungsnöte der werdenden Eltern noch erhöhen, die sich gegen diesen Test und andere gezielte vorgeburtliche Untersuchungen bzw. für ihr Kind mit Behinderung entscheiden. Psychosoziale Beratung kann nicht im Beratungsgespräch einen ethischen Dis-kurs der Gesellschaft über den NIPT und dessen zwiespältige Folgen ersetzen.

IV Aus unserer Sicht fehlt die Grundlage für die Aufnahme in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen. Der nichtinvasive Pränataltest hat keinen medizinischen Nutzen. Er kann weder die Gesundheit der schwangeren Frau noch des werdenden Kindes erhalten, wiederherstellen oder bessern (§ 1 Abs. 1 SGB V). Dies gilt auch für die Fruchtwasseruntersuchung, wenn sie für die Suche nach Trisomien eingesetzt wird.

V Es kann nicht Aufgabe der gesetzlichen Krankenkassen sein, allen Frauen einen gleichen Zugang zu einer medizinischen Leistung zu gewähren, deren Zielsetzung in hohem Maße diskriminierend ist.«

Die kritischen Begleitstimmen aus der theologischen Ethik können hier nicht eigens gewürdigt werden. Nur kurz genannt sei hier die eindringliche Warnung, die der Bonner Theologe und Ethiker Ulrich Eibach, ein langjähriger Kritiker der der gentechnischen Entwicklungen, in einem Beitrag für den Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU, also an der Schnittstelle von Kirche und Politik, formulierte, damit sicherlich dem an Fragen des Lebensschutzes interessierten konservativen Milieu seines Lesepublikums nahe stehend:

Unsere Gesellschaft darf nicht dahin kommen, dass die PND zur Eintrittserlaubnis in eine Gesellschaft wird, die unbewusst oder bewusst entschieden hat, dass nur gesunde Kinder das Licht der Welt erblicken dürfen und dass der Mensch seine Natur, vor allem das Erbgut, durch gentechnische Methoden verbessern sollte. Die eugenische Seite der PND und die verändernden Eingriffe ins Erbgut sind zwei sich ergänzende Methoden, durch die der Mensch wähnt, eine ›heile Welt‹ herstellen zu können. Das ist eine Fiktion, der gerade die Kirchen entgegentreten sollten.[67]

67. Eibach, Ulrich: Vorgeburtliche Diagnostik zwischen Heilauftrag und Selektion,

5. Bilanz

Zum Schluss wollen wir auf die eingangs im Anschluss an Peter Dabrock formulierte Frage zurückkommen und damit auch zu einer Würdigung des EKD-Textes im Ganzen kommen. Geht es in ihm also um »alles« und um »nichts« zugleich? Oder mehr um »alles« und damit, das wäre der Verdacht, um so viel, dass am Ende »nichts« dabei herauskommt? Die hier zu erläuternde und zu begründende Bewertung lautet:

Die *erste* Stärke des Textes liegt gerade darin, dass es ihm nicht um »alles« geht. Mit klarem Blick für die gesellschaftliche Dimension der verhandelten Fragen verliert er doch die Konkretion nicht aus den Augen, nämlich die individuelle Entscheidungssituation der Betroffenen: der schwangeren Frauen, der Paare mit Kinderwunsch.

Der Text vermeidet *zweitens* auch die gängigen semantischen Verschiebungen. Die klassischen essentialisierenden Argument des Lebensschutzes, ausgerichtet etwa an Fragen des normativen Status von Embryonen, haben fast – man mag es bedauern oder nicht, der Autor dieser Zeilen bedauert es eher – nur noch im Binnenraum der römisch-katholischen Kirche und der ihr verbundenen Milieus Überzeugungskraft. Was mit dem überkommenen Lebensschutz ausgesagt werden sollte, ist für den Kontext einer an Gleichheit und Gerechtigkeit orientierten liberalen Gesellschaft in die Sprache der Diskriminierungsverbote ausgewandert – und hat damit ganz eigene, auf Gruppenidentitäten bezogene identitätspolitische Aufladungen erfahren – wie man an den Interventionen der einflussreichen Behindertenverbände erkennen kann. Dieser semantischen und auch normativen Verschiebung verweigert sich das Papier, ohne doch der auch im Rechtsrahmen (UN-Behindertenrechtskonvention, Antidiskiminierungsrichtlinie) relevanten Frage nach dem Diskriminierungspotential der neuen Diagnostiken auszuweichen. Die harten Skandalisierungs- und Mobilisierungmetaphern (»Selektion«) werden ebenso sorgsam vermieden und umschrieben wie die weicheren, etwa Habermas' Label einer »liberalen Eugenik« und einer dagegen zu setzenden das Subjekt-Sein rettenden und vor der totalen Instrumentalisierung bewahrenden »Gattungsmoral«, nur en passant behandelt werden.[68]

Der Text ist *drittens* »liberal« in seinem Respekt vor der unvertretbar eigenen und selbst zu verantwortenden Entscheidung, ob Frau und Paar wirklich »wissen« wollen, und, wenn sie wissen, auch in der Lage wären, mit dem besonderen Geschenk und der besonderen Zumutung eines beeinträchtigten Kindes zu leben. Die Liberalität des Textes ist allerdings eine solche, die die unhintergehbaren gesellschaftlichen Voraussetzungen individueller Autonomie mit bedenkt. Keine Freiheit ohne Gemeinschaft. Die zur Beschreibung dieses Zusammenhangs gebrauchte Metapher der »Einbettung«, aus dem kommunitaristischen Diskurs stammend, ist nicht zufällig jüngst von Andreas Reckwitz für einen genuin zeitgenössischen Liberalismustyp, einen »einbettenden Liberalismus«, in Anspruch genommen und gegen einen seine Ursprungsbedingungen übersehenden »apertistischen Libera-

Eugenik und »Verbesserung« des Lebens, in: Evangelische Verantwortung 2019, H. 1/2, 3–8.

68. J. Habermas, Zukunft (wie Anm. 16).

lismus« in Stellung gebracht worden.[69] Zu dieser spezifischen auf gesellschaftliche und politische Kontexte bedachten Liberalität des Textes gehört auch, dass er das libertär-liberale Leitkonzept der »reproduktiven Autonomie« meidet.[70]

Das Papier der Kammer ist *viertens* liberal auch in dem Sinne, dass es einer Linie des Kompromisses folgt. Der Soziologe Wolfgang van den Daele, selbst von 2001 bis 2007 Mitglied des, damals noch so genannten, Deutschen Ethikrats, beobachtete in den normativen Konflikten, die im Ethikrat ausgefochten wurden, ein Unterscheidungsmuster zwischen »unteilbarem Wertkonflikt« und »teilbarem Interessenkonflikt«.[71] Der Wertkonflikt, so seine Einschätzung, verfüge über ein erheblich höheres Aufmerksamkeits- und Mobilisierungspotential, während der Interessenkonflikt in eine Governance der Kompromisssuche einmünde. Van den Daele sah die wesentliche Funktion des Ethikrates darin, starke wertegebundene Konflikte in die Auseinandersetzung um Interessen zu übersetzen, um Konflikte überhaupt prozessierbar zu machen, während positionell gebundene Akteure unter Umständen eher ein Interesse daran haben, diesen Raum des Kompromisses gar nicht erst zu betreten, sondern die Wertkonflikte zuzuspitzen. Wie lesen wir den EKD-Text vor dem Hintergrund dieser Analyse? Die Kammer würdigt den Wertkonflikt, sie nimmt auch seine Leitbegriffe auf, indem das Gefährdungspotential der neuen Diagnostiken ernst genommen wird. Dies war nötig, weil politisch und gesellschaftlich einflussreiche kirchennahe Akteure eher die Dimension des Wertkonflikts betonen. Die Stellungnahmen des von den Behindertenfachverbänden getragenen »Instituts Mensch, Ethik und Wissenschaft«[72], der Diakonie Württemberg[73] oder der Evangelische Konferenz für Familien- und Lebensberatung[74] adressieren, wenn auch mit Abstufungen, eher diese Ebene des Wertkonflikts, die auch in den Debatten von Kammer und Rat ständig präsent war. Letztlich übersetzt das Kammerpapier dann allerdings den Wertkonflikt in einen Kompromiss, der die strittigen Werte im Verfahren präsent hält, nämlich über das Konzept von »Beratung«, in der die Lebensschutz- und Antidiskriminierungsfragen einen wichtigen Ort haben. Dass sich auch hier ein liberales, angebotsorientiertes, Beratungsverständnis durchgesetzt hat gegenüber einem auch diskutierten Konzept einer Pflichtberatung (wie im Zusammenhang von §§ 218ff. StGB) wurde schon gesagt.

---

69. Reckwitz, Andreas: Das Ende der Illusionen, Berlin 2019.

70. Vgl. präzisierend dazu allerdings: K. Beier/C. Wiesemann, Reproduktive Autonomie. Wie man mit Bezug auf NIPD im Feld evangelischer Ethik einen eher individualistisch-libertären Liberalismustyp zur Geltung bringen kann, zeigt etwa Kress, Hartmut (2012): Nicht-invasive Untersuchung auf Trisomie 21 in ethischer und grundrechtlicher Abwägung, in: Nicht-invasive molekulargenetische Pränataldiagnostik (NIPD). Fachgespräch zur Bewertung der wissenschaftlichen Datenlage und Konsequenzen für die KlientInnenaufklärung, 2012, 16–19.

71. van den Daele, Wolfgang: Streitkultur. Über den Umgang mit unlösbaren moralischen Konflikten im Nationalen Ethikrat, in: Gosewinkel, Dieter/Schuppert, Gunnar Folke (Hg.): Politische Kultur im Wandel von Staatlichkeit. Berlin 2008, 357–384; ders.: Moralisierung in Technikkonflikten, in: Bogner, Alexander (Hg.): Ethisierung der Technik – Technisierung der Ethik. Der Ethik-Boom im Lichte der Wissenschafts- und Technikforschung (Wissenschafts- und Technikforschung, 11), Baden-Baden, 27–51.

72. Wie Anm. 42.

73. Wie Anm. 66.

74. Wie Anm. 47.

Im Frühjahr 2020 lässt sich nun festhalten, dass der sich Vorschlag der EKD politisch nicht durchgesetzt hat, obwohl im G-BA und in der Politik eine Praxis von »Beratung« einmütig als notwendige Voraussetzung für einen verantwortlichen Umgang mit NIPD bewertet wurde. Ist damit die Intervention der EKD als vergeblich zu beurteilen? Die Antwort auf diese Frage hängt auch damit zusammen, welche Rolle man der Stimme der Kirchen im säkularen Staat zubilligt. Wohlbemerkt: Der Staat ist säkular, nicht die Gesellschaft, die in all ihrer Vielfalt Ort der unterschiedlichsten Entwürfe des guten gelingenden Lebens ist. Gesetze und Richtlinien, auch solche, die medizinische Leistungen betreffen, gewinnen in der repräsentativen Demokratie ihre Legitimität durch Verfahren der Rechtssetzung. Sie sind allerdings angewiesen auf ein Ethos der Rechtsbefolgung, auf einen responsiven gesellschaftlichen Raum. In diesem Raum sind die Kirchen nach wie vor gewichtige Akteure. Sie sind Akteure unter mehreren oder vielen anderen, aber doch besondere, weil tief im politischen System und in einem immer noch relevanten Bestand kultureller und normativer Gemeinsamkeiten verankert. In der »Gesellschaft der Gegenwarten«[75] gibt es die Sprache des öffentlichen Vernunftgebrauchs nicht im Singular. Allerdings geht es in öffentlichen Diskursen darum, in Affirmation ebenso wie im (möglichst präzisen) Widerspruch kommunikative Anschlüsse und Übergänge zu ermöglichen. An diesem Anspruch muss sich ein Text der Kammer für Öffentliche Verantwortung ausweisen. Peter Dabrock legte die Genealogie der bioethischen Stellungnahmen im Jahrzehnt zwischen 2002 und 2012 so dar:

> Es geht weg von einer stark verbots- und gebotsorientierten Ethik mit Fokus auf Statusfragen und Lebensschutz hin zu einer solchen, die stärker moralische Konflikte und ihre weltanschauliche wie sachliche Komplexität als solche auszuhalten bereit ist.[76]

Der Text zu NIPD liegt genau in der Fluchtlinie dieser Genealogie. Er sagt, um Dabrocks Beobachtung abschließend aufzugreifen, weniger als »alles«, dafür aber viel mehr als – »nichts«.

75. Nassehi, Armin: Gesellschaft der Gegenwarten, Berlin 2011.
76. P. Dabrock, Fragen (wie Anm. 1), 392.

2. Die Partei »Alternative für Deutschland (AfD)« und die Evangelische Kirche
Auf der Suche nach einer theologischen und politischen Standortbestimmung

Von Klaus-Dieter Kaiser

1. Die evangelische Kirche als Akteurin im öffentlichen Raum und der besondere Charakter der Partei »Alternative für Deutschland (AfD)«

Kann, darf oder soll die evangelische Kirche die Partei »Alternative für Deutschland (AfD)« wie jede andere im Parlament vertretene Partei behandeln, deren Aufgabe es ist, im parlamentarischen Wettbewerb die unter den Bürgerinnen und Bürgern vorhandenen Meinungen und Interessen zu bündeln sowie in politische und rechtsstaatliche Entscheidungsprozesse zu überführen? Oder werden durch eine solche Gleichbehandlung nicht die in der AfD vertretenen menschenverachtenden Positionen salonfähig gemacht? Sollen die Kirchen diesen Positionen in aller Deutlichkeit widersprechen, ohne aber die Partei beim Namen zu nennen? Oder sollen die Kirchen mit klaren Worten vor dieser Partei warnen und zumindest den Kirchenmitgliedern empfehlen, sich von dieser Partei fernzuhalten und diese auch nicht zu wählen? Und wie gehen die Kirchen bei ihren routinemäßigen Kontakten gegenüber der staatlichen Legislative mit den gewählten Vertreterinnen und Vertretern der AfD um? Was bedeutet es für das kirchliche Gemeindeleben, wenn Kirchenmitglieder menschenverachtende Positionen äußern und dabei auch noch auf die AfD als legale Partei verweisen? Das sind berechtigte Fragen, über die in den evangelischen (und auch den anderen) Kirchen in unserem Land mit theologischen und politischen Argumenten gestritten wird.

Die Positionierungen zur AfD, die in Handreichungen und Ratschlägen, in kirchenleitenden Stellungnahmen und in gewonnener fachlicher Expertise, in Wahlempfehlungen und gesellschaftspolitischen Leitfragen zum Ausdruck gebracht werden, sind eingebettet in das generelle Reflektieren über die öffentliche Verantwortung der Kirchen, insbesondere im Blick auf die Stärkung der Demokratie und die Extremismusprävention sowie in die Debatten um eine offene Gesellschaft und die Grenzen der Meinungsfreiheit. Erfahrungen, die in der kirchlichen Auseinandersetzung mit der »Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)« in den letzten 15 Jahren gewonnen wurden, gehören im Blick auf die Unterschiede und die Gemeinsamkeiten von NPD und AfD in den Kontext der kirchlichen Überlegungen ebenso wie die Stellung zur Pegida-Bewegung.

Die gegenwärtigen Positionierungen der Kirchen gegenüber der AfD sind eingebettet in diese Fragen nach dem Demokratieverständnis angesichts eines zunehmenden Populismus, den völkischen identitären Bewegungen, den Hasskommentaren in den alten und neuen Medien, einer zunehmenden Gewaltbereitschaft in den gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen und der Diskussion um den Vergleich

zwischen »linken« und »rechten« Extremismus. Hinzu kommen die Wahlerfolge der AfD auf kommunaler Ebene, in den Landesparlamenten und im Deutschen Bundestag sowie das Erinnern an das Inkrafttreten des Grundgesetzes im Jahr 1949.[1]

Deshalb macht es Sinn, zunächst einen kurzen Blick auf die kirchlichen Stellungnahmen zur Demokratiestärkung und auf die Besonderheiten der AfD zu werfen.

Die dann zitierten kirchlichen Stellungnahmen und Handreichungen aus der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und einzelnen Landeskirchen verstehen sich als exemplarisch für bestimmte Fragestellungen, den sich daraus ergebenden Debatten und Positionierungen; eine Vollständigkeit oder eine regionale Ausgewogenheit wurde nicht angestrebt. Wohl aber stehen sie für grundlegende Debatten und Entscheidungen der evangelischen Kirche.

1. 1 Die Evangelische Kirche und die Demokratie

In Fortschreibung der in der Demokratie-Denkschrift der EKD vom Oktober 1985 »Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie«[2] gewonnenen Erkenntnisse werden in den aktuellen Statements besonders die Gedanken des Rechtes bzw. der Rechtsstaatlichkeit, die Rolle der Zivilgesellschaft und ihrer Akteurinnen und Akteure und die pluralistische und offene Gesellschaft mit der Notwendigkeit, Konflikte zu bearbeiten statt sie vorschnell zu harmonisieren, in den Vordergrund gerückt. Sowohl in den zehn Impulsen der Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD »Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung«[3] aus dem Jahr 2017 als auch im Gemeinsamen Wort der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der EKD »Vertrauen in die Demokratie stärken«[4] aus dem Jahr 2019 werden diese Fragen angesichts der aktuellen Herausforderung, dass Demokratie nicht mehr als selbstverständlich erlebt und wahrgenommen wird, thematisiert.

In vielen Gliedkirchen der EKD gab es in den Jahren zuvor angesichts der Wahlerfolge der NPD und der Zunahme rechtsextremistischer Einstellung in der Gesellschaft bis in die Kirchen hinein Handreichungen.[5] In den gegenwärtigen Auseinandersetzun-

1. Vgl. hierzu den früheren Beitrag von Mielke, Roger: Neue Parteien in Europa. Ein Blick auf die Lage und Überlegungen zu möglichen Folgen für die Kirchen, in: KJ 140 Jg., 2013, Gütersloh 2016, 73–90. v. a. 85–87.

2. Kirchenamt im Auftrag des Rates der EKD (Hg.): Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie: Der Staat des Grundgesetztes und als Angebot und Aufgabe, Gütersloh 1985.

3. Evangelische Kirche in Deutschland (Hg.): Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung. Zehn Impulse der Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD zu aktuellen Herausforderungen der Demokratie in Deutschland, Hannover 2017. Vgl.: hierzu Christophersen, Alf: Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung. Zehn Impulse der Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD zu aktuellen Herausforderungen der Demokratie in Deutschland, in: KJ 143/144 Jg., 2016/2017, Gütersloh 2020, 110–134.

4. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz und Kirchenamt der EKD (Hg.): Vertrauen in die Demokratie stärken. Ein Gemeinsames Wort der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der EKD, Bonn/Hannover 2019.

5. Zum Beispiel in der damaligen Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklen-

gen mit der AfD wurden diese in ihren Grundzügen, d. h. einer biblisch-theologischen Grundlegung, der Unterscheidung von Person und Werk (Haltung und Handlung) und den praktischen Hinweisen, beibehalten und aktualisiert. Hinzu kamen von den Leitungsgremien der Kirchen unterstützte Initiativen und Einrichtungen, die sich explizit der Stärkung der Demokratie und der Abwehr extremistischer Einstellungen, Haltungen und Handlungen widmeten. Dabei ergänzen sich zwei unterschiedliche Ansätze: Einerseits ein stärker am offenen Diskurs und Meinungsstreit orientierter partizipativer Ansatz, andererseits ein stärker am Offenlegen von extremistischen Einstellungen orientierter interventionistischer Ansatz. In der 2009 gegründeten »Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus« finden sich beide Ansätze.[6]

In diesem Kontext sind die Positionierungen zur AfD im Bereich der evangelischen Kirchen auf allen Ebenen (Gemeinden, Landeskirchen und EKD) zu verstehen. Dabei ist immer im Blick, dass die Kirchen selbst von rechtsextremistischen und völkisch-populistischen Einstellungen betroffen sind. So heißt es im Bericht des Rates der EKD auf der 4. Tagung der 12. Synode der EKD vom November 2017 in Bonn unter Punkt »3. 3. Demokratie und Kirche« im schriftlichen Teil B:

3. 3 Demokratie und Kirche

3. 3. 1 Demokratische Kultur und Kirche

Die im Herbst 2016 vorgelegte qualitative empirische Studie »Kirchenmitgliedschaft und politische Kultur« hat nach dem Verhältnis von religiöser Orientierung und politischen Einstellungen gefragt. Damit kam auch die Frage nach der Verankerung von populistischen und diskriminierenden bzw. »menschenfeindlichen« Politikmustern in evangelischen Kernmilieus in den Blick. Die qualitative Studie hat dazu geholfen, typische Zusammenhänge zu beschreiben. Besonders interessant und weiterführend für unsere Kirche ist der in der qualitativen Untersuchung beschriebene positive Zusammenhang zwischen einer intensiv gelebten Spiritualität und gesellschaftlichem Engagement für Benachteiligte. Die qualitative Untersuchung hat allerdings die Frage nach dem Umfang bestimmter Einstellungstypen, seien sie positiv oder negativ konnotiert, in der Kirchenmitgliedschaft aus Gründen der Forschungsmethodik nicht beantworten können. Im August 2017 hat – unter Beteiligung von Mitgliedern des Rates der EKD [–] eine wissenschaftliche Tagung zur Auswertung der qualitativen Studie stattgefunden. Trotz kritischer Bemerkungen zu methodischen Fragen wurde die Studie inhaltlich als ein hilfreicher Beitrag zur Frage der »politischen Kultur« der Kirchen gewürdigt. Die Fachleute empfahlen eine Weiterarbeit auf drei Feldern: a. In Aufnahme des Synodenbeschlusses vom November 2016 wurde die Durchführung einer eigenständigen quantitativen Untersuchung zum Verhältnis von religiöser Praxis und politischen Haltungen befürwortet; b. wurde eine hermeneutisch-rekonstruierende Untersuchung zu den impliziten und expliziten religiösen Argumentationsmustern und »Theologien« in diskriminierenden Texten, Reden, Zuschriften etc. angeregt; c. soll das weitgehend unerforschte Gebiet der internen »politischen Kultur« in Kirchengemeinden in den Blick genommen und damit die Frage fokussiert werden, wie Kirche an ihrer sozialen Basis im lokalen Gemeinwesen tatsächlich agiert. Der Rat der EKD hat sich in seiner Sitzung im September 2017 mit den Ergebnissen der Auswertungstagung befasst und das Kirchenamt mit der Entwicklung einer Konzeption für die drei Bausteine der Weiterarbeit beauftragt. Der Rat der EKD beschloss die Verlängerung der »Arbeitsstelle für Demokratische Kultur und

burgs im Jahr 2009. Oberkirchenrat der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs (Hg.): Wir stehen in Verantwortung. Eine Handreichung zu Demokratie und Rechtsextremismus, Schwerin 2009.

6. Vgl. hierzu: https://bagkr.de/ueber-uns/gruendung/.

Kirche« an der Evangelischen Akademie zu Berlin um weitere zehn Jahre. Damit kann Studienleiter Dr. Christian Staffa zusammen mit dem Studienleiter, den die EKBO finanziert, weiterhin den Bereich demokratische Kultur und Kirche begleiten, gemeinsam mit den Aktiven entwickeln und die wichtige Arbeit im Netzwerk »narrt« (Antisemitismuskritische und rassismuskritische Religionspädagogik und Theologie) fortsetzen.

3. 3. 2 Fachtagung »Zwischen Polarisierung und Konsens – Wie steht es um unsere Demokratie?«

Unter dem Eindruck des Aufkommens populistischer Strömungen und der sich daraus ergebenden Veränderungen der politischen Landkarte hatte der Rat der EKD die Kammer für Öffentliche Verantwortung gebeten, eine Stellungnahme zur Frage des Populismus zu erarbeiten. Die Frage zu Stand und Weg der Demokratie in Deutschland ist ebenfalls Gegenstand eines ökumenischen Arbeitsprozesses der Kammer für Öffentliche Verantwortung und der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz. Dieser Prozess fand seinen Auftakt in einer unter großem öffentlichem Interesse am 22. März 2017 in Berlin durchgeführten Veranstaltung unter der Überschrift »Zwischen Polarisierung und Konsens«. Die Impulse dieser Veranstaltung, besonders bemerkenswert sicher der Beitrag des (damaligen) Bundestagspräsidenten Norbert Lammert, ermutigten die Kirchen, politische Polarisierung nicht nur zu beklagen, sondern, unter Wahrung der rechtsstaatlichen Prinzipien, die politische Kontroverse zu suchen und zu fördern. Das am 21. August 2017 ebenfalls in Berlin präsentierte Impulspapier der Kammer für Öffentliche Verantwortung »Konsens und Konflikt« führte diese Linie der Urteilsbildung weiter: Gerade in Anknüpfung an den Kern der reformatorischen Botschaft von der Freiheit eines Christenmenschen gelte es für die evangelische Kirche, die Demokratie als die Lebensform der Vielfalt zu würdigen. Die Demokratie lebe von der offen geführten Auseinandersetzung, die Raum gerade für gegensätzliche und strittige Auffassungen bieten müsse. Das Papier stellte die kritische Frage, ob die politische Auseinandersetzung in der jüngst vergangenen Zeit nicht zu sehr von der Exklusion missliebiger Meinungen, etwa in der Frage von Zuwanderung, Flucht und Asyl, geprägt gewesen sei und so zu einer Repräsentationslücke geführt habe. Die Kirche sei politischer Akteur zunächst in der Art, wie sie selbst und in ihrer eigenen Mitte mit Differenz umgehe und eine Kultur der Debatte fördere.[7]

Wie in den meisten Stellungnahmen wird die AfD als Partie nicht namentlich genannt. Es geht um das dort vertretene Menschenbild, das im Widerspruch zum christlichen Menschenbild steht, um praktische Schritte der Stärkung demokratischer Einstellungen in Gesellschaft und Kirche. Die AfD als Partei wird höchsten dann genannt, wenn es um Wahlempfehlungen bzw. um die Frage geht, ob die Kirche mit AfD-Mitgliedern öffentlich reden soll.

1. 2 Populismus

Sowohl in kirchlichen wie nichtkirchlichen Stellungnahmen als auch in den generellen Debatten um extremistische Einstellungen (auch innerhalb der AfD) wird der Terminus »Populismus« aufgrund seiner Unschärfe im Blick auf seine defini-

7. 4. Tagung der 12. Synode der EKD: Bericht des Rates der EKD Teil B (schriftlich), https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/TOP%2002%20-%20II%20B%20-%20schriftlicher%20Ratsbericht.pdf, 31–33 [letzter Zugriff 12. August 2020]

torische Klarheit immer wieder kritisch hinterfragt. Es wird die Gefahr gesehen, dass er als begriffliche Leerstelle dient, um Einstellungen anderer als apolitisch oder diskussionsunfähig zu bestimmen und ist so über seine negative Konnotation hinaus nur bedingt aussagekräftig. »Populismus« ist dann alles, was ich nicht gutheiße. Deshalb ist in der Politikwissenschaft derzeit eine Diskussion entbrannt, um sich auf ein Mindestmaß an Kriterien zu verständigen, was mit Populismus gemeint ist.[8]

Dieser Diskurs hat auch Auswirkungen auf die theologische Reflexion und das kirchenpolitische Argumentieren. Mit Populismus werden Einstellungen, Aussagen und Handlungen beschrieben,

> die folgendermaßen charakterisiert sind: ein homogenes und antipluralistisches Weltbild, ein soziales Reinheitsideal, die Bejahung autoritärer Herrschaft mit Ablehnung repräsentativer Demokratie sowie die Behauptung, allein »das Volk« zu repräsentieren und dabei zu definieren, wer zum »Volk« gehört und wer nicht. Verbunden ist dies mit einem Ressentiment und einer Abwertung gegenüber denen, die nach den je eigenen Vorstellungen nicht dazugehören.[9]
>
> Wir haben es als Gesellschaft und somit auch als Kirchen mit einer enormen Spannbreite des organisierten bzw. diffusen Rechtspopulismus zu tun. Hierzu zählen Schnittstellen zwischen unklaren Protestbewegungen und rechtsextremistischen Einstellungen bis hin zum organisierten Rechtsextremismus wie der Identitären Bewegung. Es lassen sich seit geraumer Zeit Tendenzen beobachten, dass sich rechtextremistisches Verhalten in eher diffusen und deshalb nur sehr schwer zu identifizierenden Netzwerken organisiert. Die Ambivalenz der Alternative für Deutschland (AfD) und ihre aktuelle Bewegung ins Lager des völkischen Extremismus gehört in diesen politischen Zusammenhang. Dabei vollzieht sich die gegenwärtige Auseinandersetzung mit dem Populismus im Kontext einer Krise des Vertrauens in die Institutionen der Demokratie und ihrer Bindekräfte. Pluralismus und Meinungsstreit sind oft negativ konnotiert. Die zentrale Kritik an den demokratischen Akteuren kreist um das scheinbare oder reale Versagen angesichts der sozialen und wirtschaftlichen Probleme unserer Gesellschaft.[10]

Die enge Verbindung zwischen völkischen Populismus und der AfD zeigte bereits 2017 Michael Wildt in seiner Studie zur den Begriffen Volk, Volksgemeinschaft und der AfD auf.[11] Immer stärker ist bei der AfD die Rede vom sogenannten Ethnopluralismus. Mit diesem Begriff werden Unterschiede als trennend postuliert, um Identitäten zu konstruieren und voneinander abzugrenzen. Vielfalt wird so in ihr Gegenteil verkehrt. Die Anderen werden ausgegrenzt. Mit Bezug auf den Beschluss 4. Tagung der 12. Synode der EKD 2017 in Bonn[12], der auf das Erstarken der AfD im Zusammenhang der Diskussion um die Aufnahme von Geflüchteten reagierte, nahm die EKD diese Herausforderung auf und beschloss auf der 5. Tagung der 12. Synode 2018 in Würzburg:

---

8. Zu den Kontroversen vgl. Müller, Jan-Werner: Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin 2016; Priester, Karin: Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen, Frankfurt/M. 2007; dies.: Linker und rechter Populismus. Annäherungen an ein Chamäleon, Frankfurt/M. 2012
9. Vgl.: Kaiser, Klaus-Dieter: Die kirchliche Meinungsbildung zum Thema Rechtspopulismus. Ein kybernetischer Essay, in: Praktische Theologie 54 (2019), 100–105.
10. Ebda., 99.
11. Wild, Michael: Volk, Volksgemeinschaft, AfD, Hamburg, 2017
12. Siehe S. 135.

Gefahren des Rechtspopulismus – Kirche und Gesellschaft demokratisch gestalten

Als Christinnen und Christen loben wir die Vielfalt in der Schöpfung Gottes und setzen uns für eine Kultur der Barmherzigkeit mit Notleidenden ein. Wir sind überzeugt, dass das Evangelium von Jesus Christus Klarheit von uns verlangt. Deshalb können wir uns nicht neutral verhalten, wenn Menschen ausgegrenzt, verachtet, verfolgt oder bedroht werden. Mit vielen anderen auch außerhalb der Kirche stehen wir für eine offene, tolerante und gerechte Gesellschaft.

Die Synode der EKD

- bittet alle Mitglieder unserer Kirche, sich denen entgegenzustellen, die gegen jüdische Nachbarinnen und Nachbarn hetzen oder gewaltsame Angriffe auf Jüdinnen und Juden tolerieren. Sie bittet die Landeskirchen, den christlich-jüdischen Dialog zu intensivieren;
- ruft alle Menschen in Kirchengemeinden, Landeskirchen, kirchlichen Ämtern und Werken dazu auf, sich gegen eine Verrohung der politischen Debatte, gegen völkischen Nationalismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, die Verunglimpfung unserer Demokratie und das Schüren von Ängsten zu engagieren;
- setzt sich dafür ein, die Opfer von rechtsradikaler Gewalt, von Ausgrenzung und Bedrohung, stärker in den Blick zu nehmen und sie zu begleiten. Neben der öffentlichen Dokumentation von konkreten Fällen geht es auch darum, für Alltagsrassismus und Diskriminierung zu sensibilisieren, sowie Menschenrechtsbildung stärker in das Bildungshandeln der Kirchen einzubeziehen. Sie begrüßt die EKD-Menschenrechtsinitiative #freiundgleich und bittet die Landeskirchen, die Angebote bekanntzumachen und wahrzunehmen;
- bittet die Landeskirchen, die Arbeit mit Geflüchteten und Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsarbeit auch weiterhin finanziell und personell zu fördern, ihre Arbeit zu würdigen und gegen Diffamierung zu schützen;
- bittet den Rat der EKD, Mittel für die im Ratsbericht unter Abschnitt 4.13 vorgesehenen Untersuchungen zu Kirchenmitgliedschaft und politischer Kultur zur Verfügung zu stellen, um zu prüfen, inwiefern auch innerhalb unserer Kirche eine wachsende Distanz gegenüber einem gemeinsamen Grundkonsens besteht, was das Zusammenleben in unserer Gesellschaft und die Haltung zur Demokratie angeht;
- sieht es als nötig an, Räume des Gesprächs zu eröffnen, in denen unterschiedliche Positionen zur Sprache kommen können. Deshalb bittet die Synode der EKD, die Haupt- und Ehrenamtlichen in den Kirchengemeinden, Kirchenkreisen und in der Erwachsenenbildung in dieser Arbeit zu unterstützen und unterschiedliche Veranstaltungsformen durchzuführen und sie dafür zu qualifizieren;
- bittet die Landeskirchen in der Ausbildung von Vikarinnen und Vikaren Module vorzusehen, die sie zu einem informierten Umgang mit rechtspopulistischen Einstellungen und Argumenten befähigen. Weiterhin bittet die Synode der EKD die Landeskirchen, an den pädagogisch-theologischen Instituten Konzepte zu entwickeln, die einer theologisch verantworteten Menschenrechts- und Demokratiebildung dienen;
- bittet den Rat der EKD, in Anschluss an den Text »Konsens und Konflikt – Politik braucht Auseinandersetzung: Zehn Impulse der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD zu aktuellen Herausforderungen der Demokratie in Deutschland« eine theologische Weiterarbeit an Kriterien für eine Auseinandersetzung mit nationalistischen, völkischen und rechtspopulistischen Positionen in Auftrag zu geben und Formate entwickeln zu lassen, die eine breite Diskussion über die demokratische Gestaltung unserer Gesellschaft anregen;

– bittet die Landeskirchen, sich für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft einzusetzen um damit einer sozialen Spaltung in unserem Land zu begegnen.

Würzburg, den 14. November 2018

Die Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland

Dr. Irmgard Schwaetzer[13]

Auch hier wird die AfD als Partei und Sammelbewegung für die mit dem christlichen Menschenbild unvereinbaren Haltungen nicht ausdrücklich genannt. Dies liegt aber nicht primär an einer Zurückhaltung der Kirchen, Parteien positiv oder negativ konnotiert zu nennen, sondern vor allem am diffusen Charakter der AfD sowie ihrer Strategie, ihre Positionen teilweise zu verschleiern.

1. 3 Der besondere Charakter der Partei »Alternative für Deutschland (AfD)«

Die AfD wurde im Kontext der Finanzkrise 2013 als EU-kritische und wirtschaftsliberale bzw. rechtsliberale Partei gegründet und veränderte sich durch diverse Auseinandersetzungen seitdem stark in Richtung einer völkisch-nationalen bis rechtsextremistischen Partei. Der sogenannte völkische Flügel gewann immer stärker an Einfluss. Zugleich gelang es ihr in den letzten Jahren, in alle Landesparlamente einzuziehen und im Bundestag die stärkste Oppositionsfraktion zu bilden. Im Unterschied zur NPD sind ihre, die Grundrechte des Grundgesetzes ablehnenden, Positionierungen nicht so offensichtlich. Mit dieser Partei gewannen die bereits vor ihrer Entstehung vorhandenen populistischen Einstellungen und Meinungen in der Bevölkerung eine parlamentarische politische Gestaltungskraft.[14]

Dabei ist die AfD nicht mit der »Neuen Rechten« gleichzusetzen (erst recht nicht ihr Wählerpotenzial), aber es gibt immer mehr Überschneidungen und bewusstes Zusammengehen. Nach wie vor ist die Zusammensetzung der Partei diffus (unzufriedene Bürgerliche, Menschen aus der Mittelschicht mit Verlustängsten, nationale Konservative und auch christliche Fundamentalisten). Immer mehr setzt sich aber in der AfD die völkische Rechte durch. Verbunden ist dies, und hier wird es für die theologische Auseinandersetzung interessant, mit einem apokalyptischen Weltbild.

Erschwert wird die notwendige Auseinandersetzung mit der AfD durch deren Charakter. Sie ist Partei und zugleich Bewegung. Hinzu kommen ihre neue Organisationsstruktur und ihr Verhalten in der Öffentlichkeit. Nicht Parteiprogramme bestimmen in der AfD letztlich die inhaltlichen Positionen, sondern die öffentlichen Äußerungen von prägenden Parteimitgliedern, die nicht einmal ein innerparteiliches, demokratisch erworbenes Mandat dafür besitzen müssen. So gibt es kein steuerndes institutionalisiertes Machtzentrum in der Partei. Sie agiert als

13. 5. Tagung der 12. Synode der EKD: https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/3g-2-Beschluss-zu-Gefahren-Rechtspopulismus-Kirche-und-Gesellschaft-demokratisch-gestalten.pdf [letzter Zugriff 13. August 2020]

14. Vgl. Bender, Justus: Was will die AfD. Eine Partei verändert Deutschland, München 2017.

Bewegung (im Aufnehmen Antonio Gramscis linker Theorie und Praxis des Erlangens der Hegemonie im Sinne der Deutungsmacht). Obwohl die AfD als Partei den Charakter einer Organisation und Institution besitzt, sind ihre Verfahren der politischen Meinungsbildung und ihre Formen der politischen Entscheidungsfindung zugleich jenseits verbindlicher und institutionell klar geregelter Mechanismen angesiedelt. Dies hat zum einen eine Unschärfe zur Folge, die auch die politische Auseinandersetzung erschwert. Zum anderen bedient sie damit auch den bei ihrer Klientel zu vermutenden anti-institutionellen Affekt. Taktische Tabubrüche und die Konstruktion eines Opfermythos gehören zu ihren Kommunikationsstrategien. Permanente Skandalisierung und Homogenisierung der Anderen sind Mittel und Ziel dieser Partei. Es ist ein Agieren im Freund-Feind-Schema von Carl Schmitt. Identitätskonstruktionen dienen der Ausgrenzung der Anderen (ethnisch, kulturell, religiös, Eliten usw.). Zu den Besonderheiten der AfD gehört das Leugnen der Verantwortungsgemeinschaft im Zusammenhang der Verbrechen der Deutschen während der Zeit des Nationalsozialismus und eine Relativierung der deutschen Schuld.

Im Blick auf die kirchlichen Stellungnahmen zur AfD sind deren Unterschiede im Osten und Westen des wiedervereinigten Deutschlands von Belang. Zum einen zeigen die Wahlerfolge bei den Wahlen eine Ost-West-Differenz. Zugleich gibt es auch den westlichen Bundländern Regionen und Kommunen mit überdurchschnittlichen Wahlerfolgen der AfD. Ursachen für die überproportionalen Erfolge der AfD im Osten liegen, so zeigen es verschiedene soziologische Untersuchungen, in den Folgewirkungen der Diktaturerfahrungen und der weitgehenden Abwesenheit einer offenen Gesellschaft mit einer entsprechenden eingeübten Praxis des Diskurses. Zudem bedient die AfD ein »Opfer-Narrativ« der Ostdeutschen. Dabei fällt auf, dass das Führungspersonal, gerade des sogenannten Flügels innerhalb der AfD, der sich rechtsextremistische Haltungen zu eigen macht, eher aus den westlichen Bundesländern kommt. Zum anderen gibt es einen Unterschied, was die Mitgliedschaft in der AfD betrifft: die westlichen Landesverbände sind eindeutig die Mitgliederstärkeren als die im Osten, denen es jedoch gelingt, sich als »Volkspartei« zu generieren und mit ihren extremistischen Einstellungen und öffentlichen Äußerungen die Deutungshoheit innerhalb der Partei vorzugeben. Trotz der beschriebenen Unterschiede ist die AfD kein Ostphänomen. Die Auseinandersetzung, und dies zeigen die verschiedenen kirchlichen Stellungnahmen auch in ihren jeweiligen regionalen politischen und kirchenpolitischen Spezifika, ist eine gesamtdeutsche Herausforderung. Dennoch bedeuten diese Unterschiede, dass es im Blick auf die Wählerschaft und die Meinungsführerschaft der AfD in den einzelnen Landeskirchen in Ost und West auch graduell unterschiedliche Reaktionen gibt.

Die Rolle der verfassten Religionen in der AfD und die religionspolitischen Positionierungen der AfD sind diffus. Deutlich erkennbar sind die antiislamische Ausrichtung und auch der Antisemitismus. Die »Christen in der AfD« spielen letztlich keine Rolle, dennoch sind teilweise Schnittmengen mit bestimmten kirchlichen Gruppen vorhanden.[15] Entscheidender ist aber die Pflege eines Neuheidentums. Deshalb ist die AfD wie auch andere völkisch orientierte Bewegungen des Populismus aus kirchlicher Sicht eine Angelegenheit der kritischen Analyse durch

15. Vgl.: Orth, Stefan/Resing, Volker (Hg.): AfD, Pegida und Co. Angriffe auf die Religion, Freiburg 2017; darin v. a.: Strube, Sonja Angelika: Christliche Unterstützer der AfD, 58–71.

die »Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen« (EZW).[16] Die Positionierung der Kirchen bleibt eine Herausforderung, die angesichts der Wandlungen der AfD einer ständigen Neubewertung und Reflexion bedarf.[17]

Wie sollen die Kirchen sowohl auf die Wahlergebnisse der AfD der letzten beiden Jahre als auch auf die Äußerungen von AfD-Politikerinnen und AfD-Politiker reagieren? In den kirchlichen Stellungnahmen wird deutlich, dass es zunächst darum geht, das Faktische wahrzunehmen, also weder schönzureden, zu bagatellisieren noch zu skandalisieren. Vielmehr handelt es sich auch um Normalität in der europäischen Dimension im Blick auf die parlamentarische Parteienlandschaft. Dabei ist Normalität weder ein Idealzustand noch etwas Anzustrebendes. Zudem gilt: eine Revision des in den 1970er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland etablierten Geschichtsbildes einschließlich der deutschen Schuld- und Verantwortungsgeschichte, wie sie von der AfD betrieben wird, ist nicht hinzunehmen. Normalität ist ein Spiegel der gesellschaftlichen Verhältnisse: Die Ergebnisse aller unterschiedlichen Studien der letzten Jahre belegen einen Rassismus bis in die Mitte der Gesellschaft (Haltungen, Weltbilder und auch »bloße« Anschlussfähigkeit) von ca. 20 %. Dies spiegelt sich nun in den Wahlergebnissen wider. Entsprechende Einstellungen kommen so in den Raum des unmittelbar Politischen (einschließlich des Gestaltungsauftrages der Parteien) und auf diese Herausforderung muss auch politisch reagiert werden (jenseits bloßer moralischer Empörung). Einstellungen, die die Menschenwürde tangieren, sind nun im Fokus der politischen Öffentlichkeit (Parlament) und müssen so in aller Klarheit zurückgewiesen werden. Problematisch ist aber die daraus erwachsende verstärkte Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit, da die Gefahr besteht, dass entsprechende Einstellungen so wirkmächtiger in der Gesellschaft werden (Parlament als Resonanzboden und Verstärker). Diese Einsichten bestimmen auch die kirchlichen Stellungnahmen zur AfD.

Zwei gegensätzliche »Fallen« in der Auseinandersetzung mit der AfD werden in der politikwissenschaftlichen Reflexion und auch in den Debatten in den Kirchen immer wieder benannt: Das Reden von »Sorgen« und »Ängsten«, aber auch Zuschreibungen wie »Rechtspopulismus« oder »Nazi« haben kaum ein Erklärungspotenzial. Eher verhindern sie, wirklich nach konkreten Ursachen bzw. Motiven zu suchen und das alles bestimmende völkische Weltbild zu entlarven. Therapeutische Ansätze bewegen sich im vorpolitischen Raum und spielen dasselbe Spiel wie die AfD: Emotionalisierung und moralische Empörung statt politischem Meinungsstreit und Stärkung der ethischen Urteilskraft.

Deshalb argumentieren die Kirchen theologisch und stellen sich an die Seite der Schwachen. Im Kontext der Diskussion um die Aufnahme von Geflüchteten und mit Blick auf die AfD-Stimmungsmache (auch wenn die AfD namentlich nicht genannt wird) nimmt der Beschluss der 4. Tagung der 12. Synode der EKD dieses Anliegen auf.

16. Vgl. z. B.: Hempelmann, Reinhard/Lamprecht, Harald (Hg.): Rechtspopulismus und christlicher Glaube (EZW-Texte 256), Berlin 2018, darin v. a.: Bednarz, Liane: Christen in der AfD, 25–47.

17. Vgl.: Püttmann, Andreas: Was ist die AfD? Und wie wir als Kirche mit ihr umgehen, in: S. Orth/V. Resing (wie Anm. 15), 36–57; Herms, Christian: Kirchlich-politische Wachsamkeit, in: ebda.: 72–91; Thielemann, Wolfgang (Hg.): Alternative für Christen? Die AfD und ihr gespaltenes Verhältnis zur Religion, Neukirchen-Vluyn 2017.

Rechtspopulismus als Herausforderung annehmen

1. Die Synode der EKD stellt fest, dass rechtspopulistische, rechtsextreme, rassistische, frauenfeindliche und völkisch-nationalistische Einstellungen in unserer Gesellschaft anwachsen und in allen gesellschaftlichen Schichten und Altersgruppen vertreten sind. Auch unter Mitgliedern der Kirchen sind solche Einstellungen anzutreffen. Die Würde eines jeden Menschen, begründet in der Ebenbildlichkeit Gottes, und das Gebot der Nächstenliebe sind unaufgebbare Grundlagen unseres Glaubens. Sie sind nicht vereinbar mit Haltungen und Ideologien, die Hass und Gewalt verbreiten und eine Ungleichheit von Menschen und daraus resultierende Ungleichbehandlungen, Ausgrenzungen und Feindschaft postulieren.

2. Die Synode der EKD erkennt hinter diesen Entwicklungen unterschiedliche Ursachen, die nach einer differenzierten Antwort verlangen. Sie sieht hierin eine Aufgabe für die Gliedkirchen, die Diakonie und die Kirchengemeinden. Sie dankt denjenigen, die sich seit Jahren bereits in diesem Feld engagieren. Sie regt an und ermutigt dazu,

- dass Kirchen und Gemeinden sich schützend vor Menschen stellen, die Angriffen aus rechtsextremen oder fremdenfeindlichen Motiven ausgesetzt sind und dies in der Öffentlichkeit offensiv vertreten;
- jeder Inanspruchnahme vermeintlich christlicher Werte zur Begründung einer Abschottung unserer Gesellschaft entschieden zu widersprechen;
- die bereits bestehenden kirchenrechtlichen Möglichkeiten und Verfahrenswege auszuschöpfen, durch die die Personen, die rechtsextremes, rassistisches oder fremdenfeindliches Gedankengut vertreten, von der Wahl zu einem kirchlichen Amt ausgeschlossen werden;
- ihre bisherigen Anstrengungen zu verstärken und neue Angebote zu entwickeln, die Menschen ermöglichen, ihren Glauben als befreiende Botschaft zu erfahren, die den Nächsten in den Blick nimmt, Halt und Zuversicht gibt und so vor rechtsextremem Gedankengut schützt;
- dass die Gliedkirchen insbesondere in ihrem Bildungshandeln an unterschiedlichen Orten und mit verschiedenen Zielgruppen (Kindertagesstätten und Jugendarbeit, Schulen, Erwachsenenbildung und Familienbildung) ein deutliches Gewicht auf das Einüben demokratischer und partizipatorischer Verfahrensweisen und Gesprächsformen legen und in ihrer Aus- und Fortbildung verstärkt zum Einsatz bringen;
- bereits bestehende Arbeitsmaterialien und Handreichungen zum Umgang mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus bekannt zu machen und zu verbreiten bzw. solche für den eigenen Bedarf neu zu erstellen. Hierzu gehört auch die Entwicklung einer theologisch begründeten Argumentation gegen rechtsextremes Gedankengut;
- den interreligiösen Dialog insbesondere mit den muslimischen Gesprächspartnern und den jüdischen Gemeinden als kirchliche Aufgabe zu verstehen und weiterzuentwickeln;
- die interkulturelle Kompetenz von Mitarbeitenden zu stärken und die interkulturelle Öffnung von Kirchen und Gemeinden zu fördern;
- sich in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Wohlfahrtsverbänden und Kommunen weiterhin nachdrücklich für eine soziale Integration von Menschen einzusetzen, die in Stadtteilen und Regionen leben, die unter Armut, fehlenden Beschäftigungs- und Bildungschancen und mangelnder Infrastruktur leiden;
- sich als Kirche in eine konzeptionell durchdachte, inklusive Gemeinwesenarbeit einzubringen und von den politischen Amtsträgern größere Anstrengungen für eine soziale Integration einzufordern;

– in Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen Gesprächsmöglichkeiten für Menschen zu eröffnen, die unter Ängsten und Verunsicherung angesichts der Veränderungen in unserer Gesellschaft leiden. Die Gespräche sollen nicht als Podium für das Schüren weiterer Ressentiments missbraucht werden können. Kirche kann und soll in solchen Dialogen keine neutrale Position vertreten. Sie kann aber dazu beitragen, dass Gespräche gut geleitet und moderiert werden und sachliche Argumente Gehör finden.

Bonn, den 15. November 2017

Die Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland

Dr. Irmgard Schwaetzer[18]

1. 4 Berührungspunkte und Konfrontationslinien zwischen der AfD und den Kirchen

Wenn in diesem Zusammenhang von der »Kirche« die Rede ist, sind damit sowohl kirchenleitendes Handeln, theologisches Reflektieren wie auch der Alltag in den Kirchengemeinden und anderen Formen kirchlichen Lebens gemeint. Die Auseinandersetzung mit populistischen Haltungen und Handlungen bzw. Äußerungen sind entsprechend der jeweiligen Situation und der jeweils Beteiligten unterschiedlich. Ein öffentlicher Diskurs nötigt zu anderen Entscheidungen als ein seelsorgerliches Gespräch, eine Predigt ist eine andere Form sprachlicher Äußerung und Kommunikation als eine Erklärung kirchenleitender Persönlichkeiten. Es kommt also immer auf das Ziel, das seitens der Kirche erreicht werden soll, die Kommunikationssituation und die beteiligten Akteure an.

Deshalb ist es notwendig – und dies zeigt sich in den kirchlichen Stellungnahmen –, folgende Unterscheidungen in der Auseinandersetzung mit populistischen Strömungen zu reflektieren.

1 Populismus ist Teil der Zivilgesellschaft und zugleich deren Bedrohung:
Es gilt, rechtsextremistische bzw. rechtspopulistische Einstellungen zu unterscheiden. Nur wenn die Vielfalt und die Unterschiedlichkeit im Spektrum völkischer, identitärer, rassistischer, sexistischer, antisemitischer und menschenverachtender Ideologien, Einstellungen, Haltungen und Handlungen wahrgenommen wird, können Gegenstrategien Erfolg haben. Wer hier undifferenziert vereinfacht, tritt selbst in die Falle antipluralistischer Weltbilder und Vereinfachungen. Dabei ist zu beachten, dass die Ursachen für populistische Haltungen und Handlungen sehr unterschiedlich sind. Weder Kränkungen beim Transformationsprozess im Osten Deutschlands nach 1990 noch Verlustängste angesichts der Folgen der neoliberalen Globalisierung, weder mangelnde Bildung noch soziale Schieflagen, um nur einige wenige Beispiele zu nennen, taugen jeweils für sich genommen als alleiniges Erklärungsmuster.

18. 4. Tagung der 12. Synode der EKD: https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/s17_12_Beschluss_Rechtspopulismus_als_Herausforderung.pdf [letzter Zugriff am 13. August 2020].

Zudem ist ähnlich wie beim Rechtsextremismus zwischen verfestigten Weltbildern, latenten Einstellungen und der Anschlussfähigkeit für menschenverachtende Ideologien zu unterscheiden. In der Auseinandersetzung mit dem Populismus macht es zudem einen Unterschied, ob es um machtpolitische Einflussnahme und Durchsetzung oder um individuelle persönliche Meinungsäußerungen geht.

In diesem Sinn ist der Populismus Teil der bestehenden Zivilgesellschaft, und die AfD gibt diesen Einstellungen eine politische Gestalt bzw. Heimat (wobei zu beachten ist, dass es auch in den anderen Parteien eine gehörige Portion Populismus gibt). Populismus ist also Teil einer lebendigen demokratischen Diskursgesellschaft. Zugleich aber gefährdet und vergiftet der Populismus mit seinem durchgängigen Freund-Feind-Schema den politischen Gestaltungsraum. Er gehört zu den Feinden einer offenen Gesellschaft.

2 Populismus zwischen politischer Strategie und Antipolitik:

Populistische Bewegungen, Parteien wie die AfD oder einzelne Akteure stehen unter dem rechtlichen Schutz der Meinungsfreiheit, auch wenn sie selbst den pluralistischen Politikansatz ablehnen. Meinungsfreiheit ist mehr als ein individuelles Abwehrrecht gegenüber dem Staat. Sie ist Teil des gesellschaftlichen Gestaltungsraumes und damit Voraussetzung einer lebendigen Zivilgesellschaft. Wer Meinungsfreiheit zulässt, wagt den Kontrollverlust. Was heißt es aber, wenn unter dem Schutz der Meinungsfreiheit strategisch an deren Abschaffung gearbeitet wird? Kommunikation und Diskurs finden eben nicht in einem machtfreien Raum statt.

Deshalb ist zwischen einer emanzipatorischen Antipolitik, die nach (neuen) Wegen demokratischer Entscheidungsprozesse sucht, und einer strategischen Aushöhlung demokratischer Prinzipien, wie sie im Rechtspopulismus zu erleben ist, zu unterscheiden.

3 Personen und ihre Handlungen und Haltungen (Rechtfertigungslehre):

Es gilt, zwischen der Person und ihren Haltungen und Handlungen zu unterscheiden. Angesichts der Rechtfertigungsbotschaft heißt das für die Kirchen Klarheit in der Sache und Zuwendung zum einzelnen Menschen.

Das heißt, dass im Blick auf den konkreten Menschen, auch den populistisch agierenden, der unbedingte Vorrang der Person vor ihren Werken in jeder, auch in politischer Hinsicht zur Geltung zu bringen ist. Einerseits betrifft dies jede Kommunikation seitens der Kirche, nicht nur die Seelsorge. Andererseits bedeutet dies, gerade um des Menschen willen, menschenverachtenden Aussagen klar zu widersprechen.

4 Rationalität und Emotionalität:

Die Auseinandersetzung mit populistischen Einstellungen und Handlungen braucht beides, das rationale Argument und das Ernstnehmen der Emotionen. Ohne politisches Emotionsmanagement kann dem Populismus, der geschickt mit den Ängsten der Menschen spielt, nicht begegnet werden. Dabei ist es für die politische Wirkmächtigkeit dieser Emotionen irrelevant, ob die Gründe für die Ängste real oder nur eingebildet sind. Um dem Rechtspopulismus kritisch zu begegnen braucht es eine doppelte Analyse: der Ursachen für gesellschaftliche Entwicklungen und der politischen Meinungsbildungsprozesse.

5 Kirche als Forum und Faktor:

Die Kirche ist sowohl Moderatorin als auch profilierte Akteurin in gesellschaftlichen Diskursen. In ständiger Selbstreflexion muss sie deshalb prüfen, in welcher Weise sie jeweils gerade agiert.

Dabei ist zu beachten, dass das Moderieren gesellschaftspolitischer Prozesse nicht Neutralität oder gar Beliebigkeit zur Voraussetzung haben muss. Es geht vielmehr darum, Menschen in einem gestalteten Raum die Möglichkeit zu geben, in wechselseitigem Respekt ihre Interessen und Ansichten zu artikulieren und miteinander zu teilen. Auf diese Voraussetzungen (Respekt, Achtung der Menschenwürde und Anerkennung des Pluralismus) hat eine Moderation im Raum der Kirche unbedingt zu bestehen.

Zugleich hat die Kirche auch eigene Positionen, die sie in die jeweiligen Diskurse einbringt. Entscheidend ist nun, dass sie ihre jeweilige Rolle reflektiert und auch nach außen erkennbar vertritt. Eine Rollenkonfusion ist unbedingt zu vermeiden.

6 Kirchliches Handeln zwischen Symbol- und Sachpolitik:

In der Auseinandersetzung der Kirche mit populistischen Einstellungen ist zwischen symbolpolitischen Ansätzen und einer auf konkrete Lösungen bedachten sachpolitischen Debatte zu unterscheiden. Symbolpolitik lebt von der Klarheit und somit von der Abgrenzung. In einer durch Medien und ihre Aufmerksamkeitsinteressen geprägten Gesellschaft hat in der öffentlichen Wahrnehmung die Symbolpolitik einen großen Stellenwert. Komplexe Herausforderungen werden in einfache Pro-Kontra-Entscheidungen transformiert und schaffen so klare Verhältnisse. Sachpolitik lebt dagegen vom Kompromiss. Interessen werden benannt, Lösungsansätze diskutiert und ein Ausgleich gesucht. Sachpolitik funktioniert also ähnlich wie eine Diskurskultur. Der Raum des Politischen gehört, theologisch gesprochen, in den Bereich des »Vorletzten«.

Agiert die Kirche im Bereich des Symbolpolitischen, muss sie sehr sensibel darauf achten, dass dies nicht mit dem, wieder theologisch gesprochen, Bereich der »letzten Dinge«, die nicht mehr hinterfragbar sind, verwechselt wird. Auch symbolpolitisches Handeln muss von der Sphäre des Religiösen klar unterschieden sein.

7 Kirchliches Handeln zwischen öffentlicher Theologie und Zuwendung zum einzelnen Menschen (Alltagstauglichkeit):

Die Kirche handelt sowohl im öffentlichen Raum als auch im vorpolitischen Raum des Privaten. Beides ist zu unterscheiden, und sie muss darauf achten, dass nicht durch ihr Agieren alle Lebensbezüge des Menschen politisiert werden.

2. Die biblisch-theologische Positionierung: Ein Streit um Klarheit im Menschenbild

Eine Positionierung gegenüber dem völkischen Denken und gegenüber der AfD braucht auch eine innerkirchliche Diskurskultur und die Einladung zum Gespräch.

Dabei gilt es, die unterschiedlichen Bereiche der gesellschaftlichen Herausforderungen, auf denen die Populisten nur vereinfachende Antworten haben, in ihrer Komplexität anzusprechen.

In dem Wort der Landessynode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) »Haltung zeigen« vom Frühjahr 2019 ist die für solche kirchliche Stellungnahmen typische dreifache Ausrichtung exemplarisch zu erkennen: Erstens eine biblisch-theologische Fundierung, verbunden mit Aussagen zum christlichen Menschenbild. Zweitens ein analytisches Reflektieren praktisch-ethischer Herausforderungen und drittens eine Einladung zum Gespräch innerhalb der Kirche, deren Mitglieder eben keine homogene Masse sind. Entsprechend ist dieses Wort von der Trias »wahrnehmen«, »glauben« und »sich einsetzen« bzw. »sich wehren« geprägt.

Haltung zeigen

Wort der Landessynode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz als Gesprächsimpuls zu aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen auf der Frühjahrssynode 2019
[…]

Soziale Gerechtigkeit

Wir nehmen wahr, dass viele Menschen in unserem Land Sorge um ihr tägliches Auskommen haben. Der Abstand zwischen Arm und Reich ist weiterhin zu groß. Familien mit geringem Einkommen stehen am Rand der Gesellschaft. Wohnen wird – vor allem in den Städten – für viele nahezu unerschwinglich. Immer mehr Menschen sind auf Grundsicherung angewiesen; der Gang zur Tafel wird für sie zum Normalfall. Zugänge zu Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe werden aufgrund sozialer Herkunft und Lebenslagen erschwert. Einige Regionen haben kaum Anteil an der gegenwärtig positiven wirtschaftlichen Entwicklung.

Wir glauben: Leben in der Nachfolge Jesu heißt, dem vermeintlichen »Recht des Stärkeren« zu widerstehen. Unser Eintreten für Menschen, die Abwertung, Ausgrenzung und Unterdrückung erfahren, ist Ausdruck unserer Beziehung zu Gott, der uns in Jesus Christus als Mensch und Anwalt der Armen und Benachteiligten begegnet. Unser Auftrag ist das Evangelium, die Gute Nachricht für alle Menschen. Diesem Evangelium allein sind wir verpflichtet.

Wir setzen uns ein für soziale Gerechtigkeit in unserem Land. Aus der Kraft des Gebetes ist kirchliches Handeln anwaltschaftliches Handeln: Wir überprüfen unsere Sprache und unser Tun, weil wir in Armen und Benachteiligten nicht Empfänger vermeintlicher Wohltaten, sondern Partner und eigenverantwortlich Handelnde sehen. Wir setzen uns in Wort und Tat für Menschen ein, die von Armut betroffen sind. Benachteiligte Kinder haben in evangelischen Bildungseinrichtungen besondere Chancen. Wir verschließen die Augen nicht vor prekären, sogar ausbeuterischen Arbeits- und Wohnverhältnissen. Dabei spielt es für unser Eintreten keine Rolle, ob betroffene Menschen aus anderen Ländern zu uns kommen oder aus dem eigenen Land stammen

Miteinander in Vielfalt

Wir nehmen wahr, dass sich völkisches und rassistisches Denken, Reden und Handeln auch in unserem Land ausbreitet. Menschen und Menschengruppen werden wegen ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer religiösen und kulturellen Herkunft oder wegen körperlicher, geistiger und seelischer Einschränkungen abgewertet und ausgegrenzt. Zunehmend werden Menschen durch Sprache, Haltungen und Taten erniedrigt und verletzt.

Wir glauben an die versöhnende und befreiende Botschaft der Liebe, in der Christus uns begegnet. Jeder Mensch ist vor Gott einmalig. Individualität und Vielfalt der Gaben sind Ausdruck der Gnade Gottes. Alle Menschen sind dazu gerufen, den Wert menschlichen Lebens zu achten, ein menschenwürdiges Miteinander zu gestalten und insbesondere den Schwächeren beizustehen.

Wir stellen uns schützend und öffentlich hörbar und sichtbar vor Menschen, die Ausgrenzung und diskriminierenden Erfahrungen, verbaler oder tätlicher Gewalt ausgesetzt sind. Wir öffnen unsere Räume für Menschen in Not. Wir ermutigen zum Widerstand gegen menschenverachtendes Reden und Handeln. Jede Form von Antisemitismus ist und bleibt unvereinbar mit dem biblischen Zeugnis und dem christlichen Glauben. Wir unterstützen alle, die sich gegen Verachtung und Diskriminierung anderer einsetzen und beteiligen uns an Netzwerken zur Stärkung von Zivilcourage.

Ringen um Wahrheit

Wir nehmen wahr, dass die Demokratie als Grundlage unseres Gemeinwesens infrage gestellt und untergraben wird. Autoritäre politische Kräfte beanspruchen einen vermeintlichen Volkswillen zu kennen, für ihn zu sprechen und ihn durchzusetzen. Die Praxis der Lüge dringt in das öffentliche Leben ein. Tatsachen werden zum eigenen politischen und ideologischen Vorteil verdreht und damit die öffentliche Verpflichtung zur Wahrhaftigkeit untergraben.

Wir glauben: Lüge versklavt, doch die Wahrheit befreit. Jesus Christus steht mit dieser Verheißung in einer prophetischen Tradition, nach Wahrheit zu streben und sie auszusprechen – auch gegenüber denen, die Macht haben und sie einsetzen. Wir stellen uns in diese biblische Tradition mutiger Wahrhaftigkeit.

Wir wehren uns gegen jede Politik, die auf manipulativen oder verfälschten Vorgaben aufbaut oder diese für sich nutzt. Wir nennen solche Versuche der Spaltung offen beim Namen. Respektlosigkeit, Manipulation, bewusst zerstörerischen Tabubrüchen oder Provokationen, die geltendes Recht untergraben, treten wir entschieden entgegen. Gemäß unserem Auftrag engagieren wir uns für einen offenen gesellschaftlichen Dialog. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen für das, was sie sagen, Verantwortung übernehmen. Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit muss unser gesellschaftliches Miteinander prägen.

[…]

Sigrun Neuwerth, Präses Berlin, den 6. April 2019[19]

3. Reden mit der »AfD«

3. 1 Gesprächspartner, Anlässe und Interessen

Kommunikation ist immer mit Interessen, Machtgefällen, Settings und Zielen verbunden. Im heiklen Feld der Kontakte der evangelischen Kirche zur AfD werden sich manche Dilemmata nicht auflösen lassen. Keine Kommunikation ist ohne Risiko. Die simple Alternative, ob man mit Populisten reden soll oder nicht,

19. https://www.ekbo.de/fileadmin/ekbo/mandant/ekbo.de/0._Startseite/03._PDFs_und_Audios/D_Haltung_zeigen_Beschluss_Landessynode.pdf [letzter Zugriff am 13. August 2020].

ist zu einfach.[20] Deshalb sind einige Unterscheidungsleistungen unerlässlich und einige Fragen vorab zu klären. Ist das Gespräch öffentlich oder privat? Wenn es ein öffentliches Gespräch ist, folgt es einem protokollarischen Charakter oder wird mit einem bestimmten Ziel dazu eingeladen und wer ist der Einladende? Mit welchem Ziel wird es geführt und wer hat aus welchen Gründen ein Interesse daran? In welchem politischen und welchem kirchenpolitischen Kontext vollziehen sich diese Begegnungen? Bilaterale Gesprächsangebote an die AfD als Partei bedürfen angesichts der gegenwärtigen Entwicklung der AfD, so wird es den kirchlichen Stellungnahmen immer wieder deutlich, einer dezidierten Begründung. Der Streit muss um Sachthemen gehen, die seitens der Kirchen dann vorgegeben werden. Dabei geht es in solchen Gesprächssituationen auch immer um das Besetzen des öffentlichen Raumes. Anders verhält es sich mit Gesprächsangeboten an Sympathisantinnen und Anhänger der AfD. Solche Gespräche gilt es in einer offenen Gesellschaft zu suchen.

»Die Kirche muss die Chance nutzen, mit diesen Mitgliedern ins Gespräch zu kommen«

Wolfgang Thielmann fordert mehr Dialog zwischen Christen und der AfD (Interview August 207)

In den Augen der Kirchen basiert vieles an der Programmatik der AfD auf einem Menschenbild, das nicht mit dem christlichen Glauben zu vereinbaren ist. Die Rechtskonservativen selbst geben sich als Hüter des christlichen Abendlands, liegen mit den großen Kirchen aber so über Kreuz, dass es bereits von Vertretern Aufrufe zum Kirchenaustritt gab. Die Positionen scheinen verhärtet. Dennoch sollten beide Seiten miteinander reden, fordert der langjährige Journalist und Pastor Wolfgang Thielmann, der kürzlich ein Buch zum Thema veröffentlich hat. Mit dem Evangelischen Pressedienst (epd) sprach Thielmann über einen möglichen Umgang der Kirchen mit der AfD und die Frage, warum es überhaupt Christen gibt, die Populisten wählen.

Spitzenpersonal der AfD hat in der Vergangenheit Positionen und Personal der Kirchen scharf angegriffen. Sie fordern in Ihrem Buch, dass beide Seiten stärker miteinander reden. Warum sollte die Kirche den Dialog mit dieser Partei suchen?

Wolfgang Thielmann: Mir ist bewusst, dass die Auseinandersetzung mit der AfD schwierig ist. Es gibt dieses Strategiepapier, in dem es heißt, dass es der AfD mehr auf Provokation als auf Argumente ankommt. Trotzdem muss man gerade in der Kirche die Auseinandersetzung mit Argumenten suchen. Mein Ausgangspunkt für das Buch war die Aussage des Kölner Erzbischofs Rainer Maria Woelki, dass diese Alternative kein Mensch brauche. Mein Gedanke damals war: So können wir uns damit nicht auseinandersetzen. Ich kann nicht pauschal eine Partei verurteilen, sondern muss mir die Mühe machen, herauszuarbeiten, warum und wo sie gegen grundlegende Prinzipien, von denen wir als Christen überzeugt sind, verstößt. Und im kritischen Gespräch muss ich bereit sein, meine eigene Position infrage stellen zu lassen und zu überdenken. Ich fand es gut, dass der Kirchentag die Auseinandersetzung mit der AfD geführt hat.

Dort diskutierten der Berliner Bischof Markus Dröge und die Sprecherin der Christen in der AfD, Anette Schultner. Schultner und weitere AfD-Vertreter warfen den Kirchentagsorganisatoren im Nachhinein eine Inszenierung zulasten der AfD vor. Laufen die Kirchen bei ihren Gesprächsangeboten nicht Gefahr, der AfD eine Plattform für eine Opferrolle zu bieten?

20. Vgl. z. B. Loe, Per/Steinbeis, Maximilian/Zorn, Daniel-Pascal: mit Rechten reden. Ein Leitfaden, Stuttgart 2017.

Thielmann: Diese Gefahr gibt es, ich glaube am Ende aber an die Kraft von Argumenten. Man kann die, die strikt anders denken, zumindest verunsichern und Unentschiedene sogar gewinnen.

Was kann das Ziel einer solchen Auseinandersetzung zwischen Kirchen und AfD sein? Eine Annäherung der Positionen beispielsweise in der Flüchtlingspolitik ist schwer vorstellbar.

Thielmann: Wenn jemand in eine Diskussion geht, um seine Linie zu halten, dann werden ihn Argumente schwer überzeugen. Die Kirche hat einen Vorteil: Sie ist organisiert bis in die Ortsteile und hat Personen, die Vertrauen in der Mitte ihrer Mitgliedschaft besitzen. Schon deshalb lohnt sich ein Gespräch. Vertrauen macht es leichter, auf Argumente zu hören. Das gilt übrigens auch für Sportvereine und Feuerwehren.

Heißt das, Gespräche mit der AfD sind vor allem in der Basis, also auf kommunaler Ebene sinnvoll anstatt auf der großen Bühne zwischen Evangelischer Kirche in Deutschland beziehungsweise der katholischen Deutschen Bischofskonferenz und dem Bundesvorstand der Partei?

Thielmann: Der Dialog muss auf allen Ebenen geführt werden. Besonders auf Ebene der Kirchenvorstände, Gemeinderäte oder Presbyterien ist aber viel Nachholbedarf. Mich hat das Beispiel in Wuppertal erschreckt, wo ein Presbyterium geschlossen zurückgetreten ist, damit ein Mitglied, das gleichzeitig für die AfD bei der Landtagswahl kandidierte, sein Amt verliert. Ich bin der Ansicht, dass ein so vorsätzlich herbeigeführter Betriebsunfall nicht das letzte Mittel sein kann.

Woran liegt es, dass insbesondere in konservativen Kreisen der Kirchen die AfD so viel Erfolg hat?

Thielmann: Das liegt an der Struktur der Volkskirchen, die die Breite der Bevölkerung repräsentieren. Deswegen kann man davon ausgehen, dass die Unterstützung für die AfD in den Kirchen so groß ist wie im Rest der Bevölkerung. Es gibt bei einigen Gruppen aber auch eine größere Nähe, etwa im rechtskatholischen Spektrum, wo man gegen Abtreibung und die traditionelle Ehe kämpft. Da gibt es inhaltliche Überschneidungen mit der AfD. Das gleiche gilt für den konservativen Protestantismus: Es gibt einige Evangelikale, die sich für die AfD engagieren.

Wie läuft nach Ihrer Einschätzung der Dialog zwischen den Kirchenleitungen und diesen Mitgliedern?

Thielmann: Es ist wichtig, dass sich die evangelische Kirche, die ich besonders im Blick habe, um ihre konservativen Mitglieder kümmert. Ich erfahre aus konservativen Kreisen die Rückmeldung, dass man sich von Kirchenleitungen eher weniger repräsentiert, vielleicht sogar abgehängt fühlt. Ich sehe es persönlich am Beispiel der Flüchtlingshilfe oder Vor-Ort-Initiativen zum Dialog der Religionen. Einige finden das richtig. Andere sehen das kritisch, formulieren das aber nicht, weil sie ein »Das darf man ja nicht sagen« im Kopf haben. Die Kirche muss die Chance nutzen, mit diesen Mitgliedern ins Gespräch zu kommen. Momentan gibt nur die AfD ihnen die Gelegenheit, das zu thematisieren.

Das heißt, es gibt eine Art von political correctness in Kirchengemeinden, die dazu führt, dass manche Mitglieder aus Angst vor einem Verstoß dagegen nicht mehr offen reden?

Thielmann: Auch in den Kirchengemeinden gibt es Tabus. Es gibt den Eindruck, dass man sich gegen eine Festlegung der Landeskirche oder des Gemeindevorstandes nicht positionieren darf. Was oft vergessen wird, ist, auch Menschen für solche Beschlüsse zu gewinnen. Mit dem Fassen eines Beschlusses fängt die Arbeit erst an.

Das Interview führte Corinna Buschow (epd)[21]

Zum Abwägen, welche Art von Gesprächen sinnvoll und notwendig sind, gehört aber zugleich eine klare Haltung in der Sache und eine theologisch begründete ethische Urteilskraft.

6. Tagung der 12. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland 10. bis 13. November 2019 in Dresden

BERICHT des Präsidiums der Synode der EKD

Präses Dr. Irmgard Schwaetzer

[…]

(2) Klare Haltung gegen Antisemitismus und Rechtspopulismus

In den vergangenen Jahren haben wir uns auf unseren Tagungen intensiv und aus unterschiedlichen Perspektiven mit unserem Verhältnis zu unseren jüdischen Geschwistern und mit den Verstrickungen der evangelischen Kirche in Antisemitismus und Judenverfolgung beschäftigt. Wir haben diskutiert, wie stark rechtspopulistische Ansichten auch von Kirchenmitgliedern vertreten werden und wie wir uns mit ihnen auseinandersetzen.

In diesem Jahr, in das so viele Gedenktage und Jubiläen fallen, die mit unserer Demokratie zu tun haben – 70 Jahre Grundgesetz, 30 Jahre friedliche Revolution, um nur zwei zu nennen –, sind die Themen Antisemitismus und Rechtspopulismus immer noch und auf erschreckende und besorgniserregende Weise aktuell. Der Anschlag in Halle wirft ein grelles Licht darauf. Er zeigt zum einen, wie drängend die mit unserem Schwerpunktthema aufgeworfenen grundsätzlichen friedensethischen Fragestellungen sind. Zum anderen wird daran sehr deutlich, dass wir in unserem Einsatz für die Demokratie und ihre Grundwerte, im Eintreten gegen Menschenverachtung, Hetze und Ausgrenzung entschieden, klar und laut sein müssen wie lange nicht. Das ist unsere Pflicht als Christinnen und Christen. Jede und jeder Einzelne von uns ist dazu aufgerufen.

Darüber hinaus ist es gut, dass ein wichtiges Anliegen der Synode in den vergangenen Monaten einen guten Schritt weitergekommen ist: Der Blick auf rechtspopulistische Tendenzen in den eigenen Reihen wird von Ihnen, liebe Synodale, schon lange gefordert.

Denn die gesellschaftlichen Stimmungen und Einstellungen haben sich verändert, so dass Vorurteilsstrukturen und deren Ausdruck im Alltag auch in Kirchengemeinden und bei Kirchenmitgliedern genauer untersucht werden müssen. Es ist also nach langer Vorbereitung ein Forschungsverbund in drei Teilen auf den Weg gebracht worden, der den Auftrag der Synode umsetzt: a) in einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, b) in einer diskursanalytischen Untersuchung entsprechender Zuschriften und Äußerungen im Internet sowie c) in einer vorzugsweise ethnographischen Untersuchung des Umgangs von Kirchengemeinden mit sozialpolitischen bzw. kulturellen Herausforderungen. Eine auf zwei Jahre befristete 50 %-Koordinierungsstelle für den Forschungsverbund ist eingerichtet. Ergebnisse werden allerdings nicht vor 2021 vorliegen.

Haupt- und ehrenamtliche kirchliche Mitarbeitende sollen schon jetzt in der Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Tendenzen und Parolen unterstützt werden. Zur Bearbeitung dieser Fragen und Anliegen wurde eine kleine »Steuerungsgruppe Theologie und Demokratieförderung« eingesetzt. In dieser Steuerungsgruppe unter Leitung von Bischof Markus Dröge wurde eine Tabelle zur Übersicht einschlägiger landeskirchlicher Aktivitäten erstellt sowie ein Maßnahmenkatalog erarbeitet. Landeskirchliche Unterstützung wurde bei der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern und der Evangelisch-Lu-

21. https://www.ekd.de/orientierungshilfe-familie/Wolfgang-Thielmann-Interview-Kirche-AfD-27654.htm [letzter Zugriff am 13. August 2020]

therischen Landeskirche Sachsens, die in der Friedensarbeit sehr aktiv ist, eingeholt. Eine Materialsammlung mit Erfahrungen und praktischen Vorschlägen steht auf der Homepage der EKD für uns alle zur Verfügung. Denn die Auseinandersetzung mit rechten Tendenzen ist Aufgabe aller Christinnen und Christen. […][22]

3. 2 Beispiel: Deutscher Evangelischer Kirchentag

Wie schwierig die Entscheidungen im Blick auf Gespräche im öffentlichen Raum sind, zeigen die Diskussionen um Aufritte von AfD-Mitgliedern auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag (DEKT). Auf dem Berliner Kirchentag 2017 hatte Bischof Markus Dröge (EKBO) mit Annette Schultner (AfD, Christen in der AfD[23]) diskutiert.

Mit dem Feind auf dem Podium

von Albert Funk Der Tagesspiegel 25.05.2017

Kann man als Christ oder Christin in der Alternative für Deutschland sein? In der Sophienkirche in Mitte war das Publikum – gefühlter Eindruck nach der Verteilung von Beifall und Zwischenrufen – am Donnerstagmittag ungefähr so positioniert, wie es in den Wahlumfragen derzeit aufscheint. Einige applaudierten der AfD-Vertreterin Anette Schultner, die keine Schwierigkeiten hat, als Christin in der Rechtspartei zu sein. Die große Mehrheit hielt es mit dem Berliner Landesbischof Markus Dröge, der dafür kein Verständnis aufbringen konnte.

[…]

Kern der Diskussion in der Sophienkirche: Nächstenliebe, und damit Themen wie Fremdenfeindlichkeit, Flüchtlinge, Integration, auch Familie und Heimat.

»Kirchentag ist linkspolitisch«

Schnell ist Schultner bei der Bibel: Schon damals sei es »undenkbar« gewesen, »dass jeder in ein fremdes Land gehen kann und dort sofort alle Rechte hat«. Man wolle ja auch helfen, in aller Welt, aber es könne nicht sein, dass es ganze Völkerwanderungen gibt – man solle den Menschen in ihrem »natürlichen Raum« helfen. Schultner sprach von Destabilisierung Deutschlands und wandte sich gegen »unkontrollierte Zuwanderung«. Dem hielt Dröge entgegen, dass es eine lange biblische Tradition gebe, Fremde aufzunehmen und auch anzunehmen, gleich welcher Religion, über alle Unterschiede hinweg. Dieses »große Erbe der abendländisch-jüdischen Tradition« stelle in AfD jedoch infrage.

»Verdreht und verzerrt«

Zudem, stellte Dröge fest, verdrehe und verzerre die AfD gern die Aussagen ihrer Kritiker. Also auch seine. Er habe zum Beispiel nie gesagt, es sei Christenpflicht, nicht in der AfD zu sein. Sondern dass es Christenpflicht sei, sich kritisch mit den Thesen des

22. 6. Tagung der 12. Synode der EKD 2019 in Dresden: Bericht des Präsidiums https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/TOP-1-1-Praesidiumsbericht.pdf, 3f. [letzter Zugriff am 13. August 2020].

23. Annette Schultner hat angesichts der weiteren Entwicklung der AfD in Richtung eines völkischen Weltbildes die Partei verlassen.

Rechtspopulismus auseinanderzusetzen. Dröge fuhr fort: »Es geht um glaubwürdiges Christsein, und das spreche ich den Christen in der AfD ab«. Sie würden als »Feigenblatt« missbraucht, »weil die AfD als Partei gar kein christliches Menschenbild vertritt«. Wie könne man als Christ ein einer Partei sein, die Angst und Misstrauen schüre und Ausgrenzung propagiere? Dem hält Schultner entgegen, dass ihre Partei sehr wohl in der christlich-abendländischen Tradition stehe. Und zwar in der Familienpolitik. Während die evangelische Kirche sich nicht mehr an einem traditionellen Familienbild orientiere, täten das viele Christen aber doch. Dröges Replik: Die EKD stütze die traditionelle Ehe sehr wohl, aber es gebe nicht die »einzig würdige Ehe«.

Auch die Definition von Nächstenliebe trennt den EKD-Bischof und die AfD-Christin. Schultner: »Das Gebot der Nächstenliebe bedeutet nicht, dass ich jeden Menschen auf der Welt wie mich selbst lieben muss.« Dröge: Das spezifisch Christliche liege darin, über die Liebe zum tatsächlich Nächsten, zu Familie und Heimat, hinaus weiterzugehen zu einer Liebe gegenüber Fremden, ja am Ende sogar zu versuchen, den Feind zu lieben. Ob Dröge das mit Blick auf die AfD schaffen würde? Und Schultner mit Blick auf die evangelische Kirche?[24]

Der Beschluss des Kirchentagspräsidiums aus dem Jahr 2018, keine Mandatsträger und Parteifunktionäre der AfD auf Veranstaltungen des Kirchentages 2019 in Dortmund einzuladen, ist ein deutliches Signal gegen die kontinuierliche Bewegung der AfD in Richtung Rechtsextremismus. Dieser Beschluss unterscheidet klar zwischen Wählerinnen und Wählern oder mit der AfD Sympathisierenden einerseits und den politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern der Partei anderseits. Menschenverachtenden Positionen soll so kein öffentliches Podium gegeben werden.

Zugleich bewegt sich dieser Beschluss aber auf der Ebene der Symbolpolitik. In der Konsequenz des Beschlusses wird die Entscheidung zur Nichteinladung primär auf der personalen und strukturellen Ebene getroffen, statt die inhaltliche Auseinandersetzung ins Zentrum der Argumentation zu rücken. Angesichts der Organisationsstruktur der AfD und der Praxis ihrer Strategien, die Deutungsmacht zu gewinnen, ist ein solcher Beschluss problematisch, denn er legt an die AfD Maßstäbe (klare Strukturen und Mandate) an, die durch sie selbst nicht gedeckt sind.

Präsidiumsbeschluss

Kirchentag setzt ein Zeichen

Der Kirchentag bestätigt und aktualisiert seinen Beschluss zur Haltung im Umgang mit Rechtspopulismus.

Das Kirchentagspräsidium hat in seiner Sitzung am 21. September seinen Beschluss vom 17. September 2016 zur Haltung im Umgang mit Rechtpopulismus bestätigt und aktualisiert. Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit hatten nie einen Platz auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag und werden auch in Zukunft keinen haben.

Das höchste Kirchentagsgremium fügte jedoch einen doppelten Beschluss hinzu: Repräsentant*innen der Alternative für Deutschland (AfD) sind auf Podien und Diskussionsveranstaltungen des Kirchentages in Dortmund vom 19. bis 23. Juni 2019 nicht ein-

24. Der Tagesspiegel vom 25. Mai 2017: https://www.tagesspiegel.de/politik/kirchentag-und-afd-mit-dem-feind-auf-dem-podium/19852506.html [letzter Zugriff am 15. August 2020].

geladen. Gleichzeitig will der Kirchentag den Dialog mit all denjenigen führen, die sich gegenwärtig in den gesellschaftlichen und politischen Debatten nicht wiederfinden und lädt diese ausdrücklich nach Dortmund ein.

Der Beschluss im Wortlaut:

Der Deutsche Evangelische Kirchentag versteht sich als ein offenes Forum für faire Debatten über aktuelle Themen in Kirche und Gesellschaft. Angesichts der gegenwärtigen Diskussion über den Umgang mit Rechtspopulismus bekräftigt der Kirchentag seine Haltung: Es wird niemand wegen seines Parteibuches ein- oder ausgeladen.

1 Vortragende auf Kirchentagspodien werden aufgrund ihrer fachlichen Kompetenz eingeladen.

2 Nicht eingeladen wird, wer sich rassistisch äußert.

3 Gleichermaßen nicht eingeladen werden Personen, die Äußerungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit verbreiten, unabhängig davon, ob dies in offiziellen Statements oder in sozialen Medien und Netzwerken geschieht.

4 Auf dieser Grundlage werden Repräsentant*innen der Alternative für Deutschland (AfD) nicht zur Mitwirkung auf Podien und zu Diskussionsveranstaltungen des 37. Deutschen Evangelischen Kirchentages in Dortmund eingeladen. Eingeladen bleiben diejenigen, die sich in den gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Themen und Debatten nicht wiederzufinden meinen und deshalb AfD wählen oder mit der Partei sympathisieren.

Begründung:

Der Kirchentag ist 1949 gegründet worden, um Menschen zu versammeln, zu bilden und zu stärken, die aus ihrem christlichen Glauben heraus Verantwortung für Gesellschaft und Kirche übernehmen. Er ist gegründet worden, um aus dem Unheil der nationalsozialistischen Herrschaft und dem weitgehenden Versagen der Kirchen zu lernen und ein Forum der Widerstandskraft zu entwickeln, die in der biblischen Botschaft begründet liegt. Mit Blick auf die Gründungsidee des Kirchentages ist in der Frage der AfD Deutlichkeit geboten. Es gibt mittlerweile in der AfD einen fließenden Übergang zum Rechtsextremismus und Verbindungen zu verfassungsfeindlichen Netzwerken.

Respekt und Klarheit sind Kernbestandteile des Kirchentages. Stets wurde in gegenseitiger Toleranz und Respekt über unterschiedliche Meinungen gestritten. Der Kirchentag will all diejenigen stärken, die sich für respektvolle Toleranz und Zusammenhalt der Gesellschaft einsetzen. Das meint aber auch: Keine Toleranz der Intoleranz.[25]

3. 3 Angriffe der AfD auf die Kirchen und deren Reaktion

Unter dem Titel »Unheilige Allianz. Der Pakt der evangelischen Kirche mit dem Zeitgeist der Mächtigen«[26] legte die Fraktion der AfD im Thüringer Landtag im Juni 2019 einen Angriff auf die verfasste Kirche vor. Dabei bediente sie sich in ihrer Rhetorik der üblichen Unterstellungen: Eliten versus Volk, die AfD als Hort des

25. https://www.kirchentag.de/service/meldungen/dortmund/september_2018/kirchentag_setzt_ein_zeichen/ [letzter Zugriff am 13. August 2020].

26. AfD-Fraktion im Thüringer Landtag: Unheilige Allianz. Der Pakt der evangelischen Kirche mit dem Zeitgeist und den Mächtige, Erfurt 2019.

Widerstandes, Genderpolitik, Migration und Integration sowie Klimaschutz als Reizthemen, verbunden mit einem Biblizismus. Neu war keine der Aussagen; neu waren die Zusammenfassung und die damit verbundene Wucht der Stellungnahme gegen die Kirchen. Ziel ist die Spaltung, eine typische Strategie der AfD. Hier ist es der Versuch der Spaltung zwischen den einfachen Gläubigen (»die Guten«) und den schädlichen Eliten (in der Kirche), eine für die AfD typische Strategie.

Seitens der Kirchen reagierte die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz durch einen Kommentar ihres Beauftragten zum Umgang mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Heinz-Joachim Lohmann. Eine wichtige Reaktion, die in den politischen Sachargumenten überzeugt, aber in der theologischen Argumentation im Blick auf die biblische Hermeneutik noch ausbaufähig ist.

Kommentar zum Kirchenpapier der Alternative für Deutschland: Unheilige Allianz. Der Pakt der Evangelischen Kirche mit dem Zeitgeist und den Mächtigen

Die Alternative für Deutschland (AfD) sieht eine über Jahrzehnte reichende Verschwörung eines linksgrünen Doktrinarismus am Werk, der den öffentlichen Raum kontrolliert und allem liberalkonservativem und konservativ-patriotischem entgegensteht. Dieser linksgrüne Doktrinarismus steht ihrer Meinung nach in einer Reihe mit dem Nationalsozialismus und der DDR-Diktatur und hat seine Wurzeln in den Thronen des Kaiserreiches.

Dementsprechend hält Björn Höcke die AfD für »die letzte evolutionäre Chance für unser geliebtes Vaterland«. Der Brandenburger Landesvorsitzende Andreas Kalbitz ergänzt: »Danach kommt nur noch ›Helm auf!‹«. Der rheinland-pfälzische Landesvorsitzende Uwe Junge gab kürzlich in einer Talkshow bekannt: »Der Tag wird kommen, an dem wir alle Ignoranten, Unterstützer, Beschwichtiger, Befürworter und Aktivisten der Willkommenskultur im Namen der unschuldigen Opfer zur Rechenschaft ziehen.«

Diese Worte zeigen, was kommt, wenn die AfD entsprechende Mehrheiten erringt: Abrechnung mit der Vergangenheit, politische Willkür, Gefängnis für die Verantwortlichen. Polen und Ungarn weisen den Weg. Es gibt Meinungsäußerungen von Brandenburger AfD-Landtagsabgeordneten gegenüber Engagierten im Rahmen des Handlungskonzepts der Landesregierung »Tolerantes Brandenburg«, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen: Die AfD steht für den Umsturz und die Machtübernahme durch die »liberal-Konservativen« und die »konservativ-Patriotischen«. Der von der AfD hergestellte Vergleich zwischen 1933 und der heutigen politischen Situation ist nicht stimmig:

1933 übernahm eine Verbrecherbande mit etwas mehr als 44 % der Stimmen die Herrschaft über das Land. Ihr folgte eine nationalistische Elite aus Verwaltung, Polizei, Justiz und Kirche und wurde zu ihren willfährigen Vollstreckern. Das Ergebnis waren Konzentrationslager, Willkürherrschaft und Krieg.

2019 verfügt die Bundesrepublik Deutschland über eine an Rechtsstaatlichkeit orientierte Polizei, Verwaltung, Justiz und Kirche. Deshalb darf die AfD an Wahlen teilnehmen, Versammlungen und Demonstrationen durchführen, ihre Einstellungen vertreten und für ihr Programm werben.

Das Recht auf gesellschaftliche und politische Akzeptanz ergibt sich dadurch nicht. Darüber hinaus bleiben alle Parteien den Regeln des Rechtsstaates unterworfen und müssen eine kritische öffentliche Berichterstattung hinnehmen. Um es mit den Worten von Winfriede Schreiber, der ehemaligen Leiterin des brandenburgischen Verfassungsschutzes, zu sagen: Demokratie ist kein suizidales Unternehmen.

Als besondere Gegnerin identifiziert die AfD die Evangelische Kirche in Deutschland. Ihr wirft sie vor, stets im Bündnis mit dem Zeitgeist und den Mächtigen zu stehen und sich in besonderem Maße dem linksgrünen Doktrinarismus verschrieben zu haben.

Das ist ein befremdlicher Vorwurf von einer Partei, die aus allen Knopflöchern nach Macht strebt. Eine Partei, die in vielen Verlautbarungen deutlich macht, dass sie diese Macht skrupellos gegen alles einsetzen wird, was sich ihr und ihren Zielen in den Weg stellt. Es klingt, als sei die AfD beleidigt, wenn die Evangelische Kirche es wagt, sich ihren Zielsetzungen entgegen zu stellen.

Ihren heutigen Standpunkt hat sich die Evangelische Kirche in einem langen Prozess erarbeitet: Sie musste sich mit ihrer eigenen engen Bindung an die wilhelminische Monarchie auseinandersetzen, deren Ideen- und Zielgeber sie einst war. Sie erkannte ihr Versagen gegenüber der Arbeiterbewegung und beim Ausbruch des ersten Weltkrieges. Der Weimarer Republik verweigerte sie die Anerkennung und klammerte sich stattdessen an nationalistische Träume, die sie empfänglich machte für die Unterstützung der nationalsozialistischen Diktatur. Mit dem Stuttgarter Schuldbekenntnis stellte sie sich der Verantwortung und brach zugleich mit der Vergangenheit.

Die Sünde von 1919 bestand in der Ablehnung des demokratischen Staates durch die Evangelische Kirche. Damit wurde die Verwechslung des Vaters Jesu Christi mit einem deutschen Nationalgott aufrechterhalten. Zu diesem nationalen Götzen möchte die AfD die Evangelische Kirche wieder zurückführen. Wenn Christoph Berndt, der Wortführer von »Zukunft Heimat« und auf Platz 2 der Kandidatenliste für den Brandenburger Landtag, von der »gottverlassenen Amtskirche« spricht, die das Land verloren gehen lassen hat, dann unterstellt er genau diese Verbindung von christlichem Glauben und nationaler Identität, die er zurück fordert.

Wir haben gelernt, uns am biblischen Zeugnis mit unseren Urteilen zu orientieren. Und wir lesen im Neuen Testament im Brief des Apostel Paulus an die Gemeinden in Galatien: »Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht Mann noch Frau; denn ihr seid allesamt einer in Christus Jesus.« (Galater 3, 28). Wir ergänzen das durch Matthäus 25, 40: »Was ihr getan habt einem von diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan.« Darüber hinaus vertrauen wir auf die Vision von Micha 4, 3–5: »Er wird unter vielen Völkern richten und mächtige Nationen zurechtweisen in fernen Landen. Sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen machen und ihre Spieße zu Sicheln. Es wird kein Volk wider das andere das Schwert erheben, und sie werden hinfort nicht mehr lernen, Krieg zu führen. Ein jeder wird unter seinem Weinstock und Feigenbaum wohnen, und niemand wird sie schrecken. Denn der Mund des Herrn Zebaoth hat's geredet. Ein jedes Volk wandelt im Namen seines Gottes, aber wir wandeln im Namen des Herrn, unseres Gottes, immer und ewiglich!«

Die Evangelische Kirche bekennt sich zum christlichen Glauben als einer völkerverbindenden Kraft, der die Schwachen im Blick hat und auf ein Reich des Friedens und guten Zusammenlebens hofft. Weltoffenheit (»Meinen Bogen habe ich gesetzt in die Wolken; der soll das Zeichen sein des Bundes zwischen mir und der Erde.« 1. Mose 9, 13) und Menschenliebe (»Einer trage des andern Last, so werdet ihr das Gesetz Christi erfüllen.« Galater 6, 2) stehen in seinem Zentrum und bilden den Maßstab. Das entspricht einem Zeitgeist, der sich bemüht, seine Zeit in Gedanken zu fassen und einem Gemeingeist, der zum Ziel hat, das eigene Land, Europa und die Welt voranzubringen. Das klare biblische Zeugnis mit »linksgrünen Doktrinarismus« zu verwechseln, ist eine Fehleinschätzung des Papieres der AfD.

Die AfD wirft der Evangelischen Kirche vor, sich vor allem gegen Rechtsextremismus zu positionieren, während sie nichts gegen Linksextremismus und Islamismus unternimmt.

Das Engagement der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) gegen Rechtsextremismus erfolgte unter dem Eindruck der Serie rechtsextremer Gewalt seit Anfang der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Mehr als zwanzig Menschen starben in Brandenburg durch Angriffe von Tätern aus dem neonazistischen Bereich. Deshalb engagiert sich die Landeskirche im Rahmen des Handlungskonzepts der brandenburgischen Landesregierung »Tolerantes Brandenburg« und stellte von Beginn an den Vorsitz im Aktionsbündnis Brandenburg. Die rote Linie in der Bewertung des

Rechtsextremismus bildet dabei der Begriff der Menschenfeindlichkeit. Als menschenfeindlich gilt, wer andere »aufgrund ihrer Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität« herabwürdigt, diffamiert oder bedroht.

Wenn konservativ-patriotisch bedeutet, dass Menschen anderer Hautfarbe grundsätzlich dumm, Frauen nicht intelligent, Muslime minderwertig und die Juden an allem schuld sind, wird die solche Thesen vertretende Person in der Evangelischen Kirche eine entschiedene Gegnerin finden. Wir werden die Sünde von 1919 nicht noch einmal begehen. Die Kategorie »Menschenfeindlichkeit« ist weder dem traditionell rechten noch dem linken Spektrum zuzuordnen. Antisemitismus beispielsweise ist in allen Lagern vorhanden und wird in den Verfassungsschutzberichten auch so beschrieben. Unbestreitbar bleibt die Mordlust der Rechtsextremen seit 1990, von der sich die AfD nicht glaubwürdig distanziert. Der bayerische Landtagsabgeordnete Ralph Müller blieb bei der Gedenkminute für den am 2. Juni 2019 ermordeten Regierungspräsidenten Walter Lübcke sitzen.

Die AfD wirft der Evangelischen Kirche vor, sich mit dem DDR-System verbrüdert zu haben.

Die Geschichte der Evangelischen Kirchen in der DDR ist geprägt vom Ende vieler Selbstverständlichkeiten. Mitte der fünfziger Jahre endete der staatliche Einzug der Kirchensteuer, in der Schule gab es keinen Religionsunterricht mehr, der Staat etablierte die Jugendweihe als Konfirmationsersatz. Alles gesellschaftliche Handeln sollte aus einer Hand kommen. Es gab keine Militärseelsorge und keine Mitwirkung bei Rundfunk und Fernsehen. Die Wirtschaft stand in staatlichem Eigentum und unter Kontrolle, ausgenommen Bereiche des Handwerks und der Gastronomie. Um die Kollektivierung der Landwirtschaft tobte bis in die sechziger Jahre ein erbitterter Kampf, der mit der Durchsetzung der staatlichen Vorstellungen endete. Die Kirche setzte sich bis zum Schluss für die unabhängigen Bauern ein. In der deutschen Teilung hielt sie an der Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland fest. Die Verbindung in Jesus Christus sollte stärker sein als der politische Druck der Gegenwart. Als die DDR-Verfassung von 1968 diese Einheit zum Verbrechen erklärte, beschloss die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg die organisatorische Einheit sobald als möglich wieder umzusetzen. Das geschah dann 1990.

Der Evangelischen Kirche ist es bis zum Schluss gelungen, Freiräume zu eröffnen und zu erhalten, Menschen gegen staatliche Repression zu unterstützen und für sich zu definieren, was Treue zu Jesus Christus in einem System bedeutet, das alle Religion ausmerzen wollte. Für diesen Weg wählte sie die Formel »Kirche im Sozialismus«. Dass ihr heute im Westen geborene und sozialisierte AfD-Funktionäre, die darüber hinaus mit dem Christentum nichts am Hut haben, Verbrüderung mit dem System unterstellen, ist sachlich falsch und menschlich perfide.

Eigentlich soll es auch nur davon ablenken, dass der scheinbar große Erfolg der AfD im Osten darauf beruht, dass der DDR-Sozialismus im Herzen ein autoritärer und rassistischer Nationalismus war. Die Mauer sorgte nicht nur dafür, dass die Bürger nicht hinaus kamen, sondern auch kaum jemand herein. Vietnamesen und Mosambikaner wurden in der ehemaligen DDR oft übelsten rassistischen Beleidigungen ausgesetzt und der autoritäre Charakter des Systems ist unbestritten. Genau auf diese Ressentiments greift die AfD zurück.

Die AfD kritisiert das Verhältnis der Evangelischen Kirche zu Gender Mainstreaming und Homosexualität.

Zum Wesen des Protestantismus gehört es, stets neu nachzudenken über seine Grundlagen. Sein Hauptdokument ist die Bibel, deren Original in hebräischer und griechischer Sprache abgefasst wurde. Die Übersetzung von Martin Luther aus den zwanziger Jahren des 16. Jahrhunderts mag zwar ein Meilenstein im Gebrauch in Deutschland

sein, steht aber in keinem Fall über den Originaldokumenten. Die »Bibel in gerechter Sprache« ruft in Erinnerung, dass das von Luther bezeichnete »1. Buch Mose« in Hebräisch »Im Anfang« heißt, während die griechische Übersetzung im Rahmen der Septuaginta es Schöpfung – Genesis – nannte, was sich auch in der Lutherübersetzung von 2017 niederschlägt. Die Neubezeichnung des Buches der Richter in Richterinnen und Richter trägt dem Rechnung, dass die wichtigste Person im Buch eine Frau ist mit Namen Deborah. Und die neueste Forschung hat erkannt, dass es in der Tat Apostelinnen gab. Eine von ihnen grüßt Paulus im 16. Kapitel des Römerbriefes. Sie heißt Junia. Die Lutherübersetzung von 2017 erkennt das an, während ältere Übersetzungen fälschlich von Junius sprechen. Die unredigierte Übersetzung Martin Luthers von 1521/22 ist heute kaum mehr lesbar. Darüber hinaus war seine Textgrundlage, der von Erasmus von Rotterdam edierten Ausgabe des griechischen Neuen Testamentes, äußerst ungenau.

Wer Paulus zum Kronzeugen gegen Homosexualität anruft, der sollte nicht unerwähnt lassen, dass Habgier und Völlerei bei ihm genauso scharf verurteilt werden. Und alles dient dazu, zu zeigen, dass in Jesus Christus Gott eine andere Regel gefunden hat, menschliches Verhalten zu bewerten und die christliche Gemeinde Wege finden muss damit umzugehen, dass die bisherigen Regeln in ihr außer Kraft gesetzt werden. So wie die Bibel mehrere Formen menschlichen Zusammenlebens kennt (u. a. Polygamie), muss immer wieder neu bedacht und diskutiert werden, wie sie im Geist des Neuen Testaments umgesetzt werden können und in welcher Form Begleitung durch die Kirche sinnvoll ist.

Die AfD denunziert das Verhältnis der Evangelischen Kirche zu Migration.

Im Grundsatz gilt: Gott ruft aus scheinbar sicheren Verhältnissen in die Unsicherheit. Verheißung ist mit Aufbruch verbunden: Abraham verlässt sein Vaterland Israel die Sklaverei in Ägypten, David die Herde seines Vaters, Jeremia seine geordneten Verhältnisse. Die Eltern von Jesus fliehen nach Ägypten. Er selbst bricht auf, um die Botschaft in Gottes Wort anders zu interpretieren und die Grenzen des Lebens zu überwinden. Paulus schließlich kennt keinen festen Wohnort mehr und setzt sich zum Ziel, die innerweltlichen Grenzen außer Kraft zu setzen: Herkunft, Status, Geschlecht. Von daher lässt sich sagen, dass Migration in der Bibel die Mutter aller Entwicklung ist und Aufbruch der Ausgang von Gottes Sendung. Die Bibel kennt Migration als Verheißung (Abraham), Vertreibung (Ismael), Wirtschaftsflucht (Israel in Ägypten), Asyl (Jesus) und Strafe (Exil in Babylon). Zentral ist die Bewahrung der Wandernden. Dabei gibt es immer Konflikte um die Bewahrung der kulturellen Besonderheiten (Speiseregeln) und rechtliche Gleichstellung (griechische Witwen). Ziel ist die gemeinsame Gestaltung des Lebensraumes (Jeremia 27: Suchet der Stadt Bestes!).

Wir gehen nicht davon aus, dass in Deutschland alle Migranten dieser Welt eine neue Heimat finden. Aber jeder Form von Gewalt gegen Menschen auf dem Weg muss eine klare Grenze gesetzt werden. Anfang des Jahrtausends haben wir uns als Kirchen dafür eingesetzt, dass es in den Städten und Dörfern Brandenburgs keine rechtsextrem dominierten Zonen geben darf. Dann sind wir der Gewalt gegen Flüchtlingsunterkünfte entgegen getreten. Heute gilt es jeglicher Gewalt entgegen zu stehen, sowohl der Gewalt gegen Migranten als auch der Gewalt von Migranten untereinander und der Gewalt von Migranten gegen Einheimische. Wir haben uns Anfang des Jahrtausends als Kirche gegen die generelle Verdächtigung der Brandenburgerinnen und Brandenburger gestellt, sie seien die Verbündeten der Rechtsextremen. Genauso erwarten wir auch heute eine differenzierte und faire Sicht und treten der Ansicht entgegen, alle Migranten seien potentielle Gewalttäter. Es gilt immer, die Friedliebenden zu fördern und Maßnahmen gegen die Gewalt zu entwickeln. Jesus Christus hat gesagt: »Selig sind, die Frieden stiften!«. Dazu gehört auch die Entwicklung von Wegen, die ein friedliches Zusammenleben unterschiedlicher Menschen möglich machen.

Die AfD behauptet, die Klimakatastrophe sei an Stelle der Heilserwartung durch Jesus Christus getreten.

Klimarettung ist in der Evangelischen Kirche kein Heilsereignis. Das Heil kommt von Jesus Christus, der den Zeitpunkt seiner zweiten Wiederkunft selbst bestimmt. Von daher ist für uns Apokalypse kein Schreckensszenario sondern die positive Hoffnung auf die Rückkehr des Herrn und einen neuen Himmel und eine neue Erde.

Dennoch ist Bewahrung der Schöpfung für uns ein Thema. Wir entziehen uns nicht der Verantwortung in der Gegenwart. Wir erleben gerade den zweiten heißen Sommer in Folge. Wenn die AfD der Meinung ist, dass Klima Schicksal ist, dann möge sie für ihre Position werben. Wir folgen der Mehrheit der internationalen wissenschaftlichen Forschung, die sagt, dass der Klimawandel von Menschen ausgelöst und darum beeinflussbar ist. Dabei kennen wir durchaus die Konflikte zwischen Klimaschutz und Auskommen der Menschen und sind deshalb mit unserem Zentrum für Dialog und Wandel in der Lausitz mit dem Ziel der Vermittlung tätig. So wie wir an anderen Stellen zwischen Windkraftgegnern und Windkraftbefürwortern vermitteln. Und natürlich unterstützen wir den Ausbau erneuerbarer Energien.

Die Kirchengemeinden der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz gehören in ihrer Gesamtheit zu den großen Grundbesitzerinnen im Land. Deshalb gilt es, für den Umgang mit Land und Gebäuden entsprechende Regeln zu entwickeln. Nach der friedlichen Revolution wurde Kirchenland vorrangig an Wiedereinrichter verpachtet und auch heute gilt, dass den Zuschlag nicht unbedingt der meist Bietende bekommt, sondern der, der einen sorgsamen Umgang verspricht. Wir kennen die zu lösenden Schwierigkeiten. Aber Deutschland hat seinen Platz unter den führenden Industrienationen durch seine Fähigkeit zur Analyse und zur Innovation. Augen zu und zurück in die Vergangenheit ist kein zukunftsfähiges Konzept.

Fazit:

In Selbstüberschätzung und Ignoranz gegenüber der Bibel versucht die AfD in ihrem Kirchenpapier die Spaltung zwischen den guten einfachen Gläubigen und den schädlichen Eliten aufzumachen. Das mutet seltsam an, weil Entscheidungen innerhalb der Evangelischen Kirche in demokratischen Prozessen entstehen, die sich von den einfachen Kirchengemeinden vor Ort bis zur EKD durchziehen. In vielen Fragen liegt die Verantwortung bei den Kirchengemeinden, nicht bei den übergeordneten Instanzen. Es war die Entscheidung der Mitglieder vieler Kirchengemeinden, sich im Jahr 2015 für die Flüchtlinge einzusetzen, die in unser Land kamen. Es lässt sich aus unserer heutigen Perspektive sagen, dass eine Mehrheit der Geflüchteten von über 90 % produktiv an der Gestaltung unserer Heimat mitarbeitet. Manche Buslinie und manche Schule gäbe es ohne sie nicht mehr im ländlichen Raum. Demokratie wird lebendig nicht in der Aussaat von Hass und Hetze, sondern im gemeinsamen Gestaltungswillen.

Neuruppin, im Juli 2019

Heinz-Joachim Lohmann, Beauftragter der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz zum Umgang mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit[27]

27. Lohmann, Heinz-Joachim: Kommentar zum Kirchenpapier der Alternative für Deutschland: Unheilige Allianz. Der Pakt der Evangelischen Kirche mit dem Zeitgeist und den Mächtigen (https://www.ekbo.de/fileadmin/ekbo/mandant/ekbo.de/3._THEMEN/Kirche_und_Politik/Heinz-Joachim_Lohmann_weist_das_so_genannte_Kirchenpapier_der_AfD_zurück_Juli_2019.pdf [letzter Zugriff am 13. August].

4. Zum Umgang mit den Anhängern der »Alternative für Deutschland (AfD)«

4. 1 Handreichungen

In fast allen Gliedkirchen der EKD wurden durch ihre Dienste und Werke, auf EKD-Ebene durch die BAGKuR und auch seitens der Diakonie in den Kirchen und der Diakonie Deutschland[28] Handreichungen erstellt. Meistens nehmen diese Handreichungen nur indirekt auf die AfD Bezug. Im Vordergrund steht die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, völkischen Populismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit.

Diese Handreichungen sind in Umfang in der Detailliertheit der Argumentationen sehr unterschiedlich. Bestimmt sind alle aber von einem vergleichbaren und ähnlichen Aufbau: Auf eine biblisch-theologische Grundlegung folgen Ausführungen zum rechtsextremen bzw. völkischen Menschenbild, das mit dem Christentum nicht vereinbar ist. Dies wird je nach Umfang dann in gesellschaftspolitischen Herausforderungen analytisch konkretisiert. Dabei wird zwischen der Person und ihrer Meinung bzw. ihrem Handeln unterschieden. Es folgen schließlich praktische Tipps vor allem im Blick auf das Gemeindeleben und die kirchliche Praxis (bis hin zu Vorschlägen für das Hausrecht) sowie Kontaktangaben zu Einrichtungen in und außerhalb der Kirchen, die auf diesem Gebiet eine Expertise besitzen.

Überlegungen zum Umgang der Evangelischen Kirche von Westfalen mit Rechtsextremismus Antisemitismus Rassismus Ausländerfeindlichkeit

Januar 2017

[…]

Umgang mit Vertretern rechtspopulistischer Parteien

- Der Dialog muss im Vordergrund stehen, nicht der Schlagabtausch
- Klare Differenzierung zwischen Sympathisanten und Ideologieproduzenten. Letzteren sollte keine kirchliche Bühne geboten werden. Ein zielführender Dialog ergibt sich nur dann, wenn das »Phrasenhopping« unterbunden werden kann. Kirchenvertreterinnen und -vertreter sollten sich sehr bewusst sein, mit wem sie in welchen Räumen (in der Öffentlichkeit oder im geschützten Raum) reden. Dies setzt eine genaue Analyse des Gegenübers voraus. Orientierung kann der Beschluss des Präsidiums des DEKT bieten.[1]
- Vortragende auf Kirchentagspodien werden aufgrund ihrer fachlichen Kompetenz eingeladen. • Nicht eingeladen wird, wer sich rassistisch äußert. • Gleichermaßen nicht eingeladen werden Personen, die Äußerungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit verbreiten, unabhängig davon, ob dies in offiziellen Statements oder in sozialen Medien und Netzwerken geschieht.
- Bei allen Veranstaltungen sollte gelten, sich nicht in Situationen hineintreiben zu lassen sondern selbst die Regeln des Gesprächs zu setzen. Vor jedem Gespräch ist zu prüfen: Was sind die Ziele? Welche Bedingungen liegen vor? Welcher Rahmen ist ge-

28. Vgl. Diakonie Deutschland: Umgang mit Rechtspopulismus. Eine Handreichung für die Diakonie, Berlin 2018.

setzt? Lassen sich die Ziele erreichen? Passt das Format? Welche Moderationsmethoden sollen eingesetzt werden? • Haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitende in der Kirche sind vielfältig zu qualifizieren! (Rhetorik und Argumente, deeskalierender Umgang mit Störenden).

Strukturelle Verankerung der Arbeit auf landeskirchlicher Ebene

- Einrichtung eines Runden Tisches »Rechtsextremismus/gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« der Ämter und Werke und externer zivilgesellschaftlicher Kooperationspartner. Aufgaben: Informationsaustausch, Erarbeitung von Arbeitshilfen, Entwicklung von Positionspapieren und politischen Statements, Öffentlichkeitsarbeit, Kampagnenbegleitung.
- Bündelung der landeskirchlichen Arbeit zum Thema Rechtsextremismus inkl. der Öffentlichkeitsarbeit in einem Team • Schaffung eines Arbeitsbereichs/Arbeitsstelle »Demokratie bilden – Demokratie stärken« unter Nutzung aktueller öffentlicher Förderprogramme

1. Der Deutsche Evangelische Kirchentag versteht sich als ein offenes Forum für faire Debatten über aktuelle Themen in Kirche und Gesellschaft. Angesichts der gegenwärtigen Diskussion über den Umgang mit Rechtspopulismus bekräftigt der Kirchentag seine Haltung: Es wird niemand wegen seines Parteibuches ein- oder ausgeladen.

4. 2 Stellungnahmen der Kirchen vor Wahlen

In der Auseinandersetzung mit der AfD spielen Wahlempfehlungen, Kanzelabkündigungen anlässlich von Wahl und Wahlprüfsteine eine besondere Rolle. Auch hier stellt sich die Frage, ob die AfD wie eine andere Partei behandelt werden soll bzw. darf.

Der Handreichung des EKD-Büros Brüssel zur Europawahl 2019[29] gelingt die Balance zwischen protokollarischer Egalität und Positionierung in den Sachfragen. Im Abschnitt über die Vorstellung der Spitzenkandidaten und der Wahlprogramme der sechs größten deutschen Parteien wird die AfD mit Logo aufgeführt. In den Sachthemen werden im Blick auf nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen, einer menschenwürdigen Migrationspolitik, dem Einsatz für Menschenrechte, Bürgerrechte und Rechtsstaatlichkeit u. a. klare Positionen bezogen.

Andere Handreichungen beziehen sich auf das Organisieren von Veranstaltungen im Kontext anstehender Wahlen (Kommunalwahlen, Landtags- und Bundestagswahlen und die Europawahl).

Mutig streiten – mit Respekt und Argumenten

Eine Orientierungshilfe zur Planung von öffentlichen Gemeindeveranstaltungen mit Vertreterinnen und Vertretern von politischen Parteien im Vorfeld von Wahlen

Beschlossen von der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz am 17. Mai 2019

29. Der Bevollmächtigte des Rates der EKD bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union (Dienststelle Brüssel) (Hg.): Europawahl 2019. Eine Handreichung des EKD-Büros Brüssel, Brüssel 2019.

[…]

Grundlage und Ausgangspunkt einer Wahlentscheidung aus christlicher Perspektive ist die Frage nach der Vereinbarkeit der Parteiprogramme mit Grundaussagen des christlichen Glaubens. Deshalb fühlen sich gerade in konfliktreicheren Zeiten Kirchengemeinden mit Recht dazu berufen, einerseits brennende politische Themen zu diskutieren und andererseits Kandidatinnen und Kandidaten einzuladen, um mit ihnen über ihre Haltungen und die ihrer Parteien in diesen Grundfragen zu sprechen und so am demokratischen Meinungsbildungsprozess teilzuhaben.

Für dieses Gespräch muss es Regeln geben, die die Hausherrin Gemeinde festlegt, um fruchtbare Gespräche zu gewährleisten und diskriminierende Äußerungen, die gegen das christliche Menschenbild gerichtet oder abwertend sind sowie Stimmungsmache zu begegnen.

Dabei gilt: Gott hat uns nicht den Geist der Furcht, sondern der Kraft, der Liebe und der Besonnenheit gegeben (2. Timotheus 1, 7). Wir sollen uns also nicht vor Konflikten fürchten, nicht vor Positionierungen, uns aber gleichwohl in Besonnenheit üben.

Um Grundaussagen der zur Wahl stehenden Parteien verdichtet zur Kenntnis zu bringen, hat die EKBO auf ihrer Internetseite hilfreiches Material zur Wahlvorbereitung und zu den anstehenden politischen Themen vorbereitet. Dieses finden Sie unter: www.ekbo.de/mutigstreiten.

Darüber hinaus empfiehlt sich in jedem Fall eine Internetrecherche zu den jeweiligen aktuellen Wahlprogrammen der zur Wahl stehenden Parteien.

Christinnen und Christen wissen sich mit ihrem Glauben in die Welt und ihre Geschehnisse hineingestellt. Hier gilt es, das Evangelium glaubhaft zu leben und im Alltag umzusetzen. Zu einer christlichen Lebenspraxis gehört es, sein eigenes Handeln an christliche Grundüberzeugungen und Glaubenshaltungen zurückzubinden, welche sich – gerade im politischen Diskurs – auf zwei wesentliche Grundhaltungen festlegen lassen: Zum einen ist es die Würde des Menschen, die sich aus der Gottebenbildlichkeit des Menschen ableiten lässt. Zum anderen ist es die Solidarität in der Gemeinschaft, welche aus dem Gebot der Nächstenliebe resultiert. Diese beiden Grundhaltungen sind Voraussetzung für ein gelingendes Miteinander in einer demokratischen Gesellschaft. Parteien müssen diesen Grundhaltungen entsprechen, um christlichen Ansprüchen an der Beteiligung an der parlamentarischen Gestaltung der demokratischen Gesellschaft gerecht zu werden.

Wahlentscheidungen sind immer Kompromissentscheidungen. Es geht also um eine persönliche, christlich verantwortete Priorisierung dessen, was dem Einzelnen wichtig ist und was er von den jeweiligen Parteien erwartet. Die Evangelische Jugend in Sachsen hat eine Stellungnahme zur aktuellen gesamtgesellschaftlichen Situation veröffentlicht und damit ein hilfreiches Beispiel dafür erstellt, wie man die eigene christliche Haltung ins Gespräch bringen kann:

Vorbemerkung

»Demokratische Politik folgt einem höchst anspruchsvollen Leitbild: der Vorstellung nämlich, dass aus dem vernünftig ausgetragenen Streit unterschiedlicher Positionen und Überzeugungen heraus politische Entscheidungen gefällt werden, die aufgrund der Art ihres Zustandekommens gerechtfertigt sind und daher von allen Beteiligten anerkannt werden. Dieses Leitbild lässt sich nur dann verwirklichen, wenn alle Beteiligten die von ihnen vertretenen Positionen immer wieder kritisch hinterfragen und sich selbst hinterfragen lassen.«

Qualitätsbegriffe einer gelingenden Gesprächskultur Eine faire Gesprächskultur bildet die Grundlage für einen gut gestalteten Meinungsbildungsprozess. Anhand von Qualitätsbegriffen wird dargestellt, wie Gespräche vor diesem Hintergrund und im Rückgriff auf biblische Erfahrungen im politischen Raum gelingen können. Wichtiges Grundmuster einer gelingenden Gesprächskultur ist der tolerante Umgang miteinander. Toleranz

bedeutet im Allgemeinen, die Überzeugung oder auch die Handlung anderer Menschen gelten zu lassen, ohne sich mit ihnen identifizieren zu müssen. Wer sich nicht nur mit Menschen gleicher Ansicht beschäftigt, sondern der Andersartigkeit anderer begegnet und diese aushält, praktiziert Toleranz.

Zuwendung und keine Distanz

Eine der wichtigsten Voraussetzungen einer gelingenden Kommunikation ist die Zuwendung. Sie bedeutet, die Gesprächspartnerin [sic!] wahrzunehmen, in den Blick zu nehmen. Mitunter ist es dazu nötig, den anderen zu suchen, hinzugehen. Es bedeutet, im wahrsten Sinn des Wortes, Gesicht zu zeigen. Nur so können wir erkennen, wer die andere ist.

Die Bibel bezeugt, dass Jesus seine Zuwendung nahezu allen gesellschaftlichen und sozialen Milieus hat zukommen lassen – er ist keiner Auseinandersetzung ausgewichen. Gleich ob Pharisäer oder Schriftgelehrte, Militärs und Verwalterinnen, Zöllner und Sünderinnen, Bettler oder Kranke – er hat den Kontakt mit der gesellschaftlichen sowie mit der politischen Elite ebenso gesucht wie mit den am Rand der Gesellschaft lebenden Menschen. Mehr noch – er ist mitunter eben zu diesen Menschen hingegangen und hat sich mit seiner Botschaft ihnen zugewandt. Selbst die Debatte mit seinem härtesten Widersacher, dem Teufel, hat Jesus nicht gescheut (Mt 4, 1–11).

Begegnung und Gespräch

• Wir sehen uns dazu aufgefordert, den Rückzug in private oder innerkirchliche Räume zu stoppen. In unserer Funktion als Salz der Erde und Licht der Welt haben wir die Verheißung und den Auftrag, uns gesellschaftlich einzubringen. Dafür braucht es Mut und Kreativität (Mt 5, 13–16) und offene kirchliche Räume.

[…]

Veranstaltungen mit Vertreterinnen und Vertretern einzelner Parteien sollten in Wahljahren so terminiert werden, dass sie nicht in den sechs Wochen unmittelbar vor der Landtagswahl stattfinden. Hier geht es darum, Missverständnisse und Instrumentalisierungen zu vermeiden. Kirchengemeinden und Repräsentanten unserer Kirche sollten mit dieser Regel ein gewisses Abstandsgebot zu den im politischen Wettbewerb stehenden Parteien und Personen wahren und so zum Ausdruck bringen, dass sie die unterschiedlichen politischen Haltungen ihrer Gemeindeglieder ausdrücklich respektieren.

Anders sieht es bei »Kandidatengesprächen« mit mehreren Bewerberinnen und Bewerbern aus. Diese sind auch kurz vor einem Wahltermin möglich. Ein »Kandidatengespräch« vor der Landtagswahl bietet in der Regel ein gutes Forum für die Wahlvorbereitung und ermöglicht vor allem eine direkte Begegnung mit den Direktkandidatinnen und -kandidaten im Wahlkreis. Allerdings gilt es auch hier, den konkreten Einzelfall in Ruhe zu bedenken. Zudem sind nicht alle Parteien und auch nicht alle Kandidatinnen und Kandidaten im Kontext der oben beschriebenen Kriterien geeignete Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern.

Der spezifische Charakter einer Veranstaltung einer evangelischen Kirchengemeinde kann und sollte sich schließlich in einer biblisch-theologischen Orientierung der Fragen und Themenwahl zeigen.

Denkbar ist auch die Kombination zwischen einem Fachvortrag mit Expertinnen und Experten und einer Diskussionsrunde zu den Themen des Referats durch Vertreterinnen und Vertreter der Parteien. So wird ein Thema inhaltlich gerahmt, und Fragen können mit der Unterstützung von Expertinnen und Experten beantwortet werden.[30]

30. https://www.ekbo.de/fileadmin/ekbo/mandant/ekbo.de/3._THEMEN/Kirche_und_Politik/Mutig_streiten/Mutig_streiten._Mit_Respekt_und_Argumenten._Orientierungshilfe_der_EKBO.pdf [letzter Zugriff am 13. August 2020].

Dabei weisen die Kirchen in Aufnahme des biblischen Freiheitsverständnisses auf die Verantwortung der Wählerinnen und Wähler für ihre Wahlentscheidung hin.

Wort zur Bundestagswahl 2017 als Vorschlag der AG Demokratie an die Kirchengemeinden in den Kirchenkreisen Mecklenburg und Pommern zum möglichen Abdruck im Gemeindebrief

Liebe Gemeindemitglieder,

am 24. September wird ein neuer Bundestag gewählt. Wir bitten Sie: Nutzen Sie die demokratische Freiheit mitzubestimmen! Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch und gehen Sie wählen!

Wer nicht zur Wahl geht, »bestraft« damit nicht »die Politiker«, sondern schwächt unsere Demokratie und spielt Extremisten in die Hände.

Die Bundestagswahl geschieht im Jahr des Reformationsjubiläums. Wir schauen zurück in die Geschichte vor 500 Jahren und nehmen Impulse der Reformation für unser Handeln neu auf. Dabei sind drei Perspektiven unseres Glaubens für die politische Auseinandersetzung von besonderer Bedeutung:

1. Jeder Mensch besitzt als Ebenbild Gottes eine unverlierbare Würde. Sie hat in den Menschenrechten eine Gestalt gewonnen. Parteien, die Menschenrechte verletzen, in dem sie z. B. andere ausgrenzen, sind für Christinnen und Christen nicht wählbar. Mit Sorge beobachten wir das Schüren von Ängsten und Hass, sowie Gewalt gegen Flüchtlinge, Muslime, Juden, Andersdenkende und Anderslebende. Notwendige Gesellschaftliche Debatten müssen durch sachliche Auseinandersetzungen und ein faires Ringen um die beste Lösung ausgetragen werden.
2. Jesus Christus steht an der Seite der Ausgegrenzten, Schwachen und Armen. Fremdenfeindliche Haltungen sind mit unserem Glauben nicht vereinbar. Als Christinnen und Christen stehen wir in einer besonderen Verantwortung, auch weltweit für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung einzutreten. Darum sollten wir all jenen kritisch begegnen, die nationale Interessen auf Kosten anderer durchsetzen wollen. Die Vielfalt der kulturellen und religiösen Traditionen kann trotz aller Spannungen als Reichtum verstanden und gestaltet werden. Damit Integration gelingen kann, brauchen wir den Dialog.
3. Martin Luther und die anderen Reformatoren haben die Freiheit des einzelnen Christenmenschen und seine Verantwortung im Zusammenleben mit anderen Menschen hervorgehoben. Soziale Verantwortung und der Geist der Freiheit sind nicht zu trennen. Jeder Mensch ist aufgerufen, sich für seine Belange demokratisch einzusetzen. Um das Leben in einer Gesellschaft zu organisieren, braucht es zugleich Menschen, die in besonderer Weise auf Zeit politische Verantwortung übernehmen. Sie verdienen, ob sie gewählt werden oder nicht, unseren Respekt und unseren Dank.

Als Christinnen und Christen sollten wir politische Positionen und Stellungnahmen im Licht des Evangeliums und unseres Glaubens beurteilen. Prüfen Sie bitte deshalb aufmerksam die Wahlprogramme der Parteien. Und dann gehen Sie bitte getrost zur Wahl!

Markus Wiechert, Klaus-Dieter Kaiser und Axel W. Markmann, für die AG Demokratie im Sprengel Mecklenburg und Pommern[31]

In einem Interview mit dem epd (Yvonne Jennerjahn und Jens Büttner) äußerte sich der Berliner Bischof Markus Dröge im Februar 2019 zum Umgang mit der

31. Privatarchiv Klaus-Dieter Kaiser.

AfD u. a. mit Blick auf den Deutschen Evangelischen Kirchentag und die bevorstehenden Landtagswahlen in Brandenburg.

epd: Sie haben sich klar gegen die AfD positioniert, aber zugleich einen Dialog mit AfD-Wählern befürwortet. Was ändert die Einstufung der AfD als »Prüffall« durch den Verfassungsschutz?

Dröge: Ich finde es absolut richtig, dass der Verfassungsschutz endlich in dieser Weise tätig wird und die AfD kritisch in den Blick nimmt und nicht mehr nur diese zweifelhafte Beraterrolle wahrnimmt. Der kritische Blick auf verfassungsfeindliche Bestrebungen ist schließlich Auftrag des Verfassungsschutzes. Nach meiner Überzeugung ist schon lange offensichtlich, dass die AfD die Grenze zum Rechtsextremismus nicht klar zieht. Deswegen erwarte ich auch als Bürger, dass der Verfassungsschutz hier tätig wird.

epd: Das heißt dann auch Ende jeglichen Dialogs?

Dröge: Nicht zwangsläufig. Hier in Berlin gibt es dafür ein gutes Beispiel durch den ehemaligen SPD-Innensenator Ehrhart Körting und dessen Umgang mit religiösem Extremismus. Moscheen gegenüber, die keine klare Grenze gegenüber Extremisten aus dem religiösen Bereich gezogen haben, hatte er folgende Linie: Einerseits lasse ich sie durch den Verfassungsschutz beobachten, auf der anderen Seite verweigere ich nicht das Gespräch. Diese Linie empfiehlt sich auch für den Umgang mit der AfD.

epd: ... also doch Gespräche?

Dröge: Das Gespräch mit Mitgliedern der AfD und mit Rechtspopulisten insgesamt ist besonders schwierig, weil sie vielfach gar keine sachliche Auseinandersetzung wollen, sondern nur provozieren wollen. Deswegen muss man sehr differenziert an diese Frage herangehen. Ich sage: Persönliche Gespräche mit Einzelnen immer, aber es gibt keine offiziellen Gespräche der Kirchenleitung mit der AfD, solange sie nicht ihr Verhältnis zum Rechtsextremismus geklärt hat.

epd: Der Kirchentag hat für Dortmund 2019 anders entschieden ...

Dröge: Ich finde es schade, dass der Kirchentag prinzipiell keine AfD-Mitglieder oder -Politiker auf Podien zulassen will. Das halte ich für sachlich problematisch. Ich muss immer den Einzelnen anschauen. Wenn ich jemanden finde, der eine wirtschaftspolitische Position der AfD vertritt, ohne sich menschenfeindlich zu äußern, dann kann ich ihm einen Wirtschaftswissenschaftler auf dem Podium gegenübersetzen und diskutieren lassen. Ein prinzipieller Ausschluss aber nützt nur der AfD, weil sie sich dann wieder als Opfer darstellen kann.

epd: Lässt sich die Maxime, keine offiziellen Gespräche der Kirchenleitung mit AfD-Vertretern zu führen, mit Blick auf die Landtagswahl am 1. September in Brandenburg durchhalten?

Dröge: Ich glaube schon, dass wir das durchhalten können. Die EKD hat bis vor ungefähr einem Jahr keine offiziellen Gespräche mit Vertretern der Linkspartei geführt, weil diese ihre Geschichte bezüglich des Umgangs mit Christen in der DDR noch nicht aufgearbeitet hatte. Das ist mehr als 25 Jahre so durchgehalten worden. Trotzdem wurde natürlich mit Regierungsvertretern der Linken gesprochen, aber eben nicht mit der Partei. Vor diesem Hintergrund fände ich es verwunderlich, wenn jetzt mit Leichtigkeit gefordert wird, man müsse mit der AfD ins Gespräch kommen, weil man prinzipiell mit allen Fraktionen reden müsse. Für mich ist klar, dass das mit der AfD nicht geht – jedenfalls solange die Abgrenzung gegenüber dem Rechtsextremismus nicht erfolgt ist.

epd: Was sagen Sie den Wählern, die diese Partei etwa bei der Europawahl, der Kommunalwahl im Mai oder der Landtagswahl in Brandenburg wählen wollen?

Dröge: Denen sage ich, dass sie die AfD vermutlich vor allem deshalb wählen, weil sie ihren Protest und ihren Unwillen zum Ausdruck bringen wollen. Nach Wahlanalysen trauten bei der letzten Bundestagswahl in Ostdeutschland 60 Prozent ihrer Wähler der AfD keine Lösungskompetenz zu. Das ist erschreckend! Da kann ich nur sagen: Das ist ein unverantwortliches Wahlverhalten! Man kann nicht Kräften zu Stärke oder gar an die Macht verhelfen, von denen man selbst nicht glaubt, dass sie Probleme lösen!

epd: Ist Rechtsextremismus auch Gotteslästerung, so wie Sie es beim Antisemitismus benannt haben?

Dröge: In der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus würde ich nicht von Gotteslästerung sprechen, weil die Adressaten ja überhaupt nicht glaubwürdig theologisch denken. Wenn AfD, Rechtspopulisten und Rechtsextreme das Christentum verteidigen wollen, dann steht da kein christliches Menschenbild dahinter. Das ist eine reine Funktionalisierung von Religion. Ich würde es so formulieren: Es ist Gotteslästerung, das Christentum für völkische Ideologien in Anspruch zu nehmen. Das ist ein Missbrauch des Namens Gottes für eine völkische Ideologie. Beim Antisemitismus sind die Zusammenhänge komplexer, weil es ja auch um unsere gemeinsamen biblischen Wurzeln geht. Deshalb: Wer antisemitisch denkt, der greift auch unser christliches Gottesverständnis an.

epd: Wie schätzen Sie die AfD in Brandenburg ein knappes dreiviertel Jahr vor der Landtagswahl ein?

Dröge: Vor allem in Brandenburg hat sich die AfD in letzter Zeit radikalisiert. Viele gemäßigte Kräfte sind gar nicht auf die Wahllisten gekommen. Viele, die versucht haben in dem entsprechenden Kontext eine reale Politik zu machen, sind zur Seite gedrängt worden. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, dass sich daraus auch innerhalb der AfD Konflikte ergeben, die die Partei schwächen könnten. Ob das aber Auswirkungen auf das Wahlergebnis für die AfD haben wird, bleibt abzuwarten. Wahrscheinlich ist zu befürchten, dass die AfD-Wähler sich da nicht genau informieren. Aber egal wie stark die AfD bei der Landtagswahl in Brandenburg wird, wir werden ganz klar unsere Linie halten. Und die heißt, keine offiziellen Gespräche mit dieser Partei, solange sie sich nicht klar vom Rechtsextremismus abgrenzt.

epd: Wie geht die Kirche intern mit Rechtspopulismus um?

Dröge: Wir als Kirchenleitung sind gerade dabei mit Blick auf die Gemeindekirchenratswahlen die Handreichung zu dem Thema noch einmal zu aktualisieren und neu aufzulegen. Und wir haben einen Beauftragten berufen, der Gemeinden in dieser Problematik beraten kann. Geplant ist außerdem, dass wir auf der Synode im April ein theologisches Papier unter dem Titel »Wozu wir stehen« verabschieden. Das Papier soll über den Sommer hinweg in den Gemeinden diskutiert werden. Wir wollen nicht sagen, wogegen wir sind, sondern wofür wir stehen. Das beinhaltet dann automatisch, welche Haltung wir in unseren Gemeinden nicht dulden können.[32]

5. Völkischer Populismus mitten in der Gesellschaft und mitten in der Kirche

Die Kirchen sind Teil der Gesellschaft und sind somit Teil des Problems wie der Lösung. Rechtsextremistische oder rechtspopulistische Haltungen sind an allen gesellschaftlichen Schichten zu finden und somit auch in der Kirche. Die Ausein-

32. https://www.ekbo.de/themen/detail/nachricht/afd-bischof-droege-nennt-blosses-protestwaehlen-unverantwortlich.html [letzter Zugriff am 13. August 2020].

andersetzung mit völkischem Gedankengut hat also immer auch eine selbstkritische Dimension. Zu fragen ist, an welchen Stellen Kirche und Theologie eine spezifische Anschlussfähigkeit zu solchen Einstellungen hat.

Von besonderer Brisanz ist die Frage, ob Menschen mit rechtsextremen bzw. völkischen Einstellungen Leitungsämter in unserer Kirche wahrnehmen können. Mindestens in dreifacher Hinsicht bedarf es dabei einer präzisen Reflexion. Genügt eine Parteimitgliedschaft für einen Ausschluss und wäre dies nach geltendem Recht möglich? Wie wehrt man dabei einer Gesinnungsschnüffelei und bewahrt den offenen Meinungsstreit? Es gilt theologische bzw. ethische Argumente mit rechtlichen zusammenzuführen.

Eine Handreichung aus der EKBO erweist sich in ihrer ausführlichen Darlegung als besonders hilfreich.

Handreichung für Gemeindekirchenräte und Kreiskirchenräte: Kriterien für den Ausschluss vom Ältestenamt wegen menschenfeindlichen Verhaltens

I. Gesetzliche Regelung

Die Voraussetzungen für das Ältestenamt sind in Artikel 19 Absätze 1 und 2 und Artikel 19a Grundordnung wie folgt geregelt:

Artikel 19 Befähigung zum Ältestenamt, Wählbarkeit

(1) Älteste können nur Gemeindeglieder sein, die sich zu Wort und Sakrament halten und ihr Leben am Evangelium Jesu Christi ausrichten; damit nicht vereinbar ist die Mitgliedschaft in oder die tätige Unterstützung von Gruppierungen, Organisationen oder Parteien, die menschenfeindliche Ziele verfolgen.

(2) Zu Ältesten können nur Mitglieder der Kirchengemeinde gewählt oder berufen werden, die 1. am Wahltag mindestens 18 Jahre alt sind, 2. am Leben der Kirchengemeinde teilnehmen und bereit sind, über die innere und äußere Lage der Kirchengemeinde Kenntnis und Urteil zu gewinnen, und 3. konfirmiert oder in anderer Weise mit den Grundlagen des christlichen Glaubens und des kirchlichen Lebens vertraut gemacht sind.

Artikel 19a Mitgliedschaft Jugendlicher im Gemeindekirchenrat

Für die Gemeindekirchenratswahlen bis zum 31. Dezember 2022 und die sich daran anschließenden Amtszeiten gelten abweichend von Artikel 19 Absatz 2 Nummer 1 Jugendliche im Alter von 16 bis 18 Jahren, die konfirmiert oder in anderer Weise mit den Grundlagen des christlichen Glaubens und des kirchlichen Lebens vertraut gemacht sind, als zum Ältestenamt befähigt.

[…]

II. Rechtliche Einordnung der Kriterien des Gesetzeswortlauts

Da die Befähigung zum Ältestenamt ein aus der Kirchenmitgliedschaft fließendes Recht der Gemeindeglieder ist, darf dieses Recht nur unter engen Voraussetzungen eingeschränkt werden. Es entspricht unserem Grundverständnis von Gemeindeleitung, durch Wahl und Wählbarkeit an der Leitung der Kirchengemeinde bzw. über die Mitgliedschaft in weiteren kirchlichen Leitungsgremien an der Leitung der Kirche teilzuhaben. Einem Gemeindeglied die Befähigung zum Ältestenamt abzusprechen und es von Wahl oder Berufung in unsere Leitungsgremien auszuschließen, bedarf einer Begründung, die ggf. einer Überprüfung durch unser Kirchliches Verwaltungsgericht standhält.

Die in der Grundordnung genannten Voraussetzungen für die Wählbarkeit sind abschließend. Durch einfachgesetzliche Regelung oder gar Entscheidung im Einzelfall kann

keine Erweiterung der Voraussetzungen oder Verringerung der Anforderungen bewirkt werden. Nur im Wege der Änderung der Grundordnung können die Voraussetzungen verändert werden.

III. Unterstützung menschenfeindlicher Gruppierungen als Ausschlusskriterium

Die Änderung der Grundordnung im Oktober 2013 hat zur Aufnahme der sog. »Extremismusklausel« geführt. Die in Artikel 19 Absatz 1 aufgenommene Formulierung: »… Leben am Evangelium Jesu Christi ausrichten; damit nicht vereinbar ist die Mitgliedschaft in oder die tätige Unterstützung von Gruppierungen, Organisationen oder Parteien, die menschenfeindliche Ziele verfolgen« beschreibt, was mit der Anforderung »... sich zu Wort und Sakrament halten und ihr Leben am Evangelium Christi ausrichten« nicht vereinbar ist und damit zum Verlust der Befähigung zum Ältestenamt führt: Die Mitgliedschaft oder die tätige Unterstützung von Gruppierungen, Organisationen oder Parteien, die menschenfeindliche Ziele verfolgen.

Als »menschenfeindlich« im Sinne der Grundordnung gelten Worte und Taten, die Menschen oder Menschengruppen, »aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität« herabwürdigen, diffamieren oder bedrohen (vgl. § 1 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes).

Die Frage, ob eine Gruppierung, Organisation oder Partei menschenfeindliche Ziele verfolgt, lässt sich belastbar nur mit Blick auf deren eigene Darstellung und Veröffentlichungen beantworten, da sich dort belegbare Zitate finden, die sich Mitglieder der Gruppierung, Organisation oder Partei dann zurechnen lassen müssen. Einzelne Äußerungen von Vertretern solcher Gruppen sind im Zweifel nicht geeignet, die Verfolgung menschenfeindlicher Ziele durch die gesamte Gruppierung festzustellen. Äußerungen von Mitgliedern sind dann ein deutlicher Hinweis auf die Verfolgung menschenfeindlicher Ziele, wenn es sich um Entscheidungsträger handelt, die den Kurs der Gruppierung maßgeblich bestimmen.

Wir haben im Folgenden Beispiele zusammengestellt, die allerdings keineswegs den Anspruch auf Vollständigkeit haben. Weitere Hinweise geben die Verfassungsschutzberichte der Länder: https://www.berlin.de/sen/inneres/ verfassungsschutz/publikationen/ verfassungsschutzberichte https://verfassungsschutz.brandenburg.de und http://www.verfassungsschutz.sachsen.de.

Die Einordnung als rechtsextreme Gruppierung im jeweiligen Verfassungsschutzbericht ist ein starkes Indiz dafür, dass die Gruppierung menschenfeindliche Ziele verfolgt und damit die Mitgliedschaft im Gemeindekirchenrat ausgeschlossen ist.

Bei der Frage, ob eine Organisation menschenfeindliche Ziele verfolgt, geben auch Rat und Hilfe: das Bündnis für ein weltoffenes und tolerantes Berlin, https://www.berlin-weltoffen.de; das Aktionsbündnis Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, https://www.aktionsbuendnis-brandenburg.de; und Tolerantes Brandenburg, http://www.tolerantes.brandenburg.de/

1. Parteien/Gruppierungen, bei deren Mitgliedschaft oder tätiger Unterstützung die Befähigung zum Ältestenamt entfällt

1.1 NPD

Eindeutig ist die Verfolgung menschenfeindlicher Ziele durch das Parteiprogramm der NPD belegt, so dass in Fällen einer Mitgliedschaft in der NPD oder einer tätigen Unterstützung dieser Partei (z. B. durch das Bereitstellen von privaten Veranstaltungsräumen, Kuchenbacken für Parteiveranstaltungen, Spenden usw.) die Befähigung zum Ältestenamt entfällt.

1.2. Reichsbürger/Identitäre Bewegung/Der III. Weg

Die Reichsbürger sind eine heterogene Bewegung mit sehr unterschiedlichen Akteuren. Sie eint die Vorstellung, dass ein Deutsches Reich in den Grenzen von 1871, 1918 oder 1933 weiter bestehen würde.

Die Identitäre Bewegung ist eine relativ junge rechte Gruppierung. Wichtige Kampagnenthemen sind die Ablehnung der Aufnahme von Geflüchteten und die Ablehnung des Islams. Es brauche, so die entsprechende Parole, eine »Reconquista« (Rückeroberung) Europas, für deren Gelingen es auch einer Wiedererlangung der eigenen, weißen und europäischen Identität bedürfe.

Der III. Weg ist eine Gruppe, die sich auf nationalsozialistisches Gedankengut stützt und deren Akteure oft aus der NPD kommen. Ziele der Gruppe sind ein Ende des »Raubtierkapitalismus« und »Schluss mit der Masseneinwanderung von Ausländern aus aller Welt, die unsere Kultur und Identität langfristige verschwinden lassen«.

Alle Gruppen eint eine Ablehnung der derzeitigen Asylpolitik und der staatlichen Organisationen. Die Kritik an der Asylpolitik hat einen rassistischen Kern: Gedacht wird eine weiße Herrschaftsrasse und die Ablehnung anderer Ethnien als gleichberechtigte Mitbürgerinnen und Mitbürger. Das Gedankengut dieser Gruppen ist nach unserer Ansicht menschenfeindlich; die Mitgliedschaft im Gemeindekirchenrat ist nicht möglich.

2. Parteien/Gruppierungen, bei deren Mitgliedschaft oder tätiger Unterstützung eine Wählbarkeit im Einzelfall zu prüfen ist

2.1 AfD

Die AfD hat 2016 ein Grundsatzprogramm verabschiedet und 2017 ein Programm für die Bundestagswahl beschlossen (das Wahlprogramm für Brandenburg liegt noch nicht vor).

Im Grundsatzprogramm heißt es: »Wir setzen uns mit ganzer Kraft dafür ein, unser Land im Geist von Freiheit und Demokratie grundlegend zu erneuern und eben diesen Prinzipien wieder Geltung zu verschaffen. Wir sind offen gegenüber der Welt, wollen aber Deutsche sein und bleiben. Wir wollen die Würde des Menschen, die Familie mit Kindern, unsere abendländische christliche Kultur, unsere Sprache und Tradition in einem friedlichen, demokratischen und souveränen Nationalstaat des deutschen Volkes dauerhaft erhalten.« und aus dem Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2017: »Die AfD bekennt sich zu den Werten der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts. Wir setzen uns für eine an deutschen Interessen ausgerichtete Außenpolitik ein.«

Aus den zitierten und anderen Verlautbarungen der AfD lässt sich eine Verfolgung »menschenfeindlicher Ziele« durch die AfD soweit ersichtlich nicht belegen.

In eine andere Richtung gehen Äußerungen von Entscheidungsträgern der AfD, die zum Teil als menschenfeindlich einzuordnen sind. Insgesamt sind diese nach unserer Einschätzung jedoch nach wie vor kein ausreichender Beleg für die Verfolgung menschenfeindlicher Ziele für die gesamte Partei. Daraus folgt, dass allein die Mitgliedschaft in der AfD oder die Unterstützung dieser Partei die Befähigung zum Ältestenamt nicht entfallen lässt.

2.2. Pegida und Zukunft Heimat

Ähnlich verhält es sich bei der sog. Pegida-Bewegung, die in verschiedenen Städten und mit verschiedenen Namen auftaucht, und bei dem Bündnis Zukunft Heimat, das in Brandenburg aktiv ist. Auch die Veröffentlichungen dieser Organisationen sind nicht geeignet, die Verfolgung menschenfeindlicher Ziele zu belegen. Das bloße Mitlaufen bei einer von diesen Organisationen veranstalteten Demonstration genügt nicht, die Befähigung zum Ältestenamt zu verlieren.

Hierbei ist allerdings zu ergänzen, dass einzelne Ableger jeweils eigenständig agieren und sich in dem Grad der Radikalität der Ablehnung von Menschen fremder Herkunft

erheblich unterscheiden. Insofern kommt es hier auf die einzelne Gruppierung und ihre Akteure an.

2.3. Asylfeindliche Initiativen

Es gibt im Bereich unserer Landeskirche Gruppierungen, die unter Namen wie »Nein zum Heim in Guben«, »Frankfurt/Oder wehrt sich« oder »Bürgerbündnis Havelland« als parteiübergreifend und bürgerlich auftreten, bei denen es sich jedoch um extrem rechte bzw. neonazistische Initiativen handelt. Darüber hinaus gibt es Initiativen, die sich als direktdemokratische Zusammenschlüsse verstehen, wie etwa »Zukunft Heimat« oder das »Bürgerforum Südbrandenburg«. Diese Initiativen wenden sich gegen die Aufnahme von Geflüchteten und sind offen für rassistische und extrem rechte Anschauungen, ohne dass sie öffentlich neonazistische Positionen vertreten oder extrem rechte Personen nachweislich bei ihnen aktiv sind. Auch hier gilt das unter 2. 2 Gesagte: Das bloße Mitlaufen bei einer von diesen Organisationen veranstalten Demonstration genügt nicht, um die Befähigung zum Ältestenamt entfallen zu lassen. Die Mitgliedschaft in einer dieser Organisationen oder deren tätige Unterstützung kann geeignet sein, die Befähigung zum Ältestenamt entfallen zu lassen. Dabei kommt es auf die jeweilige Organisation und deren Verlautbarungen an.

IV. Menschenfeindliches Handeln als Ausschlusskriterium

Die »Extremismusklausel« greift nicht, falls jemand zwar nicht unmittelbar eine menschenfeindliche Gruppierung unterstützt, aber selbst menschenfeindlich agiert. Dennoch kann es in diesem Fall auch aus Rechtsgründen geboten sein, die Person vom Ältestenamt auszuschließen.

Die Wählbarkeitsvoraussetzung »… sich zu Wort und Sakrament halten und ihr Leben am Evangelium Jesu Christi ausrichten ...« ist jedenfalls bei den Gemeindegliedern nicht erfüllt, die belegbar Äußerungen von sich geben, die zur Erreichung menschenfeindlicher Ziele auffordern oder deren Verfolgung unterstützen. Konkret bedeutet das, dass Gemeindeglieder nicht für das Ältestenamt befähigt sind, die sich z. B. in offenen Briefen, Zeitungskommentaren oder eigenen Veröffentlichungen gegen Menschen oder Menschengruppen wenden und zu Hass und Gewalt gegen diese auffordern. Ein sehr deutliches Indiz für menschenfeindliches Verhalten ist ein Strafverfahren oder gar eine Verurteilung nach § 130 StGB (Volksverhetzung).

Gelegentliche mündliche Äußerungen oder Kommentare zum politischen Geschehen genügen aber in der Regel nicht, um die Befähigung zum Ältestenamt entfallen zu lassen. Es stellt sich die Frage, welches Gewicht einzelnen Äußerungen zugemessen werden darf; ferner gibt es in diesen Fällen häufig Probleme mit der Nachweisbarkeit und Dokumentierbarkeit.

V. Verfahren

Spätestens bei der Aufstellung des Gesamtwahlvorschlags (also spätestens bis zum 22. August, vgl. Schritt 8, Seite 33 der Broschüre »In 20 Schritten zur Ältestenwahl 2019«, https://url.it-ekbo.de/ci) steht der Gemeindekirchenrat vor der Entscheidung, ob er eine Kandidatin oder einen Kandidaten zur Wahl zulässt.

Bestehen Zweifel an der Befähigung zum Ältestenamt, sollte der Gemeindekirchenrat mit ihr oder ihm zunächst das Gespräch suchen. Alle Umstände, die für und gegen die Befähigung sprechen könnten, sind gut zu dokumentieren. Sodann besteht die Möglichkeit, sich an den Beauftragten der EKBO zum Umgang mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu wenden (Pfr. Heinz-Joachim Lohmann, Studienleiter für Demokratische Kultur und Kirche im ländlichen Raum, Evangelische Akademie zu Berlin, […]). Der Beauftragte prüft die Angelegenheit. Er kann Gespräche mit den Betroffenen führen und externe Kompetenz einbinden. Er gibt so zeitnah wie möglich ein Votum ab, das für das

Entscheidungsgremium nicht bindend ist; gleichwohl kann der Gemeindekirchenrat das Votum zur Grundlage seiner Beschlussfassung machen.

Aufgrund der vom Ältestenwahlgesetz vorgegebenen Zeitschiene ist es empfehlenswert, frühzeitig zu agieren und nicht unbedingt den Wahlvorschlag abzuwarten, sondern auch bei sich abzeichnenden Kandidaturen von Gemeindegliedern, bei denen Zweifel an der Eignung für das Ältestenamt besteht, im Gemeindekirchenrat über die Wahlbarkeit zu beraten und ggf. den Beauftragten anzusprechen.[33]

In der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland fand sich sowohl in der Handreichung zur Vorbereitung der Kirchengemeinderatswahl als auch in der allen gewählten Kirchenältesten überreichten Handbuch zur Arbeit im Kirchengemeinderat folgender Passus.

Christlicher Glaube: Kirche als Lernort für Demokratie

Zur Unvereinbarkeit des christlichen Glaubens mit fremdenfeindlichen, antisemitischen oder rassistischen Ideologien.(21)

Die Vorstellung einer prinzipiellen Ungleichwertigkeit von Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihres Geschlechts und ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Leistungsfähigkeit ist mit dem christlichen Glauben unvereinbar. Christinnen glauben, wie es in den biblischen Schriften bezeugt ist, dass Gott alle Menschen mit dem gleichen Wert und der gleichen Würde nach seinem Bild geschaffen hat. Eine enge Verbindung zum Judentum, der Schutz der Schwachen und Armen, insbesondere der Fremden, Nächstenliebe und Gewaltlosigkeit sind Ausdruck dieses Glaubens, der in der Welt davon Zeugnis gibt. Ein solcher Glaube schließt eine Abwertung oder gar Ausgrenzung anderer Menschen aus.

Als Menschen in der Leitung ihrer jeweiligen Kirchengemeinde werden die Mitglieder der Kirchengemeinderäte über das persönliche Engagement innerhalb der Kirche auch als Vertreter der Kirche, als Gesicht der Nordkirche in ihrem Dorf oder in ihrem Stadtteil wahrgenommen. Mit ihrem Reden und ihrem Handeln stehen sie für die Grundüberzeugungen unseres Glaubens, für die Gleichwertigkeit aller Menschen ein.(22) Dazu gehört auch das Engagement gegen alle extremistischen Ideologien und für ein demokratisches Gemeinwesen. Unsere Kirche ist nicht nur eine Glaubensgemeinschaft, sondern auch zivilgesellschaftliche Akteurin. Im Zusammenwirken mit allen anderen demokratischen Kräften vor Ort gilt es, Erfahrungsräume für eine offene und pluralistische Gesellschaft zu eröffnen und zu gestalten. Zugleich ist die Kirchengemeinde selbst ein Lernort und Erfahrungsraum von gelingender Demokratie. Rechtsextremismus als demokratiefeindliche, antipluralistische und im Kern rassistische Ideologie ist in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland und damit auch im Gebiet unserer Nordkirche vielfältig präsent. Zum ersten als bis weit in die sogenannte Mitte – zumindest in Versatzstücken – verbreitetes Einstellungsmuster, zum zweiten als mehr oder weniger erfolgreiche Präsenz von legalen Strukturen (zum Beispiel NPD, Kameradschaften, Vereine) und zum dritten als illegal oder konspirativ handelnde Netzwerke und in zumindest einem nachweisbaren Fall als terroristische Struktur (NSU).

Die Attraktivität und der relative Erfolg rechtsextremer Deutungsmuster, Angebote und Strukturen in Teilen der Gesellschaft sind auch und vor allem Symptom für Defizite in der demokratischen Kultur und Praxis in der Gesellschaft. Ausgehend von dieser Deutungsperspektive sind in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Erscheinungen

33. https://www.ekbo.de/fileadmin/ekbo/mandant/ekbo.de/3._THEMEN/Kirche_und_Politik/Mutig_streiten/EKBO-Handreichung_GKR-Wahl_2019._Kriterien_für_Ausschluss_wg_menschenfeindlichen_Verhaltens.pdf [letzter Zugriff am 13. August 2020].

Ab- und Ausgrenzungsstrategien zwar mit Blick auf notwendige öffentliche Signalsetzungen und als nötige Selbstvergewisserung demokratischer Bündnisse verständlich und unverzichtbar. Für eine tatsächliche Schwächung rechtsextremer Positionen und ihres Einflusses in den betroffenen Gemeinwesen greifen solche ›Anti-Nazi‹-Strategien jedoch zu kurz. Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus als Symptom für den Zustand der Demokratie sollte vielmehr die Stärkung der ›Immunabwehr‹ der demokratischen Gesellschaft, insbesondere ihrer Akteure in der Zivilgesellschaft in den Fokus nehmen. Zu diesen Akteuren gehört unbedingt auch die Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland, die in unserer Region flächendeckend präsent ist. Zugleich sind alle Bürgerinnen und Bürger gefragt. Es gilt, in aller Klarheit zu widersprechen, wenn fremdenfeindliche, antisemitische oder rassistische Parolen geäußert werden. Gerade in den aktuellen Debatten um Asyl, Flüchtlingsunterkünfte und Migration zeigt sich diese Herausforderung in besonderer Weise. Sozialneid, Hass, fremdenfeindliche Ressentiments lassen sich nicht ausrotten. Unabdingbar ist es, solchen Einstellungen und Äußerungen mit aller Klarheit öffentlich entgegenzutreten Dazu braucht es neben dem staatlichen Handeln (Rechtsstaat und Gewaltmonopol des Staates) eine starke Zivilgesellschaft und engagierte Menschen, bis in die kleinsten Dörfer und Städte. Deshalb ist die Kirche und sind die Christen durch solche menschenverachtenden Haltungen und Handlungen in besonderer Weise und zugleich doppelt herausgefordert. Einerseits vom Grund unseres Glaubens her und andererseits in unserem Zeugnis und Wirken in der Welt. Für Mitglieder des Kirchengemeinderats gilt dies erst recht.

Der Kirchengemeinderat sollte im theologischen Nachdenken und in biblischer Reflexion sich immer wieder selbst Klarheit darüber verschaffen, dass und warum unser Glaube mit extremistischem Gedankengut unvereinbar ist und wo die Grenzen des hohen Gutes der Meinungsfreiheit auf Kosten der Schwächsten in unserer Gesellschaft verletzt werden. Dabei gilt es, die spezifische Situation in der jeweiligen Kommune und Kirchengemeinde sensibel wahrzunehmen. Wo liegen die konkreten Herausforderungen? Sie leiten Kirchengemeinde? Sie möchten in Gesprächen sehr aktive Menschen ebenso einbinden wie eher zurückhaltende? Sie sehen sich durch populistische oder sogar extremistische Äußerungen herausgefordert? Sie möchten eine Kultur des offen en Meinungsstreits fördern, sich aber gleichzeitig deutlich abgrenzen, wenn Menschenrechte in Frage gestellt werden?

Es gibt viele Möglichkeiten, sich mit Hilfe von Trainings in Kommunikations- und Konfliktsituationen zu üben. So erfahren Sie neue Wege, gemeinsam Lösungen zu erarbeiten, die unterschiedliche Interessen berücksichtigen und dadurch von möglichst vielen mitgetragen werden können. In den beiden ›Regionalzentren für demokratische Kultur‹ in Trägerschaft der Evangelischen Akademie der Nordkirche und im die Hauptbereiche übergreifenden ›Forum Kirche und Rechtsextremismus im Norden‹ stehen Ihnen in diesen Fragen kompetente Mitarbeitende mit ihren Angeboten zur Verfügung.

Informieren Sie sich unter www.akademie-nordkirche.de/regionalzentren[34]

(21) Es gibt Menschen, die für die Arbeit im Kirchengemeinderat nicht geeignet sind. Die Extremismusregelungen sind in unserer Kirche ausdrücklich nicht auf eine (bestimmte) politische Richtung konzentriert. In der Verfassungsberatung wurde Wert auf das christliche Gebot und Selbstverständnis gelegt und alles abgelehnt, was dagegen agiert. Das kann aus allen politischen, aber auch religiösen, weltanschaulichen, sektiererischen, vielleicht sogar aus extremen christlichen Richtungen kommen. Eine Konzentration auf nur eine bestimmte Extremismusform oder -richtung ist nicht kirchenrechtlich zu begründen. Das Kirchengemeinderatsbildungsgesetz (KGRBG) regelt dies in § 4 Abs. 1. Nr. 5. Er verweist

34. Kaiser, Klaus-Dieter: Christlicher Glaube: Kirche als Lernort für Demokratie, in: Gemeindedienst, Arbeitsstelle Ehrenamt und Amt für Öffentlichkeitsarbeit der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland (Hg.): Gemeinde leiten. Handbuch für die Arbeit im Kirchengemeinderat, Hamburg ^{2}2017, 51f.

direkt auf Art. 1, insbesondere Abs. 7 der Verfassung, der in der Kirchengemeindeordnung in § 93 mit restriktiven Konsequenzen ausgeformt ist.

(22) Verpflichtung nach § 4, Abs. 1, Nr. 5 und § 33, Abs. 2, KGRBG, und aufgrund von Artikel 1, Abs. 7 der Verfassung der Nordkirche

6. Aktuelle Entwicklungen

Als Kirchen sind wir durch den Populismus in mehrfacher Hinsicht herausgefordert: Erstens sind die Kirchen und die Christen Teil der Zivilgesellschaft. Sie bewegen sich also in dem gleichen Terrain wie auch die populistischen Strömungen, Bewegungen, Parteien und Akteure, auch die als populistisch charakterisiert werden. Somit stehen auch die Kirchen vor den alle Menschen betreffenden Herausforderungen, angesichts der komplexen Globalisierungsprozesse ein Zusammenleben der Verschiedenen zu gestalten, ohne in die Fallen von Komplexitätsreduzierungen zu gehen.

Zweitens finden sich populistische Haltungen in allen Teilen der Bevölkerung. Davon sind weder die Parteien des demokratischen Spektrums einschließlich der bisherigen Volksparteien, noch die Gewerkschaften oder andere Interessenverbände und eben auch nicht die Kirchen ausgenommen. Die Kirchen bilden bei aller diagnostizierten Milieuverengung doch einen Spiegel der Gesamtgesellschaft einschließlich populistischer Einstellungen. Somit sind die Kirchen auch ein Teil des Problems. Es geht also nicht nur um bestimmte kirchliche Strömungen, die von ihrer Theologie her besonders anschlussfähig für populistische Haltungen seien, sondern um ein Problem der gesamten Kirche. Die Auseinandersetzung hat also zugleich auch eine selbstkritische Dimension. Zu fragen ist, an welchen Stellen Kirche und Theologie eine spezifische Anschlussfähigkeit zu solchen Einstellungen hat.

Drittens wird von den Kirchen erwartet, dass sie dazu beitragen, die Gesellschaft zusammenzuhalten und Werte für ein menschenwürdiges Zusammenleben vermitteln. Damit wird von den Kirchen Lösungskompetenz zugesprochen. Dies wird noch verstärkt, da die Kirche einige der wenigen Institutionen ist, die noch einigermaßen flächendeckelnd im Land präsent sind und somit eine Nähe zu den Menschen haben. Dies betrifft auch ihr Selbstverständnis.

Viertens haben die Kirchen aus theologischer Perspektive sowohl Grundlegendes als auch Spezifisches zum Wesen des Menschen und seiner unantastbaren Würde zu sagen. Theologische Kompetenz ist Kompetenz zum Urteilen und diese vermittelt die Kirche durch ihre Arbeit in Predigt, Lehre und Zuwendung zum einzelnen Menschen unabhängig seiner Herkunft und seiner Einstellungen. In der Auseinandersetzung mit dem Populismus müssen wir mehr Theologie wagen. Ob die Gottesebenbildlichkeit des Menschen, die Rechtfertigungslehre oder das apokalyptische Weltbild des Populismus, theologische Urteilskraft ist gefragt.

Fünften kommt hinzu, dass die Kirche als lebendige Gemeinschaft der Glaubenden in Identitätskonzeptionen verwickelt ist. Will sie den Identitätskonstruktionen des Populismus etwas entgegensetzen, muss sie neben der Dimension der Gemeinschaft mit ihrem Schema von Drinnen und Draußen Kirche auch als pluralistische Gestalt von Gesellschaft denken und leben. Harmonie, Konsens und Ge-

meinschaft als Leitbilder müssen durch Konfliktbereitschaft, Streitkultur und eine offene (plurale) Gesellschaftspraxis ergänzt werden. Die Verteidigung der offenen Gesellschaft schließt eine prägnant erkennbare Gestalt gelebter Existenz jenseits einfach behaupteter Identität ein und verlangt klaren Widerspruch, wo die Würde eines Menschen verletzt wird.

3. Der Bürgerkrieg in Syrien – Kirchliche Stellungnahmen und Hilfsmaßnahmen

Von Sabine Dreßler

1. Zur Situation in Syrien

Der sog. Arabische Frühling erreichte Anfang 2011 auch Syrien. Im März fanden landesweit friedliche Proteste für Reformen statt, auf die die Regierung von Präsident Baschar al-Assad mit aller Härte reagierte. Die ersten Syrer/innen flohen in die Nachbarländer Libanon und Türkei. Iranische Einheiten und Teile der schiitischen Hisbollah aus dem Libanon unterstützten die syrische Regierung. Im Sommer 2011 bildete sich die Freie Syrische Armee aus desertierten Soldaten, Anfang des Jahres 2012 trat die islamistische Terrorgruppe Al-Nusra-Front mit Anschlägen gegen die Regierung in Erscheinung. 2014 rief die Terrororganisation »Islamischer Staat« in den von ihr eingenommenen Regionen ein »Kalifat« aus und erklärte die Stadt Raqqa zu dessen Hauptstadt.

Das Land war zwischenzeitlich mit immer wieder wechselnden Machtverhältnissen aufgeteilt bzw. davon zerrissen: in von der Regierung beherrschte Gebiete, in die der nach Autonomie strebenden Kurden, in vom sog. Islamischen Staat (IS) besetzte Regionen und in Gebiete der Oppositionsgruppen.

Die Bilder der zerbombten Städte Homs und Aleppo stehen für den brutalen Krieg, den ein Staat gegen seine Bevölkerung führt. Homs, das als »Rebellenhochburg« galt, wurde von den Truppen der Regierung in den Jahren 2011 und 2012 mehrfach massiv bombardiert; die Kämpfe um die Stadt Aleppo dauerten vier Jahre an, bis 2016. In verschiedenen Regionen wurden von den syrischen Truppen international geächtete Kampfmittel wie Fassbomben und Chlorgas eingesetzt.

Durch die Interessen und das Eingreifen weiterer ausländischer Mächte wurde aus dem Bürgerkrieg ein internationaler Konflikt: Russland stellt sich seit 2015 politisch und militärisch an die Seite der syrischen Regierung und verübt Luftangriffe, von außen drangen Dhihadisten nach Syrien ein, ein von den USA angeführtes Bündnis bekämpfte den IS, die Türkei ging gegen die Kurden mit Luftangriffen vor und rückte in deren Gebiete in Norden vor, die Kurden wiederum kämpften an der Seite von US-Truppen gegen den IS.

Waffenstillstände wurden geschlossen und gebrochen, Friedenskonferenzen scheiterten, 2016 trat der UN-Sondergesandte Kofi Annan zurück, Russland und China, im Verbund gegen die USA, verhinderten als Unterstützer des Syrisches Regimes Maßnahmen des UN-Sicherheitsrates und Sanktionen gegen Präsident Bashar al Assad. Ende 2017 musste der IS Raqqa verlassen; seitdem steht die Provinz Idlib im Fokus der Kämpfe der Regierungstruppen und ihrer Verbündeten gegen Rebellen, Opposition und Zivilisten. Nach Idlib sind in den vergangenen Jahren aber auch Hunderttausende Binnenvertriebene geflohen; Mitte 2018 spitzte sich die Situation dramatisch zu und eine neue Massenflucht Richtung türkischer Grenze

und eine humanitäre Katastrophe stand zu befürchten.[1] Der Generalsekretär der Vereinten Nationen warnte im September eindringlich davor, Idlib in ein Blutbad zu verwandeln.[2] Auch bis zum Jahresende 2018 sollte es keine politische Lösung für die Region geschweige denn für das Land insgesamt geben.[3] »Der […] syrische Konflikt ist einer der komplexesten und grausamsten weltweit.«[4]

2. Flucht aus Syrien

Bis Ende 2018 sind 6.700.00 Millionen Menschen aus Syrien geflohen, damit ist Syrien weltweit das größte Herkunftsland von Flüchtlingen. 13.000.000 Menschen wurden vertrieben, 6,654,000 unter ihnen Flüchtlinge, 6,184,000 im Land vertriebene und 140,000 Asylsuchende.[5]

Die Nachbarländer Libanon mit etwa 950.000, Jordanien mit 677.000 und der Irak mit 250.000 aufgenommenen syrischen Flüchtlingen sind durch die Folgen des Syrienkrieges in höchstem Maße belastet. Von den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union werden von Deutschland mit über einer halben Million Menschen die meisten syrischen Flüchtlinge beherbergt, gefolgt von Schweden mit 109.000.[6] Die Türkei nahm bis Ende 2018 mit 3.600.000. Geflüchteten aus Syrien insgesamt die größte Gruppe auf.[7]

---

1. Vgl. die Informationen von amnesty international vom 14. September 2018 (www.amnesty.de/informieren/ aktuell/syrien-idlib-millionen-menschen-brauchen-schutz).
2. »(Idlib) must not be transformed into a blood bath.« (https://news.un.org/en/story/2018/09/1018992).
3. Vgl.: www.sueddeutsche.de/politik/syrien-krieg-chronologie-ueberblick-1.2652348 und Wieland, Carsten: Syrien bpb, 20. Oktober 2017 (www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54705/syrien); Buck, Katja Dorothea: Ein geschundenes und gespaltenes Land, in: Fürbitte für bedrängte und verfolgte Christen. Sonntag Reminiszere, 8. März 2020. Im Fokus: Syrien, Hannover 2019, 4–7.
4. Carsten Wieland, Syrien-Experte und politischer Berater des UN-Sondergesandten für Syrien, Staffan De Mistura, zitiert nach: Die Politische Meinung 63 (2018), Nr. 553, November/Dezember: Syrien – Der Krieg und die Folgen, Umschlag innen (www.kas.de/documents/258927/4226681/DPM+553_Web_GESAMTAUSGABE.pdf/216e3127-f611-59bf-3a88-85e454fa489a?version=1.0&t=1543220183135).
5. UNHCR Global Trends 2018, 6 (www.uno-fluechtlingshilfe.de//fileadmin/redaction/PDF/UNHCR/Global_Trends_2018.pdf).
6. Ebda., 14, »Countries in the Middle east and north Africa with significant numbers of Syrian refugees included Lebanon (944,200), Jordan (676,300), iraq (252,500) and egypt (132,900). Outside the region, countries with large Syrian refugee populations included Germany (532,100), Sweden (109,300), Sudan (93,500), Austria (49,200), the netherlands (32,100), Greece (23,900), Denmark (19,700), Bulgaria (17,200), Switzerland (16,600), France (15,800), Armenia (14,700), norway (13,900) and Spain (13,800).
7. Ebda., 18: »As has been the case since 2014, Turkey was the country hosting the largest refugee population, with 3.7 million at the end of 2018, up from 3.5 million in December 2017 […]. The vast majority of refugees in Turkey were from Syria with 3,622,400 making up more than 98 per cent of the entire refugee population. in 2018 there were 397,600 newly registered Syrian refugees and 113,100 newborns in Turkey. in addition,

3. Christen in Syrien

Syrien gilt als Wiege des Christentums und in gewisser Weise lässt sich von den dortigen Kirchen und Konfessionen sagen, dass sie Hüter eines Schatzes sind. Hier liegt der Ort der Bekehrung des Paulus; hier, im damaligen Antiochia (das heutige zur Türkei gehörige Antakya) waren Paulus und Petrus unterwegs für die junge Kirche. Hier lebt das Christentum in reicher Tradition und Vielfalt bis heute: die Rum-Orthodoxe und die Syrisch-Orthodoxe Kirche, die Kirche der Melkiten, der Armenier und der Maroniten, die Protestanten und die Assyrer – letztere sind in besonders hohem Maß von Krieg und Flucht betroffen. In Maalula, einem für seine wertvollen Kirchen und Klöster berühmten Pilgerort nahe Damaskus, wird bis heute aramäisch, die Sprache Jesu, gesprochen. Im Kloster Mar Musa, das erst in jüngerer Zeit durch Pater Paolo d'all Oglio wiederbelebt wurde, entstand ein besonderer Ort der Ökumene und des interreligiösen Dialogs.[8] Alle, Menschen wie Orte, wurden zu Opfern des Krieges: sei es durch Zerstörung aufgrund von Kriegshandlungen und Terrorakten, sei es in der Folge durch die Abwanderung von Christen aus der gesamten Region.

In den Gebieten Syriens und des Iraks, die von der sunnitischen islamistischen Terrororganisation »Islamischer Staat« (IS/Da'esh) beherrscht werden bzw. wurden, ist die Situation für Christen und Angehörige anderer Religionsgemeinschaften, die sich dem Leitungs- und Wahrheitsanspruch der Terrorgruppe und ihrer konkreten Auslegung des Islam widersetzen, lebensbedrohlich.[9]

Aktuelle Zahlen zur christlichen Bevölkerung lassen sich kaum ermitteln. Eine Studie aus dem Jahr 2019 geht davon aus, dass es 2017 noch höchstens 750.000 Christen gab. Jüngeren Schätzungen zufolge könnte sich inzwischen auch diese Zahl halbiert haben, während im Jahr 2010 noch von einer Million christlicher Bevölkerung ausgegangen wurde:

Für das Jahr 2018 nimmt die Weltbank für Syrien eine Bevölkerung von 16.906.283 Einwohnern an, was im Vergleich zu 2010 einem Bevölkerungsverlust von 20,86 Prozent entspricht. Nimmt man hinsichtlich des christlichen Bevölkerungsanteils einen entsprechenden Bevölkerungsverlust an, dann müsste der christliche Bevölkerungsanteil ausgehend von den für 2010 genannten Zahlenwerten von einer Million (4,681 Prozent) bis maximal 1,5 Millionen (7,021 Prozent) nun bei rund 793.200 bis 1.189.800 liegen.

Selbst im günstigsten Fall konnte man aber 2017 nur noch mit einem Anteil der Christen an der Gesamtbevölkerung von höchstens 500.000 bis 750.000 Personen rechnen. Denkbar war aber auch damals schon, dass der christliche Bevölkerungsanteil weniger als 500.000, im

there were 39,100 refugees from iraq, as well as smaller numbers from the islamic Republic of iran (8,700) and Afghanistan (6,600).« Siehe auch: UNO Flüchtlingshilfe, Zahlen & Fakten zu Menschen auf der Flucht (www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/fluechtlingszahlen/).

8. Paolo d'all Oglio, ein italienischer Jesuitenpater und Brückenbauer zwischen Religionen sowie Vermittler zwischen den Welten, wurde 2013 von Terroristen entführt. Seitdem gibt es keine Nachricht von ihm.

9. Ökumenischer Bericht zur Religionsfreiheit von Christen weltweit 2017. Bedrohungen – Einschränkungen – Verletzungen (Gemeinsamte Texte, 25), Bonn 2017, 22.

ungünstigsten Fall sogar nur noch rund 300.000 Personen betragen würde. Bei einer Tagung […] in Budapest sprach Kardinal Mario Zenari, der Apostolische Nuntius in Syrien, am 22. Januar 2019 davon, dass der christliche Anteil der syrischen Bevölkerung auf rund zwei Prozent gefallen sei.10 Legt man die von der Weltbank veröffentlichen Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung in Syrien zu Grunde – die letzten vorliegenden Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2018 –, hätten diese zwei Prozent nur noch rund 338.125 Christen entsprochen.

Der Bevölkerungsverlust der Gesamtbevölkerung betrug zwischen 2010 und 2018 – ausgehend von den von der Weltbank zur Verfügung gestellten Bevölkerungsstatistiken12 – 20,86 Prozent. Nimmt man an, dass 2018 in Syrien noch 338.125 Christen gelebt haben, betrug der Bevölkerungsverlust der Christen zwischen 2010 und 2018, ausgehend von einem Bevölkerungsanteil von einer Million im Jahre 2010, 66,18 Prozent, und ausgehend von einem Bevölkerungsanteil von 1,5 Millionen im Jahre 2010, sogar 77,45 Prozent.[10]

4. Kirchliche Stellungnahmen und Reaktionen angesichts der Lage in Syrien

4. 1 Der »Urgent Appeal«[11] syrischer Kirchen von 2014 und Reaktionen von Kirchen in Deutschland

Im August 2014 richteten protestantische Kirchen, die im »Supreme Council of the Evangelical Community in Syria and Lebanon« zusammengeschlossen sind, sowie einzelne Vertreter verschiedener weiterer Kirchen einen Hilferuf bzw. einen Brandbrief an alle protestantischen Kirchen und Organisationen weltweit. Darin drücken sie ihre tiefe Beunruhigung und ihr Entsetzen über die Situation in Syrien und der Region aus:

> We are horrified by the amount of death, destruction and ongoing displacement that has ravaged vast sectors of the Syrian society and population, including Christians, in all parts of the country. (Absatz 3).

Sie erklären sich solidarisch mit vorangegangenen Stellungnahmen von Kirchen des Ostens sowie muslimischer Organisationen, insbesondere hinsichtlich der Terrorakte des sog. Islamischen Staates in Irak und Syrien. Mit diesen Ermordungen bewege man sich am Rande eines Völkermords, so die Einschätzung (Absatz 2). Mit ihrem Appell an die weltweite (protestantische) Gemeinschaft machten sie sowohl auf die gefährdete Zukunft christlicher Minderheiten im Nahen Osten als auch auf die der moderaten muslimischen Mehrheit aufmerksam und erklärten den Ausnahmezustand. (Absätze 5 und 6).

Sie baten ihre evangelischen Geschwister um deren Einflussnahme auf Regierungen und Entscheidungsträger in ihren jeweiligen Ländern: diese sollten die

10. Oehring, Otmar: Zur Lage und den Perspektiven der Christen in Nord- und Nordostsyrien, Berlin, 2019, 3f.

11. Urgent Appeal From the Supreme Council of the Evangelical Community in Syria and Lebanon to all the Evangelical and Protestant Churches and Organizations Across the World (http://images.pcmac.org/Uploads/LebaneseSESD/LebaneseSESD/Sites/News/Documents/Appeal%20from%20Supreme%20Council%20of%20Evangelical%20Community%20in%20Syria%20and%20Lebanon.pdf).

Katastrophe in Syrien stärker ins öffentliche Bewusstsein rücken und sich dafür einsetzen, dass Mord und Terror beendet und Waffen- und Finanztransfers an radikale Gruppen eingestellt werden.

Die Unterzeichnenden baten weiterhin um nachhaltige Unterstützung christlicher Präsenz und die gemäßigter »anderer Gruppen« im Nahen Osten:

A well-thought out strategy needs to be put in place in order to support Christian presence in the East, as well as the presence of other moderate components in the region. (Absatz 10)

Deren gemeinsame Aufgabe sei es, für Liebe, Frieden und die Menschenrechte einzutreten. Durch Unterstützung von Bildungs- und Erziehungsprogrammen sollte gesellschaftliche Vielfalt in Respekt vor dem anderen bewahrt bleiben. Schließlich wurde dringend um humanitäre Hilfe und konkret um die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln gebeten, insbesondere für Geflüchtete und für im Binnenland Vertriebene.

Auffallend ist die mehrfach erwähnte und nachdrückliche Betonung der Notwendigkeit des friedlichen Zusammenlebens von Christen und Muslimen: sie macht die äußerst fragile Situation der Christen und ihre Sorge vor Einschränkungen ihrer Rechte als Minderheit ebenso wie vor der Radikalisierung der Mehrheitsgesellschaft nur allzu deutlich:

We also must work towards strengthening our sustainable joint communal living with our Muslim brothers and sisters in spite of the widening confessional conflicts and the ever-growing cycle of senseless violence. (Absatz 12)

Urgent Appeal from the Supreme Council of the Evangelical Community in Syria and Lebanon to all the Evangelical and Protestant Churches and Organizations Across the World

1. We, the leaders of Evangelical and Protestant churches and organizations affiliated to the Supreme Council of the Evangelical Community in Syria and Lebanon, have met together at this critical juncture of our history in order to reflect on the current situation, and on the tragic events that our people in Iraq, Syria and Lebanon are passing through. We are most concerned over the great human suffering and political difficulties that our people in these countries are facing. We have deeply reflected upon this deteriorating state of affairs, and have been greatly disturbed and shocked by the ugly incidents of violence that innocent civilians and entire communities, especially Christian, have been subjected to.
2. We also write to you in solidarity with the various appeals and statements that have been issued by the leaders of our sister Eastern Churches, as well as by some Islamic groups, concerning the recent development of events in Iraq; and especially the forced displacement and murderous killings of individuals and groups by the so-called Islamic State in Iraq and Syria (ISIS), killings that verge on being a bona fide genocide. […]
3. We are also mindful of the catastrophic consequences of the bloody conflict that has plagued Syria for three years now. We are horrified by the amount of death, destruction and ongoing displacement that has ravaged vast sectors of the Syrian society and population, including Christians, in all parts of the country.
4. Neither do we forget the recent violent eruptions and grave breaches of security that have occurred in Lebanon; incidents that have left a large number of victims. The most serious of these is the ongoing violent conflict in the town of Ersal (north-east of the

country). This is notwithstanding the grave consequences of the huge influx of Syrian and Iraqi refugees as well as the threat to attack churches in certain regions.

5. In view of all this, we are issuing this urgent appeal to inform you that the above-mentioned factors, among others, have rendered the existential threat facing the future of Middle Eastern minorities, as well as moderate Muslim majorities in the region, a very real danger.

6. For us, this is a moment filled with awe and fear! Thus we move to announce a »state of emergency« in order to preserve what remains of the Christian - and moderate non-Christian - presence in the East, and to circumvent its complete demise.

7. The issue of Christian presence in the Middle East has gone beyond the stage of calling for equal rights and protection from persecution. It has become a cry of warning before further events cause the annihilation of Christian presence in the Middle East.

8. Accordingly, and in view of our awareness of the dangers of the present crisis, and in compassion with the sufferings and tragedies our peoples are facing, we urge our partners in ministry, being the entire community of Evangelical and Protestant Churches across the world, as well as all their social and humanitarian organizations, to act as soon as possible in order to:

   First: Quickly urge governments and decision makers in your countries to

   a) Raise the awareness of all to the immanent dangers of the situation.

   b) Act immediately to stop the depletion, as well as the forced and ordered displacement of individuals and communities from their homelands, under the threat of arms.

   c) Work for a long term strategy aimed at putting an end to the phenomena of cruel violence and indiscriminate murder, as well as the ejection of individuals and peoples from the Middle East. The long-standing and historic fabric of peaceful communal living between the various social components of the Middle East is fast eroding. It desperately needs to be halted.

9. We grab this opportunity to urge the Evangelical and Protestant churches all over the world, as well as their social and humanitarian organizations, to exercise the maximum pressure, moral and otherwise, and to tap all the resources at their disposal, in order to ensure that the moral values and human principles of their societies and countries prevail over political and temporal interests. We believe that you, our partners, are able to, and should, engage yourselves in this respect. This is especially important with regard to halting the flow of finances and arms to the »takfiri« and radical groups. We urge you to influence these governments in order to put pressure on the international and regional powers that support these radicals.

10. Second: A well-thought out strategy needs to be put in place in order to support Christian presence in the East, as well as the presence of other moderate components in the region. This is necessary so that these communities may continue to be agents of spreading the culture of love, peace and human rights, as well as intellectual, educational and religious pluralism. This has been, and must continue to be, achieved through the strengthening of educational and social institutions that have, and continue to contribute vigorously to the rejection of radicalism and violence, as well as reinforcement of the values of justice, peace, and respectful acceptance for the different other.

11. Third: Humanitarian aid to victims of the ongoing violence is urgently needed. We urge our partners to offer food and water supplies, as well as medical and other forms of assistance, to the war victims, and to support those who have been forcefully displaced in their own homeland, or become refugees in neighboring countries, so they may safely return to their towns, villages and churches.

12. Divine love, incarnate on the cross, causes in us deep sadness and moves us to prayer. It is this same love that urges us to send this appeal, and to work on behalf of those who have been tortured, kidnapped and rendered homeless, as well as for the families of those who were killed or murdered in the absurd wars in Iraq, Syria, Lebanon and other countries of our region. We must work together to heal the wounds and to preserve what is left of the Christian community in those lands. We also must work towards strengthening our sustainable joint communal living with our Muslim brothers and sisters in spite of the widening confessional conflicts and the ever-growing cycle of senseless violence.

13. Our hope is that you act swiftly before it is too late. You are indeed our partners in faith, and partnership in Christianity is based on solidarity and fellowship, and on supporting each other faithfully and sincerely, for the sake of a common Christian witness, and in obedience to the commandments of our Lord Jesus Christ.

Beirut, Lebanon

29 August, 2014

4. 2 Kirchen in Deutschland antworten auf den »Urgent Appeal«

Exemplarisch seien hier die Antworten zweier Kirchen und die daraus folgenden Maßnahmen zur Unterstützung dargestellt: »Erschüttert und betroffen« antwortete das Moderamen der Gesamtsynode der Evangelisch-reformierten Kirche (ErK) mit einem Brief an den Supreme Council im April 2015.[12] Darin drückt sich der hohe Respekt vor dem Willen der christlichen Kirchen des Nahen Ostens aus, über die eigene Existenz hinaus in der Gesellschaft friedensstiftend zu wirken, Vielfalt zu stärken und sich für die Menschenrechte einzusetzen. Dass im Zusammenhang mit der Betonung von Religionsfreiheit für alle seitens der ErK die unbedingte Solidarität mit Juden und Jüdinnen und das Eintreten gegen Antisemitismus genannt wird, ist bemerkenswert.

Die Kirchenleitung benennt verschiedene Aktivitäten, den Bitten nachzukommen, etwa regelmäßige Information der Gemeinden und den Aufruf zur Fürbitte für die Geschwister und sie erklärt ihren Willen, bei politisch Verantwortlichen auf Verbesserung der Situation in Syrien hinzuwirken. Insbesondere was die Quellen und Ressourcen des sog. Islamischen Staates betrifft, soll sich mit Nachdruck für deren Eindämmung und Austrocknung eingesetzt werden. Der Brief mutet den Adressaten ansatzweise eine differenzierte friedensethische Diskussion zu und erklärt den Einsatz von Waffen gegen Terroristen und im Kriegsgebiet als ultima ratio. Gleichzeitig wird auf die Rolle der UNO als Mandatsträgerin für internationale Einsätze verwiesen. Die Unterstützung für Bildungseinrichtungen wird zugesagt.

Evangelisch-reformierte Kirche

Moderamen der Gesamtsynode

12. www.reformiert.de/files/reformiert.de/Bilder/artikelbilder/pdf/UrgentAppeal_Antwort.pdf.

An den Höchsten Rat der Evangelischen Kirchen in Syrien und im Libanon
Antwort auf Ihren dringenden Appell (Urgent Appeal) vom 29. August 2014
Sehr verehrte Kirchenvertreter in der Kriegsregion des Nahen und Mittleren Ostens, aus Syrien, dem Irak und dem Libanon, liebe Schwestern und Brüder!

I.

Ihr dramatischer Apell vom 29. August 2014 hat unsere Evangelisch-reformierte Kirche erreicht. Wir waren und sind von Ihren Worten erschüttert und betroffen. Seit dem Sommer letzten Jahres hat sich Ihre Situation nicht verbessert, sondern vielfach noch verschärft und zugespitzt.

(1) Sie schildern uns die verzweifelte Lage der Christen an vielen Orten in der Region. Sie beschreiben, wie unsere Glaubensgeschwister zu Hunderttausenden von islamistischen Milizen verjagt, misshandelt, gedemütigt und ermordet werden. Mit Ihnen erfahren weitere Minderheiten in der Region wie die Yeziden, aber auch die Mehrheit der moderaten Muslime solches Grauen. Hunderttausende Menschen sind auf der Flucht, Hunderttausende sitzen im Kriegsgebiet fest und haben jeden Tag ihren Tod vor Augen.

(2) Sie haben als Kirchenführer in der Kriegsregion angesichts der Verfolgung und Ermordung Ihrer Gemeindeglieder den »Notstand« erklärt und appellieren dringend an unsere Hilfe. Sie berichten von der Bedrohung Ihrer Existenz, vom Beginn eines Völkermords. Ein völliges Verschwinden der Christen und ihrer Gemeinden aus dem Nahen und Mittleren Osten ist zu befürchten.

(3) Wenn wir Ihre Worte zusammenfassen, hören wir diesen Appell an uns: »Geschwister im Glauben, unser Leben und Überleben ist bedroht! Sorgt mit allem, was Euch möglich ist, dafür, dass den Mördern und Kriegstreibern das Handwerk gelegt wird! Stärkt die Kirchen in diesem Gebiet! Helft uns bei der Bewältigung der Not der Flüchtlinge! Und nicht zuletzt: Unterstützt den Wiederaufbau der Zivilgesellschaft!«

(4) Mit großem Respekt nehmen wir wahr, dass es Ihnen in Ihrem Appell nicht allein um das Überleben der Christen und ihrer Gemeinden in der Region geht. Vielmehr sehen Sie sich als christliche Kirchen verantwortlich, in Ihrer Region als Botschafter einer Kultur der Liebe, des Friedens und der Menschenrechte zu wirken und damit das friedliche Zusammenleben der Verschiedenen zu fördern.

(5) Wir Kirchen treten auch im europäischen Kontext nicht allein für die Freiheit des christlichen Glaubens ein, sondern zugleich für die Freiheit der Religionsausübung für alle Menschen und für ein friedfertiges Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft. Aber auch in unserer Umgebung richtet sich der Hass von Fanatikern gegen solche Toleranz, leider immer wieder auch gegen die unter uns lebenden Juden. Nach einer Geschichte eigener unermesslicher Schuld gegenüber den Juden wehren wir uns entschieden gegen jede Form von Antisemitismus, wo und wie immer er sich äußert.

(6) In Ihrem Engagement schöpfen Sie Ihre Kraft aus der Liebe Gottes, wie sie am Kreuz unseres Herrn Jesus Christus konkret und fassbar geworden ist. Diese Liebe Gottes bewegt Sie in Ihrem solidarischen Zeugnis für die Menschen, die in den Kriegen im Nahen und Mittleren Osten unter die Räder kommen.

(7) Die Liebe Gottes treibt Sie aber auch zu Ihrem gesellschaftlichen Engagement für ein verbindliches Zusammenleben mit Menschen anderen Glaubens, die Sie im Geist unseres Herrn Jesus Christus als Ihre »muslimischen Schwestern und Brüder« ansprechen. Wir wissen uns im Geist der Liebe Gottes und im Geist des daraus erwachsenden gesellschaftlichen und politischen Engagements mit Ihnen eins.

II.

Ihr Appell bewegt uns zu folgenden Reaktionen:

(1) Wir werden unsere Gemeinden immer wieder über Ihre Situation informieren. Des Weiteren rufen wir unsere Gemeinden und alle ihre Mitglieder dazu auf, für Sie, unsere Geschwister in Not, zu beten.

(2) Wir fordern von den Verantwortlichen in unserem Land politische Initiativen, welche die Situation der Christen in der Region verbessern. Wir wollen es nicht zulassen, dass unsere Politiker angesichts anderer Brandherde in der Welt Ihr Schicksal aus den Augen verlieren.

(3) Wir fordern von den Verantwortlichen, den IS-Terroristen den Nachschub, Ressourcen und Finanzquellen zu entziehen. Dazu gehören z. B. der Handel mit Erdöl, der Verkauf von Antiquitäten und das Geschäft mit Geiselnahmen. Wir werden weiterfragen, bis wir befriedigende Antworten erhalten auf die Frage, ob wirklich alles getan wurde, um die Terroristen und ihre Helfer politisch und wirtschaftlich zu isolieren.

Wir sprechen uns dafür aus, dass alles rechtsstaatlich Mögliche getan wird, damit keine gewaltbereiten islamistischen Fanatiker aus Europa in Ihre Region einreisen können, um sich am Krieg gegen Sie zu beteiligen. Wir unterstützen Präventionsmaßnahmen, durch die junge Menschen vor einer religiösen und politischen Fanatisierung bewahrt werden können.

(4) Es ist unter uns umstritten, ob den Gegnern des IS weitere Waffen zur Verfügung gestellt werden sollen. Die einen befürchten, dass weitere Waffen in Ihrer vor Waffen strotzenden Region als Brandbeschleuniger wirken. Andere entgegnen, dass wir nicht tatenlos zuschauen dürfen, wenn unsere Geschwister in Christus ermordet und verschleppt werden.

Wir setzen uns dafür ein, jeden Waffeneinsatz in einem Kriegsgebiet daraufhin zu prüfen, ob er – als letzte verbliebene Möglichkeit – dazu geeignet ist, eine Ordnung des Friedens, der Freiheit und des Rechtes zu verteidigen oder wiederherzustellen. Dazu bedarf es einer klaren politischen Maßgabe internationaler Zusammenschlüsse. Vor allem treten wir dafür ein, dass solche Einsätze von der UNO mandatiert werden.

(5) Wir befürworten und unterstützen eine Langzeitstrategie, mit der die schulische Bildung und der Erhalt von Bildungseinrichtungen in Ihrer Region gefördert werden. Bildung ist eine wesentliche Lebensäußerung des Christentums. Durch Lernen und Ausbildung verändern sich Gesellschaften zum Besseren, gewinnen Stabilität und Reformfähigkeit.

Wir treten überall dafür ein, dass Kindern und Jugendlichen verschiedener geographischer, sozialer oder religiöser Herkunft die gleichen Teilhabechancen eröffnet werden. Dabei sollen deren individuellen Lebensverhältnisse Berücksichtigung finden wie auch das Einüben des Zusammen-lebens in gesellschaftlicher Verbundenheit.

(6) Wir unterstützen Hilfen für Flüchtlinge aus Ihren Gemeinden in unserem Land. Wir wollen sie als Geschwister willkommen heißen und uns dafür einsetzen, dass sie in unserem Land Schutz finden. Viele unserer Gemeinden haben diese Hilfe und Maßnahmen der Unterstützung ganz oben auf ihre Tagesordnung gesetzt. Unsere Evangelisch-reformierte Kirche hat im letzten Jahr einen Sonderfonds für die Flüchtlingsarbeit beschlossen und den Gemeinden bereitgestellt. Wir wollen aber auch nicht vergessen, dass die meisten den Wunsch haben, eines Tages in Frieden in ihre Heimat zurückzukehren.

(7) Wir werden uns für umfassende und nachhaltige humanitäre Hilfen in Ihrer Region einsetzen, mit denen zum Beispiel die Welthungerhilfe, die UNO-Flüchtlingshilfe, Diakonie und »Brot für die Welt« dazu beitragen, auch Ihre Not zu lindern.

Wir möchten insbesondere das Projekt »Evangelische Schule Al-Nash-el-Jadeed (die neue Menschheit)« unserer Evangelisch-reformierten Glaubensgeschwister in Aleppo, Syrien unterstützen und unsere Gemeinden und Gemeindeglieder darum bitten, speziell für dieses Anliegen eine Kollekte abzuhalten.

Wir wollen Sie nicht vergessen!

Der Gott des Friedens sei mit uns allen!

Emden, am 17. April 2015

Die Ev.-reformierte Kirche nahm direkten Kontakt mit der National Evangelical Synod of Syria and Lebanon (NESSL), einer kleinen Kirche presbyterianischer Gründung, auf. In den folgenden Jahren fanden mehrere Besuchsprogramme statt, dazu zählt neben der Begegnung auf kirchenleitender Ebene in Deutschland und im Libanon auch der Austausch von Kirchenältesten, die Unterstützung der Bildungsarbeit der NESSL sowie ein in beiden Kirchen gefeierter Friedensgottesdienst im Advent 2016, dessen Liturgie gemeinsam erarbeitet wurde.[13]

Auch die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers antwortete explizit auf den Hilferuf der Kirchen aus Syrien: In seinem Bericht vor der Landessynode am 25. November 2015 erläuterte Landesbischof Ralf Meister Pläne für eine Syrienpartnerschaft als Reaktion auf den »Urgent Appeal« und verband dies auch mit der Unterstützung für die bedrohte Existenz des Christentums in Syrien:

Im Januar 2016 werde ich die Gelegenheit haben, in Beirut mit Vertretern der Kirchen zusammen zu sein. Ich möchte mir im Gespräch mit unseren Geschwistern ein Bild über die Lage machen. Sie werden mir sagen, was getan werden kann. Allein schon der persönliche »Besuchsdienst«, so wird mir gesagt, wird als ein wichtiges Zeichen der Unterstützung und geistlichen Stärkung erlebt. Dabei wird es natürlich um konkrete Unterstützungsmaßnahmen gehen. Ich hoffe aber auch, dass wir miteinander bedenken, welche mittel- und langfristigen Formen der partnerschaftlichen Zusammenarbeit und Begleitung denkbar sind. Die Zukunft christlicher Gemeinden in Syrien ist bedroht, die Existenz christlicher Kirchen im Mittleren Osten ist bedroht. Wir wollen einen kleinen Beitrag leisten, damit diese Zukunft gesichert bleibt. Dazu braucht es Menschen mit guten Ideen und dem Mut, neue Wege zu gehen. Schon heute leben Christen aus Syrien in unserer Nähe. Es wäre gut, wenn wir die Kontakte zu ihnen nutzen könnten, um sie kennenzulernen, ihnen zuzuhören und um konkrete Hilfe hier und in Syrien anzubieten. So entsteht praktisch, aber auch geistlich, ein Netzwerk der Hoffnung.[14]

Die Landessynode gab ihrem Landesbischof einen Gruß zum Besuch in der Region mit auf den Weg:

Wort der Landessynode für die Begegnungen des Landesbischofs in Syrien

Hannover, 26. November 2015

»Wenn ein Glied leidet, so leiden alle Glieder mit«. (1. Kor. 12, 26)

Mit den Worten des Apostel Paulus lassen sich auch unsere Gefühle beschreiben, liebe Schwestern und Brüder in Syrien, wenn wir in diesen Tagen und Wochen an Euch denken. Während der November-Tagung der Landessynode der hannoverschen Landeskirche, in

13. S. dazu: reformiert, Berichte und Bilder aus der Evangelisch-reformierten Kirche: 1-2017, 16 und 25; 3-2017, 19; 4-2018, 16f.

14. Bericht des Landesbischofs, 25. November 2015 (https://www.landeskirche-hannovers.de/damfiles/default/evlka/wir-ueber-uns/landessynode/synode_25/fuenfte-tagung-25-landessynode/berichte_25_05/Bischofsbericht-November-2015_100dpi-c4b-d4e50b69f70195eed7cd477854d8a.pdf).

den täglichen Nachrichten, durch Berichte von Geflüchteten und persönlichen Kontakten nach Syrien erfahren wir von Eurer schwierigen Lage in Eurem vom Bürgerkrieg gezeichneten Land.

In unserem Eröffnungsgottesdienst und den täglichen Andachten während unserer Tagung haben wir in den Fürbitten an Euch gedacht. Wir möchten Euch wissen lassen, dass wir für Euch beten - um Bewahrung in Zeiten großer Gefahr, um Trost in Momenten großer Angst und um Mut angesichts einer ungewissen Zukunft.
Die Reise unseres Landesbischofs zu Euch ist ein Zeichen unserer tiefen Verbundenheit.
Wir wünschen allen Beteiligten Gottes Segen für diese Begegnung und grüßen Euch in geschwisterlicher Verbundenheit.
Der Friede Gottes sei mit Euch![15]

In seinem Bericht vor der Landessynode am 26. Mai 2016 gab Landesbischof Meister seine Eindrücke von der erfolgten Reise wieder:

Unsere Frage lautete, wie es uns gelingen könne, Partnerschaften zu den evangelischen Schulen in Syrien aufzubauen. Beim Besuch der National Evangelical Synod of Syria and Lebanon (NESSL) und dem Gespräch mit einer Abordnung in ihrem Headquarter in einem Außenbezirk der Stadt mit einem traumhaften Blick über das Mittelmeer verteilte ich vor Beginn des Gesprächs das Grußwort unserer Synode, das wir ins Arabische übersetzt hatten. Ein Vertreter las es laut vor. Im Anschluss: Tiefes, berührtes Schweigen. Und dann der Dank für unsere Solidarität mit den Kirchen vor Ort. Ich gebe Ihnen diesen Dank weiter. Immer wieder hörte ich die Sätze: Ihr Besuch und Ihre Grußbotschaft helfen uns, innerhalb und außerhalb unserer Kirche zu zeigen: Wir werden gehört. Unsere Rufe nach Hilfe und Anteilnahme sind nicht umsonst. Wer die Homepage dieser Synode aufruft, sieht bei der Liste der Kirchengemeinden in Syrien hinter einigen Gemeinden einen Stern mit dem Hinweis: Aufgrund der aktuellen Sicherheitslage finden keine Gottesdienste statt. Und zwei Sterne werden erklärt mit den Worten: Aufgrund der Besetzung von bewaffneten Truppen gibt es zurzeit keine Gemeindemitglieder mehr in dieser Kirchengemeinde. Selten ist eine Reise zu christlichen Geschwistern so eindrucksvoll und bewegend für mich gewesen wie diese drei Tage im Libanon.

In der Landeskirche Hannovers wurde die Syrien-Initiative »Gemeinsam helfen – Eine Zukunft für Christen in Syrien schaffen«[16] gegründet, mit deren Hilfe Mittel zur Schulunterstützung gesammelt werden und eine Schulpatenschaft in Gemeinschaft mit der NESSL aufgebaut wurde. Im September 2018 reiste eine kleine Gruppe von Lehramtsstudierenden in den Libanon, um in Schulen für Flüchtlingskinder mit den dortigen Pädagogen/innen in Austausch zu treten.

15. Aktenstücke der 25. Landessynode, Nr. 54.
16. www.zukunft-fuer-syrien.de/; s. auch: www.landeskirche-hannovers.de/damfiles/default/evlka/wir-ueber-uns/landessynode/synode_25/elfte-tagung-25-landessynode/Bischofsbericht-November-2018_Internet.pdf-c95792668be191d8609b89007ecd3ad4.pdf.

4. 3 Stellungnahmen der Evangelischen Mittelost-Kommission der EKD (EMOK)[17]

Die Evangelische Mittelost-Kommission meldete sich erstmals im Juli 2012 zum Konflikt in Syrien zu Wort. In ihrer Stellungnahme bekräftigte sie ihre besondere Verbundenheit mit den Kirchen Syriens und der gesamten Region und drückte gleichzeitig ihre Solidarität über religiöse Grenzen hinweg mit allen Menschen in Syrien aus. Mit den syrischen Kirchen fragte sie kritisch nach den Interessen westlicher Politik und verurteilte gleichzeitig scharf die Gewalt des syrischen Regimes gegen seine eigenen Bürger/innen. In ihren Forderungen wandte sich die EMOK gegen jeglichen Missbrauch der Religion für Kriegszwecke sowie gegen die syrische Politik, welche Christen und weitere Minderheiten des Landes in die Rolle der Unterstützer des Regimes zwingt. Ebenso kritisierte sie deutlich die militärische Aufrüstung religiöser Gruppen von außen und insbesondere die Unterstützung militanter sunnitischer Gruppen durch westliche Staatsmächte. Die Verantwortung der Weltgemeinschaft für Syrien, so die EMOK, könne nur wahrgenommen werden, wenn die Entwicklung nicht für eigene geostrategische Zwecke missbraucht werde.[18]

Vier Jahre später, im Oktober 2016, stellte die Vollversammlung der Evangelischen Mittelost-Kommission in ihrem Positionspapier »An der Seite der Christen im Mittleren Osten« selbstkritisch fest, dass die Wahrnehmung der Situation der Christen im Nahen Osten durch die Kirchen des Westens in den vergangenen Jahren zu gering war:

> Mit den Flüchtlingen aus dem Mittleren Osten kommen nun auch viele orientalische Christen nach Deutschland. Manche Mitgliedskirchen der EKD pflegen bereits seit vielen Jahren gute ökumenische Beziehungen zu Christen in Ägypten, im Libanon, Irak, Syrien, Jordanien, Iran, Israel und in den Palästinensischen Gebieten. Doch erst jetzt entsteht ein breiteres Bewusstsein für das orientalische Christentum in seinen Heimatländern sowie für die orientalischen christlichen Gemeinden, die bereits seit vielen Jahren in Deutschland bestehen.[19]

17. Der Evangelischen Mittelostkommission gehören Kirchen, Missionswerke, Hilfswerke und christliche Organisationen an, die Beziehungen zum Mittleren Osten pflegen. Kooperation und Austausch finden sowohl innerhalb der EMOK zwischen ihren Mitgliedern statt als auch mit den jeweiligen Partnerkirchen und kirchlichen Werken im Mittleren Osten. Die EMOK begleitet verschiedene Programme und Projekte ihrer Mitglieder. Partnergremien der EMOK sind der Middle East Council of Churches (MECC) und die Fellowship of Middle East Evangelical Churches (FMEEC). Die EMOK berät den Rat der EKD, die Kirchenleitung der VELKD und das Präsidium der UEK, den Vorstand des Evangelischen Missionswerkes (EMW) und deren Gliedkirchen sowie Mitgliedskirchen und -werke.)

18. www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/EMOK-Stellungnahme_Syrien.pdf.

19. EMOK an der Seite der Christen im Mittleren Osten (www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/Positionspapier_EMOK_an_der_Seite_der_Christen_Mittlerer_Osten.pdf). Der Rat der EKD nahm diese Stellungnahme am 24. Februar 2017 zustimmend zur Kenntnis.

Vor diesem Hintergrund rief die EMOK zu einem ökumenischen Lernprozess auf: dieser solle sowohl auf eine bessere Kenntnis der Situation der Christen in den mittelöstlichen Staaten abzielen als auch das Bewusstsein für die Situation von Geflüchteten aus dieser Region, die in hiesigen Kirchen und Gemeinden Zuflucht suchen, schärfen. Ebenso richtete sich dieser Lernprozess auf die Wahrnehmung der vielfältigen mittelöstlichen Diaspora in Deutschland. Angesichts der dramatischen Situation in Syrien solle die Evangelische Kirche in Deutschland sich »entschieden und spürbar« an die Seite der orientalischen Geschwister stellen.[20]

Am 7. November 2018, als in der Provinz Idlib die humanitäre Katastrophe längst eingetreten war, äußerte sich die Exekutive (Exekutiv-Ausschuss) der Ev. Mittelost-Kommission erneut.[21] Sie rief ihre Mitgliedskirchen zur Fürbitte, zur humanitären Hilfe und zur Förderung von Projekten, die dem Wiederaufbau dienen, auf. Humanitäre Maßnahmen sollten dabei nicht nur auf die christlichen Gemeinschaften gerichtet sein, sondern unabhängig von konfessioneller und religiöser Zugehörigkeit geleistet werden. Dies wurde auch als ein Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen verstanden. Die Zukunft des Landes könne nur, so die Einschätzung der EMOK, in Achtung und Garantie des Miteinanders von religiöser und ethnischer Vielfalt gesichert sein. Angesichts der Abhängigkeit der christlichen Minderheit vom syrischen Regime – und in der Folge der verschiedentlichen Unterstützung der Regierung durch die Kirchen – »ermutigt« sie die christlichen Geschwister, sich dennoch für die Stabilisierung von demokratischen Grundsätzen und Normen einzusetzen – und gestand gleichzeitig ein, wie schwierig eine solche Haltung gegenwärtig sei.

»Politische und im äußersten Fall auch militärische Aktionen von syrischen und externen Akteuren« – hier blieb die Stellungnahme eher vage und unterließ damit die offene Kritik an der syrischen Regierung, aber auch an weiteren am Krieg beteiligten Staaten, etwa Russland – seien nur dann legitim, wenn durch sie die Sicherheit für alle religiösen und ethnischen Gruppen in Syrien dauerhaft hergestellt werden werde.

Die Exekutive der Ev. Mittelost-Kommission sah durch die Entwicklung und die gegenwärtige Lage in Syrien Christen in Deutschland, in Syrien selbst und weltweit herausgefordert, sich sowohl für den Schutz der Menschen im Land als auch für Rückkehrmöglichkeiten für Geflüchtete einzusetzen sowie an Strukturen für eine zukünftige plurale Gesellschaft in Syrien mitzuarbeiten:

Zur Situation in Syrien. Stellungnahme der Exekutive der Evangelischen Mittelost-Kommission der EKD

20. Besonders dramatisch ist die Situation der Christen in Syrien und im Irak. Im Gefolge des Irakkrieges (2003) und des syrischen Bürgerkrieges (2011 bis heute) entstand die islamistische Terrorgruppe »Islamischer Staat«, die Christen systematisch und grausam verfolgt. Sie werden bedroht, verschleppt, vertrieben oder zur Konversion gezwungen, ihre Kirchen werden angezündet, ihr Hab und Gut geraubt. Viele sehen daher in der Auswanderung aus ihrer Heimat den einzigen Ausweg. Die Zahl der im Irak lebenden Christen sinkt stetig. Genaue statistische Angaben liegen hierzu nicht vor, es gibt jedoch Schätzungen, nach denen die Zahl der irakischen Christen in den letzten zehn Jahren von 1.200.000 auf 200.000 bis 300.000 zurückgegangen ist.

21. Zur Situation in Syrien. Stellungnahme der Exekutive der Evangelischen Mittelost-Kommission der EKD (www.ekd.de/EMOK-Texte-22521.htm).

Der Herr ist treu; der wird euch stärken und bewahren vor dem Bösen.

2. Thessalonicher 3, 3

Ende September 2018 hat die Evangelische Mittelost-Kommission (EMOK) in Berlin getagt.

Verschiedene in der EMOK vertretene kirchliche Institutionen pflegen seit langem Partnerschaften zu Kirchen und Gemeinden in Syrien.

Haroutune Selimian, armenisch-evangelischer Pfarrer in Aleppo, hat der Vollversammlung der EMOK von dem ermutigenden Engagement berichtet, das die christlichen Gemeinden in der Region leisten – gestärkt durch ihren Glauben, unterstützt von Glaubensgeschwistern aus Europa.

Die Gemeinden in Syrien gehören zu den ältesten christlichen Kirchen überhaupt und damit zu den lebendigen geistlichen und kulturellen Wurzeln des Christentums.

Wir ermutigen unsere Mitgliedskirchen, die Arbeit unserer Geschwister in Syrien durch Gebet, humanitäre Hilfe und die Förderung von Wiederaufbauprojekten zu unterstützen.

Die humanitäre Hilfe richtet sich an Bedürftige ohne Ansehen der konfessionellen und religiösen Zugehörigkeit und hat somit das Potential, Brücken zwischen den Gemeinschaften zu bauen.

Wo diese Hilfe ausreichend und nachhaltig realisiert wird, wird ein Beitrag dazu geleistet, dass Menschen die Zukunft in ihrer Heimat planen können und nicht fliehen.

Wir sehen aber auch, dass diese Zukunft nur in einem Rahmen gewährleistet ist, der die Vielfalt des Mit- und Nebeneinanders verschiedener religiöser und ethnischer Gruppen politisch ermöglicht und Rechtssicherheit gewährleistet.

Angesichts der disparaten Machtverhältnisse und widerstrebenden Interessen zahlreicher Gruppen im Land und politischer Akteure von außerhalb, tendieren sog. Minderheiten oft zur Unterstützung autoritärer Machthaber, die ihre Existenz absichern.

Wir ermutigen unsere Geschwister in Syrien, langfristig konfessions- und religionsübergreifend die Sensibilisierung für politische Verhältnisse zu fördern, in denen demokratische Grundsätze und Normen sowie Religionsfreiheit im Sinne der Menschenrechte gewährleistet werden. Uns ist bewusst, dass die Spielräume dafür in der derzeitigen Situation eng sind.

Politische und im äußersten Fall auch militärische Aktionen von syrischen und externen Akteuren betrachten wir nur als legitim, wenn sie dazu dienen, Sicherheit für alle religiösen und ethnischen Gruppen im Land herzustellen und nachhaltig zu gewährleisten.

Wir begrüßen es, dass angesichts der bedrohlichen Situation in der Region Idlib mit dem Modell der Pufferzone ein politischer Kompromiss gefunden worden ist, der Menschenleben schützt, auch wenn die Nachhaltigkeit dieser Lösung fraglich ist.

Wir rufen alle an der zivilgesellschaftlichen und politischen Zukunft Syriens arbeitenden Staaten und Kräfte auf, sich für Verhältnisse zu engagieren, die das Gewaltmonopol des Staates respektieren, zivilgesellschaftliches Engagement auch aus religiösen Perspektiven akzeptieren und ein System entwickeln, das Gleichberechtigung und politische Teilhabe aller ethnischen und religiösen Gemeinschaften gewährleistet.

Im Vertrauen auf Gott, der stärkt und vor dem Bösen bewahren kann, betrachten wir diese Situation als einen Aufruf an Christen in Deutschland, in Syrien und weltweit, sowie an alle beteiligten politischen und humanitären Kräfte, ihre Möglichkeiten zu nutzen, um das Leben der Menschen in Syrien jetzt zu schützen, Möglichkeiten für eine sichere Rückkehr von Flüchtlingen zu fördern und politische und gesellschaftliche Strukturen für eine plurale Gesellschaft mit zu entwickeln.

4. 4 Abstimmungsrunde Syrien

Innerhalb der Evangelischen Mittelost-Kommission (EMOK) wird aufgrund der anhaltenden Kriegs- und Krisensituation in Syrien seit 2016 die »Abstimmungsrunde Syrien« einberufen.[22] Ihre einmal jährlich stattfindenden Sitzungen (mit Ausnahme zweier Zusammenkünfte in 2016) dienen der Information zur aktuellen Lage, dem gegenseitigen Austausch und vor allem der besseren Abstimmung der jeweiligen Aktivitäten von Landeskirchen und Missionswerken mit Partnern in der Region. Zu letzterer wird ein »mapping« erstellt und regelmäßig aktualisiert.[23]

Vor allem kirchliche Werke, so etwa das Evangelische Missionswerk (EMW), die Evangelische Mission in Solidarität (EMS)[24], das Gustaf-Adolf-Werk (GAW), die Diakonie Katastrophenhilfe oder Brot für die Welt durch das Programm »Kirchen helfen Kirchen« sind in Syrien engagiert und über diese Werke ihrerseits verschiedene Landeskirchen.[25] Der Evangelische Verein für die Schneller-Schulen ist bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts in der Region vertreten.[26]

Im Projektkatalog 2018 des GAW wurde bekanntgegeben:

Eine weitere gute Nachricht ist, dass in diesem Jahr bisher insgesamt 2,5 Millionen Euro Diasporagaben an Partnerkirchen zur Verfügung gestellt werden konnten. Dazu zählt auch die Hilfe für bedrängte und verfolgte Christen in Syrien. In diesem Jahr konnten zwei evangelische Gemeinden in Syrien mit Unterstützung des GAW ihre im Krieg zerstörten Kirchen renovieren und wieder aufbauen und für Gottesdienste öffnen: am 10. August 2018 die reformierte arabischsprachige Gemeinde in Nabik (an-Nabk) und am 2. Dezember 2018 die armenisch-evangelische Emmanuelgemeinde in Aleppo.

Die gute und verlässliche Zusammenarbeit mit den evangelischen Christen in Syrien in vergangenen sechs Jahren und die Not dort hat die Vertreterversammlung des GAW im September 2018 zu dem Entschluss bewogen, die Evangelische Kirche in Syrien und

22. Eine erste Beratungsrunde hatte bereits 2013 stattgefunden.

23. Siehe die Protokolle der Sitzungen am 23. März 2016, 6. Oktober 2016, 29. September 2017, 28. September 2018 und 11. September 2019 (Kirchenamt der EKD).

24. Seit Januar 2014 fördert die Evangelische Mission in Solidarität eine Vorschule im syrischen »Tal der Christen«, die von evangelischen Kirchen und Organisationen aus Syrien ins Leben gerufen wurde. Hier erhalten Flüchtlingskinder im Kindergarten- und Vorschulalter pädagogische Angebote (https://ems-online.org/projekte/ww-unterstuetzen/hilfe-fuer-syrische-fluechtlingskinder/).

25. Bereits seit 1992 besteht eine Freundschaft zwischen der Evangelischen Kirche in Kurhessen-Waldeck und der Rum-Orthodoxen Kirche von Antiochia. Der ökumenische Austausch hat u. a. Fragen des religiösen und sozialen Lebens zum Inhalt und wird durch gegenseitige Besuche und Studienreisen gefördert. Ein landeskirchlicher Ausschuss koordiniert und begleitet die Arbeit (https://www.ekkw.de/unsere_kirche/4415.htm).

26. Der Evangelische Verein für die Schneller-Schulen (EVS) berichtet mit seinem Magazin über christliches Leben im Nahen Osten regelmäßig auch zu Syrien (https://schneller-schulen.ems-online.org/).

im Libanon sowie die Union Armenisch-Evangelischer Gemeinden in Syrien offiziell als Partnerkirchen aufzunehmen.[27]

Im Bericht des Evangelischen Werkes für Diakonie und Entwicklung (EWDE) an die Synode der EKD im November 2018 heißt es:

> Die Diakonie Katastrophenhilfe hat seit Beginn der Krise in Syrien in der Region (Nachbarländer) und im Land selbst Projekte mit einem Gesamtvolumen von 60,5 Mio. Euro gefördert, über 1 Mio. Menschen konnten unterstützt werden. Derzeit werden aufgrund der immensen Not in dem Land Projekte sowohl im von Assad kontrollierten Bereich als auch in Oppositionsgebieten unterstützt. Letzteres ist jedoch enorm schwierig. Die Zugangsproblematik hat die internationale Hilfe seit Anbeginn des Krieges tendenziell sehr einseitig gemacht und das humanitäre Völkerrecht wurde von allen Parteien krass gebrochen.[28]

Die Unterstützung von Kirchen und kirchlichen Einrichtungen ist vielfältig: sie reicht von Zuschüssen für Bildungseinrichtungen und -programme (z. B. für evangelische Schulen in Aleppo, Homs und Qamishly sowie für Schulen für Flüchtlingskinder im Libanon) über medizinische Versorgung, den Wiederaufbau von durch Kriegshandlungen oder Terrorakte zerstörten Kirchen, für landwirtschaftliche Projekte, Ausstattungen von Flüchtlingscamps für die Wintermonate, bis zur theologischen Laienausbildung, Qualifizierung für Sonntagsschullehrerinnen, Begleitung von Studierenden und interreligiöser Jugendarbeit – um nur einige der Maßnahmen zu nennen.

Ein besonderes, weil literarisches Projekt ist die 2017 erschienene Dokumentation des inzwischen in Deutschland lebenden syrischen orthodoxen Christen und Juristen Tarek Bashour: »Die Pforten der Hölle werden sie nicht überwinden – Die Zerstörung der christlichen Sakraltopographie in Syrien«. Im Geleitwort der von der EKD durch ein Stipendium geförderten Untersuchung heißt es: »Mit großer Eindringlichkeit stellt das vorliegende Werk den Leserinnen und Lesern vor Augen, wie der nun über fünf Jahre andauernde Krieg nicht nur Mauern beschädigt, sondern vor allem das Leben von Menschen zerstört.«[29]

Es ist davon auszugehen, dass nach Beendigung des Krieges die vielfältige Unterstützung und konzertierten Maßnahmen in den verschiedenen Bereichen nicht nur weiterhin nötig sein werden, sondern die Hilfe seitens der alten und neuen Partner in Deutschland zukünftig über die bisher geleistete hinausgehen muss. Denn noch ist das gesamte Ausmaß der Zerstörung des Landes und seiner Infrastruktur überhaupt nicht abzusehen. Um wieviel mehr noch, was das Leben der Menschen betrifft: Die Folgen etwa für eine junge Generation ohne regelmäßige Beschulung und Ausbildung, stattdessen durch zerrissene Familien, durch Entwurzelung und Flucht, mangelnde medizinische Versorgung und jahrelange Kriegshandlungen traumatisiert und verletzt, werden dramatisch sein.

---

27. www.gustav-adolf-werk.de/nachrichten/id-25-millionen-euro-hilfe-fuer-diasporakirchen-im-jahr-2018.html.
28. www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/TOP-03a-Bericht-EWDE-AMD.pdf, 12
29. Illert, Martin/Bashour, Tarek/Böhringer, Susanne: Die Pforten der Hölle werden sie nicht überwinden – Die Zerstörung der christlichen Sakraltopographie in Syrien, Saarbrücken 2017, 3.

5. Kirchliche Stellungnahmen zu Krieg und Waffengewalt

In seiner Erklärung vom 16. April 2018 forderte der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) u. a. das sofortige Einstellen der Kriegshandlungen und die bedingungslose Versorgung der Bevölkerung mit Hilfsmaßnahmen.[30] Zuvor hatte es einen mutmaßlichen Einsatz von Chlorgas durch die syrische Armee gegeben, als diese den Rückzugsort von Dhihadistengruppen in Ost-Ghuta bombardierten. Daraufhin fanden in einer gemeinsamen Militäroperation der Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich und Großbritannien Angriffe gegen verschiedene Ziele in Syrien statt.

In dieser hochbrisanten Situation betonte der ÖRK die Rolle der Vereinten Nationen als Vermittler im unterbrochenen Friedensprozess und mahnte eine politische Lösung des Konflikts, Respekt vor dem Völkerrecht und der Menschenwürde an. Verbrechen gegen die Menschlichkeit sollten juristisch verfolgt werden. Der ÖRK sicherte dem syrischen Volk die Unterstützung der weltweiten Kirchenfamilie zu, gemeinsam für einen gerechten Frieden und für Versöhnung zu arbeiten.

Ökumenischer Rat der Kirchen: Erklärung zur Situation in Syrien

Genf, 16. April 2018

Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) mit seinen Mitgliedskirchen und ökumenischen Partnern, die sich gemeinsam auf einem Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens befinden, sind zutiefst betrübt und bestürzt, dass nach fast siebenjährigem blutigen Konflikt Syrien und das syrische Volk immer noch unter anhaltender Gewalt und Brutalität leiden. Die Staatengemeinschaft muss einen Weg finden, die Gewaltspirale zu beenden, die zur größten humanitären Tragödie seit dem Zweiten Weltkrieg geführt hat: zu über 400.000 Toten, 13,5 Millionen Menschen, die in Syrien Hilfsleistungen und Unterstützung benötigen, und über fünf Millionen Menschen, die aus dem Land geflohen sind, sowie 6,1 Millionen Binnenflüchtlinge.

Während dieser menschengemachten Katastrophe hat sich der ÖRK stets gegen den Krieg ausgesprochen und seine Stimme für einen gerechten Frieden erhoben. Wir bekräftigen unsere Überzeugung, dass es für den Konflikt in Syrien keine militärische Lösung geben kann. Einen gerechten und nachhaltigen Frieden für das syrische Volk kann es nur durch eine politische Lösung geben.

Der ÖRK beklagt, dass immer noch Gräueltaten an Zivilisten verübt werden. Der UN-Sicherheitsrat hat es bisher nicht geschafft, ausreichende und konsequente Maßnahmen zur Beendigung dieser Gräueltaten zu ergreifen, einen dauerhaften Waffenstillstand durchzusetzen oder den Respekt für das Völkerrecht und eine Rechenschaftspflicht für alle jene sicherzustellen, die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben, einschließlich dem Einsatz von Chemiewaffen.

Hinsichtlich der tragischen Eskalation der Situation in Syrien fordert der ÖRK erneut, was er bereits zahlreiche Male angemahnt hat: einen sofortigen Waffenstillstand, den bedingungslosen Zugang für humanitäre Hilfe in ganz Syrien, ein Bekenntnis aller betei-

30. Erklärung zur Situation in Syrien, 16. April 2018 (www.oikoumene.org/de/resources/documents/general-secretary/statement-on-situation-in-syria?searchterm=Syrien).

ligten Parteien zum Völkerrecht und zu einem Friedensprozess durch Dialog und Politik statt durch militärische Gewalt, die Fortsetzung des Genfer Friedensprozesses unter der Leitung der Vereinten Nationen, und die schnelle Rückkehr aller Zivilisten, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden, in Sicherheit und Würde.

Die ÖRK-Mitgliedskirchen in Syrien und der Region werden eine wichtige Rolle dabei spielen, das Geschehene zu bewältigen und alle Syrer/innen wieder zusammenzubringen, um die reiche Vielfalt Syriens zu bewahren und den sozialen Zusammenhalt wiederherzustellen. Der ÖRK versichert den Kirchen in Syrien, dass die ökumenische Familie ihnen und dem syrischen Volk auf diesem Weg beistehen und sich gemeinsam mit ihnen für einen gerechten Frieden und die Menschenwürde einsetzen wird.

Wir hoffen und beten, dass das Leid des syrischen Volkes ein baldiges Ende haben wird.

Pastor Dr. Olav Fykse Tveit

Generalsekretär, Ökumenischer Rat der Kirchen

Die Landessynode der Evangelischen Kirche in Baden schloss sich wenige Tage später dieser Erklärung an. Auch wenn der UN-Sicherheitsrat versagt habe, rechtfertige dies kein gewaltsames Eingreifen einzelner Staaten. Vielmehr sollten alle Kriegsparteien zur Diplomatie zurückkehren. Auf dem Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens sei es notwendig, dass Kirchenführer/innen »mit einer Stimme« sprächen und sich gemeinsam den für die Kriegsführung Verantwortlichen entgegenstellten:

»Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens« (Lukas 1, 79)

Erklärung der Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden zum Konflikt in Syrien

Die Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden schließt sich dem Appell des Weltkirchenrats für einen sofortigen Waffenstillstand in Syrien an. Wir fordern alle Kriegsparteien auf, dem jahrelangen Leiden des syrischen Volkes ein Ende zu bereiten. Mit großer Sorge sehen wir, dass der erneute Giftgasangriff die Menschen in Syrien neuem Leid und brutaler Gewalt aussetzt. Die militärische Intervention der Regierungen der USA, Englands und Frankreichs und das Vorgehen der russischen und türkischen Regierung bergen zudem ein großes Eskalationspotential. Eine direkte Konfrontation der USA und Russlands könnte leicht außer Kontrolle geraten.

Wir fordern alle Verantwortlichen auf, jetzt zu den Mitteln der Diplomatie zurückzukehren und alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Waffen zum Schweigen zu bringen. Wir fordern die Bundesregierung und alle Verantwortlichen in Kirche, Politik und Gesellschaft auf, sich für die ausnahmslose Einhaltung des Völkerrechts einzusetzen, das gegenwärtig vielfältig gebrochen wird.

Das unsägliche Elend der Kriegsopfer und Flüchtlinge in Syrien und die Gefahr einer weiteren Ausbreitung des Krieges nötigen die Verantwortlichen der Kirchen auf dem weltweiten Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens, mit einer Stimme zu sprechen und den Machthabern, die Krieg führen, Einhalt zu gebieten. Die badische Landessynode bittet den Rat der EKD, alle Anstrengungen zu unternehmen, um ein gemeinsames Eintreten der Kirchen in der Öffentlichkeit für ein Ende des Krieges in Syrien und eine humane Flüchtlingspolitik zu erreichen. Das Versagen des UN-Sicherheitsrates, der bislang keine gemeinsame Linie zur Durchsetzung eines Waffenstillstands beschlossen hat, rechtfertigt nicht das gewaltsame Vorgehen einzelner Länder.

Die Evangelische Landeskirche in Baden ist auf dem Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens mit der weltweiten Christenheit verbunden. Gemeinsam mit ihr beten wir

für den Frieden in Syrien und unterstützen die Kirchen in der Region sowie alle Schritte hin zu einem gerechten Frieden.

20. 04. 2018 18:34[31]

Neben Stellungnahmen und Friedensappellen hatten schon zuvor Aufrufe zu öffentlichen Friedensgebeten und Akte der Solidarität mit der leidenden Bevölkerung Syriens in verschiedenen Landeskirchen stattgefunden, so etwa im November 2016. Dabei schlossen sich die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN), die Evangelische Kirche im Rheinland (EKiR) und die Evangelische Kirche der Pfalz neben Religionsverbänden und zivilgesellschaftlichen Organisationen der Aufforderung der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) zu einer öffentlichen Schweigeminute in Mainz an.[32]

6. Kirchliche Beschlüsse und Stellungnahmen zur rechtlichen Situation von syrischen Flüchtlingen in Deutschland, insbesondere zum Familiennachzug

Für die Kirchen ist der Schutz der Familie ein besonderes Anliegen, und so äußerten sich die Synode der EKD wie auch die Synoden verschiedener Landeskirchen wiederholt zum Recht auf Familienzusammenführung von Geflüchteten, zumal es hier gravierende gesetzliche Änderungen gab. Hatten bis 2016 syrische Flüchtlinge in Deutschland Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) erhalten, änderte sich dieser Status mit der Einführung des sog. Asylpaketes II im Rahmen der asylrechtlichen Neuregelungen. Jetzt sind sie »subsidiär Geschützte«, d. h. sie haben damit nur noch einen eingeschränkten Schutzstatus. Für diese Gruppe wurde ab dem Frühjahr 2016 die Familienzusammenführung ausgesetzt, zunächst für den Zeitraum von zwei Jahren. Ab dem 1. August 2018 trat eine Neuregelung in Kraft: nachziehen dürfen jetzt nur noch Ehegatten und minderjährige Kinder; ihre Zahl wurde auf monatlich 1000 begrenzt.[33]

Die Synode der EKD verabschiedete mehrere Beschlüsse zum Familiennachzug, zuerst im November 2015. Im November 2017 erneuerte sie diesen Beschluss. Damals, im Jahr 2015, erklärte die Synode, dass das Recht auf Asyl als ein Menschenrecht nicht begrenzbar sei und dankte der Bundeskanzlerin für die Aufnahme von Schutzsuchenden. Unter anderem bat die Synode den Rat,

sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass das Recht auf Familiennach-

31. www.ekiba.de/html/media/dl.html?i=130791.

32. Pressemitteilung 127/2016, Ev. Kirche in Hessen und Nassau.

33. Vgl. die Pressemitteilung des Bundesministeriums des Innern vom 16. März 2016 (www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2016/03/asylpaketII-tritt-in-kraft.html), siehe dazu auch: www.proasyl.de/news/neue-asylpraxis-beim-bamf-immer-mehr-syrerinnen-und-syrer-kriegen-nur-subsidiaeren-schutz/ und Deutscher Bundestag, 18. Wahlperiode, Drucksache 18/11473, 10. März 2017 (http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/114/1811473.pdf#page=6).

zug wie bisher auch für subsidiär Geschützte gilt. Familie ist der Raum, in dem Vertrauen wächst und in dem die Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen. Gerade für Menschen auf der Flucht ist das Zusammensein der Familie elementar und ein wesentlicher Faktor der Integration. Das gilt selbstverständlich auch für die Gruppe der syrischen Flüchtlinge …

Bremen, den 11. November 2015[34]

Zwei Jahre später, im November 2017, stellte die Synode fest:

Gegenüber der Lage im Herbst 2015 hat sich geklärt, wie viele geflüchtete Menschen tatsächlich in Deutschland angekommen sind und wie viele von ihnen subsidiären Schutz erhalten haben. Aufgrund der Erfahrungswerte des Auswärtigen Amtes ist die Zahl der voraussichtlich nachziehenden Familienangehörigen deutlich geringer als erwartet.

Die Synode bittet den Rat der EKD, gegenüber den politischen Kräften in Berlin, die über eine Regierungsbildung verhandeln, einzufordern, dass die Aussetzung des Familiennachzugs nicht über den März 2018 hinaus praktiziert wird.

Bonn, den 15. November 2017[35]

Vor dem Hintergrund, dass das Kontingent von monatlich 1000 Personen, die nachziehen können, nicht ausgeschöpft wird, äußerte die Synode sich erneut im November 2018 und fasste diesen Beschluss:

Die Synode bittet den Rat der EKD und die Landeskirchen, sich weiterhin nachdrücklich für eine Regelung zum Familiennachzug zu subsidiär Geschützten einzusetzen, die humanitären Grundsätzen und Menschenrechten gerecht wird. Das bereits bestehende Kontingent von ohnehin nur 1.000 Menschen pro Monat ist unverzüglich umzusetzen.[36]

Zu ähnlichen Beschlüssen kam es in landeskirchlichen Synoden, so z. B. im April 2017 in der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO):

Die Landeskirche bittet den Rat der EKD, sich für die Rücknahme der Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär schutzberechtigte Flüchtlinge und für die völkerrechtskonforme Ausgestaltung des Familiennachzugs einzusetzen.

Begründung

Im Rahmen des so genannten Asylpakets II, das im März 2016 in Kraft getreten ist, wurde der Familiennachzug für Asylsuchende, die einen subsidiären Schutzstatus erhalten, weil

34. Beschluss zur Sicherung der Rechte Geflüchteter in Deutschland, 2. Tagung der 12. Synode der EKD, 8. bis 11. November 2015 Bremen, 11. November 2015 (www.ekd.de/synode2015_bremen/beschluesse/s15_beschluss_02_II_5_BV_KGBS_zur_Sicherung_der_Rechte_Gefluechteter.html).

35. Beschluss der 12. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland auf ihrer 4. Tagung zum Familiennachzug für Flüchtlinge (www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/s17_08_Beschluss_Familiennachzug_fuer_Fluechtlinge.pdf).

36. Beschluss der 12. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland auf ihrer 5. Tagung zum Familiennachzug zu subsidiär Geschützten (www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/2-8-Beschluss-zum-Familiennachzugzug-subsidiaer-Geschuetzten.pdf).

ihnen im Herkunftsstaat Folter, die Todesstrafe oder ernste Gefahr für Leib oder Leben infolge eines bewaffneten Konflikts droht, für zwei Jahre pauschal ausgesetzt. Anders als Flüchtlinge, die nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt sind, können subsidiär Schutzberechtigte damit erst ab dem 16.3.2018 einen Antrag stellen, ihre Familienmitglieder nachholen zu dürfen.

Für die Betroffenen bedeutet die Aussetzung des Familiennachzugs, dass sie weitaus länger als zwei Jahre von ihren Familienmitgliedern getrennt werden, denn zu berücksichtigen sind auch die Dauer der Flucht, die Zeit von der Einreise bis zur Zuerkennung des Schutzstatus, sowie die Wartezeiten auf die Visumserteilung für die nachzugsberechtigten Familienangehörigen durch die deutschen Auslandsvertretungen (häufig über ein Jahr). Praktisch führt die Regelung dazu, dass Familien über viele Jahre voneinander getrennt sind. Kinder (unbegleitete minderjährige Flüchtlinge ebenso wie im Ausland verbliebene Familienmitglieder), die zwischenzeitlich volljährig werden, haben keinen Anspruch mehr auf Familiennachzug, und werden ggf. für immer von ihren Eltern und Geschwistern getrennt.

Die Zahl der Flüchtlinge, denen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge keinen Flüchtlingsstatus nach der Genfer Flüchtlingskonvention, sondern nur einen subsidiären Schutzstatus zuspricht, ist seit Inkrafttreten des Asylpakets II drastisch gestiegen. Betroffen sind besonders Flüchtlinge aus Syrien und Eritrea, unter ihnen zahlreiche unbegleitete Minderjährige.

Die pauschale Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten verstößt gegen das grundgesetzlich und völkerrechtlich verbriefte Recht auf Familienleben und den Schutz der Familie und führt zu großem Leid bei den betroffenen Menschen. Sie widerspricht dem christlichen Menschenbild. Zudem wirkt die Verweigerung des Rechts auf Familiennachzug integrationshemmend. In ständiger Sorge um ihre in Kriegs- und Krisengebieten verbliebenen Angehörigen, sind die Menschen nicht in der Lage, sich auf ein neues Leben in Deutschland einzulassen.

Sigrun Neuwerth

Präses

Berlin, den 8. April 2017[37]

7. Schluss

Die Ankunft von Geflüchteten in Deutschland hat in den vergangenen Jahren eine beispiellose Welle der Hilfsbereitschaft und Solidarität hervorgebracht. Das Engagement im Bereich von Kirche und Diakonie – hier auch besonders durch die Bereitschaft und den Einsatz vieler Ehrenamtlicher – trug dazu bei, dass Menschen so gut wie möglich unter den gegebenen rechtlichen, politischen und gesellschaftlichen Umständen eine Chance zur Integration bekamen, viele allerdings nur auf Zeit.

Einer Untersuchung des Sozialwissenschaftlichen Instituts vom April 2017 zufolge konnten sich etwa 75 % der Befragten eine persönliche Unterstützung von Geflüchteten vorstellen. Dabei fand die Zusammenführung von Familienangehörigen die größte Akzeptanz hinsichtlich der Aufnahme.[38] Dies trifft in besonderer Weise auf die große Gruppe der aus Syrien Geflüchteten zu.

37. Az. 1624-07.04:06/01, Drucksache 02.1 B.
38. www.siekd.de/wp-content/uploads/2018/06/Fluechtlinge_Mai2017.pdf

Eine Erhebung, inwieweit geflohene syrische Christen in evangelischen Gemeinden in Deutschland wirklich angekommen sind, liegt nicht vor. Grundsätzlich aber lässt sich durchaus die Aussage treffen, dass syrische Christen in vielen evangelischen Gemeinden in Deutschland über einen kürzeren oder längeren Zeitraum beheimatet sind bzw. waren. Daraus kann man folgern, dass durch diese persönlichen Kontakte und durch das öffentliche Zeugnis der Kirchen insgesamt das Verständnis der Aufnahmegesellschaft für die jeweilige Situation der Geflüchteten, aber auch für die grundsätzliche Lage ihres Herkunftslandes samt der dortigen kirchlichen Landschaft, sich deutlich verbessert hat. Einfacher gesagt: Syrien ist uns nahe gerückt und damit der Blick für die bedrohte Christenheit in Syrien und die umso notwendigere Unterstützung auch durch Kirchen in Deutschland.

Auf die Frage, was er von den Kirchen des Westens erwarte, sagte der damalige Generalsekretär der NESSL, Joseph Kassab:

> Wir möchten, dass die Kirchen im Westen wissen, dass wir Christen des Nahen Ostens eigentlich in unseren Ländern bleiben und hier leben möchten. Auch wenn viele Christen geflohen sind – fliehen mussten – glauben wir, dass Gott uns hier in diese Region gestellt hat, um seine Liebe zu bezeugen. Von unseren Geschwistern im Westen erwarten wir, dass sie uns dabei unterstützen. Wir Christen im Nahen Osten möchten in modernen Staaten leben, in denen die Rechte von Minderheiten geschützt werden und in denen wir gleichberechtigt mit allen Bürgern an gesellschaftlichen und politischen Prozessen beteiligt sind. Wir wollen nicht einfach nur überleben, wir wollen in unseren Gesellschaften Positives bewirken und sie voranbringen.[39]

39. »Wir wollen nicht einfach nur überleben…« – im Gespräch mit Pfarrer Joseph Kassab (Beirut) über evangelische Christen im Nahen Osten, in: Hilf mir vor meinen Verfolgern! An der Seite bedrohter evangelischer Christen in Syrien, Leipzig, 2017, 33f.

III. Kirchliche Ereignisse und Entwicklungen

Eine Nachlese zum Reformationsjubiläum 2017

Von Thomas Martin Schneider

1. Luther-»Hype«

Das 500. Reformationsjubiläum 2017, das bereits zehn Jahre zuvor mit der Reformations- bzw. Lutherdekade begann und auch über das Jahr 2017 hinaus nachwirkt, war insbesondere durch einen regelrechten »Hype« um die Person Martin Luther geprägt. Er begegnete bzw. begegnet noch überall: als niedliche Playmobil-Figur oder als ein Meter großes Kunstobjekt aus kobaltblauem, moosgrünem, purpurrotem, schwarzem oder bronzefarbenem Kunststoff, auf den Titelseiten von Zeitungen und Magazinen am Kiosk, als Gegenstand oder zumindest Werbeträger von mehr oder weniger kitschigen Souvenirs (z. B. »Luther im Schneegestöber«), Konsum- und Gebrauchsartikeln (Luther-Bier, Luther-Einkaufschip etc.) und unterschiedlichen Events, seriösen oder weniger seriösen Büchern, in Funk und Fernsehen und in den neuen Medien, im Museum, im Musical und im Theater. Das reicht bis hin zu Kuriositäten: So versah die »Wartburgstadt Eisenach«, deren Oberbürgermeisterin Katja Wolf (seit 2012) der im Allgemeinen nicht gerade kirchennahen Linkspartei angehört, etwa selbst Bußgeldbescheide für Verkehrssünder noch mit einem Logo, das auf dem Hintergrund eines schwarzen Tintenkleckses in weißer Schrift auf »Luther 2021/22 500 Jahre Bibelübersetzung« hinweist (wobei der Schrägstrich durch die Abbildung einer Schreibfeder ersetzt ist). Der »Hype« um diesen Megastar der Weltgeschichte, dessen tatsächlichem oder vermeintlichem Thesenanschlag am 31. Oktober 2017 bundesweit ausnahmsweise ein Feiertag gewidmet war, war – und ist noch – in dieser Form und in diesem Ausmaß wohl einzigartig.

Es ist, zumal auf begrenztem Raum, unmöglich, allen Facetten des skizzierten Luther-»Hypes« nachzugehen oder auch nur eine einigermaßen ausgewogene Auswahl zu treffen. Die folgende Nachlese aus kirchen- und zeitgeschichtlicher Perspektive kann nur recht subjektiv und entsprechend anfechtbar sein. Eine großformatige, umfassende Text- und Bilddokumentation, inklusive Filmmaterial auf DVD, gemeinsam herausgegeben von der Staatlichen und der Kirchlichen Geschäftsstelle »Luther 2017« bzw. »Luther 2017 – 500 Jahre Reformation« liegt im Übrigen seit 2018 vor.[1] Hinzuweisen ist etwa auch auf die voluminösen Begleitbände zu den drei nationalen Sonderausstellungen: zur globalen Wirkung der Reformation am Beispiel Schwedens,

1. Reformationsjubiläum 2017. Rückblicke, hg. von der Staatlichen Geschäftsstelle »Luther 2017« und der Geschäftsstelle der EKD »Luther 2017 – 500 Jahre Reformation«, Leipzig 2018.

Nordamerikas, Tansanias und Südkoreas (»Der Luthereffekt« im Berliner Gropius-Bau)[2], zum Thema »Luther und die Deutschen« (auf der Wartburg/Eisenach)[3] und zu »Luthers Weg zum Thesenanschlag« und zu »Menschen […], die Luthers Themen als Provokationen in ihrem Leben und Handeln aufgenommen haben« (»Luther! 95 Schätze – 95 Menschen«, im Lutherhaus in Wittenberg)[4].

2. Politische und kirchenpolitische Ziele der Kirche

In einem programmatischen Aufsatz aus dem Jahre 2012 mit der Überschrift: »Im Kontext unserer Zeit. Das Reformationsjubiläum 2017 und die politische Dimension des Freiheitsbegriffes« erklärte die EKD-Reformationsbotschafterin Margot Käßmann, dass es darum gehe, »dass wir 2017 nicht ein binnenkirchliches oder rein deutsches Jubiläum feiern«.[5] Ausgehend von der Überlegung, dass »Reformationsjubiläen […] stets von ihrem Kontext geprägt« seien, fragte sie: »Was zeigt sich schon heute als das Besondere am Jubiläumszeitpunkt 2017?«[6] Sodann ging die Autorin auf aktuelle Problemfelder ein: die »Ökumene«, insbesondere mit dem römischen Katholizismus, den »Dialog der Religionen«, insbesondere mit Juden und Muslimen, »Frauen« im Pfarr- und Bischofsamt u. a.[7] Der Beitrag endete mit einem Abschnitt mit der Überschrift »Freiheit«:

> 2017 wird das erste Reformationsjubiläum sein, bei dem es in Deutschland eine klare Trennung von Kirche und Staat gibt und ein klares Bekenntnis zu Verfassung und Menschenrechten. In Luthers Freiheitsbegriff geht es zuerst um die Glaubensfreiheit, die uns Christus schenkt. In der Konsequenz geht es auch um Freiheit des Gewissens, um Religionsfreiheit und Meinungsfreiheit. Das hat auch politische Konsequenzen. Nach der Erfahrung des Versagens unserer Kirchen und auch ihrer Verführbarkeit in der Zeit des Nationalsozialismus haben wir gelernt, dass Kirche Widerstand leisten muss, wo Menschen- und Freiheitsrechte mit Füßen getreten werden. Das sind auch Erfahrungen der Kirche in der DDR. Das sind auch Erfahrungen in aller Welt: in Südafrika, in Argentinien, im Iran. Das Reformationsjubiläum 2017 muss auch die politische Dimension des reformatorischen Freiheitsbegriffs aufzeigen. Es wird darum gehen, das Jubiläum bewusst im Kontext unserer Zeit zu feiern. Das wird spannend.[8]

2. Stiftung Deutsches Historisches Museum (Hg.): Der Luthereffekt. 500 Jahre Protestantismus in der Welt [Sonderausstellung des Deutschen Historischen Museums im Martin-Gropius-Bau, Berlin 12. April – 5. November 2017], München 2017.

3. Wartburg-Stiftung Eisenach (Hg.): Luther und die Deutschen. Begleitband zur Nationalen Sonderausstellung auf der Wartburg 4. Mai – 5. November 2017, Petersberg 2017.

4. Stiftung Luthergedenkstätten in Sachsen-Anhalt (Hg.): Luther! 95 Schätze – 95 Menschen. Begleitbuch zur Nationalen Sonderausstellung Augusteum, Lutherstadt Wittenberg 13. Mai – 5. November 2017, München 2017, Zitat: 12.

5. Politik & Kultur 2012, H. 5, 12; wieder abgedruckt in: Aus Politik & Kultur 10: Disputationen I: Reflexionen zum Reformationsjubiläum 2017, hg. von Olaf Zimmermann/Theo Geißler, Berlin 22015, 67–69, 67.

6. Ebda.

7. Ebda., 67f.

8. Ebda., 68f.

Das von Käßmann mitherausgegebene evangelische Magazin »chrismon« griff diese Gedanken auf und versuchte, sie für ein breiteres Publikum konkret umzusetzen. In seiner Ausgabe vom September 2015 brachte das Magazin unter dem Titel »Luther reloaded« eine achtseitige Fotostrecke über »Menschen aus aller Welt, die dem Reformator verdammt ähnlich sind«.[9] Im Inhaltsverzeichnis wurde diese Fotostrecke wie folgt angekündigt: »Geht weiter – Bloggerin. Bürgerrechtler. Künstlerin. Kulturschmuggler. Martin Luther wäre stolz auf sie«.[10] Konkret ging es u. a. um den inhaftierten, gefolterten saudi-arabischen Blogger Raif Badawi, der sich, wie es in dem Magazin hieß, verstanden fühlt durch den Satz: »Säkularismus ist die Lösung«[11], oder um Nadeschda Tolokonnikowa von der russischen Punkband »Pussy Riot«, die wegen des Vorwurfs der Verletzung religiöser Gefühle zu zwei Jahren Lagerhaft verurteilt worden war[12], oder um die südafrikanische Frauenrechtskämpferin Dawn Cavanagh, die sich mutig für die Rechte von lesbischen und bisexuellen Frauen einsetzt.[13]

Eine noch stärkere bzw. (selbst-)kritischere Zuspitzung der Politisierungsforderung fand sich in einem Beitrag des Generalsekretärs der Evangelischen Akademien in Deutschland, des Soziologen Klaus Holz, für die Wochenzeitung »Die Zeit« mit dem Titel »Luthers Abweg«.[14] Das Schlussresümee des Artikels lautete:

> Es ist bemerkenswert, wie klar sich die evangelische Kirche, wenn auch nicht ihre Mitglieder, in den letzten Jahrzehnten von der Judenfeindschaft löste. Nun müsste der nächste Schritt folgen: Die religiöse muss zur gesellschaftsgeschichtlichen Selbstreflexion und Selbstkritik erweitert werden und die Verzahnung von »deutsch« und »protestantisch«, von »national« und »religiös« aufarbeiten. Dazu müsste sich der Protestantismus paradoxerweise wieder politisieren. Denn eine solche Aufarbeitung könnte die protestantische »Schuldgeschichte« (Käßmann) nur schreiben, wenn sie sich im Kern der Sache, im Verhältnis von Religion und Politik, und nicht bloß in einzelnen politischen Fragen positioniert. Das aber scheut der Protestantismus inzwischen wie der Teufel das Weihwasser – vielleicht weil es das Drama des Protestantismus war, zwischen Weltabgewandtheit und Apologie der Macht durch die Jahrhunderte hindurch zu schwanken.
>
> Die Antwort auf die hochpolitischen Luther-Jubiläen 1883, 1917, 1933 wäre also nicht theologische Abstinenz von Politik. Sie müsste vielmehr klären, was die Grundlage einer Politik ist, die sich nicht durch Antisemitismus, Nationalismus, Rassismus und religiöse Feindschaft ihrer selbst vergewissert. Angesichts der fundamentalsten Krise der europäischen Einigung wie der demokratischen Kultur seit 1945, angesichts der populistischen Erosion liberaler wie konservativer Milieus wäre das eine protestantische, öffentliche Theologie des Pluralismus und der Demokratie zur rechten Zeit.[15]

Die Beispiele zeigen, dass kirchlicherseits offenbar insbesondere eine politische Rezeption des Reformators Martin Luther im Mittelpunkt des 500. Reformationsjubiläums 2017 stehen sollte. Die Reformation sollte als Anstoß der modernen aufklärerischen Emanzipationsbewegungen gefeiert werden.

9. chrismon 2015, H. 9, 12–19.
10. Ebda., 3.
11. Ebda., 15.
12. Ebda., 16.
13. Ebda., 19.
14. Die Zeit 2016, Nr. 49, 21.
15. Ebda.

Der naheliegende Einwand aus der Perspektive der Historiographie, dass das alles mit dem historischen Luther doch nur wenig oder gar nichts zu tun habe – dass Luther gewiss nicht für Säkularismus oder Aufstände, welcher Art auch immer, eintrat; dass er doch wohl eher ein traditionell bürgerliches Ehe- und Familienverständnis hatte; dass man in reformatorischer Tradition sicher nicht zwischen der evangelischen Kirche und ihren Mitgliedern differenzieren kann und dass Luther ungeachtet aller schlimmen Juden-, Rom- und Türkenfeindschaft der Nationalismus und der Rassismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts unbekannt waren – geht insofern fehl, als man an dem historischen Luther und seinem Denken offenbar kaum interessiert war. Man bezog sich nämlich zum einen auf Luthers rebellische Persönlichkeit, seinen aufsässigen Charakter (vgl. hier das Magazin »chrismon«, das inhaltlich gar nicht an Luther anknüpfen wollte), was an das viel zitierte Wort von Johann Wolfgang von Goethe anlässlich des 300. Reformationsjubiläums im Jahre 1817 erinnerte:

> Denn, unter uns gesagt, ist an der ganzen Sache [sc. der Reformation] nichts interessant als Luthers Charakter und es ist auch das Einzige, was der Menge eigentlich imponiert. Alles Übrige ist ein verworrener Quark, wie er uns noch täglich zur Last fällt.[16]

Geistesgeschichtlich wollte man zum anderen wohl – in Verkennung der tatsächlich kritischen Stoßrichtung – an die berühmte kulturtheoretische These von Ernst Troeltsch anknüpfen, der die Bedeutung der Reformation bzw. des Protestantismus »für die Entstehung der modernen Welt« untersuchte[17], und fragen, welche Herausforderungen sich heute – im Sinne einer fortschreitenden Modernisierung – ergeben (vgl. Käßmann). Gleichzeitig konnte man sich von ambivalenten, nach heutigen Maßstäben antimodernen oder nicht-aufklärerischen Zügen des Reformators abgrenzen oder solche Maßstäbe gar gegen ihn wenden und profilieren (vgl. Holz). Auch hier konnte man unmittelbar an Troeltsch anknüpfen, der zwischen Alt- und Neuprotestantismus unterschied und eine notwendigerweise erfolgte »Transformation der Reformation« des noch im Mittelalter verhafteten Luther »in die neuzeitlich personale Gewissensreligion« konstatierte, »die die Souveränität der menschlichen Person gegenüber der Welt ermöglicht und die Welt zugleich sittlich-religiös beherrschen läßt« und dabei »die Funktion eines obersten Leitwertes für die Kultur« einnimmt.[18] Ganz deutlich erkennbar ist die Anknüpfung an Troeltsch im »Resümee« der oben schon erwähnten gemeinsamen Dokumentation der beiden Geschäftsstellen »Luther 2017«, auch wenn nicht explizit auf ihn verwiesen wurde. Unter Punkt 2 hieß es dort:

> Beim Reformationsjubiläum war allen Akteuren bewusst, dass man sich in einer histori-

16. Brief Goethes an Carl Ludwig von Knebel vom 22. August 1817, in: Goethes Werke, 4. Abtheilung: Goethes Briefe, Bd. 28, Weimar 1903, 226–228.

17. Troeltsch, Ernst: Die Bedeutung des Protestantismus für die Entstehung der modernen Welt. Vortrag, gehalten auf der IX. Versammlung deutscher Historiker zu Stuttgart am 21. April 1906, in: Ernst Troeltsch Kritische Gesamtausgabe, Bd. 8: Schriften zur Bedeutung des Protestantismus in der Welt, Berlin/New York 2001, 183–316.

18. zur Mühlen, Karl-Heinz: Wirkung und Rezeption, in: Beutel, Albrecht (Hg.): Luther Handbuch, Tübingen ²2010, 481.

schen Tradition befand. So wurde das Jubiläum in Deutschland erstmals in einer demokratisch verfassten Gesellschaft gefeiert. Die Reformation wurde als gemeinsame Quelle der westlichen Wertewelt aufgezeigt. Daraus ergab sich die Perspektive, in Martin Luther den Vorkämpfer für Gedankenfreiheit und Zivilcourage wahrzunehmen, ihn also in ein demokratisches Wertesystem zu integrieren. Gleichzeitig wurde eine Heroisierung vermieden, die Schattenseiten des Reformators und der Reformation wurden offen debattiert. Im Ergebnis muss jede Zeit im Lichte der Vergangenheit ihren eigenen Weg zum Feiern und Erinnern finden und prüfen, inwieweit ein Jubiläum aktuell noch inspirieren kann. Dabei ist Ehrlichkeit geboten, Licht und Schatten müssen offen thematisiert werden.[19]

Die aufklärerisch-fortschrittsoptimistische Luther-Rezeption, die an Troeltsch anknüpft, ist theologisch freilich bereits seit 100 Jahren mindestens umstritten. Der Bonner Kirchenhistoriker Karl-Heinz zur Mühlen, der Troeltsch sogar noch im langen 19. Jahrhundert verortete, urteilte etwa:

Doch Troeltschs Kultursynthese geriet mit der Desillusionierung des Kulturidealismus, die durch den Ersten Weltkrieg hereinbrach, in eine Krise.[20]

Nach dem Zweiten Weltkrieg wiesen zudem Max Horkheimer und Theodor W. Adorno auf die »Dialektik der Aufklärung« hin.[21]

Ein zweiter wichtiger Impuls neben der Politisierung war die Ökumenisierung des Reformations- bzw. Luthergedenkens. In der gemeinsamen Dokumentation der beiden Geschäftsstellen »Luther 2017« las sich das unter Punkt 10, dem letzten Punkt, so:

Das Reformationsjubiläum wurde zu einem konfessionsverbindenden, ökumenischen Gedenken an die ursprüngliche religiöse Intention der Reformation. Darin spiegelt sich der weiterwirkende Prozess versöhnter Verschiedenheit zwischen den christlichen Kirchen in Europa wider. Nicht nur für die Ökumene gilt: Die während eines Jubiläums erreichten Ziele dürfen nicht Endpunkt sein, sondern müssen Ausgangspunkt und Aufbruch zur kontinuierlichen Weiterentwicklung werden.[22]

Paradoxerweise wurde hier nun ausdrücklich auf »die ursprüngliche religiöse Intention der Reformation« Bezug genommen, was in einer gewissen Spannung zu den aktuellen Politisierungsbestrebungen stand. Vielerorts wurde das Reformationsjubiläum als ökumenisches »Christus-Fest« gefeiert.[23]

19. Reformationsjubiläum 2017 (wie Anm. 1), 332.
20. K.-H. zur Mühlen, Wirkung (wie Anm. 18), 482.
21. Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W.: Dialektik der Aufklärung, Amsterdam 1947 [zahlreiche Auflagen bzw. Nachdrucke].
22. Reformationsjubiläum 2017 (wie Anm. 1), 334.
23. Vgl. etwa Kappes, Michael/Rudolph, Barbara (Hg.): Christusfest. Ökumenisches Zugehen auf das Reformationsfest 2017, Paderborn/Leipzig 2016.

3. Kontroverse zwischen Kirche und theologischer Wissenschaft

In einem Artikel der Zeitschrift »zeitzeichen« vom März 2017 übte der theologische Vizepräsident des Kirchenamtes der EKD, Dr. Thies Gundlach, scharfe Kritik an der Universitätstheologie, die auch auf Grund der Fürsprache der Kirchen nach wie vor gut ausgestattet sei.[24] Zu großen Teilen habe sich diese von der konstruktiven Diskussion um das Reformationsjubiläum 2017 abgemeldet und in die Schmollecke zurückgezogen bzw. damit begnügt, kleinliche Kritik zu üben. Gundlach vermisste für unsere Zeit »Meilensteine theologischer Konstruktion, die Glauben und Denken, Gottesbewusstsein und Gegenwartsrationalität in eindrücklicher Weise aufeinander beziehen«, und verwies exemplarisch für das 19. und 20. Jahrhundert auf Friedrich Schleiermacher und Karl Barth. Sodann würdigte Gundlach in einem ersten Punkt die große Bedeutung der Reformation für die Demokratie, die Menschenwürde, die Partizipation etc., die allgemein anerkannt werde, und zwar

vom Deutschen Bundestag bis zur Kulturstaatssekretärin, von Freunden des Rotaryklubs bis zur Deutschen Bahn.

Selbst die römisch-katholische Kirche sei zu der Einsicht gelangt,

dass jene Reformation auch für sie ekklesiologisch relevant

sei[25]. Anschließend formulierte er in zwei weiteren Punkten seinen Angriff auf die Universitätstheologie:

> Zweitens: Kann man nun von der wissenschaftlichen Theologie […] erwarten, dass sie die besondere Bedeutung, die die Gesellschaft der Reformation weithin zuerkennt, auch historisch rekonstruiert und theologisch interpretiert? Kann man erwarten, dass die zuständige theologische Wissenschaft ihrerseits öffentlich entfaltet, warum das Jubiläum so viel Aufmerksamkeit erhält und welche zukunftsfähigen Botschaften in ihr schlummern? Darf man hoffen, dass die Theologie ihr gewissermaßen eigenes Jubiläum konstruktiv begleitet angesichts einer stark verunsicherten Übergangszeit? Natürlich finden sich solche Bemühungen; einzelne Beispiele gibt es durchaus, und pauschale Sätze stimmen sowieso nie. Und eine wirklich imponierend große Leistung stammt von den Exegeten, die mit der Erarbeitung der revidierten Lutherbibel ein wirkliches Schmuckstück zum Reformationsjubiläum beigetragen haben.
>
> Aber gesagt werden soll auch: In aller Regel haben sich viele relevante theologische Wissenschaftler aus der konstruktiven Diskussion um das Jubiläum abgemeldet, weil sie bei der Kritik an Details stehengeblieben sind. Es gibt einen Ausfall perspektivischer Theologie im Blick auf eine konstruktive Interpretation der kirchlichen und gesellschaftlichen Gestaltung des Reformationsjubiläums. Es herrscht eine Art grummelige Meckerstimmung gegenüber allen Aktivitäten der EKD und ihrer Gliedkirchen und eine Art besserwisserische Ignoranz gegenüber den Anliegen von Bund, Ländern und Zivilgesellschaft. Es scheint fünfhundert Jahre nach der Thesenveröffentlichung ein tragender Gedanke zu fehlen, eine weiterführende Idee und eine konstruktive Interpretation des Er-

24. Gundlach, Thies: Perspektiven vermisst. Die akademische Theologie verstolpert das Reformationsjubiläum, in: zeitzeichen 18 (2017), H. 3, 47–49.
25. Ebda., 47f.

eignisses. Aktualisierungsversuche werden in aller Regel als unsachgemäß kritisiert. […]

Die Beurteilungen der kirchlichen Gestaltung des Jubiläums durch Teile der theologischen Wissenschaft klingen oftmals so: Die evangelischen Kirchen seien nicht in der Lage, die Fremdheit Luthers und Ferne des Reformationszeitalters angemessen zur Sprache zu bringen (so Thomas Kaufmann in zeitzeichen 8/2014), sie haben kein ekklesiologisches Niveau ([Ulrich] Körtner), seien nicht international aufgestellt (Hartmut Lehmann), kritisieren Luthers Antijudaismus überzogen und verraten dabei zentrale christologische Aussagen (so Dorothea Wendebourg in zeitzeichen 7/2016 und 9/2016) und vernachlässigen mit dem Leitwort »Christusfest« die konfessionellen Unterschiede ([Friedrich Wilhelm] Graf). Und auch außerhalb der kirchlichen Gestaltungen gibt es nur Unheil zu sehen: Die offizielle Kampagne für die nationalen Sonderausstellungen (3 x Hammer – die volle Wucht der Reformation) sei nur blamabel (zeitzeichen 9/16), weil es ein heroisierendes Bild Luthers aus dem 19. Jahrhundert perpetuiere. Aus der zuständigen wissenschaftlichen Theologie kommt weithin ein kontinuierlicher Ton der Missbilligung, der die Gestaltung des Reformationsjubiläums 2017 durch Kirchen und Gesellschaft als Verrat an historischer Exaktheit und theologischer Verantwortung erkennen zu müssen meint.

Drittens: Es scheint eine Art Babylonische Gefangenschaft in den Deutungsmustern der Achtzigerjahre zu geben. Denn jene Kritikhaltung hat seine Wurzel offenbar in den Diskussionen um den 500. Geburtstag Martin Luthers 1983: Damals wurde in der DDR der Reformator als ›frühbürgerlicher Revolutionär‹ vereinnahmt, eine Deutung, die man mit klaren Hinweisen auf die Geschichte bestreiten konnte. Diese Historisierungskarte wird auch 2017 gespielt, obwohl kein vergleichbarer Gegner vorhanden ist. Und natürlich muss die Geschichte historisch-kritisch analysiert werden, ist doch die Gefahr viel zu groß, sich die Geschichte zurechtzulegen, sie mit Pathos aufzuladen oder mit eigenen Interessen zu überlagern. Die Geschichte der Reformationsjubiläen ist ein Paradebeispiel dafür. Aber man kann bei dieser Historisierung nicht stehen bleiben. Wenn man ein Jubiläum gestalten will, muss man das Risiko des Missbrauchs kennen und reflektieren, aber nicht scheuen.

Will man für ein Geschichtsdatum eine aktuelle Relevanz und eine zukunftsweisende Bedeutung entfalten, sollte man nicht bei der historischen Forschung stehenbleiben. Das Risiko einer aktuellen Nutzung der Erinnerungen an die Reformation war und ist zuerst die Aufgabe und die Verantwortung der evangelischen Kirchen und ihrer Theologie, die auch gegenüber der Zivilgesellschaft sagen können muss, was an diesen historischen Ereignissen noch heute relevant ist. Dieser Aufgabe mussten sich die reformatorisch geprägten Kirchen oftmals ohne Begleitung durch die zuständige Wissenschaft stellen, und eben dies ist der Kummer vieler Kirchenleitender: Die theologische Wissenschaft kritisiert die Vorbereitung beziehungsweise Gestaltung des Jubiläums, lassen sie aber bei einer gegenwartsbezogenen Interpretation des Jubiläums allein. Da bleibt die Frage zurück, was los ist in einer Wissenschaft, die ja im Grunde eine einzigartige Gelegenheit hätte, dieses Jubiläum zu nutzen, um einer distanzierten, vielleicht sogar skeptischen Gesellschaft die eigene Relevanz sichtbar und verständlich zu machen.

[…]

Summa: Statt eine tragfähige Deutungsperspektive einzutragen, werden oftmals kleinliche Kritiken an der kirchlichen, staatlichen und zivilgesellschaftlichen Fest-Gestaltung vorgetragen. Gibt es noch eine Möglichkeit, aus dieser Abseitsposition der zuständigen Wissenschaft heraus zu finden? Ich wäre jedenfalls froh, wenn die theologische Wissenschaft im Nachgang zum Jubiläum und in der Deutung seiner Gestaltung konstruktive Perspektiven aufzeigt für eine (ökumenische) Kirchensituation, die sich in einer zunehmend religions- und institutionsskeptischen Welt zurechtfinden muss. Ich wünsche mir den Mut zu weiterführenden Thesen und theologischen Perspektiven, die das Spezialistentum der Forschungen das wieder sein lassen, was sie sein sollten: Zuarbeit für große Glaubensentfaltung, die Gottesbewusstsein und Weltrationalität auch im 21. Jahrhundert zusammenbindet.[26]

26. Ebda., 48f.

Der neben anderen direkt angesprochene Göttinger Reformationshistoriker Thomas Kaufmann griff gemeinsam mit seinem Göttinger Kollegen für Systematische Theologie, Martin Laube, den Fehdehandschuh auf. Kaufmann und Laube wiesen in der folgenden Ausgabe der »zeitzeichen« die scharfe Kritik von Gundlach nicht minder scharf zurück. Nach einleitenden Bemerkungen konterten sie Gundlachs Vorwürfe wie folgt:

Die wissenschaftliche Theologie soll mithin die vermeintlichen Wurzeln von Freiheit, Demokratie und Menschenwürde in der Reformation aufweisen und so in jene modernisierungstheoretische Lebenslüge einstimmen, mit der die EKD ihre Dekade 2008 eröffnet hat. Im Modus einer rhetorischen Frage formuliert Gundlach unverhohlen, was die Theologie seiner Auffassung nach zu tun hat: »Kann man nun von der wissenschaftlichen Theologie an den Universitäten erwarten, dass sie die besondere Bedeutung, die die Gesellschaft der Reformation weithin zuerkennt, auch historisch rekonstruiert und theologisch interpretiert?«

[…]

Demnach besteht die Aufgabe der Theologie in nichts anderem, als geschichtspolitischen Voreingenommenheiten zu Dienst und Willen zu sein. Das ist nichts anderes als monumentalistische Geschichtsbetrachtung im Sinne des Philosophen Friedrich Nietzsche oder die Fortsetzung der DDR mit anderen Mitteln: Instrumentalisierung der Wissenschaft zum Zwecke staatlich-ideologischer Nützlichkeit oder kirchlicher Opportunität. Wer das fordert, hat nicht begriffen, warum es wissenschaftliche Theologie in der bei uns kultivierten Form gibt.

[…]

Auch wenn Gundlach es nicht verstehen will: Nichts schützt so wirkungsvoll gegen vorschnelle Identifikation und Instrumentalisierungen wie eine Historisierung. Ihr vor allem ist zu verdanken, dass die Theologie in unseren Breiten eine kultivierende und pazifizierende Funktion gegenüber den elementaren Ambivalenzen des Religiösen wahrnehmen kann. Sie eröffnet Distanzierungen, relativiert Ideologisierungen – und verhilft gerade so einer lebens- und freiheitsförderlichen Gestaltung evangelischen Christseins zur Geltung. Hier liegt nicht zuletzt der Grund dafür, warum der Staat – einer Empfehlung des Wissenschaftsrates folgend – neben den theologischen Fakultäten an der Universität auch Lehrstühle für islamische Theologie einrichtet. An ihrer kritisch-reflexiven Funktion entscheidet sich mithin das Schicksal der christlichen Theologien an den Universitäten – EKD hin, Gundlach her. In der Logik Gundlachs liegt eine botmäßige Theologie, die lediglich als Erfüllungsgehilfin kirchlicher Zwecke fungiert. Aber das ist ein groteskes Missverständnis.

Damit aber nicht genug. Gundlach holt jetzt zum eigentlichen Schlag aus: Dass die akademische Theologie nicht nach seinen Vorstellungen springt, liegt für ihn weniger daran, dass sie nicht wolle, sondern vielmehr daran, dass sie nicht könne. Denn anders als weiland Friedrich Schleiermacher (1768–1834) und Karl Barth (1886–1968) habe sie gegenwärtig keine gehaltvolle Idee zu bieten, um den christlichen Glauben produktiv auf die Herausforderungen unserer Zeit zu beziehen. Und daher bleibe sie auch einen konstruktiven Impuls zur Gestattung des Reformationsjubiläums schuldig.

[…]

Nun mag man beklagen, dass derzeit kein dominanter Großansatz leuchtturmartig die theologische Bühne beherrscht, sondern sich die Pluralität der Wirklichkeit auch in der Pluralität theologischen Denkens und Arbeitens niederschlägt. Denn damit gibt es mehr Probleme als Lösungen, mehr Fragen als Antworten. Und das kann den überfordern, der die akademische Theologie bloß für eine dienstbeflissene Werbeagentur zur Vorbe-

reitung staatlich-kirchlicher Eventkampagnen hält. Eine gehaltvolle Gegenwartsdeutung der Reformation ist freilich im Twitterformat nicht zu haben. Wer aber von der akademischen Theologie weiterführende Perspektiven erwartet, kommt um eine eingehendere Wahrnehmung ihrer vielfältigen theologischen Ansätze und Debatten nicht herum. Und hier liegt des Pudels Kern: Das Kirchenamt der EKD zeigt unter seinem amtierenden Vizepräsidenten – man muss es leider so offen sagen – kein Interesse an einer substanziellen Rezeption, geschweige denn Bildung und Förderung theologischer Reflexions- und Argumentationskultur.

Was in der Theologie stattfindet, wird nicht zur Kenntnis genommen; was sie »zuliefert«, wird allein unter kirchenpolitisch-strategischen Maximen verrechnet. Der Theologie Gedankenleere und Geistesarmut zu attestieren, weil sie den eigenen Zwecken nicht zu Diensten ist, ist schon ein starkes Stück. Darüber hinaus zeugt es von einer kapitalen Fehleinschätzung, das vernehmliche Grummeln über die kirchliche Gestaltung des Reformationsjubiläums schlicht auf das Konto einer eitelkeitsgeschwängerten Mischung aus theologischer Ideenlosigkeit und schmollender Besserwisserei zu buchen. Kommt Gundlach überhaupt nicht in den Sinn, dass gerade eine starke und ausgeprägte Loyalität zur verfassten Kirche die akademische Theologie bisher daran gehindert haben könnte, Tacheles zu reden?

Dazu nur zwei Punkte: […] In seinem Bemühen, der Politik die Reformation als Erfinderin der liberalen Demokratie anzudienen, hat er [Gundlach] das Reformationsjubiläum konsequent theologisch entkernt. Eine ernsthafte Beschäftigung mit den zentralen Grundeinsichten der Reformation, der zerfressenden Macht der Sünde, der befreienden Kraft des Glaubens, dem neuen Leben der Gerechtfertigten, findet nicht statt. Der anspruchsvollen Aufgabe, den reformatorischen Glutkern neu zu entfachen, weicht man […] hartnäckig aus. Stattdessen werden in eklatanter Geschichtsvergessenheit reformationspopulistische fake news verbreitet. Nachdem Gundlach nun aber dämmert, dass mit dieser Strategie die Substanz der Reformation verspielt zu werden droht, sucht er als Schuldigen die Theologie auszumachen, die man zuvor ins Abseits gestellt hat. So nicht! Die theologische Geisterfahrt zum Reformationsjubiläum offenbart sich aber noch an einem anderen Punkt. Er betrifft die verordnete Umetikettierung zu einem ökumenischen ›Christusfest‹. Das hier sitzende Unbehagen entlädt sich bei einem Blick auf das Foto, das Gundlachs Artikel in zeitzeichen beigegeben wurde, und das geeignet scheint, sich als Sinnbild des Reformationsjubiläums 2017 in das kulturelle Gedächtnis einzugraben: Wie Konfirmanden aufgereiht, die erwartungsfroh und aufgeregt sind, stehen evangelische Kirchenmänner und -frauen vor Papst und Kardinälen, als komme das Reformationsjubiläum in diesem inszenierten Stelldichein, dessen ökumenetheologische Gesamtperspektive völlig unklar ist, zu seiner Erfüllung, nicht nur medial, sondern auch inhaltlich.

Wohlgemerkt: Die vielfältigen Fortschritte der Ökumene und die gelungene Überwindung des konfessionellen Gegeneinanders sind ein Geschenk, das niemand ernsthaft in Frage stellen oder gar missen möchte. Aber es grenzt allmählich an Verrat gegenüber der evangelischen Sache, wie sehr die EKD es zur Leitmaxime ihrer Reformationsfeierlichkeiten erhebt, die empfindlichen Temperamente der römisch-katholischen Kirchenhierarchie bloß nicht zu verletzen – damit deren Vertreter sich zum gemeinsamen Foto herbeilassen.

[…][27]

27. Kaufmann, Thomas/Laube, Martin: So nicht! Die EKD hat die Reformation theologisch entkernt, in: zeitzeichen 18 (2017), H. 4, 20–22.

4. Wissenschaftlich-theologische Akzente und Kontroversen

4. 1 Thesenanschlag – ja oder nein?

Nachdem der berühmte Anschlag der 95 Thesen an das Portal der Wittenberger Schlosskirche durch Martin Luther am 31. Oktober 1517 bereits weithin als Legende galt und etwa in einer populärwissenschaftlichen Publikation zu den »50 populärsten Irrtümern der deutschen Geschichte« gerechnet wurde[28], wurde im Umfeld des Reformationsjubiläums die Debatte um die Historizität des Thesenanschlags neu belebt. Der Kirchenhistoriker Martin Treu von der Stiftung Luthergedenkstätten in Sachsen-Anhalt präsentierte 2007 eine handschriftliche Notiz von Luthers Sekretär Georg Rörer, die nunmehr als ältester Beleg für den Thesenanschlag gilt.[29] Während der damalige Jenaer, jetzt Tübinger Kirchenhistoriker Volker Leppin in der Rörer-Notiz lediglich ein Dokument für die Entstehung einer bestimmten Erinnerungskultur sah[30], hielt etwa Thomas Kaufmann einen »Anschlag an den dafür vorgesehenen Kirchentüren«, wie es der »allgemein üblichen, durch die Universitätsstatuten vorgesehenen Form« entsprochen habe, für wahrscheinlich[31], und die jungen Historiker Benjamin Hasselhorn und Mirko Gutjahr, die zur Zeit des 500. Reformationsjubiläums wissenschaftliche Mitarbeiter der Stiftung Luthergedenkstätten in Sachsen-Anhalt waren, listeten 2018 in einem Taschenbuch alle Indizien auf, die für die Historizität des Thesenanschlags sprechen und bezeichneten diesen als eine historische »Tatsache«.[32]

4. 2 »Reformationsdeutungs-Streit«: Transformation oder Umbruch?

Die zwar wissenschaftlich nicht zitierfähige, gleichwohl aber stark genutzte Internet-Enzyklopädie »Wikipedia« enthält einen Eintrag zu dem Stichwort »Reformationsdeutungs-Streit«, der sich im Wesentlichen auf eine Kontroverse im Umfeld des 500. Reformationsjubiläums bezieht. Auch hier flammte im Grunde eine alte Debatte neu auf, die sich an der Frage entzündete, ob die von Luther ausgehende

28. Gutberlet, Bernd Ingmar: Die 50 populärsten Irrtümer der deutschen Geschichte, Bergisch Gladbach 2009. Vgl. schon die Abbildung von Luthers Thesenanschlag auf dem vorderen Einband.

29. Vgl. https://web.archive.org/web/20120123033626/http://www.urmel-dl.de/Projekte/SammlungGeorgR%C3%B6rer/GeorgR%C3%B6rer%281492_1557%29/Thesenanschlag/BeitragMartinTreu.html (Zugriff am 6. Dezember 2019). Die Notiz Rörers war bereits 1972 publiziert worden (vgl. WA 48, Revisionsnachtrag, 116), was aber offenbar unbeachtet blieb.

30. Vgl. https://web.archive.org/web/20120118143426/http://www.urmel-dl.de/Projekte/SammlungGeorgR%C3%B6rer/GeorgR%C3%B6rer%281492_1557%29/Thesenanschlag/BeitragVolkerLeppin.html (Zugriff am 6. Dezember 2019).

31. Kaufmann, Thomas: Geschichte der Reformation, Frankfurt a. M./Leipzig 2009, 183.

32. Hasselhorn, Benjamin/Gutjahr, Mirko: Tatsache! Die Wahrheit über Luthers Thesenanschlag, Leipzig 2018.

Reformation einen epochalen Umbruch bedeutete, mit dem die Neuzeit begann, oder ob sie nicht eher ein allmählicher Transformationsprozess war, der bereits lange vor Luther seinen Anfang nahm, der selbst in weit höherem Maße, als meist angenommen, in Kontinuität zu mittelalterlichen Einstellungen und Entwicklungen gestanden habe. Thomas Kaufmann wog in seiner großen Reformationsgeschichte von 2009 in sehr differenzierter Weise Kontinuitäten und Diskontinuitäten gegeneinander ab, erklärte zugleich die »Fremdheit der Reformation, ihre Andersartigkeit« für unstrittig, schloss sich dem »allgemein üblich gewordenen […] Epochenbegriff […] der ›Frühen Neuzeit‹« an und meinte, »die Diskussion über die ›Mittelalterlichkeit‹ oder ›Neuzeitaffinität‹ Luthers oder der Reformation« solle »getrost jenen überlassen werden, die daraus noch immer meinen, Funken schlagen zu können«.[33]

Demgegenüber verortete Volker Leppin bereits in seiner Luther-Biographie von 2006 den Wittenberger Reformator eher im Mittelalter und relativierte seine innovative Bedeutung stark.[34] Zehn Jahre später artikulierte Leppin diese These in einer Monographie über »Luthers mystische Wurzeln« noch deutlicher und versuchte sie zu untermauern. Im Epilog seines Buches zeigte Leppin aktuelle Konsequenzen seiner These auf, die anschlussfähig waren für die oben skizzierten kirchlichen Ziele des 500. Reformationsgedenkens. Dort hieß es u. a.:

> Die Einsicht in die Herkunft der reformatorischen Theologie aus der Mystik des späten Mittelalters lässt konfessionelle Grenzziehungen weniger scharf erscheinen, als dieses manchen Erben Luthers lieb wäre. Umgekehrt aber werden gerade die Potentiale dieser neuen, historisch präziseren Sicht deutlich. Sie ordnen die Reformation in den ökumenischen Horizont der Christentumsgeschichte ein und lassen das Verhältnis von Differenz und Gemeinsamkeit neu bestimmen: Die Kirchenspaltung, die das 16. Jahrhundert bewirkt hat, resultierte nicht unmittelbar aus dem religiösen Impuls der Reformation, sondern aus einem vielfältigen Geflecht unterschiedlicher Entwicklungen des späten Mittelalters. Dass das Mittelalter nicht sonderlich dunkel war, hat sich schon lange herumgesprochen. Aber es war auch nicht so einheitlich, wie es manches Modell nahelegt: Weder trifft es die komplexe Welt des 14. und 15. Jahrhunderts, wenn man sie im Sinne einer Verfallsgeschichte beschreibt, wie es prominente römisch-katholische Theologen getan haben, noch trifft man ihren Kern, wenn man sie zu einer der frömmsten Zeiten der Kirchengeschichte stilisiert, als könne man Frömmigkeit quantifizieren. Mit solchen eindimensionalen Erklärungen sollte die Reformation entweder, in durchaus beachtlicher ökumenischer Absicht, als notwendige Korrektur einer Fehlentwicklung oder als Kulminations- und Umschlagpunkt einer großartigen und doch fehlgeleiteten Steigerung beschrieben werden. Beide Modelle profilierten die Reformation auf Kosten einer Negativzeichnung des Mittelalters und reduzierten zu diesem Zweck dessen Komplexität.[35]

In seiner Rezension des Leppin-Buches über »Luthers mystische Wurzeln« wies Kaufmann die These seines Tübinger Kollegen scharf und nicht ohne Polemik zurück:

---

33. T. Kaufmann, Geschichte (wie Anm. 31), 21.
34. Leppin, Volker: Martin Luther (Gestalten des Mittelalters und der Renaissance), Darmstadt 2006 (32017).
35. Leppin, Volker: Die fremde Reformation. Luthers mystische Wurzeln, München 2016, 212f.

Volker Leppin […] fasst hier monographisch kompakt zusammen, was ihn seit längerem umtreibt: die tiefe und nachhaltige Prägung Luthers durch die mystische Theologie Johannes Taulers und einiger Nachfolger. Unermüdlich zeigt er Parallelen zwischen Frömmigkeitstraditionen des späten Mittelalters und dem theologischen Werden des Wittenberger Reformators auf; entscheidende intellektuelle Weichenstellungen wie die Konzentration auf das Gotteswort, die Freiheit eines Christenmenschen, das Priestertum aller Gläubigen, die Sakramentenlehre sind nichts anderes als »Transformationen« – so der von Leppin als Alternative zu der auf »Umbruch« abonnierten Reformationsterminologie eingebrachte Schlüsselbegriff – mystischer Traditionsbestände.

Leppins Luther wird zugunsten der ihm vorangegangenen Frömmigkeitstradition geschrumpft. Konzeptionell unbefriedigend, eine Folge der methodischen Engführung auf Frömmigkeits- und Theologiegeschichte, bleibt, dass die Rekonstruktion des theologischen Werdens Luthers schon gleich »die Reformation« sein soll. Leppin kämpft unablässig gegen das offenbar namen- und gesichtslose Gespenst »des Protestantismus‹« der sich der Erkenntnis seiner Prägung durch »das Mittelalter« entzieht und die fälligen Konsequenzen für die Ökumene, die Angebetete des tragischen Tübinger Ritters, verweigert. Keine Angst, Jubiläumsfreude kommt so nicht auf![36]

4. 3 Luther und der eliminatorische Rassenantisemitismus

Darüber, dass sich zumindest der späte Luther in äußerst aggressiver, hetzerischer und aus heutiger Sicht in nicht zu rechtfertigender oder auch nur im Geringsten zu relativierender Weise judenfeindlich äußerte, kann kein Zweifel bestehen. Luthers Haltung gegenüber den Juden ist seit den 1970er Jahren gründlich erforscht worden. Im Vorfeld des 500. Reformationsjubiläums legte Thomas Kaufmann 2011 eine umfassende Studie zu Luthers »Judenschriften«[37] und 2014 eine prägnante Zusammenfassung zur gesamten Thematik vor.[38] Kaufmann zeichnete ein differenziertes Bild: Er stellte zum einen heraus, dass Luthers »in ihrer Zeit einfluss- und wirkungsreichste Schrift« der Traktat »Dass Jesus Christus ein geborener Jude sei« von 1523 gewesen sei[39], in der sich eine »bahnbrechende ›freundliche‹ Hinwendung zu den Juden« gezeigt habe,

die mit der bisher rechtlich geltenden Handlungslogik des befristeten Judenschutzes aufgrund weltlich-obrigkeitlicher Privilegierungen brach.[40]

Zum anderen machte er deutlich, dass Luthers »freundliche« Haltung von vornherein unter dem Vorbehalt einer erfolgreichen Judenmission gestanden habe und dass insofern

36. Kaufmann, Thomas: Bücher zum Lutherjahr. Ein Gespenst namens Protestantismus, in: FAZ, 27. März 2016 (https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/rezensionen/sachbuch/buecher-zum-lutherjahr-ein-gespenst-namens-protestantismus-14133169.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 – Zugriff am 6. Dezember 2019).
37. Kaufmann, Thomas: Luthers »Judenschriften«. Ein Beitrag zu ihrer historischen Kontextualisierung, Tübingen 2011 (22013).
38. Kaufmann, Thomas: Luthers Juden, Stuttgart 2014.
39. Ebda., 63.
40. Ebda., 71.

die Judenfeindschaft des späteren […] in der bedingten »Freundlichkeit« des früheren Luther [wurzelte].[41]

Ferner wies er einerseits darauf hin, dass Luthers aggressive Judenfeindschaft, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ganz zeittypisch gewesen sei:

In seiner Haltung gegenüber den Juden, die Luther für Menschen unserer Tage unverständlich, ja unerträglich macht, fällt er aus seiner Zeit nicht heraus. Die Wittenberger Umgebung teilte seine Einstellung gegenüber den Juden weitgehend. Auch sonst war die Verachtung der Juden verbreitet. Erasmus lobte jene Länder, die die Juden ausgewiesen hätten. Eck erhielt Ritualmordvorwürfe aufrecht und legitimierte die Hinrichtung von Juden aus diesem und anderen Gründen. […] Im ganzen war die lutherische Tradition des 16. Jahrhunderts weder judenfeindlicher noch judenfreundlicher als die reformierte oder die katholische.[42]

Andererseits betonte Kaufmann aber auch das Besondere an Luthers Einstellung zu den Juden und ihrer Wirkung, wobei er auch hier wieder auf Ambivalenzen hinwies:

Die Besonderheit von Luthers Haltung gegenüber seinen Zeitgenossen aber bestand in der maßlosen Schärfe seiner Polemik und darin, dass er einen dramatischen judenpolitischen Positionswechsel vollzogen hatte.

Luther war der wohl einflussreichste Publizist zur Judenfrage im deutschsprachigen Raum des 16. Jahrhunderts. Seine Schrift von 1523 war allerdings deutlich stärker nachgefragt als alle Spätschriften zur »Judenfrage« zusammen. Weder deren Umfänglichkeit noch die Polemik wurden vom Lesepublikum besonders goutiert.[43]

2016 wurde auf Initiative der Evangelischen Kirche in Deutschland eine kommentierte wissenschaftliche Ausgabe der Schrift »Von den Juden und ihren Lügen« von 1543, Luthers wohl aggressivster »Judenschrift«, neu herausgegeben, in der der Ratsvorsitzende der EKD sich – wie auch zuvor und danach bereits mehrfach – unmissverständlich von Luthers Judenhass und von allen judenfeindlichen Tendenzen im Protestantismus distanzierte.[44] Diese Ausgabe erschien etwa zeitgleich mit einer populärwissenschaftlichen Ausgabe derselben Schrift samt neuhochdeutscher Übertragung, die – aus dem Umfeld der atheistischen Giordano-Bruno-Stiftung stammend – deutlich erkennbar das Ziel verfolgte, die evangelische Kirche und den christlichen Glauben insgesamt zu diskreditieren.[45] In einer Rezension der beiden Ausgaben[46] wies der emeritierte Bochumer Kirchenhistoriker und Berliner Hono-

41. Ebda., 71f.
42. Ebda., 171.
43. Ebda.
44. Luther, Martin: Von den Juden und ihren Lügen. Neu bearbeitet, kommentiert und hg. von Matthias Morgenstern. Mit einem Geleitwort von Heinrich Bedford-Strohm, Ratsvorsitzender der EKD, Wiesbaden 2016 ([4]2017).
45. Luther, Martin: Von den Juden und ihren Lügen. Erstmals in heutigem Deutsch mit Originaltext und Begriffserläuterungen, hg. von Karl-Heinz Büchner u. a. (Luthers judenfeindliche Schriften, 1), Aschaffenburg 2016 ([2]2016). Vgl. auch von denselben Herausgebern: Martin Luther: Judenfeindliche Schriften, Bde. 2–3, Aschaffenburg 2017.
46. Rezension von Johannes Wallmann in: ThLZ 142 (2017), 787–790.

rarprofessor Johannes Wallmann darauf hin, dass Luthers Schrift »Von den Juden und ihren Lügen« nunmehr erstmals seit 1617 in Separatausgaben veröffentlicht worden sei. Jahrhundertelang sei die Schrift »nur in den für Gelehrte bestimmten Gesamtausgaben gedruckt« worden und »einem breiteren Publikum praktisch unbekannt« gewesen. Der EKD warf Wallmann vor, sie erwecke den

> Eindruck, der deutsche Protestantismus habe jahrhundertelang unter dem Einfluss dieser Schrift gestanden«,

während doch erst die Antisemiten des späten 19. Jahrhunderts diese Schrift wiederentdeckt hätten; später hätten sie dann die Nationalsozialisten für ihre rassenantisemitische Ideologie instrumentalisiert. Wallmann berief sich u. a. auf den israelischen Historiker Hillel Ben Sasson,

> daß man bis ins 20. Jahrhundert hinein immer nur den Luther von 1523 vor Augen hatte und weniger den Luther von 1543,

und warnte, die EKD sei

> drauf und dran, dem erinnerungspolitischen Programm der Nationalsozialisten zu einem späten Sieg zu verhelfen.[47]

Bereits im Oktober 2014 hatten die an den bayerischen Universitäten lehrenden Kirchenhistorikerinnen und -historiker sowie weitere Experten an der Universität Nürnberg-Erlangen eine wissenschaftliche Tagung zur Rezeption der »Judenschriften« Luthers im 19. und 20. Jahrhundert durchgeführt, deren Vorträge 2016 publiziert wurden.[48] Auch diese Tagung gelangte insgesamt zu einem differenzierten Ergebnis. Der emeritierte Erlanger Kirchenhistoriker Berndt Hamm bilanzierte einerseits:

> Wie die Vorträge gezeigt haben, wurde auf diese späten Judenschriften Luthers literarisch nicht in der Erweckungsbewegung, nicht im konfessionellen Neuluthertum und bemerkenswerter Weise [sic!] auch nicht in jüdischen Lutherdeutungen des 19. Jahrhunderts eingegangen, auch so gut wie nicht in den akademisch-theologischen Bewegungen der Zwischenkriegszeit des 20. Jahrhunderts, kaum im Schrifttum der Bekennenden Kirche und nur selten in den Lutherbiographien der beiden Jahrhunderte.[49]

Auch sprach Hamm von einer »verfälschende[n] Rezeption« und Instrumentalisierung der »antijüdischen Invektiven Luthers« durch die völkische Bewegung und den Nationalsozialismus[50] und resümierte:

47. Ebda., 788.
48. Oelke, Harry u. a. (Hg.): Martin Luthers »Judenschriften«. Die Rezeption im 19. und 20. Jahrhundert (AKiZ, B 64), Göttingen 2016.
49. Hamm, Berndt: Die Rezeption von Luthers »Judenschriften« im 19. und 20. Jahrhundert. Ein Kommentar zur Tagung, in: ebda., 315–322, 315.
50. Ebda., 316.

Luthers Judenschriften haben aber diesen neuartigen rassebiologischen Antisemitismus nicht hervorgebracht, und die Nationalsozialisten hätten ihre Maßnahmen der Entrechtung und Eliminierung der deutschen und europäischen Juden auch ohne argumentative Unterstützung durch die Autorität Luthers geplant und durchgeführt.[51]

Andererseits seien, so Hamm unter Verweis auf zwei katholische Luther-Biographien vom Beginn des 20. Jahrhunderts, Luthers Invektiven durchaus »präsent« gewesen.[52] Außerdem gelte es,

die bemerkenswerte Kontinuität in der Haltung Luthers zum Judentum von seinen theologischen Anfängen bis in die Spätzeit zu beachten.[53]

Schließlich wies Hamm darauf hin, dass die übliche begriffliche Unterscheidung von Antijudaismus und Antisemitismus problematisch sei und es jedenfalls durchaus einen engen Zusammenhang zwischen beidem gebe[54]. Als Quintessenz hielt er fest:

Der mörderische Rasseantisemitismus der Völkischen entstand in Deutschland auf der Grundlage eines jahrhundertelangen christlichen Antisemitismus, der im ausgehenden 19. Jahrhundert eine stark nationalistische und kulturkritische Einfärbung erhielt. Im Milieu des deutschen Luthertums und darüber hinaus allgemein im deutschen Nationalprotestantismus verband sich dieser religiös-national-soziokulturelle Antisemitismus, besonders nach 1914, mit dem argumentativen Gewicht der judenfeindlichen Haltung Luthers. Und man kann vermuten, dass die monumentale Autorität Luthers eine Mitursache dafür war, dass der deutsche Protestantismus den antijüdischen Gewaltmaßnahmen der Nationalsozialisten fast nichts entgegensetzte, auch 1938 weitgehend stumm blieb und dem Abtransport der jüdischen Bevölkerung in die Vernichtungslager (anders als den Euthanasieaktionen der Nationalsozialisten) klaglos zusah. Wo man im Sinne Luthers jahrhundertelang gehört hatte, dass das Judentum eine wertlose antichristliche Religion ist, die zum Leiden bestimmt ist und zum Verschwinden gebracht werden muss, empfand man das Leiden der Juden und ihr Verschwinden nicht als verstörend und empörend. Insofern war die massive Judenfeindschaft Luthers und sein verheerender Maßnahmenkatalog, der auf ein völliges Verschwinden jüdischen Lebens aus deutschen Landen drängte, zwar nicht die *causa efficiens* für die nationalsozialistische Judenvernichtung, doch gehörte sie zu den Voraussetzungen, den *causae sine quibus non*, ohne die eine derartige totalitäre, auf die völlige Vernichtung jüdischen Lebens zielende Gewalttätigkeit nicht möglich gewesen wäre. Die Rezeption der späten Judenschriften Luthers trug so, insbesondere durch die populartheologische Vermittlung von Universitätstheologen und Pfarrern, ihren Teil dazu bei, dass in der Bevölkerung die mentale Hemmschwelle gegenüber den Verbrechen der Nationalsozialisten abgebaut und die Toleranzbereitschaft, auch die Bereitschaft zum Wegsehen und die unbewusste ›Fähigkeit‹ des Nicht-Wahrnehmens, erhöht wurde.[55]

Die Berliner Kirchenhistorikerin Dorothea Wendebourg widersprach zumindest diesen Schlussfolgerungen Hamms energisch.[56] Sie bezweifelte, dass Luthers

51. Ebda., 321.
52. Ebda., 316.
53. Ebda., 318.
54. Ebda., 319f.
55. Ebda., 321f.
56. Rezension von Dorothea Wendebourg in: ThLZ 142 (2017), 99–102. Zu Wendebourgs Position vgl. auch oben Abschnitt 3.

späte »Judenschriften« im 19. und 20. Jahrhundert tatsächlich »präsent« gewesen seien, und stellte die rhetorische Frage:

»Woran wird Präsenz gemessen, wenn nicht an literarischer Anwesenheit, die gerade verneint wurde?«[57]

Außerdem bemängelte sie, dass die internationale jüdische Historiographie und Holocaustforschung nicht beachtet worden seien, für die die »Judenschriften« Luthers im Hinblick auf den nationalsozialistischen Rassenantisemitismus allenfalls »eine randständige Rolle« spielten.[58] Auch Johannes Wallmann veröffentlichte eine ausführliche kritische Besprechung des Nürnberg-Erlanger Tagungsbandes[59], in der er sich allerdings hauptsächlich mit dem Beitrag Volker Leppins zu den Editionen von Luthers »Judenschriften« bis 1933 auseinandersetzte, der seinerseits ausdrücklich Wallmanns oben skizzierte These angegriffen hatte.[60] 2018 veröffentlichte Wallmann einen Band mit einer Analyse von Luthers »Judenschriften« samt deren Rezeptionsgeschichte, in dem er seine Sicht noch einmal ausführlich darlegte und begründete.[61] Im Hintergrund der Auseinandersetzung standen die wechselseitigen Vorwürfe einer einseitigen Luther- oder, genauer, Luthertums-Apologie bzw. einer im Wesentlichen kirchenpolitisch motivierten Zielsetzung.

4. 4 Weitere Aspekte

Ungeachtet der großen Fülle an Publikationen im Rahmen des 500. Reformationsjubiläums muss wohl konstatiert werden, dass angesichts der im Grunde schon jahrhundertealten, sehr umfangreichen, intensiven, auch internationalen und hochspezialisierten Forschungen kaum wirklich Neues zu erwarten war. Das gilt im Prinzip auch für die oben unter 4. 1 bis 4. 3 skizzierten Debatten, die ja allesamt an entsprechende ältere Debatten anknüpften. Einige weitere Aspekte seien dennoch zumindest kurz erwähnt.

Größere öffentliche Aufmerksamkeit erregten die erstaunlich zahlreichen und zum Teil gut erhaltenen archäologischen Funde auf den Arealen von Luthers Wohnhäusern in Mansfeld und Wittenberg aus dem ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts. Sie geben vor allem genaueren Aufschluss über die – durchweg sehr wohlhabenden – sozialen und familiären Verhältnisse sowohl der Herkunftsfamilie Luthers als auch seiner eigenen Familie, angefangen bei den Wohnverhältnissen über die Haushaltsausstattung, Kleidung und Schmuck bis hin zu den Essgewohnheiten

57. Ebda., 102.
58. Ebda., 100.
59. Rezension von Johannes Wallmann in: ZBKG 84 (2015), 213–235.
60. Leppin, Volker: Luthers »Judenschriften« im Spiegel der Editionen bis 1933, in: H. Oelke, »Judenschriften« (wie Anm. 48), 19–43, 19f. – Rezension Wallmann (wie Anm. 59), 222–226.
61. Wallmann, Johannes: Martin Luthers Judenschriften (Studienreihe Luther, 18), Bielefeld 2018, 2. durchgesehene und erweiterte Auflage 2019.

und dem Kinderspielzeug.[62]

In den Jahren 2006 bis 2016 wurden insgesamt sechs Bände einer wissenschaftlich sorgfältig edierten lateinisch-deutschen bzw. deutsch-deutschen Studienausgabe von Texten Martin Luthers mit neuen Übertragungen in die Gegenwartssprache veröffentlicht.[63]

Im Reformationsjubiläumsjahr 2017 erschien die dritte, neu bearbeitete und erweiterte Auflage des systematisch gegliederten Luther Handbuches.[64] Gemeinsam mit dem 2015 in zweiter Auflage erschienenen, alphabetisch geordneten Luther-Lexikon[65] liegen damit zwei umfassende Kompendien zum Leben und Werk Luthers, zu seiner Wirkung und zum historischen Kontext auf dem aktuellen Stand der wissenschaftlichen Forschung vor.

Innovativ waren verschiedene Ausstellungen (neben den bereits erwähnten drei großen nationalen Sonderausstellungen) samt den dazugehörigen Publikationen zu bestimmten Einzelaspekten der Reformation[66], mehrere rezeptionsgeschichtliche Arbeiten[67] sowie etwa die bereits 2001 entstandene umfangreiche Studie von Wilma Rademacher-Braick zur reformatorischen Theologie in Texten von Frauen, deren Veröffentlichung erst im Reformationsjubiläumsjahr 2017 möglich wurde.[68]

Von den Luther-Biographien sind neben der oben bereits erwähnten von Volker Leppin vor allem die deutlich anders akzentuierte des Berliner Allgemeinhistorikers Heinz Schilling und die kurze, prägnante Übersicht zu Luthers Leben und Werk von Thomas Kaufmann, die 2017 bereits ihre fünfte Auflage erfuhr, zu nennen.[69]

---

62. Meller, Harald (Hg.): Fundsache Luther. Archäologen auf den Spuren des Reformators, Stuttgart 2008.

63. Martin Luther Studienausgabe. Lateinisch–Deutsch: 3 Bde., Leipzig 2006–2009 (Bd. 1, ^{2}2016); Deutsch-Deutsch: 3 Bde., Leipzig 2012–2016.

64. Beutel, Albrecht (Hg.): Luther Handbuch, Tübingen 2005 (^{3}2017).

65. Leppin, Volker/Schneider-Ludorff, Gury (Hg.): Das Luther-Lexikon, Regensburg 2014 (^{2}2015).

66. Vgl. u. a. die Mainzer Ausstellungen zur ritterschaftlichen Reformation im Landesmuseum und zur politischen, religiösen, ökonomischen und kulturellen Situation unmittelbar vor der Reformation im Dom- und Diözesanmuseum: Ritter! Tod! Teufel? Franz von Sickingen und die Reformation. Hg. von der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Evangelisch-Theologische Fakultät, Prof. Dr. Wolfgang Breul/Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz, Regensburg 2015; Schrei nach Gerechtigkeit. Leben am Mittelrhein am Vorabend der Reformation, hg. von Winfried Wilhelmy (Publikationen des Bischöflichen Dom- und Diözesanmuseums Mainz, 6), Regensburg 2015.

67. Vgl. u. a.: Bering, Dietz: Luther im Fronteinsatz. Propagandastrategien im Ersten Weltkrieg, Göttingen 2018; Kuhn, Andreas/Stüber, Gabriele: Lutherbilder aus sechs Jahrhunderten, Ubstadt-Weiher/Heidelberg/Basel 2016; Maser, Peter: »Mit Luther alles in Butter?« Das Lutherjahr 1983 im Spiegel ausgewählter Akten, Berlin 2013; Wendebourg, Dorothea: So viele Luthers … Die Reformationsjubiläen des 19. und 20. Jahrhunderts, Leipzig 2017.

68. Rademacher-Braick, Wilma: Frei und selbstbewusst. Reformatorische Theologie in Texten von Frauen (1523–1558) (SOFIE Schriftenreihe zur Geschlechterforschung, 21), St. Ingbert 2017 [Diss. Koblenz 2001].

69. V. Leppin, Luther (wie Anm. 34); Schilling, Heinz: Martin Luther. Rebell in einer Zeit des Umbruchs. Eine Biographie, München 2012 (32014); Kaufmann, Thomas: Martin Luther, München 2006 (52017).

Der Fribourger Allgemeinhistoriker Volker Reinhardt wertete längst publizierte, aber bislang offenbar wenig beachtete vatikanische Akten aus und unternahm den Versuch, unter Berücksichtigung mentalitätsgeschichtlicher Aspekte ein Luther-Bild zu zeichnen, wie es von der zeitgenössischen römischen Kurie aus wahrgenommen wurde.[70] Umfassende Darstellungen zur Reformationsgeschichte legte insbesondere Thomas Kaufmann vor.[71]

Zu guter Letzt sei auf die rechtzeitig zum Reformationsjubiläum 2017 fertig gewordene Revision der Luther-Bibel hingewiesen; sie wurde zum Reformationstag 2016 der Öffentlichkeit präsentiert. Leitend bei der Revision waren drei Prinzipien: 1. die »Texttreue gegenüber dem biblischen Ausgangstext«, 2. die »Treue gegenüber Luthers Text« und 3. »die liturgische Verwendbarkeit, also die Brauchbarkeit im Gottesdienst«, so dass der Text »für die Gemeinde lesbar, memorierbar und hörbar« bleibt.[72] Dabei wurden Fehlentwicklungen der Revisionen des 20. Jahrhunderts bewusst korrigiert bzw. rückrevidiert, um die sprachschöpferische, poetische und stilprägende Kraft Luthers wieder besser zur Geltung zu bringen – selbst unter Inkaufnahme der Verstärkung eines gewissen altmodischen Textduktus.[73] Die neue Luther-Bibel ist zu einem Verkaufserfolg geworden; allein bis Ende 2017 wurden mehr als eine halbe Million Exemplare verkauft.[74]

70. Reinhardt, Volker: Luther, der Ketzer. Rom und die Reformation, München 2016.

71. T. Kaufmann, Geschichte (wie Anm. 31); ders.: Geschichte der Reformation in Deutschland, Berlin 2016; ders.: Erlöste und Verdammte. Eine Geschichte der Reformation, München 2017. – Zu Johannes Calvin waren bereits im Umfeld seines 500. Geburtstages 2009 zahlreiche neue wissenschaftliche Arbeiten vorgelegt worden. Vgl. u. a: Busch, Eberhard: Gotteserkenntnis und Menschlichkeit. Einsichten in die Theologie Johannes Calvins, Zürich 2009; Calvinismus. Die Reformierten in Deutschland und Europa. Ausstellungskatalog des Deutschen Historischen Museums Berlin, Berlin 2009; Hirzel, Martin/Sallmann, Martin (Hg.): 1509 – Johannes Calvin – 2009. Sein Wirken in Kirche und Gesellschaft. Essays zu seinem 500. Geburtstag, Zürich 2009; Link, Christian: Johannes Calvin. Humanist, Reformator, Lehrer der Kirche, Zürich 2009; Neuser, Wilhelm Heinrich: Johann Calvin – Leben und Werk in seiner Frühzeit 1509–1541, Göttingen 2009; Opitz, Peter: Leben und Werk Johannes Calvins, Göttingen 2009; Plasger, Georg: Johannes Calvins Theologie – eine Einführung, Göttingen 2008; Reinhardt, Volker: Die Tyrannei der Tugend. Calvin und die Reformation in Genf, München 2009; Selderhuis, Herman J. (Hg.): Calvin Handbuch, Tübingen 2008; Strohm, Christoph: Johannes Calvin. Leben und Werk des Reformators, München 2009. Zum Calvin-Jahr vgl. auch: Detmers, Achim: Das Calvin-Jahr 2009 – Vorgeschichte, Ereignisse, Erfolge, in: KJ 136. Jg., 2009, Gütersloh 2012, 141–174.

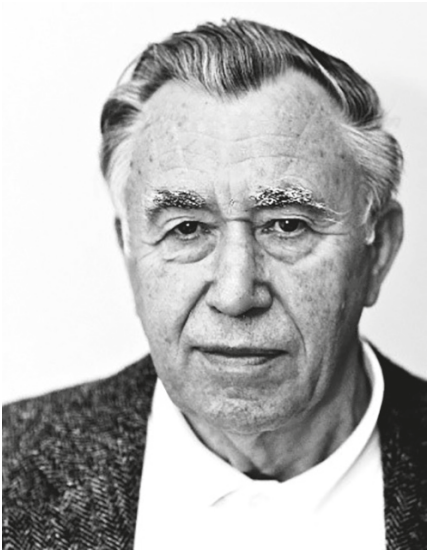
72. Kähler, Christoph: Die Revision der Lutherbibel zum Jubiläumsjahr 2017 – 500 Jahre Reformation, in: Jahr, Hannelore (Hg.): »… und hätte der Liebe nicht«. Die Revision und Neugestaltung der Lutherbibel zum Jubiläumsjahr 2017: 500 Jahre Reformation, Stuttgart 2016, 7–20, 8f.

73. Vgl. Ebda., 19f.

74. https://www.die-bibel.de/service/pressebereich/detailansicht/news/detail/News/lutherbibel-2017-inzwischen-500000-mal-verkauft/ (Zugriff am 9. Dezember 2019).

IV. Nachrufe

Siegfried Bräuer
(2. September 1930 bis 19. März 2018)



(© privat)

Siegfried Bräuer wurde am 2. September 1930 in Oberneuschönberg (heute zu Olbernhau) im sächsischen Erzgebirge in einer Handwerkerfamilie geboren. Nach seiner Schulzeit absolvierte er eine Ausbildung zum Industriekaufmann, wurde dann aber durch einen Pfarrer zum Theologiestudium ermuntert.[1] Wie er am Ende seines Lebens in einem Interview selbst berichtete, wurde er mit dem Argument zur Theologie gelockt, er werde in der Jugendarbeit gebraucht. Bräuer ließ sich nach eigener Aussage auf diesen Weg schieben, obwohl er selbst eigentlich lieber

1. Die folgenden biographischen Angaben schöpfen aus unterschiedlichen Quellen. Vgl. insbesondere das am Institut für Kirchengeschichte der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig bearbeitete Sächsische Pfarrerbuch sowie den Nachruf von Ziemer, Jürgen: Schwer geprüft und viel bewirkt. Zum Tod des Theologen, Pfarrers und früheren Leiters der Evangelischen Verlagsanstalt Siegfried Bräuer, der 87-jährig verstarb, in: Der Sonntag. Wochenzeitung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, 23. 3. 2018. Weitere Details aus dem in der folgenden Anmerkung genannten Interview und der in Anm. 23 zitierten Laudatio von Helmar Junghans.

Literaturwissenschaft studiert hätte.[2] Zwischen 1951 und 1956 studierte er Evangelische Theologie an der Karl-Marx-Universität Leipzig mit dem Ziel, als Pfarrer in den sächsischen Kirchendienst einzutreten. Während des Studiums lernte er seine spätere Ehefrau Karin kennen, mit der er zwei Kinder hatte, darunter eine schwerbehinderte Tochter, die im Alter von 14 Jahren starb. Von 1960 bis 1972 wirkte Bräuer als Gemeindepfarrer an der Leipziger Trinitatiskirche (heute: Leipzig-Anger-Crottendorf), wo er seit 1959 bereits das Vikariat absolviert hatte. Im Rückblick erinnerte er sich, dass er als Gemeindepfarrer Gottesdienste mit Bandmusik organisierte und damit das Missfallen der Staatsmacht auf sich zog, die alle paar Wochen vor seiner Tür stand.[3] Zum Realsozialismus der DDR stand Bräuer immer auf Distanz.

> An den Kommunismus habe ich nicht fünf Minuten geglaubt. Und die Kommunisten auch nicht an mich.[4]

In seiner Leipziger Gemeinde war diese systemferne Haltung die Grundlage seiner seelsorgerlichen Tätigkeit.

Bräuers wissenschaftliche Interessen traten in den Jahren seines Pfarramtes noch nicht stärker in den Vordergrund, doch schlug sich die Vorbereitung seiner Dissertation in einigen kleineren Veröffentlichungen nieder.[5] 1973 wurde er vom Kirchenhistoriker Franz Lau in Leipzig mit einer Arbeit zu den zeitgenössischen Dichtungen über Müntzer und den Thüringer Bauernaufstand promoviert.[6] Die Arbeit blieb zwar unveröffentlicht[7], bildete aber den Grundstock einer lebenslangen Beschäftigung mit Leben und Werk Thomas Müntzers. Beruflich veränderte sich Bräuer 1972, als er Rektor des Pastoralkollegs der Sächsischen Landeskirche in Krummenhennersdorf wurde. Diese Funktion behielt er bis 1979. 1980 wechselte er, von der Sächsischen Landeskirche beurlaubt, als Theologischer Direktor zur Evangelischen Verlagsanstalt nach Berlin, wo er bis zu seinem Tod wohnhaft blieb und die politische Wende von 1989/90 erlebte.

Bräuers im Anschluss an die Promotion intensivierte Publikationstätigkeit kreiste um sein Lebensthema Thomas Müntzer. Dies bedeutete immer zugleich eine Auseinandersetzung mit dem in der DDR gepflegten Müntzerbild. Dem Bauernführer und sozialistischen Revolutionär, zu dem Müntzer durch die kommunis-

2. Sich neu verlieben, in: taz vom 14. März 2018 (http://www.taz.de/!5487927/).
3. Ebda.
4. Ebda.
5. Bräuer, Siegfried: Zu Müntzers Geburtsjahr, in: Luther-Jahrbuch 36 (1969), 80–83; Müntzers Feuerruf in Zwickau, in: Herbergen der Christenheit 8 (1971), 127–153; Die erste Gesamtausgabe von Thomas Müntzers Schriften und Briefen. Ein erfülltes Desiderat der Reformationsforschung, in: Luther-Jahrbuch 38 (1971), 121–131.
6. Bräuer, Siegfried: Die zeitgenössischen Dichtungen über Müntzer und den Thüringer Bauernaufstand. Untersuchungen zum Müntzerbild der Zeitgenossen in Spottgedichten und Liedern, im Dialog und im neulateinischen Epos von 1521–1525, 3 Bde. (masch.), theol. Diss. Leipzig 1973.
7. Ein Teildruck der Dissertation: Die zeitgenössischen Lieder über den Thüringer Aufstand von 1525 (Mühlhäuser Beiträge, Sonderheft, 2), Mühlhausen 1979.

tischen Historiker verzerrt wurde, stellte er den Theologen Müntzer entgegen.[8] Seit der Mitte der 1970er Jahre bemühte sich Bräuer, diesen Theologen selbst zu Wort kommen zu lassen. 1975 edierte er mit Wolfgang Ullmann Müntzers Theologische Schriften des Jahres 1523[9], 1988 Müntzers Deutsche Evangelische Messe.[10] Die Notwendigkeit einer kritischen Ausgabe der Müntzer-Werke, die die unzulängliche Edition von Günter Franz[11] ablösen sollte, stand Bräuer immer klar vor Augen. Seit der Mitte der 1980er Jahre gehörte er zu den Mitinitiatoren einer neuen wissenschaftlichen Thomas-Müntzer-Ausgabe, die in Kooperation von ost- und westdeutschen Historikern und Kirchenhistorikern in Leipzig und Heidelberg entstehen sollte. Frucht dieser jahrzehntelangen Bemühungen ist der 2010 erschienene, von Bräuer und Manfred Kobuch herausgegebene Band 2 der kritischen Gesamtausgabe, der Müntzers Briefwechsel enthält.[12] In den Kommentaren schlug sich Bräuers stupende Kenntnis nicht nur der gedruckten, sondern auch der archivalischen Überlieferung detailreich nieder. Den Abschluss des dreibändigen Gesamtwerks der kritischen Müntzer-Ausgabe im Jahr 2017 hat Bräuer noch erlebt.[13] Schon im Jahr zuvor hatte er seine lebenslange Beschäftigung mit Müntzer in einer gemeinsam mit Günter Vogler verfassten biographischen Synthese zusammengeführt.[14] Bräuer war der letzte Vertreter der Generation der Müntzerforscher im eigentlichen Sinne, deren Konzentration auf diese eine historische Persönlichkeit ohne den Hintergrund des DDR-Müntzerkultes und ohne die Frontstellung zwischen kommunistischer und bürgerlich-theologischer Müntzerforschung nicht erklärbar ist. Eine im Jahr 2010 erschienene Bibliographie der Veröffentlichungen Bräuers zu Leben und Werk Thomas Müntzers umfasst immerhin 66 Nummern.[15]

Ist es in der theologischen Reformationsforschung die Regel, von Martin Luther ausgehend auf andere Felder der Reformationsgeschichte auszugreifen, war es bei Bräuer eher umgekehrt. Anders als sein Lehrer Franz Lau war er kein Lu-

8. Das wichtigste Werk in diesem Zusammenhang: Der Theologe Thomas Müntzer. Untersuchungen zu seiner Entwicklung und Lehre, hg. von Siegfried Bräuer und Helmar Junghans, Berlin 1989.

9. Thomas Müntzer. Theologische Schriften aus dem Jahr 1523, hg. von Siegfried Bräuer und Wolfgang Ullmann, Berlin 1975, ²1982.

10. Thomas Müntzer. Deutsche Evangelische Messe 1524, hg. von Siegfried Bräuer, Berlin 1988.

11. Thomas Müntzer. Schriften und Briefe. Kritische Gesamtausgabe, unter Mitarbeit von Paul Kirn hg. von Günter Franz (Quellen und Forschungen zur Reformationsgeschichte, 33), Gütersloh 1968.

12. Thomas-Müntzer-Ausgabe. Kritische Gesamtausgabe, hg. von Helmar Junghans † und Armin Kohnle, Bd. 2: Thomas Müntzer, Briefwechsel, bearb. von Siegfried Bräuer und Manfred Kobuch, Leipzig 2010.

13. Zur komplizierten Entstehungsgeschichte der Ausgabe vgl. knapp Kohnle, Armin: Zum Abschluss der Thomas-Müntzer-Ausgabe, in: Denkströme. Journal der Sächsischen Akademie der Wissenschaften, Heft 18, Leipzig 2017, 172f.

14. Bräuer, Siegfried/Vogler, Günter: Thomas Müntzer. Neu Ordnung machen in der Welt. Eine Biographie, Gütersloh 2016.

15. Dammaschke, Marion: Siegfried Bräuers Beitrag zur Erforschung und Vermittlung von Leben und Werk Thomas Müntzers. Eine Bibliographie, in: Thomas Müntzer – Zeitgenossen – Nachwelt. Siegfried Bräuer zum 80. Geburtstag, hg. von Hartmut Kühne u. a. (Thomas-Müntzer-Gesellschaft e. V. Veröffentlichungen, 14), Mühlhausen 2010, 311–317.

therforscher. Wo Luther in seinen Publikationen vorkommt, ist häufig wieder das Interesse an Müntzer und dem Bauernkrieg bzw. die Auseinandersetzung mit dem Geschichtsbild des DDR-Sozialismus leitend. 1983 veröffentlichte Bräuer eine Monographie zum Lutherbild in der DDR.[16] Bräuers eigene Haltung zu Luther blieb immer ambivalent; Luthers Äußerungen zu den Bauern und im Bauernkrieg betrachtete er kritisch – ein Reflex des von ihm sonst bekämpften Geschichtsbilds der DDR?[17] Von Müntzer und von Bräuers persönlichen Erfahrungen während der zweiten deutschen Diktatur herkommend, wurden die Geschichtspolitik und die Erinnerungskultur des 20. Jahrhunderts zu einem zweiten Pfeiler seines gelehrten Oeuvres. Seit der Mitte der 1980er Jahre wandte sich Bräuer verstärkt auch der Zeit des Nationalsozialismus zu. Veröffentlichungen zu den Lutherfeiern 1933[18] oder zum Melanchthonjubiläum 1960[19] stehen stellvertretend für diesen Themenkomplex. Geprägt von seinen persönlichen Erfahrungen im DDR-Verlagswesen mit ihrer spürbaren, aber stets verschleierten Zensurpraxis war der gemeinsam mit Clemens Vollnhals 1995 herausgegebene Band »In der DDR gibt es keine Zensur«.[20] Die Jahre als Theologischer Direktor der Evangelischen Verlagsanstalt schlugen sich auch in einem Erfahrungsbericht nieder, der unter dem Titel »Bereitstellen – Erschließen – Einschleusen« erschien.[21]

Das Ende der DDR und die deutsche Wiedervereinigung bedeuteten für Bräuer eine tiefe berufliche und wissenschaftliche Zäsur. Den Umzug der Evangelischen Verlagsanstalt von Berlin nach Leipzig nutzte er für eine Rückkehr in den kirchlichen Dienst. Von 1991 bis zu seinem Ruhestand 1995 wirkte er als Referent im Rang eines Oberkirchenrats in der Berliner Außenstelle des Kirchenamts der Evangelischen Kirche in Deutschland. Die neue Freiheit erlaubte es ihm, eine akademische Karriere nachzuholen. 1992 habilitierte er sich an der Kirchlichen Hochschule

16. Bräuer, Siegfried: Martin Luther in marxistischer Sicht von 1945 bis zum Beginn der achtziger Jahre, Berlin 1983.

17. Vgl. etwa Bräuer, Siegfried: Luthers Beziehungen zu den Bauern, in. Leben und Werk Martin Luthers von 1526 bis 1546, 2 Bde., hg. von Helmar Junghans, Berlin 1983, Bd. 1, 457–472; Bd. 2, 875–882.

18. Bräuer, Siegfried: Der »Deutsche Luthertag 1933« und sein Schicksal, in: Martin Luther. Leistung und Erbe, hg. von Horst Bartel, Berlin 1986, 423–434; ders.: »Wir erheben aufs Tiefste entrüstet Einspruch«. Die Luther-Ehrung der Deutschen Christen 1933 in Sachsen und der Protest von Dresdner Schülerinnen, in: Neues Archiv für Sächsische Geschichte 64 (1993), 151–174; ders., Der urdeutsche und tiefchristliche Reformator. Zur Planung und Vorbereitung der Wittenberger Luther-Festtage 1933, in: 700 Jahre Wittenberg. Stadt, Universität, Reformation, hg. von Stefan Oehmig, Weimar 1995, 545–563; ders., Die Lutherfestwoche vom 19. bis 27. August 1933 in Eisleben. Ein Fallbeispiel en detail, in: Laube, Stefan/Fix, Karl-Heinz (Hg.): Lutherinszenierung und Reformationserinnerung (Schriften der Stiftung Luthergedenkstätten in Sachsen-Anhalt, 2), Leipzig 2002, 391–451.

19. Bräuer, Siegfried: Das Melanchthonjubiläum 1960 in Halle und Wittenberg, in: Lutherjahrbuch 64 (1997), 87–126.

20. »In der DDR gibt es keine Zensur«. Die Evangelische Verlagsanstalt und die Praxis der Druckgenehmigung 1954–1989, hg. von Siegfried Bräuer und Clemens Vollnhals, Leipzig 1995.

21. Bräuer, Siegfried: Bereitstellen – Erschließen – Einschleusen. Anthologien der Evangelischen Verlagsanstalt Berlin. Ein Bericht, in: Literatur in der DDR im Spiegel ihrer Anthologien. Ein Symposion, hg. von Günter Häntzschel, Wiesbaden 2005, 59–74.

Naumburg für das Fach Kirchengeschichte, 1994 ließ er sich an den Fachbereich Theologie der Humboldt-Universität Berlin umhabilitieren. Als Privatdozent und seit 1999 als außerplanmäßiger Professor führte er Lehrveranstaltungen durch und publizierte mit erstaunlicher Energie.

Die Zeit der Ehrungen brach jetzt an. Zu seinem 70. Geburtstag im Jahr 2000 erschien eine von Hans-Jürgen Goertz und Eike Wolgast herausgegebene Aufsatzsammlung, die acht der wichtigsten Arbeiten Bräuers aus den Jahren 1973 bis 1997 enthält.[22] Eine begleitende Laudatio aus der Feder des Leipziger Kirchenhistorikers Helmar Junghans[23] zeichnet Bräuers Lebensweg detailreich nach. Im Jahr 2001 erhielt Bräuer die Ehrendoktorwürde der Theologischen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität Kiel für seine wissenschaftlichen Leistungen auf dem Gebiet der Reformationsgeschichtsforschung und der Erforschung der Kirchlichen Zeitgeschichte, für seine Verdienste um die Evangelische Verlagsanstalt in Berlin sowie für seine erfolgreiche Wirksamkeit in kirchlichen Instituten und Ausschüssen.[24] Zu seinem 80. Geburtstag 2010 widmeten ihm Kollegen und Freunde eine Festschrift, die den für Bräuers wissenschaftliche Interessen bezeichnenden Titel führt: »Thomas Müntzer – Zeitgenossen – Nachwelt«.[25]

Auch im Spätwerk Bräuers blieb Müntzer das Hauptthema. Die Wallfahrtsforschung und die Geschichte der Grafschaft Mansfeld begegnen jedoch als neue bzw. intensivierte Forschungsfelder. Ersteres schlug sich in einem langen Aufsatz über die Wallfahrtsforschung als Defizit reformationsgeschichtlicher Arbeit nieder.[26] Die Kirchengeschichte der Grafschaft Mansfeld, die ihm aus seiner Müntzerforschung ohnehin vertraut war, behandelte er in seinen letzten 20 Lebensjahren mehrfach, zweimal sogar auf eigenen Tagungen.[27] Auch Bräuers vermutlich letzter gedruckter Aufsatz, der postum in einem ihm gewidmeten Band zu Luthers Tod

22. Bräuer, Siegfried: Spottgedichte, Träume und Polemik in den frühen Jahren der Reformation. Abhandlungen und Aufsätze, hg. von Hans-Jürgen Goertz und Eike Wolgast, Leipzig 2000.

23. Junghans, Helmar: Laudatio auf Siegfried Bräuer zum 70. Geburtstag, in: S. Bräuer (wie Anm. 22), 255–280, Bibliographie der Werke Bräuers 281–291.

24. Vgl. Schilling, Johannes: Siegfried Bräuer – Reformationshistoriker, Verleger, Kirchenmann und Ehrendoktor der Theologischen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, in: Thomas Müntzer (wie Anm. 15), 9–21, mit Auszügen aus der Laudatio.

25. Thomas Müntzer (wie Anm. 15).

26. Bräuer, Siegfried: Wallfahrtsforschung als Defizit der reformationsgeschichtlichen Arbeit. Exemplarische Beobachtungen zu Darstellungen der Reformation und zu Quellengruppen, in: Spätmittelalterliche Wallfahrt im mitteldeutschen Raum. Beiträge einer interdisziplinären Arbeitstagung, Eisleben 7.–8. Juni 2002, hg. von Hartmut Kühne, Wolfgang Radtke und Gerlinde Strohmaier-Wiederanders, Berlin 2002, 15–49.

27. Vgl. etwa Bräuer, Siegfried: Luthers »Zwei-Reiche-Lehre« im Ernstfall. Der Konflikt Graf Albrechts von Mansfeld mit seinen Vettern wegen reformatorischer Neigungen 1524/25, in: Landesgeschichte als Herausforderung und Programm. Karl-Heinz Blaschke zum 70. Geburtstag (Quellen und Forschungen zur sächsischen Geschichte, 15), Stuttgart 1997, 285–304. Die Ergebnisse zweier Tagungen in Eisleben und Mansfeld sind dokumentiert in: Von Grafen und Predigern. Zur Reformationsgeschichte des Mansfelder Landes, hg. von Armin Kohnle und Siegfried Bräuer (Schriften der Stiftung Luthergedenkstätten in Sachsen-Anhalt, 17), Leipzig 2014.

erschien, behandelt ein Thema der Mansfelder Geschichte[28] und kehrt zudem zu den literarischen Quellen zurück, die ihn seit seiner Dissertation beschäftigt hatten.

Wie Bräuer in seinem letzten Interview im Friederike-Fliedner-Hospiz in Berlin bemerkte, gingen ihm die Ideen für ein neues Buch nicht aus.[29] Seine durch jahrelange Krankheit schwindenden Kräfte verhinderten jedoch alle neuen Projekte. Am 19. März 2018 ist Siegfried Bräuer, der akribische Müntzerforscher, der von Anekdoten überquellende Zeitzeuge, der freundliche und umgängliche Mensch, in Berlin gestorben.

Armin Kohnle, Leipzig

28. Bräuer, Siegfried: Sterben ist kein Kinderschertz. Cyriacus Spangenbergs Hecastus-Übersetzung für die Mansfelder Schule, in: Luthers Tod. Ereignis und Wirkung, hg. von Armin Kohnle (Schriften der Stiftung Luthergedenkstätten in Sachsen-Anhalt, 23), Leipzig 2019, 265–295.

29. Vgl. Sich neu verlieben (wie Anm. 2).

Hermann Kalinna
(26. Juni 1929 bis 28. März 2018)



(© Idea/Ebeling)

Hermann Kalinna war vom Scheitel bis zur Sohle ein Konservativer, theologisch wie politisch. Und das zu einer Zeit, als diese Spezies in den Leitungen der deutschen evangelischen Kirchen rar geworden war. Eine gründliche theologische Ausbildung genoss der am 26. Juni 1929 in Düsseldorf Geborene an den Universitäten in Tübingen, Paris (Sorbonne und Institut Catholique) und Genf. Als Pfarrer für ausländische Studenten an der Universität Seattle/USA erwarb er zu seinen französischen noch ausgezeichnete Kenntnisse im Englischen. Das war Anfang der 1960er Jahre für Theologen noch durchaus ungewöhnlich. Es verschaffte ihm später einen unkomplizierten Zugang zu den ausländischen Botschaften in Bonn und prädestinierte ihn, für den Bevollmächtigten die Verbindungen zum Auswärtigen Amt wahrzunehmen. Für ökumenische Besucher war er auch deshalb ein gefragter Gesprächspartner, zumal die beiden Leiter des Büros des Bevollmächtigten der EKD in Bonn, mit denen er zusammenarbeitete, sprachlich weniger versiert waren als er.

Nach dem Studium von 1949 bis 1956 und im Anschluss an seine Vikarszeit nahm er vier Jahre die Aufgaben einer wissenschaftlichen Hilfskraft an der Theologischen Fakultät in Bonn wahr. Danach war er ebenfalls vier Jahre Gemeindepfarrer in Bad Godesberg, bis er im Jahre 1966 von Bischof Hermann Kunst als zweiter Theologe in das Büro des Bevollmächtigten der EKD bei der Bundesrepublik Deutschland berufen wurde. In dieser Position verblieb er 28 Jahre und wurde zu einer Institution. Oft bezeichnete er seine Aufgabe bei Bischof Kunst als dessen linke und später, bei Bischof Binder, als dessen rechte Hand. Die Nachfolge

von Bischof Kunst scheiterte am Einspruch eines Laienmitglieds im Rat der EKD.

Spät, erst 1986, heiratete er die Ministerialrätin Juliane Kellermann. Den Eheleuten wurde ein Sohn geboren, der den Spuren des Vaters folgte und ebenfalls Theologe geworden ist.

Immer wieder, das brachte sein Amt mit sich, bedachte er die politische Aufgabe der Kirche. In der Festschrift für Hermann Kunst (1977) stritt er gegen eine seltsamerweise als »Klerikalisierung« diffamierte parteipolitische Zurückhaltung der Kirche, gegen ein politisches Mandat und für die Wahrnehmung ihrer Aufgabe vor allem in sozialer Verantwortung.[1] Für das Evangelischen Soziallexikon schrieb er den Artikel zur gesellschaftlichen und politischen Verantwortung der Kirche, für das Evangelischen Staatslexikon den Beitrag »Demokratie II theologisch«.[2] Im Streit um den Weg Südafrikas bezog er eine in der evangelischen Kirche einsame Position.[3] Die kirchliche Friedensbewegung der 1980er Jahre war ihm wegen ihrer politischen Aggressivität und politischen Naivität ein Graus. Da er von 1970 bis 1993 Mitglied des Rundfunkrats des Deutschlandfunks war, äußerte er sich wiederholt zu den Fragen der neuen Medien.[4] 20 Jahre (1984–2004) wirkte er im Vorstand der Welthungerhilfe mit, zuletzt als stellvertretender Vorsitzender. Bereits im Ruhestand, beriet er den Arbeitskreis evangelischer Unternehmer theologisch.

Hermann Kalinna war meinungsstark und vertrat seine Überzeugungen gelegen und ungelegen. Das passte nicht jedem, also eckte er nicht selten an. Als der Evangelische Pressedienst (epd), das offiziöse Organ der EKD, dem Geist der Zeit gehorsam, immer stärker linke Positionen beförderte, näherte er sich dem Nachrichtendienst der Evangelischen Allianz (Idea) an, versorgte ihn mit Informationen auch vertraulicher Art und schrieb darin immer wieder Grundsatzartikel. Idea hofierte ihn wegen seiner vom Mainstream der Evangelischen Kirche abweichenden Haltung. Mancher rieb sich dabei die Augen. Selber konservativer Lutheraner, der immer wieder die Rechtfertigungslehre als *articulus stantis et cadentis ecclesiae* einschärfte und dem Pietismus, zumal in seiner evangelikalen Ausprägung, fremd, war Kalinna im Umfeld von *idea* ein Solitär. Aber er fand Gefallen daran, gegen den Strom zu schwimmen und, wie er nicht ohne Grund meinte, der Mehrheit der Mitglieder in den evangelischen Gemeinden eine Stimme zu geben. Auseinandersetzungen ging er nicht aus dem Weg, er suchte sie sogar. Er teilte kräftig aus, musste aber auch viel einstecken.

---

1. Kalinna, Hermann: Kirche, Politik und Verantwortung, in: Kirche im Spannungsfeld der Politik. Festschrift für Bischof D. Hermann Kunst, hg. von Paul Collmer, Hermann Kalinna und Lothar Wiedemann, Göttingen 1977, 63–72.
2. Kirche B. Gesellschaftliche und politische Verantwortung, in: Evangelisches Soziallexikon, [7]1980, 704–708; Evangelisches Staatslexikon, Bd. 1, [3]1987, 469–476.
3. Ders.: »Südafrika im Bann?« Zur Kirchenpolitik der EKD im Südlichen Afrika (DAS-Schriftenreihe, 30), Bonn 1985, sowie: Weiße Sicherheit – die Voraussetzung für schwarze Freiheit – Südafrika zwischen Evolution und Revolution, in: Zeitwende 61 (1990), 90–103.
4. Ders.: Die Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland angesichts der neuen Medien – Die Vorstellungen und Projekte der Evangelischen Kirche, in: Die neuen Medien und die Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich (Deutsch-Französische Kolloquien Kirche – Staat – Gesellschaft, 5), Kehl 1983, 137–144.

Im Ruhestand wurden ihm die aktuellen kirchlichen Stellungnahmen immer fremder. Er geißelte den Weg der Evangelischen Kirche als Weg in die politische Impotenz.[5] Zuvor schon, anlässlich seines 65. Geburtstags, hatte er in einem Interview erklärt:

> Wer eine politisch einflussreiche Kirche will, muss sich vor jeder Politisierung hüten. Wer in der Kirche Parteipolitik betreibt, macht die Kirche politisch unwirksam.[6]

Für die Politisierung der evangelischen Kirchen sah er die Ursache in dem theologischen und kirchenpolitischen Einfluss Karl Barths und seiner Gefolgsleute. Seinem Missvergnügen darüber gab er in einem Buch mit dem provozierenden Titel »War Karl Barth politisch einzigartig wach? Über das Versagen politischer Urteilskraft« Ausdruck.[7] Die theologische Zunft, die die »erschließende und orientierende Kraft« Karl Barths nicht nur für das gegenwärtige kirchliche Leben, sondern auch für das »gegenwärtige gesellschaftliche Leben« feierte, erinnerte Kalinna schon im Vorwort an Barths Diktum von 1950: »Wer den Kommunismus nicht will – und wir wollen ihn alle nicht –, der stehe für einen ernsthaften Sozialismus.« Das interpretierte Kalinna als Verachtung der Demokratie »mit ihrer Chance ständiger Reparatur und Verbesserung« und Beförderung ihrer »Überwindung durch eine Utopie.«[8] Kalinna bestritt Karl Barth seine zunehmend usurpierte nahezu alleinige Autorschaft an der Barmer Theologischen Erklärung, dem zentralen Dokument der Bekennenden Kirche und ihres Widerstands gegen die Deutschen Christen und des nationalsozialistischen Staates. Kalinna vermisste bei Karl Barth beim Aufkommen des Dritten Reichs Urteilskraft und Mut[9], beanstandete fehlende Äußerungen zum sich als total verstehenden nationalsozialistischen Staat[10], weil er Hitler lediglich als Witzfigur ansah und nicht in seiner machtpolitischen Potenz erkannte.[11] Das Resumé ist eine vernichtende Kritik:

> Barths politische Irrtümer rechtfertigen nicht, über seinen Glauben zu urteilen, erfordern aber zwingend sein politisches Reden und Verhalten politisch zu beurteilen. Ihn und sein Verhalten als Vorbild zu stilisieren für politisches Handeln der Kirche und in der Kirche, hielte ich, wenn es denn erfolgreich sein sollte, für verhängnisvoll: Dem angeblich »einzigartig politisch wachen« Karl Barth ist es nie gelungen, *rechtzeitig* – und darauf kommt es in der Politik entscheidend an – die wichtigsten Herausforderungen des 20. Jahrhunderts zu erkennen. Er hat sich geirrt: In der Beurteilung der politischen Lage vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs; bei der Nicht-Wahrnehmung der Gefährdungen der Weimarer Republik; im Urteil über den Faschismus; in der Einschätzung des entschlossen die Macht anstrebenden Hitler; in der Blindheit für die Anzeichen des den Juden drohenden Schicksals; in der Unterschätzung der vom totalen Staat ausgehenden Gefahr für die Kirche; in der Naivität seiner Vorschläge für die Verteidigung Europas; in der fehlenden Einsicht in

5. Ders.: Der Weg in die politische Impotenz. Der schwindende Einfluss der Kirchen auf das öffentliche Leben, in: CA. Confession Augustana. Das lutherische Magazin für Religion, Gesellschaft und Kultur 2003, H. 3, 7–12.
6. idea Nr.70 vom 22. Juni 1994, 1–2, 2.
7. (Theologische Orientierungen, 8), Berlin/Münster 2009.
8. Ebda., 1f.
9. Ebda. 18 und 25.
10. Ebda, 40.
11. Ebda., 98.

das Wesen des Kommunismus; in seiner Empfindungslosigkeit für die Rolle des Rechts in Kirche, Staat und Gesellschaft. Daß er seine Irrtümer, wenn auch manchmal nur zeitweise, mit der Mehrheit der Bevölkerung oder »Meinungsführern« teilte, macht ihn gerade nicht geeignet zum Vorbild […] Die Karl Barth testierte »politisch einzigartige Wachheit« ist als Begriff so diffus wie sein politisches Reden und Handeln es waren.[12]

Es war ein reiches, an theologischen und politischen Auseinandersetzungen nicht armes Leben. Stets hatte er Lust am Disputieren. Wenn er mit seinem Hund einen Rundgang machte, hatte er die FAZ oder den Spiegel in der Hand und las aufmerksam. Die letzten Jahre, das Ende seines Lebens waren mühsam, ein trauriger Anblick. Zuletzt konnte er kaum noch sprechen und auf seine Besucher nicht mehr eingehen. Wer diese Jahre mit seinen besten verglich, musste an einen von ihm 1991 gehaltenen Vortrag denken, der die Überschrift trug »Alter in Würde«. Damals sagte er:

Oft sagen ältere Menschen, sie seien wertlos, da nutzlos für die Angehörigen oder gar eine Last. Ein respektvoller Umgang mit den Alten muss ihnen vermitteln, dass dies ein fundamentaler Irrtum ist. Natürlich sind sie häufig eine Belastung für ihre Angehörigen und ihre Mitmenschen. Das soll und darf nicht bestritten werden. Den Menschen ein Alter in Würde zu ermöglichen, heißt aber, ihnen zu vermitteln, dass die Belastung, die sie bedeuten, die Gesellschaft nicht ärmer, sondern reicher macht.[13]

Hermann Kalinna starb, beinahe neunzigjährig, am 28. März 2018 in Bonn.

Hartmut Löwe

12. Ebda., 126f. und 130.
13. Zitiert nach dem Vortragsmanuskript.

Karl Heinz Neukamm
(19. April 1929 bis 7. August 2018)



(© Archiv für Diakonie und Entwicklung, Berlin)

Karl Heinz Neukamm gehört zu den großen Persönlichkeiten der evangelischen Nachkriegsgeschichte in Bayern. Als Rektor prägte er die Rummelsberger Anstalten in den Jahren 1967 bis 1984 wie nur sein Vor-Vorgänger Karl Nicol (1886–1954). Seine Laufbahn in Kirche und Diakonie gipfelte im Amt des Präsidenten des Diakonischen Werkes Deutschland, das er von 1984 bis 1995 innehatte. Seine zentrale Rolle im evangelischen Bayern wird vor allem in seiner Kandidatur als Landesbischof im Jahr 1975 sichtbar. In Neukamms persönlicher Wahrnehmung besaß seine Teilnahme an der weltgeschichtlich herausragenden »Kniefall-Reise« von Bundeskanzler Willy Brandt im Dezember 1970 besondere Bedeutung. Sein Wirken ist bisher nur ansatzweise historisch gewürdigt; dieser Beitrag beschränkt sich lediglich auf die wesentlichen Marksteine seines Wirkens.[1]

Karl Heinz Neukamm wurde am 19. April 1929 im oberfränkischen Pegnitz geboren. Seine Eltern waren Georg Neukamm (1900–1974), zuletzt Leiter

1. Wehr, Gerhard: Gutes tun und nicht müde werden. Ein Jahrhundert Rummelsberger Diakonie, München 1989, S. 237–243; Der Autor hatte die Gelegenheit, in den Jahren 2016 und 2017 mehrere intensive Gespräche mit Karl Heinz Neukamm zu führen. Teile des vorliegenden Textes sind bereits veröffentlicht in: Greif, Thomas: Karl Heinz Neukamm, in: ders.: Kaiser, Kanzler, Rummelsberger. 21 Fußnoten deutscher Geschichte. Begleitkatalog zur Ausstellung im Diakoniemuseum Rummelsberg, Lindenberg 2017, 193–207. Hier wird vor allem die Warschau-Reise Neukamms detailliert beschrieben.

der Ortskrankenkasse in Pegnitz, und dessen Ehefrau Frieda, geb. Fleischmann (1903–1970).

Nach Schulzeit und Abitur in Bayreuth, unterbrochen nur durch eine Wochen im »Volkssturm«-Einsatz im April 1945, studierte er ab 1947 Theologie in Erlangen und Göttingen. Seine ersten Stationen im Pfarrdienst waren Traunstein (als Vikar) sowie Beerbach bei Lauf. Seit 1956 war er verheiratet mit Irmgard Neukamm, geb. Kelber (1936–1993). Zwischen 1957 und 1968 bekam das Ehepaar sieben Kinder: Martin (* 1957), Johannes (1958–2006), Anna-Dorothea (* 1960), Klaus (* 1961), Elisabeth (* 1963), Ulrike (* 1965) und Stephan (* 1968).

1962 berief die bayerische Landeskirche Neukamm als Landesjugendpfarrer mit Dienstsitz in Nürnberg. In dieser Funktion gehörte er der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend Deutschlands an, deren Vorsitz er 1967 für insgesamt sechs Jahre übernahm – zusätzlich zum Amt des EKD-Jugendkammervorsitzenden. 1966 wählte ihn der Verwaltungsausschuss der Rummelsberger Anstalten zum Nachfolger von Rektor Hermann Bürckstümmer (1911–1985), der einen neuen Dienst als Kreisdekan von Regensburg antrat. Neukamm war der Reformkandidat der Brüderschaft, die in vielen Bereichen auf Veränderungen drängte; sein Gegenkandidat wurde von Bürckstümmer unterstützt. Es war, wie Neukamm später in einem Interview selbst formulierte, eine »Protestwahl«.[2]

In den folgenden Jahren übernahm Neukamm eine Fülle zusätzlicher Neben- und Ehrenämter, über deren Vielzahl er in den jährlich an Freunde und Verwandte versandten Weihnachtsbriefen bisweilen in selbstironischem Ton zu klagen pflegte. So schrieb Neukamm 1967: »Es fiele mir nicht schwer, noch weitere 15 Nebenämter zu nennen, die ich aber lieber jetzt verschweige«.[3] Seit 1969 gehörte er der Generalsynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) und seit 1972 der bayerischen Landessynode sowie dem Landessynodalausschuss als berufenes Mitglied an (später auch als Vizepräsident). Ab 1973 war Neukamm auch Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). 1973 heißt es in seinem Weihnachtsbrief:

> Meine vielen Nebenämter, die fast zum Hauptamt zu werden drohen, haben mich oft von Rummelsberg weggeführt. Diese Reisen bringen aber so viele Begegnungen, Anstöße, Erkenntnisse und Erfahrungen, dass ich sie in der Rummelsberger Arbeit nicht missen möchte.[4]

Eine in Rummelsberg seinerzeit grassierende Erzählung dokumentiert augenzwinkernd die Rastlosigkeit, mit der sich Neukamm in immer neue Aufgaben und Verantwortlichkeiten stürzte: So sei er eines Tages mit wehendem Mantel von einer Sitzung zum bereitstehenden Dienstwagen geeilt, um dort von seinem Fahrer mit der Frage empfangen zu werden, wohin denn die Reise diesmal gehe. Die Antwort des Rektors: »Egal, ich werde überall gebraucht.«[5]

---

2. Interview mit Karl-Heinz Neukamm in: Winter, Helmut: Zum Leben helfen. Aus der Geschichte der Rummelsberger Diakonie 1948 bis 2001 (Rummelsberger Reihe, 3), Rummelsberg 2001, 145–153.
3. Neukamm, Karl-Heinz und Irmgard: Weihnachtsbrief 1967 (LAELKB, NL Neukamm, 39). Autor der Briefe ist Karl-Heinz Neukamm, auch wenn der Titel es anders anzeigt.
4. Weihnachtsbrief 1973 (ebda.).
5. Die Erzählung ließ sich nicht verifizieren. Neukamm selbst hielt sie ausdrücklich

Höhepunkt dieser amtskirchlichen »Nebenkarriere« war Neukamms Kandidatur als Landesbischof bei der Synodaltagung am 22. April 1975 in Augsburg. Gewählt wurde am Ende der damalige Kreisdekan von Bayreuth, Johannes Hanselmann (1927–1999), zusammen mit Neukamm waren unterlegen der damalige Präsident des Diakonischen Werkes Deutschland, Theodor Schober, und der Leiter der Evangelischen Akademie Tutzing, Johannes Viebig. Neukamm resümierte nach der Wahl:

Ich kann für mich uneingeschänkt sagen, daß ich die weitere Platzanweisung in Rummelsberg und im diakonischen Bereich gern angenommen habe.[6]

Im gleichen Jahr übernahm er das Ehrenamt des Präsidenten des Diakonischen Werkes Bayern.

Im Dezember 1970 gehörte Neukamm in seiner Funktion als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend in Deutschland zu einer 24-köpfigen Delegation, die Bundeskanzler Willy Brandt zu dessen »Kniefall-Reise« begleitete. Er benannte diese Reise selbst immer wieder als wichtigstes Ereignis in seinem Leben. Den Kniefall selbst sah Neukamm wegen zeitgleicher Gespräche mit Vertretern polnischer Jugendverbände nicht; an der feierlichen Unterzeichnung der Warschauer Verträge im Palais des Ministerrates nahm er aber teil.

Neukamm erntete für die Reise viel Zustimmung, aber auch lautstarke Kritik. Hans Roser, Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CSU, nannte die Reiseteilnahme

nichts anderes als die Fortsetzung mißverständlichen christlichen Engagements im politischen Bereich. Und das ist der Kirche wie den kirchlichen Kreisen in der Geschichte immer schlecht bekommen.[7]

Einem anderen Pfarrer galt Neukamms Reiseteilnahme als Beleg dafür,

wie sehr unsere Kirche dem marxistischen Gedankengut verfallen ist.[8]

Neukamm verteidigte in mehreren Interviews seine Mitwirkung an der Fahrt und seine inhaltliche Zustimmung zu dem Vertrag. In seinem Weihnachtsbrief von 1970 heißt es:

Es gehört ja seit Jahren zu den Aufgaben evangelischer Jugendarbeit, sich für die Versöhnung mit Polen einzusetzen. Wir meinen, daß 25 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges, der so schlimme Hypotheken hinterlassen hat, in beiden Völkern eine neue Generation herangewachsen ist, die gemeinsam ihre Zukunft gestalten muß. Ob uns Verständigung

für wahrscheinlich, ohne sich daran erinnern zu können.

6. Weihnachtsbrief 1975 (LAELKB, NL Neukamm, Nr. 39).

7. Nürnberger Zeitung, 5. Dezember 1970; Brief Hans Roser vom 4. Dezember 1970 (ebda., Nr. 52).

8. Pfarrer Richard Brosius (Königstein), Brief vom 11. Dezember 1970 (LAELKB, NL Neukamm, 52).

und Versöhnung gelingen, angesichts mancher unversöhnlicher Kräfte, die sich in beiden Völkern kräftig zu Wort melden?[9]

Sein Positionspapier »Versöhnung mit Polen« endet mit dem Aufruf: »Mut zur Versöhnung! Die Reaktionen auf Warschau beweisen es.«[10]

Im Gespräch mit dem Verfasser fasste Neukamm seine damalige Haltung nochmals zusammen:

> Ich habe bis heute großen Respekt vor Brandts Kniefall und fand diese Geste auch damals schon angemessen. Wir Deutsche sind mit unserer Vergangenheit schwer belastet. Dass sich der oberste Repräsentant Deutschlands in dieser Weise vor den Opfern verneigt, hat mich sehr beeindruckt. Ich habe Brandts Ostpolitik unterstützt, das war für mich keine Frage. Ich wurde sehr angegriffen, dass ich zu den Polen fahre – auch von Rummelsberger Diakonen. Damals war der Haß der verbitterten Heimatvertriebenen noch groß. Ich habe sehr Wert darauf gelegt, dass ich als Vertreter der Evangelischen Jugend dabei war und nicht als Rummelsberger Rektor – auch wenn sich das natürlich in der Außenwirkung schwer trennen ließ.[11]

Im Zentrum seines Wirkens in jenen Jahren stand natürlich die Tätigkeit in Rummelsberg, die von gesellschaftlichem Wandel auf allen Ebenen und einem regelrechten Bauboom gekennzeichnet waren. In Neukamms Amtszeit fielen die millionenschweren Neubauten des Jugendhilfezentrums, des Berufsbildungszentrums, des Tagungszentrums und der Umzug der orthopädischen Klinik von Altdorf nach Rummelsberg sowie der Ausbau des Auhofes und anderer Außeneinrichtungen. Er sei nicht mit der Absicht gekommen, als Baumeister aufzutreten, blickte er später zurück, doch seien der Bedarf groß gewesen und die Zeitumstände ideal:

> Der Kairos, der günstige Augenblick, ist nur einige Jahre da gewesen und man musste zupacken.

So ließ er etwa einen Verbindungsgang zwischen den Krankenhäusern Laurentiushaus und Wichernhaus ohne vorherige Rücksprache mit den zuständigen staatlichen Stellen bauen. Ministerpräsident Franz Josef Strauß (1915–1988) versicherte in seiner Rede zur Einweihung des Wichernhauses dann mit den Worten »ego te absolvo« (»ich spreche dich von deinen Sünden frei«) die Übernahme der Zusatzkosten durch den Staat.[12] Neukamm engagierte sich ebenfalls für den Aufbau der Rummelsberger Partnereinrichtungen in Tansania.[13]

Nach Neukamms eigenem Verständnis galt der Brüderschaft, die ihn im Jahr 2012 als vollwertiges Mitglied aufnahm, und deren geistlicher und beruflicher Profilierung sein Hauptaugenmerk. In seiner Dienstzeit wurden das Diakonengesetz, die Diakonenausbildung und die Brüderordnung reformiert. In vielen Bereichen, etwa bei

9. Neukamm, Karl-Heinz: Weihnachtsbrief (privat) 1970 sowie Weihnachtsbrief (Brüderschaft) 1970 (LAELKB, NL Neukamm, 39).
10. Neukamm, Karl-Heinz: Versöhnung mit Polen (LAELKB, NL Neukamm, 52).
11. Gesprächsprotokoll Neukamm vom 19. Oktober 2016.
12. H. Winter, Leben (wie Anm. 2), 149 und 153.
13. Dort entstanden seit 1980 das Rehabilitationszentrum Usa River und die Brüderschaft Faraja in der Region Kilimandscharo.

der Wertschätzung der Brüderfrauen, im Umgang mit den Partnerinnen der jungen Brüder, bei der Öffnung der Brüderschaft für Männer mit anderem Ausbildungshintergrund oder schließlich gar bei der Gründung der Diakoninnengemeinschaft im Jahr 1984 zog in Rummelsberg eine neue Zeit auf, wenngleich sich Neukamm im Laufe der 17 Rummelsberger Jahre nicht überall so innovationsfreudig und aufgeschlossen zeigte, wie es manche von ihm erwartet hatten. Dem Entstehen der Diakoninnengemeinschaft etwa stand er zunächst kritisch gegenüber.[14] Neben seiner dynamischen Entschlossenheit und dem »bald positiv, bald negativ empfundenen Durchsetzungswillen« schrieb ihm Wehr unter den persönlichen Eigenschaften ein »beneidenswertes Leistungsvermögen« zu, das auch in der Fülle seiner Ämter zum Ausdruck kam.[15] Sein Selbstanspruch, alle Fäden in den eigenen Händen zu halten, ließ sich angesichts des rasanten Wachstumes der Rummelsberger Anstalten in jenen Jahren kaum noch umsetzen und barg Konfliktpotential mit der Mitarbeiter- und der Brüderschaft, das Neukamm mit einem autoritären Führungsstil einzuhegen versuchte.

1984 wurde Karl Heinz Neukamm Präsident des Diakonischen Werkes der EKD mit Dienstsitz in Stuttgart; gleichzeitig endeten seine Ehrenämter in der bayerischen Landessynode und in der EKD-Synode. Seinem Leitbild einer kirchlich verwurzelten und dem Bürger verpflichteten Diakonie sei er auch in Stuttgart treu geblieben, wurde anlässlich seines Abschieds geschrieben.[16] Geprägt waren diese Jahre vor allem von der zunächst subtilen, dann offenen und intensiven Kooperation mit den diakonischen Trägern in der einstigen DDR. Wie nahe der DW-Präsident der ganz großen Politik stand, erwies sich in seiner Rolle im Fall von Alexander Schalck-Golodkowski (1932–2015): Der Devisenbeschaffer der DDR bat kurz vor der Wende in der DDR im Westen um Unterstützung, weil er sich in seiner Heimat seines Lebens nicht mehr sicher fühlte. Neukamm beschaffte dem Ehepaar Schalck-Golodkowski ein Notquartier bei einer befreundeten Pfarrfamilie.[17] Nach dem Attentat auf Wolfgang Schäuble war er der erste Pfarrer am Krankenbett des damaligen Bundesinnenministers.[18] Neukamm gehörte zu den großen Befürwortern der Pflegeversicherung, die schließlich 1993 eingeführt wurde.

1994, ein Jahr nach dem Tod seiner Ehefrau, wurde Neukamm als Präsident des Diakonischen Werkes in den Ruhestand verabschiedet. Von 1994 bis 2000 war er Beauftragter des Rates der EKD für Spätaussiedler und Heimatvertriebene; zu seinen zahlreichen Ehrungen zählen die Staatsmedaille für Soziale Verdienste (1979), die Verleihung der theologischen Ehrendoktorwürde der Evangelischen Theologischen Akademie Budapest (1993) und das Bundesverdienstkreuz (1994).

Den Ruhestand verbrachte Neukamm in Reichelsdorf bei Nürnberg und zuletzt in Rummelsberger Stift St. Lorenz in Nürnberg. Bis zu seinem Tod am 7. August 2018 nahm er mit Unterstützung der Diakonenwitwe Gisela Schindler (* 1943) regen Anteil am Rummelsberger Leben. Neukamm wurde auf dem historischen Teil des Friedhofes in Rummelsberg beigesetzt. Der amtierende Rektor Günter Breitenbach würdigte ihn als konservativen Reformer, der sich den Ausei-

14. Breitenbach, Günter: Nachruf auf Pfarrer Dr. h. c. Karl Heinz Neukamm, www.rummelsberger-diakonie.de, abgerufen am 16. August 2018.
15. G. Wehr, Gutes (wie Anm. 1), S. 239.
16. Diakonie report 5 (1994).
17. Gesprächsprotokoll (wie Anm. 11); Die ZEIT vom 20. Mai 1999.
18. Gesprächsprotokoll (wie Anm. 11).

nandersetzungen der Zeit gestellt habe, dessen eigentliches Erbe aber gewesen sei, das biblische Christuszeugnis, das lutherische Bekenntnis, das brüderschaftliche Leben und die bewährten Formen des Glaubens zu wahren:

»Dabei war es ihm wichtig, dass der Glaube nicht eine reine Herzensangelegenheit blieb, sondern Gestalt annahm – Verkündigung des Evangeliums in Wort und Tat.«

Thomas Greif

V. Bibliographie zur Kirchliche Zeitgeschichte 2018

Zusammengestellt von Karl-Heinz Fix

50 Jahre Grundordnung der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, hg. von Volker Knöppel, Tübingen: Mohr Siebeck 2018.

Albrecht-Birkner, Veronika: Freiheit in Grenzen. Protestantismus in der DDR (CuZ, 2), Leipzig: EVA 2018.

Albrecht-Birkner, Veronika: Protestantische Auseinandersetzungen mit dem sozialistischen Menschenbild in der DDR, in: MKiZ 12 (2018), 11–39.

Aubele, Katharina: Vertriebene Frauen in der Bundesrepublik Deutschland. Engagement in Kirche, Verbänden und Parteien 1945–1970 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, 138), Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2018.

Auffahrt, Christoph: Geschichte der Religionen des Dritten Reiches. Kirchengeschichte – Christentumsgeschichte – Europäische Religionsgeschichte, in: Fitschen, Klaus u. a. (Hg.): Kirchengeschichte und Religionswissenschaft. Methoden und Fallstudien (Arbeiten zur Kirchen- und Theologiegeschichte, 51), Leipzig: EVA 2018, 273–290.

Bauer, Gisa: Die Anti-Baby-Pille und die Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland in den 1960er und 1970er Jahren: Debatten, Diskurse und Emotionen, in: MKiZ 12 (2018), 41–66.

Bauer, Gisa: »Wir gaben einander damals das Wort, daß wir diese Erfahrung der vereinigenden Kraft Christi nicht vergessen wollten.« – Hildegard Schaeder (1902–1984), in: Zeltner Pavlović, Irena/Illert, Martin (Hg.): Ostkirchen und Reformation 2017. Begegnungen und Tagungen im Jubiläumsjahr, Bd. 1: Dialog und Hermeneutik, Leipzig: EVA 2018, 41–66.

Bayer, Ulrich: Die Gemeinde hat wieder kniend beten gelernt. Das Kriegsende 1945 aus der Sicht pfarramtlicher Berichte: Beispiele aus der Region zwischen Karlsruhe und Pforzheim, in: Jahrbuch für badische Religions- und Kirchengeschichte 12 (2018), 347–363.

Bayer, Ulrich: »Können wir es nicht verantworten, einer Einladung der US-Armee auf eine Vergnügungsveranstaltung zu folgen«. Protest gegen der Vietnam-Krieg: Der Heidelberger Universitätsrektor Rolf Rendtorff lehnt im Juni 1970 eine Einladung des US-Oberbefehlshabers Polk ab, in: Jahrbuch für badische Religions- und Kirchengeschichte 12 (2018), 331–336.

Bayer, Ulrich/Ulrichs, Hans-Georg (Hg.): Anvertrautes. Klaus Engelhardt im Gespräch (Veröffentlichungen zur badischen Kirchen- und Religionsgeschichte, 8), Stuttgart: W. Kohlhammer 2018.

Bering, Dietz: Luther im Fronteinsatz. Propagandastrategien im Ersten Weltkrieg, Göttingen: Wallstein 2018.

Beyer, Michael: Die Lutherbibliographie zwischen 1926 und 2018, in: Die Luther-Gesellschaft 1918–2018. Beiträge zu ihrem hundertjährigen Jubiläum, hg. von Johannes Schilling und Martin Treu, Leipzig: EVA 2018, 310–320.

Blum, Eberhard: Rolf Rendtorff, in: »Alles wirkliche Leben ist Begegnung«. Festschrift zum vierzigjährigen Bestehen von Studium in Israel e. V., hg. von Johannes Ehmann, Joachim J. Krause und Bernd Schröder, Leipzig: EVA 2018, S 213–229.

Bormann, Cornelius: Gedanken zu Bonhoeffers Bürgertum, in: Bonhoeffer Rundbrief, Nr. 119, 2018, 40–57.

Breitschwerdt, Jörg: Theologisch konservativ. Studien zu Genese und Anliegen der evangelikalen Bewegung in Deutschland (AKiZ, B 62), Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2018

Brezger, Gottfried: Von guten und anderen Mächten – wie konnte Dietrich Bonhoeffers Gedicht aus der Gestapo-Haft gelangen?, in: Bonhoeffer Rundbrief, Nr. 119, 2018, 33–38.

Brocke, Edna: Heinz Kremers (1926–1988). Pionier christlich-theologischer Umkehr, in: Kirche und Israel 33 (2018), 47–50.

Busch, Andreas: Der Kirchentag als forum politicum der jungen Bundesrepublik, in: Ueberschär, Ellen (Hg.): Deutscher Evangelischer Kirchentag. Wurzeln und Anfänge, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus 2018, 147–168.

Chandler, Andrew: Das Christentum in Europa und Nordamerika zur Zeit des Kalten Krieges, in: Schjörrig, Jens Holger/Hjelm, Norman A./Ward, Kevin (Hg.): Geschichte des globalen Christentums, Bd. 3: 20. Jahrhundert (Die Religionen der Menschheit, 34), Stuttgart: W. Kohlhammer 2018, 167–207.

Chandler, Andrew: Das Christentum in Europa und Nordamerika zwischen den Weltkriegen 1918–1939, in: Schjörrig, Jens Holger/Hjelm, Norman A./Ward, Kevin (Hg.): Geschichte des globalen Christentums, Bd. 3: 20. Jahrhundert (Die Religionen der Menschheit, 34), Stuttgart: W. Kohlhammer 2018, 81–116.

Chaussy, Ulrich: Jesus als größter Revolutionär. Die Nähe von Berlins Studentenführer Rudi Dutschke zum Christentum, in: zeitzeichen 19 (2018), H. 4, 12–15.

Christophersen, Alf: Diverse Aufbrüche. Das Epochenjahr 1968. Vor fünfzig Jahren ging auch die Theologie neue Wege, in: zeitzeichen 19 (2018), H. 8, 44–46.

Chvala-Smith, Anthony: »In Life and in Death«. Barth, Bonhoeffer, and the Path from the Great War to the Confessing Church, in: The Mennonite quarterly review 92 (2018), 149–172.

Cordes, Martin: Fromm – und politisch wider Willen? Die Deutschen Evangelischen Wochen 1935–1937 und 1949 als Vorläufer des Deutschen Evangelischen Kirchentages, in: Ueberschär, Ellen (Hg.): Deutscher Evangelischer Kirchentag. Wurzeln und Anfänge, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus 2018, 59–82.

Dahlkötter, Eva-Maria: Quellen zum beginnenden Kirchenkampf und zur Nachkriegszeit in Lippstadt, in: Jahrbuch für westfälische Kirchengeschichte 114 (2018), 229–246.

Davie, Grace: Das Christentum in Europa nach 1945, in: Schjörrig, Jens Holger/Hjelm, Norman A./Ward, Kevin (Hg.): Geschichte des globalen Christentums, Bd. 3: 20. Jahrhundert (Die Religionen der Menschheit, 34), Stuttgart: W. Kohlhammer 2018, 649–686.

Dobberahn, Friedrich Erich »Schauerliche kirchliche Pseudoprophetie«. Kriegsliturgien und Kriegsgesangbücher im ersten Kriegsjahr 1914/1915, in: Jahrbuch für evangelische Kirchengeschichte des Rheinlandes 67 (2018), 143–190.

Dober, Hans-Martin: Praktische Theologie in einer veränderten Welt. Wissenschaftliche Neuorientierung in den 1970er Jahren, in: 200 Jahre Praktische Theologie. Fallstudien zur Geschichte der Disziplin an der Universität Tübingen, hg. von Gerald Kretzschmar, Friedrich Schweitzer und Birgit Weyel (Praktische Theologie in Geschichte und Gegenwart, 28), Tübingen: Mohr Siebeck 2018, 75–92.

Duguid-May, Melanie A.: Die ökumenische Bewegung und die Entstehung eines Weltchristentums im 20. Jahrhundert, in: Schjörrig, Jens Holger/Hjelm, Norman A./Ward, Kevin (Hg.): Geschichte des globalen Christentums, Bd. 3: 20. Jahrhundert (Die Religionen der Menschheit, 34), Stuttgart: W. Kohlhammer 2018, 239–292.

Ebner, Katharina: Religion im Parlament. Homosexualität als Gegenstand parlamentarischer Debatten im Vereinigten Königreich und in der Bundesrepublik (1945–1990)

(Religiöse Kulturen im Europa der Neuzeit, 13), Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2018.

Ehmann, Johannes: Vierzig Jahre. Zur Geschichte des Programms und des Vereins »Studium in Israel«, in: »Alles wirkliche Leben ist Begegnung«. Festschrift zum vierzigjährigen Bestehen von Studium in Israel e. V., hg. von Johannes Ehmann, Joachim J. Krause und Bernd Schröder, Leipzig: EVA 2018, 21–58.

Ehmann, Johannes, Zwischen Verdrängen und Vergessen … – kirchengeschichtliche Bemerkungen, in: Jahrbuch für badische Religions- und Kirchengeschichte 12 (2018), 161–171.

Faulenbach, Heiner: Carl Faulenbach 1907–1944. Ein Lebensbild aus der Geschichte der Bekennenden Kirche im Rheinland (SVRKG, 188), Bonn: Dr. Rudolf Habelt GmbH 2018.

Feil, Ernst: Dietrich Bonhoeffer. Leben, Werk und Wirken. Aus dem Nachlass herausgegeben von Mechthild Feil (Theologie. Forschung und Wissenschaft, 18), Berlin: Lit 2018.

Fischer, Johannes: Das Ewige ins Zeitliche ziehen. Die Ambivalenz eines Grundmotivs der Theologie der 68-er Jahre, in: zeitzeichen 19 (2018), H. 12, 40–42.

Fitschen, Klaus: Christliches Bekenntnis und Religionsgeschichte. Nathan Söderblom in Leipzig, in: Ders. u. a. (Hg.): Kirchengeschichte und Religionswissenschaft. Methoden und Fallstudien, Leipzig: EVA 2018, 105–115.

Fitschen, Klaus: Die evangelische Kirche in der DDR, in: Klöcker, Michael/Tworuschka, Udo (Hg.): Handbuch der Religionen, Bd. 1, 1–34 (I-14.2.1, 55. Ergänzungslieferung) Bamberg: Mediengruppe Oberfranken 2018.

Fitschen, Klaus: »Gott mit uns«: Krieg und Frieden als Thema der Kirchen in Sachsen, in: Hermann, Konstantin/Rogg, Matthias (Hg.): Sachsen im Ersten Weltkrieg. Politik und Gesellschaft eines deutschen Mittelstaates 1914 bis 19181, Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2018, 134–149.

Fitschen, Klaus: Ein Kommentar zum Beitrag von Christoph Auffahrt, in: ders. u. a. (Hg.): Kirchengeschichte und Religionswissenschaft. Methoden und Fallstudien (Arbeiten zur Kirchen- und Theologiegeschichte, 51), Leipzig: EVA 2018, 291–299.

Fitschen, Klaus: Liebe zwischen Männern? Der deutsche Protestantismus und das Thema Homosexualität (CuZ, 3), Leipzig: EVA 2018.

Fitschen, Klaus: Der Zerfall von vier Reichen: Der Ausgang des Ersten Weltkriegs, in: Die evangelische Diaspora 87 (2018/2019), 13–23.

Fix, Karl-Heinz: Bibliographie Carsten Nicolaisen 1997 bis 2017 mit Nachträgen aus früheren Jahren, in: MKiZ 12 (2018), 145–154.

Fix, Karl-Heinz: Bibliographie zur Kirchlichen Zeitgeschichte 2006, in: Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 2006, 133. Jg., Gütersloh 2018, 417–444.

Fix, Karl-Heinz: Bibliographie zur Kirchlichen Zeitgeschichte 2010, in: Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 2010, 137. Jg., Gütersloh 2018, 575–588.

Fix, Karl-Heinz: Bibliographie zur Kirchlichen Zeitgeschichte 2015, in: Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 2015, 142. Jg., Gütersloh 2018, 145–169.

Friedrich, Norbert; Diakonische Erinnerungskultur, in: Moos, Thorsten (Hg.): Diakonische Kultur. Begriff – Forschungsperspektiven – Praxis, Stuttgart: W. Kohlhammer 2018, 142–152.

Friedrich, Norbert: Protestantische Kirche und Innere Mission zu Beginn der Weimarer Republik: ein Überblick, in: Feldlazarett & Wanderkino. Die Innere Mission in

Bayern zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik. Begleitband zur Ausstellung im Diakoniemuseum Rummelsberg, Lindenberg: Kunstverlag Josef Fink 2018, 27–34.

Gailus, Manfred: Das große Schweigen. Wie sich die Kirchen verhielten, als im November 1938 die Synagogen brannten, in: zeitzeichen 19 (2018), H. 11, 45–47.

Gockel, Matthias: Das Lutherjahr 1983 in zwei deutschen Staaten, in: Christliches Leben in der DDR. Diskussionen im ostdeutschen Protestantismus von den 1950er bis zu den 1980er Jahren, hg. von Andreas Stegmann und Henning Theißen Greifswalder Theologische Forschungen, 29), Leipzig: EVA 2018, 133–161.

Goertz, Hans-Jürgen: Umwege zwischen Kanzel und Katheder. Autobiographische Fragmente, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2018.

Greschat, Martin: Die Zusammenbruchgesellschaft, in: Ueberschär, Ellen (Hg.): Deutscher Evangelischer Kirchentag. Wurzeln und Anfänge, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus 2018, 19–50.

Grünzig, Matthias: Für Deutschtum und Vaterland. Die Potsdamer Garnisonkirche im 20. Jahrhundert, Berlin: Metropol 2018.

Grünzinger, Gertraud Die Abkehr vom Konkordat. Neue kirchenpolitische Weichenstellungen nach der Eingliederung Österreichs 1938, in: MKiZ 12 (2018), 101–138.

Grzonka, Michael T.: The Freiburg »Bonhoeffer Circle« (1943) on Theology and Germany's Economic Order, in: Lutheran quarterly 32 (2018), 4, 371–397.

Haag, Norbert: Lutherfeiern im Bann des »Dritten Reiches«. Das Beispiel der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, in: Blätter für württembergische Kirchengeschichte 118 (2018), 101–125.

Hammann, Konrad: Umbruch. Der Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) um und nach 1918, in: Zeitschrift für Theologie und Kirche 115 (2018), 295–328.

Hanebrink, Paul: European Protestants between Anti-Communism and Anti-Totalitarianism. The other interwar Kulturkampf?, in: Journal of contemporary history 53 (2018), 622–643.

Hans, Friedhelm: Visitationsbescheid des Oberkirchenrates D. Hans Stichter auf die feierliche Kirchenvisitation in Herxheim am Berg vom 9. Juli 1933, in: Blätter für pfälzische Kirchengeschichte und religiöse Volkskunde 85 (2018), 157–162.

Hans, Friedhelm: Widerborstige Glockenrelikte aus dem »Dritten Reich«. Plädoyer für einen sachlichen Umgang – Dokumentation in Auswahl, in: Blätter für pfälzische Kirchengeschichte und religiöse Volkskunde 85 (2018), 163–177.

Hauser, Andrea: »Helfen kann, mag kommen was da will, nur die Organisation!«. 1918 bis 1920: Die Entstehungszeit der Bremischen Evangelischen Kirche, Bremen: Bremische Evangelische Kirche 2018.

Heidrich, Marius: »Seid fruchtbar und mehret euch ...« (1. Mose 9, 7). Protestanten in den Debatten über den »demographischen Wandel« in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1949 und 1989, in: MKiZ 12 (2018), 161–166.

Heinig, Hans Michael: Prekäre Ordnungen. Historische Prägungen des Religionsrechts in Deutschland, Tübingen: Mohr Siebeck 2018.

Henkelmann, Andreas: Vom Milieu zur geteilten Geschichte? Thesen zur aktuellen Geschichtsschreibung des religiösen Feldes im Deutschland des 19. und 20. Jahrhunderts, in: Historisches Jahrbuch 138 (2018), 420–448.

Hermle, Siegfried: Antisemitismus, Holocaust und Neuorientierung, in: Schjörrig, Jens Holger/Hjelm, Norman A./Ward, Kevin (Hg.): Geschichte des globalen Christentums, Bd. 3: 20. Jahrhundert (Die Religionen der Menschheit, 34), Stuttgart: W. Kohlhammer 2018, 349–382.

Hockenos, Matthew D.: Then they came for me. Martin Niemöller, the pastor who defied the Nazis, New York: Basic Books 2018.

Hövelmann, Hartmut: Walther von Loewenich (1964–1975), in: Die Luther-Gesellschaft 1918–2018. Beiträge zu ihrem hundertjährigen Jubiläum, hg. von Johannes Schilling und Martin Treu, Leipzig: EVA 2018, 129–139.

Hofmann, Andrea: Martin Luther in First World War Sermons, in: Kirchliche Zeitgeschichte 31 (2018), 118–130.

Homburg, Heidrun: Das Wirtschaftsunternehmen der Herrnhuter Brüdergemeine Kersten & Co, Paramaribo in stürmischer Zeit (1914 bis 1933/34), in: Unitas Fratrum 76 (2018), 227–256.

Huber, Wolfgang: Theodor Schober (1918–2012). Erlanger Theologe und Pfarrer, Nachfolger Löhes und Bezzels als Neuendettelsauer Rektor und Diakonie-Präsident, in: Zeitschrift für Bayerische Kirchengeschichte 87 (2018), 168–181.

Hüffmeier, Wilhelm: Das Unionsjubiläum 1967 im geteilten Berlin – in kirchengeschichtlicher und kirchenpolitischer Hinsicht, in: Kampmann, Jürgen/Peters, Christian (Hg.): 200 Jahre lutherisch-reformierte Unionen in Deutschland. Jubiläumsfeier in Hagen, Beiträge zu den wissenschaftliche Tagungen in Hagen und Haus Villigst sowie ein Vortrag in Potsdam im September 2017 (Beiträge zur Westfälischen Kirchengeschichte, 46), Bielefeld: Luther-Verlag 2018, 331–344.

Hüttenhoff, Michael: Zusammenarbeit ohne Mitspracherecht. Die staatsnahe »Zwei-Reiche-Lehre« in der DDR und ihre Kritiker, in: Christliches Leben in der DDR. Diskussionen im ostdeutschen Protestantismus von den 1950er bis zu den 1980er Jahren, hg. von Andreas Stegmann und Henning Theißen (Greifswalder Theologische Forschungen, 29), Leipzig: EVA 2018, 163–186.

Käfer, Anne: Umweltschutz als Opposition. Ein Bindeglied zwischen Kirchen und Gruppen in der späten DDR, in: Christliches Leben in der DDR. Diskussionen im ostdeutschen Protestantismus von den 1950er bis zu den 1980er Jahren, hg. von Andreas Stegmann und Henning Theißen (Greifswalder Theologische Forschungen, 29), Leipzig: EVA 2018, 213–230.

Kaiser, Jochen-Christoph: Verbandsprotestantismus und Kirchentagsbewegung bis 1945, in: Ueberschär, Ellen (Hg.): Deutscher Evangelischer Kirchentag. Wurzeln und Anfänge, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus 2018, 83–103.

Kampmann, Jürgen: Gogarten nach Barth: Eine Petition zur Neubesetzung des systematisch-theologischen Lehrstuhls der Evangelisch-Theologischen Fakultät in Münster 1929/1930 und deren kirchenaufsichtliche Bearbeitung, in: Jahrbuch für westfälische Kirchengeschichte 114 (2018), 93–142.

Kampmann, Jürgen: Konkordie und ökumenisches Studiendokument einer bleibend nach Bekenntnissen gegliederten Union: das Ergebnis der theologischen Arbeit des westfälischen Ausschusses „Bekenntnis und Einheit der Kirche« 1953–1959, in: Ders./Peters, Christian (Hg.): 200 Jahre lutherisch-reformierte Unionen in Deutschland. Jubiläumsfeier in Hagen, Beiträge zu den wissenschaftliche Tagungen in Hagen und Haus Villigst sowie ein Vortrag in Potsdam im September 2017 (Beiträge zur Westfälischen Kirchengeschichte, 46), Bielefeld: Luther-Verlag 2018, 225–249.

Kampmann, Jürgen: Quellen zur Debatte über »Bekenntnis und Einheit« in der Evangelischen Kirche von Westfalen 1954–1960, in: Ders./Peters, Christian (Hg.): 200 Jahre lutherisch-reformierte Unionen in Deutschland. Jubiläumsfeier in Hagen, Beiträge zu den wissenschaftliche Tagungen in Hagen und Haus Villigst sowie ein Vortrag in Potsdam im September 2017 (Beiträge zur Westfälischen Kirchengeschichte, 46), Bielefeld: Luther-Verlag 2018, 251–290.

Kaufmann, Thomas: Die ersten Kirchentage (1949–1951) und die Theologie, in: Ueberschär, Ellen (Hg.): Deutscher Evangelischer Kirchentag. Wurzeln und Anfänge, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus 2018, 169–182.

Koslowski, Jutta: Aus dem Leben der Familie Bonhoeffer. Die Aufzeichnungen von Diet-

rich Bonhoeffers jüngster Schwester Susanne Dreß. Mit einem Geleitwort von Andreas Dreß, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus 2018.

Krause, Joachim: Im Glauben an Gott und Hitler. Die »Deutschen Christen« aus dem Wieratal und ihr Siegeszug ins Reich von 1928 bis 1945, Beucha/Markkleeberg: Sax Verlag 2018.

Kretzschmar, Gerald: Karl Fezer – Ein Tübinger Exempel für die ideologische Anfälligkeit der Praktischen Theologie zur Zeit des Nationalsozialismus, in: 200 Jahre Praktische Theologie. Fallstudien zur Geschichte der Disziplin an der Universität Tübingen, hg. von Gerald Kretzschmar, Friedrich Schweitzer und Birgit Weyel (Praktische Theologie in Geschichte und Gegenwart, 28), Tübingen: Mohr Siebeck 2018, 135–157.

Künzel, Klaus: Herbert Burkhardt, Bürgermeister von Herrnhut (1886–1943). in: Unitas Fratrum 76 (2018), 287–332.

Kullmann, Claudio: Vorbild und Weggefährte: Der Deutsche Katholikentag und seine Bedeutung für die Gründung des Deutschen Evangelischen Kirchentages, in: Ueberschär, Ellen (Hg.): Deutscher Evangelischer Kirchentag. Wurzeln und Anfänge, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus 2018, 104–131.

Kunter, Katharina: Christentum, Menschenrechte und sozialethische Neuorientierung, in: Schjörrig, Jens Holger/Hjelm, Norman A./Ward, Kevin (Hg.): Geschichte des globalen Christentums, Bd. 3: 20. Jahrhundert (Die Religionen der Menschheit, 34), Stuttgart: W. Kohlhammer 2018, 209–237.

Kunter, Katarina: Hoffnung auf die erneuerte Laienkirche nach dem Krieg. Ökumenische Wurzeln des frühen Kirchentages, in: Ueberschär, Ellen (Hg.): Deutscher Evangelischer Kirchentag. Wurzeln und Anfänge, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus 2018, 132–146.

Lasogga, Mareile: Karl Holl (1866–1926), in: Die Luther-Gesellschaft 1918–2018. Beiträge zu ihrem hundertjährigen Jubiläum, hg. von Johannes Schilling und Martin Treu, Leipzig: EVA 2018, 34–43.

Lehmann, Hartmut: Im Feuersturm. Dietrich Bonhoeffer und Karl Barth definieren 1933 die Propria der christlichen Kirche gegenüber Nation, Volkstum und Rasse, in: Berliner Theologische Zeitschrift 35 (2018), 34–56.

Lepp, Claudia: Die Evangelische Kirche in Deutschland in den 1990er Jahren: Erste zeitgeschichtliche Erkundungen, in: Jahrbuch für badische Religions- und Kirchengeschichte 12 (2018), 103–111.

Lepp, Claudia: Die Vertriebenenproblematik auf den frühen Kirchentagen: Herausforderung und Chance, in: Ueberschär, Ellen (Hg.): Deutscher Evangelischer Kirchentag. Wurzeln und Anfänge, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus 2018, 204–219.

Lepp, Claudia: Warum ein Neuanfang keinen Erfolg haben konnte: Protestantismus und Kirchen in der Weimarer Republik, in: epd-Dokumentation 49/2018, 26–30.

Liebendörfer, Bernd: Die Rezeption von Dietrich Bonhoeffers »Nachfolge« in der deutschsprachigen Theologie und Kirche, Stuttgart: W. Kohlhammer 2018.

Meyer, Barbara U.: Theologie der Umkehr. Friedrich Wilhelm Marquardt, in: »Alles wirkliche Leben ist Begegnung«. Festschrift zum vierzigjährigen Bestehen von Studium in Israel e. V., hg. von Johannes Ehmann, Joachim J. Krause und Bernd Schröder, Leipzig: EVA 2018, 255–265.

Meyer, Karl: 20. Juli 1944. Das Gedenken der Märtyrer des Widerstandes in Plötzensee, in: Stimmen der Zeit 143 (2018), 449–457.

Müller, Andreas: Die russische Oktoberrevolution im Spiegel der evangelischen Presse insbesondere in Schleswig-Holstein und Hamburg, in: Zeitschrift für Kirchengeschichte 129 (2018), 371–389.

Murken, Jens/Winkler, Ulrike: Aufbrüche und Umbrüche. Lebensbedingungen und Lebenslagen behinderter Menschen in den v. Bodelschwinghschen Anstalten Bethel von

den 1960er bis zu den 1980er Jahren (Schriften des Instituts für Diakonie- und Sozialgeschichte an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal/Bethel, 29), Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte 2018.

Naumann, Martin: Die Menschenrechte als zentrales Thema Bischof Hans-Joachim Fränkels, in: Christliches Leben in der DDR. Diskussionen im ostdeutschen Protestantismus von den 1950er bis zu den 1980er Jahren, hg. von Andreas Stegmann und Henning Theißen (Greifswalder Theologische Forschungen, 29), Leipzig: EVA 2018, 231–242.

Noack, Axel: Johannes Hamels Tätigkeit in kirchlichen Gremien und Kommissionen in den 1960er und 1970er Jahren, in: Christliches Leben in der DDR. Diskussionen im ostdeutschen Protestantismus von den 1950er bis zu den 1980er Jahren, hg. von Andreas Stegmann und Henning Theißen (Greifswalder Theologische Forschungen, 29), Leipzig: EVA 2018, 107–132.

Nolte, Paul: Protest und politisierte Religion. Warum das Jahr 1968 nicht die Geburtsstunde des Linksprotestantismus war, in: zeitzeichen 19 (2018), H. 4, 8–11.

Oberkrome, Willi: »Ewiger Deutscher« und »verborgener Gott«. Etappen nationalistischer und völkischer Lutherrezeption im 19. und 20. Jahrhundert, in: Jahrbuch für badische Religions- und Kirchengeschichte 12 (2018), 113–143.

Oelke, Harry: Die Kirchen im Zweiten Weltkrieg, in: Schjörrig, Jens Holger/Hjelm, Norman A./Ward, Kevin (Hg.): Geschichte des globalen Christentums, Bd. 3: 20. Jahrhundert (Die Religionen der Menschheit, 34), Stuttgart: W. Kohlhammer 2018, 117–166.

Oelke, Harry: Zum akademischen Gedenken an Carsten Nicolaisen, in: MKiZ 12 (2018), 139–144.

Otte, Hans: »Rechte lutherische Freiheit« oder: »Vom Ansatz her misslungen?« 70 Jahre VELKD, in: Texte aus der VELKD, Nr. 181, 2018, 2–10.

Pangritz, Andreas: »Der ganz andere Gott will eine ganz andere Gesellschaft«. Das Lebenswerk Helmut Gollwitzers (1903–1993), Stuttgart: W. Kohlhammer 2018.

Pawlas, Andreas: Die Luther-Gesellschaft auf dem Kirchentag, in: Die Luther-Gesellschaft 1918–2018. Beiträge zu ihrem hundertjährigen Jubiläum, hg. von Johannes Schilling und Martin Treu, Leipzig: EVA 2018, 321–326.

Pawlas, Andreas: Mit Luther durch aufgewühlte Zeiten – Theodor Knolle und die Luther-Gesellschaft, in: Die Luther-Gesellschaft 1918–2018. Beiträge zu ihrem hundertjährigen Jubiläum, hg. von Johannes Schilling und Martin Treu, Leipzig: EVA 2018, 83–128.

Pelz, Birge-Dorothea: Revolution auf der Kanzel. Politischer Gehalt und theologische Geschichtsdeutung in evangelischen Predigten während der deutschen Vereinigung 1989/90 (AKiZ, B 68), Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2018.

Plonz, Sabine: Wirklichkeit der Familie im protestantischen Diskurs. Ethik im Kontext von Re-Produktionsverhältnissen, Geschlechterkultur und Moralregime (Ethik und Gesellschaft, 5), Baden-Baden: Nomos 2018.

Põder, Christine Svinth-Værge: Karl Holl 1917: Luther in der Theologie und der Deutung des Weltgeschehens des frühen 20. Jahrhunderts, in: Lutherjahrbuch 85 (2018), 377–380.

Poschmann, Luise: Die evangelische Diakonie im bundesdeutschen Sozialstaat: Zwischen sozialethischen Grundsätzen und Interessenpolitik, in: MKiZ 12 (2018), 155–160.

Ratzmann, Wolfgang: Ein lutherischer Theologe aus Leidenschaft. Gottfried Voigts Impulse für Theologie und christliche Existenz in der DDR, in: Christliches Leben in der DDR. Diskussionen im ostdeutschen Protestantismus von den 1950er bis zu den 1980er Jahren, hg. von Andreas Stegmann und Henning Theißen (Greifswalder Theologische Forschungen, 29), Leipzig: EVA 2018, 203–212.

Reiff, Julia Stefanie, Konfessionelle Prägung der deutschen evangelischen Auslandsarbeit zwischen 1922 und 1945? Exemplarisch dargestellt an europäischen Auslandsgemeinden, in: Kampmann, Jürgen/Peters, Christian (Hg.): 200 Jahre lutherisch-reformierte Unionen in Deutschland. Jubiläumsfeier in Hagen, Beiträge zu den wissenschaftliche Tagungen in Hagen und Haus Villigst sowie ein Vortrag in Potsdam im September 2017 (Beiträge zur Westfälischen Kirchengeschichte, 46), Bielefeld: Luther-Verlag 2018, 387–405.

Rhein, Stefan: Wittenberg und die Anfänge der Luther-Gesellschaft, in: Die Luther-Gesellschaft 1918-2018. Beiträge zu ihrem hundertjährigen Jubiläum, hg. von Johannes Schilling und Martin Treu, Leipzig: EVA 2018, 9–33.

Ringshausen, Gerd: Was ist »evangelischer Widerstand«? Einige Überlegungen aus Anlass einer Internet-Präsentation und einer Neuerscheinung, in: Kirchliche Zeitgeschichte 31 (2018), 272–295.

Rittner, Reinhard: Schwieriger Neubeginn nach 1945 – die Oldenburger Bischofskrise 1952–1954, in: MKiZ 12 (2018), 173–182.

Roggenkamp, Antje: Friedensnetzwerke in den 1920er Jahren: Überlegungen zur transnationalen Analyse von deutscher und französischer Weltbundvereinigung für die Freundschaftsarbeit der Kirchen, in: Käbisch, David/Wischmeyer, Johannes (Hg.): Transnationale Dimensionen religiöser Bildung in der Moderne, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2018, 235–254.

Roggenkamp, Antje: Religiöse Bildung und demokratische Verfassung in historischer Perspektive: Bericht über die Tagung des Arbeitskreises für historische Religionspädagogik am 4. und 5. April 2018, in: MKiZ 12 (2018), S. 187–193.

Sarx, Tobias: Reform, Revolution oder Stillstand? Die 68er Bewegung an den Evangelisch-Theologischen Fakultäten Marburg, Bochum und der Kirchlichen Hochschule Berlin (KoGe, 58), Stuttgart: W. Kohlhammer 2018.

Scherf, Rebecca: Evangelische Kirche und Konzentrationslager (1933 bis 1945) (AKiZ, B 71), Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2018.

Scherf, Rebecca: Predigen im KZ. Evangelische Lagerpredigten und ihr Widerstandspotential, in: MKiZ 12 (2018), 87–99.

Schieder, Tobias: Ethisch motivierter Rechtsungehorsam. Rechtsdebatten zu Widerstandsrecht, Gewissensfreiheit und zivilem Ungehorsam in der Bundesrepublik 1949–1989 (Beiträge zu normativen Grundlagen der Gesellschaft, 3), Tübingen: Mohr Siebeck 2018.

Schjörring, Jens Holger: Das Christentum im Ersten Weltkrieg, in: Ders./Hjelm, Norman A./Ward, Kevin (Hg.): Geschichte des globalen Christentums, Bd. 3: 20. Jahrhundert (Die Religionen der Menschheit, 34), Stuttgart: W. Kohlhammer 2018, 49–80.

Schjörring, Jens Holger: Einleitung – Das Christentum im 20. Jahrhundert, in: Ders./Hjelm, Norman A./Ward, Kevin (Hg.): Geschichte des globalen Christentums, Bd. 3: 20. Jahrhundert (Die Religionen der Menschheit, 34), Stuttgart: W. Kohlhammer 2018, 23–48.

Scheunemann, Jan: »Aber wirklich aufbauen dürfen wir drüben doch nicht.« Die Luther-Gesellschaft während der deutschen Teilung, in: Die Luther-Gesellschaft 1918–2018. Beiträge zu ihrem hundertjährigen Jubiläum, hg. von Johannes Schilling und Martin Treu, Leipzig: EVA 2018, 212–245.

Schmuhl, Hans-Walter: »Kritische Tage erster Ordnung«. Der Wittekindshof, die Familie Brünger und die NS-»Euthanasie«, in: Jahrbuch für westfälische Kirchengeschichte 114 (2018), 203–228.

Schmuhl, Hans-Walter: Sachzwänge und Gewaltverhältnisse. Das Leben »auf Station« in den 1950er/60er Jahren, in: Wilke, Karsten u. a. (Hg.): Hinter dem grünen Tor. Die Rotenburger Anstalten der Inneren Mission 1945–1975 (Schriften des Instituts für Di-

akonie- und Sozialgeschichte an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal/Bethel, 32), Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte 2018, 241–303.

Schmuhl, Hans-Walter: »... daß Verteidigung des evangelischen Glaubens gegen falsche Lehre nicht Kirchenpolitik ist.« Der Wittekindshof, die Familie Brünger und der »Kirchenkampf«, in: Jahrbuch für westfälische Kirchengeschichte 114 (2018), 177–202.

Schneider, Thomas Martin: Konfessionalisierung im »Kirchenkampf« und Union, in: Kampmann, Jürgen/Peters, Christian (Hg.): 200 Jahre lutherisch-reformierte Unionen in Deutschland. Jubiläumsfeier in Hagen, Beiträge zu den wissenschaftliche Tagungen in Hagen und Haus Villigst sowie ein Vortrag in Potsdam im September 2017 (Beiträge zur Westfälischen Kirchengeschichte, 46), Bielefeld: Luther-Verlag 2018, 313–329.

Schneider, Thomas Martin/Conrad, Joachim/Flesch, Stefan (Hg.): Zwischen Bekenntnis und Ideologie. 100 Lebensbilder des rheinischen Protestantismus im 20. Jahrhundert, Leipzig: EVA 2018.

Schramm, Luise: »Anfänge neuen Lebens« – Gottesdienste der Anti-AKW-Bewegung, in: MKiZ 12 (2018), 67–86.

Schramm, Luise: Evangelische Kirche und Anti-AKW-Bewegung. Das Beispiel der Hamburger Initiative kirchlicher Mitarbeiter und Gewaltfreie Aktion im Konflikt um das AKW Brokdorf 1976–1981 (AKiZ, B 70), Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2018.

Schröter, Ulrich: Die Handreichungen zum Christsein in der DDR von EKU und VELKD (1959/60) und ihre Bedeutung für das Leben von Christen in der DDR, in: Christliches Leben in der DDR. Diskussionen im ostdeutschen Protestantismus von den 1950er bis zu den 1980er Jahren, hg. von Andreas Stegmann und Henning Theißen (Greifswalder Theologische Forschungen, 29), Leipzig: EVA 2018, 91–106.

Schroeter-Wittke, Harald: »Why surrender this important means of public expression of solidarity to the enemies of freedom?" Die frühen Kirchentage als Events, in: Ueberschär, Ellen (Hg.): Deutscher Evangelischer Kirchentag. Wurzeln und Anfänge, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus 2018, 220–253.

Schulze, Nora Andrea: Das selige Sterben. Hans Meiser, die Innere Mission, der Krieg und die Revolution, in: Feldlazarett & Wanderkino. Die Innere Mission in Bayern zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik. Begleitband zur Ausstellung im Diakoniemuseum Rummelsberg, Lindenberg: Kunstverlag Josef Fink 2018, 167–177.

Schuster, Dirk: Die Arisierung des Neuen Testaments. Die Botschaft Gottes der Kirchenbewegung Deutsche Christen, in: Welt und Umwelt der Bibel 90 (2018), H. 4, 30f.

Schwarz, Karl: Ging 1918 die Ehe von Thron und Altar in Brüche?, in: Amt und Gemeinde 68 (2018), 159–169.

Schwarz, Karl: Der Zusammenbruch der Donaumonarchie und seine Auswirkungen auf den Protestantismus, in: Die evangelische Diaspora 87 (2018/2019), 24–35.

Schwarz, Karl/Gorski, Horst/Frisch, Ralf: Zur Frage der Aufnahme der Barmer Theologischen Erklärung in die Kirchenverfassung der Nordkirche, der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern und der Evangelischen Kirche A. und H. B. in Österreich, in: Kirchliches Jahrbuch 142. Jg. 2015, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus 2018, 59–94.

Schwarz, Peter Paul: Mitöffentlichkeit. Zur deutsch-deutschen Arbeit der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg (AKiZ, B 69), Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2018.

Schwinge, Gerhard: Ein badischer Landpfarrer während des Nationalsozialismus. Pfarrer Lic. Erwin Mülhaupt im Kirchspiel Haag und sein Gemeindeblatt »Der Lutherbote«, in: Jahrbuch für badische Religions- und Kirchengeschichte 12 (2018), 297–310.

Slenczka, Notker: Paul Althaus und die Luther-Gesellschaft (1927–1964), in: Die Luther-Gesellschaft 1918–2018. Beiträge zu ihrem hundertjährigen Jubiläum, hg. von Johannes Schilling und Martin Treu, Leipzig: EVA 2018, 44–82.

Smolarski, René: Sozialer Protestantismus und der Wandel der Arbeitsgesellschaft, in: MKiZ 12 (2018), 167–172.

Sommer, Wolfgang: Die protestantische Kirche in Bayern rechts des Rheins zur Zeit der Novemberrevolution 1918 und im Frühjahr 1919, in: Zeitschrift für Bayerische Kirchengeschichte 87 (2018), 123–140.

Spehr, Christopher: Das Lutherjahrbuch und seine Herausgeber, in: Die Luther-Gesellschaft 1918–2018. Beiträge zu ihrem hundertjährigen Jubiläum, hg. von Johannes Schilling und Martin Treu, Leipzig: EVA 2018, 246–270.

Sprinkart, Heike: Gerta Scharffenorth (1912–2014). Beherzt und mutig für Frieden und Versöhnung den Glauben ins Leben ziehen, in: Jahrbuch für badische Religions- und Kirchengeschichte 12 (2018), 311–326.

Steffensky, Fulbert: Irrtümer auf dem Weg zur Wahrheit. Das politische Nachtgebet und die Linken in der Kirche. Einige unserer Sünden, in: zeitzeichen 19 (2018), H. 5, 44–47.

Stegmann, Andreas: Anhang I: Bibliographie Johannes Hamel, in: Christliches Leben in der DDR. Diskussionen im ostdeutschen Protestantismus von den 1950er bis zu den 1980er Jahren, hg. von Andreas Stegmann und Henning Theißen (Greifswalder Theologische Forschungen, 29), Leipzig: EVA 2018, 243–262.

Stegmann, Andreas: Anhang II: Von Johannes Hamel allein oder in Zusammenarbeit mit kirchlichen Gremien verfasste Papiere zum christlichen Leben in der DDR aus den Jahren 1957 bis 1962, in: Christliches Leben in der DDR. Diskussionen im ostdeutschen Protestantismus von den 1950er bis zu den 1980er Jahren, hg. von Andreas Stegmann und Henning Theißen (Greifswalder Theologische Forschungen, 29), Leipzig: EVA 2018, 263–322.

Stegmann, Andreas: Johannes Hamel und die Diskussion um das christliche Leben in der DDR Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der Zehn Artikel über Freiheit und Dienst der Kirche von 1963, in: Christliches Leben in der DDR. Diskussionen im ostdeutschen Protestantismus von den 1950er bis zu den 1980er Jahren, hg. von Andreas Stegmann und Henning Theißen (Greifswalder Theologische Forschungen, 29), Leipzig: EVA 2018, 25–89.

Strübind, Andrea: Das Heilige im Weltlichen. Nationalfeiertage in der Bundesrepublik Deutschland seit 1945 und die Rolle der Kirchen, in: Kirchliche Zeitgeschichte 31 (2018), 460–477.

Teuchert, Felix: Die verlorene Gemeinschaft. Der Protestantismus und die Integration der Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft (1945–1972) (AKiZ, B 72), Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2018.

Thadden, Rudolf von: Der Initiator: Reinold von Thadden-Trieglaff, in: Ueberschär, Ellen (Hg.): Deutscher Evangelischer Kirchentag. Wurzeln und Anfänge, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus 2018, 51–58.

Theißen, Henning: Über Verwaltungs- und Konsensunion hinaus. Unierte Theologie im 19. und 20. Jahrhundert, in: Kampmann, Jürgen/Peters, Christian (Hg.): 200 Jahre lutherisch-reformierte Unionen in Deutschland. Jubiläumsfeier in Hagen, Beiträge zu den wissenschaftliche Tagungen in Hagen und Haus Villigst sowie ein Vortrag in Potsdam im September 2017 (Beiträge zur Westfälischen Kirchengeschichte, 46), Bielefeld: Luther-Verlag 2018, 201–224.

Theißen, Henning: Wie wurde theologische Ethik in der DDR gelehrt? Evangelische Beispielstudien, in: Christliches Leben in der DDR. Diskussionen im ostdeutschen Protestantismus von den 1950er bis zu den 1980er Jahren, hg. von Andreas Stegmann und Henning Theißen (Greifswalder Theologische Forschungen, 29), Leipzig: EVA 2018, 187–202.

Theißen, Henning/Stegmann, Andreas: Reflexionsfelder christlichen Lebens in der DDR, in: Christliches Leben in der DDR. Diskussionen im ostdeutschen Protestantismus

von den 1950er bis zu den 1980er Jahren, hg. von Andreas Stegmann und Henning Theißen (Greifswalder Theologische Forschungen, 29), Leipzig: EVA 2018, 9–24.

Ueberschär, Ellen: Wider eine unpolitische Kirche – Martin Niemöller, die Demokratie und der Kirchentag, in: Dies. (Hg.): Deutscher Evangelischer Kirchentag. Wurzeln und Anfänge, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus 2018, 183–203.

Ulrichs, Hans-Georg: Reformierter Protestantismus im 20. Jahrhundert. Konfessionsgeschichtliche Studien (Forschungen zur reformierten Theologie, 9), Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2018.

Ulrichs, Hans-Georg: Zur Verantwortung der Kirchengeschichtsschreibung für Opfer der Kirche. Einige Erwägungen für eine noch zu führende Diskussion, in: Jahrbuch für badische Religions- und Kirchengeschichte 12 (2018), 145–159.

Unterburger, Klaus: Standortbestimmung zum NS-Staat und in der Ökumene. Briefwechsel Wilhelm Freiherr von Pechmann mit Bischof Michael Buchberger, in: Zeitschrift für Bayerische Kirchengeschichte 87 (2018), 141–149.

van Norden, Günther: Gottes Wort ist Zuspruch und Anspruch. Aufsätze zur Kirchlichen Zeitgeschichte, hg. von Volkmar Wittmütz, Leipzig: EVA 2018.

Völker, Lorenz: Politische Verantwortlichkeit als Christenpflicht? Das Beispiel des evangelischen Juristen Hans Dombois, in: Ueberschär, Ellen (Hg.): Deutscher Evangelischer Kirchentag. Wurzeln und Anfänge, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus 2018, 254–272.

Vössing, Michael: Humanitäre Hilfe und Interessenpolitik. Westdeutsches Engagement für Vietnam in den 1960er und 1970er Jahren (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, 251), Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2018.

Wesemann, Woldemar: Eine kartographische Darstellung der Kirchenprovinz Westfalen auf dem Stand vom 1. April 1930, in: Jahrbuch für westfälische Kirchengeschichte 114 (2018), 143–176.

Winkler, Ulrike: Eine Welt für sich. Leben und Arbeiten in der Wichern Diakonie Frankfurt (Oder) von 1945 bis 1989 (= Schriften des Instituts für Diakonie- und Sozialgeschichte an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal/Bethel, Band 31), Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte 2018.

Ziemann, Benjamin: Der Prozess gegen Martin Niemöller vor dem Berliner Sondergericht 1938, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 66 (2018), 299–317.

Zocher, Peter (Hg.): Karl Barth – Bilder und Dokumente aus seinem Leben (Karl Barth Gesamtausgabe 6, 1), Zürich: Theologischer Verlag 2018.

Zoske, Robert M.: Flamme sein! Hans Scholl und die Weiße Rose. Eine Biographie, München: C. H. Beck 2018.

Zschoch, Helmut: »Luther und wir« – im Spiegel der Zeitschrift »Luther« seit 1919, in: Die Luther-Gesellschaft 1918–2018. Beiträge zu ihrem hundertjährigen Jubiläum, hg. von Johannes Schilling und Martin Treu, Leipzig: EVA 2018, 271–309.

VI. Im Jahr 2018 verstorbene Personen aus Kirche und Theologie

Zusammengestellt von Karl-Heinz Fix

Bräuer, Siegfried (*2. September 1930 Oberneuschönberg, † 19. März 2018 Berlin)

Ausbildung zum Industriekaufmann, 1951 bis 1956 Studium der evangelische Theologie in Leipzig, 1959 Vikar in Leipzig, 1960 bis 1972 dort Pfarrer, 1972 bis 1979 Rektor des Pastoralkollegs der sächsischen Landeskirche in Krummenhennersdorf, 1973 Promotion in Leipzig, 1980 Beurlaubung zum Dienst als Theologischer Direktor der Evangelischen Verlagsanstalt in Berlin, 1991 bis 1995 (Ruhestand) Referent (OKR) für Theologie an der Berliner Außenstelle der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), 1992 Habilitation (KG) an der Kirchlichen Hochschule Naumburg, 1994 Umhabilitierung an die Humboldt-Universität Berlin, 1999 apl. Professor

2001 bis 2016 Vorstandsmitglied der Thomas-Müntzer-Gesellschaft im thüringischen Mühlhausen.

Dr. theol. h. c. Kiel 2001.

Josuttis, Manfred (* 3. März 1936 Insterburg, † 9. Februar 2018 Rosdorf)

Studium der evangelischen Theologie seit 1955 in Wuppertal, Bonn und Göttingen, 1960 I. Theologisches Examen, dann Assistent an der Kirchliche Hochschule Wuppertal, 1962 II. Theologisches Examen und Pfarrer im Hilfsdienst in Seibersbach, 1963 Pfarrer in Gödenoth und Heyweiler, 1968 o. Prof. Göttingen (PT), 2001 emeritiert.

1992 Mitglied der Europäischen Akademie für Wissenschaften und Künste in Salzburg.

Kalinna, Hermann (* 26. Juni 1929 Düsseldorf, † 28. März 2018 Bonn)

Studium der evangelischen Theologie und Philosophie seit 1949 in Bonn, Tübingen, Paris und Genf, 1956 I. Theologisches Examen und Vikariat in Herchen, Essen und Godesberg, dazwischen 1961/62 Studentenpfarrer in Seattle, 1964 Pfarrer in Bonn, 1966 Oberkirchenrat beim Bevollmächtigten der EKD bei der Bundesrepublik Deutschland, seit 1977 als Stellvertreter, 1994 Ruhestand.

1970 bis 1993 Mitglied des Rundfunkrats des Deutschlandfunks, seit 1984 Vorstandsmitglied der Welthungerhilfe, 1994 bis 2004 deren stellvertretender Vorsitzender, 1994 bis 2000 Theologischer Berater des Arbeitskreises Evangelischer Unternehmer

1994 Bundesverdienstkreuz 1. Klasse, 1995 Goldenes Kreuz 1. Klasse der Griechisch-Orthodoxen Metropolie von Deutschland.

Keil, Siegfried (* 24. April 1934 Kiel, † 14. Februar 2018 Marburg)

Studium der evangelischen Theologie in Kiel und Tübingen, 1959 dort Promotion zum Dr. theol., dann Studium der Soziologie und Pädagogik in Kiel und Tübingen und Promotion zum Dr. phil., Pfarrer in Preetz, 1964 wissenschaftlicher Assistent in Marburg, dort 1969 Habilitation, 1973, Professor für Sozialpädagogik Dortmund, 1986 o. Prof (Sozialethik) Marburg, 20002 emeritiert.

1965 bis 1971 Mitglied der Sexualethischen Kommission der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), 1971 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesfamilienministeriums, davon mehrere Jahr lang als Vorsitzender, Mitglied der Kommission des Deutschen Bundestages zur Auswertung der Erfahrungen mit dem reformierten § 218 StGB, Mitglied der Familienkammer der EKD, 1973 bis 2003 Präsident, dann Ehrenpräsident der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen, 1995 bis 2005 Präsident des Deutschen Nationalkomitees des Weltfamilienverbandes.
2004 Großes Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland.

Metzger, Martin (* 16. Januar 1928 Wiedenest, † 10. Juni 2018 Flintbek)

Ausbildung 1947–1950 am Baptisten-Predigerseminar Hamburg-Horn, 1950 bis 1953 Jugendpastor der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinde in Köln, zugleich Studium der Evangelischen Theologie in Bonn und Kirchliche Hochschule Hamburg, 1953 Lehrauftrag für Hebräisch und Griechisch im Predigerseminar in Hamburg, 1957 hauptamtlicher Seminardozent für Altes Testament am Predigerseminar des Bundes der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinden Deutschlands in Hamburg, 1958 Lehrauftrag für Landes- und Altertumskunde Palästinas an der Universität Hamburg, 1959 Promotion Bonn (AT), 1960 Volontär bei den deutschen Ausgrabungen in der Hethiter-Hauptstadt Hattusa (Türkei), 1962 Ausgrabungen in der gallo-römischen Tempelanlage von Hochscheid, 1966 und 1981 Stellvertretender Grabungsleiter bei den Grabungen in Kämid el-Löz im Libanon, 1969 Habilitation Hamburg, 1970 Universitätsdozent bzw. Wissenschaftlichen Rat und Professor, 1974 o. Prof. Kiel (AT und Biblische Archäologie) Kiel, 1993 emeritiert.
1997 Lehrbeauftragter für Biblische Archäologie an der Theologischen Hochschule Elstal.

Neukamm, Karl Heinz (* 16. April 1929 Pegnitz, † 8. August 2018 Nürnberg)

Studium der Evangelischen Theologie seit in Erlangen und Göttingen, 1951 Vikar Traunstein, 1956 Pfarrer Beerbach, 1960 2. Pfarrer beim Amt des Landesjugendpfarrers in Bayern, 1962 Landesjugendpfarrer und Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend Deutschlands, 1967 deren Vorsitz, 1967 bis 1984 Rektor der Rummelsberger Anstalten der Inneren Mission, 1975 ehrenamtlicher Präsident des Diakonischen Werks Bayern, 1984 bis 1994 Präsident des Diakonischen Werkes.
1969 bis 1982 Mitglied der Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD), 1972 bis 1980 der bayerischen Landessynode, 1974 bis 1993 der Synode der EKD, 1979 bis 1984 deren stellvertretender Präses.

Norden, Günther van (* 24. Oktober 1928 Köln, † 21. November 2018 Bonn)

Seit 1948 Studium der Geschichte und Germanistik in Köln, 1954/57 Staatsexamina, 1956 Promotion, 1957 Studienassessor Köln, 1961 Gymnasiallehrer, dann Dozent an der Abteilung Wuppertal der Pädagogischen Hochschule Rheinland, 1964 bis 1993 Prof. (Neuere Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Zeitgeschichte und der Didaktik der Geschichte) Universität Wuppertal.
Vorsitzender des Ausschusses für rheinische Kirchengeschichte und kirchliche Zeitgeschichte/Kommission der Evangelischen Kirche im Rheinland für Kirchengeschichte.
1969 stellvertretender Kreisvorsitzender der FDP in Wuppertal und Mitglied im Landesvorstand.

Philippi, Paul (* 21. November 1923 Kronstadt, † 27. Juli 2018 Kronstadt)

Studium der Evangelischen Theologie seit in Erlangen und Zürich, 1954 Assistent am Diakoniewissenschaftlichen Institut der Universität Heidelberg, 1957 Promotion in Hei-

delberg, 1963 dort Habilitation (PT), 1971 o. Prof. und Leiter des Diakoniewissenschaftlichen Instituts, 1986 emeritiert.
1979 bis 1981 Gastprofessor am Vereinigten Protestantisch-Theologischen Institut in Klausenburg/Cluj-Napoca, 1983 o. Prof. Hermannstadt, 1994 emeritiert, Mitbegründer und 1991 bis 1998 Vorsitzender des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien (DFDR).
1974 Dr. theol. h. c. des Vereinigten Protestantisch-Theologischen Instituts Klausenburg-Hermannstadt, 2001 der Reformierten Theologischen Fakultät der Babq-Bolyai-Universität Klausenburg.
2000 Ehrenbürger von Hermannstadt, 2011 von Kronstadt, 2015 Träger des Siebenbürgisch-Sächsischen Kulturpreises, 2017 des Georg-Dehio-Kulturpreises.

Rohde, Jürgen (* 25. März 1939 Berlin, † 5. Juni 2018)

Jurastudium seit 1957 in Marburg und Berlin (FU), 1962 und 1966 juristische Staatsexamina, Sachbearbeiter bei einer Versicherung, 1969 Assessor in der Kirchenkanzlei der EKU, 1971 als Konsistorialrat rechtskundiges Mitglied des Kollegiums, 1974 Oberkirchenrat, 1999 stellvertretender Leiter und Vizepräsident der Kirchenkanzlei, 2004 Ruhestand.

Ritschl-Courvoisier, Dietrich (* 17. Januar 1929 Basel, † 11. Januar 2018 Reigoldswil)

Physikstudium in Tübingen, dann Theologiestudium in Basel und Bern, 1951 Vikar in der reformierten Kirche in Basel, 1952 Auslandspfarrer der deutschen Gemeinde in Schottland, 1958 Promotion, 1958 Dozent Montreal (NT), dann am Presbyterian Seminary Austin/Tx. und zugleich Pfarrer der Community in Wimberly, 1963 Professor für Systematische Theologie in Pittsburgh, 1969/70 Union Theological Seminary in New York, 1970 Systematische Theologie an der Universität Mainz, 1983 an der Universität Heidelberg und Leiter des Ökumenischen Instituts, 1997 emeritiert.
Mitglied der Christlichen Friedenskonferenz (CFK) und 1960 Teilnahme an der Tagung in Prag, 1986 erster Direktor des Internationalen Wissenschaftsforums der Universität Heidelberg.
Gastprofessuren in Kanada, Australien und an der Gregoriana in Rom, Dr. theol. h. c. Budapest und Basel (2007).

Schellong, Dieter (* 1. April 1928 Kiel, † 18. Februar 2018 Münster)

1946 Abitur in Herford, Studium der evangelischen Theologie in Basel, 1952 Erstes Theologisches Examen und Lehrvikariat in Soest, 1953 bis 1954 Besuch des Predigerseminars Kupferhammer, 1954 Zweites Theologisches Examen, dann bis 1955 Assistent des Leiters der Theologischen Schule Bethel, Kreisvikar der Kreisgemeinde Tecklenburg, 1956 Pfarrer in Gütersloh, 1964 Assistent Universität Münster und Pfarrer im Wartestand, 1967 dort Promotion, 1970 Habilitation, o. Prof. für Evangelische Theologie und ihre Didaktik Pädagogische Hochschule Westfalen-Lippe in Paderborn, 1972 Überführung in die Universität Paderborn, 1993 emeritiert.

Schicketanz, Peter (* 25. April 1931 Görlitz, † 17. Januar 2018 Lutherstadt Wittenberg)

1949 Abitur, dann Maschinenbaulehre, nach schwerer Erkrankung seit 1951 Studium der evangelischen Theologie in Halle, nach dem I. Theologischen Examen als Stipendiat des ÖRK 1956/57 Studium in Basel, 1957 Vikariat in Halle, 1960 Pfarrer in Nordgermersleben, 1961 Promotion an der Kirchlichen Hochschule Berlin, 1965 persönlicher Referent von Bischof Johannes Jänicke, 1968 Konsistorialrat bzw. Oberkonsistorialrat mit den Schwerpunkten Theologenausbildung und Beratung von Wehrpflichtigen bzw. Wehrdienstverweigerern.

1979 Gründungsrektor bzw. bis 1986 Leiter der Evangelischen Ausbildungsstätte für Gemeindepädagogik in Potsdam, dort bis 1996 Dozent für Kirchenkunde und Ethik.
Seit 1963 Mitglied der Historischen Kommission zur Erforschung des Pietismus, 1970 und 1975 Mitglied des Ausschusses »Kirche und Gesellschaft« des BEKDDR.

Wedderburn, Alexander J. M. (* 30. April 1942 Edinburgh, † 31. März 2018 München)

Studium in Oxford und Edinburgh, BA 1964, MA 1967, 1971 Promotion Cambridge, Forschungsaufenthalte in Heidelberg (1969) und Göttingen (1971/72), 1972 Tutorial Assistant in New Testament Language and Literature, 1974 Dozent in St. Andrews, 1975 Ordination, 1990 Dozent, im selben Jahr noch Senior Lecturer Faculty of Theology der Durham University, 1994 o. Prof. für Neues Testament an der Ludwig-Maximilians-Universität München, 2006 Ruhestand

VII. Wichtige kirchliche Ereignisse des Jahres 2018

Zusammengestellt von Karl-Heinz Fix

Januar

6.	Der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) und der hannoversche Landesbischof Ralf Meister sprechen sich trotz Kritik von jüdischen Gemeinden und katholischer Kirche erneut für den Reformationstag als gesetzlichen Feiertag aus.
7.	25. Jugendkonferenz für Weltmission in Stuttgart.
7.–12.	Synode der rheinischen Landeskirche in Bad Neuenahr – Appell an die nordrhein-westfälische Landesregierung, auf die geplante Ausweitung der Ladenöffnungszeiten zu verzichten; – Debatte über das theologische Verhältnis von Christentum und Islam; Verabschiedung eines Positionspapiers für die Begegnung mit Muslimen.
11.–13.	Christlicher Medienkongress in Schwäbisch Gmünd.
14.–21.	Gebetswoche der Evangelischen Allianz in Deutschland in Bad Blankenburg unter dem Titel »Als Pilger und Fremde unterwegs«.
16.	50 Pfarrer der württembergischen Landeskirche kündigen an, entgegen dem Beschluss der Landessynode vom November 2017 auf Wunsch gleichgeschlechtliche Paare kirchlich zu trauen.
18.	Der Leiter der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen, Reinhard Hempelmann, kritisiert im Newsletter der EZW die »Theologische Positionsbestimmung für die Begegnung mit Muslimen« der rheinischen Landessynode. Er moniert insbesondere das dort formulierte Gottesverständnis und erklärt »Selbstzurücknahme ist kein verheißungsvoller Weg«.
18./19.	Tagung der Kirchenleitung der VELKD in Hannover.
18.–25.	Gebetswoche für die Einheit der Christen.
25./26.	Sitzung des Rates der EKD in Wuppertal.
26./27.	Begegnungstagung zwischen dem Rat und den Leitenden Geistlichen der EKD.
27.	Sondersitzung der Synode der oldenburgischen Landeskirche – Beschluss, das Bischofsamt vorerst weiterhin ohne Befristung zu verleihen, es aber spätestens mit dem 68. Lebensjahr zu beenden.

Februar

1.	Die norddeutschen Ministerpräsidenten und Bürgermeister sprechen sich für die Einführung eines zusätzlichen Feiertages in Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein aus. Sie empfehlen dafür den Reformationstag.

4.–7. Jahrestagung des Konvents evangelischer Theologinnen in der Bundesrepublik in Goslar.

8. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) veröffentlicht Grundsätze zum konfessionell-kooperativen Religionsunterricht unter dem Titel »Grundlagen, Standards und Zielsetzungen des konfessionell-kooperativ erteilten Religionsunterrichts«.

9. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Heinrich Bedford-Strohm, kritisiert in einem Interview mit der Berliner Zeitung die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag von Union und SPD zum Familiennachzug scharf, da darin das Recht auf Familiennachzug aufgegeben worden sei.

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) begrüßt die geplante Einführung eines Beauftragten für Religionsfreiheit in der künftigen Bundesregierung.

14. Militärbischof Sigurd Rink beurteilt in einem Zeitungsbeitrag die Entscheidung für eine Berufsarmee kritisch. Er warnt davor, dass die Aussetzung der Wehrpflicht dazu führe, dass immer mehr Menschen in die Bundeswehr eintreten, die auf dem zivilen Arbeitsmarkt kaum Chancen bekämen.

14. –2. April Fastenaktion »7 Wochen Ohne«.

18. Hofheim am Taunus: Fernsehgottesdienst zur Fastenaktion »7 Wochen Ohne« (ZDF).

20. Gedenkakt auf dem Friedhof Reinickendorf für den 1942 in Polizeihaft verstorbenen polnisch-evangelischen Bischof Juliusz Bursche.

21. Die Bremische Bürgerschaft spricht sich in erster Lesung für den Antrag der oppositionellen CDU-Fraktion zur Einführung des Reformationstages am 31. Oktober als Feiertag aus.

22. Der Landtag von Schleswig-Holstein beschließt, den Reformationstag zum gesetzlichen Feiertag zu erklären.

22. Der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, erklärt zum Abschluss der Frühjahrsversammlung der Bischöfe in Ingolstadt, dass man eine pastorale Handreichung über das gemeinsame Abendmahl konfessionsverschiedener Ehepartner vorlegen werde.

24. Synode der Evangelischen Landeskirche Anhalts in Dessau-Roßlau.

26. Der Rat der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) wählt auf seiner Sitzung in Warschau Pfarrer Mario Fischer zum neuen und ersten hauptamtlichen Generalsekretär.

28. Sitzung des Rates der EKD in Hannover:

Die Hamburgische Bürgerschaft beschließt mit 66 von 121 Stimmen, den Reformationstag zum gesetzlichen Feiertag zu erklären.

28.–1. März Kirchenkonferenz der EKD in Hannover.

März

1.–3. Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland (Nordkirche) in Lübeck-Travemünde

– Beratungen über Maßnahmen angesichts des Eintritts zahlreicher Pastoren und Pastorinnen bis 2030 in den Ruhestand;

– Erste Lesung eines Gesetzes zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexuellem Missbrauch.

2./3. Sitzung des Rates der EKD in Hannover.

5.–15. Reise einer Delegation des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) nach Südafrika und Namibia. Besucht werden Johannesburg/Pretoria, Kapstadt und Windhoek. Im Anschluss an die Reise findet in der University of the Western Cape in Kapstadt vom 14. bis 17. März eine deutsch-südafrikanische Partnerkonferenz unter Schirmherrschaft des Vorsitzenden des Rates der EKD, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, und des anglikanischen Erzbischofs von Kapstadt, Thabo Makgoba, zum Thema »Together for Justice« statt.

8. Begegnung des Präsidiums der UEK mit der Kirchenleitung der VELKD in Hannover.

8.–10. Synode der württembergischen Landeskirche in Stuttgart

– Beschluss, dass bei der Taufe auch der gesamte Körper untergetaucht werden darf.

11.–18. Woche der Brüderlichkeit 2018.

14. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) startet unter www.zur-kirche.de eine online-Umfrage zum Thema »Warum besuchen Menschen den Gottesdienst – und warum bleiben sie ihm fern?«.

14./15. Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) in Mainz.

17.–20. Bischofskonferenz der VELKD in Nürnberg.

18. Eröffnung der Ausstellung »Religion: Evangelisch« in der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen.

19. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, ruft anlässlich des siebten Jahrestages des Beginns der Kämpfe in Syrien zur Fürbitte für die leidenden Menschen in Syrien auf. Er bittet die Bundesregierung, alles Menschenmögliche für die Beendigung des Blutvergießens zu tun.

April

9.–10. Konferenz der Evangelischen Notfallseelsorge in Kassel.

12.–14. Synode der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland in Drübeck

– Ein Antrag, die Kirchenverfassung geschlechtergerecht umzuformulieren, erhält nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit;

– Landesbischöfin Junckermann fordert dazu auf, über Formen und Bedeutungen des Abendmahls nachzudenken.

13./14. Synode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz in Berlin.

13.–16. Synode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens in Dresden.

14.–21. Woche für das Leben 2018.

15.–19. Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern in Schwabach

– Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm erklärt, der Brief von sieben katholischen Bischöfen an den Vatikan zum Zugang von protestantischen Ehepartnern zur Kommunion sei eine »innerkatholische Angelegenheit« und keinen Grund für »ökumenische Aufregung«;

– Beschluss mit 72 zu 21 Stimmen bei zwei Enthaltungen, gleichgeschlechtliche Paare in einem Gottesdienst öffentlich segnen zu lassen.

17. Der Europäische Gerichtshof urteilt, dass beim Verlangen einer Kirchenmitgliedschaft als Voraussetzung für die Arbeit in einer kirchlichen Einrichtung »objektiv« ein direkter Zusammenhang zwischen der Konfession und der Tätigkeit bestehen müsse. Das Verlangen einer Kirchenmitgliedschaft in der Einstellungspraxis kirchlicher Arbeitgeber im Einzelfall müsse zudem gerichtlich überprüfbar sein.

17.–21. Synode der Evangelischen Landeskirche in Baden in Bad Herrenalb.

18. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) veröffentlicht einen Orientierungsrahmen für den Berufsschulreligionsunterricht unter dem Titel »Kompetenzen und Standards für den evangelischen Religionsunterricht an berufsbildenden Schulen. Ein Orientierungsrahmen«.

18.–20. Deutscher Fundraising Kongress 2018 in Kassel.

19./20. Synode der Evangelisch-Reformierten Kirche in Rinteln

– Beschluss, bei gleichen Ausbildungsvoraussetzungen auch Theologen aus anderen Landeskirchen einzustellen;

– Kirchenpräsident Martin Heimbucher spricht sich erneut für den Reformationstag als allgemeinen Feiertag aus.

20./21. Synode der Evangelischen Landeskirche Anhalts in Dessau.

20/21. Tagung des Deutschen Ökumenischen Studienausschusses (DÖSTA) in Speyer.

20./21. Sitzung des Rates der EKD in Hannover

– Der Rat verurteilt die jüngsten antisemitischen Vorfälle und Übergriffe in Deutschland »scharf« und ruft dazu auf, gemeinsam gegen Antisemitismus in Deutschland einzutreten.

23. Mitgliederversammlung Prochrist e. V. in Kassel.

26. Gemeinsame Veranstaltung der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und der badischen Landeskirche zur Erinnerung an den 500. Jahrestag der Heidelberger Disputation Martin Luthers.

26.–27. Synode der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck in Hofgeismar.

26.–28. Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau in Frankfurt.

– Beschluss, für die kirchliche Segnung aller vom Standesamt beurkundeten Lebensbündnisse die Bezeichnung »Trauung« einzuführen.

26.–29. Heidelberg: Festwoche: 500 Jahre Heidelberger Disputation.

Mai

3./4. Sitzung der Kirchenleitung der VELKD in Hannover.

4. Arbeitstreffen zwischen Vertretern der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Linkspartei in Berlin. Gegenstand des Gesprächs waren die Aufarbeitung der SED-Diktatur, Fragen von Staat und Religionsgemeinschaften sowie die Bedeutung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Von seiten der EKD nahmen unter anderem der Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm, der Berliner Bischof Markus Dröge und der Vizepräsident des Kirchenamts Horst Gorski teil. Die Linkspartei wurde u. a. durch den Vorsitzenden der Bundestagsfraktion, Dietmar Bartsch, den stellvertretenden Parteivorsitzenden Axel Troost, die religionspolitische Sprecherin Christine Buchholz und den Landtagsvizepräsidenten in Sachsen-Anhalt, Wulf Gallert, vertreten.

6. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bewertet die Kreuz-Pflicht in bayerischen Behörden skeptisch und weist in der Fernsehsendung »Bericht aus Bonn« auf verfassungsrechtliche Maßstäbe hin, die man zu Hilfe nehmen könne.

7. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Heinrich Bedford-Strohm, spricht sich in einem Zeitungsartikel für Bürokratieabbau und kürzere Entscheidungswege in der Kirche aus.

Die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands (VELKD) und die Union Evangelischer Kirchen in der EKD (UEK) veröffentlichen eine neue Taufagende, die liturgische Ordnungen für die Taufe sowie Texte, Gebete und Liedvorschläge enthält. Die Agende ist online verfügbar und soll zunächst 18 Monate lang erprobt werden.

7./8. Tagung des European Council of Religious Leaders (ECRL) in Budapest.

13. Stuttgarter Konferenz für Weltmission 2018.

14.–16. Delegiertenversammlung der Arbeitsgemeinschaft Missionarische Dienste (AMD) in Hofgeismar.

16. Verleihung des Evangelischen Buchpreises in Karlsruhe an Susann Pásztor für das Buch »Und dann steht einer auf und öffnet das Fenster«.

Der Datenschutzbeauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Michael Jacob, beklagt in einem Interview das Fehlen einer ethischen Diskussion über die kirchliche Nutzung sozialer Netzwerke im Internet.

16./17. Kirchentag der Bremischen Evangelischen Kirche.

20. Gottesdienst zum bundesweiten evangelischen Frauentag in Oldenburg.

23.–26. Synode der pfälzischen Landeskirche in Kaiserslautern

– Zum »Schwerpunktthema 200 Jahre Pfälzer Kirchenunion« finden Vorträge und ein Podiumsgespräch mit der Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Irmgard Schwaetzer, mit dem Vizepräsident des Kirchenamts der EKD und Leiter des Amts der Vereinigten Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands, Horst Gorski, und Prof. Dr. Michael Beintker statt;

– Vorstellung eines Konzeptes für »Erprobungsräume« für die Zukunft kirchlicher Arbeit;

– Beratung über die mittelfristige Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2019 bis 2024;

– In seinem Bericht plädiert Kirchenpräsident Christian Schad dafür, Glocken mit nationalsozialistischen Inschriften aus Kirchtürmen zu entfernen.

24. Das Datenschutzgesetz der EKD tritt in Kraft.

24.–26. Synode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Braunschweig in Goslar.

Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg

– Beschluss, bis zum Jahr 2030 die Zahl der Pfarrstellen von 250 auf 173 zu verringern. Auf jeden Pastor sollen dann ca. 2.000 evangelische Christen zugeordnet sein. Trotz des Abbaus will die Kirche aber bis 2030 mehr Pastoren als nach dem neuen Plan erforderlich in den Probedienst übernehmen, um den Personalbestand auch langfristig zu sichern;

– Ohne Ergebnis blieb eine Diskussion über das Verhältnis von Pfarr- und übergemeindlichen Stellen. Ein Vorschlag lautete, zehn Prozent aller Pfarrstellen für gesamtkirchliche Aufgaben, also etwa in der Verwaltung, vorzusehen. Bis zur Herbstsynode soll dieser Vorschlag überarbeitet werden;

– Der Vertreter im Bischofsamt der oldenburgischen Kirche, Oberkirchenrat Thomas Adomeit, stellte einen Maßnahmenkatalog vor, mit dem bis 2030 insgesamt 124 Millionen Euro eingespart werden sollen.

25./26. Synode der anhaltischen Landeskirche in Dessau-Roßlau

– Beschluss, angesichts schrumpfender Mitgliedzahlen bis zum Jahr 2025 ein neues Konzept umzusetzen. In einem so genannten »Anhaltischen Verbundsystem« sollen dann Pfarrer, Gemeindepädagogen und Kirchenmusiker gemeinsam mit Verwaltungsfachkräften und diakonischen Mitarbeitern für größere Regionen zuständig sein.

25./26. Ratssitzung der EKD in Hannover.

30.–2. Juni Synode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers in Hannover.

31.–6. Juni Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) in Novi Sad.

Juni

2.–7. Eine Delegation des Deutschen Nationalkomitees des Lutherischen Weltbundes (DNK/LWB) reist nach Italien. Schwerpunkt der Reise sind Gespräche im Vatikan (4.) sowie Begegnungen mit der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Italien (ELKI). Die Delegation wird geleitet von dem Vorsitzenden des DNK/LWB, Landesbischof Gerhard Ulrich.

4. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) stellt in Berlin eine Untersuchung der Universität Tübingen über das ehrenamtliche Engagement junger Christen vor.

9. Land-Kirchen-Konferenz: »Heimat Kirche – Heimatkirche« in Meißen.

8./9. Synode der Lippischen Landeskirche in Kalletal

– Beschluss, neue Formen der Gemeindearbeit zu erproben. Einzelne Gemeinden sollen eine engere Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden oder mit diakonischen Einrichtungen erproben.

– Die Synode beschloss außerdem, von der Bundesregierung den Verzicht auf die Einrichtung sogenannter Ankerzentren zu fordern und sich für ein weltweites Verbot von Atomwaffen einzusetzen.

11./12. Vollversammlung der Deutschen Bibelgesellschaft in Schwerte.

13. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Heinrich Bedford-Strohm, wird in Hamburg mit dem »Hildegard-Hamm-Brücher-Förderpreis für Demokratie lernen und erfahren« ausgezeichnet.

13.–5. August Festival Europäische Kirchenmusik 2018 in Schwäbisch Gmünd.

19. Der niedersächsische Landtag beschließt mit 100 von 137 Stimmen, dass der Reformationstag gesetzlicher Feiertag wird.

20. Der Zentralausschuss des ÖRK beschließt, die nächste Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) im Jahr 2021 in Karlsruhe zu veranstalten.

Die Bremer Bürgerschaft beschließt, dass der Reformationstag gesetzlicher Feiertag wird.

21./22. Tagung der Kirchenleitung der VELKD in Hannover.

25. Sitzung des Deutschen Nationalkomitees des Lutherischen Weltbundes (DNK/LWB) in Wittenberg.

27. Kirchenkonferenz der EKD in Berlin.

Die katholische Deutsche Bischofskonferenz beschließt, die intern umstrittene pastorale Handreichung zu konfessionsverbindenden Ehen und deren gemeinsamer Teilnahme an der Eucharistie nicht als offizielles Dokument der Bischofskonferenz, sondern als Orientierungshilfe des Ständigen Rats der Bischofskonferenz für die einzelnen Bischöfe zu veröffentlichen

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) begrüßt diesen Schritt als »eine Fortsetzung des ökumenischen Geistes« und als »Konkretion der Selbstverpflichtungen, die beide Kirchen anlässlich des Buß- und Versöhnungsgottessdienstes im März 2017 eingegangen sind«.

28./29. Sitzung des Rates der EKD in Berlin.

Juli

5. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und die Orthodoxe Bischofskonferenz in Deutschland (OBKD) veröffentlichen eine gemeinsame Handreichung zur Seelsorge an Sterbenden und ihren Angehörigen mit dem Titel »... damit ihr nicht traurig seid (1 Thess 4, 13). Christlicher Umgang mit Sterben und Tod«.

5.–7. Synode der Evangelischen Landeskirche in Württemberg in Ulm.

16.–18. Der Vorsitzende der Kammer für Migration und Integration der EKD, Präses Manfred Rekowski (Düsseldorf) besucht Seenotretter auf Malta.

18. Das Comenius-Institut (Münster) veröffentlicht den zweiten, von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und den Gliedkirchen in Auftrag gegebenen Bildungsbericht zu Strukturen, Bildungsbeteiligung von Kindern und zum Personal in Evangelischen Tageseinrichtungen für Kinder.

24.–29. Auslandspfarrerkonferenz der EKD in Bad Boll.

27. Die badische Landeskirche stellt für ihre Gemeinden ein Gesprächspapier zum Dialog zwischen christlichen und muslimischen Gläubigen vor.

August

1.–5. 123. Allianzkonferenz der Deutschen Evangelischen Allianz (DEA) in Bad Blankenburg.

3. An der Ruhr-Universität Bochum wird ein Institut für Kirchliches Arbeitsrecht gegründet. Direktor ist das Mitglied des Rates der EKD, Prof. Dr. Jacob Joussen.

22. Das Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) startet auf YouTube »Die Filmshow«, ein Videoformat, mit dem jeden Donnerstag ein aktuell startender Kinofilm vorgestellt wird.

23. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) spricht sich in einem Gastbeitrag für die Tageszeitung »Welt« für eine gesellschaftliche Debatte über die Rolle der Religion und ihr Verhältnis zum Staat aus. Er kündigt an, das Gespräch mit allen relevanten religiösen Gemeinschaften zu suchen.

September

1. Pfarrer Frank Kopania wird als Nachfolger von Oberkirchenrätin Dine Fecht Leiter der Auslandsabteilung im Kirchenamt der EKD.

Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland (Nordkirche) startet in Hamburg ein Werk für den Dialog mit Konfessionslosen. Dort sollen Haupt- und Ehrenamtliche für das Gespräch mit Konfessionslosen vorbereitet werden.

5./6. Kirchenkonferenz der EKD.

Die Landeskirchen sprechen sich für die Einrichtung einer Anlaufstelle für Opfer sexuellen Missbrauchs aus und dass die Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) als Dachorganisation eine externe qualifizierte Person oder Beratungsstelle damit beauftrage. Weiter wollen die Landeskirchen bis zu fünf Vertreter von Kirchenleitungen zu Beauftragten für das Thema Missbrauch ernennen. Mitglieder des Beauftragtenrats werden die Hamburger Bischöfin Kirsten Fehrs, der badische Bischof Jochen Cornelius-Bundschuh, der Braunschweiger Bischof Christoph Meyns, die Leiterin des Oberkirchenrats in Oldenburg, Susanne Teichmanis, und der bayerische Landeskirchenamtsleiter Nikolaus Blum.

7./8. Sitzung des Rates der EKD.

9.–12. Als erster Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) besucht Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm (München) die Kaukasus-Republik Armenien.

13. Ersten Tagung des Sportethischen Forums der EKD zur Dopingfrage unter dem Titel »Zwangssystem-Systemzwang« in der Evangelische Akademie Frankfurt.

13.–18. Vollversammlung der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) unter dem Motto »befreit –- verbunden – engagiert) in Basel.

14. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) startet einen Innovationsfonds zur Förderung evangelikaler Medienprojekte für die Vielfalt der evangelischen Publizistik.

17. Baden-Württembergische Landkirchenkonferenz in Stuttgart.

Der Beauftragte des Rates der EKD für Umweltfragen, Hans Diefenbacher, und die Referentin für Nachhaltigkeit im Kirchenamt der EKD, Ruth Gütter, nennen in einer gemeinsamen Erklärung die geplante Rodung des Hambacher Waldes für den Kohleabbau ein fatales Zeichen der Infragestellung der Klimaschutzziele.

19./20. Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) in Ludwigshafen am Rhein.

20.–22. 4. Land-Kirchen-Konferenz der EKD in Bad Alexanderbad unter dem Titel »Geht hin – Sozialraum- und Gemeinwesenorientierung der Kirche auf dem Land«.

20./21. Konstituierende Sitzung der Gesamtsynode der Evangelisch-Reformierten Kirche in Emden.

21.–23. Gospelkirchentag 2018 in Karlsruhe.

21. Das Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentags beschließt, dass man zum evangelischen Kirchentag 2019 in Dortmund keine Vertreter der AfD zur Mitwirkung auf Podien und zu Diskussionsveranstaltungen einladen werde.

22. Nach zwei Wahlgängen erreicht bei der Wahl zum oldenburgischen

Landesbischof keiner der beiden Kandidaten die notwendige Drei-Viertel-Mehrheit von 44 Stimmen. Im zweiten Wahlgang erzielte der Vertreter im Bischofsamt, Thomas Adomeit 34 Stimmen, sein Gegenkandidat Johann Schneider 22. Im ersten Wahlgang hatte das Ergebnis 26 zu 32 Stimmen gelautet.

23. Eröffnung der Interkulturellen Woche mit einem ökumenischen Gottesdienst in der Pauluskirche in Hannover. Landesbischof Ralf Meister, der katholische Propst Martin Tenge, Archimandrit Gerasimos Frangoulakis von der Griechisch-Orthodoxen Metropolie und Pastorin Anke Merscher-Schüler (Südstadt-Kirchengemeinde) wirkten in dem Gottesdienst zusammen.

24. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) erklärt in einem in Berlin vorgestellten Positionspapier, dass er den interreligiösen Dialog mit dem Islam weiterführen und intensivieren wolle.

Das Sozialwissenschaftliche Institut der EKD veröffentlicht eine repräsentative Befragung zum christlich-islamischen Dialog. Demnach befürworten 63 Prozent der Deutschen eine Fortsetzung oder Verstärkung dieses Gespräches. Drei Viertel der Bevölkerung sprechen sich in der Befragung für die Zusammenarbeit von Christen und Muslimen in Kindertagesstätten aus. Ein Drittel befürwortet auch den islamischen Religionsunterricht in Schulen.

26. Die Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung stellt in Berlin das Impulspapier »Geliehen ist der Stern, auf dem wir leben. Die Agenda 2030 als Herausforderung für die Kirchen« vor. Der Rat der EKD hatte das Impulspapier einstimmig verabschiedet.

27.–29. Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland in Travemünde

– Wahl von Kristina Kühnbaum-Schmidt zur neuen Landesbischöfin.

29. Deutscher Evangelischer Allianztag.

Die Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg wählt Oberkirchenrat Thomas Adomeit im dritten Wahlgang mit 37 zu 15 Stimmen bei einer Enthaltung zum neuen Landesbischof.

30.–2. Oktober Vertreterversammlung des Gustav-Adolf-Werkes (GAW) in Bad Urach.

Oktober

1.–6. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Heinrich Bedford-Strohm, besucht die USA zu einer Vortrags- und Begegnungsreise.

4.–6. Generalversammlung des Evangelischen Bundes in Heidelberg.

5. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) startet anlässlich des 70. Jahrestages der Menschenrechtserklärung am 10. Dezember unter dem Titel »#freiundgleich« eine bis Ende 2019 dauernde Initiative mit Veranstaltungen zum Thema Menschenrechte. Unter anderem ist eine Wanderausstellung geplant, die von Februar 2019 an Station in evangelischen Gemeinden in Deutschland machen wird.

8.–11. 17. Begegnung im bilateralen Dialog der EKD mit dem Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel unter dem Titel »Wir glauben an den Heiligen Geist. Evangelische und orthodoxe Perspektiven auf die Pneu matologie« in Ioannina (Griechenland).

11. Jährliches Spitzentreffen zwischen evangelischer Kirche und Koordinationsrat der Muslime in Köln.

Festgottesdienst in Hannover aus Anlass des 50-jährigen Bestehens des Kirchlichen Entwicklungsdienstes. Die Festpredigt hält der Vorsitzende des Rates der EKD, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm. Festredner sind Konrad Raiser (ehemaliger Generalsekretär des ÖRK), Klaus Seitz (Leiter der Abteilung Politik von Brot für die Welt), Rainer Kiefer (Leiter des Referats Mission und Ökumene, Öffentlichkeitsarbeit und Publizistik der Evangelische-lutherischen Landeskirche Hannovers) und Ruth Gütter (Referentin für Fragen der Nachhaltigkeit im Kirchenamt der EKD).

12./13. Jahrestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus in Nürnberg mit dem Thema »Menschenrechte verteidigen – Nächstenliebe leben«.

12./13. Sitzung des Rates der EKD.

16. Verleihung des Robert Geisendörfer Preises 2018 in München:

Im Bereich Hörfunk wurden die Hörspiele »Die Umsiedler« (NDR) und »Lauter liebe Worte« (WDR) ausgezeichnet. In der Kategorie »Fernsehen« gingen die Preise an den Film »Das Leben danach« (WDR) und die Reportage »Das Gift der Mafia. Und das europäische Gesetz des Schweigens« (Radio Bremen/Arte);

Die Jury »Kinderprogramme« des Robert Geisendörfer Preises verlieh Preise an »Planet Willi – Die Sendung mit dem Elefanten (WDR für KIKA)« und »Stadt, Land, Bus – Der Goldene Tabaluga« (ZDF);

Der Sonderpreis der Jury für exemplarische publizistische oder künstlerische Leistungen ging Bettina Rühl für ihre herausragende, unermüdliche und jahrelange Berichterstattung aus und über Afrika.

16./17. 5. Evangelischer Medienkongress in München zum Thema »Mensch oder Maschine: Wer programmiert wen?«

17./18. Konferenz Diakonie und Entwicklung in Berlin.

18.–22. Begegnungsreise einer Delegation der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands gemeinsam mit Vertretern des Deutschen Nationalkomitees des Lutherischen Weltbunds nach Finnland und Estland.

21.–25. Synode der badischen Landeskirche in Bad Herrenalb.

23. Der Theologe Dietmar Arends wird neuer Vorstandsvorsitzender des Evangelischen Missionswerks in Deutschland (EMW). Er folgt auf den zurückgetretenen Oldenburger Bischof Jan Janssen.

24.–27 Synode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz mit dem Schwerpunktthema Reichtum, Armut und der gesellschaftliche Frieden.

25. Das Bundesarbeitsgericht spricht in einem Urteil einer Bewerberin auf eine vom Evangelischen Werk für Diakonie und Entwicklung e. V. ausgeschriebene Referententätigkeit Schadensersatz zu, da sie aufgrund fehlender Kirchenmitgliedschaft nicht ausgewählt worden war.

26. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) veröffentlicht ein Materialheft zu den Produktionsbedingungen in der Textilindustrie und den damit verbundenen Einschränkung oder Verletzung von Menschenrechten sowie von Arbeits- und Sozialgesetzen. Die Publikation gehört zur EKD-Menschenrechtsinitiative #freiundgleich.

November

2. Die Kammer für Öffentliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) spricht sich in dem EKD-Text »Nichtinvasive Pränataldiagnostik – Ein evangelischer Beitrag zur ethischen Urteilsbildung und zur politischen Gestaltung« dafür aus, Maßnahmen der Nichtinvasiven Pränataldiagnostik bei Risikoschwangerschaften umfassend in die gesellschaftliche Verantwortung einzubetten.

5./6. Gemeinsame Konferenz der Diözesanbeauftragten für Notfallseelsorge und der Konferenz Evangelische Notfallseelsorge in Fulda.

7. Festakt aus Anlass von »110 Jahre Zulassung von Frauen zum Studium«, »75 Jahre erste Ordination von Frauen in das volle Pfarramt« und der Verleihung des Hanna-Jursch-Preises der Evangelischen Kirchen in Deutschland (EKD) in Berlin.

Den Hanna-Jursch-Preis erhält Aliyah El Mansy für ihre Dissertation »Exogame Ehen. Die traditionsgeschichtlichen Kontexte von 1 Kor 7, 12–16«. Die Nachwuchspreise gehen an Friederike Luise Arnold und Dorothee Charlotte Heise für ihre Seminararbeiten.

Die Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs fordert von der evangelischen Kirche eine umfassende und unabhängige Aufarbeitung sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen.

7./8. Bischofskonferenz der VELKD in Würzburg.

8. Zur Reichspogromnacht am 9. November 1938 veröffentlichen die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), die Union Evangelischer Kirchen in der EKD (UEK) und die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands (VELKD) gemeinsam die Broschüre »Antisemitismus – Vorurteile Ausgrenzungen, Projektionen und was wir dagegen tun können«.

8.–10. 5. Tagung der 12. Generalsynode der VELKD in Würzburg

– Wahl von Landesbischof Ralf Meister (Hannover) zum Leitenden Bischof der VELKD mit 38 von 45 Stimmen. Stellvertreter wird der sächsische Landesbischof Carsten Rentzing.

9./10. Vollkonferenz der UEK in Würzburg mit dem Schwerpunktthema der Glaube junger Menschen. Die Synode erinnert zugleich mit zwei Vorträgen an den theologischen Ansatz der Union.

11.–14 Synode der EKD in Würzburg

– In seinem Bericht bittet der Ratsvorsitzende, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, alle Menschen, denen sexuelle Gewalt im Raum der evangelischen Kirche widerfahren ist, um Vergebung;

– Wahl von Superintendent Andreas Lange (Lemgo) zum Vizepräses der Synode mit 77 von 116 Stimmen. Er ist Nachfolger von Oberkirchenrat i. R. Klaus Eberl (Düsseldorf);

– Einstimmiger Beschluss, für die Aufarbeitung von sexualisierter Gewalt in der Kirche 1,3 Millionen für die Arbeit des Beauftragtenrates zum Schutz vor sexualisierter Gewalt zur Verfügung zu stellen. 2,2 Millionen Euro sollen in die Digitalisierungs-Strategie der EKD investiert werden.

– Beschluss, Verhandlungen mit der Politik über die in diesem Jahr beschlossenen Verschärfungen beim Kirchenasyl einzutreten.

11.–21. Ökumenische Friedensdekade.

13.	Streitgespräch zum Thema Zuwanderung zwischen Vertretern von Kultur, Politik und Kirchen auf Einladung des Arbeitskreises Kultur und Medien der AfD-Bundestagsfraktion über das Thesenpapier »Zusammenhalt in Vielfalt« der »Initiative kulturelle Integration«.
15./16.	Besuch von Irmgard Schwaetzer, Präses der Synode, und Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), bei Justin Welby, Oberhaupt der anglikanischen Kirche, in London. Sie nehmen an einer Veranstaltung mit Zeitzeugen der »Kindertransporte« nach England vor achtzig Jahren teil. In einer gemeinsamen Erklärung betonen die beiden Kirchen ihre lang andauernde enge Verbundenheit über politische Spannungen und Gräben hinweg.
15.–17.	Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland (Nordkirche) in Travemünde.
16.–19.	Synode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens in Dresden.
19.–23.	Synode der Evangelischen Kirche von Westfalen in Bielefeld/Bethel.
21.–24.	Synode der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland in Erfurt.
22.	Tag der Religionen mit dem Tisch der Religionen in Berlin.
22.–23.	Synode der Evangelisch-Reformierten Kirche in Emden.
22.–24.	Synode der oldenburgische Landeskirche in Rastede
	– Beschluss, künftig gleichgeschlechtliche Ehepaare kirchlich zu trauen.
22.–24.	Friedenskonferenz zum Thema 100 Jahre Ende des Ersten Weltkriegs in Bad Boll.
22.–24.	Synode der pfälzischen Landeskirche in Speyer.
22.–24.	Synode der braunschweigischen Landeskirche in Goslar.
22.–24.	Synode der oldenburgischen Landeskirche in Rastede.
25.–29.	Synode der bayerischen Landeskirche in Garmisch-Partenkirchen
	– Beratung über die Abschaffung der 2004 eingeführten Kirchensteuer »Besonderes Kirchgeld«.
26./27.	Synode der lippischen Landeskirche in Detmold
	– Ankündigung, dass in der Landeskirche in den kommenden zwei Jahren darüber beraten werde, ob das »Bekenntnis von Belhar« (1986) in die Kirchenverfassung aufgenommen werden soll.
26.–28.	Konferenz für Islamfragen der EKD in Landau.
26.–29.	Synode der württembergischen Landeskirche in Stuttgart
	– Ankündigung eines Gesetzentwurfs des Oberkirchenrats, der eine öffentliche Segnung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften ermöglichen soll.
26.–28.	Synode der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck in Hofgeismar.
27.–30.	Synode der hannoverschen Landeskirche in Hannover
	– Einbringung des Entwurfs einer neuen Kirchenverfassung.
28./29.	Kirchentag der Bremischen Evangelischen Landeskirche.
29.	Tagung der Kirchenleitung der VELKD in Hannover.

29.–2. Dez. Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau in Frankfurt/M.

– Beschluss, ab 2019 auch die Segnung anlässlich einer Eheschließung von Paaren gleichen Geschlechts Trauung zu nennen.

Dezember

2. Die neue »Ordnung gottesdienstlicher Texte und Lieder« wird mit einem Gottesdienst in der Wittenberger Schlosskirche in Kraft gesetzt.

3. Versammlung des Deutschen Nationalkomitees des Lutherischen Weltbundes (DNK/LWB) in Hannover.

10. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) veröffentlicht aus Anlass des 70. Jahrestages der Verkündung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948 ein »Wort des Rates zum Tag der Menschenrechte 2018«. Der Rat begrüßt darin ausdrücklich die durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen zu verabschiedenden UNO-Abkommen zu Flucht und Migration.

Verleihung des Karl-Barth-Preis der Union Evangelischer Kirchen in der Evangelischen Kirche in Deutschland (UEK) an den Schweizer Juristen Bernhard Christ, Präsident der Karl-Barth-Stiftung in Basel.

11. Die Vereinte Evangelische Mission (VEM) und die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) eröffnen mit einer Pressekonferenz in der evangelischen City-Kirche in Wuppertal-Elberfeld ihre aktuelle Menschenrechtskampagne für die Einhaltung der Menschenrechte in der Textilindustrie.

12./13. Kirchenkonferenz der EKD in Hannover.

14./15. Sitzung des Rates der EKD in Hannover.

15. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und der Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM), Johannes-Wilhelm Rörig, erklären nach einem gemeinsamen Austausch in der Sitzung des Rates der EKD, dass sie die bestehende Zusammenarbeit bei Prävention und Aufarbeitung von sexualisierter Gewalt weiter vertiefen wollen.

Personenregister

Abraham 87, 157
Adomeit, Thomas 252, 255
Adorno, Theodor W. 89, 201
al-Assad, Baschar Hafiz 175, 190
Albrecht von Brandenburg 13
Annan, Kofi 175
Anselm, Reiner 105, 113f.
Arends, Dietmar 256
Arnold, Friederike Luise 257

Badawi, Raif 199
Barth, Karl 202, 204, 223f.
Bartsch, Dietmar 250
Bashour, Tarek 190
Bedford-Strohm, Heinrich 4, 12, 17f., 41, 43, 50, 59, 248–252, 254–258
Beintker, Michael 251
Ben Sasson, Haim Hillel 210
Berndt, Christoph 155
Bethge, Anthea 113
Beuys, Joseph 23
Binder, Heinz 221
Blum, Nikolaus 254
Blume, Markus 19
Bräuer, Karin 216
Bräuer, Siegfried XI, 215–220, 243
Brand, Michael 113
Brandt, Willy 225, 227f.
Breitenbach, Günter 229
Breit-Keßler, Susanne 19, 113
Brenner, Michael 19
Brooks, Patrick 73
Buchholz, Christine 250
Bürckstümmer, Hermann 226
Bursche, Juliusz 248

Cavanagh, Dawn 199
Christ, Bernhard 259
Cornelius-Bundschuh, Jochen 49, 254
Cselovszky, Klára Tarr 113

Dabrock, Peter 99, 105f., 113f., 130, 132
Daele, Wolfgang van den 131
David (König) 26, 87, 157
Deckers, Daniel 125f.
Diefenbacher, Hans 254
Dörfler-Dierken, Angelika 113f.
Dörries, Andrea 113f.
Dreyer, Malu 193
Dröge, Markus 148, 150–152, 163–165, 250

Dutzmann, Martin 113

Ebach, Jürgen 88
Eberl, Klaus 257
Ebrahimian, Christiane 3
Eck, Johannes 209
El Mansy, Aliyah 257
Erasmus von Rotterdam 157, 209
Erdogan, Recep Tayyip 65
Eweida, Nadia 3

Fabio, Udo di 30
Fecht, Dine 254
Feige, Gerhard 47
Fischer, Mario 248
Frangoulakis, Gerasimos 255
Franz, Günter 217
Franziskus I. 45f., 49f., 52–54, 57
Fürst, Gebhard 48

Gänswein, Georg 21
Gallert, Wulf 250
Gerber, Christine 113
Goertz, Hans-Jürgen 219
Goethe, Johann Wolfgang von 200
Gorski, Horst 113, 250f.
Graf, Friedrich Wilhelm 16, 44, 203
Gramsci, Antonio 140
Greiner, Dorothea 11
Gütter, Ruth 254, 256
Gundlach, Thies 202, 204f.
Gutjahr, Mirko 206

Habermas, Jürgen 103, 130
Hänel, Kristina 115
Hamm, Berndt 210f.
Hanselmann, Johannes 227
Hartlieb, Elisabeth 65, 73
Hasselhorn, Benjamin 206
Hecken, Josef 104f., 110
Heimbucher, Martin 250
Hein, Martin 11, 49
Heinig, Hans-Michael 30, 113
Heise, Dorothee Charlotte 257
Hempelmann, Reinhard 247
Hiob 87
Hitler, Adolf 91, 223
Höcke, Björn 154
Holz, Klaus 199f.
Horkheimer, Max 201
Huber, Wolfgang 11, 24

Hüppe, Hubert 110f.

Josuttis, Manfred 243
Joussen, Jacob 253
July, Frank Otfried 48f.
Junckermann, Ilse 249
Junge, Uwe 154
Junghans, Helmar 215, 219
Junia 157

Käßmann, Margot 198–200
Kahl, Werner 73
Kaiser, Klaus-Dieter XI, 163
Kalbitz, Andreas 154
Kalinna, Georg 113, 222
Kalinna, Hermann XI, 221–224, 243
Kant, Immanuel 26f., 29
Karl Martell 24
Kassab, Joseph 196
Kaufmann, Dieter 128
Kaufmann, Thomas 13, 203f., 206–209, 213f.
Keil, Siegfried 243f.
Kellermann, Juliane 222
Kern, Steffen 113
Kiefer, Rainer 256
Klausnitzer, Wolfgang 61
Klein, Rebekka 113f.
Knebel, Carl Ludwig von 200
Knobloch, Charlotte 5, 28
Knüppel, Renate 113
Kobuch, Manfred 217
Körting, Ehrhart 164
Körtner, Ulrich 56f., 62, 203
Kohler-Weiß, Christiane 113f.
Kopania, Frank 254
Kopp, Matthias 127
Kühnbaum-Schmidt, Kristina 255
Kunst, Hermann 221f.

Ladaria, Luis 46, 50, 52f.
Lammert, Norbert 136
Lange, Andreas 257
Lassiwe, Benjamin 52
Lau, Franz 216f.
Laube, Martin 204
Lautsi, Soile 4
Lehmann, Hartmut 203
Leo X. 13
Leppin, Volker 206–208, 212f.
Lilie, Ulrich 113, 126
Lösch, Brigitte 113
Lohmann, Heinz-Joachim 154, 158, 169
Lübcke, Walter 156
Luther, Martin XI, 13–16, 18f., 97, 156f., 163, 197–214, 218f.

Makgoba, Thabo 249
Manzke, Karl-Hinrich 47f., 52f., 55–59, 61f.
Markion 27
Markmann, Axel W. 163
Marx, Reinhard 4, 17, 19–22, 44, 46, 51f., 57, 248
Mazyek, Aiman 5
Meister, Ralf 184f., 247, 255, 257
Merscher-Schüler, Anke 255
Metzger, Martin 244
Meyns, Christoph 254
Mielke, Roger X, 113
Mistura, Staffan de 176
Moltmann, Jürgen 14
Mose 87
Mühlen, Karl-Heinz zur 201
Müller, Ralph 156
Müntzer, Thomas 216–219

Neukamm, Anna-Dorothea 226
Neukamm, Elisabeth 226
Neukamm, Georg 225
Neukamm, Frieda 226
Neukamm, Irmgard 226
Neukamm, Johannes 226
Neukamm, Karl Heinz XI, 225–230
Neukamm, Klaus 226
Neukamm, Martin 226
Neukamm, Stephan 226
Neukamm, Ulrike 226
Neuwerth, Sigrun 147, 195
Nicol, Karl 225
Nietzsche, Friedrich 204
Norden, Günther van 244
Nüssel, Friederike 59, 62

Oglio, Paolo d'all 177

Paulus 18, 25–27, 155, 157, 177, 184
Petrus 177
Philippi, Paul 244f.
Pippin der Jüngere 24
Pius XI. 24
Prantl, Heribert 17

Rademacher-Braick, Wilma 213
Rahner, Johanna 61
Raiser, Konrad 256
Ravasi, Gianfranco 22
Reinhardt, Volker 214
Reker, Henriette 65
Rekowski, Manfred 253
Rentzing, Carsten 257
Reuter, Hans-Richard 113
Richter, Cornelia 113

Rink, Sigurd 248
Ritschl-Courvoisier, Dietrich 261
Robbers, Gerhard 113
Rörer, Georg 206
Rörig, Johannes-Wilhelm 259
Rogg, Matthias 113
Rohde, Jürgen 245
Roser, Hans 227
Roth, Michael 113
Rüffer, Corinna 110, 112, 126
Rühl, Bettina 256

Salomo (König) 26
Sander, Hans Joachim 22
Sara 87
Schad, Christian 50, 59, 62, 251
Schäuble, Wolfgang 229
Schalck-Golodkowski, Alexander 229
Schellong, Dieter 245
Schick, Ludwig 17, 20
Schicketanz, Peter 245f.
Schilling, Heinz 213
Schindler, Gisela 229
Schleiermacher, Friedrich 202, 204
Schmidt, Dagmar 110
Schmitt, Carl 19, 140
Schneider, Johann 255
Schober, Theodor 227
Schultner, Anette 148, 151f.
Schwaetzer, Irmgard 96, 139, 143, 150, 251, 258
Schwienhorst-Schönberger, Ludger 24, 44
Seehofer, Horst 253
Seitz, Klaus 256
Selimian, Haroutune 188
Senghaas-Knobloch, Eva 113
Söder, Markus 7, 9f., 12, 15, 17–24, 37
Söding, Thomas 47
Staffa, Christian X, 136
Staupitz, Johann von 13
Steinmeier, Frank-Walter 65, 251
Strauß, Franz Josef 228
Strenge, Hans-Peter 113

Tauler, Johannes 208
Teichmanis, Susanne 254
Tenge, Martin 255
Thielmann, Wolfgang 148f.
Thönissen, Wolfgang 47
Tolokonnikowa, Nadeschda 199
Troeltsch, Ernst 200f.
Troost, Axel 250
Tveit, Olav Fykse 192

Ullmann, Wolfgang 217
Ulrich, Gerhard 49, 52, 252

Viebig, Johannes 227
Voderholzer, Rudolf 11, 19f.
Vogl, Wolfgang 28
Vogler, Günter 217
Vogler, Kathrin 110
Vollnhals, Clemens 218

Wallmann, Johannes 210, 212
Wedderburn, Alexander J. M. 246
Weil, Stephan 247
Weiss, Hans-Martin 11, 19
Welby, Justin 258
Wendebourg, Dorothea 203, 211
Wiechert, Markus 163
Wieland, Carsten 176
Wildt, Michael 137
Woelki, Rainer Maria 57, 148
Wolf, Katja 197
Wolgast, Eike 219
Wrogemann, Henning 72

Younan, Munib 45

Zacharias (Papst) 24
Zenari, Mario 178